

# PROTOKOLL

DER VERHANDLUNGEN DES PARTEITAGES DER



SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

VOM 21. BIS 25. MAI 1950 IN HAMBURG



# PROTOKOLL

DER VERHANDLUNGEN DES PARTEITAGES DER



SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

VOM 21. BIS 25. MAI 1950 IN HAMBURG





# ORGANISATIONSSTATUT

## der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Parteizugehörigkeit

#### § 1

Zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen der Partei bekennt und die Mitgliedschaft erworben hat.

#### § 2

Über die Aufnahme als Mitglied entscheidet der Vorstand des Ortsvereins.

Wird innerhalb eines Jahres kein Einspruch erhoben, so gilt die Aufnahme als endgültig.

Einspruchsrecht hat jedes Mitglied über seinen zuständigen Vorstand. Über Einsprüche entscheiden nacheinander Bezirksvorstand und Parteivorstand.

Jedes Parteimitglied muß der für seinen Wohnort zuständigen Organisation angehören. Über Ausnahmen entscheidet der Bezirksvorstand. Doppelmitgliedschaften sind unzulässig.

### Gliederung

#### § 3

Die Grundlage der Organisation bildet der aus den Ortsvereinen zusammengesetzte Bezirk, der vom Parteivorstand nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird.

Der Bezirk wird zur Durchführung der organisatorischen und politischen Arbeiten durch den Bezirksvorstand in Unterbezirke aufgegliedert.

Unterbezirke und größere Ortsvereine untergliedern sich nach Zweckmäßigkeit.

Zur Durchführung besonderer Aufgaben können nach Richtlinien des Parteivorstandes Arbeitsgemeinschaften gebildet werden.

#### § 4

Die Ortsvereine und Bezirke können die Parteigeschäfte nach eigenen Statuten führen, die mit diesem Organisationsstatut nicht in Widerspruch stehen dürfen.

In Ländern mit mehreren Bezirken müssen diese zur Erledigung landespolitischer Fragen nach Richtlinien, die der Parteivorstand aufstellt, zusammenarbeiten.

### Parteiämter

#### § 5

Funktionär der Partei ist, wer von der zuständigen Parteikörperschaft für eine bestimmte Funktion gewählt worden ist.

Als Vertreter der Partei gilt nur, wer durch die Parteiorganisation dazu beauftragt wurde.

Kandidaten für Gemeindevertretungen stellen die Ortsvereine auf.

Kandidaten für die Kreistage werden durch Delegierte der Ortsvereine auf Kreiskonferenzen, einberufen durch den Unterbezirksvorstand, aufgestellt.

Die Kandidatenaufstellung erfolgt im Benehmen mit dem Unterbezirks- bzw. Bezirksvorstand.

Wahlvorschläge für Bundestag und Landtage werden vom Bezirksvorstand zusammengefaßt und durch den erweiterten Bezirksvorstand oder Bezirksparteitag im Benehmen mit dem Parteivorstand beschlossen.

Landeswahlvorschläge werden von den Bezirken des Landes im Benehmen mit dem Parteivorstand aufgestellt.

Für die Abberufung als Vertreter der Partei gelten dieselben Zuständigkeiten wie für die Aufstellung.

Den Abberufenen sowie der antragstellenden Organisation steht das Recht der Berufung an den Bezirksvorstand, danach an den Parteivorstand, zu.

#### § 6

In alle Leitungen der Organisation und Delegationen sind auch Frauen und junge Parteimitglieder zu wählen.

### Beiträge

#### § 7

Die Höhe des Eintrittsgeldes wird vom Bezirksvorstand festgesetzt.

#### § 8

Die monatlichen Pflichtbeiträge sind:

#### Für Brutto-Monatseinkommen

bis 300,— DM	1,— DM Monatsbeitrag
von 301,— DM bis 350,— DM	2,— DM Monatsbeitrag
von 351,— DM bis 400,— DM	3,— DM Monatsbeitrag
von 401,— DM bis 500,— DM	5,— DM Monatsbeitrag
von 501,— DM bis 600,— DM	7,— DM Monatsbeitrag
von 601,— DM bis 800,— DM	10,— DM Monatsbeitrag
von 801,— DM bis 1000,— DM	20,— DM Monatsbeitrag
von 1001,— DM bis 1200,— DM	25,— DM Monatsbeitrag
über 1200,— DM	30,— DM Monatsbeitrag

Für Mitglieder ohne eigenes Einkommen sowie Erwerbslose, Invaliden und Rentner mit kleinem Einkommen 0,50 DM Monatsbeitrag. Dieser Betrag kann auf Antrag auf 0,25 DM ermäßigt werden, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse des betreffenden Mitgliedes das erfordern. Über den Antrag entscheidet die örtliche Organisation; die Ermäßigung ist zeitlich zu begrenzen.

Die Mitgliedsbücher sind in regelmäßigen Abständen auf die Erfüllung der Beitragspflicht zu überprüfen.

Wer länger als drei Monate mit seinen Pflichtbeiträgen im Rückstand ist, kann nach wiederholten ergebnislosen Aufforderungen zur Beitragszahlung nach weiteren vier Wochen als Mitglied gestrichen werden.

Von jeder verkauften Marke und Sammlungen (ausgenommen Eintrittsmarken) führen die Bezirke einen vom Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß festgesetzten Betrag monatlich an die Kasse des Parteivorstandes ab.

Die Abrechnung der Ortsvereine erfolgt direkt mit dem Bezirk.

Zur Deckung der Werbeunkosten zentraler Einrichtungen haben alle Parteiunternehmungen geschäftlicher Art einen monatlich an die Kasse des Parteivorstandes abzuführenden Werbebeitrag zu leisten, dessen Höhe jährlich vom Parteivorstand festgesetzt wird.

### Berichterstattung

#### § 9

Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. Januar bis 31. Dezember.

Vierteljährlich, spätestens mit Ablauf des ersten Monats des neuen Vierteljahres, erstatten die Bezirksvorstände Bericht an den Parteivorstand über ihre

Tätigkeit, die politische und wirtschaftliche Lage, über Einnahmen und Ausgaben im Bezirk und die Verwendung der vom Parteivorstand überwiesenen Materialien.

## **Parteitag**

### **§ 10**

Der Parteitag ist das oberste Organ der Partei. Er setzt sich zusammen:

1. aus 300 in den Bezirken gewählten Delegierten;  
die Verteilung der Mandate auf die Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die im voraufgegangenen Geschäftsjahr Pflichtbeiträge an den Parteivorstand abgeführt worden sind;
2. aus einem Zehntel der Bundestagsfraktion;
3. aus den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission.

Die Vertreter der Bundestagsfraktion haben in allen die parlamentarischen Fragen betreffenden Angelegenheiten nur beratende Stimme.

Beratende Stimme haben die vom Parteivorstand hinzugezogenen Referenten und Vertreter von Parteiinstitutionen.

### **§ 11**

Der Parteitag prüft die Legitimation der Teilnehmer, wählt die Leitung und bestimmt die Geschäftsordnung.

Der Parteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten abstimmen.

### **§ 12**

Alle zwei Jahre findet ein Parteitag statt, der vom Parteivorstand einzu-berufen ist.

Hat der Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Entscheidung getroffen, so hat der Parteivorstand nach Anhörung des Parteiausschusses den Ort zu bestimmen.

### **§ 13**

Die Einberufung des Parteitages soll spätestens drei Monate vorher mit der vorläufigen Tagesordnung veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge von Parteiorganisationen für den Parteitag sind fünf Wochen vorher dem Parteivorstand einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan zu veröffentlichen hat.

### **§ 14**

Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Tätigkeit des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und der Bundestagsfraktion;
2. die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz hat;
3. die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission;
4. die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen;
5. die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

### **§ 15**

Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf mit Dreiviertelmehrheit gefaßten Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission;
3. auf Antrag von mindestens zwei Fünfteln der Bezirksvorstände.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 und 3 gestellten Antrag stattzugeben, so ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein verkehrsmäßig möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

#### § 16

Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens vier Wochen vorher veröffentlicht werden.

Anträge sind spätestens fünf Tage vor der Abhaltung des Parteitages zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage die §§ 10 und 11.

### Parteivorstand

#### § 17

Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand, der aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und unbesoldeten Beisitzern besteht und dem mindestens vier Frauen angehören müssen. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgang. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Haben die Kandidaten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Ergänzungswahl statt. Entfallen bei dieser Wahl gleich viele Stimmen auf mehrere Kandidaten, ohne daß sie die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten haben, dann erfolgt Stichwahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

#### § 18

Der Parteivorstand führt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die grundsätzliche Haltung der Parteiorgane.

#### § 19

Der jeweilige Parteivorstand ist Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke. Er ist insbesondere berechtigt, in eigenem Namen und aus eigenem Recht alle der Sozialdemokratischen Partei zustehenden Ansprüche gegen die Schuldner geltend zu machen.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteimitglieder verpflichten. Kein Parteimitglied erwirbt aus seiner Parteizugehörigkeit ein klagbares Recht gegen die Partei, den Parteivorstand und die Kontrollkommission.

#### § 20

Der Parteivorstand kann jederzeit alle Parteiorganisationen und deren Unternehmungen kontrollieren, Aufschlüsse anfordern und Abrechnungen verlangen. Er hat das Recht, an allen Zusammenkünften aller Parteikörperschaften beratend teilzunehmen.

Der Parteivorstand hat das Recht, auf Antrag der beteiligten Organisationen bei Differenzen, die bei Aufstellung von Kandidaten entstehen, zu entscheiden.

#### § 21

Kein Parteimitglied hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages das Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Übersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen. Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

## **Parteiausschuß**

### **§ 22**

Der Parteiausschuß besteht aus Vertretern der Bezirksvorstände, die für je angefangene 50 000 Mitglieder ihres Bezirkes einen Vertreter wählen.

Sind im Bezirk mehr als 5000 weibliche Mitglieder vorhanden, so ist zusätzlich ein weibliches Mitglied zu wählen. Bezirke, die die Zahl von 5000 weiblichen Mitgliedern nicht erreichen, können ebenfalls ein weibliches Mitglied in den Parteiausschuß wählen, wenn der Anteil der weiblichen Mitglieder den Reichsdurchschnitt erreicht oder überschreitet.

Für die Festlegung dieser Ansprüche werden jeweils die Mitgliederzahlen am Schluß des letzten Geschäftsjahres zugrunde gelegt.

### **§ 23**

Der Parteiausschuß ist in der Regel alle Vierteljahr vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen.

Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirksvorstände unter Angabe der Gründe dieses beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden.

Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

### **§ 24**

Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtheit berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so können der Parteivorstand und die Kontrollkommission nach Anhören des Parteiausschusses eine Ersatzwahl durch gemeinsamen Beschluß vornehmen.

## **Kontrollkommission**

### **§ 25**

Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Prüfungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse in geeigneter Weise bekanntzugeben hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

## **Untersuchungs- und Feststellungsverfahren**

### **§ 26**

Bei Streitfällen und Unstimmigkeiten haben die Organisationsgliederungen das Recht, eine Untersuchungskommission zur Klärung einzusetzen. Die Untersuchungskommission hat nur tatsächliche Feststellungen zu treffen, keine Entscheidungen zu fällen. Sie hat der auftraggebenden Organisationsgliederung zu berichten und kann Empfehlungen für die Weiterbehandlung geben.

## Ausschluß

### § 27

1. Aus der Partei ausgeschlossen wird:
  - a) wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat;
  - b) wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell unterstützt oder für sie oder wer gegen die Sozialdemokratische Partei wirkt;
  - c) wer einen groben Verstoß gegen die Grundsätze der Partei begangen hat;
  - d) wer durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse der Parteitage oder der Parteiorganisation das Parteiinteresse schädigt.
2. Der Ausschlußantrag muß von einem Ortsverein bzw. in größeren Organisationen von einer seiner Unterorganisationen beim Unterbezirksvorstand gestellt werden. Außerdem hat jede Organisationsgliederung das Recht, einen Ausschlußantrag auch gegen solche Mitglieder zu stellen, die einem anderen Bezirk angehören. Diese Anträge müssen bei dem Vorstand des Bezirkes gestellt werden, dem die antragstellende Organisationsgliederung angehört.
3. Als erste Instanz entscheidet über den Ausschlußantrag ein Schiedsgericht des Unterbezirks. Die Beisitzer sollen ihren Wohnsitz im gleichen Unterbezirk wie der Angeschuldigte haben.
4. Die Berufung gegen den Beschluß der ersten Instanz steht sowohl dem Beschuldigten als auch der antragstellenden Organisationsgliederung beim Bezirksvorstand zu.

Beim Bezirksvorstand ist ein Schiedsgericht zu bilden.
5. Gegen die Entscheidung des Bezirksschiedsgerichts können beide Parteien beim Parteivorstand ein Parteischiedsgericht beantragen, wenn die Entscheidungen erster und zweiter Instanz voneinander abweichen; sonst nur, wenn ein grober Verstoß gegen die Grundsätze der Partei Ausschlußgrund ist.

Ist das Bezirksschiedsgericht von offensichtlich irrigen Voraussetzungen ausgegangen, kann der Parteivorstand die Sache an das Bezirksschiedsgericht zur nochmaligen Entscheidung zurückverweisen.
6. Gegen die Entscheidung des Parteischiedsgerichts steht beiden Parteien die Berufung an den nächsten Parteitag zu, wenn es sich um einen groben Verstoß gegen die Grundsätze der Partei handelt. Die Entscheidung des Parteitages ist endgültig.
7. In allen Instanzen des schiedsgerichtlichen Verfahrens kann erkannt werden:
  - a) auf Ausschluß aus der Partei;
  - b) auf zeitweilige Aberkennung des Rechts der Bekleidung von Ehrenämtern;
  - c) auf Rügen.

## Allgemeine Verfahrensbestimmungen

### § 28

Die Schiedsgerichte bestehen aus fünf Personen. Der Vorstand, bei dem das Schiedsgericht gebildet wird, ernennt den Vorsitz. Die antragstellende Organisationsgliederung und der Angeschuldigte benennen je zwei Beisitzer.

Die Beisitzer sollen ihren Wohnsitz im gleichen Bezirk wie der Angeschuldigte haben.

Beisitzer müssen innerhalb dreier Wochen nach Zustellung der Aufforderung schriftlich dem Vorsitz des Schiedsgerichts benannt werden.

Benennt eine der Parteien die Beisitzer nicht innerhalb dieser Frist, wird ohne sie entschieden.

Erscheint der Angeschuldigte ohne zwingenden Grund nicht zu dem festgesetzten Termin, wird in seiner Abwesenheit verhandelt und entschieden.

Entscheidungen der Schiedsgerichte sind vom Vorsitz zu unterschreiben und beiden Parteien innerhalb dreier Wochen schriftlich zuzustellen. Der Parteivorstand oder Bezirksvorstand können sie veröffentlichen.

Berufungen sind innerhalb dreier Wochen nach Zustellung der Entscheidung der nächst höheren Instanz schriftlich einzureichen.

Benennen bei Berufungsverfahren beide Parteien innerhalb dreier Wochen keine Beisitzer, so ist die angefochtene Entscheidung endgültig.

Niemand kann in einem Ausschlußverfahren in mehr als einer Instanz Vorsitz oder Beisitzer sein.

Wohnortveränderungen haben keinen Einfluß auf die Durchführung des Verfahrens.

Der Ausschlußantrag muß in allen Instanzen mündlich begründet werden. Die Verhandlungen werden mündlich geführt.

Schriftstücke dienen nur zur Feststellung des mündlich Vorgetragenen. Nur was mündlich vorgetragen ist, darf der Entscheidung zugrunde gelegt werden.

#### § 29

In Fällen, in denen eine schwere Schädigung der Partei durch schnelles Eingreifen verhindert werden muß, kann der zuständige Bezirksvorstand oder der Parteivorstand den Ausschluß vollziehen mit der Maßgabe, daß sämtliche Rechte und Funktionen des Auszuschließenden sofort ruhen.

Ist ein solcher Ausschluß durch den Bezirksvorstand erfolgt, steht dem Ausgeschlossenem Berufungsrecht bei dem Parteivorstand zu.

Wurde der Ausschluß durch den Parteivorstand vollzogen oder nach Berufung bestätigt, kann der Parteitag auf Antrag des Ausgeschlossenem den Beschluß aufheben, wenn es sich um einen groben Verstoß gegen die Grundsätze der Partei handelt.

#### § 30

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert das frühere Parteimitglied das Recht, das es etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteimitglieder aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

### **Wiederaufnahme in die Partei**

#### § 31

Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenem ist an den Vorstand der Bezirksorganisation des Wohnortes des Ausgeschlossenem zu richten. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, zu hören. Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller sowohl wie der Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, Berufung an den Parteivorstand zu.

### **Abänderung des Statuts**

#### § 32

Das Statut der Partei kann nur von einem Parteitag mit Zweidrittelmehrheit geändert werden.

Nur der auf den Parteitag 1950 in Hamburg folgende ordentliche Parteitag kann das Statut auch mit einfacher Mehrheit ändern.

Anträge auf Abänderung des Statuts können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die der § 13 vorschreibt, veröffentlicht worden sind. Abweichungen müssen auf dem Parteitag mit Dreiviertelmehrheit beschlossen werden.

### **Zentralorgan**

#### § 33

Veröffentlichungen des Parteivorstandes erfolgen im Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

„Neuer Vorwärts“.

Hamburg, den 23. Mai 1950.

# PROTOKOLL der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg

## TAGESORDNUNG:

1. Eröffnung, Konstituierung und Begrüßungen
2. Arbeitsberichte des Parteivorstandes
  - a) Organisation . . . . . Egon Franke
  - b) Finanzen . . . . . Alfred Nau
  - c) Presse und Propaganda . . . . . Fritz Heine
  - d) Frauensekretariat . . . . . Herta Gotthelf
3. Bericht der Kontrollkommission . . . . . Adolf Schönfelder
4. „Die Sozialdemokratie im Kampf für Deutschland und Europa“ . . . . . Dr. Kurt Schumacher
5. Bericht der Fraktion des Bundestages . . . . . Erich Ollenhauer
6. „Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik — der Weg zur Vollbeschäftigung“ . . . . . Dr. Hermann Veit
7. „Die SPD vor der geistigen Situation dieser Zeit“ . . . . . Prof. Carlo Schmid
8. Sonstige Anträge
9. Wahlen
  - a) des Parteivorstandes
  - b) der Kontrollkommission

(Sonntag, den 21. Mai 1950)

### Vormittagssitzung

*Der Parteitag tagte im Theatersaal des Gewerkschaftshauses, dem Besenbinderhof. Außen waren Lautsprecher angebracht, so daß die Freunde und Interessenten, die keine Gastkarte bekommen konnten, den Verhandlungen zu folgen vermochten. Bei dem heißen Sommerwetter hatten sich an diesem Sonntagvormittag zahlreiche Zuhörer eingefunden.*

*Mit den feierlichen Klängen der Fünften Symphonie von Beethoven, meisterhaft vorgetragen vom Hamburger Philharmonischen Orchester unter Leitung von Herrn Generalmusikdirektor Rückeburg, wurde der Parteitag eingeleitet.*

### Eröffnung

Erich Ollenhauer:

Genossinnen und Genossen, verehrte Anwesende!

Vor der Eröffnung des Parteitages habe ich eine traurige Pflicht zu erfüllen. Wir wollen der Männer gedenken, die gestern einem schweren Bergwerkunglück zum Opfer gefallen sind. Nach den bis heute morgen vorliegenden Meldungen sind



auf der Zeche Dahlbusch in Gelsenkirchen-Rotthausen 57 Tote und mehr als 40 Verletzte, darunter sehr viele Schwerverletzte, zu beklagen.

Wieder einmal hat der Bergbau schwere Opfer an Leben und Gesundheit gefordert und bitteres Leid über viele Familien gebracht. In einem einzigen Hause sind allein vier Tote. In diesem Augenblick ist es uns ein aufrichtiges Bedürfnis, den betroffenen Familien, den Frauen, Müttern und Kindern unser herzlichstes Beileid zum Ausdruck zu bringen und den Verletzten unsere herzlichsten Wünsche für ihre baldige Wiederherstellung auszusprechen. Das Bewußtsein unserer Anteilnahme an ihrem Unglück möge den Verletzten und Angehörigen der Toten die schweren Stunden erleichtern.

Der Parteivorstand hat beschlossen, daß wir hier auf dem Parteitag eine Sammlung veranstalten, deren Ertragnis als erster Beitrag der Hilfe für die Betroffenen noch heute an den Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen überwiesen werden soll. Die Angehörigen der Toten und die Verletzten in den Krankenhäusern mögen in dieser Handlung der Delegierten des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den Ausdruck unserer engen Verbundenheit erblicken.

Genossinnen und Genossen, lassen Sie uns einige Augenblicke der Toten gedenken. Ich danke Ihnen.

Verehrte Anwesende, Genossinnen und Genossen!

Ich habe die Aufgabe, im Namen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands diesen Hamburger Parteitag zu eröffnen. Ich heiße Sie alle herzlichst willkommen.

Wir freuen uns, neben den gewählten Delegierten des Parteitages eine große Zahl von Gästen begrüßen zu können.

Wir danken den Vertretern der Besatzungsmächte und der ausländischen diplomatischen Missionen, daß sie unserer Einladung gefolgt sind. Wir sehen in ihrer Anwesenheit den Ausdruck des Interesses, das sie den Verhandlungen unseres Parteitages entgegenbringen.

Ich begrüße die Mitglieder des Senats der Stadt Hamburg, an ihrer Spitze den Bürgermeister dieser Stadt, unseren Genossen Max Brauer. Wir danken der Stadt Hamburg schon jetzt herzlichst für die gastfreundliche Aufnahme, die wir hier gefunden haben. Wir sind stolz darauf, in einer Stadt zu tagen, die unter sozialdemokratischer Verwaltung steht.

Das großzügige und eindrucksvolle Aufbauwerk, das in Hamburg unter sozialdemokratischer Führung begonnen und nach der Vertrauenskundgebung bei den Wahlen im vergangenen Jahr mit verstärkter Kraft fortgesetzt wird, ist für uns alle ein ermutigendes Beispiel sozialdemokratischer Initiative und Tatkraft.

Genossinnen und Genossen, unter unseren Gästen befindet sich in diesem Jahr eine besonders große Zahl von Vertretern befreundeter Organisationen. Es ist mir unmöglich, sie alle einzeln zu benennen und zu begrüßen. Unserer besonderen Freude aber möchte ich Ausdruck geben über die Anwesenheit des Vertreters des Vorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Genossen Hans vom Hoff. In ihm und den zahlreichen weiteren Gästen aus den Industrieverbänden und aus der DAG begrüßen wir die Repräsentanten der großen Deutschen Gewerkschaftsbewegung. Wir fühlen uns mit ihr verbunden in dem Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für die arbeitenden Menschen und vor allem in den uns bevorstehenden Auseinandersetzungen über die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse in den Schlüsselindustrien und über die Mitbestimmung der arbeitenden Menschen in Betrieb und Wirtschaft.

Unsere beiden Organisationen haben verschiedene gesellschaftliche Funktionen und Aufgaben. Aber sie sind heute wie immer verbunden in dem Willen, Recht und Gerechtigkeit für alle arbeitenden Menschen zu erkämpfen. Wir haben bis vor wenigen Tagen die Hoffnung gehabt, auch den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, unseren Freund Hans Böckler, heute hier begrüßen zu können. Leider ist er durch eine ernste Erkrankung verhindert zu kommen. Ich bin aber

überzeugt, daß ich in Eurer aller Sinne handle, wenn ich vorschlage, daß wir Hans Böckler die herzlichsten Wünsche des Parteitages für seine baldige und völlige Wiederherstellung übermitteln. (Beifall.)

Wir haben zum ersten Male auch die Freude, zehn Gastdelegierte als Vertreter von Betriebsräten großer Werke hier auf unserem Parteitag begrüßen zu können. (Beifall.) Unsere Genossinnen und Genossen in den Betrieben haben in den letzten Wochen harte Arbeit leisten müssen. Wir haben noch keine vollständige Übersicht über das Resultat der diesjährigen Betriebsrätewahlen, aber in großen Zügen steht es schon fest: Die Sozialdemokraten haben gewonnen, die Kommunisten haben weiter verloren. (Beifall.) In unseren Gästen aus den Betrieben grüßen wir alle unsere Genossinnen und Genossen, die in den Betrieben für die Ideen der deutschen Sozialdemokratie wirken.

Gestatten Sie mir sodann, daß ich auch den Vertretern der deutschen Genossenschaftsbewegung ein besonderes Wort des Grußes sage. Es ist das erstmal nach 1945, daß wir Vertreter der Genossenschaftsbewegung offiziell auf einem unserer Parteitage begrüßen können. Wir haben auf weiten Gebieten des wirtschaftlichen und genossenschaftlichen Lebens gemeinsame Interessen, verwandte Ziele und Aufgaben. Ihnen zu dienen möge das Ziel eines ständigen und engen Kontaktes zwischen den Genossenschaften und uns sein.

Wenn ich den Rahmen dieser Eröffnungsansprache nicht sprengen will, muß ich mich jetzt damit begnügen, all den Freunden und Genossen zu danken, die als Vertreter großer Organisationen, wie der Kriegsbeschädigten, der Mieter, der Kleingärtner unserer Einladung gefolgt sind. Wir sehen in Ihrer Anwesenheit einen Beweis Ihres Vertrauens zur Sozialdemokratischen Partei und wir versprechen Ihnen, daß wir auch in unserer zukünftigen praktischen Arbeit versuchen werden, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Unsere Gästeliste ist schließlich auch diesmal durch eine große Zahl von Delegierten der befreundeten sozialistischen Parteien im Ausland ausgezeichnet. Einige von ihnen haben bereits gestern abend in einer großen Versammlung der Hamburger Sozialdemokratie zu uns gesprochen, andere werden heute morgen zu uns sprechen. Ich möchte ihnen hier im Namen des Parteitages die herzlichsten Grüße der deutschen Sozialdemokratie entgegenbringen. (Lebhafter Beifall.)

Mit wenig Ausnahmen sind alle europäischen Parteien vertreten, mit denen wir in der Comisco zusammenarbeiten. Glücklicherweise ist in der Zeit seit dem Düsseldorf-Parteitag der persönliche und sachliche Kontakt zwischen den europäischen Sozialdemokraten enger geworden. Wir haben uns nicht nur auf den internationalen Tagungen getroffen, sondern wir haben versucht, durch Delegation von Studiengruppen das gegenseitige Verständnis für die Probleme der einzelnen sozialistischen Parteien zu wecken und zu vertiefen.

Wir würden aber dem Gedanken der internationalen Zusammenarbeit einen schlechten Dienst erweisen, wenn wir den Eindruck erwecken wollten, daß mit der Verbesserung der Kontakte und mit dem Anwachsen des gegenseitigen Vertrauens alle Probleme gelöst seien. Wir wissen heute besser als je zuvor, wie schwierig die Probleme der internationalen Zusammenarbeit und die Fragen einer umfassenden europäischen Zusammenarbeit zu lösen sind. Die Verhandlungen dieses Parteitages werden uns das erneut bestätigen. Die Einsicht in die Schwierigkeiten kann aber unseren Willen, zu einem neuen Europa von Freien und Gleichen zu kommen, nicht brechen. Wir werden es schrittweise erarbeiten müssen. Die erste Voraussetzung für das Gelingen sind der gute Wille und das gegenseitige Vertrauen aller Beteiligten. In diesem Geiste begrüßen wir unsere ausländischen Genossen auf das herzlichste. Sie mögen sich selbst durch ihre Teilnahme an unseren Tagungen und Beratungen davon überzeugen, daß der Wille zum Aufbau einer freien und friedlichen Welt für alle Völker und für alle Menschen in der deutschen Sozialdemokratie ungebrochen lebendig ist.

Genossinnen und Genossen, ich würde die besten Traditionen der deutschen Sozialdemokratie verleugnen, wenn ich meine Begrüßungsworte an die Gäste ab-

schließen wollte, ohne die Namen von Lore Agnes, Otto Braun, Max Cohen-Reuß, Wilhelm Dittmann, Paul Löbe, Marie Juchacz, Anna Nemitz, Karl Severing, Fritz Wildung und Rudolf Wissel zu nennen. (Großer Beifall.) Soweit sie nicht durch ihre Parteiorganisation delegiert sind, haben wir sie eingeladen, in diesen Tagen mit uns zu sein, denn in jedem von ihnen verkörpert sich ein Stück unserer Parteilgeschichte. Ja, ein Stück deutscher und europäischer Geschichte, von dem wir wünschen, daß alle Menschen in Deutschland es kennen würden. Wir wären dann mit der politischen Erziehung unseres Volkes ein großes Stück weiter.

Wir haben unsere alten Freunde nach hier eingeladen aus einem ganz einfachen Grunde: Wir wollen damit niemand heroisieren oder idealisieren. Aber wir sind eine Partei, die ihr politisches Streben auf dem Glauben an den Menschen aufbaut. Wenn wir uns hier auseinandersetzen haben mit den Problemen unserer Zeit, wenn wir uns selbst Aufgaben stellen, die unendlich viel von den Menschen verlangen an Einsatz und Opferbereitschaft, dann wollen wir die Männer und Frauen unter uns sehen, die als Sozialdemokraten in einer politischen Arbeit von sechs Jahrzehnten vorgelebt haben, wie man einer großen Idee dient. Wir danken Euch, liebe Freunde, für Euer Kommen.

Nun, Genossinnen und Genossen, habe ich eine traurige Pflicht zu erfüllen. Ich habe der Genossinnen und Genossen zu gedenken, die seit unserem letzten Parteitage in Düsseldorf verstorben sind. Wir haben in unserem Jahrbuch die bekanntesten unter ihnen genannt: Franz Geiler, Freiburg, Josef Hofbauer, Frankfurt, Albert Grzezinski, New York, Alexander Stein, New York, Paul Bugdahn, Hamburg, Hugo Lindemann, Bensheim, Johann Reitze, Bensheim, Josef Simon, Nürnberg, Emil Kirschmann, New York, Fritz Cahn-Garnier, Mannheim, Walter Harich, Dortmund, Gustav Zimmermann, Mannheim, Alb. Roßhaupter, München. Jeder Name ist ein Stück Geschichte deutscher Sozialdemokratie. Einen habe ich aus der Aufstellung unseres Jahrbuches nicht erwähnt: Ernst Gnoß, Mitglied des Parteivorstandes seit 1946. Auf unserem Parteitag in Düsseldorf war er neben Paul Löbe einer der Vorsitzenden des Parteitages. Er war damals schon ein todkranker Mann, aber er kam aus dem Sanatorium, weil er als Bezirksvorsitzender des Bezirks Niederrhein auf dem Düsseldorfer Parteitag nicht fehlen wollte. Nur wenige wußten damals, daß er vom Tode gezeichnet war. Ein Aufenthalt in der Schweiz konnte sein Schicksal nicht mehr wenden. Wir haben ihn allzu früh verloren, aber werden immer seiner gedenken. Ein Name steht nicht in der Totenliste unseres Jahrbuches. Er war nicht Mitglied unserer deutschen Sozialdemokratischen Partei und er ist erst vor wenigen Wochen von uns gegangen: Léon Blum, der große Führer der französischen Partei und der anerkannte Repräsentant eines freiheitlichen und demokratischen Sozialismus in Europa. Sein Tod bedeutet einen schweren und unersetzlichen Verlust für die europäische Demokratie und für den europäischen Sozialismus.

Die Deutsche Sozialdemokratie trauert mit der französischen Sozialistischen Partei um einen der wertvollsten Menschen unserer Zeit. Indem wir die Toten ehren, die ich hier genannt habe, gedenken wir aller der vielen, die in der Zeit vom Düsseldorfer Parteitag an von uns gegangen sind.

Wir werden das Andenken aller in Ehren halten. (Die Versammlung erhebt sich von den Plätzen.) Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Genossinnen und Genossen, die Ihr als Vertrauensleute und Delegierte nach Hamburg gekommen seid, um zu beraten und zu beschließen über die Aufgaben der Partei in der vor uns liegenden Zeit. Jetzt gilt mein Gruß Euch! Wir haben eine Reihe harter Arbeitstage vor uns. Eine Fülle von Problemen erwartet eine Antwort. Wir werden hier nicht in jedem Falle das letzte Wort sprechen, aber ich bin sicher, daß dieser Parteitag eine machtvolle Demonstration unseres einheitlichen Willens gegenüber den Aufgaben der nächsten Zukunft sein wird.

Ehe ich jedoch darüber einige Bemerkungen mache, möchte ich im Namen des gesamten Parteitages ein Wort an die Welt richten. Es ist der Ruf an die ganze zivilisierte Welt: Helft uns, gebt unsere Kriegsgefangenen frei!

(Beifall.) Sie alle kennen den Tatbestand. Die Sowjetunion hat mitgeteilt, daß die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen abgeschlossen sei. Das Schicksal von 1 1/2 Millionen Menschen versinkt hinter einem neuen Eisernen Vorhang, wenn es bei dieser Erklärung der Sowjetunion bleibt.

Selbst gegenüber großen Schicksalsschlägen, die einzelne oder eine Nation treffen, sind wir durch das Grauen der hinter uns liegenden Zeit stumpf geworden. Pathetische Worte, auch wenn sie aus einem übervollen Herzen kommen, wollen nicht mehr über die Zunge. Aber hier liegen vor uns all die qualvollen seelischen Nöte von Hunderttausenden hoffnungslos isolierter und wehrloser Gefangener und von Millionen von Müttern und Frauen und Kindern. Schafft wenigstens Gewißheit! Sorgt dafür, daß sie alle in der Zukunft die Freiheit erhalten, und schafft Gewißheit über das Schicksal der anderen!

Diese Gewißheit mag oft grausam sein. Aber sie ist immer noch besser, als das Grauen der Ungewißheit, weil diese Ungewißheit in Millionen von Menschen den Willen zum Leben und den Willen zum Neuen für immer zerstört, weil die neue Welt, die wir bauen wollen, mit dieser Hypothek an Unrecht und Ungewißheit nicht leben kann. Darum ist das erste Wort dieses Parteitages:

Wir rufen die Welt! Helft uns, damit unsere Kriegsgefangenen frei werden! (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wir haben uns hier vereinigt, um in Freiheit und Unabhängigkeit zu beraten und zu beschließen über den Weg, den die Deutsche Sozialdemokratie innen- und außenpolitisch zu gehen gewillt ist. Ehe wir beginnen, ehe wir von der Freiheit des Wortes Gebrauch machen, haben wir aber ein Wort für andere zu sprechen. Wir haben zu sprechen für die Genossen in der russisch besetzten Zone Deutschlands. (Großer Beifall.)

Wann immer hier in diesem Raum in den nächsten Tagen das Wort Deutschland erklingt, dann meinen wir ganz Deutschland! (Bravorufe, sehr großer Beifall.)

Wenn wir beschließen über unser Tun und Lassen, dann stehen vor unserem geistigen Auge die Männer und Frauen, die als Delegierte unserer Partei heute unter uns wären, wenn nicht hinter der Elbe das Terrorssystem des Dritten Reiches in grausamer Form seine Wiederauferstehung erlebt hätte. (Zustimmung.) Wir vergessen sie niemals! (Bravorufe, Beifall.) Unsere große Aufgabe, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu verwirklichen, wird erst dann vollendet sein, wenn ein Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter den gleichen Bedingungen wie hier in Hamburg in Dresden oder Leipzig, in Magdeburg oder Rostock stattfinden kann. (Großer Beifall.) Niemand von uns vermag zu sagen, wann dieser Tag kommt. Aber wir sind gewiß, daß er kommt. (Beifall.) Unter einer Bedingung, Genossinnen und Genossen, unter der Bedingung, daß wir für die Einheit Deutschlands kämpfen — — — das ist der große politische Sinn des Kampfes um Berlin.

Ihr Berliner, als wir in Düsseldorf im September 1948 zusammen waren, da standet ihr vor dem schweren Blockadewinter. Ihr habt ihn gewonnen, ihr habt den Kampf gegen die Aushungerung gewonnen — nicht nur für euch, auch für uns, ja, für das demokratische Europa.

Ihr wißt und wir wissen es, daß die Luftbrücke der Alliierten eine wesentliche Voraussetzung für diesen Sieg war. Sie war eine große technische und politische Leistung. Aber sie wäre nutzlos und sinnlos gewesen ohne den Kampf- und Widerstandsgeist der Berliner. (Beifall.)

Das Berliner Beispiel ist ein Beweis dafür, wieviel von der deutschen Initiative abhängt, soweit es um die deutsche Demokratie und um die deutsche Einheit geht. Wir vertrauen auf euch, und ihr könnt auf uns vertrauen. Zu Pfingsten wird Kurt Schumacher in Berlin sein. (Bravo-Rufe. Starker Beifall.) Es kommen sogar Minister, aber ohne den Kampf der Sozialdemokratie in Berlin im Jahre 1946 würden sie nicht da sein. (Sehr gut! Beifall.)

Genossinnen und Genossen, wir haben ein umfangreiches Arbeitsprogramm vor uns. Außenpolitische und innenpolitische Entscheidungen von großer Bedeutung müssen getroffen werden. Ich will diesen Beratungen und Entscheidungen hier nicht vorgreifen. Nur zwei Bemerkungen möchte ich machen. Im Jahre 1925, vor 25 Jahren, fand hier in Hamburg der 3. Deutsche Arbeiterjugendtag statt. Er war wie alle Arbeiterjugendtage nach dem ersten Weltkrieg für alle Teilnehmer ein starkes Erlebnis. Wir, die wir dabei waren, haben es nicht vergessen. Aber dieser Hamburger Jugendtag hatte eine besondere Note. Sein Motto war „Für Jugendschutz und Jugendrecht“. Es ging damals um die Stellung, des jungen Menschen in der Wirtschaft, um Jugendschutz, um Lehrlingsausbildung und Ferien.

Auch auf diesem Parteitag geht es um die Stellung des arbeitenden Menschen in der Wirtschaft. Aber heute geht es nicht allein um seine sozialen Rechte. Selbstverständlich, auch sie müssen erkämpft und verteidigt werden; aber heute geht es um die Mitbestimmung und um die Mitgestaltung über das Soziale hinaus in Wirtschaftsführung und in Wirtschaftslenkung.

Diese Forderung ist unausweichlich geworden. Selbst die Gegner wagen nicht, sie im Prinzip zu bestreiten. Unsere Aufgabe aber ist, sie zu konkretisieren und zu realisieren. Das ist eine der großen Aufgaben, die uns in der deutschen Innenpolitik für die nächste Zukunft gestellt sind.

Die zweite Bemerkung schließt auch an eine Hamburger Erinnerung an. Es ist die Erinnerung an den Internationalen Sozialistenkongreß zu Pfingsten 1923. Ich glaube, es sind auf den Tag genau 27 Jahre vergangen, an dem hier im Hamburger Gewerkschaftshaus die Sozialistische Arbeiterinternationale gegründet wurde. Damit waren alle sozialistischen Parteien fünf Jahre nach dem Ende des ersten Weltkrieges wieder in einer gemeinsamen sozialistischen Internationale vereinigt.

Es war auch damals ein langer und beschwerlicher Weg. Jeder Schritt vorwärts war mühsam. Aber das Eis war gebrochen worden, als sich auf der Frankfurter Konferenz 1922 die vier hauptbeteiligten sozialistischen Parteien Westeuropas über ein Programm der Reparationsleistung Deutschlands an die Sieger des ersten Weltkrieges einigten. Diese Konferenz war, wie sich später erst herausstellte, ein großer Erfolg. Sie war die Einleitung der Ära wirklich friedlicher Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und Deutschlands Gegnern aus dem ersten Weltkrieg.

Diese Periode unserer Geschichte war leider nur kurz; aber sie war die hoffnungsvollste, die die europäischen Völker seit 1918 überhaupt erlebt haben.

Warum diese Erinnerungen in dieser Stunde? Weil die Notwendigkeiten für ein Zusammengehen der europäischen Kräfte heute noch größer sind als damals. Aber der Erfolg von Frankfurt war nur unter einer Bedingung möglich: Unter der Bedingung, daß die Beteiligten als Gleiche unter Gleichen verhandelten. Hier liegt heute das Problem. Es ist im Grunde innen- und außenpolitisch das gleiche Problem. Wenn wir die deutsche Sozialdemokratie den Gefahren rechts- oder linksradikaler Bestrebungen gegenüber schützen wollen, dann müssen wir in Deutschland eine neue soziale Ordnung schaffen. Die Mitbestimmung der Arbeiter ist kein betriebstechnisches oder soziales Problem. Es ist ein eminent politisches Problem. Mit seiner positiven Lösung im Sinne der Vorstellungen der organisierten Arbeiter steht und fällt das Schicksal der deutschen Demokratie. (Sehr wahr! Zustimmung.)

Außenpolitisch werden wir die Notwendigkeiten europäischer Zusammenarbeit nur erfüllen können, wenn alle europäischen Völker, die sich für die westeuropäische Kultur und Zivilisation entschieden haben — und dazu gehört Deutschland —, in dieser europäischen Zusammenarbeit das gleiche Recht der Mitbestimmung haben. Es einem Partner zu verweigern, heißt Europa zu gefährden.

Das sind im Grunde die Fragen, vor denen wir heute und morgen stehen. Ich bin sicher, wir werden die rechte Entscheidung fällen.

Genossinnen und Genossen, der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist eröffnet! (Starker, anhaltender Beifall.)

Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Konstituierung des Parteitages. Nach der Geschäftsordnung des Parteitages besteht das Präsidium des Partei-

tages aus zwei Vorsitzenden und vier Schriftführern. Ich bitte um Vorschläge für diese Funktionen.

*R u n g e*, Düsseldorf, schlägt als Schriftführer des Parteitags vor: Raeder-Großmann, Berlin, Frieda Bendtfeld, Kiel, Willi Schirmmacher, Köln, und Johann Marx, Würzburg.

Der Parteausschuß schlägt für die Vorsitzenden des Parteitages vor: Karl Meitmann, Hamburg, Vorsitzender der gastgebenden Organisation des Parteitages, und den Vorsitzenden der Kontrollkommission der Partei, Adolf Schönfelder.

Die Vorschläge werden einstimmig angenommen und das Präsidium nimmt die Plätze ein.

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Wir danken für das Vertrauen. Wir werden ernstlich versuchen, es uns zu verdienen. Wir müssen jetzt die Konstituierung des Parteitages vollenden. Dazu ist nötig, daß die Mandate geprüft werden. Es ist eine Mandatsprüfungskommission zu wählen. Ich bitte um Vorschläge.

*Gen. Hö h n e* schlägt als Mitglieder für die 9köpfige Mandatsprüfungskommission aus den Bezirken vor:

Karl Koch, Düsseldorf  
Walter Feiler, Wiesbaden  
Frau Margot Bergmann, Regensburg  
Werner Lutz, Oldenburg  
Eitel Höhne, Eschwege  
Rudolf Heimlich, Mainz  
Alex Völker, Berlin  
Alfred Thomas, Hannover, und  
Alfred Nau (Partei Vorstand)

Der Parteitag nimmt diese Vorschläge ebenfalls einstimmig an.

Vorsitzender Schönfelder: Wir werden uns dann über die Geschäftsordnung schlüssig werden, nach der wir unsere Verhandlungen führen wollen. Es liegt Ihnen als Entwurf die Vorlage Nr. 2 vor. Es ist eine Geschäftsordnung, wie sie bisher auf den Parteitagen üblich war. Wird das Wort verlangt? Bitte sehr.

Theo Thiele, Berlin: Genossen! Wir haben auf dem heutigen Parteitag ein neues Statut zu beschließen. Dieses Statut ist in seinen Einzelheiten umstritten. Man könnte dazu kommen, mit der Annahme des ersten Absatzes der Geschäftsordnung eine Festlegung für die Formulierungen im Statut zu treffen. Ich möchte darauf hinweisen, daß mit der Zustimmung zur Geschäftsordnung die Statutenberatung nicht vorweggenommen werden kann und bitte deshalb, daß der erste Absatz der Geschäftsordnung gestrichen wird.

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Ich glaube, daß wir den Absatz 1 auch gelten lassen müssen, denn die Einladung und die Organisation des Parteitages beruht natürlich auf diesem Vorschlag und auf dem alten Statut. Absatz 1 ist eine Abschrift aus dem Statut. Wenn die Meinung der Berliner dahin geht, das zu ändern, dann würde es nach meiner Überzeugung erst vom nächsten Parteitag an Gültigkeit haben können. Ist es auch die Meinung des Parteitages? Ich hoffe das. (Heiterkeit.)

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Geschäftsordnung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) — Gegenprobe. — Das ist gegen wenige Stimmen angenommen.

Ich habe weiter ein paar Worte zu sagen über die Einteilung, nach der wir unsere Arbeit leisten wollen: Wir sollen heute bis 13.00 Uhr tagen. Um 13.30 Uhr erfolgt auf dem Friedhof in Ohlsdorf eine Kranzniederlegung am Denkmal der Opfer des Faschismus. Es wird nötig sein, um 13.00 Uhr hier die Verhandlungen zu schließen, um dem Präsidium, dem Vorstand und allen interessierten Genossen, die

sich daran beteiligen wollen, die Möglichkeit dazu zu geben. Fahrgelegenheit wird vorhanden sein. Am Denkmal wird die Ansprache von dem Genossen Löbe gehalten werden. Wir werden dann heute um 15.00 Uhr wieder beginnen und bis längstens 18.00 Uhr tagen. Also auch damit ist der Parteitag einverstanden. Um 19.30 Uhr findet dann ein Empfang im Rathaus statt, zu dem Sie alle Einladungen erhalten haben.

An den anderen Tagen soll getagt werden von morgens 9.00 bis 18.30 Uhr. Wir werden dann am Mittwoch tagen bis 14.00 Uhr. Am Mittwoch findet um 16.00 Uhr eine Hafensrundfahrt statt, vielleicht bis Blankenese. Am Donnerstag hofft der Vorstand, den Parteitag um 14.00 Uhr schließen zu können. Das sind die Zeiten, die ich glaubte, Ihnen noch einmal zur Kenntnis bringen zu müssen.

Wir haben dann noch zu entscheiden über die Tagesordnung. Wird dazu das Wort gewünscht? — Ich nehme an, der Parteitag ist mit der Aufstellung der gedruckten vorliegenden Tagesordnung einverstanden. — Das ist der Fall.

Nun möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf zwei Fragen richten, in denen wir nicht nur politisch übereinstimmen, sondern die uns alle am Herzen liegen und in denen unsere Gefühle einheitlich zusammenklingen. Der Genosse Ollenhauer hat auf diese zwei Fragen schon hingewiesen. Es ist nicht nötig, noch weitere Worte zur Begründung zu verlieren.

Partei Vorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission schlagen Ihnen vor, eine Entschließung zur Befreiung der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion anzunehmen. Sie liegt Ihnen gedruckt vor. Wird dazu das Wort gewünscht? Ich nehme an, daß wir das ohne Diskussion beschließen können.

Mir scheint, daß es notwendig ist, diese Entschließung doch noch einmal hier zu verlesen!

#### **Resolution zur Kriegsgefangenen-Frage**

„Fünf Jahre nach Beendigung des Krieges warten noch ehemalige deutsche Soldaten, verschleppte Jugendliche, Frauen und Zivilisten in fremden Ländern auf ihre Rückkehr in die Heimat.

In Frankreich, Holland und Belgien sitzen deutsche Kriegsgefangene seit Jahren in Untersuchungsgefängnissen, ohne daß bisher ihre Gerichtsverhandlung stattgefunden hat. Andere verbüßen in diesen Gefängnissen langjährige Strafen, weil sie Wehrmachtseinheiten angehört haben, bei denen einzelne die Gebote der Menschlichkeit verachteten.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands appelliert an das französische, belgische und holländische Volk und ihre Regierungen, der Völker-versöhnung mit einer wahren Rechtsprechung zu dienen, ohne den Gedanken der kollektiven Verurteilung anzuwenden. Wir bitten die Regierungen, alle Gerichtsverhandlungen sofort abzuschließen und die bereits gefällten Urteile einer Überprüfung zu unterziehen.

Aber um ein Vielfaches größer ist die nach Zehntausenden zählende Armee von bestraften Kriegsgefangenen aus den Ostländern Sowjetrußland, Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Wenn auch Transporte von verurteilten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion als Heimkehrer eintrafen — die Masse der seit 1946 wegen geringfügiger Vergehen zu langen Jahren Zwangsarbeit Verurteilter hat noch nicht seine Freiheit wiederbekommen. Dazu kommen in Sowjetrußland, Polen, der Tschechoslowakei und Albanien noch zahlreiche Kriegsgefangenenlager, deren Männer nicht zur Verurteilung gelangen.

Noch immer wird die Masse der aus Deutschland verschleppten Jugendlichen, Frauen und Zivilisten in der Sowjetunion festgehalten.

Sie sind zu Zwangsarbeitssklaven degradiert worden.

Die Sozialdemokratie fordert die sofortige Freilassung und Heimführung dieser Unglücklichen.

Die SPD ruft alle Demokraten der Welt auf, sich zu einem gemeinsamen Protest für eine schnelle Befreiung dieser unglücklichen Menschen zusammen-

zuschließen. Der Friede kann nur erhalten bleiben, wenn die Freiheit des einzelnen gesichert ist.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, ein Verzeichnis aller aus westlicher Kriegsgefangenschaft Verurteilter und noch zur Verurteilung stehender Männer aufzustellen, mit der Angabe, welche Schritte für die Inhaftierten eingeleitet wurden und zu welchem Erfolg diese führten.

Die Bundesregierung wird weiterhin aufgefordert, Verhandlungen mit Spanien aufzunehmen und Mittel bereitzustellen, um die Heimkehr der nach Spanien geflüchteten Kriegsgefangenen zu ermöglichen.

Aus Spanien bereits zurückgekehrte Kriegsgefangene sollen die Kosten der Rückreise nach Deutschland erstattet erhalten, wenn diese sie selbst oder ihre Angehörigen bezahlt haben.“

Wer dieser Entschließung zustimmt, bitte ich die Hand zu heben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle Einmütigkeit fest.

Ich habe dann die zweite Entschließung zur Lage in der Sowjetunion bekanntzugeben:

### **Zur Lage in der Sowjetzone:**

„Die Entwicklung im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik, veranlaßt den Parteitag der Sozialdemokratie, warnend auf die Zustände in diesem Teil Deutschlands hinzuweisen, die unvereinbar geworden sind mit den elementarsten Grundsätzen menschlichen Gemeinschaftslebens. Die fünfjährige Entwicklung in der Sowjetzone hat die geschichtliche Erfahrung bestätigt, daß unter der Herrschaft einer totalitären Besatzungsmacht keine freiheitliche Entwicklung echter demokratischer Lebensformen möglich ist.

Seit fünf Jahren wird in der Sowjetzone um die einfachsten menschlichen Freiheiten gekämpft. Die Normen eines demokratischen Rechtsstaates haben in der Sowjetzone keine Geltung. Dort herrscht der permanente Terror. Im Kampf um Freiheit, Recht und Demokratie stehen seit 1945 die Sozialdemokraten in vorderster Front. Der kommunistische Ausrottungskampf hat unter den Sozialdemokraten Mitteldeutschlands große Opfer gefordert. Hunderte und Tausende von Funktionären der Sozialdemokratischen Partei sowie Tausende namenloser Freiheitskämpfer, die heute in den Gefängnissen und KZ's der sowjetischen Besatzungszone oder in der Sowjetunion leiden, sind Zeugen dieses Kampfes.

Der Parteitag weist besonders auf die Militarisierung der Sowjetzone hin. In den sogenannten Polizeibereitschaften werden unter Führung sowjetischer Offiziere Kader-Truppen ausgebildet, die nicht nur der Sicherung des herrschenden kommunistischen Regimes dienen, sondern für offensive Bürgerkriegsziele formiert werden. Die kommunistische Aggressionspolitik hat die Zonengrenze zu einer Frontlinie des Kalten Krieges werden lassen.

Die kommunistische Staatspartei, die SEP und ihr Anhang getarnter Organisationen werden vom deutschen Volk als russenhörige Quislinge abgelehnt. Erpreßte Geständnisse und Schauprozesse, die in GPU- und SSD-Kellern vorbereitet werden, sollen von den inneren Widersprüchen der bolschewistischen Ideologie und Praxis ablenken. Die sowjetischen Drahtzieher wissen, daß geheime und freie Wahlen die Machtstellung der Stalinisten in Mitteldeutschland zertrümmern würden und die SEP eine bedeutungslose Splitterpartei, ähnlich der KP im Westen, werden müßte. Deshalb wurden die bereits 1948 fälligen Wahlen verschoben, und die im Oktober 1950 stattfindenden Wahlen werden „volksdemokratisch“ mit einer Einheitsliste durchgeführt.

Der Parteitag der Sozialdemokratie fordert zur Wiederherstellung der deutschen Einheit freie und gesamtdeutsche Wahlen. Voraussetzung dieser Wahlen ist jedoch die Gewährleistung der freien Betätigung aller demokratischen Parteien unter Viermächtekontrolle und wirksame Garantie für die Abwehr aller bolschewistischen Terrorversuche. Um jede kommunistische Sabo-



tage und jeden Versuch, den politischen Willen des Volkes zu verfälschen, unmöglich zu machen, muß die aus freien Wahlen hervorgehende gesamtdeutsche Nationalversammlung eine wirksame Macht ausüben können.

Der Hamburger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie grüßt mit Stolz und Zuversicht die Genossen in der Sowjetzone und erklärt seine enge Verbundenheit mit ihrem opferreichen Kampf um Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie. Das Wirken der Sozialdemokraten in der Sowjetzone ist ein entscheidender Beitrag im Kampf um ein einheitliches freies Gesamtdeutschland. Dieser Kampf ist ein mahnendes Vorbild für alle freiheitlichen Kräfte.

Den kämpfenden Sozialdemokraten und allen Opfern des kommunistischen Terrors gilt unser Gelöbnis und unser Gruß:

Freundschaft — Freiheit!"

Wer dieser EntschlieÙung zustimmen will, bitte ich eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich stelle auch hier einstimmige Annahme fest. Ich glaube, mit diesen beiden EntschlieÙungen haben wir zum Ausdruck gebracht, was uns alle bewegt.

Wir können jetzt in der Tagesordnung fortfahren. Wir haben zunächst die Freude, die BegrüÙungen der Vertreter verschiedener Institutionen zu hören. Ich kann nunmehr mit den Ansprüchen beginnen. Es hat zunächst der Vertreter der Hansestadt Hamburg, der Präsident des Senats, unser Genosse Max Brauer, um das Wort gebeten.

Verzeihung, Herr Bürgermeister! Wir haben die Reihenfolge nicht eingehalten. Ich darf deshalb, alter Übung entsprechend, dem Vertreter der gastgebenden Organisation, dem Vorsitzenden des Bezirks Nordwest, Karl Meitmann, das Wort geben.

Karl Meitmann, Hamburg:

Verehrte Gäste, liebe Genossinnen und Genossen!

Als Vorsitzender des Bezirks Hamburg Nordwest und der Landesorganisation Hamburg unserer Partei begrüÙe ich Sie auf das herzlichste.

Ich entbiete Ihnen den Willkommensgruß von 54 000 Männern und 20 000 Frauen, die in diesem drittgrößten Bezirk unserer Partei in den beiden Großstädten Bremen und Hamburg und im Regierungsbezirk Stade des Landes Niedersachsen als organisierte Mitglieder unserer Partei treu und fest zu unserer Sache stehen.

Liebe Genossinnen und Genossen! Sie, die Sie hier versammelt sind, sind die gewählten Delegierten, die ausgewählten Sprecher von fast einer Million Mitglieder, die in großem Vertrauen und mit tiefster Anteilnahme diesen Beratungen folgen und Ihre Beschlüsse zu ihren eigenen machen werden. Ich bin sicherlich mit Ihnen einig und überzeugt, daß Ihre Beratungen in einem Geiste geführt und Ihre Beschlüsse von solchem Gewicht und von solcher Weitsicht und Klarheit getragen sein werden, daß alle unsere Mitglieder und weitere Millionen unseres Volkes sie freudig aufnehmen und für sie wirken und werben werden.

Wer sind unsere Mitglieder, die Sie hier auf diesem Parteitag vertreten? Ihnen gilt mein erstes Wort. Es sind die Männer und Frauen der Arbeit aus allen Bereichen des wirtschaftlichen und geistigen Lebens unseres Volkes — es sind jene Menschen, die durchgedungen sind zu der Erkenntnis, daß sie als Einzelne nur wenig oder gar nicht vorankommen können und daher durchdrungen sind von dem Willen, ihre schwachen Kräfte zu vereinigen in freiwilligem Zusammenschluß. Sie alle wissen, daß ihr eigenes so bedrängtes Leben und das ihres Volkes nur gemeinsam gestaltet werden können, und daß sie mit allen Gleichgesonnenen in der ganzen Welt zusammenwirken müssen, um der Zukunft ihrer Kinder und ihrer eigenen Zukunft ein helleres Gesicht, eine freudigere Seite abzugewinnen. Diese Männer und Frauen wollen nicht mehr, wie leider noch so viele Menschen es tun, in Verdrossenheit und Tatenlosigkeit dahinvegetieren, sie glauben nicht an Wunder. Als denkende Menschen, als freie politische Staatsbürger, vertrauen sie ihrer eigenen gesammelten Kraft in ihrer Partei.

Ja wohl, Partei wollen sie nehmen — gegen den Unverstand und das Unrecht, unter dem sie selbst und ihre Mitmenschen leben! Partei wollen sie nehmen für

den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft, für ihre eigene Freiheit und die Freiheit aller Menschen und Partei wollen sie nehmen für alle Schwachen, Bedrängten und Ausgebeuteten. Das sind unsere Glieder, unsere Mitglieder, an und im Organismus unserer Partei. In Ihnen, den Delegierten und Vertrauensträgern unserer Mitgliedschaft, begrüße ich zunächst und bewußt zuerst alle diese Männer und Frauen, die uns Vertrauen und denen wir Vertrauen schenken, daß sie mit uns eines Geistes sind — den großen Freundschaftsbund, die ganze Sozialdemokratische Partei Deutschlands. (Beifall.)

Insbesondere aber begrüße ich alle Genossinnen und Genossen in jenen Gebieten Deutschlands, in denen sie, einem blutbefleckten Terrorregiment kaum entgangen, erneut von einem schlimmeren und schandbareren Gewaltregiment daran gehindert werden, ihre Delegierten hierher zu entsenden. Wir bleiben diesen Genossinnen und Genossen für immer und unlösbar verbunden.

Sodann begrüße ich aufs wärmste und freudigste die Delegierten und Gäste unserer Bruderparteien und der anderen befreundeten Organisationen des Auslandes, die uns in so großer Zahl wiederum auch auf diesem Parteitag die Ehre ihres Besuches geben, um mit uns zu raten und mit uns Fühlung zu nehmen.

Gerade ihnen, unseren Freunden außerhalb Deutschlands, hegen wir die zuversichtliche Hoffnung, daß sie ihre Kenntnisse von der Politik der deutschen Sozialdemokratie, von den Aufgaben, vor die sie gestellt ist, vermehren, vertiefen und notfalls auch korrigieren können durch ihre Teilnahme an diesem Parteitag, durch ihre Erlebnisse in Hamburg und durch ihre persönlichen Gespräche mit den Delegierten und den Hamburger Genossinnen und Genossen. Wir wünschen nichts sehnlicher als gerade dies — damit sie bei ihren Genossen und Landsleuten unsere guten und wahren Dolmetscher sein können.

Genossinnen und Genossen, wir tagen hier in einem Hause und in einer Stadt, die beide eine freiheitliche Tradition — und ich darf es mit berechtigtem Stolz und doch in Bescheidenheit sagen — einen großen und bedeutungsvollen Namen tragen.

Das Hamburger Gewerkschaftshaus, in dem wir hier tagen, wurde am 29. Dezember 1906 von dem damaligen Vorsitzenden unserer Partei, von August Bebel, mit einer Rede eingeweiht, in der er dieses echte Denkmal der Arbeit und der Arbeiterschaft als die Waffenschmiede der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnete.

Und Hamburg selbst trägt in Deutschland und darüber hinaus den Namen „Deutschlands Tor zur Welt“. Es ist gewiß wahr, daß an dieser Entwicklung Hamburgs der Wagemut kühner Seefahrer und die Klugheit und Zuverlässigkeit liberaldenkender Pioniere des Handels einen bedeutenden Anteil hatten. Dieses Verdienst soll von mir in keiner Weise geschmälert werden, wenn ich feststelle, daß gerade in den letzten Jahrzehnten und nach dem Kriege — daß Hamburg dies nicht geworden wäre, was es war, ohne die Arbeiter, und erst recht nicht das, was es nach 1945 wieder geworden ist, ohne die Vertreter seiner werktätigen Bevölkerung im Hamburger Parlament, in der Hamburger Verwaltung und in dem geistigen Leben in unserer Hamburger Landesorganisation.

In Hamburg-Altona entstand vor fast 80 Jahren eine der größten Ortsgruppen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, gegründet von Ferdinand Lassalle. Als er gestorben war, sangen die Hamburger Sozialdemokraten: „Ist auch der Sämann gefallen, in guten Boden fiel die Saat.“

Mit Stolz haben die Jungen dies Lied der Arbeit aufgenommen, und in unseren Kundgebungen dokumentieren wir diese Arbeit und diesen Stolz als Freunde unserer Bewegung.

Im letzten Oktoberwahlkampf um die Hamburger Bürgerschaft brachte der als Vaterstädtischer Bünd zusammengeschlossene Kampfblock der CDU, FDP und DKP gegen die Sozialdemokratie ein Plakat heraus, in dem der Aufbau des Hamburger Hafens gezeigt wurde, und darunter stand in dem Plattdeutsch, das hier oben gesprochen wird:

„Wat hebbt de Sozis dorbi dohn? — Nix!“

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist ihnen nicht nur an Geldkosten für das Plakat teuer geworden, sondern beide Parteien hat das Zehntausende Wählerstimmen und der sogenannten Freien Demokratischen Partei ihre drei Senatssitze in der Regierung gekostet; denn seit diesem 16. Oktober und dieser Front gegen unsere Arbeit und Leistungen machen wir nun die Arbeit allein. (Bravorufe, Beifall.)

Hier in Hamburg haben die Sämannen der Frühzeit unserer Arbeiterbewegung gewirkt, die uns unvergeßlich bleiben. Der bekannteste und beliebteste — ich nannte ihn schon —, der hier dieses Haus einweihete, war August Bebel. Aber die anderen, und sie sind längst nicht vollständig zu nennen — Ignatz Auer, dessen Namen noch heute unser Verlag trägt, Johannes Wedde, Karl Frohme, Hermann Molkenbuhr, Adolf von Elm, Helmar Steinbach! Und dann — nach 1918 — als Hamburger Bürgermeister Otto Stolten und Rudolf Roß, weiterhin der Vorsitzende des Reichsbanners: der von den Henkern Hitlers hingemordete Theo Haubach und der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiterjugend Hamburgs und Mitglied des Parteivorstandes, unser unvergeßlicher Max Westphal! (Beifall.)

Hier in Hamburg, Genossinnen und Genossen, dokumentierte sich die Konsumgenossenschaftsbewegung stärker als in irgendeinem anderen Bereich Deutschlands, und in diesem Hause wurden die Pläne zur Zusammenfassung der Vereinheitlichung der Gewerkschaften gefaßt, und hier wurden viele leidenschaftliche Diskussionen, aber auch die gefaßten Beschlüsse durchgeführt.

Der einzige Hamburger Parteitag der Sozialdemokratie, der dem heutigen vorausging, liegt nun schon 53 Jahre zurück.

Aber hier in Hamburg trafen sich im Jahre 1923 zum erstenmal nach dem ersten Weltkrieg die Vertreter und Delegierten der Sozialisten aus allen Ländern Europas und der Welt, und diese internationale Durchführung der Sammlung und der Suche nach einem gemeinsamen Willen ist das große Problem unserer Zeit. Ich stelle fest, daß dieses eine erhebende Kundgebung der Einigkeit der sozialdemokratischen Parteien gewesen ist, nicht nur in der Verurteilung und nicht nur in der Verneinung des Krieges, sondern auch in der Beurteilung; seine Folgeprobleme gemeinsam und ohne Haß und Rache und Bevormundungsgedanken durchzuführen. Als die Delegierten dieses Kongresses auseinandergingen, jeder in sein Land zurück, da wußten sie sehr wohl, daß sie alle von ihren politischen Gegnern mehr oder weniger angegriffen, ja sogar als Landesverräter angegriffen und beschimpft werden würden. Und dennoch und trotzdem nahmen sie den Kampf auf und wurden nicht müde in ihrem Wirken für die Verständigung unter den Völkern. Das ist auch heute unser Wunsch, und damit will ich meine Begrüßung schließen. Es ist unsere Hoffnung: Möge dieser Parteitag uns alle ohne Ausnahme in den Stand setzen, — unsere internationalen Freunde in ihren Ländern und unsere deutschen Delegierten in Deutschland — für die Idee der sozialen Gerechtigkeit und damit für die Idee des Friedens unter den Menschen neue überzeugte Anhänger zu gewinnen. Freundschaft! (Starker Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Ich habe nunmehr eine Liste, und die Gefahr, daß ich aus der Reihe komme, wird wohl nicht wieder auftreten. Darf ich nunmehr dem Präsidenten des Senats, dem Bürgermeister Brauer, das Wort geben.

Max Brauer, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Meine lieben Freunde! Voll Stolz und Freude begrüße ich den Parteitag und ich bin überzeugt, daß das herzliche Willkommen zu den sozialdemokratischen Vertretern hier in Hamburg geteilt wird von der überwältigenden Mehrheit der Hamburger Bevölkerung weit über die Kreise der Sozialdemokratie hinaus. (Starker Beifall.)

Wir werden alles tun, um die Arbeit des Parteitages zu erleichtern und Ihnen die Tage in Hamburg so angenehm wie möglich zu machen. Die Hamburger Sozialdemokratie ist so alt wie die deutsche Arbeiterbewegung, wie die deutsche Sozialdemokratie. Die bewegte Geschichte unserer Partei, die Rückschläge, die schweren Kämpfe, die die Partei hat durchstehen müssen, sie sind auch hier gekämpft worden. Was die Hamburger Sozialdemokratie durch die Zeit hindurchgetragen hat und was ihr immer neue Kraft gegeben hat, das war die Überzeugung

und das Bekenntnis zu dem Ideal des demokratischen Sozialismus. Von diesem Glauben und von diesem Ideal ist bestimmt worden die offene Bereitschaft, die Treue zur Partei, die hier in Hamburg so tief im Herzen eines jeden Sozialdemokraten wurzelt.

Wir haben nicht nur das sozialdemokratische Ideal durch die Zeit getragen, sondern in den Jahrzehnten des politischen Wirkens überall uns der Gegenwart gestellt und keine Chance ungenutzt gelassen, um auf dem Kampffeld der Gewerkschaften, der Genossenschaften oder im politischen Kampffeld voll zu bestehen, um das Los der Arbeiter zu erleichtern und den großen Freiheitskampf mitzukämpfen im Rahmen der deutschen Sozialdemokratie, im Rahmen Deutschlands, im Rahmen der Internationale.

Genossinnen und Genossen! Das Mittelalter und das 19. Jahrhundert haben die großen Städte geschaffen, die nun zum Teil in Trümmer liegen. Sie waren die Schöpfungen des deutschen Bürgertums. Aber das Jahrhundert, das nun zur Hälfte schon hinter uns liegt, zeigt hier in Hamburg immer wieder den Einfluß der Hamburger Sozialdemokratie auf die kommunale Arbeit, auf die städtische Verwaltung, auf die Gestaltung unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Nach 1918 hat die sozialdemokratische Mehrheit hier in Hamburg das Heft in die Hand genommen, und dasselbe mußte notwendigerweise auch 1945 geschehen. Nun möchte ich hier gleich von vornherein sagen, jenen bürgerlichen Kleingläubigen oder vielleicht auch Illusionisten: Wir sind nicht gekommen, um in einer Episode die Herrschaft zu übernehmen, sondern wir sind gekommen, um die Führung in Hamburg nie mehr aus der Hand zu geben. (Stürmischer Beifall.) Wir werden nicht der Versuchung unterliegen, darunter zu Schaden kommen zu lassen die echte Demokratie, wir werden nicht der Versuchung unterliegen, irgend etwas zu übernehmen vom totalitären Staat Hitlers. Aber wir wollen aus dem Turm heraus in Hamburg. Wir wollen nicht nur die Lohnarbeiter bei uns sehen, sondern auch diejenigen, die soziologisch zu uns gehören, die breiten Massen der Bevölkerung. Wenn wir deren Vertrauen erwerben durch unsere Arbeit, dann kann uns niemand die Führung streitig machen. Wir glauben, in Hamburg ein Modell schaffen zu müssen, was schöpferischer Geist der Sozialdemokraten aus einer gemeindlichen Verwaltung zu machen versteht. Wir sind 1945 hier in einem Trümmerhaufen zur Führung berufen worden, — wie auch nach 1918 ein Trümmerhaufen aufzuräumen war. Aber wir haben nicht die Hände in den Schoß gelegt, uns selbst bemitleidend, sondern haben uns, in dem Glauben an die Zukunft, den Dingen gestellt und versucht, sie zu meistern. Wir wollen aus der Not der Zeit, aus den Rückschlägen der Diktatur und des Krieges unserer Bevölkerung im Rahmen der Deutschen Republik eine neue Welt bereiten, die Welt der Demokratie und des Sozialismus, wir wollen zeigen, daß die Sozialdemokraten befähigt sind, schöpferisch zu wirken. Belichten Sie uns nicht nach dem, was in den drei Jahren geschehen ist. Wir haben noch unendlich viel Arbeit vor uns, aber wir scheuen uns nicht, sie anzupacken. Wir hoffen, daß unsere Genossen draußen, die auf unsere Arbeit blicken, überall den Gegnern sagen können, was die Sozialdemokratie in der Lage ist, Entscheidendes zu tun. Geht nach Hamburg und seht Euch die Dinge an. Dann werden wir die rechte Freude an unserer Arbeit haben.

Vorsitzender Schönfelder: Es hat nunmehr das Wort der Genosse Hans vom Hoff vom Deutschen Gewerkschaftsbund.

Hans vom Hoff, Düsseldorf: Genossinnen und Genossen! Im Auftrage des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes und insbesondere im Auftrage unseres Vorsitzenden, des Kollegen und Genossen Hans Böckler, der leider durch Krankheit verhindert ist, an der Tagung hier teilzunehmen, habe ich Ihnen die herzlichsten Grüße zu übermitteln.

Durch Überwindung der früheren Richtungsgewerkschaften ist die neue einheitliche Gewerkschaftsbewegung entstanden, die heute in der Bundesrepublik über fünf Millionen Mitglieder umfaßt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Bewegung einen bedeutenden Faktor im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Leben des Volkes darstellt. Die Gewerkschaftsbewegung ist parteipolitisch neutral. Parteipolitische Neutralität bedeutet aber nicht politische Indifferenz. (Sehr richtig.) Wir können als Gewerkschaftler nicht darauf verzichten, im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen die Tätigkeit der Bundesregierung, der Landesregierungen und der politischen Parteien zu beeinflussen und deren Handlungen kritisch zu betrachten. Soweit politische Parteien den gewerkschaftlichen Forderungen gegenüber nicht aufgeschlossen sind, bestimmen sie damit selbst die Haltung, die die Gewerkschaft ihnen gegenüber einnimmt. Daraus ergibt sich auch selbstverständlich, daß trotz oder gerade wegen der parteipolitischen Neutralität ein enger Kontakt mit denjenigen politischen Parteien besteht, die diese Voraussetzungen erfüllen.

Im Vordergrund der gewerkschaftlichen Tätigkeit stehen neben der Bewältigung der üblichen gewerkschaftlichen Tagesarbeit heute drei Grundprobleme, die nur in engem Zusammenwirken mit jenen politischen Parteien gelöst werden können, die sich für die Interessen der Arbeitnehmerschaft auch tatsächlich einsetzen.

Da ist zunächst das Problem der Reform der Sozialversicherung. Hier scheitert die an sich so notwendige Reform an der Einstellung einiger Parteien der gegenwärtigen Regierungskoalition. Wir müssen uns daher im Augenblick mit einer Neuordnung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung begnügen.

Bei der Neuordnung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung sollte es eigentlich selbstverständlich sein, daß neben der Wiederherstellung der Rechte, wie sie bis 1933 bestanden, auch ein Mindestmaß an Fortschritt, der sich aus der Entwicklung ergeben hat, erreicht wird.

Leider müssen wir feststellen, daß der Regierungsentwurf bei einem Teil der Selbstverwaltung der Sozialversicherung sich nicht etwa auf die Wiederherstellung der Verhältnisse vor 1933 beschränkt, sondern Verhältnisse wünscht, wie sie vor der Jahrhundertwende nicht einmal bestanden haben. (Hört, hört.)

Aus diesem Grunde begrüßen wir den Initiativantrag der SPD, der nicht nur eine Wiederherstellung der früheren Selbstverwaltung erstrebt, sondern auch dem notwendigen Fortschritt Rechnung trägt.

Wir danken als Gewerkschaftsbewegung der SPD dafür, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen zumindest alles versucht, was auf diesem Gebiete einigermaßen möglich ist, wobei wir uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die Durchsetzung dieses Initiativantrages noch erhebliche Schwierigkeiten bereiten wird.

Das zweite Problem ist das Problem der Mitbestimmung, das der Genosse Ollenhauer hier schon angeschnitten hat. Unsere Forderung nach Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit zwingt dazu, daß wir das Problem der Mitbestimmung nicht nur in irgendwelchen Teilabschnitten, sondern generell lösen. Der Kampf gegen unzureichende Löhne läßt sich nicht nur allein regeln durch Abschluß von nominellen Gehalts- und Lohnstarifen, entscheidend ist vielmehr die Erhöhung des Reallohnes. Eine Erhöhung des Reallohnes ist aber nur möglich, wenn wir Einfluß auf die Produktion und die Preisgestaltung — also auf die Wirtschaft gewinnen.

Das Problem der Erreichung der Vollbeschäftigung setzt auch eine planvoll gelenkte Wirtschaft voraus. Diese ist aber nur unter der vollen Mitverantwortung der Arbeitnehmer möglich. Daher ist die Mitbestimmung als unteilbares Ganzes, angefangen von der Mitbestimmung im Betrieb bis hinauf zum Bundeswirtschaftsrat, durchzuführen.

Ich will hier nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich will nur darauf hinweisen, daß die Notwendigkeit einer Mitbestimmung von weiten Kreisen anerkannt wird, aber daß die Mitbestimmung selbst meist nur als ein Dekorament gewünscht wird, das an der einseitigen Beherrschung der Wirtschaft durch den Kapitalismus möglichst nichts oder recht wenig ändern soll.

Die Gewerkschaften wollen eine echte Mitbestimmung, und wir stellen die politischen Parteien vor die Entscheidung, wie sie sich zu diesen gewerkschaftlichen Forderungen stellen. Ich freue mich, hier — genau so, wie bei den Problemen der Sozialversicherung — feststellen zu können, daß die SPD nicht nur in vielen Ein-

zelheiten, sondern insbesondere auch im Grundsätzlichen mit uns in der Frage des Mitbestimmungsrechtes übereinstimmt, und daraus geht hervor, in welcher politischen Partei besonders die Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu suchen ist. (Beifall.)

Das dritte Problem ist die Überführung der Grundstoffindustrien in den Besitz der Allgemeinheit: die Sozialisierung. Auch hier werden sich die politischen Parteien entscheiden müssen, wie sie zur Neuregelung der Besitzverhältnisse in Stahl und Eisen, in der Kohle, in der Chemie und der Energie, abgesehen von einigen anderen wichtigen Dingen, stehen. Hierbei entscheidet sich auch, inwieweit die politischen Parteien, die vorgeben, Arbeitnehmerinteressen auch vertreten zu wollen, den gewerkschaftlichen Forderungen aufgeschlossen gegenüberstehen.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung weiß, daß bei der SPD keine Notwendigkeit besteht, bezüglich der Frage der Überführung der Grundstoffindustrien und der Durchführung der Sozialisierung besondere Erinnerungen anzubringen, sondern wir wissen, daß die SPD, aus ihrer sozialistischen Einstellung, aus ihrer Tradition und aus der Solidarität mit der gesamten Arbeiterbewegung heraus positiv und konsequent an die Erledigung dieser Frage herangehen wird.

Die Tagesordnung Ihres Kongresses ist nicht nur für die Gewerkschaftsmitglieder wichtig, die der SPD angehören, sondern sie ist auch von hoher Bedeutung und findet auch volles Interesse aller anderen Gewerkschaftsmitglieder, die der SPD als Mitglieder nicht angehören.

Ich möchte noch einmal abschließend betonen: Die Gewerkschaften sind zur Zusammenarbeit mit allen, die den gewerkschaftlichen Forderungen gegenüber positiv stehen, bereit. Das ergibt sich schon aus der Funktion, die die Gewerkschaften im Wirtschaftsleben ausüben. Bei welcher Partei das Schwergewicht der Zusammenarbeit liegen wird, dürfte nicht schwer zu erkennen sein. (Beifall.) Ich hoffe nur, daß die breite Masse der Arbeitnehmerschaft daraus auch die politischen Konsequenzen zieht. (Bravorufe — starker Beifall.)

Ich bin gewiß, daß die SPD, getreu ihrem Programm und ihrer Tradition, mit vielen Forderungen der Gewerkschaften übereinstimmt. Wir werden daher den Verlauf Ihres Kongresses mit besonderem Interesse verfolgen. Ich zweifle nicht daran, daß der bestehende Kontakt noch enger gestaltet wird. Wir sind in der Gewerkschaftsbewegung überzeugt, daß unser Ziel — vereint mit allen politischen Freunden, und mag der Weg auch noch so schwer sein — erreicht wird.

In diesem Sinne wünscht Ihnen die deutsche Gewerkschaftsbewegung vollen Erfolg und weiterhin vorwärts und aufwärts. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Genossen, eine kurze Mitteilung zur Orientierung der Delegierten: Ich bin darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht zweckmäßig ist, die Delegierten ausweise auf den Plätzen liegen zu lassen, wenn jemand den Saal verläßt. Er hat dann keinen Ausweis und zwangsläufig Schwierigkeiten bei der Kontrolle.

Dann darf ich das Wort dem Vertreter der Genossenschaften geben, unserem Genossen Gustav Dahrendorf.

Gustav Dahrendorf, Hamburg: Es ist nur natürlich, daß eine Organisation, die vor 1933 bereits vier Millionen Familien als Verbraucher organisiert hatte und die heute bereits wieder annähernd 1¼ Millionen Familien organisiert hat, bewegten Anteil nimmt an den Beratungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Darum habe ich die besondere Freude, Ihnen die Grüße des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften und der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften zu überbringen. Es sind Tausende und aber Tausende persönliche Fäden, die die Deutsche Genossenschaftsbewegung mit der Sozialdemokratie verbinden. Aber nicht nur diese persönlichen Verbindungen sind es, — auf weiten Strecken der Sozial- und der Wirtschaftspolitik sind wir immer Weggenossen gewesen, sind wir heute Weggenossen, und so möchte ich hoffen, werden wir auch in Zukunft Weggenossen sein.

Unsere Aufgabe als Genossenschaft ist, einen Beitrag zum sozialen Aufstieg der breiten Massen des Volkes zu leisten. Unsere aktuelle und künftige Aufgabe wird insbesondere sein, jene neue soziale Ordnung, für die die Sozialdemokratie kämpft, auch wirtschaftlich fundieren zu helfen. So hoffe ich, daß wir von der politischen Ebene her zwar gar keine Bevorzugungen erfahren, auch nicht irgendwie eine Interessenwahrnehmung erfolgt, denn die Genossenschaften sind ja eine Bewegung der Selbsthilfe, aber daß tätige Freundschaft und aktives Interesse uns immer gerade von der politischen Ebene für und insonderheit von der Sozialdemokratie bekundet werden. In diesem Sinne begrüße ich Sie und wünsche Ihrer Tagung jeden denkbaren Erfolg. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Wir werden jetzt die Freude haben, Vertreter ausländischer Bruderorganisationen zu hören. Ich möchte jetzt zunächst Kenntnis geben von einem Telegramm: „Das Zentralkomitee der Ukrainischen Sozialistischen Partei übersendet dem Kongreß der SPD herzlichste Grüße.“ (Bravo — Beifall.)

Aus Italien waren die Vertreter beider sozialistischen Gruppen für unseren Parteitag angemeldet. Es wird uns jetzt mitgeteilt, daß es beiden unmöglich ist, zu kommen. Sie senden uns herzliche Grüße. (Beifall.) Der Vertreter der Labour Party kann erst am Montag hier eintreffen. Wir werden also dem englischen Genossen im Laufe der Tagesordnung, wenn er anwesend ist, die Möglichkeit zu einer Ansprache geben.

Ich gebe nunmehr das Wort dem Genossen Varjonen als Vertreter unserer finnländischen Bruderpartei.

Unto Varjonen, Finnland: Genossinnen und Genossen! Von der Sozialdemokratischen Partei Finnlands bin ich beauftragt worden, die Begrüßung der Partei an diesem Kongreß vorzubringen. Wir Sozialdemokraten haben uns zur Aufgabe gesetzt, eine innerlich freie und gesicherte Gesellschaft zu erbauen, friedliche und vertrauensvolle Beziehungen zwischen den Völkern zustandezubringen. Diese Aufgabe betrachten wir als positiv. Wir haben als Ziel die Verbesserung der vorherigen und der jetzigen Verhältnisse. In diesen Tagen können wir aber feststellen, daß die Sozialdemokratie einen großen Teil ihrer Kräfte für die Verteidigung der schon erreichten Werte gegen drohende Gefahren opfern muß. Die Schwierigkeiten kommen uns zuweilen überwindlich vor. So ist es in Finnland gewesen. Die Sozialdemokratie hat aber ihre Stellung und ihre Zukunftsmöglichkeiten verloren, wenn ihre Mitglieberscharen und ihre Leitung ihre Augen auf die vorkommenden Schwierigkeiten lenken. Dann dürfen sie ihren Kampfwillen nicht niederschlagen lassen, wenn wir nicht eines schönen Tages wieder Gefahr laufen wollen, daß die Sozialdemokratie nicht mehr existiert, daß die Freiheit sich in die Sicherheit der Gefängnisse verändert hat und die freundlichen Beziehungen der Völker in fort-dauernden kalten oder heißen Krieg. Wir haben in Finnland die drohenden Gefahren in diesen Jahren vielleicht mehr gesehen als in manchen anderen Ländern. Wenn die finnischen Sozialdemokraten ihren Kampfwillen verloren hätten, wäre Finnland heute nicht mehr ein freies Land und eine Demokratie. (Beifall.) Wir haben einen harten Kampf für die Freiheit und für die Demokratie gekämpft, und diesen Kampf haben wir heute gewonnen. (Beifall.) Wir müssen zu kämpfen wagen, und wir müssen für die Grundwerte der Demokratie zu kämpfen verstehen. Die Demokratie fordert jeden Mann und jede Frau auf ihren Wachtposten. (Bravorufe.) Die Kette bricht, wenn auch nur ein Ring, klein oder groß, versagt. Die finnischen Sozialdemokraten haben zu zeigen beschlossen, daß nur ein zerschmetternder Hammerschlag den Ring zerbrechen kann, den wir geschmiedet haben. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Es hat nunmehr das Wort der Genosse Erwin Schneider, Sekretär der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern, als Vertreter der SPS.

Erwin Schneider, Schweiz: Geschätzte Genossinnen und Genossen! Es ist mir eine große Freude, Ihnen die Grüße der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zu überbringen. Es ist mir eine besondere Freude, hier als Delegierter an

diesem Kongreß teilzunehmen, weil wir wissen, welch große Probleme an diesem Kongreß zur Diskussion stehen, und weil wir wissen, welch große Bedeutung dieser Kongreß für die ganze freiheitlich demokratische Welt hat. Ich spreche als Delegierter einer kleinen Sozialdemokratischen Partei, einer Partei, die keine Aufbausorgen und Ihre eigenen Nöte kennt. Ich spreche als Delegierter einer Partei, die ebenfalls in ihrem Land den Kampf zu führen hat, wie es die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit mit sich bringt. Und wir sind darum daran interessiert, daß in der ganzen Welt die demokratische Front gestärkt wird, damit der soziale Neuaufbau der Welt Wirklichkeit wird. Mag dieser Kongreß mithelfen, dies herbeizuführen, damit die sozialdemokratische Bewegung groß, stark und mächtig sich bemerkbar machen kann. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Es spricht nunmehr der Genosse Olaf Landqvist aus Schweden. Er spricht auch für Norwegen. Der Genosse Landqvist ist in Deutschland nicht unbekannt. Er hat hier als Landarbeiter gearbeitet und ist auch in Deutschland tätig gewesen; nunmehr in Schweden in der Presse tätig.

Olaf Landqvist, Schweden: Werte Genossinnen und Genossen! Von der Sozialdemokratischen Partei Schwedens und der Norwegischen Arbeiterpartei überbringe ich Euch die besten Grüße und spreche zugleich die Hoffnung für einen glücklichen und erfolgreichen Verlauf Eurer Verhandlungen aus.

In beiden Ländern, die ich hier vertrete, ist die Sozialdemokratie im Besitz der Regierungsmacht, in Norwegen nach einem kürzlich durchgekämpften und gewonnenen Wahlkampf. (Bravorufe.)

In Schweden ist die Sozialdemokratie seit 1932 ununterbrochen in der Regierung. (Beifall.)

Die neue internationale Krise hat auch Skandinavien hart getroffen und damit die Schwierigkeiten für die Arbeiterregierung erhöht. Durch eine entschlossene Politik gelang es aber, die Situation zu meistern und die Produktion ununterbrochen zu erhöhen. Es ist uns geglückt, die Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege auszubauen und auf verschiedene Weise den Wohlstand des Volkes in einem Ausmaße zu erhöhen, der uns mit Freude erfüllt und der dazu geführt hat, daß wir mit Stolz auf „den dritten Weg“ als eine erfolgreiche Alternative verweisen können.

Eine ganze Anzahl von Parteitagsdelegierten kennen diese Verhältnisse.

Während der Hitler-Zeit lernten wir in Schweden viele deutsche Emigranten als gute Sozialdemokraten und gute Internationalisten kennen. Einige von ihnen sind bei uns geblieben und gute schwedische Bürger geworden, andere wieder sind in die Heimat zurückgekehrt und nehmen sicher an Eurer nicht gerade dankbaren Arbeit teil.

Genossinnen und Genossen! Mit großem Interesse nehmen wir an den Verhandlungen dieses Kongresses teil. Die Scheinwerfer der Welt sind in diesem Augenblick auf ihn gerichtet, weil er die deutschen Kräfte vertritt, die der Gegensatz zu denen sind, die Deutschlands Ansehen in der Welt schändeten: und weil die SPD der stärkste deutsche Faktor ist, von dem die Welt positive und vorwärtsweisende Impulse in der schweren Arbeit für Deutschlands und Europas Wiederaufbau erwartet. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Es spricht nun zu Ihnen der Genosse Grumbach aus Frankreich. (Lebhafter Beifall.) Der Beifall beweist, daß ich nicht nötig habe, ihn besonders vorzustellen. Als alter Schüler von Jean Jaurès hat er sich der Völkerverständigung gewidmet, hat Widerstand in Frankreich geleistet und sich auch nach 1945 ständig bemüht, eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen. (Lebhafter Beifall.)

Salomon Grumbach, Frankreich: Ich danke Ihnen allen, ich danke dem Vorsitzenden, obwohl ich vor seinem strengen Humor schon etwas Angst habe, weil man mir sagte, länger als fünf Minuten dürfte ich nicht sprechen. Man hat mich also gewissermaßen an die Kette gelegt. (Zwischenruf: „Gleichberechtigung für alle!“) Aber die Vorgänge haben es mir noch schwerer gemacht, denn Sie haben mir durch Ihren Beifall nicht einmal die fünf Minuten gelassen. (Heiterkeit.) Sie



werden verstehen, was mir auf der Seele liegt; ich werde mich disziplinieren, wie es mein Temperament erlaubt. (Heiterkeit.)

Ich überbringe Ihnen die tiefgefühlten Grüße der französischen Sozialistischen Partei. Wenn es in der letzten Zeit hier und da in gewissen Fragen zwischen unseren beiden Parteien Schwierigkeiten gegeben hat, so seien Sie überzeugt, hat das keine wesentliche Bedeutung, wenn wir die gemeinsame Idee für die Zukunft, die gemeinsame Basis des sozialistischen Glaubens haben, und wenn wir entschlossen sind, in der gegenwärtigen Zeit alle die Mittel anzuwenden, die den Menschen die Sicherheit und Überzeugung geben, daß unser Sozialismus weder der Totalität noch irgendwelchen Hypermethoden vergleichbar ist. Das ist das Wesentliche.

Ich will Euch noch die Grüße und besten Wünsche von einem Toten überbringen. Sehr wenige Tage vor dem Abschied für immer habe ich draußen in seinem Häuschen in Jouy-en-Josas mit Léon Blum über diesen Parteitag gesprochen. Er sagte mir, als ich ihm erzählte, daß er in diesem Saal sein würde: „Wissen Sie noch 1923, als wir zusammen in Hamburg waren und Sie meine Rede übersetzten?“ In dem Augenblick, als wir zusammen saßen, stieg das ganze Erlebnis von damals vor meinen Augen auf: Ich sah Molkenbuhr, Kautsky, Bernstein und alle anderen, die eine Generation der Jugend bis zu ihrem Ende bildeten, weil sie ständig sozialistisch dachten und Sozialisten geblieben waren.

Gern bin ich in dem herrlichen Hamburg. In meinen jungen Jahren habe ich als Elsässer August Bebel mit zum Abgeordneten von Straßburg gewählt, weil er im Jahre 1871 den Mut hatte, allein im ersten deutschen Reichstag dem siegreichen Bismarck gegenüber den Protest zu erheben gegen eine Vergewaltigung, die schwere Folgen hatte. Hamburg, — in dem ich die Ehre hatte, im August 1946, wohl als erster französischer Politiker und Parlamentarier hier auf einer Großkundgebung zu sprechen, die ich in meinem Leben nicht vergessen werde, und die doch der erste Schlag gegen das tiefe Eis des fast ozeantiefen Mißtrauens war, wie ich es damals nannte. — Es ist auch heute noch nicht ganz verfliegen. Heute noch müssen wir versuchen, uns gegenseitig zu verständigen über das, was der eine oder andere gelitten hat. Heute sind gewisse Diskussionen durch psychologische Hindernisse noch gehemmt; ja selbst unter manchen Genossen in den verschiedenen Ländern kann plötzlich etwas aufsteigen, was aus der Erinnerung des Entsetzens herrührt.

Das Fundament meiner Ansprache in Düsseldorf war, Kurt Schumacher, dem Schwerkranken, unsere besten Wünsche zu überbringen. Welche tiefe Freude ist es heute für mich, ihn zu sehen, geheilt, mit einem Gesicht, in dem Entschlossenheit und körperliche Gesundheit Ausdruck finden. Wenn das gewissen Leuten in Deutschland auch nicht angenehm sein mag, so dürfen wir uns sehr darüber freuen, daß seine Gesundheit und sein Temperament, diese Mischung aus Westpreußen und Marseiller Bürger, in seiner ganzen Leidenschaftlichkeit vor uns stehen. (Beifall.) Ihm will ich heute sagen: es kann Meinungsverschiedenheiten zwischen uns geben, aber deswegen wird keiner von uns vergessen, daran zu denken, was du bedeutest als Symbol und Aktion.

Über die unmittelbar interessierenden Fragen will ich ganz kurz sprechen: Wenn Ihr dagegen kämpft, daß gegenwärtig an der Ruhr die Lösung der Kohle-, Eisen- und Stahlfrage als evtl. Hindernis gegen die Sozialisierung erfolgt, so stehen wir französischen Sozialisten in diesem Kampf neben Euch! (Stürmischer Beifall.) Mögen Kohle, Stahl und Eisen sich über die deutsch-französischen Grenzen hinweg verheiraten, ja über Europa hinweg, dann muß — das ist unser Wunsch — England dabei sein. Wir wollen Europa, aber wir wollen kein Europa ohne England. Wir wollen Europa, aber kein Europa, das morgen nur eine Barriere bildet gegen den Vormarsch des Sozialismus. Wir wollen Europa, aber kein konservatives, kein sozialreaktionäres Europa. Wir wollen die Heirat von Eisen, Stahl und Kohle. Insofern haben wir als französische Sozialistische Partei den Vorschlag des französischen Außenministers Robert Schuman, den wir vorher nicht gekannt haben, im Prinzip begrüßt als erstes Glied einer Kette, als etwas ganz Neuartiges. Wir haben uns aber vorbehalten, ihn in seinen Konsequenzen restlos zu prüfen, wie ihr es

in Eurer Partei selber getan habt. Wir werden einig sein mit Euch, wenn es zu verhindern gilt, daß dieser Vorschlag Wirklichkeit wird — nach dem die Rohstoff-reichtümer — wenn auch auf Umwegen — in Deutschland und auch in anderen Ländern denselben Besitzern zurückgegeben werden, auf denen das Blut des Hitler-terrors lastet, seien es auch andere Kapitalisten deutscher, englischer, französischer oder amerikanischer Herkunft. (Beifall.)

In dieser entscheidenden Frage besteht eine Gemeinsamkeit, die wichtiger ist als viele andere, kleinere Differenzen. Ja, morgen wird es zu zeigen gelten, was wir internationalen Sozialisten zu tun vermögen. Was wären wir imstande zu tun, wenn nicht auf uns jene unselige Spaltung der Arbeiterklasse lastete! (Sehr gut!)

Im Jahre 1915 sagte mir Lenin während eines Spazierganges zum erstenmal: Wir müssen die Arbeiterinternationale spalten. Ich antwortete ihm: Lenin, Sie sagen, wir müssen, Sie sagen nicht, sie ist unvermeidlich. In Ihrer Absicht steckt der Wille, sie zu spalten. Die Folgen würden unermeßlich sein!

Oft habe ich eine Vision. Wäre die russische Revolution von 1917 den Weg des demokratischen Sozialismus gegangen, wäre diese Revolution das geworden, was wir erträumt haben, anstatt nur zu einem Nichtkapitalismus mit totalitärem Terrorismus zu werden, Europa wäre sozialistisch, die Arbeiter wären sozialistisch. (Beifall.)

Die Welt würde hinter diesem sozialistisch-demokratischen Rußland stehen. Keine Kriegsgefahr wäre mehr da, keine Atombombenenergie-Diskussionen wären nötig. Daran wollen wir denken an diesem Parteitag, von dem ich weiß, welch schwere Probleme er zu lösen hat. Darf ich den Vertretern der Gewerkschaften sagen, daß wir die bestehende schmerzvolle Eifersucht überwinden müssen. Diese Taktik ist notwendig. Wir haben in Frankreich auf der einen Seite eine mächtige Kommunistische Partei, auf der anderen Seite eine Gewerkschaftsbewegung, die in die Hände der Kommunisten gefallen ist, weil die Sozialisten drüben in der Gewerkschaftsbewegung nicht rechtzeitig erkannt haben, daß, wie es gesagt wurde, es keine Unvereinbarkeit gibt zwischen der Neutralität der Gewerkschaften und den Ideen, die die Ideen der Vertreter der Arbeitnehmer in Deutschland wirklich sind.

Wenn Euer Parteitag hier zu Ende geht, beginnt in Paris unser Parteitag, und ich werde dort anwesend sein. Dann aber werde ich nach Kopenhagen zum Internationalen Kongreß fliegen, auf dem, zum ersten Male seit dem Kriege, drei Sitzungen stattfinden werden, wie es die besten Traditionen der Vergangenheit verlangt haben. Mögen Sie daraus erkennen, daß bei aller Schwäche, weil wir uns nicht selbst irreführen, weil wir der Welt nichts vormachen, unsere Internationale besteht.

In diesem Sinne Glückauf und die Gewißheit, daß es ohne die deutsche Sozialdemokratie — das ist der Schlußsatz, mit dem mein Artikel gestern morgen im französischen Zentralorgan „Populaire“ schließt — niemals eine dauerhafte, solide demokratische Republik geben kann. Auf Euch liegt die Hoffnung der Welt. (Langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Mir fällt die Aufgabe zu, den Genossen, die hier das Wort an uns gerichtet haben, zu danken. Damit ich auch die Zeit innehalte, kann es nur mit wenigen Worten sein. Ich danke der Hamburger Organisation, die die mühselige Arbeit der Vorbereitung auf sich genommen hat. Ich danke dem Bürgermeister dafür, daß er uns in Aussicht gestellt hat, uns die Tage so angenehm wie möglich zu machen. Ich bin fest überzeugt, daß er sein Wort halten wird. Ich danke dann den Vertretern der Gewerkschaften und Genossenschaften. Das, was Sie uns gesagt haben, beweist, daß wir in vielen Fragen, und insbesondere in den allerwichtigsten, in völliger Übereinstimmung sind. Und ich kann deshalb nur den Wunsch aussprechen, daß es uns in gemeinsamer Arbeit durch Anspannung aller Kräfte gelingt, diese gemeinsamen Ziele zu erreichen. Ich darf dann den ausländischen Genossen danken, daß sie sich zum Sprachrohr ihrer Verbundenheit mit uns gemacht haben. Das gibt uns die Hoffnung, daß wir in gemeinsamer Arbeit mit ihnen einmal die Welt werden neu ge-

stalten können, daß wir in der Lage sein werden, durch enge Zusammenarbeit, durch Anspannung aller unserer Kräfte ein neues Europa und eine neue bessere Welt zu gestalten. In diesem Sinne danke ich allen, die uns hier begrüßt haben.

Dann darf ich vor Schluß der Mittagssitzung noch die Delegierten, die in die Mandatsprüfungskommission gewählt sind, bitten, sich hier auf der Bühne mit dem Genossen Nau zu versammeln. Es ist nötig, daß ich die Namen noch einmal sage: Karl Koch, Düsseldorf; Walter Feiler, Wiesbaden; Frau Margot Bergmann, Regensburg; Werner Zutz, Oldenburg, Eitel Höhne, Eschwege; von Mainz der Genosse Rudolf Heimlich, von Berlin Alex Voelker und von Hannover Alfred Thomas. Die Genossen werden alle gebeten, sich hier oben mit dem Genossen Nau zu versammeln. Und dann darf ich darauf aufmerksam machen, daß nunmehr diejenigen Genossinnen und Genossen, die den Wunsch haben, an der Kranzniederlegung in Ohlsdorf teilzunehmen, unter vorläufigem Verzicht auf das Mittagessen sich jetzt nach draußen begeben müssen, um die Fahrt nach Ohlsdorf anzutreten. Für diese Genossen wird nach der Rückkehr das Mittagessen bereitstehen. Ich schließe dann die Vormittagssitzung. Wir beginnen um 15 Uhr wieder, wie wir hier beschlossen haben.

*Eine Delegation des Parteitages fährt zu dem hamburgischen Mahnmal für die Opfer des Faschismus in Ohlsdorf. Paul Löbe spricht dort einige ergreifende und ermahrende Worte des Gedenkens und der Verbundenheit.*

### Nachmittagssitzung

Vorsitzender Schönfelder: Ich gebe dem Hause zunächst einige Telegramme und Begrüßungsschreiben bekannt:

„Dem Parteitag einen guten Verlauf wünscht aus dem Krankenhaus der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Hamburg, Heinrich Steinfeldt.“

Eine weitere Depesche:

„In enger Verbundenheit wünschen wir dem Parteitag gutes Gelingen und für die zukünftige Arbeit vollen Erfolg. Dina und Friedl Vogel.“

Der Genosse Stampfer ist erkrankt und verhindert, am Parteitag teilzunehmen. Wir bedauern das sehr. Dann wird aus New York deponiert:

„Zum Abschluß unserer Studienfahrt durch die USA und als Zeichen unserer Anteilnahme am Geschehen in der Partei senden wir unsere herzlichsten Grüße und wünschen vollen Erfolg für die Arbeit des Parteitages. Willy Fischer, Irma Keilhack, Erwin Lange, Willy Lausen, Bruno Leddin.

Den Grüßen und Wünschen der deutschen Genossen schließt sich an die Deutsche Sprachgruppe der Social Democratic Federation of USA. Kurt Lichtenstein, Gerhard Gerechter.“

Ein weiteres Telegramm:

„In treuer Verbundenheit sendet die Vereinigung Deutscher Sozialdemokraten in Großbritannien dem Parteitag herzliche Wünsche. Besondere Grüße den Berliner Genossen, unseren ehemaligen Mitgliedern und Londoner Gästen, unserem langjährigen Vorsitzenden Wilhelm Sander und Percy Knight, Labour Party. Es lebe die deutsche Sozialdemokratie und der internationale Sozialismus. Fritz Segall.“

„Ein schönes Gelingen und einen guten Erfolg wünscht Euch Eure Lisa Albrecht“, die sich das zweite Bein jetzt auch gebrochen hat. (Heiterkeit.)

Christian Stock entschuldigt sich wegen anderer Inanspruchnahme, daß er nicht an unserem Parteitag teilnehmen kann.

Dann ist Ihnen eine Zuschrift des Genossen Julius Braunthal, Sekretär der Internationalen Sozialistischen Konferenz, bekannt, die auch in der Presse veröffentlicht ist.

Dann ein nettes Schreiben aus Luxemburg. Unsere Genossen dort wünschen uns besten Erfolg im Interesse des deutschen Sozialismus.

Die Genossen aus Ottawa, Kanada, schreiben ebenfalls einen schönen Brief, in dem es zum Schluß heißt:

„In jedem Falle möchte ich diese Gelegenheit benutzen, der SPD anläßlich ihres Parteitages die wärmsten Grüße der CCF zu übermitteln. Wie alle Sozialisten wünschen auch die Sozialisten Kanadas Ihnen in Ihrem Kampf für ein demokratisches Deutschland und ein freies, blühendes Europa alles Gute.“

Die Genossen aus Uruguay senden uns ein Schreiben, in dem es heißt:

„Wir haben Ihren Brief vom 14. April 1950 erhalten und bedauern sehr, Ihnen mitteilen zu müssen, daß wir im Augenblick nicht die Mittel aufbringen können, die eine Delegation zu Ihrem Parteitag kosten würde.“

Wenn wir auch leider nicht persönlich dort anwesend sein können, so gestatten Sie mir aber nichtsdestoweniger Ihnen die Versicherung zu geben, daß wir keinen Augenblick vergessen werden, daß wir Genossen sind, die zusammen für eine freie und sozialistische Welt kämpfen. Ich bitte den Genossen des Parteitages unsere brüderlichen Grüße zu übermitteln.“

Dann ist ein Schreiben der Sozialistischen Union Mittel- und Osteuropas eingegangen, die uns auch alles Gute wünschen. Sie schreiben am Schluß:

„Wir sind Eurer Partei auch dankbar für das Verständnis für unsere Bestrebungen im Exil und für die Hilfe, welche sie unserer Sache erwiesen hat. Die sozialdemokratischen Parteien, welche in unserer Union vertreten sind, wollen ihre Pflicht gegenüber dem arbeitenden Volk unserer Länder sowie gegenüber dem internationalen Sozialismus erfüllen.“

Dann hat die Sozialistische Partei Belgiens uns ein Schreiben geschickt:

„Angesichts der politischen Situation unseres Landes ist es uns nicht möglich, Ihrem Parteitag beizuwohnen. Wir wünschen Ihrem Parteitag den besten Erfolg und bitten Sie, liebe Genossen, unsere brüderlichen Grüße entgegenzunehmen zu wollen.“

Das sind die Telegramme und Begrüßungsschreiben. Wir werden von hier aus den Genossen für ihre freundliche Anteilnahme und ihre guten Grüße und Wünsche herzlich danken.

Damit wäre die Begrüßungsangelegenheit erledigt, und wir kommen zum weiteren Punkt der Tagesordnung. Zuvor noch eine Bekanntmachung: Wer etwa Lust hat, hier ins Theater zu gehen, muß bis mittags 12 Uhr im Parteitagsbüro davon Mitteilung machen, später werden Karten nicht mehr reserviert werden können.

Vorsitzender Meitmann: Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 2. Das Präsidium ist sich einig geworden, dem Parteitag vorzuschlagen, daß wir auch den Punkt 3 gleich mit den Organisationsberichten verbinden und gemeinsam mit diesen Berichten diskutieren. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall, dann werden die Tagesordnungspunkte 2 und 3 in einem abgewickelt. Ich erteile jetzt das Wort als erstem Berichterstatter dem Genossen Egon Franke.

Egon Franke (Partei Vorstand): Genossinnen und Genossen! Seit dem Parteitag im September 1948 in Düsseldorf hatte die Partei eine Fülle von Aufgaben zu bewältigen, hatte die Partei eine Fülle von Problemen zu lösen, die teils durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, teils durch die Neuordnung Westdeutschlands zur Bundesrepublik der Partei zugetragen wurden. Die vorausgehende Währungsreform wirkte sich nicht nur finanziell ungünstig aus, sondern brachte eine Reihe von Schwierigkeiten mit sich, die sich äußerst lähmend auch auf das organisatorische Getriebe der Partei auswirkten. Wir wissen alle aus der eigenen Erfahrung beim Parteivorstand und in den Bezirken, daß viele Pläne und Hoffnungen mit der Währungsreform zunichte gingen, nicht durchgeführt werden konnten, und manches, was in langjährigen Arbeiten vorbereitet werden konnte, sich durch den Mangel an dem notwendigen Geld zerschlug.

Ich möchte zur Erläuterung des Jahrbuches, in dem über die organisatorische Situation im einzelnen berichtet wird, noch einige Illustrationen, noch einige Hinweise geben, um wesentliche Punkte herauszustellen.

Vor 1933 hatten wir in dem gleichen Gebiet, in dem wir heute als Sozialdemokratische Partei die Organisation aufgebaut haben, 5003 Ortsvereine. Heute haben wir in dem gleichen Gebiet 9123 Ortsvereine, also ein Mehr von 4120 Ortsvereinen. An Mitgliedern wurden in diesen Ortsvereinen vor 1933 610 212 Mitglieder erfaßt, heute 736 218, also ebenfalls ein Mehr von 126 006 Mitgliedern. Diese Zahlen sind sicherlich sehr aufschlußreich und geben ein Bild wieder, das das Ergebnis mühevoller, langjähriger Kleinarbeit zahlreicher Funktionäre und Mitglieder darstellt. Es ist das Ergebnis der fleißigen Arbeit all derjenigen, die innerhalb der Partei mitarbeiten und zu ihrem Teil den Beitrag zur Verwirklichung unseres Willens leisten.

Es muß eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, diese Zahl, die ich eben bekanntgegeben habe, nicht nur zu halten, sondern auch zu versuchen, im kommenden Herbst in einer großen Werbungsaktion, die seit einiger Zeit in gemeinsamen Besprechungen zwischen den Bezirkssekretären und dem Parteivorstand vorbereitet wird, wesentlich zu vergrößern. Unser Ziel muß sein, eine so große Zahl von Mitgliedern im westdeutschen Gebiet zu erfassen, wie sie in keiner Zeit vor 1933 in der Sozialdemokratischen Partei vereinigt waren. Wir haben allerdings noch sehr viel zu tun in unseren eigenen Reihen, um unsere Vorstellungen entsprechend zu gestalten, um dort, wo sich Möglichkeiten bieten, unsere Theorien in die Praxis umzusetzen, auch wirklich damit nicht zu zögern.

Die Bundestagswahl vom 14. August gab uns zum ersten Male nach 1933 Gelegenheit, unsere politischen Ziele herauszustellen und zur Wahl zu stellen, und für die Verwirklichung zu kämpfen. Das Ergebnis des langwierigen Kampfes, der uns wirklich nicht leicht gemacht wurde, denn alle anderen Parteien standen gegen uns, brachte uns sieben Millionen Stimmen, die verlangten und wünschten, daß entsprechend den Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland die Politik gestaltet werden solle.

In dem vorliegenden Jahrbuch sind Tabellen enthalten, die Einzelheiten über die politische Struktur der Bezirke wiedergeben, die auch die Einzelheiten über die Mitgliederbewegung und die Ortsvereinsentwicklung aufzeigen. Es wird möglich sein, an Hand der Tabellen Vergleiche anzustellen, inwieweit die Arbeit erfolgreich oder nicht erfolgreich war. Zur Vervollständigung des organisatorischen Bildes möchte ich darauf hinweisen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands z. Z. in 21 Bezirke untergliedert ist. Wir haben beim vorigen Parteitag in Düsseldorf noch über 23 Bezirke verfügt. Diese 23 Bezirke konnten wir nicht mehr aufrecht erhalten. Wir haben während der Berichtszeit zwei nicht lebensstarke Bezirke größeren, stärkeren Bezirken angliedern müssen, um in allen Gebieten Deutschlands unseren Vorstellungen entsprechend wirken zu können. Der frühere Bezirk Unterfranken/Würzburg wurde mit dem Bezirk Ober- und Mittelfranken/Nürnberg zu einem gemeinsamen Bezirk Franken zusammengelegt. Weiter wurde der Bezirk Schwaben/Augsburg mit dem Bezirk Oberbayern/München zu einem großen gemeinsamen Bezirk Südbayern vereinigt. Dadurch ergibt sich nun die Zahl von nur 21 Bezirken. Aber auch diese Zahl wird sich in absehbarer Zeit noch verringern. Wir müssen weitere Zwergbezirke, die nicht lebensfähig sind, zu einem großen Bezirk zusammenlegen. Es handelt sich um die Bezirksorganisation im südwestdeutschen Raum, in dem Gebiet, in dem die Abstimmung über den zu schaffenden Südweststaat bevorsteht.

Wir haben in der Zusammenarbeit mit unseren internationalen Bruderorganisationen in der COMISCO reichliche Arbeit geleistet, Aussprachen durchgeführt und zur Klärung der Auffassungen beigetragen, um die entstehenden Probleme nach allen Seiten beleuchten zu können. Der COMISCO sind z. Z. 24 sozialistische Parteien angeschlossen, und wir haben Gelegenheit, mit unseren Freunden im Ausland alle Probleme zu erörtern, die uns bewegen, aber auch die Probleme, die jenseits der Grenzen von Interesse sind.

Die Zusammenarbeit wurde weiter entwickelt, und die Zusammenarbeit gestaltete sich immer freundschaftlicher. Und ich glaube, die große Zahl der inter-

nationalen Gäste, die unserer Einladung gefolgt ist, um dem diesjährigen Parteitag hier in Hamburg beizuwohnen, ist ein Beweis für die solidarische Verbundenheit, die uns als Sozialisten über Ländergrenzen hinweg verbindet. Innerhalb der Partei hatten wir versucht, mit den anstehenden Fragen und Problemen fertig zu werden, durch die Berufung und Einsetzung von Fachausschüssen, in denen wir Genossinnen und Genossen zusammengerufen haben, die mit den Problemen, mit den Fragen speziell vertraut waren, die durch ihre Vorarbeit in den politischen Gremien, die die Entscheidungen zu fällen haben, heute mit wichtigen Anhaltspunkten uns an die Hand gehen konnten. Neben den zahlreichen Sachgebieten — ich kann sie nicht im einzelnen erwähnen, denn wir haben uns vorgenommen, mit unnötigen Berichten nicht die Zeit des Parteitages in Anspruch zu nehmen — neben den zahlreichen Arbeitsausschüssen wurde besonders die Entwicklung der Betriebsgruppenarbeit vorangetrieben, die Betriebsgruppenarbeit als ein wesentlicher Bestandteil unserer Parteiarbeit. Wir müssen in den Betrieben unsere Positionen nicht nur festigen und erhalten, sondern weiter stärker ausbauen, als das bisher der Fall war. Wir müssen in den Betrieben wieder die entscheidenden Positionen nicht nur in einzelnen Gebieten, sondern überall besetzen. Neben der Betriebsgruppenarbeit gab es eine besondere Form der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsvertretern, mit unseren Genossen, die hauptsächlich bei den Gewerkschaften tätig sind. Durch die Entwicklung der sozialen Arbeitsgemeinschaften haben wir eine Form gefunden, um mit unseren Genossen gemeinsam Fragen und Probleme erörtern zu können. Es soll der Zweck dieser sozialen Arbeitsgemeinschaften sein, eine Annäherung der Auffassungen zu erbringen, und ein gemeinsames Vorgehen in all den Fragen zu erreichen, die durch gemeinsame Arbeit besser durchgesetzt werden können. Zur Intensivierung der Parteiarbeit im allgemeinen, besonders aber zur Auswertung der gesammelten Erfahrungen in den zurückliegenden Jahren, faßten Parteivorstand und Parteiausschuß im November in Herne die Beschlüsse, die in der Partei als „Erste Arbeitsaufgaben für 1950“ bekanntgeworden sind. Diese Beschlüsse, die in Herne herbeigeführt wurden, haben ein sehr lebhaftes Echo hervorgerufen, teils zustimmender, teils ablehnender Art. Teils wurden Kompetenzfragen angeschnitten, teils versuchte man, die dortigen Entscheidungen als Bagatellen abzuweisen. Aber wir haben doch feststellen können auf Grund der zahlreichen Berichte, die uns aus den Bezirken zugeleitet wurden, daß durch diese Beschlüsse an sich selbstverständliche und alte Gepflogenheiten der Partei wieder in Erinnerung gerufen worden sind, die durch das Getriebe, durch die tägliche Hast in vielen Fällen in Vergessenheit geraten waren. Und es war besonders wichtig, den Einbau unserer jüngeren Genossinnen und Genossen in die praktische Parteiarbeit zu erreichen. Uns liegen zur Zeit Berichte vor, die zum Ausdruck bringen, daß in den Ortsvereinen und Unterbezirken die Vorstände nicht nur ergänzt werden durch junge Genossinnen und Genossen, sondern daß diese Vorstände ordnungsgemäß gewählt wurden und nicht eine Zuwahl, sondern eine ordentliche Wahl jüngerer Mitglieder der Partei erfolgt.

Es war die Absicht, mit diesen Herner Beschlüssen eine Basis zu schaffen und eine Angleichung der unterschiedlichen Bestimmungen und Ansichten in allen möglichen Teilen Deutschlands herbeizuführen. Wir wissen, daß der Aufbau der Partei wegen der Bestimmungen der Besatzungsmächte in den einzelnen Besatzungszonen sehr unterschiedlich vorgenommen wurde. Wir haben auch da noch ein beträchtliches Stück Arbeit zu leisten, um widersprechende Vorschriften auszumerzen. Denn letzten Endes ist es doch so, daß wir zusammen in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands organisiert sind, und daß nur gleiche Grundsätze über das Erwerben der Mitgliedschaft bestehen können, und daß wir nie sagen können, in Baden oder in Schleswig-Holstein weichen diese Bestimmungen voneinander ab.

Es sind letztlich organisatorische Untergliederungen, die erforderlich sind, um die politische Arbeit, um die organisatorische und Werbearbeit in allen Teilen unseres Organisationsgebietes wesentlich vorantreiben zu können.

Die Herner Beschlüsse haben neben dem Einbau der jungen Genossinnen und Genossen auch einen besonderen Punkt zur Straffung der Organisation vorgesehen:

Wir haben im Verlauf der weiteren Arbeiten und weiteren Bearbeitung der durch den vergangenen Parteitag in Düsseldorf dem Organisations-Ausschuß des Parteivorstandes überwiesenen Anträge einen Entwurf eines neuen Partei-Statuts erarbeitet, der sowohl im Parteivorstand als im Parteiausschuß Zustimmung fand und als Vorlage dem Parteitag hier zur Annahme unterbreitet ist. In dieser Vorlage sind die Beratungen des Organisations-Ausschusses wesentlich berücksichtigt. Zuschriften der Bezirkssekretäre, die ja tagtäglich mit den organisatorischen Schwierigkeiten fertig werden müssen, fanden weitestgehend Berücksichtigung.

Darüber hinaus war eine ganze Anzahl redaktioneller Änderungen notwendig, um eine Angleichung und wirklich ein Statut zu schaffen, das sich insgesamt ergänzt und nicht durch widersprechende Formulierungen etwa sich selbst außer Kraft setzt.

Besonders in Erscheinung getreten sind diese Widersprüche in dem Punkt, der die Ausschlußfrage behandelt. Und all die bedauernswerten Genossinnen und Genossen, die in den zurückliegenden Jahren Ausschlußverfahren durchzuführen hatten, werden sich daran erinnern, wieviel kostbare Zeit verloren ging, nur weil Formulierungen, Paragraphen und Bestimmungen noch enthalten waren, die in früheren Jahrzehnten zweckmäßig gewesen sein mögen, die aber in der heutigen Zeit und bei dem jetzigen Aufbau der Partei, bei der jetzigen Gliederung und bei dem Versuch einer Neuordnung fehl am Platze sind.

Wir empfehlen als Parteivorstand und Parteiausschuß die Annahme dieses Partei-Statuts, um die Voraussetzung zu schaffen, weitere Arbeiten und weitere gemeinsame Aktionen zum Wohle der gesamten Partei durchführen zu können. Mit der Annahme des Statuts würde sich zwangsläufig der Antrag Nr. 4 — ich habe gleichzeitig hier in meinem Bericht die zu diesem Punkt der Tagesordnung anstehenden Anträge zu behandeln —, des Unterbezirks Bergstraße—Erbach erübrigen, da in dem Statut eine entsprechende Formulierung berücksichtigt wurde. Es hieß bisher: In Ländern mit mehreren Bezirken können diese zur Erledigung landespolitischer Fragen zusammenarbeiten. Aus dem Können wurde ein Müssen. Und es ist eigentlich, oder es sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, daß sich zur Erledigung landespolitischer Fragen alle Teile der Organisation in gemeinsamen Beratungen zusammensetzen, um zu Ergebnissen zu kommen.

Darüber hinaus enthält das neue Statut eine Formulierung, die zum Ausdruck bringt, daß zur Erfüllung solcher Aufgaben und besonderen Dinge in gemeinsamer Arbeit Parteivorstand und Parteiausschuß Richtlinien erlassen sollen, um auch da die Grundsätze in allen Ländern gleichmäßig zu unterstreichen und zu betonen.

Der Antrag 5 des Stadtkreises Remscheid wird nicht zur Annahme, sondern zur Ablehnung empfohlen. Der Antrag besagt, daß die Zusammensetzung des Parteitages nach anderen Gesichtspunkten als es bisher üblich war, erfolgen soll. In Zukunft solle eine regionale Vertretung erfolgen, es sollen die Kreise delegieren, es sollen dabei nicht mehr ausschlaggebend die Mitgliederzahlen zugrunde gelegt werden, — wir meinen, daß das eine Verlagerung, daß das eine ungünstige Veränderung sei, und daß das eine unterschiedliche Wertung des einzelnen Mitgliedes in seiner Einflußnahme auf die Geschicke der Partei bedeuten würde. Wir sind der Meinung, daß es richtiger und zweckmäßiger sei, bei der bisherigen Übung zu verbleiben und jedes Mitglied gleichmäßig zu bewerten — eine Schlüsselzahl zu errechnen, die sich zwangsläufig durch die abgeführten Pflichtbeiträge ergibt und somit jedem Gebiet gleiche Chancen gibt, entsprechend der vorhandenen Mitgliederzahl.

Der Antrag 6 des Kreisverbandes Düsseldorf sieht vor, daß in dem neuen Statut die Formulierungen wieder eingeführt oder beibehalten werden sollen, die seit einigen Jahrzehnten mitgeschleppt wurden, aber nach unserer Meinung — in Parteivorstand und Parteiausschuß hat es darüber keine Aussprache gegeben. —

Sollte die neue Fassung angenommen werden, denn es wäre und es ist eine schlechte „Sache“, wenn wir zu einem differenzierten Abstimmungsrecht kommen würden; selbstverständlich wird es so sein, daß die beteiligten Gremien nicht in

eigener Sache beschließen werden. Niemals wird ein Sozialdemokrat sich in eigener Sache Entlastung erteilen, sondern das ist Aufgabe des Gremiums, das ihn gewählt hat. Und ich glaube, wir sollten entsprechend diesen Überlegungen die neue Formulierung übernehmen.

Der Antrag 7 des Kreisverbandes Düsseldorf wird zur Annahme empfohlen. Wir meinen, daß es sehr zweckmäßig sei, die Fristen der Einberufung des Parteitages wesentlich vorzuverlegen, um auch darüber hinaus die Fristen zur Einreichung der Anträge wesentlich vorzuverlegen, damit nicht, wie bisher, immer auf den letzten Tag die Drucksachen bei den Delegierten ankommen und eine Durchsprache und Durcharbeitung kaum noch möglich war. Wir möchten damit erreichen, daß die Diskussionen in weiteste Kreise getragen werden können, und ich glaube, wir sollten diesem Antrag zustimmen.

Der Antrag 8 wird zur Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. Wir sind der Meinung, und haben uns auch bei der Schaffung des Statutes dahingehend Überlegungen gemacht und sind zu der Meinung und zu der Auffassung gekommen, daß es nicht zweckmäßig ist, einen Katalog von Ausschlußgründen im Statut aufzuführen. Dadurch wird das Gegenteil von dem erreicht, was der Antragsteller erreichen wollte — jede Lücke in dem Katalog würde ein Ausweichen ermöglichen und es nicht mehr dem Parteischiedsgericht überlassen, zu beurteilen, ob ein ehrloses Verhalten vorliegt oder nicht. Wir möchten aber durch die Überweisung an den Parteivorstand erreichen, daß bei der Schaffung des Kommentars zum Organisationsstatut diese Anregung des Landesverbandes Berlin als Beispiel berücksichtigt und mit eingearbeitet wird, um so doch noch zu erreichen, daß wenigstens auf diese Art und Weise einige Beispiele als richtungweisend übermittelt und in dem Kommentar festgehalten werden.

Antrag 1 und 2 empfehlen wir, dem Parteivorstand zu überweisen und nicht hier durch Beschlußfassung Fakten zu schaffen, die sich nicht realisieren lassen. Wir möchten, daß wir bei der Beschlußfassung über Abgrenzungen der Bezirksorganisationen alle Punkte weitestgehend berücksichtigen, alle Dinge ermitteln und beachten, die zur neuen Abgrenzung von Bezirksgebieten erforderlich sind, um so zu einer guten sachlichen Arbeit kommen zu können. Damit ist nicht gesagt, daß eine Entscheidung etwa im Sinne der Antragsteller nicht herbeigeführt werden könne.

Den Antrag 3 des Bezirksparteitages Hamburg-Nordwest möchten wir in der Weise behandeln wissen, daß er als Material an den Parteivorstand überwiesen wird. Die Entwicklung unseres Organisationsbetriebes, unseres Organisationslebens und auch die politische Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß zahlreiche Mitglieder der bisherigen Ausschüsse durch Mandate, durch andere Funktionen in andere Arbeitsgebiete übergewechselt haben, und daß es zweckmäßiger sein wird, nach dem Parteitag eine neue Zusammensetzung aller Fach- und sonstigen Ausschüsse vorzunehmen, um so wieder für die Arbeit der Partei unter Berücksichtigung der neuen Situation auch den Kreis zusammenzurufen, der für die Partei die richtigen Dinge miterarbeiten kann.

Den Antrag 11 des Bezirks Berlin empfehlen wir anzunehmen. Es ist eine Unterstreichung der in der Praxis üblichen Handhabung. Es ist bisher in den Bezirken immer so gewesen, wie auch in den Ortsvereinen, daß, wenn Anträge auf Neuaufnahme gestellt wurden, im Kreis der Funktionäre des früheren Wohngebiets nachgefragt wurde, in welcher Richtung das neue Mitglied bisher politisch tätig war.

Den Antrag 12 des Bezirksvorstandes und -ausschusses Niederbayern-Oberpfalz empfehlen Parteivorstand und -ausschuß abzulehnen. Wir sind der Meinung, daß die bisherige kollegiale Zusammenarbeit der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder die beste Gewähr dafür bietet, daß für die Arbeit innerhalb der Partei die besten Voraussetzungen geschaffen werden und auch somit dieser Punkt eigentlich als erledigt betrachtet werden sollte. Wir möchten nicht dazu kommen, daß einem einzelnen innerhalb der Partei eine Vorrangstellung eingeräumt wird und die kollegiale Arbeit, die ansonsten üblich ist, dadurch illusorisch gemacht wird und ein einzelner dadurch Befehlsgewalt bekommen könnte.



Damit möchte ich meinen kurzen erläuternden Bericht schließen und möchte den Parteitag nochmals bitten, das vorgelegte Statut anzunehmen, um so in dieser Zeit die uns zweckmäßig erscheinenden Bestimmungen als neues Organisationsstatut der Gesamtpartei zu überweisen, um somit das Instrument zu schaffen, das wir für die Lösung der anstehenden politischen Fragen brauchen, um in dem politischen Kampf, der vor uns steht, erfolgreich wirken zu können. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Ich danke dem Referenten und erteile jetzt dem Genossen Alfred Nau (Parteivorstand) das Wort zum Bericht über die Finanzen der Partei.

Die Entwicklung der Finanzen nach dem Düsseldorfener Parteitag ist stark beeinflusst durch die Massenerwerbslosigkeit, die im Februar dieses Jahres ihren vorläufigen Höchststand mit 2 Millionen erreichte. Davon sind vornehmlich die östlichen Bezirke im Bundesgebiet und Berlin betroffen. So sind in Schleswig-Holstein mehr als 26 Prozent aller Lohn- und Gehaltsempfänger arbeitslos.

Diese hohe Ziffer wird noch in einigen Gebieten Niedersachsens, so in Emden, Wilhelmshaven, Watenstedt-Salzgitter und im Regensburger Bezirk, dem Notstandsgebiet Bayerns, festgestellt.

Wir haben im vorliegenden Jahrbuch mehrere Beitragstabellen veröffentlicht, die anschaulich die Auswirkungen dieser Massennot auf die Parteifinanzen aufzeigen. Ich darf hier einfügen, daß mit diesem Jahrbuch nur die Sozialdemokratie als einzige Partei in aller Öffentlichkeit Rechenschaft ablegt und offen über die Finanzgebarung berichtet.

Das zeigt nicht nur unsere Stärke, sondern beweist die politische und moralische Sauberkeit der Organisation.

Die Währungsreform erfolgte vor fast zwei Jahren. Die hinter uns liegenden 23 Monate bis zum Tag sind gekennzeichnet durch die angestrengtesten Bemühungen, die finanzielle Basis neu aufzubauen. Das ist uns nicht leicht gemacht worden. Der Beginn dieser Arbeiten fand fast leere Kassen vor, denn über Nacht rutschten die Kassenbestände von 20 Bezirksverbänden von  $3\frac{1}{2}$  Millionen Reichsmark auf 150 000,— DM zusammen.

Erschwerend kam hinzu, daß

1. die im Herbst 1949 stattgefundenen Gemeindewahlen neue außergewöhnliche Ausgaben verursachten und
2. der größte Teil unserer Mitglieder nach der Geldreform wesentlich ärmer geworden war. Das zeigt sich deutlich durch die Veränderungen beim Beitragsmarkenumsatz.

Der Verkauf der Wertmarken zu 1,— DM im ersten Halbjahr 1948 betrug 67% im Gesamtsatz, um im zweiten Halbjahr 1949 um 12% abzusinken.

Dafür stieg der Verkauf der 25-Pfennigmarke um  $6\frac{1}{2}\%$  und der 50-Pfennigmarke um  $7\frac{1}{2}\%$ .

Der Beitragsmarkenumsatz aller Ortsvereine erbrachte 1949 den Erlös von 6,6 Millionen Mark. Außerdem wurden eingenommen:

1. für Aufnahmegebühren 31 000,— DM,
2. durch Verkauf der Wahlfondsmarken 360 000,— DM und durch Sammlungen 400 000,— DM, so daß die Gesamteinnahmen der Bezirksorganisationen 1949 die Summe von 7,4 Millionen Mark erreichte.

Auf der Ausgabenseite nehmen die Aufwendungen für die Bundestagswahl einen hervorragenden Platz ein. Die Wahlkosten der Ortsvereine und Bezirke beliefen sich auf rd. 1 Mill. Mark. Der Parteivorstand gab für Wahlmaterial den Betrag von 270 000,— DM aus. Die Durchführung der Wahl zum Bundestag kostete der Partei somit  $1\frac{1}{4}$  Mill. DM.

Diese Summe mag angesichts der gewaltigen Aufwendungen der bürgerlichen Parteien klein erscheinen. Diese Parteien wurden durch Industrie und Wirtschaft mit 5 bis 6 Mill. subventioniert. Wir haben den Wahlkampf aus der eigenen Kraft finanziert. Die Anstrengungen der Partei sind schon beachtlich, wenn wir daran erinnern, daß neben dieser Summe von  $1\frac{1}{4}$  Mill. die ehrenvolle Arbeit von Tausen-

den unserer Funktionäre und Wahlhelfer steht, die sich überhaupt nicht in Mark und Pfennig ausdrücken läßt.

Der Parteivorstand hat in der Berichtsperiode über die Wahlkosten hinaus außerordentlich hohe Beträge für die allgemeine zentrale Propaganda und für die Agitation in einer Reihe von Bezirken ausgegeben und verrechnet. Der Gesamtbetrag dieser letzteren Aufwendung beläuft sich auf 300 000,— DM.

Es handelt sich dabei um Unterstützung solcher Gebiete, die einerseits durch die verhängnisvollen Folgeerscheinungen der Geldreform in einen besonderen finanziellen Notstand gerieten und andererseits infolge der Völkerwanderung — verursacht durch die Aufteilung und Abtrennung großer Teile Deutschlands — mit Flüchtlingen überflutet wurden. Diese Hilfe war eine gebieterische Notwendigkeit, um die organisatorische und politische Arbeit in allen Teilen des Bundesgebietes und in Berlin durchführen zu können.

Wir sind der Auffassung, daß infolge der unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Struktur der einzelnen Gebiete in der Bundesrepublik die Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen, daß der Parteivorstand, ohne selbst in Schwierigkeiten zu kommen, solche Hilfe für gefährdete Bezirke geben kann. Hier gilt nicht das Wort, sondern nur die Aktion der solidarischen Haftung. Was nützt es uns, wenn wir neben einer Reihe best durchorganisierter Bezirke Gebiete haben, in denen mangels ausreichender Unterstützung die politische Arbeit zum Erliegen kommen kann.

Seien wir deshalb aufgeschlossen auch für diese Aufgabe. Wir sind groß und politisch bedeutsam als Partei geworden, weil wir eine geschlossene und gute Organisation aufbauten und über das Lokale und Provinzielle das Ganze zu sehen uns bemühten. Es gibt deshalb keine Sozialdemokratische Partei von Rosenheim und es gibt keine Sozialdemokratische Partei von Wesel; es gibt nur eine Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Zu Beginn des Jahres waren wir erstmalig in der Lage, unsere internationalen finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Bereitschaft zur Zahlung dieser Beträge ist seit Beginn unserer Mitgliedschaft zum Ausdruck gekommen und auch von COMISCO anerkannt worden. Erst durch die Auflockerungen der devisa-rechtlichen Bestimmungen konnten 26 000,— Mark transferiert werden.

Wir haben vor 1933 das Aufkommen dieser Beträge durch Verkauf von Sondermarken an die Mitglieder gesichert. Ich erinnere an die Matteoti-Marke. Wir haben für 1949 und 1950 von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht und aus dem schmalen Anteil des Parteivorstandes aus dem Beitragsmarkenerlös diesen Betrag bezahlt. Wir wollen damit die Organisation und unsere Unterkassierer von einer weiteren Arbeit und Belastung verschonen.

Andererseits sollten die Ortsvereine und Bezirke sich daraus verpflichtet fühlen, schneller und besser die Beiträge abzuführen.

In diesem Zusammenhang einige Bemerkungen über die Beiträge: Die Entwicklung der Beitragsleistung zeigt einen Gesundungsprozeß an, der als erfreulich zu bezeichnen ist. In den anderthalb Jahren nach der Währungsreform stieg die durchschnittliche Beitragsleistung von 70 auf über 90%. Die ersten Berichte, die über das I. Quartal 1950 bei uns vorliegen, bestätigen dieses Bild. Dieses Ergebnis ist auf die Arbeit der Unter- und Ortsvereinskassierer zurückzuführen, und wir dürfen in diesen Bemühungen nicht erlahmen, wenn wir den hohen Stand behalten wollen.

Ohne Zweifel zeigen sich auch hier Auswirkungen der Herner Beschlüsse. Unsere Erziehungsarbeit an Funktionären und Mitgliedern, pünktlich und regelmäßig zu kassieren und zu bezahlen, ist lohnenswert. Die seit Herne durchgeführten Mitgliedsbuchkontrollen zeigen gute Wirkungen.

So wurde uns von der am 14. Mai stattgefundenen Landeskonferenz Nordrhein-Westfalen berichtet, daß bei keinem Delegierten ein Beitragsrückstand festzustellen war. Diese Kontrollen helfen uns, die Beitragsehrlichkeit durchzusetzen und in steigendem Umfange den Düsseldorfer Beitragsbeschuß zu realisieren. Dabei hat sich noch eine interessante Tatsache ergeben.

Aus den Berichten einiger Bezirke geht hervor, daß nach Abschluß der Prüfung der Mitgliedsausweise festgestellt wurde, daß ein erheblicher Teil der arbeitslosen Mitglieder — unter ihnen insbesondere die aktiven Funktionäre — von der Möglichkeit, 50- bzw. 25-Pfennigmarken zu kleben, keinen Gebrauch machen und trotz monatelanger Erwerbslosigkeit den Beitrag von 1,— DM entrichten.

Ich komme damit zu den Anträgen, die sich mit den Beiträgen beschäftigen.

Zunächst zum Antrag 13 des Landesverbandes Berlin:

Wir glauben nicht, daß es zweckmäßig ist, eine weitere Unterteilung der Beitragsstaffel vorzunehmen. Die bisherigen Erfahrungen sprechen dagegen. So ist z. B. die DM 7,00-Marke nur in einem sehr geringen Umfange verkauft worden im Gegensatz zu dem relativ hohen Absatz der übrigen Marken. Wir bitten deshalb, den Antrag abzulehnen.

Wir sind der Meinung, daß in einer Reihe von Bezirken durch geeignete Maßnahmen der Umsatz der höheren Wertmarken noch erheblich gesteigert werden kann. Wenn wir auch mit der bisherigen Durchführung des Düsseldorf'er Beitragsbeschlusses nicht zufrieden sind, so ist doch das Ergebnis bemerkenswert.

Insgesamt sind 1949 für Beitragsmarken zwischen 2,— DM und 30,— DM rund 1 040 000,— DM eingenommen worden. Hätten wir keine progressive Beitragsstaffel, dann wären an Stelle der umgesetzten höheren Wertmarken lediglich Beitragsmarken zu 1,— DM verkauft worden. Das hätte für die Partei im vergangenen Jahr eine Einnahmeverringerung von 680 000,— DM bedeutet.

Der Antrag 14 des Bezirksvorstandes Mittelrhein fordert die Einführung eines Kulturbeitrages. Wir halten Sonderbeiträge neben der progressiven Beitragsstaffel für nicht vertretbar. Ein solcher Kulturbeitrag würde die Werbung für die Beitragsstaffel außerordentlich erschweren und Unterkassierer und Mitglieder belasten. Dieselben Gründe, die für uns maßgebend waren, von der Einführung einer internationalen Marke Abstand zu nehmen, veranlassen uns, den Parteitag zu bitten, dem Antrag nicht stattgeben zu wollen. Andererseits müssen wir jedoch die dringende Empfehlung aussprechen, daß die Bezirksorganisationen eine planmäßige Schulungs- und Bildungsarbeit entwickeln.

Der Parteivorstand wird von den Bezirken für das Winterhalbjahr ein Programm dieser Kulturarbeit anfordern und verlangen, daß diesen Notwendigkeiten entsprochen wird. Wir müssen in den Etats der verschiedenen Organisationskörperschaften Beträge aus den allgemeinen Einnahmen für diese Arbeit sicherstellen.

Der Antrag 15 des Stadtkreises Braunschweig beschäftigt sich mit dem neuen Statut und der vorgesehenen direkten Abrechnung. Die Braunschweiger Genossen wollen damit eine Regelung ablehnen, die sich nach 1945 bei mehr als  $\frac{2}{3}$  aller Bezirke bewährt hat. Dabei ist zu bemerken, daß diese Bezirke auf Grund unserer Empfehlung und aus der eigenen Erkenntnis der Richtigkeit dieses Verfahrens freiwillig die direkte Abrechnung eingeführt haben. Es hat sich besonders nach der Währungsreform herausgestellt, daß alle Zwischeninstanzen, die bei der Abrechnung zwischen Ortsvereinen und Bezirk beteiligt sind, sich nur als verzögernde und saturierende Faktoren bemerkbar gemacht haben. Alle praktischen Erfahrungen in der Organisation sprechen gegen diesen Antrag. Wir bitten, diesen Antrag abzulehnen.

Der Antrag 16 wünscht die Besoldung von zwei Bezirkssekretären durch den Parteivorstand. Wir nehmen an, daß die Antragsteller dabei von der Vorstellung ausgehen, daß bei einer solchen Maßnahme gleichzeitig der Anteil des Parteivorstandes am Beitragsmarkenaufkommen erhöht werden muß. Auch in dieser Unterstellung sind wir nicht in der Lage, dem Antrag zuzustimmen, da die Durchführung gegenwärtig infolge der damit verbundenen Vorfinanzierung von ca. rund 100 000,— DM nicht möglich ist.

Wir bitten, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Im Antrag 17 wird der Parteivorstand beauftragt, für alle Funktionäre eine Unfallversicherung abzuschließen. Auch diesen Antrag bitten wir, dem Parteivorstand zu überweisen.

Der Antrag 18 beschäftigt sich mit der Rückgabe von Parteieigentum. Wir bitten, diesen Antrag anzunehmen.

Die Rückerstattung ist nur ein Teilgebiet der Wiedergutmachung. Abgesehen von den Entschädigungsgesetzen der US-Zone regeln die bisherigen Gesetze der Mil.-Reg. lediglich die Rückgabe der heute noch feststellbaren 1933 beschlagnahmten Vermögenswerte. Diese Einschränkung ist außerordentlich einschneidend und bedeutet, daß nur ein Bruchteil der damals vorhandenen Parteivermögen zurückgegeben werden kann. Es handelt sich dabei nicht nur um die Inventare der früheren Sekretariate, sondern zum übergroßen Teil um die Einrichtungen der Druckereibetriebe, die in ganz erheblichem Umfange an die 1933 im Aufbau befindliche NS-Presse verschleudert wurden.

In der Arbeit der Zentrale nahmen die Bemühungen um die Rückführung des gestohlenen Parteiguts einen breiten Raum ein. Auf Grund dieser Anstrengungen konnten bisher eine Reihe von Grundstücken in folgenden Orten zurückgeholt werden:

#### I. Amerikanische Zone:

Augsburg, Bayreuth, Frankfurt, Heilbronn, Stuttgart und Bremerhaven.

#### II. Französische Zone:

Kaiserslautern, Koblenz und Trier. In Mainz wurde im Vergleichsverfahren anstatt des Grundstücks ein Betrag von 42 000,— DM ausgezahlt.

#### III. Britische Zone:

Stade und Harburg.

Grundstücke mit zum Teil kompl. Druckerei erhielten wir in Bremen, Karlsruhe, Mannheim, Hof und Singen.

Die bisherigen Erfolge sind keineswegs zufriedenstellend. Die angeordnete Verfahrensart ist außerordentlich umständlich und zeitraubend.

Jede Zone hat ihr eigenes Rückerstattungsrecht. Unsere besondere Kritik gilt den Maßnahmen in der britischen Zone. Obwohl eine Kontrollratsdirektive im April 1947 den damaligen Zonenbefehlshabern die Möglichkeit der Rückgabe des Organisationsvermögens gab, verzögerte die britische Mil.-Reg. die ersten Rückerstattungsbestimmungen bis zum Frühjahr 1949. Diese Bestimmungen und das später veröffentlichte Gesetz 59 schaffen durch ein Nebeneinander Unklarheiten und führen dazu, die Verfahren zu verschleppen. Die Schwierigkeiten, die hier zu überwinden sein müssen, sind enorm. Das überaus langsame Tempo der Behörden wirkt sabotierend. Da gibt es z. B. in Nenndorf ein Anmeldeamt. Oft verstrichen viele Monate zwischen Anmeldung und Weitergabe an die Wiedergutmachungsämter.

Einzelne Wiedergutmachungsämter bezweifeln aus rein formaljuristischen Überlegungen das Rückerstattungsrecht der Partei.

Grotesk ist, daß einzelne Gerichte den Nachweis darüber verlangen, daß die SPD vermögensmäßig identisch ist mit der Partei von vor 1933. In einem Fall mußte darüber ein Kabinettsbeschluß einer Landesregierung gefaßt werden. Und wie lebensnah einzelne Richter heute sind, beweist in einem anderen Fall die erstaunte Frage über den Richtertisch, weshalb die SPD ihre Rückerstattungsansprüche nicht auch in der Ostzone durchsetzt.

Das mag kurios und grotesk sein, gefährlicher aber ist eine Angelegenheit, auf die ich jetzt zu sprechen komme.

In der täglichen Arbeit spielt das Problem des sogenannten Wertausgleichs eine beträchtliche Rolle. Der Grundgedanke des Gesetzes ist, zu verhindern, daß durch die Rückerstattung eine Bereicherung stattfindet. Eine solche Bereicherung ist bei der Partei eine Unmöglichkeit. 1933 waren ca. 200 eingerichtete Betriebe mit einem Reinvermögen von über 100 Mill. Mark vorhanden.

Durch Ausraubung, Verschiebung und Ausbombung sind so viel Druckereien und andere Liegenschaften zerstört, daß wir bestenfalls zehn Betriebe mit höch-

stens 12 bis 15 Mill. Wert zurückbekommen. Trotzdem verlangt man von uns Wertausgleichszahlungen in den Fällen, wo an einem Einzelbetrieb, z. B. einer Druckerei, während der Nazizeit eine Wertsteigerung eingetreten ist.

Eine solche Belastung der wenigen — heute noch vorhandenen — Druckereien würde zum Ruin der Unternehmungen führen und damit das Werk der Nazis vollenden.

Wir können uns des bestimmten Verdachtes nicht erwehren, daß bei einigen deutschen Stellen Elemente am Werk sind, die ein Interesse daran haben, auf kaltem Wege die Rückgabe unseres Eigentums zu verhindern.

Wir sehen uns deshalb gezwungen, vor dem Forum des Parteitages diese Kreise zu warnen und appellieren gleichzeitig an die britische Regierung, alle Hemmnisse auszuräumen, damit endlich 5 Jahre nach Kriegsschluß gestohlenen Eigentum wieder Besitz der Partei wird.

Vorsitzender Meitmann :

Ich danke dem Genossen Nau für sein Referat. Es folgt Genosse Heine.

Fritz Heine (Partei Vorstand): Um die Zeit des Parteitags nicht mit Einzelberichten in Anspruch zu nehmen, möchte ich auf die Seiten 90 bis 110 des Jahrbuches verweisen, die den Bericht über die Referate Presse und Propaganda enthalten.

Ich kann mich auch kurz fassen bezüglich der Stellungnahme des PV und PA zu den Anträgen, die zu Punkt 2 c der Tagesordnung vorliegen. Wir schlagen dem Parteitag vor, diese Anträge anzunehmen. Wir halten die darin gegebenen Anregungen für geeignet und werden uns bemühen, sie im Sinne der Antragsteller durchzuführen.

Was die Presse im allgemeinen betrifft, so müssen wir feststellen, daß es in den letzten zwanzig Jahren kaum einen anderen Wirtschaftszweig gegeben hat, der solchen Schwankungen ausgesetzt war wie die Presse in Deutschland. Verglichen mit dem Auf und Ab im Zeitungswesen ist die Fieberkurve eines Schwerkranken ein schnurgerader Strich.

An der heutigen Presse wird viel Kritik geübt. Wir glauben, mit Recht, wenn wir auch nicht jeden Kritiker für berufen halten. Aber man muß auch sehen, unter welchen Bedingungen die Zeitungen gearbeitet haben und zum Teil noch arbeiten. Wir denken dabei gar nicht an die technischen und materiellen Schwierigkeiten, die auch für viele andere Wirtschaftsbereiche bestehen.

Aber welche andere Gruppe von Betrieben hatte in so kurzer Zeit eine Monopolentwicklung, die 96 Prozent aller Betriebe verschlang? Wo sonst noch ist in einem ganzen Berufszweig zweimal kurz hintereinander fast das gesamte leitende Personal ausgebootet worden, ohne daß genügend qualifizierte Nachfolge bestand?

An diesen Hintergrund muß man denken, wenn man die heutige Presse kritisch betrachtet. Unter diesen Umständen ist es fast ein Wunder, was zeitungstechnisch seit 1945 zu verzeichnen ist.

Hinzu kommt ja noch ein anderes Moment: Das deutsche Zeitungswesen befindet sich noch immer in einem Strukturwandel, der im Ausland bereits vor 20—30 Jahren abgeschlossen ist. Wenn manchmal draußen abfällige Bemerkungen über die deutschen Zeitungen gemacht werden, dann kann man nur sagen, daß es für die Auslandszeitungen offensichtlich nicht leicht ist zu beurteilen, was es hieß und heißt, in Deutschland Zeitungen zu machen.

Die Schwierigkeiten zu kennen heißt noch nicht, einverstanden zu sein mit dem heutigen Zustand der Presse. Der politische Mensch, der Demokrat und gar der Sozialist kann oft nur tiefe Besorgnis empfinden, wenn er die Zeitungen betrachtet.

Wir Sozialdemokraten glauben, besonderen Grund zur Unzufriedenheit zu haben. Die Mehrzahl der ihre Unabhängigkeit proklamierenden Zeitungen hat sich in Wirklichkeit zu Organen der Adenauer-Regierung entwickelt. Und manche von ihnen schenken einem entlaufenen Hund mehr Beachtung als den Argumenten der Opposition.

Wir vermissen bei vielen dieser Blätter den Willen oder die Fähigkeit, sich kritisch mit den Zuständen in Deutschland auseinanderzusetzen. Wir bedauern noch außerordentlich, daß das Blatt einer Besatzungsmacht häufig und recht einseitig die Welt mit einer CDU-Brille betrachtet hat.

Aber es ist nicht nur eine parteipolitische Besorgnis, die wir haben. Wir glauben, daß der Beitrag, den die Presse zur Demokratisierung leistet, ungenügend ist. Bei der Bedeutung, die wir der Presse beimessen, wünschten wir, daß sie sich gerade dieser Aufgabe mit mehr Sorgfalt und mehr Erfolg annähme.

Wir glauben nicht, daß z. B. die Parlamentsberichterstattung an Umfang und Objektivität auch nur annähernd ihrer Bedeutung gemäß behandelt wird.

Mit giftigen Bemerkungen über Abgeordnetendiäten wird man genau so wenig der Parlamentsberichterstattung gerecht wie mit Eva-Braun-Memoiren den Notwendigkeiten der Geschichtsschreibung.

Es ist wahr, daß mangelndes Interesse vieler Leser an der Politik eine wesentliche Ursache für die geringe Berichterstattung ist. Aber, ergibt sich da nicht gerade die Aufgabe der Presse, dem Leser die Politik ins rechte Licht zu rücken, sie so darzubieten, daß sie das Interesse findet, das ihr nun einmal zukommt.

Als eine direkte Gefahr für die Demokratie betrachten wir jedoch jene Druckserzeugnisse, die eigentlich nur dem Rohstoff nach in die Kategorie der Presse gehören. Wenn die deutsche Publizistik und die deutsche Öffentlichkeit diesen Organen gegenüber nicht bald mit einem Prozeß der Selbstreinigung beginnen, dann ist das Ende der freien Meinungsbildung und Meinungsäußerung durchaus nicht so weit entfernt, wie es einigen Rosa-Brillenträgern erscheint.

Diese Presseerzeugnisse bemühen sich heute noch um eine gewisse Tarnung, die zur Parodie wird, wenn sich ausgerechnet eine kommunistische Zeitung „Die Wahrheit“ nennt und eine neofaschistische „Der Fortschritt“.

Wenn wir von diesem bemerkenswerten Fortschritt sprechen, mit dem ein Teil, ein zunächst noch kleiner Teil, der deutschen Presse von der Demokratie fortschreitet, dann können wir auch nicht die Rolle übersehen, die gewisse Industrielle bei der Finanzierung derartiger Unternehmen spielen.

Wir sind in Deutschland mit einem nicht geringen Häuflein Industrieller gesegnet, die ihre Gewinne nicht wie in anderen Ländern den brothungrigen Malern und Bildhauern, sondern den machthungrigen Diktatoren und Demagogen zuwenden.

Diese direkte und indirekte Subventionierung erstreckt sich auch auf Teile der CDU-Presse. Gar nicht so weit von hier hat erst kürzlich ein sehr bekannter Großindustrieller, der auf den Massenabsatz seiner Produkte vor allem in Arbeiterkreisen angewiesen ist, den (vergeblichen) Versuch gemacht, durch hohe Vorauszahlungen für später zu veröffentliche Anzeigen ein bekanntes CDU-Blatt über Wasser zu halten, — nachdem bereits eine große Wohlfahrtsorganisation in Verkennung ihrer Aufgabe ein immerhin sechsstelliges Almosen gegeben hatte.

Das ist auch eine Methode, die „Unabhängigkeit“ der Presse zu sichern. Man macht sich unabhängig von der Notwendigkeit, die Wahrheit zu sagen.

Darf ich nun auf den zahlenmäßigen Stand des Zeitungswesens in Deutschland eingehen.

Während wir vor Jahresfrist im jetzigen Bundesgebiet einschließlich Westberlin 150 lizenzierte Zeitungen mit einer Gesamtauflage von etwa 14 Millionen hatten, gibt es heute über 500 Zeitungen und einschließlich der Kopfblätter sogar rund 1100 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von rund 11 Millionen.

Auch in diesem Absinken der Gesamtauflage drücken sich die Segnungen der sogenannten freien Marktwirtschaft aus, die es den Arbeitslosen, Rentnern und Vertriebenen nicht mehr erlauben, sich die tägliche Zeitung zu halten und die auch noch von dieser mehr oder minder kargen politischen Unterrichtung ausgeschlossen sind. Auf dem Herrn Bundeskanzler und seiner Politik ruht die Verantwortung und die Schuld, wenn ein Teil dieser Millionenmasse mangels sachlicher politischer Unterrichtung irgendwelchen extremistischen Sieghell-Derwischen zutreibt.

Als im vorigen Jahr die sogenannten Heimatzeitungen und Generalanzeiger das Startzeichen bekamen, nahmen sie und viele andere an, daß die Tage der Lizenzzeitungen in der US-Zone und der parteinahen Presse in der britischen Zone gezählt seien.

Wir können heute nach fast einem Jahr eine Bilanz ziehen. Von der Gesamtauflage von 11 Millionen Exemplaren haben die heute noch bestehenden 128 Lizenz- bzw. parteinahen Zeitungen mit ihren Kopfblättern rund 9 Millionen, und die inzwischen gegründeten 383 Heimatzeitungen und Generalanzeiger, ebenfalls mit ihren Kopfblättern, 2 Millionen Auflage. Die Durchschnittsauflage dieser neuen Zeitungen beträgt nur 2000 Exemplare und nur etwa ein Dutzend von ihnen haben mehr als 20 000 Auflage.

Der bedeutsame Nachteil, der durch die planlose sogenannte Liberalisierung entstanden ist und für den die Besatzungsmächte die Verantwortung tragen, ist, daß infolge der sinnlos überhöhten Konkurrenz nun die Mehrzahl der Zeitungen erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten haben — was wiederum wieder recht entscheidend auf ihren Willen und ihre Fähigkeit drückt, sich aktiver in der politischen Willensbildung im Sinne der Demokratisierung zu betätigen.

Das erfolgreiche Sichbehaupten der parteinahen Zeitungen gegenüber einer kapitalkräftigen und Produktionsstätten besitzenden Generalanzeiger- und Heimatpresse ist vor allem auf die Stabilität fast aller der Zeitungen zurückzuführen, die der SPD nahestehen, — obwohl wir im vorigen Herbst, wie fast alle Zeitungen, erhebliche Verluste hatten.

In der Zahl der Zeitungen nehmen wir einen verhältnismäßig kleinen Platz ein. Von den über 500 Zeitungen rechnen sich nur 23 zu uns. Wesentlich günstiger verhält es sich jedoch, wenn wir die Auflage zugrunde legen. Während vor 1933 nur etwa jedes 25. Zeitungsexemplar sozialdemokratisch war, so ist heute jedes 6. Blatt, das die Rotationsmaschine verläßt, aus einem unserer 23 Verlage.

Aber der gegenwärtige Auflagenstand der sozialdemokratischen Zeitungen entspricht bei weitem nicht dem, was möglich wäre. Wir müssen hier feststellen, daß nicht wenige Mitglieder der Partei noch nicht zu den Lesern unserer Zeitungen gehören.

Und wir machen immer wieder die Feststellung, daß dort, wo in der Partei die Kritik an diesen Blättern am stärksten ist, die Unterstützung dieser Zeitungen durch Abonnenten und Werbung häufig am geringsten ist, d. h., daß man die wesentlichste Voraussetzung für eine Abstellung des Kritikwürdigen nicht schafft, nämlich die Leserbasis zu verbreitern.

Eine erfolgreiche Entwicklung hat der „Neue Vorwärts“, das Zentralorgan der Partei, genommen, das zum Düsseldorf Parteitag zum erstenmal erschien.

Während das damals gleichzeitig startende CDU-Zentralblatt inzwischen eingegangen ist, hat der „NV“ seine Auflage wesentlich steigern und bei besonderen Anlässen sechsstelligen Auflagenziffern erreichen können. Aber auch hier sind wir noch entfernt von dem Ziel, daß jeder Politiker, jeder sozialdemokratische Ortsverein und möglichst auch jeder aktive sozialdemokratische Funktionär Leser des Zentralorganes ist. Dazu beizutragen, möchten wir jedem Verantwortlichen zur Pflicht machen.

In der Propaganda steht die Partei in einem Mehrfrontenkampf, bei dem wir die besseren Argumente und die anderen die größeren Mittel haben. Wir haben freilich eine gewisse Propagandahilfe in der unsozialen Politik dieser Regierung, die uns leider täglich neue Beweise für die Richtigkeit unserer Behauptungen liefert.

Bei der Propaganda der gegnerischen Parteien stellen wir fest, daß sie seit der Währungsreform in stetig steigendem Maße von Kräften mitfinanziert oder finanziert wird, die außerhalb jeglicher demokratischen Kontrolle stehen und die sich auf diesem Wege politische Macht in Deutschland kaufen wollen.

Wir haben bereits während des Bundestagswahlkampfes Beweise dafür erhalten, daß CDU/CSU und FDP in der Form von Wahlfondsmillionen ihren Anteil an den Erfolgen der Erhard'schen Freibeuter-Markt-Wirtschaft einkassierten. In unserem Besitz befindet sich jetzt eine Sammlung von 24 Dokumenten, die den Nachweis für diese Propagandahilfe seitens der „Wirtschaft“ erbringen.

Daraus ergibt sich u. a. auch, daß die angeblich so notleidende Ruhrkohlenindustrie nicht nur der anti-marxistischen sogenannten moralischen Aufrüstungsbewegung Riesenwerte als Geschenke ins Ausland gesandt hat, sondern daß dieser Ruhrbergbau allein zur Bundestagswahl einen Betrag von rund 700 000,— DM für die Agitation der heutigen Regierungsparteien gestiftet hat — ein Akt der Nächstenliebe, der bei den Lohnverhandlungen nicht immer im gleichen Maße sichtbar wurde.

Während solchermaßen ein großer Teil der deutschen Industrie die Rechte, einschließlich der äußersten Rechten subventioniert, damit sie den Kampf gegen das demokratische Bollwerk, das die Sozialdemokratie darstellt, besser führen können, haben auf der anderen Seite die ostzonalen Machthaber ihre erste große Propaganda-offensive gestartet. Diese Propaganda erfolgt nicht nur mit Flugblättern, Broschüren und Plakaten, die regelmäßig in Hunderten von Zentnern und in Zehntausenden von Briefsendungen nach hier gesandt oder geschmuggelt werden.

Sie versuchen jetzt auch mit Kinderverschickung, mit Lehrstellen, Konferenzen, Delegationen und sonstigen russischen Versionen von „Kraft durch Freude“ die schwachen Stellen — und die Schwächlinge in Westdeutschland für den Prozeß der Aufweichung und Zermürbung ausfindig zu machen.

Die übliche Diktaturmischung von Angst und Propaganda wird in dieser Phase des kalten Krieges in immer stärkeren Dosen verabreicht. Wir müssen in der kommenden Zeit mit einer Hochflut von Propaganda rechnen, die selbst die Anstrengungen des Dr. Goebbels in den Schatten stellen dürften.

Es gibt Menschen, selbst bei uns, die diese Propagandakampagne angesichts des immer offener zutage tretenden Zerfalles der KP nicht ernst nehmen und die auf Einladungen und Unterschriftensammlung hereinfliegen. Wir können nicht nachdrücklich genug davor warnen. Der PV hat sich entschieden gegen die Beteiligung von Sozialdemokraten an derartigen Aktionen gewandt. Wir sind überzeugt, daß der Parteitag diesen PV-Beschluß billigt und bekräftigt. Wir können die lebensgefährliche Arbeit unserer illegal in der Ostzone tätigen Genossen dadurch nicht fördern, daß wir Gast oder Gastgeber jener Leute sind, die unsere Ostzonenkämpfer verfolgen und verschleppen. Das sollte schon das einfachste Gefühl der Solidarität und der Sauberkeit verbieten.

Es ist zweifellos richtig, daß die KP in Westdeutschland keine politische oder organisatorische Kraft mehr darstellt. Wenn sich ihr Mitgliederstand z. B. in Nordrhein-Westfalen von 140 000 auf 52 000 vermindert hat, wobei auch dieser Rest zum großen Teil nur noch aus nichtzahlenden Karteimitgliedern besteht, dann sagt das genug.

Aber die größere Gefahr der kommunistischen Propaganda liegt heute gar nicht mehr bei der KP, sondern bei den gleichschaltungssüchtigen Geschäftsleuten, die der Rote Handel lockt und die wie eh und je Geschäft groß und Gesinnung ganz klein schreiben.

Noch ein Wort über eine besondere Abart der gegnerischen Propaganda. Früher war es in Deutschland üblich (und in den demokratisch regierten Ländern der Welt ist es auch heute noch üblich), daß sich die Regierungsspitzen wenigstens in ihren öffentlichen Reden eine gewisse Reserve auferlegten und mehr die Nation als die Partei zu vertreten suchten. Der Herr Bundeskanzler hat damit gebrochen und sich und seine Ministerkollegen zu einer Art Propagandakompanie umgeschult. Ich will in diesem Zusammenhang nicht auf die rauschenden Erfolge eingehen, die sie sich dabei auf dem außenpolitischen Glatteis geholt haben.

Wir sind der Meinung, daß der Herr Bundeskanzler und seine Minister ihre amtliche Stellung in einer Weise für ihre parteipolitische Propaganda benutzen, die uns



unvereinbar zu sein scheint mit Aufgabe und Würde des Amtes, das ihnen leider zugefallen ist. Insbesondere erheben wir Protest gegen die Versuche Dr. Adenauers, seine Position als Bundeskanzler zu gebrauchen, um ihm mißliebige Publizisten und Rundfunkleute aus einer Tätigkeit auszuschalten, in die hineinzureden nicht zu den Rechten seines Amtes gehört.

Über die Aufgaben und Aktivitäten unserer eigenen Propaganda haben wir ausführlich im Jahrbuch berichtet. Zehntausende sozialdemokratischer Funktionäre haben in den Wahlkämpfen und der Werbearbeit des hinter uns liegenden Abschnitts außerordentliche und aufopfernde Arbeit geleistet. Alfred Nau hat ihnen bereits in unser aller Namen den Dank ausgesprochen.

Ich möchte mit einer abschließenden Bemerkung die für die kämpferische Sozialdemokratie logische Schlußfolgerung aus dem Tatsachenbericht der beiden Vordredner ziehen. Wir haben in diesem Jahr die besondere Aufgabe, finanziell und organisatorisch einen neuen Aufstieg der Partei nicht nur vorzubereiten, sondern auch durchzuführen.

Im November vorigen Jahres haben PV und PA in Herne beschlossen, Vorbereitungen für eine zentrale Werbeaktion einzuleiten. Diese Vorbereitungen sind von uns im Entwurf abgeschlossen, vom PV gebilligt und in einer ersten Konferenz mit den Bezirkssekretären im einzelnen durchberaten worden.

Wir haben vereinbart, daß in der Zeit vom 15. August bis 15. September in allen Bezirken Ortsvereinskonferenzen stattfinden, um auch auf der lokalen Ebene Voraussetzungen zu schaffen, daß die für die Monate Oktober und November vorgesehene Aktion zu einem vollen Erfolg wird.

Das soll selbstverständlich nicht heißen, daß wir nicht auch jetzt jede geeignete Gelegenheit benutzen sollen, um Anhänger und Mitglieder zu gewinnen.

Aber wir appellieren von dieser Stelle, am ersten Tage dieser für die Partei so bedeutsamen Konferenz, an jeden einzelnen Sozialdemokraten, sich an dieser Aufgabe zu beteiligen.

Wem es ernst ist mit den Zielen der Sozialdemokratie, dem muß es auch ernst sein mit der Aufgabe, in seinem Umkreis Frauen und Männer zu Mitstreitern, zu aktiven Verfechtern dieser Ideen zu gewinnen.

Morgen und an den folgenden Tagen geht es um die großen Fragen, die uns alle bewegen, geht es um Außen- und Innenpolitik, um Wirtschaft und Kultur, geht es um den Einfluß, den wir auf ihre Gestaltung nehmen können. Sie sind das wirklich Wesentliche, und diese Bemerkungen hier kaum mehr als ein Vorposten-geplänkel.

Aber, bitte, Genossinnen und Genossen, bleiben wir immer eingedenk der Tatsache, daß es nicht gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Einfluß ist, der unsere Stärke ausmacht, sondern daß es die Ideen sind und die Zahl der Frauen und Männer, die zu diesen Ideen stehen. (Beifall!)

Vorsitzender Meitmann: Ich danke dem Genossen Heine.

Ich habe die Bitte an die Delegierten, die noch nicht ihre Mandatskarte und Delegationskarte abgegeben haben, das sofort zu tun, damit die Mandatsprüfungskommission ihre Arbeit zu Ende führen kann.

Zum zweiten bitte ich, den statistischen Ermittlungsbogen auszufüllen, weil wir noch während der Tagung die Angaben auswerten wollen.

Dann liegt die Zustimmung des Parteitages für ein Telegramm vor, das wir an den Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, an den Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau, Bochum, und an den Betriebsrat der Zeche Dahlbusch in Gelsenkirchen/Rotthausen richten wollen.

Ich verlese das Telegramm:

„Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat mit großer Be-  
stürzung an dem schweren Bergwerksunglück auf Zeche Dahlbusch Anteil ge-  
nommen. Der Parteitag spricht den betroffenen Familien das herzlichste Beileid  
aus und sendet den Verletzten die herzlichsten Wünsche für ihre baldige Wieder-  
herstellung.

Präsidium des Parteitages:

Adolf Schönfelder, Karl Meitmann

Parteivorstand der SPD:

Dr. Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer.“

Ich darf annehmen, daß der Parteitag diesem Telegramm seine Zustimmung  
gibt. (Zustimmung.)

Jetzt hat als Berichterstatter die Genossin Herta Gotthelf das Wort.

Herta Gotthelf: (Parteivorstand): Ich möchte, da unsere Zeit etwas zu  
kurz ist, nur den schriftlich vorliegenden Bericht ergänzen und einige Punkte be-  
sonders herausheben. Auch ich muß meinen Bericht mit der bedauernswerten Fest-  
stellung anfangen, daß wir bei den Frauen nicht nur einen zahlenmäßigen Rück-  
gang, sondern auch einen Rückgang des prozentualen Anteils der Frauen an der  
Gesamtmitgliedschaft zu beklagen haben.

Bei der letzten Abrechnung vor der Währungsreform hatten wir 19,12 Prozent  
Frauenanteil an der Gesamtmitgliedschaft. Heute sind es leider nur 18,8 Prozent.

Genossinnen und Genossen! Ihr wißt alle, welchen Grund das hat. Die Men-  
schen, die heute aus der Partei ausgeschieden sind, haben es ja zum größten Teil  
nicht getan, weil sie mit unseren politischen Zielen nicht einverstanden sind, son-  
dern einfach, weil sie finanziell selbst diesen geringen Beitrag nicht zahlen können.  
Denn wir sind ja die Partei der arbeitenden Menschen und die Partei — das muß  
man heute sagen — der armen Menschen.

Gerade bei den Frauen ist dies der Fall. Ihr wißt ja, wie es ist. Wenn zwei  
oder drei Beiträge in der Familie nicht getragen werden können, ist es ja immer  
die Mutter, die auf ihren Beitrag verzichtet. Ich habe erschütternde Berichte von  
Genossinnen, die mir mitteilen, wir sollen doch nicht etwa denken, daß sie sich  
nicht zugehörig fühlen, selbst wenn sie nicht mehr in unseren Statistiken erschei-  
nen. Trotzdem haben wir festzustellen, daß bei der letzten Abrechnung ein Bezirk  
schon wieder bei den Frauen eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen hat. Das ist  
unser bester Frauenbezirk: westliches Westfalen. Auch dort gibt es Orte mit Flücht-  
lingen. Auch dort herrscht Arbeitslosigkeit. Es wird hier also nur demonstriert,  
daß, wenn man einmal diese Lähmung überwindet und an die Arbeit geht, doch  
einiges zu tun ist.

Es wäre allerhand über die Notwendigkeiten und die Methoden zu sagen, ge-  
rade in der Frauenbewegung neue Wege zu gehen. Ich möchte mich aber hier dar-  
auf beschränken, zu sagen: Neben der Schulung und neben der Werbung betrachten  
wir Frauen es als unsere Aufgabe in der Partei, was eine Genossin einmal damit  
bezeichnete, das Haus der Partei wohnlich zu machen. Wir wollen den Menschen  
nicht nur eine politische Heimat geben, wir wollen ihnen auch das Gefühl mensch-  
licher Zusammengehörigkeit in unseren Reihen geben.

In den Berichtsjahren 1948 und 1949 hatten wir in zwölf Länderparlamenten  
65 weibliche Abgeordnete. Wir hatten zwei Genossinnen im Parlamentarischen  
Rat, die Genossin Frieda Nadig und die Genossin Elisabeth Selbert, deren Name  
ja heute ein Begriff geworden ist in der deutschen Politik durch ihren Kampf um  
den Artikel 3 des Grundgesetzes.

Zu den Bundestagswahlen haben wir 54 Kandidatinnen aufgestellt. Davon sind  
sechs in den Wahlkreisen gewählt worden, sechs auf der Landesliste, und unsere  
Louise Schröder gehört zur Berliner Delegation. In diesem Zusammenhang möchte  
ich besonders betonen: Die Befürchtungen mancher Genossen, daß eine Frau nicht  
in der Lage ist, einen Wahlkreis zu holen, haben sich nicht verwirklicht. Im Gegen-  
teil, wir haben z. B. festgestellt, daß unsere Genossin Clara Döhring sogar unseren  
Bundespräsidenten Theodor Heuss in seinem eigenen Wahlkreis geschlagen hat.

(Bravorufe, Beifall.) Auf die Frauen, die wir heute im Bundesparlament haben, können wir durchweg stolz sein, und es ist besonders erfreulich und nachahmenswert, wenn wir feststellen, daß es in unserer Bundestagsfraktion überhaupt keine Frage gibt, ob Mann oder Frau. Wer die Arbeit leisten kann, wird an den Platz gestellt, wo die Arbeit geleistet werden muß. Anni Krahnstöver ist Mitglied unseres Fraktionsvorstandes und außerdem Vorsitzende des Kontrollausschusses für Soforthilfe.

Ich möchte hier noch etwas sagen. Unsere Frauen arbeiten selbstverständlich auf allen Gebieten, die sich im Bundestag ergeben, mit. Louise Albertz ist Vorsitzende des großen Petitionsausschusses und Martha Schanzenbach ist 2. Vorsitzende des Ausschusses für Jugendfürsorge.

Auch im Plenum haben unsere Frauen gut abgeschnitten, und jeder, der es selbst mit angehört hat, wird bestätigen können, daß zwei der besten Reden, die im Bundestag gehalten worden sind, von zwei unserer Genossinnen gehalten wurden, nämlich von der Genossin Emmy Meyer-Laule bei der Debatte um die Wiedereinführung der Todesstrafe und von Käte Strobel zur Frage der Brotpreiserhöhung.

Ich könnte noch Dutzende mehr Namen erwähnen. Wir haben ja viel mehr Frauen, die man herausstellen kann, als das nach außen hin in Erscheinung tritt. Wir sollten nicht so bescheiden sein und sollten unser Licht nicht unter den Scheffel stellen, sondern sollten viel mehr trommeln mit dem, was wir haben und sollten auch viel mehr an die Öffentlichkeit gehen.

Der Genosse Erich Ollenhauer wird im Bericht der Bundestagsfraktion zeigen, daß unsere Fraktion die einzige Fraktion ist, die es wirklich ernst mit ihrem Kampf um die Gleichberechtigung der Frau nimmt. Ich will hier nur eines erwähnen: unser Kampf um die Gleichberechtigung der Beamtinnen, in der unsere Genossin Lisa Albrecht und der Genosse Menzel unsere Sache oder vielmehr die Sache für die arbeitenden Frauen im Plenum vertreten haben.

Wir ihr wißt, haben wir seit über zwei Jahren im Parteivorstand einen Ausschuß für Frauenfragen. Wir haben in diesem Ausschuß für Frauenfragen zu allen wesentlichen Fragen Stellung genommen. Ich möchte nur zwei besonders von dieser Stelle hier noch einmal erwähnen. Erstens: es besteht ein Beschluß des Ausschusses für Frauenfragen, der vom Parteivorstand bestätigt worden ist, daß die Mitgliedschaft im Demokratischen Frauenbund und die Anwesenheit auf Konferenzen des Demokratischen Frauenbundes oder ähnlicher Organisationen nicht vertretbar ist mit der Mitgliedschaft in der Partei. Ich bitte, das auch insbesondere noch einigen Genossen zu sagen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß es selbst da Leute gibt, die gern überall einmal reden möchten, und sei es auch nur beim Demokratischen Frauenbund. Der Demokratische Frauenbund hat mit Demokratie nichts zu tun. Er ist einfach eine kommunistische, sowjetrussische Angelegenheit, um die Frauen, die man durch den Kommunismus nicht anziehen kann, mit dem Plakat der Demokratie an sich zu ziehen. Genau so wie die Nationalsozialisten das Wort Sozialismus mißbraucht haben für ihre Zwecke, mißbrauchen heute die Kommunisten das Wort Demokratie für ihre Zwecke.

Der zweite Punkt, den ich hier besonders unterstreichen möchte, ist unser Protest, den wir nach den Bundestagswahlen an die Kardinäle Frings und Faulhaber vom Ausschuß für Frauenfragen gegen den Mißbrauch der Kanzel bei den Wahlen herausgegeben haben. Genossen, das ist eines der traurigsten Kapitel unserer Nachkriegspolitik in Deutschland, wie hier das Christentum im Interesse einer reaktionären und rückschrittlichen Partei mißbraucht und geschändet wird. Ich jedenfalls weiß nichts davon, daß es in der Bibel ein elftes Gebot gibt, das sagt: Du sollst CDU wählen! (Beifall.) Wir haben neben unserer Frauenkonferenz und den Sitzungen des Frauenausschusses eine Reihe von Frauenarbeitstagen gehabt, über die ich auch bitte, im Bericht selbst nachzulesen. Ich möchte nur noch kurz nachholen, daß wir Anfang Mai eine Frauenarbeitstagung in Düsseldorf hatten, wo wir besonders zur Frage des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit, der Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen Stellung nahmen. Dabei bitte ich Sie ein-

mal, die Vorlage Nr. 5 vorzunehmen. Da ist nämlich ein kleines Unglück passiert. Die beiden Anträge 58 und 59, die sich mit der Frage der gleichen Löhne und der Frage der Entlassung von Frauen befassen, sollen nicht unter Punkt 2 b) behandelt werden, sondern unter Punkt 6), dem Referat des Genossen Veit. Wir sind der Meinung, daß das Fragen sind, die ganz wesentlich zu tun haben mit einer Neuplanung unserer Wirtschaft, mit der Frage der Vollbeschäftigung. Ich bitte Sie also, das auf Ihrer Vorlage abzuändern.

Genossen, ich habe fast von jeder Frauenkonferenz bisher immer noch eine Anfrage bekommen: Wann bekommen wir endlich wieder unsere illustrierte Frauenzeitschrift?

Wir sind fest davon überzeugt, daß wir diese Frauenzeitschrift brauchen. Leider ist es bisher noch nicht möglich gewesen, — aber nicht, weil wir nicht wollen, sondern weil es vorläufig noch nicht ging. Aber wir sind genau so wie ihr von der Vordringlichkeit der Schaffung einer illustrierten Hausfrauenzeitschrift überzeugt, die auf leichtverständliche Art unsere Ideen an die Massen zu bringen sucht. Unsere „Gleichheit“ ist ausgebaut worden, und wir können mit Stolz sagen: sie ist die einzige politische Frauenzeitschrift, die es heute in Deutschland gibt. Außerdem gibt das Frauenbüro regelmäßige Pressenotizen heraus und Merkblätter für Frauengruppen.

Und, Genossen aus den Bezirken, ich möchte euch dringend darum bitten, — ich habe immer wieder festgestellt, daß große Frauengruppen noch nie etwas von der „Gleichheit“ oder von den Merkblättern gehört haben. (Zurufe: Sehr richtig!) Das ist einfach nicht gut genug, und wir müssen versuchen, das wenige Material, das wir haben — und es ist recht wenig —, wenigstens an den letzten Mann und an die letzte Frau zu bringen.

Unsere internationale Zusammenarbeit konnte auch während der letzten beiden Berichtsjahre ausgebaut werden. Wir sind in ständigem Kontakt mit den sozialistischen Frauenorganisationen von 16 europäischen und überseeischen Ländern. Wir geben ein englisches Rundschreiben heraus, in regelmäßigen Abständen, und wir sind ganz stolz darauf, daß das wirklich Beachtung findet und in vielen überseeischen und europäischen sozialistischen und Gewerkschaftszeitungen nachgedruckt wird.

Genossen, wenn wir rückschauen auf die geleistete Arbeit, so müssen wir auf der einen Seite feststellen, daß noch viel zu tun ist. Auf der anderen Seite aber können wir doch sagen, daß unsere Arbeit intensiver geworden ist. Die Aufgaben unserer Frauenarbeit werden immer umfassender. Dazu brauchen wir eine starke Organisation, und wir brauchen eure Hilfe, Genossen. Wir wollen, Männer und Frauen gemeinsam, diese Organisation aufbauen.

Im allgemeinen können wir doch sagen, daß von unseren Genossen die Wichtigkeit der Frauenarbeit erkannt worden ist. Aber von dieser Konferenz hier wollen wir mit nach Hause nehmen — auch denen, die es noch nicht wissen, zu sagen, daß die Frauenarbeit eine wichtige politische Aufgabe und Arbeit ist.

Ich erinnere an die Herner Beschlüsse, die besagen: Verpflichtung aller Organisationsgliederungen ist die Durchführung der Frauenarbeit als einer wichtigen politischen Aufgabe.

Genossen, wir haben es mit Absicht so gefaßt. Für uns ist die Frauenarbeit keine Sonderaktion. Für uns ist die Frauenarbeit Teil der politischen Arbeit, und zwar ein wichtiger Teil.

Wir Frauen innerhalb der SPD sind keine Frauenrechtlerinnen. Wir wissen, daß der Kampf um die Gleichberechtigung der Frau nur eine Seite des Kampfes um eine neue Gesellschaftsform ist. Wir wollen diesen Kampf nicht gegen unsere Genossen, sondern mit unseren Genossen führen.

Im 20. Jahrhundert ist die Stellung der Frau in der Gesellschaft grundlegend geändert. Die SPD ist die einzige Partei, die daraus politische Konsequenzen gezogen hat. Die anderen leben entweder im Mittelalter oder als Neuestes so ungefähr im 18. Jahrhundert.

Unsere Partei hat diese politischen Konsequenzen nicht gezogen aus Gründen der Wahlpropaganda, sondern aus der Überzeugung, daß die Voraussetzung einer sozialistischen Gesellschaft die Gleichberechtigung aller ihrer Mitglieder ist. Ohne politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frauen und der Arbeiterschaft insgesamt ist kein Sozialismus möglich.

Aber, und das möchte ich den deutschen Frauen von dieser Plattform aus hier zurufen: Ohne Sozialismus ist auch keine Gleichberechtigung der Frau möglich! (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Ich erteile jetzt dem Genossen Adolf Schönfelder das Wort zum Bericht der Kontrollkommission.

Adolf Schönfelder, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Auch ich kann wie die Genossin Herta Gotthelf mit einer Feststellung beginnen, aber nicht mit einer bedauerlichen, sondern mit einer freudigen, und zwar mit der Feststellung, daß seit dem letzten Parteitag bei der Kontrollkommission Beschwerden über den Parteivorstand oder andere Organe der Partei nicht eingegangen sind. (Beifall.) Die Kontrollkommission hat in regelmäßigen Abständen sich vom Parteivorstand berichten lassen über die geschäftlichen, finanziellen und organisatorischen Verhältnisse in der Partei. Sie hat sie gründlich mit dem Parteivorstand besprochen, sie hat die Kassen revidiert und hat, wie dies die Unterschriften im Jahrbuch bestätigen, festgestellt, daß Bücher und Kassen in Ordnung sind. Ich kann deshalb in aller Form beantragen, im Namen der Kontrollkommission dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen.

Ich darf noch ein paar kurze Bemerkungen anschließen und möchte mit Nachdruck einige Ausführungen des Genossen Nau seitens der Kontrollkommission unterstützen. Es handelt sich um die finanzielle Lage unserer Partei. Der Genosse Nau hat nicht gerade über schlechte finanzielle Verhältnisse gejammert, das würde auch dem Bilde, wenn wir uns mit anderen Organisationen vergleichen, nicht entsprechen. Aber die Finanzen der Partei sind mit der Organisation die Grundlage unseres Strebens, neben den Idealen, die wir zu verfechten haben. Aber sie sind doch das Kraftzentrum, aus dem wir schöpfen müssen, wenn wir den Kampf für unsere Ziele führen wollen. Man könnte auf den Gedanken kommen, daß bei allen Aufgaben, die uns gestellt sind, es eigentlich nötig wäre, eine Besserung der Finanzen durch Beitragserhöhung zu erreichen. Aber ich möchte zum Ausdruck bringen, daß auch ich der Meinung bin, daß eine finanzielle Besserung unserer Finanzen möglich wäre durch eine Besserung unserer Kassierung. Wir haben dafür Sorge zu tragen, daß nicht durch Fluktuation oder durch andere Verhältnisse uns Mitglieder verloren gehen. Das ist das wichtigste, was wir zu tun haben.

Dann möchte ich noch auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen, nämlich auf eine sorgfältigere Kassierung der höheren Beiträge. Die Staffelbeiträge sind Pflichtbeiträge. Ich weiß, daß es einigermaßen schwierig ist, bei Genossen, die im freien Beruf leben, die reine Privatpersönlichkeiten sind, die höheren Beiträge durchzusetzen. Wir werden das mit großer Sorgfalt übernehmen und durchführen müssen. Aber wir werden doch mit Nachdruck fordern müssen, daß alle Genossen, die durch die Partei in besser besoldete Stellungen gekommen sind, in erster Linie ihre Pflicht tun. (Lebhafter Beifall.) Die Genossen haben berichtet, daß es in dieser Beziehung schon besser geworden ist, aber ich glaube, es muß noch besser werden, und das kann nur dem Wohle der Partei dienen. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Genossinnen und Genossen! Ich danke dem Berichterstatter der Kontrollkommission. Wir treten jetzt in die Diskussion ein. Ich mache aufmerksam auf die Ziffern 6 und 7 der Geschäftsordnung. Ich bitte, schriftliche Anträge heraufzureichen. Als erste Rednerin hat das Wort die Genossin Jeannette Wolff. Ihre Redezeit beträgt zehn Minuten. Dann folgt der Genosse Gerlach aus Göttingen.

Jeannette Wolff, Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich habe einiges zu den Ausführungen des Gen. Heine zu sagen, nicht, weil ich diese Ausführungen angreifen, sondern unterstreichen möchte. Da der Genosse Heine von kommunisti-

schen Tarnorganisationen sprach, die verschiedenen unserer Mitglieder noch Sand in die Augen zu streuen vermögen, möchte ich auch darauf hinweisen, daß es noch eine Reihe von anderen Tarnorganisationen gibt, in denen unsere Genossen oft ihre besten Kräfte vergeuden, ohne daß etwas dabei herauskommt. Das liegt aber nicht etwa daran, daß unsere Genossen nicht Befriedigung in der Partearbeit finden, sondern, daß man nicht das notwendige Verständnis und die notwendige Föhlung zueinander findet gerade mit denjenigen, die in der Zeit des Nationalsozialismus als Kämpfer in den ersten Reihen gestanden haben. Diese Opfer sind heute, fünf Jahre nach der Beendigung der Nazizeit, noch nicht im Besitz einer irgendwie auch nur gearteten Wiedergutmachung, es sei denn in einer Rente und in dem, was in einigen Ländern, wie Nordrhein-Westfalen usw., herausgekommen ist. Wir haben auf einer Konferenz, die wir letzthin vom Parteivorstand hatten einberufen lassen, auch die Frage der Agitationen mit in die Debatte gezogen. Es wäre vielleicht sehr gut, wenn bei führenden Genossen das Verständnis für die Genossen, die in der Nazizeit hier sehr viel gelitten haben und empfindlich geworden sind, größer wäre und wenn, wie es auch der Genosse Kurt Schumacher tun mußte, positiver zu den Fragen Stellung genommen würde, die diese Genossen interessieren. Es wäre manchmal gut, wenn Äußerungen in der Öffentlichkeit unterblieben, die, falsch ausgelegt von den Gegnern, die Krise des Mißtrauens noch verstärken. Ich habe dazu folgendes zu sagen: Je mehr man selbst in der Partei arbeitet, um so mehr hat das Wort Gewicht, das man ausspricht. Aber ich möchte doch anraten, gerade mit denjenigen, die als Opfer aus der Nazizeit wirklich bewiesen haben, daß sie Demokraten sind, in engere Verbindung zu treten, damit sie sich nicht noch in einer kommunistischen, oder auch aus verschiedenen ganz durchsichtigen Gründen aufgezogenen Organisationen befinden, die ein Herr Lütsches (CDU) aufgezogen hat. Ich möchte unseren Genossen nur sagen, daß diese Organisationen uns nur als Aushängeschild benutzen, weil sie in ihren eigenen Reihen Resonanz für eine solche Organisation schon deshalb nicht finden, weil in ihren eigenen Reihen viel weniger Kämpfer aus der Nazizeit, als entbräunte Nazis vorhanden sind. (Bravo.) Deshalb ist in solchen Organisationen für Sozialdemokraten kein Platz. In der Partei können wir das durchsetzen, was nun endlich im Interesse der Opfer aus der Nazizeit durchgesetzt werden muß. Ich möchte den Genossen, die heute noch zweifeln, sagen: Je weiter man von der Ostzone und von Berlin wohnt, um so stärker ist man geneigt, die Wölfe in Schafskleidern zu sehen.

Ich habe einen Bericht vorliegen, der die Presse noch nicht passiert hat. Ich werde keine Namen nennen. Der Bericht kommt aus der Ostzone. Ich möchte allen Genossinnen und Genossen diesen Bericht als Warnung mitgeben, falls sie noch dazu neigen sollten, irgendeiner Organisation beizutreten oder ihre Kraft zu geben, der Menschen angehören, die das System der Ostzone gutheißen. Ebenso wie wir uns des öfteren über die Kriegsgefangenen empört haben und gar nicht genug empören können, möchte ich Ihnen diese Mitteilung nicht vorenthalten: „Am 25. 4. 1950 sind 480 Frauen aus verschiedenen Gebieten der Sowjetzone zum Arbeitseinsatz im Uranbergbau-Objekt hier eingetroffen. Sie sind in Massenunterkünften untergebracht, je 50 bis 90 Frauen in einem Raum. Es herrscht viel Zank. Schlechte Vörfpfelegung und Diebstähle sind an der Tagesordnung. Das Mobiliar ist mehr als primitiv. Es fehlen Schränke zum Wegschließen der Sachen.“ Die Personen, die dort eingesetzt werden, sind unglücklich, weil sie nicht wieder zurückkönnen und auch nicht einmal die Möglichkeit haben, ihre Angehörigen zu benachrichtigen. Für Mai/Juni werden 50 000 Personen aus der Uckermark für den Einsatz in Annaberg und Aue erwartet.

Bei diesen Personen handelt es sich insbesondere um zwangsverpflichtete Arbeitssuchende, für die nur die Alternative besteht: Entweder Uranbergbau oder keine Unterstützung. Ich möchte noch hinzufügen, daß diejenigen Arbeiter im Uranbergbau, die sich verpflichten, in der Volkspolizei Dienst zu tun, vom Uranbergbau befreit werden. An ihre Stelle werden Frauen eingesetzt, gleich welchen Alters, gleich ob sie Mütter sind, oder ob sie Kinder zu Hause haben oder nicht.

Aus diesem Grunde hat man die sogenannte Bergpolizei — in Wirklichkeit Volkspolizei — abgelöst, weil sie nicht genügend Härte gegenüber den Zwangsverpflichteten aufbrachte. Diese Organisation ist durch die NKWD-Leitung ersetzt worden. Ich glaube, Genossen, mehr brauche ich zu diesem Punkt nicht zu sagen, um alle Genossen im Lande, die heute noch schwanken, ob sie einer Organisation angehören können, in der Kommunisten vorhanden sind, zu veranlassen, sich aus diesen Organisationen zurückzuziehen. Wir haben Nein zu sagen zu den Organisationen, die lediglich darauf ausgehen, uns als Aushängeschilder zu haben und wertvolle Kräfte aus unserer Partei herauslocken. Die Partei ist dazu da, zu arbeiten und zu kämpfen!

Wir erwarten, daß Sie im Interesse der Nazi-Verfolgten das genügende Verständnis für unsere Arbeit aufbringen. Nun möchte ich noch ein paar Worte zur Frage der Frauenorganisation sagen. Genossin Hertha Gotthelf sagte, daß die Frauenorganisationen in erster Linie deshalb zurückgegangen seien, weil nach der Währungsreform die Menschen nicht mehr zahlungskräftig gewesen seien. Gestatten Sie mir aus der Erfahrung heraus zu sagen, daß wir neue Bahnen bei der Frauenwerbung beschreiten müssen. Die bisherigen Bahnen sind ausgetreten und alt geworden. Wir können nicht dort anknüpfen, wo wir 1933 aufgehört haben. Die Tagesfragen und Nöte der Frauen müssen auf neuen Wegen diskutiert werden, und zwar auf der Basis: Ihr fragt! Wir antworten! Ich glaube, dann brauchen wir uns nicht zu beklagen, daß die Frauen nicht zu uns kommen. (Lebhafter Beifall.)

Felix Kraft: (Zur Geschäftsordnung!) Genossinnen und Genossen, es ist mir bekannt, daß zu diesem Tagesordnungspunkt eine Reihe weiterer Anträge eingegangen sind. Ich halte es für notwendig, daß diese Anträge zunächst verlesen werden und möchte das dem Präsidium vorschlagen.

Erich Gerlach, Göttingen: Liebe Genossinnen und Genossen, Organisationsfragen gehören zu den zentralen politischen Fragen für eine sozialistische Partei. Die Organisationsform darf deshalb nichts Starres sein, sie muß sich den Notwendigkeiten unseres Kampfes elastisch anpassen, damit jeweils alle Kräfte für den Sozialismus in Bewegung gesetzt werden, die mobilisiert werden können und mobilisiert werden müssen. Diesem Ziel will ein Antrag des Unterbezirks Göttingen, eingebracht durch den Bezirk Hannover, dienen. Dieser Antrag sieht vor, daß in unserer Partei die kollektive Mitgliedschaft von Organisationen zugelassen werden soll. Da der Antrag noch nicht bekannt ist, darf ich ihn vielleicht verlesen, Genosse Vorsitzender? (Genosse Meitmann: Bitte.)

„Organisierte Gemeinschaften, die in Praxis und Theorie die Grundsätze der Partei anerkennen, können die Kollektivmitgliedschaft der SPD erwerben. Kollektive Mitglieder haben nicht die Rechte eines Einzelmitgliedes der Partei, sie sind nur vom Unterbezirk ab nach oben in der Delegiertenversammlung vertreten. Zehn Mitglieder einer organisierten Gemeinschaft, für welche der Jahresbeitrag entrichtet wird, gelten als eine Stimme im Sinne des Einzelmitgliedes. Dieses Stimmrecht kann nur von solchen Mitgliedern der kollektiven Mitgliedschaften vertreten werden, die gleichzeitig Einzelmitglied in der Partei sind.“

Liebe Genossen, wir wissen, daß das etwas Neues ist und deshalb wollen wir auch diesen Antrag hier heute nicht zur endgültigen Abstimmung stellen. Wir haben ihn so formuliert, daß der Parteitag heute nur beschließen möge, diese Frage in der Partei zu diskutieren.

Gestatten Sie mir nun einige Bemerkungen und Gesichtspunkte zur Begründung dieses Antrages. Unsere heutige Parteiorganisation ist eine große demokratische, zentralisierte Organisation von Einzelmitgliedern zur Erreichung politischer Ziele. Diese Organisationsform ist der unabdingbar notwendige Kernbestandteil jeder sozialistischen Organisation. Sie ist das Instrument zur Eroberung der politischen Macht. Aber wir glauben, daß sie nicht ausreichend ist, um der Totalität möglicher sozialistischer Aktivität Raum zu geben, denn sie ist in erster Linie eine Organi-

sation der politischen Kämpfer für den Sozialismus. Der Kampf für den Sozialismus muß aber auch in allen anderen Bereichen unseres gesellschaftlichen und kulturellen Lebens geführt werden. In allen diesen Lebensbereichen stehen sich reaktionär-konservative und fortschrittliche Kräfte gegenüber. Diese fortschrittlichen Kräfte, mögen sie bewußt sozialistisch sein oder nicht, sind im Letzten unsere Kräfte, und wir müssen sie wecken und zur Entfaltung bringen. Das können wir nicht allein in den Begriffen des politischen Kampfes, sondern das muß geschehen in den Ausdrucksformen, die in diesen anderen Schaffensbereichen üblich sind. Wir können nicht erwarten, daß die fortschrittlichen Menschen dieser verschiedenen Gebiete, Maler, Wissenschaftler, Lehrer, Architekten usw., primär politische Menschen sind. Wir wollen und können sie auch nicht in ihrem Schaffen irgendwie politisch bevormunden. Trotzdem sind diese Gruppen außerordentlich wichtige Verbündete für uns und ihr Kampf ist im Letzten unser Kampf. Wir müssen das diesen Gruppen bewußt machen, und wir müssen uns dessen selber bewußt werden. Ich möchte nur auf die außerordentliche Bedeutung der Erziehung und Beeinflussung des Menschen durch das Unbewußte hinweisen.

Wir sind ja alle zunächst durch irgendwelche Impulse Sozialisten geworden, und haben dann angefangen, Marx oder Keynes zu studieren. Die Bedeutung dieser Probleme wird noch klarer, wenn wir uns einmal der außerordentlichen Isolierung vergegenwärtigen, in der sich das fortschrittliche, sozialistische, politische Denken im geistigen Raume des heutigen Deutschlands befindet. Auf allen Gebieten haben wir eine Wiedergeburt reaktionär-konservativer Strömungen in einem Ausmaß, wie wir sie 1945 nicht erwartet haben. Diese Wiedergeburt reaktionären Denkens ist ein außerordentlich ernst zu nehmendes Hindernis für die Ausweitung unseres Einflusses. Die Gegenkräfte können nicht allein von der politischen Organisation geschaffen werden. Wir glauben deshalb, daß wir Raum schaffen müssen für Gruppen, die in einer lockeren Bindung zu uns diese Arbeit mittun. Ich darf meinen Gedanken an einigen Beispielen illustrieren. 1945 haben wir uns vorgestellt, daß wir aus den Trümmern das Gesicht des neuen Deutschlands in echten, unserer Zeit gemäßen Bauformen gestalten würden. Praktisch wird aber heute dieser Wiederaufbau zu einem großen Teil von denselben alten Bauräten durchgeführt, die im Dritten Reich Eauernromantik oder Kasernen mit klassisch griechischer Fassade gebaut haben. Diese Herren haben sogar einen sehr erheblichen Machtzuwachs erfahren, da der Wiederaufbau Deutschlands zum großen Teil aus öffentlichen Mitteln durchgeführt wird, und die Baubürokratien es als ihr Ständesprivileg ansehen, die öffentlichen Gelder zu verplanen. Das Schlimme dabei ist, daß wir uns die Bedeutung dieser Entwicklung nicht genügend bewußt machen, daß viele von uns noch lernen müssen, daß Bauen nicht nur eine technische, sondern auch eine geistige Angelegenheit ist. Hier eine Front zu bilden, wäre m. E. eine hervorragende sozialistische Tat.

Ebenso wäre es von außerordentlicher Bedeutung, wenn wir Gruppen Raum geben würden, die wissenschaftlich am Gedankengut unserer Partei arbeiten. Universitäten haben wir nicht zur Verfügung. Unsere Stellung ist hier schwächer als sie vor 1933 gewesen ist. Und ich könnte Ihnen nicht wenige Fälle vortragen, in denen man durchaus im Einklang mit den Gesetzen und mit den Berufungsvorschriften junge sozialistische Privatdozenten nicht zum Zuge kommen läßt.

Ich möchte aber vor allen Dingen hinweisen auf die außerordentliche Bedeutung, die die Fabian Society für das sozialistische Experiment in England gehabt hat, ohne mich mit ihrer politischen Theorie oder ihrem sozialistischen Zielbild zu identifizieren. Ich glaube, daß hier wichtige Arbeit geleistet wird, und daß diese Arbeit nicht von Fachausschüssen allein getan werden kann. Ausschüsse können außerordentlich gute Expertengutachten abgeben, aber sie können nicht den fruchtbaren Gedankenstrom schaffen, den wir gerade jetzt in einer sich ständig veränderlichen Welt dringend brauchen.

Es könnten so geistige Laboratorien entstehen, in denen die Gedanken auch in der zunächst unvermeidlichen einseitigen und unreifen Form ausgesprochen und zur



Diskussion gestellt werden können, ohne daß sich die Partei auf der politischen Ebene mit ihnen belastet. Die Partei kann nicht für alles das die Verantwortung übernehmen, was in der Diskussion gesagt werden muß. Aber deshalb muß doch diskutiert werden. Die Partei soll sozusagen das gültige Resultat des Experiments übernehmen können, sie soll aber für das Experiment selber nicht verantwortlich gemacht werden können.

Noch einen Punkt in Andeutung: Wir werden dazu kommen müssen, in den gesellschaftlich-sozialen Raum einmal Inseln sozialistischen Lebens und Wirtschaftens hineinzubauen. Ich denke z. B. an genossenschaftliche Wirtschaftsformen. Für alle solche möglichen Entwicklungen müssen wir Raum schaffen. Wir müssen alle vorhandenen Kräfte in ihrer Vielfalt wecken. Aus diesem Grunde — ich muß schließen — möchte ich zusammenfassend sagen: Alle Kräfte, die wir für den Sozialismus einsetzen können, zu wecken und zu mobilisieren, der Partei neue Möglichkeiten der Entfaltung zu geben, das ist der Sinn dieser vorgeschlagenen neuen Organisationsform. Ich bitte Sie, unseren Antrag dahingehend zu unterstützen, daß die Partei diese Fragen diskutiert. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Das Wort hat jetzt Felix Kraft, Göttingen. Ihm folgt Johannes Müller, Köln.

Felix Kraft, Göttingen: Es ist bedauerlich, daß die neu gestellten Anträge zum Organisationsstatut nicht verlesen worden sind, weil ich mehr oder weniger auf einige der darin enthaltenen Gedanken eingehen wollte. Zunächst möchte ich ein gewisses Mißfallen zum Ausdruck bringen. Wir haben bei diesem Tagesordnungspunkt mitzuentcheiden über unser neues Organisationsstatut. Das Organisationsstatut — und gewissermaßen verbunden mit einem Parteiprogramm — bilden das Grundgesetz der Partei. Ich muß bedauern, daß das Organisationsstatut wegen seiner Bedeutung mehr den Rang eines einfachen Antrages einnimmt und hier inmitten der andern Anträge in kürzester Zeit seine Erledigung finden soll. (Zuruf: Sehr richtig!) Es wäre viel wichtiger gewesen, in Anbetracht seiner Wichtigkeit, daß dieser Punkt besonders behandelt worden wäre.

Mir ist bekannt, daß einige der gestellten Anträge, die nicht bekannt sind, darauf Bezug nehmen. Es scheint mir doch notwendig zu sein, um diese Anträge auch einer ordentlichen Erledigung zuführen zu können, daß sie vielleicht nicht überschnell zur Entscheidung kommen, sondern daß hierzu noch eine besondere Zeitspanne der Unterhaltung darüber eingeräumt wird. Ein mir bekannter Antrag bezieht sich auf die Möglichkeit der Änderung unseres Organisationsstatuts auf dem nächsten Parteitag. Er sieht vor, weil in der Kürze der Zeit eine tieferschürfende und eingehende Erörterung nicht mehr möglich ist, daß für eine Änderung des Organisationsstatuts auf dem nächsten Parteitag nur die Hälfte der Parteitagsdelegierten notwendig sein soll. Ich glaube, es ist notwendig, daß dieser Antrag unterstützt wird.

Ein Problem in der Partei scheint mir auch zu sein die Funktion unserer Ortsvereine. Wir haben durch den Mund des Genossen Franke vernommen, daß unsere Mitgliederbewegung, besonders gegenüber 1933, einen kleinen Vorsprung aufweist. Ich muß aber zum Ausdruck bringen, daß wir damit auf keinen Fall zufrieden sein können. Wir müssen bedenken, daß in gewisse Zonen Millionen Menschen aus der Ostzone eingeströmt sind, darunter auch sehr viele Sozialdemokraten. Infolgedessen glaube ich, daß es durchaus notwendig ist, sich sehr eingehend, in Anlehnung an die Unterhaltung von Herne, über das Organisationsproblem zu unterhalten. Da erscheint es mir wichtig und durchaus möglich zu sein, in viele kleine Ortsvereine, in die vielen kleinen Zellen der Partei das Leben und Treiben hineinzubringen, welches notwendig ist. Ich glaube, daß die Ergebnisse, die die Ortsvereine in der Gestaltung der Werbung für die Partei bisher erzielten, wenig ermunternd gewesen sind. Ich erhebe hiermit keinen Vorwurf gegen Parteivorstand und Parteiausschuß, bin aber der Meinung, daß die Zeit gekommen wäre, in der wir wieder zu einer anderen Art der Gestaltung unseres Parteilebens übergehen sollten. Ich meine, daß es notwendig ist, diese wichtige Frage unmittelbar der Gesamtpartei zur Erörterung zu übergeben. Ich glaube, daß eine Förderung der Willensbildung

der Partei in dieser Hinsicht durchaus ermöglicht werden müßte, damit in die teilweise funktionslosen Ortsvereine und unteren Zellen etwas Leben hineinkommt.

Es ist mir bekannt, daß diese Erscheinungen nicht nur eine Angelegenheit des Bezirkes ist, sondern sie sind mehr oder weniger in unserer Gesamtpartei vorhanden. Tatsache ist, daß der Parteiausschuß in Herne mit dem Parteivorstand Richtlinien herausgegeben hat, und dies bestätigt schon, daß wir in der Organisationsform noch einiges nötig haben. Ich möchte auch behaupten, daß, soweit mir bekannt ist, in einigen Bezirken den kleinsten Zellen unserer Partei, den Ortsvereinen, zu wenig Geldmittel zur Verfügung stehen. Auch hier müßte die Gesamtpartei überlegen, ob es nicht möglich ist, hier eine Änderung herbeizuführen. Ich gebe zu, daß beispielsweise der Parteivorstand gewaltige Ausgaben hat. Aber die kleinen Ortsvereine werden meist mit sehr kleinen Anteilen abgespeist. Die Ortsvereine sind es, die die Mitglieder erfassen und mit der Partei verbinden. Die Mitglieder sollen doch an der Parteiwillensbildung mitarbeiten. Diese kleinen Zellen dürfen keine blutleeren Gebilde sein, sondern müssen erheblich zunehmen und das gesamte Parteileben befruchten. Es ist nicht so, wie vorher der Genosse Heine zum Ausdruck brachte, daß morgen große Probleme erörtert werden. Ich glaube, daß er damit meinte, heute würden keine großen Probleme zur Debatte gestellt. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß überall dort, wo wir über eine gute Organisation verfügen, auch mit den Erfolgen der Partei besser dastehen als an anderen Stellen. Ich bin der Meinung, daß wir zukünftig in der Gestaltung der organisatorischen Verhältnisse in den kleinsten Zellen mehr tun müssen. Unsere große Politik ist erhaben. Da haben wir weiter nichts hinzuzufügen. Aber der Kampf um den Sozialismus wird nur dann einmal erfolgreich sein, wenn die große Idee getragen wird von einer großen Sozialdemokratie, von einer großen machtpolitischen Organisation unserer Partei.

Vorsitzender Schönfelder: Jetzt folgt der Genosse Johannes Müller, Köln. Aber ich unterbreche die Diskussion und bitte den Genossen Nau, den Bericht von der Sammlung für die verunglückten Bergleute zu geben.

Alfred Nau (Partei Vorstand): Genossinnen und Genossen! Das Ergebnis der Sammlung für die Opfer von Gelsenkirchen liegt vor. Der Parteitag spendete durch Opfer seiner Delegierten und Gäste insgesamt den Betrag von 9 992,85 DM. (Beifall.) Wir werden noch heute diesen Betrag nach Gelsenkirchen überweisen, um die Summe dem Oberbürgermeister der Stadt für die Opfer zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Schönfelder: Ich darf wohl im Namen des Präsidiums den Delegierten für diese hochherzige Spende Dank sagen und erteile dem Genossen Müller, Köln, das Wort.

Johannes Müller, Köln: Genossinnen und Genossen! Als Delegierter des Bezirks Mittelrhein möchte ich zu dem Antrag 14, der die Einführung einer Kulturmarke zum Ziele hat, einiges sagen. Der Genosse Nau hat uns erklärt, daß der Vorstand die Ablehnung des Antrages befürwortet.

In dem Wortlaut des Antrages, wie er Ihnen gedruckt vorliegt, ist die Begründung eigentlich schon enthalten. Es heißt dort: Der Ertrag dieser Kulturmarke ist zweckgebunden und steht ausschließlich für kulturpolitische Arbeit, Schulung usw. zur Verfügung. Dazu einige ergänzende Bemerkungen, die allerdings etwas aus dem Rahmen des Organisatorischen und Finanziellen, das uns jetzt beschäftigt, herausfallen. Kultur bedeutet im allgemeinen Sinne Pflege, Veredelung, Weiterzuchtung. In unserem Falle geht es um die Pflege, Veredelung, Weiterentwicklung des sozialistischen Gedankengutes. Die sozialistische Idee war einst eine Einheit. Sie hat sich aufgespalten in mehrere sich bekämpfende Zweige. Das ist ein bedauerlicher aber natürlicher Vorgang. Wir stehen zur sozialdemokratischen Richtung. Es dürfte aber darauf ankommen, grundsätzlich und eingehend zu untersuchen, ob mit den Mitteln der Demokratie, die wir befürworten, die Einführung und Erhaltung sozialistischer Gesellschaftszustände möglich ist. Dazu bedarf es auch in unseren Reihen gründlichster Erforschung der einschlägigen Probleme. So wünschen wir als Antragsteller, daß die Mittel, die bei Annahme des Antrages einkommen, dazu

verwandt werden, Institutionen zu schaffen, die in erster Linie der Forschung dienen. Es genügt nicht, daß wir nur Tagespolitik betreiben, und sei sie noch so erfolgreich. Es handelt sich um große, überragende Ideen, die für die nächste Zukunft Gültigkeit haben sollen.

Das Zweite, was wir wünschen, das erreicht werden möchte, ist die Einrichtung einer großzügigen Schulung in unserer Partei. Da möchte ich anknüpfen an die Bemerkung des Genossen Nau, daß man die Schulung den Bezirken überlassen sollte. Das würde bedeuten, daß es bei dem bisherigen Zustand bleibt. Darüber sind wir uns alle klar. Wir sollten in erster Linie an die Schulung unserer Funktionäre in den Parlamenten und Verwaltungen der Gemeinden, der Kreise, der Städte, der Länder und des Bundes denken. Man hat in den letzten Monaten häufiger gehört, das Niveau der Länderparlamente hätte sich verflacht dadurch, daß man Kräfte herausgezogen habe, die nunmehr auf Bundesebene tätig sind. Ich weiß nicht, inwieweit das stimmt. Es dürfte immerhin möglich sein. Dann müssen wir aber auch dafür sorgen, daß überall Nachschub zur Verfügung steht. Wer in den letzten Jahren zu uns gekommen ist, muß die Möglichkeit haben, die Grundsätze sozialdemokratischer Politik kennenzulernen.

Wir denken weiter an die Schulung unserer angestellten Funktionäre, unserer Parteisekretäre. Diese Genossen entwickeln sich, sofern sie sich selbst überlassen bleiben, zu reinen Organisationstechnikern. Sie sollten aber auch Führer im ideologischen Sinne sein. Und dazu bedürfen sie einer gründlichen Schulung.

Sie werden durch die Presse erfahren haben, daß im Augenblick im Landtag für Nordrhein-Westfalen eine Landesverfassung beraten wird. Die Pläne der CDU werden von der FDP, die sich sonst uns irgendwie kulturpolitisch verwandt fühlt, weitgehend unterstützt. Unsere Gegner beabsichtigen, aus dem größten Land im Bundesgebiet einen Kirchenstaat erster Ordnung zu machen. Das wird Tatsache werden, wenn der vorliegende Entwurf der Landesverfassung durchgeht. Angesichts dieser Sachlage müssen wir auch an die uns nahestehenden Berufspädagogen denken. Wenn wir es nicht verstehen, diese Leute an uns zu fesseln, sind sie für uns verloren. (Sehr richtig.) Sie können nicht nur durch den Apparat unserer Partei, sondern in erster Linie durch die Idee angesprochen werden.

Wir haben auch noch an manches andere zu denken. Erwähnt sei die Frage der Gestaltung von Feiern, seien es Maifeiern, Jubilareiern oder ähnliche Veranstaltungen. Sie werden meistens im alten, hergebrachten Sinne aufgezogen. Das Bedauerliche ist, daß sich die jüngeren Menschen nur durch die mit den Feiern verbundenen Tanzveranstaltungen angezogen fühlen, aber nicht durch den Ernst des ersten Teiles. Wir müssen uns eine solche Sache wirklich gründlich überlegen und neue Wege finden. Weiter sei an den Vertrieb von guten Büchern gedacht. Eine Möglichkeit für die Beschaffung von Mitteln besteht auch in der Herausgabe einer illustrierten Zeitschrift.

Der Genosse Nau weist auf die technischen Schwierigkeiten hin, die mit der Einziehung einer Kulturmarke verbunden sind. Ich glaube aber doch, daß diese Schwierigkeit leicht überwunden werden könnte.

Zum Schluß möchte ich noch folgendes bemerken: Nach 1918 und nach 1945 waren viele Menschen bereit, unserer Partei näherzutreten. Ich meine diejenigen, die aus rein ideellen Gründen kamen, nicht die anderen, die sich tarnen wollten. Wo sind sie geblieben? Sie haben sich zum großen Teil wieder verlaufen, weil wir es nicht verstanden haben, sie zu fesseln und weil sie sich mehr oder weniger von dem Apparat abgestoßen fühlten. Wir brauchen aber diese Menschen. Wir können sie nicht allein mit der allgemeinen Organisation, sondern in erster Linie durch geistige Werte an uns fesseln. Unsere Partei darf nicht nur ein machtpolitisches Kraftzentrum sein, sondern muß auch ein kulturpolitisches Kraftzentrum werden. Einen Anfang in dieser Richtung zu machen, sollte der Zweck dieses Antrages sein. Ich bitte Sie trotz der ablehnenden Haltung des Vorstandes um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Wir haben jetzt noch sechs Redner eingezeichnet und müssen unsere Tagung rechtzeitig beenden. Das Präsidium macht den Vorschlag, daß wir heute die Diskussion über die Anträge beenden und die Abstimmung über die Anträge zu Beginn der Dienstag-Sitzung vornehmen. Ich bitte also die einzelnen Redner, sich danach zu richten. Es ist nicht Vorschrift, zehn Minuten zu reden. (Heiterkeit.) Wenn jeder bemüht ist, sich kurz zu fassen, kommen wir mit der Rednerliste durch.

Albert Schneider, Hürth: Genossinnen und Genossen, auch ich möchte bitten, einen Antrag des Vorstandes und des Ausschusses dahingehend abzulehnen, daß Sie den Antrag 17 annehmen. Als wir von dem Ortsverein Hürth den Antrag stellten, daß der Parteivorstand eine Versicherung für die Mitglieder und Funktionäre eingehen sollte, haben wir uns etwas dabei gedacht. Im vergangenen Jahr hatten zwei Genossen von uns, beide Familienväter, ein Gemeindevertreter und ein Kreistagsmitglied, einen Unfall. Der eine ist tödlich verunglückt und der andere ist ein geistiger und körperlicher Krüppel geblieben. Es ist notwendig, daß wir als Organisation für unsere Mitglieder, die sich in den Dienst der Partei stellen, eine Versicherung abschließen, damit sie in einem solchen Falle wenigstens, wie auch die Angehörigen und die Hinterbliebenen, nicht leer ausgehen. Ich bitte deshalb, den Antrag 17 vom Parteitag annehmen zu wollen.

Willi Becker, Düsseldorf: Genossinnen und Genossen, ich habe zu drei Anträgen zu sprechen, aber ich will mich so kurz wie möglich fassen. Der Kreisverband Düsseldorf hat einen Antrag eingebracht, den Sie in der Vorlage unter Nr. 6 finden. Es handelt sich um den Zusatz zu § 10 des neuen Organisationsstatuts, daß die Mitglieder des Parteivorstandes und Parteiausschusses in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffende Fragen nur beratende Stimme haben.

Der Antrag wurde schon vorhin von dem Genossen Franke ablehnend beurteilt. Ich möchte Sie aber trotzdem darauf aufmerksam machen, daß es sich bei diesem Satz um keine neue Erfindung des Ortsvereins Düsseldorf handelt oder um eine neue Formulierung. Sie war bereits im alten Organisationsstatut enthalten. Wir waren der Auffassung, daß es schon aus rein optischen Gründen zweckmäßig sei, wenn ein solcher Zusatz in dem neuen Organisationsstatut enthalten sei. Bestärkt werde ich jetzt durch die Aussage des Genossen Franke, es sei ja eigentlich selbstverständlich, daß in derartigen Fragen Parteivorstand und Parteiausschuß sich der Stimme enthalten sollen. Wenn es aber schon selbstverständlich sein sollte, Genossinnen und Genossen, dann bin ich der Auffassung, daß es auch statutenmäßig verankert wird. Im übrigen bin ich der Meinung, was den Vertretern der Bundestagsfraktion recht sein sollte, das müßte eigentlich für den Parteivorstand und -ausschuß billig sein. Es heißt nämlich im gleichen Paragraphen 10 wie folgt: „Die Vertreter der Bundestagsfraktion haben in allen die geschäftsmäßigen Angelegenheiten betreffenden Fragen nur beratende Stimme.“ Also praktisch das gleiche für die Bundestagsfraktion, was vielleicht für den Parteivorstand und Parteiausschuß nicht hingenommen werden soll.

Genossinnen und Genossen! Ich bitte Sie daher, diesem Antrag zuzustimmen. Wir möchten vom Kreisverband Düsseldorf damit in keiner Weise die Kompetenzen des Parteivorstandes oder -ausschusses irgendwie einschränken, noch soll dadurch ein Mißtrauen ausgesprochen werden.

Des weiteren steht Antrag 7 zur Debatte, der ja bereits von dem Genossen Franke positiv beurteilt worden ist. Aber im engsten Zusammenhang damit steht der Antrag 10. Wir haben beantragt, daß Entwürfe, Tagungsprogramme usw. frühzeitig und in genügender Stückzahl zu drucken sind, und zwar bereits von der zentralen Stelle, dem PV, damit sie sofort bis in die kleinsten Gliederungen der Partei weitergegeben werden können. Dieser Antrag entstand auf Grund der Erfahrungen anläßlich des diesjährigen Parteitages. Sie wissen alle, die Zeitspanne war sehr kurz von der Einberufung bis zur heutigen ersten Sitzung. Es war den größeren Kreisverbänden unmöglich, die unteren Einheiten — Distrikte usw. — in genügendem Umfang und rechtzeitig mit dem Parteitagmaterial zu versorgen,

damit noch eine Stellungnahme möglich gewesen wäre. Wenn aber die vorläufige Tagesordnung sowie das sonstige Material innerhalb eines Bezirks oder Kreisverbandes in nur einem Exemplar vorhanden ist, so geht durch die erforderliche Vielfältigung weitere Zeit verloren und wir kommen überhaupt nicht zu Rande. Und im übrigen ist dies eine Frage der Zweckmäßigkeit und Verbilligung. Wir sind nämlich der Meinung, daß durch einen zentralen Druck erhebliche Geldmittel gespart werden können, die uns für andere Zwecke zugute kommen. Ich bitte Sie daher, auch diesem Antrag zuzustimmen.

Vorsitzender Meitmann: Als nächster spricht der Genosse Mathias Dieck. Es folgt der Genosse Erler, Tuttlingen.

Mathias Dieck, Neuß: Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich mit dem Antrag 5 des Stadtkreises Remscheid befassen. Ich bin zwar nicht aus Remscheid, aber trotz- und alledem möchte ich ein paar Worte gerade zu diesem Antrag sagen. Ich kann verstehen, daß dieser Antrag des Stadtkreises Remscheid beim Parteivorstand gerade keine Gegenliebe gefunden hat. Vielleicht geht dieser Antrag zu weit. Man sollte ihn aber nicht ablehnen, sondern man sollte ihn an den Parteiausschuß weiterleiten. Würden wir ihn ablehnen, dann würden wir vielleicht den Bezirken zumindest den guten Willen nehmen, die Dinge zu ändern. Es ist nämlich eine Unmöglichkeit, das jetzige Verhältnis beizubehalten. Stellen Sie sich vor, daß ich hier fünf Kreise vertreten muß, Landkreise, die vielleicht 25 und 26 kleinste Ortsvereine von sechs und acht Mitgliedern bilden. Sie sind ja für uns so wichtig. Die Städte sind nicht so wichtig wie das flache Land, und dieser Funktionär muß an uns herangezogen werden. Und der Parteivorstand sollte zumindest an die Bezirksorganisationen appellieren, ohne die Mandatszahl zu erhöhen, daß in ihren Bezirken die Verteilung oder Aufschlüsselung eine andere ist, als sie im großen Rahmen der Partei gesehen ist. Ich bitte also und beantrage, diesen Antrag an den Parteiausschuß weiterzuleiten. (Bravo, Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat der Genosse Erler, Tuttlingen. Ihm folgt der Genosse Höhne, Regensburg.

Fritz Erler, Tuttlingen: Genossinnen und Genossen! Es ist schwer, kurz vor Ende einer Tagung noch zu einer außerordentlich wichtigen Frage Stellung zu nehmen. Statutenberatungen sind Beratungen über die Verfassung der Partei. Das bedeutet, daß sie mit dem ganzen politischen Gewicht betrachtet werden müssen, das einer solchen Beratung zukommt. Es geht hierbei nicht um Formalitäten, sondern es geht wirklich auch um den Inhalt und um die Form unserer politischen Arbeit.

Ich weiß, daß den Parteivorstand eine ernste Sorge bewegt hat, und das ist die Sorge: wie können wir unsere organisatorische und politische Arbeit so straffen, daß der höchstmögliche Nutzeffekt für die Partei dabei erzielt wird,

Das ist die Grundlinie, die dem neuen Organisationsstatut zugrunde liegen soll. Aber ich persönlich — und ich glaube auch im Namen einer Reihe von Freunden sprechen zu können — wir haben den Eindruck, daß man dabei etwas zu viel des Guten getan hat, daß man dabei über das Ziel etwas hinausgeschossen ist.

Nun liegt Euch ein Antrag vor, der, glaube ich, geeignet ist, ohne daß wir jetzt eine eingehende Statutendebatte, wie sie doch einer Verfassung würdig ist, führen müssen, diese Dinge für die Partei trotzdem so zu lösen, daß wir nachher mit einem hieb- und stichfesten Statut ausgestattet sind, gegen das auch innerhalb unserer Parteiliederungen von keiner Seite mehr irgendwelche ernsthaften Bedenken erhoben werden können. Das ist der Vorschlag, der dahin zielt, zu sagen: wir probieren dieses Statut erst einmal zwei Jahre lang aus. Dann entscheiden wir aber noch einmal mit einer Mehrheit, damit nicht jede Bestimmung, die wir jetzt verankern, die uns vielleicht nicht gefällt, dann nur noch mit Zweidrittel-Mehrheit wieder umgestürzt werden kann. Damit legen wir uns unter Umständen Fesseln an, ohne uns der Tragweite unserer eigenen Entscheidung ganz bewußt zu sein. (Zuruf: Sehr richtig!)

Ich würde daher bitten, diesem Antrage zuzustimmen, der hier vorliegt und der dahin geht, daß im Paragraphen 32 die Bestimmung aufgenommen wird, daß der

nächste ordentliche Parteitag noch einmal mit einfacher Mehrheit die Bestimmungen ändern kann, und daß sie dann erst gewissermaßen Verfassungskraft haben. Ich würde daher bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Unter dieser Voraussetzung können wir uns eine Einzeldebatte sehr vieler anderer Bestimmungen ersparen. Ist das nicht möglich, dann sehe ich keinen anderen Weg, als daß eben dort, wo die Meinungen sich scheiden, hier diskutiert wird, und zwar Artikel für Artikel. Denn das Grundgesetz der Politik haben wir damals Artikel für Artikel verabschiedet und durchgenommen. Dann müssen wir das Grundgesetz unserer Partei genau so, Artikel für Artikel durchexerzieren.

Ich erinnere an die Geschichte der Arbeiterbewegung. Ich erinnere an das Jahr 1903, als eine sehr große Entscheidung von weltgeschichtlicher Bedeutung fiel, nämlich an die Aufspaltung der russischen Sozialdemokratie in zwei getrennte Parteien. Heute wissen wir, was das für eine Bedeutung hatte. Wir haben jetzt die Debatte um die Satzung unserer Partei. Diese Satzungsfrage ist eine entscheidende politische Frage. Sie geht im wesentlichen um folgendes Problem: Ist es möglich, die politische und Aktionseinheit einer demokratischen Partei mit organisatorischen Mitteln allein zu sichern oder muß nicht die politische und Aktionseinheit in der Klarheit über den einzuschlagenden Weg und das damit zu erringende Ziel liegen? Das ist eine ganz andere Sache. Das kann ich mit Statutenbestimmungen — und mögen sie noch so gut gemeint sein — allein nicht machen.

Etwas anderes, was auch zu beachten ist; unsere führenden Funktionäre trifft dabei keine Schuld. Das ist der Verfall der heutigen Zeit, eine bestimmte gesellschaftliche Erscheinung. Ich erinnere Sie dabei an das berühmte Buch über die Revolution der Manager. Wie ist es in einer Zeit der großen technischen Spezialisierung möglich, daß das Volk in demokratischer Weise die Gestaltung des Schicksals in der Hand behält, z. B. die Kontrolle über den staatlichen Regierungsapparat, z. B. aber auch über den eigenen Apparat der selbstgeschaffenen politischen Organisationen? Ich erhebe keine irgendwie gearteten Beschuldigungen. Es gibt gesellschaftliche Notwendigkeiten und eine politische Praxis, die einfach dazu führen, daß die Sachverständigen in der Organisation selbst ein gewisses Übergewicht bekommen. Wir erleben es im Bundestag jeden Tag, wenn sich die Sachverständigen einmal an den Tisch setzen und die übrigen Abgeordneten darauf angewiesen sind, zu glauben, was jene sagen. Es ist erforderlich, die politischen Dinge herauszuschälen und sie so verständlich zu machen, daß auch die anderen mitkommen. Das ist die Frage, um die es geht. Ich will nicht einen umfangreichen Antrag einbringen, ich will, daß der Artikel 32 auf die Dauer von zwei Jahren suspendiert wird. Ich hoffe, daß die Aufschiebung dieser Bestimmung sich als ein Segen für die Partei auswirken wird.

Ich persönlich habe gewisse Bedenken gegen den übrigen Inhalt des Statuts. Wir können das an Hand von Tatsachen später diskutieren. Die Einzelheiten schenke ich mir.

In diesem Zusammenhang noch ein offenes Wort über das Verhältnis unserer Parteiorganisationen zueinander. Ich möchte deutlich sagen, daß der Vorstand eines jeden Parteiorganes, z. B. der Ortsvereinsvorstand, der Kreisvorstand, der Unterbezirks- und der Bezirksvorstand, aber auch der Fraktionsvorstand des Bundestages und der Parteivorstand zu ihrer Mitgliedschaft, zu ihrer Generalversammlung und zu ihrem Parteitag nicht in dem Verhältnis einer politischen Fraktion zum Plenum einer Versammlung stehen, in der auch politische Gegner sitzen. Das ist nämlich ein sehr großer Unterschied. Ich will Ihnen sagen, warum ich vielleicht allzu überspitzte Formulierungen bringe. Der Genosse Schumacher bringt auch überspitzte Formulierungen und er wird es einsehen, wenn ein anderer in dieselbe Tugend verfällt.

Ich sage das deshalb, weil es in unserer Partei langsam Mode zu werden beginnt, daß, wenn eine Frage einmal in einem Vorstand entschieden ist mit einem Vorschlag an das allein entscheidungsberechtigte Gremium, alle, die an der Debatte teilgenommen haben, auch wenn sie anderer Meinung waren, nachher sich ver-

pflichtet fühlen, bei der Auseinandersetzung im entscheidenden Gremium nun den Mund zu halten. Das ist falsch, Genossen, denn die betreffende Körperschaft enthält doch das Fleisch und Blut von uns allen. Dann muß man auch dort die Debatte, wenn sie wichtig ist, und nicht nur eine Vorarbeit lediglich technischer Art darstellt, ruhig noch einmal aufgreifen. Es schadet nichts, daß der Vorstand zur Vereinfachung einen Vorschlag macht. Dann soll man aber auch die Alternative sehen und sagen, die Mehrheit war der Meinung und die Minderheit war jener Meinung. Dann darf nicht der Vorstand, sondern dann muß die Partei entscheiden, was ihre Meinung ist. (Beifall.) Die Grundfrage — und das ist der Grund, warum ich Euch wirklich bitte, dieses Statut durch den Artikel 32 zwei Jahre auf Bewährungsfrist zu nehmen — wir sind Demokraten und wir wissen, was es bedeutet, die demokratische Kontrolle auszuüben, — die Grundfrage ist die, sind unsere Organe, sind unsere Vorstände — ich gehöre selber zu einem solchen, trotzdem spreche ich es bewußt aus — sind die Vorstände Organe der Partei oder ist die Partei das Instrument ihrer Vorstände?. (Bravo.)

Vorsitzender Meitmann: Es folgt der Genosse aus Rhein-Hessen.

Franz Höhne, Regensburg: Genossinnen und Genossen, ich hätte zu dem Antrag 12, der einen Generalsekretär für die Organisation fordert, nicht Stellung genommen, wenn nicht die etwas eigentümliche Begründung des Genossen Franke erfolgt wäre, die da sagt: eine solche Funktion stört die Zusammenarbeit der jetzigen Parteivorstandsmitglieder. Sie wollen sich nicht majorisieren lassen. Dieser Gedanke der Majorisation liegt auch dem Antrag nicht zugrunde. Uns bewegt die Sorge um die Partei, weshalb wir einen derartigen Antrag stellen. Wir wissen, daß seit der Bildung der westdeutschen Bundesrepublik die Genossen Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer, die für unsere Organisation und die Politik die wertvollsten Kräfte darstellen, durch ihre Tätigkeit im Bundestag sich nicht mehr in dem Maße wie früher um die organisatorischen Arbeiten bemühen und kümmern können. Aber ich möchte Ihnen bis zum Dienstag Zeit geben, Genossinnen und Genossen, sich diesen Antrag reiflich zu überlegen. Es wird der Einwand erhoben, daß ein Generalsekretär die Zusammenarbeit stört und eine Majorisation verursacht. Ich möchte nicht Bezug nehmen auf die Organe der englischen Arbeiterpartei oder der Gewerkschaften, die auch eine solche Funktion kennen, ich möchte darauf gar nicht einmal Bezug nehmen; aber dennoch sehen wir, daß auch dort eine solche Funktion notwendig ist, um die Referate zu koordinieren. Es geht uns darum, daß die politische Kraft der Partei in eine strategische Linie gebracht wird, auf daß bis ins letzte Dorf hinein die Kraft der Partei durch eine zusammengefaßte Organisation spürbar wird. Dies veranlaßt uns, diesen Antrag zu stellen.

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat der Genosse Günther Markscheffel.

Günther Markscheffel, Mainz: Genossinnen und Genossen! Ich spreche zunächst gegen den Antrag Nr. 6, der hier vorhin befürwortet wurde. Eine Annahme dieses Antrages würde eine Degradierung der von uns gewählten Spitzenfunktionäre bedeuten (Widerspruch: Ach was.) Ich kann mir nicht vorstellen, daß ich einen Funktionär in ein Gremium unserer Partei wähle, dem ich nicht zutraue, daß er auch in geschäftlichen Angelegenheiten unserer Partei ein objektives Urteil fällen kann. Ich bitte daher, auch in den verschiedenen Bezirken, wo ähnliche Anträge auf Bezirksstatutenänderungen vorliegen, diese Anträge abzulehnen. Jedenfalls in unserem Bezirk werden wir es tun.

Dann, Genossen, bitte ich, im Namen unserer Delegation, den Vermittlungsantrag des Genossen Erler zu akzeptieren, und zwar aus folgendem Grunde. Wir sind ebenfalls mit ihm der Auffassung, daß die Probleme, um deren Lösung wir seit zwei Jahren, vor allen Dingen in den zwei Jahren seit der Währungsreform, ringen, nicht allein durch organisatorische Maßnahmen gelöst werden können. Wir werden am Schluß des Parteitagcs ein Referat von Carlo Schmid hören, der uns zu der organisatorischen Diskussion die Möglichkeit einer Überprüfung unseres ideologischen Standpunktes geben wird. Und erst dann, Genossinnen und Genossen, bin ich der Auffassung, daß die praktische Möglichkeit besteht, die ideologische Ziel-

setzung unserer Partei mit einem den modernen Erfordernissen entsprechenden Organisationsstatut zu untermauern. Denn, Genossen, über eines müssen wir uns klar sein, — ich bin Bezirksvorsitzender und spreche aus der praktischen Arbeit. — Es gibt verschiedene Dinge in der Partei, die wir nicht mehr nach den Vorstellungen der Jahrhundertwende, der Zeit des Aufbaues unserer Partei, regeln können. Der Mangel an Aktionsfreudigkeit, der schlechte Besuch von Mitgliederversammlungen, ist nicht nur zurückzuführen auf die Interessenlosigkeit an der Partei, sondern hat auch verschiedene technische und psychologische Ursachen.

Wenn vor dreißig Jahren ein junger Mensch sich überhaupt um die politischen und ökonomischen Zusammenhänge kümmern wollte, dann mußte er in eine Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei oder der Gewerkschaften gehen. Heute gibt es kaum einen Arbeiterhaushalt, in dem nicht ein Radioapparat steht und wo der betreffende Genosse und der betreffende Interessent sich den besten Redner einer Partei einstellen und sich über die Problematik der politischen Geschehnisse informieren kann. Er erreicht damit noch etwas sehr Internes, er erreicht damit, daß seine Frau nicht böse ist, wenn er schon wieder einmal ausgeht.

Bei genauer Überlegung ist die Steigerung der Informationsmöglichkeiten einer der Hauptgründe für das Nachlassen des Besuches der politischen Versammlungen. Wer von uns mit der Eisenbahn oder Straßenbahn fährt, wird feststellen können, daß das politische Interesse vorhanden ist und daß der schlechte Versammlungsbesuch nicht auf Interessenlosigkeit zurückgeführt werden kann.

Schlußfolgerung: Es genügt also gar nicht, wenn wir allein durch irgendwelche rein organisatorischen Verbesserungen und Sätze, die wir in unser Statut einbauen, eine Belebung der Aktivität erwarten. Wir müssen in einem weitaus verstärkten Maße von der Gesamtpartei über die Länderregierungen den Einfluß auf die großen Publikationsmöglichkeiten der modernen Zeit gewinnen. (Beifall.)

Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß wir in den entscheidenden Positionen führende Genossen haben, die es zulassen, daß der verwaltungsmäßige und publizistische Apparat dieser Organisationen in den Händen unserer politischen Gegner liegt. (Zustimmung.)

Genosse Heine hat uns in seinem Bericht über die Presse einige interessante Zahlen mitgeteilt, die uns zu einem gewissen Optimismus veranlassen könnten. Er hat davon gesprochen, daß die Leserzahl der sozialdemokratischen Zeitungen oder der der Partei nahestehenden Zeitungen größer ist als vor 1933. Das ist objektiv richtig. Aber ich glaube nicht, daß die ideologische Breitenwirkung der parteinahen Zeitungen ähnlich derjenigen Zeitungen ist, die wir vor 1933 hatten. (Sehr gut.)

Hier erhebt sich die Frage: was können wir von der Partei aus tun, um die Publikationsmöglichkeiten zu vergrößern? Wir haben zu Beginn der Tagesordnung heute durch den Genossen Heine ein Telegramm von einem Betriebsangehörigen einer Aachener Zeitung vorgelesen bekommen, das für die Situation an parteinahen Zeitungen bezeichnend ist. Ich fürchte, daß wir mit fortschreitender Entwicklung des Wirtschaftskampfes im Pressewesen zu Zuständen kommen, die uns vielleicht veranlassen werden, in Zukunft noch mehr Telegramme dieser Art zur Kenntnis nehmen zu müssen. Dem muß man vorbeugen.

Ich bitte daher den Parteitag, nach einer entsprechenden Vorbereitung den Parteivorstand zu beauftragen, seine Einflußmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Frage der Wiedererlangung des Vermögens an sozialdemokratischen Zeitungen so zu sichern, daß die Publikationen in erster Linie der Verbreitung unserer Ideen dienen.

Den Ausführungen des Genossen Erler möchte ich in einem Punkte widersprechen. Er meinte — er hat es nicht ganz offen gesagt, — daß unsere Parteiparatur doch zu sehr den Anschein einer Manager-Organisation bekommen hat. Dem möchte er durch Statutenänderungen vorbeugen. Es gibt Dinge, — und das wißt Ihr als Funktionäre ganz genau — bei denen ihr als Bezirksvorstände und als Parteivorstandsmitglieder wünscht, daß der Parteivorstand und auch die Bezirksvorstände mehr Autorität ausüben könnten, als es uns heute statutenmäßig möglich ist. Ich



werde es ganz konkret sagen: Wir haben ein Statut, das uns nicht ermöglicht, gewisse Ortsvereine zur Durchführung der z. B. Herner-Beschlüsse zu veranlassen. Wir haben ein Statut, das es der Partei nicht ermöglicht, die mit zahlreichen Funktionen beauftragten Genossen zu veranlassen, sich auf drei bis vier Funktionen zu beschränken. Wir haben Bezirksvorstandsmitglieder mit sieben und acht Funktionen, die vor lauter Funktionen nicht in der Lage sind, auch nur eine dieser Funktionen annähernd richtig durchzuführen. (Beifall.)

Wenn wir eine Herabsetzung oder Verminderung der Funktionshäufung erzielen, werden wir wirklich die Herner Beschlüsse praktisch durchführen können. Ihr wißt ganz genau, daß wir bei Wahlkämpfen meistens immer vor Leuten sprechen, von denen wir ganz genau wissen, daß sie sowieso sozialdemokratisch wählen. Diesen Zustand zu ändern, muß das Hauptanliegen bei den kommenden Beratungen über das Statut sein.

Ich bin der Auffassung, daß wir den Vorschlag des Genossen Erler berücksichtigen sollten, das Statut mit einer Bewährungsfrist anzunehmen, damit alle praktischen Möglichkeiten, die wir heute in der Diskussion aufgezeichnet haben, auf ihren Inhalt und ihre Auswirkung überprüft werden. Dann können wir uns in zwei Jahren ein Grundgesetz geben, nach dem wir entsprechend den modernen Erfordernissen einer sozialistischen Partei neue und richtigweisende Politik machen können. (Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender Meitmann: Es spricht der Genosse Mattick. Ihm folgt der Genosse Ollenhauer.

Kurt Mattick, Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich hoffe, daß der Parteitag dem Vorschlag, den Fritz Erler hier gemacht hat, zustimmt und den § 32 bis zur nächsten Tagung aussetzt. Aber ich fühle mich veranlaßt, die Ausführungen des Genossen Markscheffel zu erwidern. Der Antrag 6, den der Kreis Düsseldorf stellt, dem wir so nicht unsere Zustimmung geben würden, wird von Markscheffel meiner Ansicht nach völlig verkehrt aufgefaßt. Es kommt doch hier nicht darauf an, daß diejenigen, die die Delegiertenzahlen auf dem Parteitag allein entscheiden lassen wollen, den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Ausschusses, der Fraktion und der Kontroll-Kommission nicht zutrauen, daß sie ein Urteil in irgendeiner Frage fällen können. Ich stelle mich aber auf den Standpunkt von Egon Franke, den er vorhin hier vertreten hat, als er gegen den Antrag sprach, daß kleine Kreise durch eine andere Form ein Delegationsrecht erhalten sollen. Der Parteitag wählt den Parteivorstand, der zwischen den Parteitagen die Entschlüsse der Partei zu fassen hat. Der Parteitag setzt sich aus 300 Delegierten zusammen, die aus einer Schlüsselzahl gewählt sind, also wirklich eine Mitgliederentscheidung verdünnert wiedergeben, ähnlich wie das im Bundesparlament der Fall ist. Wenn bei dieser Entscheidung auf dem Parteitag zu den 300 Delegierten durch den § 10, ich glaube 80 oder 82 zusätzliche Stimmen hinzukommen, verwischen wir das wirkliche Bild, das die Mitglieder auf diesem Parteitag abzugeben haben. (Beifall.) Das ist der Grund, weshalb wir wollen, daß auf dem Parteitag nur die Delegierten zu entscheiden haben, um dann dem Parteivorstand zwischen den Parteitagen das Entscheidungsrecht durch unsere Wahlen und Abstimmungen, die wir treffen, abzutreten. Es ist eine völlig falsche Unterstellung, daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Genossen, die wir auf zwei Jahre wählen, bei uns nicht das Vertrauen haben, daß sie ein Urteil in irgendeiner Sache abgeben können. Aber genau so wenig, wie wir einer alten Regierung im Parlament zusätzlich das Stimmrecht einräumen, können wir, wenn wir wirkliche demokratische Entscheidungen auf dem Parteitag fällen wollen, es denen einräumen, die nach § 10 beinahe ein Drittel der nach dem Schlüssel gewählten Delegierten ausmachen.

Vorsitzender Meitmann: Es hat das Wort der Genosse Ollenhauer.

Erich Ollenhauer: Genossinnen und Genossen! Jack Meitmann hat bereits mitgeteilt, daß wir vorschlagen, die Erledigung aller Anträge zum Geschäftsbericht und auch zum Organisationsstatut zu Beginn der Nachmittagsitzung am Dienstag vorzunehmen, damit nicht der Eindruck entsteht, als wenn wir zu irgend-

einem Zeitpunkt den Parteitag zu einer unüberlegten Entscheidung zwingen wollen. Ich möchte aber zu dem bisherigen Verlauf der Debatte, soweit das Organisationsstatut in Frage kommt, einige Bemerkungen machen, von denen ich wünsche, daß die Delegierten sie auch in ihre Betrachtungen bis zum Dienstag einbeziehen. Es ist uns hier heute nachmittag eine Flut von Anträgen zum Organisationsstatut vorgelegt worden. Wir werden sie über Nacht alle drucken lassen, und es wird jeder Delegierte morgen vormittag den Wortlaut dieser Anträge zur Hand haben. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß diese Art der Arbeit des Parteitag in diesem Falle nicht ganz gerechtfertigt ist. Wir haben den Entwurf des Organisationsstatutes in monatelanger Arbeit im Organisationsausschuß beim Parteivorstand beraten und beschlossen. Es waren Funktionäre der Partei aus allen Teilen der Organisation an der Arbeit des Organisationsausschusses beteiligt, und keine der Fragen, die heute durch Anträge neu aufgeworfen werden, ist in den Beratungen des Organisationsausschusses unberücksichtigt geblieben.

Weiter: Nachdem der Organisationsausschuß der Partei seine Beratung abgeschlossen hat, hat der Parteivorstand sich mit dem Entwurf, so wie er jetzt vorliegt, beschäftigt, und er hat ihn angenommen.

Wir haben dann den Vorschlag des Parteivorstandes an alle Bezirksorganisationen und alle Parteiausschußmitglieder geschickt.

Die Bezirksorganisationen, das heißt, die Funktionäre der Partei, haben fast ein Vierteljahr Zeit gehabt, sich mit den verschiedenen Problemen des Statuts zu beschäftigen.

Daß die Zeit ausreichend war, geht daraus hervor, daß eine ganze Reihe von Anträgen von den Ortsvereinen eingegangen sind, die sich mit diesem Entwurf auseinandersetzen. Wir haben danach im Parteiausschuß über den Organisationsstatut-Entwurf gesprochen. Er ist in allen Einzelheiten beraten worden, und erst nachdem auch der Parteiausschuß zugestimmt hatte, haben wir entschieden, daß wir diesen Entwurf als gemeinsamen Vorschlag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses dem Parteitag unterbreiten. Ich habe mir noch nicht die Unterschriften zu den Anträgen angesehen — aber ich bin sicher, daß einige Parteiausschußmitglieder, die diesem Entwurf zugestimmt haben, jetzt auch neue Abänderungsanträge gestellt haben. Ich möchte das nur feststellen. Es kommt mir darauf an, dem Parteitag klarzumachen, daß der Parteivorstand von sich aus den größten Wert darauf gelegt hat, die Organisation der Partei an der Gestaltung dieses Statutes in stärkstem Maße zu beteiligen. Und ich glaube deshalb, daß gerade dieser Punkt unserer Tagesordnung durch die Diskussion in der Parteiorganisation draußen so vorgebracht worden ist, daß der Parteitag durchaus in der Lage ist, auch in den umstrittenen Fragen eine endgültige Entscheidung zu treffen.

Das ist das eine, was ich dem Parteitag einfach als eine Tatsachenschilderung zur Kenntnis bringen möchte.

Das Zweite: Der wesentliche Teil der Diskussion und der Abänderungsanträge, vor allen Dingen das Schwergewicht der Argumentation, hat hier bei den Rednern, die ihre Anträge vertreten haben, in der Auseinandersetzung über die Frage gelegen: Welche Teilnehmer des Parteitages sollen in Zukunft auf dem Parteitag stimmberechtigt sein? Soll es bei der jetzigen Regelung bleiben, daß neben den Delegierten des Parteitages auch die gewählten Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteiausschuß und der Kontrollkommission Stimmberechtigung erhalten sollen oder nicht?

Es ist allen Genossen bekannt, daß diese Frage nicht zum erstenmal in der Sozialdemokratischen Partei diskutiert worden ist. Und es ist ja auch bekannt, daß, wenn die Partei bisher immer wieder diese Entscheidung getroffen hat, daß sie es aus guten Gründen getan hat. Es erscheint mir aber notwendig, nach einigen Bemerkungen hier in der Diskussion, doch noch einmal auf einige Gesichtspunkte hinzuweisen.

Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn der Parteitag die Entscheidung über diese Frage etwa unter dem Gesichtspunkt trifft, daß sich hier die Repräsen-

tation der Mitgliedschaft der Partei gegen Vertreter der Parteinstanzen abzugrenzen hätte. Wenn wir das tun, dann verändern wir den demokratischen Grundcharakter unserer Partei von Grund auf. (Zurufe: Sehr richtig!)

Genossinnen und Genossen, — was soll denn die Feststellung, daß wir hier auf einem Parteitag die Delegierten aus der Mitgliedschaft anders behandeln müßten als die Vorstandsmitglieder oder die Parteiausschußmitglieder oder die Mitglieder der Kontrollkommission! Wir haben doch die Genossen auf den Parteitagen deshalb gewählt, weil sie in besonderem Maße das Vertrauen der Partei hatten! (Zuruf: Wird ja gar nicht bestritten!)

Es wird nicht bestritten — aber was heißt denn ein solcher Beschluß, daß nur die gewählten Delegierten auf dem Parteitag Stimmrecht erhalten sollen? Der Parteitag entscheidet doch nicht darüber allein, ob der Parteivorstand oder die Kontrollkommission oder der Parteiausschuß recht oder unrecht gehandelt haben! Der Parteitag entscheidet auch über die politische Linie der Partei in der Zukunft! (Zuruf: Natürlich!)

Und wie ist es dann angängig, daß bei der Diskussion um die Entscheidung gerade die Mitglieder der Partei ausgeschaltet werden sollen, die doch im besonderen Maße als Vertrauensleute der Partei herausgestellt worden sind?

Genossinnen und Genossen! Wenn Ihr diesen Gedanken zu Ende denkt, und wenn Ihr die Mitarbeit dieser Genossen trotzdem als Delegierte erhalten wollt, dann habt ihr entweder die Wahl, Genossinnen und Genossen in die Körperschaften der Partei zu bekommen, die damit einverstanden sind, daß sie bei der letzten Entscheidung über die politische Linie der Partei auf dem Parteitag nicht mitwirken, oder aber Ihr zwingt die Genossen der Parteikörperschaften, sich um die 300 oder 400 Mandate der Delegierten mitzubewerben. (Zurufe: Natürlich!)

Und, Genossinnen und Genossen, ist denn dann die demokratische Vertretung der Mitgliedschaft auf diesem Parteitag mehr gesichert als heute? In keiner Weise! (Zuruf: Sehr richtig!)

Ich bedauere es außerordentlich, daß hier in einer Diskussionsrede die Nuance, als handele es sich darum, sozusagen das demokratische Mitbestimmungsrecht der Mitgliedschaft gegenüber den Vertrauensleuten der Partei in den Parteikörperschaften irgendwie zu distanzieren, so stark betont worden ist.

Ich bitte dringend darum, daß, wenn Ihr über diese Frage bis Dienstag Euch berätet, daran zu denken, daß hier niemand von den Beteiligten im Parteivorstand oder im Parteiausschuß um das formale Recht kämpft, hier abstimmen zu können. Aber Ihr müßt Euch überlegen: Wenn Ihr solchen Anregungen folgt, dann ist das Resultat, daß Ihr die Männer und Frauen, die Ihr gemäß Eurem Vertrauen in die verantwortlichen Körperschaften geschickt habt, bei der endgültigen Festlegung der politischen Linie der Partei durch das Parteitagsvotum ausschaltet. Das kann nicht der Sinn einer stärkeren Demokratisierung der Partei sein. Das wesentliche Element der Demokratie in der Partei besteht darin, daß jeder gewählte Funktionär in der Partei vor diesem Gremium sich zu verantworten hat für die Tätigkeit, die er in seinem Amt und im Namen der Partei geleistet hat, und daß der Parteitag souverän ist, jedem Funktionär der Partei das Vertrauen zu entziehen oder neu zu bestätigen. Darauf beruht die Stärke unserer Organisation. Wir glauben, daß es im Interesse der Partei liegt, daß wir auch in diesem Augenblick von der bisherigen Regelung nicht abgehen, sondern den bisherigen Zustand beibehalten, daß auf dem Parteitag bei der politischen Willensbildung der Partei die gewählten Delegierten und die Vertrauensleute der Partei in den Instanzen der Partei gemeinsam die Entscheidung herbeiführen. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Wir müssen jetzt die Tagesordnung unterbrechen. Ich habe einige technische Mitteilungen zu machen.

Die Delegierten des Kulturpolitischen Ausschusses hatten beschlossen, heute Abend zu tagen. Die Sitzung findet nicht heute, sondern am Mittwoch statt. Die Uhrzeit und der Tagungsraum werden noch bekanntgegeben.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Landsmannschaften bis Dienstag mittag 12 Uhr ihre Vorschläge für die Wahl des Parteivorstandes einreichen müssen.

Der Weg zum Rathaus führt auf der Straße links vom Gewerkschaftshaus auf der Steinstraße direkt bis zum Rathaus.

Morgen früh, Punkt 9 Uhr, beginnen wir mit dem Tagesordnungspunkt 4: Referat des Genossen Schumacher.

Ich bitte nunmehr die Genossen, jetzt am Empfang des Senats teilzunehmen. Es sind alle Delegierten eingeladen. Es wird ein kurzer Empfang stattfinden und anschließend sollen alle gepflegt werden.

Ich schließe die heutige Tagung.

— 18.35 Uhr —

(Montag, den 22. Mai 1950)

### Vormittagssitzung.

Der Vorsitzende des Parteitages, Meitmann, eröffnet die Sitzung und erteilt dem Genossen Dr. Kurt Schumacher das Wort zu seinem Referat:

#### „Die Sozialdemokratie im Kampf um Deutschland und Europa.“

Verehrte Gäste, liebe Genossinnen und Genossen!

Dieser vierte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie nach 1945 findet Aufmerksamkeit deswegen, weil die aktiven Faktoren der deutschen Politik aus dem Stadium des mehr Programmatish-Deklamatorischen in die Phase der Mitwirkung und der Mitverantwortung getreten sind. Aber tatsächlich hat diese Partei, die wir repräsentieren, von 1945 an wirkliche politische Entscheidungen gefällt, Entscheidungen, die für das politische Gesicht unseres Landes und in manchen Fragen auch darüber hinaus außerordentliche Bedeutung hatten. Dabei ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands immer von der Voraussetzung ausgegangen, daß Deutschland als Ganzes nicht aufgehört hat, als Staat zu existieren, keinen Moment aufgehört hat, als Staat zu existieren! (Sehr richtig!) Keinerlei Handhabung der Besatzungsmacht und keine Unsicherheit bei eigentlich doch zahlreichen Deutschen über dieses Problem hat uns in dieser Linie irre werden lassen. Alle diese Theorien, von dem Aufhören Deutschlands als Staat, von der Notwendigkeit einer Neugründung Deutschlands durch die Länder sind bereits Geistesgeschichte.

Lebendig ist die ungeschriebene Verfassung unseres Volkes, und die heißt: Deutschland ist als Ganzes beieinander, ist als Staat ein einziges großes Ganzes, unbeschadet der Praktizierung der Dinge durch das Legen kleinerer Bausteine zu diesem großen Ganzen.

Ich möchte in diesem Zusammenhange noch daran erinnern, daß bei einer Zusammenkunft einer Delegation des Parlamentarischen Rates mit den drei Hohen Kommissaren am 14. April 1949 der Präsident des Parlamentarischen Rates in seinem Auftrag eine Ansprache an die Hohen Kommissare hielt, in der es wörtlich hieß: „Dabei gehen wir davon aus, daß das Besatzungsstatut mit unserer Auffassung über die staatliche Fortexistenz Gesamtdeutschlands übereinstimmt und den Anspruch des deutschen Volkes auf Wiederherstellung seiner politischen und wirtschaftlichen Einheit gewährleistet.“

Der Verfasser dieser Formulierung ist der Sozialdemokrat August Zinn (MdB), und die drei Hohen Kommissare haben mit keinem Worte dieser Darstellung widersprochen.

Die Einheit aber, Genossinnen und Genossen, ist etwas, das weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinausgeht; es umfaßt die sowjetische Besatzungszone, Berlin, die Gebiete östlich der Oder und Neiße und das Sargebiet. (Beifall.) Legitimiert zum Aussprechen von Ansprüchen und zum Aussprechen von Verzichten aber sind nicht alle Parlamente und parlamentsähnlichen Institutionen, die wir in Deutschland haben. Legitimiert, stellvertretend für das Ganze zu sprechen ist nur das de-

mokratisch gewählte Parlament, konkret gesagt, der Bundestag der Deutschen Bundesrepublik. Das heißt nicht, daß diese Bundesrepublik das ganze Deutschland ist, ebensowenig wie Westeuropa das ganze Europa ist. Aber das heißt, daß wir von den Unterdrückten in Deutschland und Europa den Auftrag haben, für sie zu sprechen, weil unsere Willensbildung aus eigener Erkenntnis und eigenem Willen heraus zustandegekommen ist.

Hier möchte ich eine grundsätzliche Bemerkung machen. Die heutige Zerreißung Deutschlands ist nicht nur eine nationale Schwächung der Deutschen. Die Illusion, daß ein geteiltes Deutschland ein leicht beherrschbares und ungefährliches Deutschland sei, geht allmählich auch bei den Opportunitätspolitikern und bei den Alliierten zurück. Ein geteiltes Deutschland ist doch ein geteiltes Europa und eine geteilte Welt, mit all den wunden Stellen und Krankheitsherden, die eine solche Zerreißung mit sich bringt. Die Teilung Deutschlands ist ein Unglück für Europa und die Welt, und die Einheit Deutschlands ist die Aufgabe der Demokratie in Europa und der Welt. (Starker Beifall.) Ohne die berechtigten Ansprüche der Alliierten und der überfallenen und ausgeplünderten Völker Europas auch nur mit einem Wort bestreiten zu wollen, müssen wir sagen, jetzt kommt allmählich die Erkenntnis zustande: Eine bloße antideutsche Politik ist eine antieuropäische Politik. (Sehr gut.)

Was jetzt an Erleichterung von seiten der Alliierten dem neuen deutschen Staatswesen gewährt wird, ist begrüßenswert. Wir nehmen es mit offenem Verstand und offenem Herzen an. Aber, Genossen, es ist doch in der Sache der Ausdruck des Unvermeidbaren und Notwendigen, alles dessen, ohne das Westdeutschland als Staat nicht existieren kann und ohne das es der propagandistischen Konkurrenz des Staatssurrogats von Rußlands Gnaden nicht gewachsen sein würde. Das heißt: Erleichterungen, auch wenn sie in der propagandistischen Scheidemünze des Erfolges dem deutschen Volk von seiner Bundesregierung auf den Tisch gelegt werden, sind keine Erleichterungen und keine Erfolge für die Regierung, die politischen Richtungen der Regierung und die Persönlichkeiten der Regierung. Es sind Erleichterungserfolge, die jeder deutschen Regierung gewährt werden müßten, um Deutschland als Staat demokratisch aktionsfähig für seine Aufgaben nach allen Seiten zu machen. (Beifall.) Wenn hier eine kritische Bemerkung erlaubt ist: Ich könnte mir vorstellen, daß eine deutsche Politik, die den Standort Deutschlands in der Welt und in den großen Auseinandersetzungen der Welt klar erkannt hätte, getragen von einer Regierung mit dieser Erkenntnis, größere Erfolge gehabt hätte. (Sehr richtig.) Die Kraft und das Leben der deutschen Demokratie sind von größter Bedeutung für die Überwindung des östlichen Totalitarismus. Der Zwang dieser Erkenntnis soll jetzt die große grundsätzliche Neuverteilung der Kompetenzen bestimmen zwischen dem deutschen Grundgesetz und dem Besatzungsstatut der Alliierten. Die Zeit ist reif für eine solche Neuverteilung. Die Sozialdemokratische Partei hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie hier eine Beschleunigung des Tempos wünscht. Sie wäre bereit gewesen und ist bereit, jede Regierung zu unterstützen, die eine solche Neuverteilung im Sinne der Ausweitung der Kompetenzen auf der Grundlage des Bonner Grundgesetzes betreibt.

Ich muß kritisch bemerken, daß hier jedoch die Initiative der Bundesregierung sehr schwächlich ist, und daß die Taktik der Bundesregierung die Gefahr läuft, spezielle parteipolitische Machtinteressen gegenüber anderen Parteien und spezielle soziale und wirtschaftliche Interessen gewisser Gruppen und Cliquen in Deutschland zu identifizieren mit den deutschen nationalen Interessen. Wir haben bei der Behandlung des Beamtengesetzes und des Einkommensteuergesetzes eine solche Politik gesehen, die doch in der Geschichte des Deutschen Reiches schon ruinös gewesen ist, diese Gleichsetzung der Interessen der herrschenden Klassen mit den Interessen des ganzen Volkes. Nur Fragen von allgemeiner Bedeutung, die das ganze Volk angehen, auf Grund aller Anlässe, können der Anlaß sein, die Neuverteilung der Kompetenzen zwischen den Alliierten und Deutschen vorzunehmen. An solchen aktuellen Anlässen mangelt es wirklich nicht. Ich denke an die Saar, ich denke an die Ruhr, ich denke an Berlin und an die deutsche Einheit, und an die

großen Prinzipien, nach denen ein lebensfähiges Europa allein organisiert werden kann. Aber da vermissen wir die Energie und den Elan bei der Bundesregierung, die sie bei der Verteidigung von Gruppeninteressen ohne Rücksicht auf die Konsequenzen gegenüber den Alliierten neuerdings entfaltet.

Nun bin ich — und ich glaube, ich kann in Eurem Namen sprechen — erstaunt darüber, daß in dieser Periode immer dann, wenn von Deutschland geredet wird, alles unter dem Zeichen der Zeitnot steht. Ich denke z. B. an die Behandlung des Problems Europarat, wie man uns da die Zeitnot zuschiebt als Argument zur Erreichung deutscher Gefügigkeit. Ich bin erstaunt, daß die Alliierten selbst bei der Verteilung der Kompetenzen zwischen sich und den Deutschen so außerordentlich viel Zeit zu haben scheinen.

Bei der Revision des Besatzungsstatutes müssen wir noch drei Ziele ins Auge fassen:

1. Reduzierung der allgemeinen Generalklausel auf die militärische Sicherheit,
2. Konkretisierung der Tatbestände mit Einspruchs- und Kontrollrecht, und, das ist jetzt für uns im Augenblick so enorm wichtig:
3. Vermeidung einer Rechtssetzung der Alliierten, durch die sie in der Lage sind, vollendete Tatsachen zu schaffen, die ihrem Wesen nach erst der Inhalt eines Friedensvertrages sein können. (Zustimmung.)

Aus einer ganzen Reihe von Gründen sind wir Sozialdemokraten heute gegen den Abschluß eines Friedensvertrages der Alliierten oder eines Teiles der Alliierten mit einem Teil von Deutschland. Aber wir sind für die Schaffung eines Friedenszustandes. Von diesem Friedenszustand sind wir noch ziemlich weit entfernt. Und die Behandlung dieses Komplexes auf der Londoner letzten Konferenz ist vielleicht doch das, was politisch am schwächsten bei der alliierten demokratischen Europakonzeption ist. Wir begrüßen die Tendenz der Entwicklung zur Erreichung der deutschen Freiheit mit der Hilfe der Alliierten. Wir möchten aber die Alliierten doch darauf hinweisen, daß es bei diesen gesamten Fragen falsch ist, die Taktik des Zickzackkurses einzuschlagen.

Man lädt uns ein, in den Europarat zu kommen und erklärt damit, daß Deutschland wirklich ein demokratisches Land ist, sonst dürfte man es nämlich nicht in den Europarat einladen. Zur gleichen Zeit erklärt man aber in London, daß die Zurückschraubung des Besatzungsstatuts von der Durchführung der Demokratie in Deutschland abhängt. Genossen, diese alliierte kritische Bemerkung ist berechtigt, bei der autoritären Staatsführung der Bundesregierung, und im speziellen bei der antidemokratischen Beamtenpolitik in der Spitzengarnitur der Beamten. Aber die Berechtigung dieser Tatsache kann nicht dazu führen, mal die eine und mal die andere Taktik im gleichen Augenblick gegenüber Deutschland einzuschlagen. Sonst stört man seine demokratische Funktionsfähigkeit, die doch die Welt genau so braucht, wie wir sie brauchen. Wir Deutschen sind, vielleicht mehr als andere Völker, jetzt geneigt, im Nationalstaat nicht der Weisheit letzten Schluß zu sehen. Wir Deutschen bekennen uns offen zu dem guten Willen der Aufgabe von Souveränitätsrechten zugunsten einer übernationalen staatlichen Ordnung in demselben Umfang, in dem die anderen Beteiligten ihre Souveränitätsrechte auch reduzieren. (Beifall. Sehr richtig!)

Die Zugehörigkeit zu Europa steht für die große Mehrzahl der Deutschen, außer den Kommunisten und extremen Nationalisten, außerhalb jeder Diskussion. Es gibt vielleicht niemand, der die kulturelle und politische Zugehörigkeit, die Unauflöslichkeit und Zwangsläufigkeit, die Unmöglichkeit zwischen Ost und West wählen zu können, aus dem Standort der Deutschen heraus so gut anerkennt wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Aber es gibt bei den anderen Parteien mit demokratischer europäischer Zielrichtung doch sehr verschiedene Graduierungen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die einzige Partei in diesem Lande, in der das Spiel mit der östlichen Karte mit der Mitgliedschaft in dieser Partei unvereinbar ist. (Beifall.)

Die Sozialdemokratische Partei ist in diesem Lande die einzige Partei, die sich auch durch die Lockungen des roten Handels, durch die Exportchancen nicht von der politischen Linie abbringen läßt. Diese Partei ist doch schließlich die einzige Partei, die gegen eine Rapallo-Politik, sowohl in der Form des tatsächlichen Rapallo, wie in der Form der Rapallo-Legende, eindeutig und geschlossen auftritt.

Nun, Genossinnen und Genossen, bin ich durch die nationale Verantwortung in dieser Situation veranlaßt, darüber zu schweigen, und den Zitatensack geschlossen zu halten, der Äußerungen maßgeblicher deutscher Politiker über eine solche Wahlmöglichkeit zwischen Ost und West enthält, solcher Politiker, meine ich, die heute westlich von sich selbst stehen. (Sehr richtig! Heiterkeit.)

Der Mangel an einer großen, klar vorausschauenden und kontinuierlichen Linie in der Politik gehört vielleicht zum Wesen bürgerlicher Mittelparteien.

Aber, Genossen, wir wären zu unserem Bedauern gezwungen, diese Reserve aufzugeben und einmal auf Grund von tatsächlichen Gegebenheiten zu schildern, wie schwankend und unsicher die Politik vieler maßgeblicher Politiker von heute gewesen ist, und welche Gefahren in der Zukunft aus dieser Unsicherheit entstehen können. Ich sage dieses Wort deswegen, weil man gerade von seiten der „Schwankenberger“ versucht, bei den Alliierten die Sicherheit und Absolutheit unserer politischen Linie zu denunzieren. Aus dieser Einstellung heraus kann für einen demokratischen Sozialisten in Deutschland das Bonner Grundgesetz und die Konstruktion der Deutschen Bundesrepublik nicht der Weisheit letzter Schluß sein.

Wir leben in jeder Beziehung in unserem Verhältnis bei der eben genannten Kompetenzverteilung zwischen uns und den Besatzungsmächten in einem Interimszustand. Und hier müssen wir unsere Stimme erheben und unserem Volke sagen: Ja, wir bejahen diesen Staat, in dem wir jetzt leben, als Ausgangspunkt einer höheren nationalen Einheit, und wir bejahen diese höhere nationale Einheit als Ausgangspunkt für eine noch höhere internationale Verbindung. (Beifall.)

Aber, Genossinnen und Genossen, wir müssen auch den vielen Kleinmütigen und Bequemen und der Millionenarmee der Menschen, die durch die Sorgen des Tages und durch schreckliche soziale Nöte in ihrem Denken und ihrem Interessenskreis herabgedrückt und eingeeengt sind, sagen: es gibt jetzt eine Todsünde, und die besteht darin, sich mit dem Zustand von heute als etwas Endgültigem — und jetzt lächeln Sie meinerwegen — etwas Vorläufig-Endgültigem abzufinden. Man findet sich nicht damit ab, daß sein eigenes Volk als einziges unter den großen Völkern gespalten bleiben soll, sondern man sucht die Spaltung dadurch zu überwinden, daß man das Thema auf der Tagesordnung behält. Die Mächtigen dieser Welt dürfen nicht glauben, daß unser bloßes Dasein und unser Existieren oder Vegetieren für uns schon die Lösung der Aufgabe bedeutet, von der — sagen wir es offen — wir besessen sind und besessen sein müssen, wenn wir unsere Pflicht als Sozialdemokraten tun wollen.

Und hier eine Klarstellung: Taktik ist etwas Auswechselbares. Aber die Auswechselbarkeit der Taktik bezieht sich auf das Operieren mit nicht auswechselbaren Grundsätzen. (Sehr gut!)

In der heutigen Entwicklung kann ein falsches Stellen der Weichen um wenige Grad in einer gar nicht so weiten Entfernung bereits zu einer sehr abseitigen Entgleisung des Zuges führen.

Wenn wir jetzt z. B. aus der Fülle unserer guten und herzlichen Gesinnung gegenüber der internationalen Idee, deren Träger wir seit mehr als acht Jahrzehnten sind, Probleme der Organisation Europas diskutieren, dann müssen wir wissen: Nicht immer, wenn das Wort Europa fällt, handelt es sich um das, was Europa lebenskräftig und wertvoll macht.

In diesen Tagen haben wir erst bei der Pan-Europäischen Bewegung des Grafen Coudenhove-Kalergi aus dessen Munde die Parole vernommen: Union Charlemagne — das Reich Karls des Großen!

Man könnte ja darüber lächeln und sagen: historisierende Romantik! Der Mann sieht nicht, was die Proleten in Nordfrankreich und die Kumpels an der Ruhr denn begeistern soll für das Reich Karls des Großen. (Sehr richtig! Gelächter.)

Aber wenn man weiter nachdenkt, dann findet man vielleicht, daß gewisse Prinzipien der Politik in diesem Reiche Karls des Großen wieder aktuell geworden sind. (Zurufe: Sehr richtig!). Ich will nicht hoffen, daß die dann erneut zu schlachtenden Sachsen diesmal nur Sozialdemokraten sein werden! (Gelächter, Beifall!)

Und ich weiß nicht, ob sich Menschen, die eine solche Parole herausschleudern, auch darüber im klaren sind, wie lange Karls des Großen Reich gedauert und wie es geendet hat! (Zurufe: Sehr gut!) Das Reich Karls des Großen ist aus der Zwangsläufigkeit seiner Teilung die Grundlage des französisch-deutschen Gegensatzes geworden! (Zurufe: Sehr richtig! Beifall.)

Ich weiß auch nicht, ob in jedem Ohr begeisternd und beschwingt die Formel des internationalen Grafen klingt, der in diesen Tagen von den beiden großen Patrioten Adenauer und de Gaulle sprach. (Gelächter.) Aber eines weiß ich: Das Reich Karls des Großen hat Ostgrenzen gehabt. Und diese Ostgrenze war dem heutigen Eisernen Vorhang geographisch sehr nahe. (Zuruf: Sehr gut!)

Und wir erklären heute bereits, daß wir diese Idee bekämpfen werden mit aller Entschlossenheit, denn diese Idee beinhaltet die Anerkennung der Teilung Deutschlands unter Zufügung des deutschen Konsenses, des deutschen Willens zu dieser Teilung. (Zuruf: Sehr gut!)

Darum, Genossinnen und Genossen, seid kritisch! Die internationale Vokabel macht noch nicht die internationale Realität, und die Internationalität eines Klasseninteresses, macht noch nicht die Internationalität der Völker. Im Ausland versteht man bei dieser politischen Projektmacherei, diesem Dilettantismus des Projektierens die Deutschen oft falsch.

In der Diskussion heute, glaube ich, werden national und klar denkende Ausländer — ich denke vor allem an die Franzosen und die Engländer — wohl einfach nicht verstehen die Atmosphäre und die Methodik der internationalen Europadiskussion, wie sie heute vor sich geht. Denn bei dieser Diskussion erleben wir, daß Unwichtigkeiten aufgepusht und wichtigste Dinge bagatellisiert werden.

Bekennen wir uns bei dieser Auseinandersetzung zu einer Voraussetzung: Wir haben mit den deutschen Nationalisten nicht konkurrieren können und nicht konkurrieren wollen in Dingen der Proklamierung des Nationalgefühls mit starken Worten. Und wir sollen uns vor demselben Fehler bei der europäischen Diskussion hüten. In dem Augenblick, in dem wir vor den kapitalistischen Betreibern irgendwelcher europäischer Organisationsform oder vor Leuten, die heute ihre Gegnerschaft und ihr Mißtrauen gegenüber Deutschland in entscheidenden Punkten nicht verloren haben, unser gutes Europäertum defensiv beteuern — in dem Augenblick beginnen wir eine große politische Auseinandersetzung zu verlieren. Die Internationalität der deutschen Sozialdemokratie und ihr Europäertum steht außerhalb jeder Diskussion. (Großer Beifall.)

Wenn wir uns heute über die Problematik dieser Dinge aussprechen, dann wollen wir uns hüten vor dem Deklamieren, vor dem Beteuern, vor dem Appellieren. Aber eines wollen wir: Sachlich genau, und wenn es geht, in Vorausschau auf die Konsequenzen, die dadurch ausgelöst werden, argumentieren.

Die Diskussion in Deutschland ist heute sehr weitgehend von innerpolitischen, parteipolitischen, machtpolitischen und klassenpolitischen Motiven bestimmt. Der Europäische Rat in seiner heutigen Gestalt und Einlagerung in die Kräfteverhältnisse der Welt ist nicht identisch mit dem Europa schlechthin. Europa als Zusammenarbeit freier Völker ist für die Sozialdemokraten ein hoher unerschütterlicher Wert in sich und an sich.

Aber um diesen Wert von allen verderblichen Hüllen zu befreien, ist es notwendig, daß wir nicht alles als Europa anerkennen, was die Nationalisten von gestern und die Neueuropäer von heute uns als Europa deklarieren und verkaufen wollen. (Sehr gut!)



Nun, Genossinnen und Genossen, spricht man besonders von seiten der Verantwortlichen der Regierung von einer in der Substanz vielleicht richtigen sozialdemokratischen Politik, die aber angeblich die Dimensionen beim Vergleichen der Größenverhältnisse verkenne. Man sagt: gewiß sind wir alle einig in unserem Abwehrwillen, unserem Protest in der Behandlung der Saarfrage; aber wie können die Sozialdemokraten von dieser — angeblich — kleinen Saarfrage die Frage nach ihrer Teilnahme an dem jetzt aktuellen Konstruktionsversuch Europas abhängig machen!

Dazu möchte ich feststellen: Nicht die Sozialdemokraten haben den Europarat und die Saarfrage gekoppelt. Es war im Juli 1949, zu unserem aufrichtigen Bedauern, die französische Regierung, die diese Fragen gekoppelt hat. Und seien wir uns doch darüber im klaren, seit dem Versuch der Zwangsvereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten durch die sowjetische Militäradministration ist nichts so verhängnisvoll Kurzsichtiges in der europäischen Politik geschehen, wie diese Koppelung von Europa und Saar! (Beifall.)

Dann aber Genossinnen und Genossen, müssen wir uns gegen den Versuch wenden, Saarfrage und Europarat nebeneinander zu stellen und in ihren Größenverhältnissen zu vergleichen. Die Saarfrage ist keine isolierte Frage. Die Saarfrage ist deswegen materiell nicht zu bagatellisieren. Die Anwesenheit von Saarvertretern zu gleichen Rechten mit deutschen Vertretern im Europäischen Rat ist die Deklaration eines Prinzips, und Verbalproteste, Proteste der bloßen Worte, helfen da nicht. Hier hilft nur die Verweigerung der Anerkennung durch Tatsachen und durch Handeln. Es gibt kein Entweder-Oder zwischen Europarat und Saarfrage, sondern die Behandlung der Saarfrage ist die Antwort auf die Frage der politischen Konstruktion in ihren Qualitäten von Straßburg. Es gibt doch kein europäisches Argument für die Anwesenheit der Saar im Europäischen Rat. Es gibt aber eine ganze Reihe von Faktoren, die zur Schwächung führen würden, nämlich wenn wir daran denken, daß die Anerkennung eines Zustandes, der durch einseitigen Machtakt ohne Vertrag mit Deutschland und ohne Vertrag der Alliierten untereinander geschaffen worden ist, von verhängnisvoller Rückwirkung auf die juristisch-moralische Position der Deutschen beim Kampf gegen die Oder-Neiße-Linie ist. (Sehr richtig!) Diese Anerkennung könnte gefährlich, wenn nicht tödlich wirken gegen die Rückkehr und den Heimatanspruch der Ostvertriebenen. (Beifall.)

Sehen wir die Saarfrage nicht als isolierte Saarfrage und sehen wir sie sogar noch darüber hinaus nicht nur als Frage bei der Verteidigung oder der Erweiterung der Ostgrenze nach alter Richtung hin, sondern sehen wir diese Beteiligung der Saar am Europäischen Rat in seiner grundsätzlichen Bedeutung. Zur Diskussion steht hier der unverzichtbare Grundsatz: Europa kann nur aufgebaut werden auf der Grundlage der europäischen Solidarität und der europäischen Kameradschaft gleicher und freier Völker. Es kann seine Funktion gegenüber den totalitären Ansprüchen aus dem Osten nur mit diesem Maximum von demokratischer Kraft erfüllen, aber nicht als Bestandteil einer Sieger-Besiegten-Konstruktion. (Beifall.) Bei dieser Gelegenheit möchten wir der Bundesregierung sagen: Warum seid Ihr, meine Herren, nicht imstande, auch mit diesen Argumenten und auf diesem Niveau in der Sache mit uns zu diskutieren? Warum versucht Ihr, die europäische Idee und Praxis zur Propagandaformel der heutigen Regierungsparteien zu machen? (Sehr richtig!) Warum seid Ihr nicht willens, dem deutschen Volke reinen Wein einzuschenken darüber, daß die Behandlung der Saarfrage eine Politik der vollendeten Tatsachen ist, und daß die Vertröstung, daß das Schicksal der Saar und die Vertretung der Saar im Europarat erst durch den Friedensvertrag reguliert werde, eine Irreführung des deutschen Volkes ist? (Beifall.) Herr Schuman, der französische Außenminister, hat mir in einer Unterhaltung ganz offen gesagt: „Wissen Sie, Herr Schumacher, natürlich werden wir Franzosen diese Saarpolitik auch bei der Schaffung des Friedensvertrages durchsetzen.“ (Zuruf: „Na also!“) ein Tatbestand, der den maßgebenden Männern der Bundesregierung bekannt ist. Und wenn man mit dem Friedensvertrag

operiert, so möchte ich daran erinnern: Was ist nun eigentlich mit unserem Volk in Sachen der materiellen Kenntnis der Politik los? Es muß doch jeder Mensch, der außenpolitische Fragen behandelt, wissen, daß die Alliierten ein halb Dutzend Mal oder mehr untereinander bindende Abmachungen getroffen haben, die jeden Sonderfrieden der Alliierten mit Deutschland oder einem Teil von Deutschland ausschließen. Ich denke an die Washingtoner Konferenz vom Januar 1942, an die Moskauer Konferenz vom Oktober 1943, an die Londoner Konferenz vom Jahre 1947. Da ist doch alles eine vernichtende Niederlage, und wenn die Alliierten es nicht wollen, und sie haben ja keinen Grund es zu wollen, sind sie in der Lage uns zu vertrösten, bis Sowjetrußland bereit ist, einen Viermächte-Friedensvertrag mit ganz Deutschland zu schließen. Und wenn sie diese Taktik nicht wollen, Genossinnen und Genossen, ist keiner von ihnen in der Lage, und bei dem Verhältnis der Welt zu Deutschland auch nur annähernd willens, die Deutschen auf Kosten der von ihnen mit Krieg überzogenen Länder westlich von Deutschland durch einen Sonderfriedensvertrag zu privilegieren. Mit anderen Worten, der Friedensvertrag, das ist ein Ereignis, das noch ungewiß ist. Pythagoras hat einmal gemeint: „Von den Göttern weiß ich nicht, ob sie existieren“, und die Deutschen wissen vom Friedensvertrag auch nicht, ob er kommt, wann er kommt und wie er kommt. In dieser Situation ist es sinnlos, aus Gründen der Erzeugung von psychologischen Bereitschaften eine Politik diplomatischer Pseudoerfolge anzusteuern. Gewiß, wir wünschen und unterstützen jede Regierung in den Bemühungen, eine gleichberechtigte Vertretung Deutschlands in jedem internationalen Forum zu fordern. Aber einmal hat die Bundesregierung auch nicht die geringste Konzession politisch-juristischer und juristisch-diplomatischer Natur von den Alliierten in diesem Bemühen bekommen. Zum anderen liegen doch Ergebnisse solcher Bemühungen, wie sie leider nicht eingetreten sind, auch dann, wenn sie auftreten, auf einer ganz anderen Ebene. Es gibt keinen formalen Erfolg im politisch-diplomatischen Komplex, der imstande wäre, einen Ausgleich darzustellen für die indirekte Zustimmung zum Verlust von Leben und Menschen. Es gibt auch keine Erfolge, die ausreichen würden, um die Aufgabe unverzichtbarer Rechtsgrundlagen internationaler Politik auszugleichen. Die Einladung an das Saargebiet ist völlig rechtswidrig; einmal, weil das Saargebiet ein Polizeistaat ist und damit die Einladung der Satzung des Europäischen Rates widerspricht, zum anderen aber, weil jede vertragliche Grundlage zwischen den Alliierten und zwischen den Alliierten und den Deutschen fehlt. Wenn wir angesichts dieser Voraussetzungen die Frage des Europarats diskutieren, dann möchte ich noch eins sagen: Belastet diese Diskussion nicht mit der ganzen Sehnsucht des deutschen Sozialisten — — und ich glaube, auch heute noch ist der deutsche Sozialist mit den ganzen Machtwerten unserer Tradition, unserer Gefühle und der Idee bei einer Konstruktion, die zu anderen Zwecken, in anderem Umfang und mit einer anderen Verteilung der Kompetenzen geschaffen wurde. Die Bedeutung des Europarates ist heute bei der Auseinandersetzung in Deutschland eine Propagandaformel. Diese Propagandaformel aber muß sorgfältig mit den Tatsachen verglichen werden. Man soll sich hüten, Straßburg als moralische Anstalt und als großes Forum der Anklage und des Rufes nach Gerechtigkeit zu betrachten. Einmal ist die Kompetenzverteilung zwischen dem allmächtigen Außenministerrat und der Vollversammlung eine andere, zum anderen aber sind die Aufgaben des Europäischen Rates auch andere als die Illusionisten in Deutschland manchmal meinen. Und wenn ich so gewisse Rufer im Streit außerhalb unserer Partei in dem Bonner Hause betrachte, dann möchte ich sagen: Hütet Euch ganz persönlich vor Illusionen! Was für Bonn nicht ausreicht, wird in Straßburg kein leuchtender Stern!

Die Gefahr, Genossinnen und Genossen, ist aber auf der anderen Seite gesehen, daß wir mitmachen in der Position minderen Rechts unter stillschweigender Tolerierung der Verletzung von Prinzipien, die für uns unverzichtbar sind. Dazu gehört auch die Unverzichtbarkeit des Grundsatzes der Selbstbestimmung der Völker, angewandt auf die Saar. Es gibt keine internationale Demokratie ohne Selbstbestim-

mungsrecht der Völker, genau wie es keinen freien Staat ohne freie Staatsbürger geben kann.

In dieser Situation haben wir kaum die Chance, eine neue Position der Regulierung und Verkündung zu bekommen. Aber, wir sind in Gefahr, verstrickt zu werden in zahlreiche Fäden, die zum Schluß eine Einrichtung schaffen könnten, die einem Maulkorb verdammt ähnlich sein würde.

Was tritt ein, wenn wir in den Straßburger Rat hineingehen, und was tritt ein, wenn wir in den Straßburger Rat nicht hineingehen? Ich glaube nicht, daß die Grenzen fallen und das Problem der militärischen Sicherung Deutschlands gelöst ist, wenn wir in den Straßburger Europäischen Rat hineingehen, und im Ernst behauptet das auch niemand im Ausland. Diese Erzeugung von Illusionen ist ja eine innerpolitische Angelegenheit der Deutschen. Und die bisherige Praxis des Straßburger Europäischen Rates spricht ja auch ihre Sprache. Aber, was geschieht denn im Falle des Nicht-Eintritts? Wird dadurch Europa schwächer? Ist denn die Konstruktion des Europäischen Rates in Straßburg das Maximum der demokratischen internationalen Funktionsfähigkeit? Wenn Sie anderer Ansicht sind, dann sagen Sie es hier in der Diskussion an Hand von realen Erwägungen und genau fixierbaren Vorschlägen.

Die Grenzöffnung kommt nicht, die internationale Staatsordnung kommt nicht und die militärische Sicherheit kommt nicht durch den Eintritt. Aber der Herauswurf Deutschlands aus Europa kommt nicht durch die Verweigerung des Eintritts in diese konkrete Institution unter diesen konkreten Voraussetzungen.

Die Deutschen, soweit sie von uns repräsentiert werden, sind nicht gewillt, sich von Europa abdrängen zu lassen. Ich glaube, die maßgebenden Aliierten sind auch nicht gewillt, Deutschland aus Europa herauszudrängen. Die Betrachtung der Realitäten Europas in der Auseinandersetzung mit den Sowjets, glaube ich, gibt nach der einen wie nach der anderen Seite hin die bindende Antwort. Von seiten der Bundesregierung vermisste ich das Aussprechen der Gefahren, die dem deutschen Osten aus der Situation von heute drohen können, und ich erkenne an, daß zwei Bundesminister es versucht haben.

Wir Sozialdemokraten betrachten die deutsche Einheit, wie ich schon sagte, als eine europäische Angelegenheit. Tatsächlich aber lehnen wir eine Politik mancher Alliierten ab, die aus der Zerreißung Deutschlands, möchte ich sagen, eine bessere praktische Handhabung der europäischen Politik ableiten möchten.

Genossen, wir sind durchaus willens gewesen, eine Reihe von entscheidenden Gefahren auf uns zu nehmen, unter der einen Voraussetzung, daß wir, wenn wir nach Straßburg gegangen wären, dort in eine europäische Gemeinschaft kommen würden. Die Tatsache, daß wir heute noch nicht in eine solche Gemeinschaft kommen, bedeutet für die deutsche Spaltung etwas ganz anderes. Und die Qualität anderer Völker in ihrer Einstellung zur europäischen Gemeinschaft mit Einbeziehung der Deutschen, wird doch praktisch an einer Frage bewiesen: An dem Begreifen, daß die deutsche Einheit die größere europäische Frage ist. Die Kraftverteilung sowie die Methodik und vor allem die symbolhafte Bedeutung in der Behandlung der Saarfrage zeigen, daß diese Konstruktion unter diesen Umständen heute und dort nicht gegeben ist. Und jetzt, Genossen, gehen wir darüber hinaus an den Kern der Dinge im Internationalen.

Straßburg als Institution befindet sich, ich will mich vorsichtig ausdrücken, im Stadium des Beginns einer leichten Schrumpfung seiner Bedeutung. Straßburg ist heute nicht das Zimmer der Entscheidung. Es war es nie. Es hat auch nicht die Chance, das Zimmer der Entscheidung zu werden. Das haben die Außenminister ja auch gesagt. Straßburg ist heute das Vorzimmer. Das Hauptzimmer ist der Raum des Atlantikpaktsystems, oder, nach der Formulierung des französischen Ministerpräsidenten gemäß seinen Vorschlägen vom 16. April d. J., der Atlantische Hohe Rat des Friedens. Und wir können nicht für den Eintritt in das Vorzimmer mit unserm Ja den ganzen Preis unseres letzten politischen Vermögens bezahlen, der uns selbst als Preis für den Eintritt in das Hauptzimmer zu hoch wäre.

Nun, Genossen, möchte ich nicht, wie ich es beabsichtigt hatte, das System der internationalen Pakte vor Ihnen illustrieren; denn das würde zu weit führen. Aber

ich möchte sagen, dieser Hohe Atlantische Rat des Friedens, der heute die Aufgaben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der militärischen Verteidigung hat, und der in Zukunft auch politische Aufgaben bekommen soll, und der Europäische Rat in seiner speziell kontinentalen Form werden mit einem gleichberechtigten Deutschland im Europäischen Rat ein integrierender Bestandteil dieses atlantischen Hohen Rates des Friedens.

Das bedeutet, daß wir vor die Probleme des Atlantikpaktsystems und der Organisation der westlichen Welt als Mitglied zweiten Ranges des Europäischen Rates kommen, und daß wir kein Wort aktiver Mitsprache möglich haben; denn das einzige, was der Welt etwas wert ist, ist ja das deutsche Ja zu gewissen internationalen Institutionen in ihrer heutigen Form. Mit andern Worten: Für Straßburg hätten wir schon den Trumpf aus der Hand gegeben, den wir bei der Behandlung des atlantischen Systems lebensnotwendig brauchen. Ein so politisch wehrlos gemachtes und zu jeder Form des Mitmachens gezwungenes Deutschland hätte die Entscheidung verloren über die Wiederaufrüstung. (Zurufe: Sehr richtig! Beifall.)

Wer das bis heute in der deutschen Politik noch nicht gesehen hat, für den wird es Zeit, es zu sehen. Denn die Idee und die Praxis der Wiederaufrüstung, so wie sie heute möglich ist, ist doch in keinem Falle in der Lage, Deutschland vor dem Schicksal der verbrannten Erde zu bewahren. Und einem Volk mit diesem Verlust und mit dieser zertrümmerten und aufgeregten und in sich zitternden Jugend — einem solchen Volke liegt doch die Aufgabe ob, diese Jugend zu bewahren vor dem schrecklichsten aller Opfer — dem sinnlosen Opfer. (Sehr starker Beifall.)

Genossen, es ist eine außerordentlich bedauerliche Tatsache, daß die politischen Konzeptionen der Bundesregierung bisher offensichtlich zur Diskussion dieser Probleme in ihrer Tragweite nicht ausgereicht haben. Wenn wir aber jetzt in der Agitation unsere Haltung nicht verteidigen, sondern offensiv gegen eine Politik vorgehen, die bereit ist, ein Europasurrogat an Stelle Europas zu setzen und damit eine große Idee von Qualitäten der Unverzichtbarkeit und Heiligkeit zu profanieren — dann müssen wir doch mal eins feststellen: In dieser macht- und innenpolitisch bedingten Debatte in Deutschland tut man gerade so, als ob die Deutschen mit ihrer Haltung über das Schicksal Europas allein entscheiden würden.

Nein, nein, das Schaffen Europas ist nicht eine einseitige Haltung Deutschlands, einer fingierten und passiven Haltung Deutschlands, das Schaffen Europas ist nicht das Opfer eines Volkes — das Schaffen Europas ist die gleiche Leistung aller Nationen. (Bravorufe, Beifall.)

Und wenn es im November vorigen Jahres gelungen wäre, an Stelle der leichtfertigen und undurchdachten Interview-Politik ein durchdachtes System der deutschen Außenpolitik zu setzen — dann wäre das deutsche Nein in der Lage gewesen, die Welt vor die Frage zu stellen: Was ist ihr Europa wert?

Jawohl, Europa soll den Deutschen viel wert sein, aber Europa soll den andern ebensoviel wert sein. (Zurufe: Sehr richtig! Beifall.)

Und in diesem Sinne, Genossinnen und Genossen, wird die Unverzichtbarkeit des sozialdemokratischen Standpunktes in der Saarfrage, glaube ich, wohl den letzten politischen Hintersassen klargemacht werden können.

Europa, die große Angelegenheit aller Völker, ist nicht die Chance machtpolitischer Ausdehnung und des Geldes. Ist bei der Rolle, die ein demokratisches Europa gegenüber dem politischen, psychologischen, ökonomischen Ansturm des östlichen Totalitarismus zu spielen hat, ein Maximum an Potenz in Europa zu erreichen?

Dieses Europa soll doch sein der Damm gegen den Weltbolschewismus und die Bastion einer politisch-psychologischen Offensivhandlung gegenüber der Aufklärung der deutschen Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone und den Satellitenstaaten.

Wenn man jetzt das Straßburger Modell in seiner heutigen Form, mit dieser Tendenz der Schwächung Deutschlands, als europäischen Beitrag anwendet, dann macht man Europa sehr viel schwächer als es sein muß, um seine Aufgabe lösen zu können.

Es ist unsere Pflicht, von der großen Linie nicht abzugehen und nicht müde zu werden, die Stimme zu erheben durch die Begeisterung gleichberechtigter Völker, die moralischen und politischen Kräfte der Demokratie in Deutschland und in unserem Volk so stark zu machen, daß sie ein unüberwindliches Hemmnis werden. Aber es ist unsere Pflicht, die e Hemmnisse in Europa zu bekämpfen, die den Weg zu diesem Starkwerden versperren.

Dann möchte ich auch den anderen Deutschen und den anderen Völkern der Welt eins sagen: Schließlich waren es ja, ganz allein gelassen und ohne Unterstützung durch irgend jemand in der Welt, die deutschen und die österreichischen Sozialdemokraten, die auf dem europäischen Kontinent mit ihrer eisernen Haltung die Entscheidung, die Vorentscheidung für die Demokratie erzwungen haben. (Starker Beifall!)

Ich glaube, der Tag ist nicht mehr fern, an dem auch die Demokratie in anderen Ländern diesseits und jenseits des Ozeans der deutschen Sozialdemokratie für ihre starke Linie demokratischer Selbstbewahrung gerade in dieser Frage dankbar sein wird. (Beifall.) Vergeßt nicht angesichts dieser Massenerzeugung von unsubstanzierten Propagandaillusionen, wie sie sich auch aus Reden der verantwortlichen Regierungsmitglieder ergibt, die Gefahr, wie wir sie bei verschiedenen Gelegenheiten der Weimarer Periode kennengelernt haben: Je größer und gleichzeitiger die Illusion, desto verderblicher die Reaktion darauf.

Nun, Genossinnen und Genossen, möchte ich dieses Thema nicht verlassen und nicht zum nächsten Thema, dem sogenannten Schuman-Plan, übergehen, ohne einer Pflicht der Loyalität zu genügen. Der Bundeskanzler hat gestern in der Kölner Universitätsaula in einer CDU-Versammlung an die Delegierten des Sozialdemokratischen Parteitages appelliert (Heiterkeit) und die Hoffnung ausgesprochen, daß sie verständiger sein würden als ihre Parteiführung. (Heiterkeit.) Genossinnen und Genossen, lacht doch nicht so intolerant. (Heiterkeit.) Ich habe Verständnis dafür, daß man, wenn man keinen geistigen Beitrag für eine deutsche Außenpolitik zu leisten imstande ist, eben seine Beiträge auf dem Gebiete des Taktes und des guten Geschmacks leistet. (Heiterkeit.) Ich bin nicht der Meinung, dem Parteitag vorzugreifen, wenn ich erkläre: Die hohe Meinung, die der Herr Bundeskanzler von der Wichtigkeit und dem Wert seiner Worte, gerichtet an Sozialdemokraten, hat, wird von den Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei nicht geteilt. (Starker Beifall.) Dieser Propagandafeldzug wird erklärlicherweise — ich möchte daraus den Alliierten gar keinen Vorwurf machen — durch ein internationales Trommelfeuer verstärkt. Ich würde es allerdings gern sehen und begnüge mich heute mit dieser Bemerkung, wenn man unterlassen würde, die doch vergeblichen Versuche zu machen, einzelne sozialdemokratische Funktionäre und Deputierte von seiten mancher Alliierten gegen die politische Linie der Parteinstanzen einzunehmen. (Sehr richtig! Beifall.) Die Freiheit ist unverzichtbar bei der Freiheit der Meinungsbildung, und wir erkennen niemanden als wohlwollenden Freund und Gönner an, der versucht, sich in die freie und ungestörte Meinungsbildung unserer Partei einzumischen. (Beifall.) Diskussion international und mit Angehörigen der Besatzungsmacht — jawohl, aber sich beeinflussen lassen, wäre eine Rolle, die dem Wesen und der Aufgabe eines deutschen Sozialdemokraten nicht entspräche. (Bravorufe. Beifall.)

Wir haben bereits eine Probe auf das Exempel gemacht, wie das deutsche Volk, wenn man ihm die Sache sachlich darstellt, reagiert. Wir haben den Wahlkampf in Kulmbach geführt, und ich muß schon sagen, Genossen, wenn wir in der Lage gewesen wären, den Wahlkampf zum 14. August in dem Geist zu führen und mit dem Opfermut und der Hingabe wie unsere Kulmbacher Genossen — 170 Mandate, 180 Mandate, man kann darüber reden, Genossen. Wir möchten dieses Kulmbacher Wahlergebnis nicht vorübergehen lassen, ohne von dieser Stelle aus im Namen der ganzen Partei der Organisation des Wahlkreises Kulmbach und der aufopfernden, klugen Tapferkeit des Genossen Jaksch unseren Respekt und unsere Anerkennung auszusprechen. (Starker, langanhaltender Beifall.)

Sie sehen also, daß hier große Reserven und großer guter Wille, zu erkennen und mitzukämpfen, auch bei Millionen von Menschen liegt, die heute mehr oder weniger abseits stehen. Und angesichts der heutigen Massenfabrikation von Illusionen ist es eine politische Pflicht, an das Petersberger Abkommen zu denken. Wo sind die Erfolge des Petersberger Abkommens? (Sehr richtig.) Vielleicht wäre es gut und richtig, wenn ich hier ein Referat hielte über das Problem der Demontagen, der Remontagen, der Industriepläne und der Produktionsprogramme. Ich möchte mich in Einzelheiten nicht verlieren, ich möchte aber sagen, die Probleme, die man in Petersburg glaubte gelöst zu haben, sind zum größten Teil heute noch ungelöst, und die Kette der Demontagen ist noch immer nicht abgerissen.

Watenstedt-Salzgitter, Essen sind bittere Klänge in unserem Ohr und sind Gefährdungen für eine gesunde politische Entwicklung unseres Volkes. Vor wenigen Tagen erst hat der Regional Commissioner in Niedersachsen erklärt, daß noch eine ganze Reihe von industriellen Betrieben in diesem Land von den Briten als Kriegsbetriebe angesehen werden würde. (Hört, hört!) Mit anderen Worten, dieser gefährliche Prozeß ist noch immer nicht beendet, gefährlich für uns, aber nicht stärkeend für diejenigen, die glauben, damit Politik zu machen. (Sehr richtig.) Sehen Sie, was war dieses Petersberg mit optimistischen Spekulationen verknüpft! Wie klang doch in dieser Nacht vom 24. zum 25. November das Trompetengeschmetter des großen Erfolges, und wie hat dann die Kette der Enttäuschungen eingesetzt! Und ich glaube, heute erinnert sich in Deutschland niemand mehr gern an das Petersberger Abkommen. Ich habe den sanften Verdacht, als ob die Alliierten auch nicht mehr sehr gern daran erinnert zu werden wünschten. (Heiterkeit.) Hier aber habe ich die Pflicht, festzustellen: Das Petersberger Abkommen ist auf der deutschen Seite ein autoritärer Regierungsakt, der gegen den klaren Wortlaut des Grundgesetzes verstößt. Weil aber dieses Abkommen auf der deutschen Seite verfassungswidrig zustandegekommen ist, existiert es nicht und gibt es keine rechtliche Verpflichtung für uns, für die deutschen Sozialdemokraten. (Beifall.)

Das Problem und diese Konstruktion im Stile des Europäischen Rates oder verwandte Dinge wird jetzt überdeckt durch die lebendige und leidenschaftliche Aussprache über den Vorschlag von Schuman. Die Sozialdemokratie hat durch mich am 10. März bei der Saardebatte im Bundestag auch einen Vorschlag machen lassen, daß wir in sofortige Wirtschaftsverhandlungen zum Zwecke eines deutsch-französischen Freundschaftsvertrages kommen sollen. Die Bestandteile dieses Freundschaftsvertrages: durchweg Wirtschaftsabkommen, die weit über den Rahmen der bisherigen Handelsverträge hinausgehen. Es hat also von unserer Seite die aktive Initiative einen zeitlich und sachlich großen Vorrang etwa vor dem, was in Kreisen der deutschen Parteien rechts von der Sozialdemokratie heute als notwendig erscheint. Ich begrüße — und ich glaube, die Partei ist darin mit dem Parteivorstand einig — den Vorschlag Schumans als den Versuch, zum erstenmal aus der Periode pathetischer, aber ineffektiver Deklamationen in den Versuch einer Realisierung von sachlich und ökonomisch Notwendigem zu kommen. Dieser Vorschlag hat auch den Vorzug, daß er von französischer Seite kommt und nicht so ein Made-in-Germany-Fabrikat ist.

Wir haben noch genug von dem grauenhaften Dilettantismus der sogenannten Unionsvorschläge in den letzten Wochen. Aber der Schuman-Vorschlag ist ein Rahmenvorschlag, und über das Bild selbst wissen wir alle noch nichts Genügendes und Ausreichendes. Aber Bilder kauft man des Bildes und nicht des Rahmens wegen. (Heiterkeit.) Im übrigen bitte ich, die Dinge auf deutscher Seite doch so realistisch zu betrachten, wie die Franzosen begrußenswerterweise auch realistisch diese Dinge betrachten und kritisch unter die Lupe nehmen. Die Franzosen haben mit keiner Silbe angedeutet, daß der Schuman-Vorschlag mehr sei als ein Vorschlag. Selbst über den Inhalt des Vorschlages muß man erst noch materielle Voraussetzungen und Aussprachen führen. Aber, ein ernst gemeinter Vorschlag verdient, ernst geprüft zu werden. Bloß ist es ganz falsch, diese Prüfung zu ersetzen durch einen Hurra-Enthusiasmus, der niemand peinlicher berührt, als den französi-

schen Offertenmacher. Es ist dieser Hurra-Enthusiasmus, der jetzt in Deutschland zu dem Zwecke erzeugt wird, um am Schwanz des französischen Gauls sich durch das Portal des Europarates in Straßburg schleifen zu lassen. (Große Heiterkeit.)

Die Franzosen haben in durchaus anständiger und anerkanntenswerter Weise erklärt, sie wünschen keine Koppelung der Frage des Beitritts zum Europarat und zum Schuman-Plan. Aber die Bundesregierung hat durch ihren obersten Repräsentanten erklärt: Wenn wir nicht nach Straßburg gehen, wird auch aus dem Schuman-Plan nichts. Aber was der Schuman-Plan ist, weiß sie auch nicht. Sehr interessant ist eine Veröffentlichung der Deutschen Presse-Agentur über die Äußerungen eines der schärfsten konservativen Köpfe Europas, nämlich Paul Reynauds, der erklärt hat, daß die Verwirklichung des Schuman-Planes gleich von Anfang an davon abhinge, ob man eine geplante Organisation für Europa realisieren wolle oder ein internationales Kartell schaffen wolle.

Gegen das letztere ist auch Monsieur Paul Reynaud, und für das letztere sind die deutschen Regierungsparteien und Minister und eine Presse, die, genau wie bei der Behandlung des Europarates, die Dinge sich so unerlaubt leicht machte, wie man es in der Geschichte der öffentlichen Meinung bisher doch noch nicht gekannt hat, es sei denn, daß man unpassende Vergleiche ziehen will.

Warum informiert die deutsche Bundesregierung die deutsche Öffentlichkeit nicht über den Charakter des bloßen Planes? Warum informiert sie nicht die deutsche Öffentlichkeit über die verschiedenen Möglichkeiten, den Rahmen mit einem so oder so gemalten Bilde auf dieser oder jener Leinwand auszufüllen? Warum sagt sie nichts über die Stärke oder die Schwäche der französischen Legitimation des Schumanschen Vorschlages? Schließlich ist der Vorschlag des Herrn Schuman ja nicht ohne weiteres ein Vorschlag des Kabinetts oder der MRP. Selbst im Auswärtigen Ausschuß der französischen Kammer ist erst durch den Stichtscheid des Vorsitzenden die Mehrheit von 19 : 18 Stimmen für diesen Plan geschaffen worden. Und über das Schicksal der Mehrheit im Kammerplenium weiß man noch nichts. Warum sagt man nichts über die ernsten Stimmen in Frankreich, beispielsweise der französischen Sozialisten, die bei einer grundsätzlichen Sympathie für das Ja oder Nein doch erst die realen Voraussetzungen klären wollen?

Warum spricht man nicht und gibt nicht wieder diese Stimmen, wie sie gestern Grumbach oder am letzten Sonnabend der Kamerad Bouthère auf dem pfälzischen Parteitag erhoben haben? Warum redet man nicht zur Sache? Warum erzeugt man immer nur Stimmung? Man soll sich in der Welt darüber klar sein: Es gibt eine Art von Bundesgenossen, die sogar den besten Plan — ich weiß nicht, ob es der beste Plan ist — entscheidend bloßzustellen in der Lage ist. Wir wollen uns doch nichts vormachen: Wenn wir bereit sein sollen, allen möglichen bisher unbekanntem Faktoren in der Welt Vertrauen entgegenzubringen — der Schwerindustrie in Deutschland und in Frankreich bringen wir kein Vertrauen entgegen! (Sehr richtig, Beifall.)

Unvergessen ist bei uns, daß die deutsche Außenpolitik entscheidend entwertet und degradiert worden ist durch die Tatsache, daß der deutsche Bundeskanzler am 7. November vorigen Jahres die erste außenpolitische Note der deutschen Bundesregierung an die Hohen Kommissare begleiten ließ vom Finanzierungsplan der Vereinigten Stahlwerke. Wir werden sehr aufpassen, daß das, was wir auf deutscher Seite abgelehnt haben, nun nicht auf französisch als korrespondierende Größe zurückgeschickt wird.

Zur sachlichen Diskussion, zur ehrlichen, gutmeinenden, wohlwollenden Prüfung sind wir bereit. Wir sind nicht bereit, eine Politik als national und als europäisch anzusehen, wie sie jetzt das Bundeskabinett macht. Das begrüßt nicht etwa die Anregung von Schuman. Das könnten wir verstehen, und das könnten wir sogar mitmachen. Sondern es billigt den Plan des Herrn Schuman, es billigt einen Plan, den es nicht kennt. Und nachdem es den Plan gebilligt hat, setzt es eine Studienkommission zur Untersuchung der Voraussetzungen des Planes ein.

Wenn der Bundeskanzler erklärt, er sei entschlossen, den Plan durchzuführen, so sagen wir: Diese Entschlossenheit ist ja wohl nicht von entscheidender Bedeutung. Denn einmal ist die Entschlossenheit Frankreichs und die besondere Rolle Groß-Britanniens — auf die wir noch kurz zu sprechen kommen müssen — in diesem Zusammenhang von sehr viel größerer Bedeutung als das, was der Herr Bundeskanzler sagt. Zweitens kann ich mir durchaus vorstellen, daß die Welt, zwar höflich und mit größter Courtoisie, dem guten Willen der Bundesregierung, die Schichten, auf die sie sich stützt, auch stark zu machen auf Kosten der Allgemeinheit Europas, begegnet, daß sie aber draußen in der Welt wissen, daß eine Realisierung einer grundsätzlich übernationalen Konstitution von Politik und Wirtschaft ohne die Zustimmung der deutschen Sozialdemokraten, wenn nicht gar nicht, so doch sehr wenig bedeutsam ist.

Die Franzosen haben das ganz richtig gesehen, und das rechne ich ihnen hoch an, ohne jede Eventualität in den Motiven des Herrn Schuman akzeptieren zu wollen, haben sie erklärt: Dieser Vorschlag ist ein politischer Vorschlag, und dieser Vorschlag richtet sich an das ganze deutsche Volk, auch an die Opposition, vor allem an die Sozialdemokratie, ohne die es dann ja doch nicht geht.

Was hat die Bundesregierung daraus gemacht? Sie hat den Sinn des französischen Vorschlages schon so entscheidend verbogen, daß es keine agitatorische Übertreibung ist, wenn man vom Beginn der Verfälschung spricht. Sie hat die Verhandlungslegitimation für sich okkupiert und diskutiert nun nicht auf politischer, sondern auf der Grundlage von Sachverständigen. Eine Reihe von Sachverständigen-Namen kennt man. Es sind lauter Leute der Schwerindustrie, Alteigentümer oder Großmanager. Alle diese Leute sind auch politisch abgestempelt. Es ist eine Anzahl von Abgeordneten des Bundestages darunter, es ist aber kein einziger sozialdemokratischer Deputierter oder Wirtschaftspolitiker darunter. (Hört, hört!)

Und wenn man jetzt, nachdem die Sozialdemokratie von Anfang an den Ruf danach erhoben hat, die Gewerkschaften heranzieht, dann zieht man sie in ihrer Sachverständigen-Funktion heran. Aber dort stehen die wenigen Gewerkschaftler einer vielfachen Überzahl von Sachverständigen gegenüber, die in Wirklichkeit nichts anderes sind als die Interessenten. (Sehr gut!)

Der Sachverständigenschwindel der Weimarer Republik hat seine schreckenden Spuren für uns, und wenn der Kanzler diese Politik einschlägt mit den Sachverständigen gegen die deutsche Opposition, gegen das Mitmachen der Völker, für die Entpolitisierung des Komplexes zugunsten der geschäftlichen Verbesserung der Verdienstchancen dieses Komplexes, dann frage ich: Kennt denn der Kanzler mehr von diesem Plan, als er wirklich diskutiert wird? Und wenn ja, sind seine Quellen dieselben Quellen wie des Großindustriellen Reusch von der Gute-Hoffnungs-Hütte? Der erklärt doch, daß dieser Plan nichts Neues enthalte; die französische und die deutsche Schwerindustrie würden schon seit langer Zeit miteinander verhandeln und sich im grundsätzlichen einig sein? (Hört, hört!)

Ich möchte dazu sagen: Diese Sachverständigen binden uns überhaupt nicht. Hoffentlich nimmt die Weltöffentlichkeit von dieser nüchternen Feststellung Notiz. Wir sind weiter bereit, die Dinge kühl und realistisch zu untersuchen und unser Wissen über das, was erstrebt wird und die Wege, die gegangen werden sollen, zu vervollkommen. Aber ich möchte vorweg sagen: Kürzlich hat einmal ein Pariser Journalist erklärt, Großbritanniens Teilnahme an diesem Plan sei nicht möglich wegen seiner Politik der Vollbeschäftigung und der hohen Löhne. (Zurufe: Hört, hört!) Und die sozialdemokratische Politik in diesem Lande wird für dieses Land und, soweit sie auf andere Länder ausstrahlen kann, immer sein die Politik der Vollbeschäftigung, der hohen Löhne und der Sozialisierung. (Sehr starker Beifall.)

In diesem Zusammenhang noch die außenpolitische Bemerkung, daß die deutsche Arbeiterbewegung keine Veranlassung hat, unser Volk in eine Konstellation zu führen, wo wir zusammen mit der einen Macht gegen andere Mächte konkurrieren; und daraus die Gefahren ökonomischer Distanzierung und politischer Entfremdung entstehen. Die Illusion, etwa unter den bekannten politischen Feldmarschällen



de Gaulle und Adenauer auch siegreich gegen die sozialistische Planwirtschaft Großbritanniens reiten zu können — die Illusion soll man gleich von vornherein aufgeben. (Zurufe: Sehr gut!)

Bei der Frage, ob eine Realisierung des Schuman-Planes oder des Schuman-Vorschlages in unserem Sinne möglich ist oder nicht, ist entscheidend eine Reihe von politischen und wirtschaftlichen Fragen, ist entscheidend die Frage nach dem Recht des deutschen Volkes, das Eigentum seiner schweren Industrien selbst zu bestimmen. Der europäische Übereifer der Großmanager und Schwerindustriellen scheint mir nämlich darin zu beruhen, daß sie beim Weg auf das Ziel zusammen mit der französischen Schwerindustrie die Eventualität des Ausweichens vor der Sozialisierung und vor dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter sieht. (Zurufe: Sehr richtig, sehr gut!) Darum erkläre ich: Voraussetzung jedes Mitmachens ist hier das Recht des deutschen Volkes, über sein Eigentum selbst zu bestimmen und es selbst zu verwalten.

Dabei, Genossinnen und Genossen, müssen wir wissen, daß die Sozialisierung in Deutschland und in der Hand von Vertretern der deutschen arbeitenden Bevölkerung die beste Garantie des europäischen Friedens ist, die es überhaupt gibt. (Bravorufe, Beifall.) Sozialisierung ist Menschwerdung der Arbeit, Sozialisierung ist Gestaltung und Förmung der Wirtschaft, aber vor allem: Sozialisierung ist Politik im Sinne der Freiheit und des Friedens! (Bravorufe.)

Nun haben wir dahinter auch die andere Frage zu lösen: Solche Unterhaltungen bekommen nur einen Sinn, wenn die permanente Drohung, das deutsche schwerindustrielle Eigentum einseitig internationalisieren zu wollen, endlich als politische Waffe vom Verhandlungstisch verschwindet. Denn diese Drohung, deren Verwirklichung letzten Endes in sich doch unmöglich ist — diese Drohung ist eine Vergiftung des französisch-deutschen Verhältnisses, da, wo es am besten sein könnte — nämlich zwischen den Arbeitern der beiden Völker.

Schließlich sind wir uns doch darüber klar, daß die Gleichberechtigung in der obersten Behörde, wie sie Monsieur Schuman verkündet, nicht nur eine Gleichberechtigung der Zahl im formalen Sinne des Wortes sein muß, sondern die Gleichberechtigung muß auch bestehen im Tatsächlichen, d. h. in der Möglichkeit zu verfügen, zu disponieren, zu gestalten. Wenn die französischen Schwerindustrien in diese oberste Behörde gehen, dann kommen sie unbehindert als französische Industrie. Wenn aber die deutschen Schwerindustrien in ihren entscheidenden Bestandteilen dahin gehen, dann kommen sie repräsentiert, geführt und gestaltet durch eine Reihe internationaler Besatzungsbehörden, vor allem durch die Ruhrbehörde, bei der sechs Signatarmächte natürlich eine andere Potenz haben als die Deutschen, bei der der andere Vertragspartner auch auf der deutschen Seite Mitglied der Ruhrbehörde ist, und eine Reihe von anderen eventuell Hinzutretenden auch auf der deutschen Seite vertreten sind.

Darum sage ich zur Sache und ich hoffe dabei auf die Zustimmung des Parteitages: Eine Realisierung des Schuman-Vorschlages und ein Weiterbestehen des Ruhrstatuts und ein weiteres Funktionieren dieser interalliierten Ruhrbehörde sind unvereinbar miteinander. Das eine oder das andere, beides zusammen ist für uns unmöglich und wird abgelehnt. Hinter allem aber steht der Versuch, uns auf dem Weg über Ideen, die aus der Geschichte der französischen und der deutschen Linken entstanden sind, die Zerstörung der Demokratie als Notwendigkeit aufzuschwatzen. Die Propaganda geht doch jetzt auf den Überstaat der industriellen Manager. Lesen Sie bloß, was ein nicht sehr kenntnisgesegneter Zeitschriftenjournalismus mancher Art hier auf einmal erklärt: Sozialdemokraten weg! Gewerkschaften weg! Unternehmerorganisation weg! Keine Kapitalisten im alten Sinne! Der neue Typ: Der Manager! (Heiterkeit.)

Ich glaube, daß man mit den Managern zum Teil auch ganz gut kann, wenn man Macht hat. Wenn man Macht hat, werden viele Manager aus gutem Willen das tun, was die Arbeitenden von ihnen verlangen. Aber die Manager über die Arbeitenden herrschen lassen, ist der Tod der Demokratie in Europa! (Beifall.) Der

Überstaat der Manager ist die Triumphpforte für den Einmarsch der nationalkommunistischen Ideen aus dem Osten. (Beifall.) Wenn hier das Wort Osten fällt, dann begreifen wir, daß alle diese Probleme nicht diskutiert werden können, ohne immer wieder nach dem deutschen Osten und der deutschen Einheit zu sehen. Dieses europäische Interesse an der deutschen Einheit zu schaffen, ist die internationale Aufgabe unserer Partei für die Entwicklung der nächsten Jahre. Dabei möchte ich meinem Freunde Erich Ollenauer recht geben: Wenn heute in diesen Worten und, wie ich hoffe, in der Diskussion, das Wort „Deutschland“ fällt, ist immer das ganze Deutschland gemeint. (Beifall.) Und wenn wir unseren Freunden im internationalen Sozialismus diese Idee und diese Forderung ans Herz legen, so dann mit der Begründung, daß der internationale Sozialismus und die internationale Demokratie keine Differenzierung und keine Rangordnung kennen darf. Die Internationalität beruht auf der Bejahung der Nation, und die Bejahung der Nation hat die Aufgabe, das Volk zur internationalen Zusammenarbeit fähig und geeignet zu machen. Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß, vom Politischen abgesehen, nicht mal im Propagandistischen die Bundesregierung oder das mit der Aufgabe betraute Ministerium auch nur die Spur einer Ahnung von einem politischen oder propagandistischen Plan hat. Genossen, dieser Plan aber ist notwendig. Seit 1945 hat die deutsche Sozialdemokratie, und besonders seit Januar, Februar 1946, zur Grundlage und dem Beginn jeder Einigungspolitik die gleichen, freien, direkten und geheimen Wahlen in allen vier Zonen und Berlins unter gleichen Voraussetzungen staatsbürgerlicher und persönlicher Freiheit gemacht. Nun, Genossen, was hat man in den letzten vier Jahren, ohne zu ahnen, damit der sowjetischen Politik Vorspann zu leisten, alles für glanzvolle Formulierungen produziert! Da haben wir die nationale Repräsentation gehabt, da haben wir den nationalen Konsultativrat und den Vorschlag der Repräsentation durch Persönlichkeiten gehabt, und in München ist ja der Gedanke eines nationalen Koordinierungsplanes noch heute nicht tot. Aber Genossen, alle diese Dinge bedeuten die Hineinbeziehung des Sowjetismus als eines aktiveren, die Demokratie zerstörenden Faktors in die deutsche Einheitspolitik, und auch nur die kleinste Konzession wäre die Aufgabe der Demokratie als des Problems für ganz Deutschland gewesen. Wir begrüßen es, daß die Amerikaner diese Anregung aufgenommen haben. Wir begrüßen es auch, daß die Bundesregierung alle diese alten Pläne, die zum Teil von Männern aus ihren Reihen stammen, zur Seite legte und die Frage nach den Wahlen erhob. Und jetzt möchte ich eines sagen: Erhebt man diese Frage und kennt man die Schwierigkeiten, die sich ihrer plötzlichen Beantwortung entgegenstellen, dann soll man die Frage auch in ihrer letzten Konsequenz stellen! Es ist wenig sinnvoll, eine allgemeine Nationalversammlung zu wählen und ihr die einzige Aufgabe der Schaffung einer Verfassung zu geben. Es ist sinnvoll, diese Aufgabe zu erweitern zu der Aufgabe, alle denkbaren Funktionen des Parlaments in Gesetzgebung und Kontrolle zu übernehmen und eine Regierung aus diesem Parlament zu bilden, eine Regierung in Berlin. (Beifall.) Wenn wir nämlich in die Ostzone gehen würden, dann haben wir die Verpflichtung, die Kämpfer aus unseren Reihen nachher auch praktisch zu schützen, und schützen können wir sie nur, wenn eine zentrale Regierung da ist, deren Innenminister die starke Polizeigewalt in gleicher Entschiedenheit und Möglichkeit für alle 18 Länder dieser neuen deutschen Bundesrepublik hat. (Starker Beifall.) Wir wollen Pankow ausschalten und Bonn auf die höhere Ebene erheben, wenn es den kommenden sozialen, nationalen und internationalen Aufgaben gerecht werden soll. Wenn diese Hindernisse jetzt unübersteigbar erscheinen — die Probleme sind doch da! Gehen wir nicht an sie heran, greifen wir sie nicht an, dann kommen sie zu uns. Das beste Beispiel ist doch Berlin. Sie können doch die Existenz Berlins nicht negieren, und Sie wissen doch, daß vom ersten Tage, vom Mai 1945 an, die Eroberung Berlins das erste politische Ziel der Sowjets östlich der Elbe gewesen ist und noch heute ist. Und die Eroberung Berlins durch die Sowjets wäre die erste Möglichkeit, dem östlichen Nationalkommunismus einen auch im Westen blendenden Schwung zu verleihen. Wir bedauern es, daß die deutsche Bundesregie-

rung ihre Aufgabe in Sachen deutscher Einheit und Stützung Berlins nicht voll begreift, sonst wäre die zögernde und unentschiedene Haltung bei der Regulierung einer Reihe von finanziellen und wirtschaftlichen Fragen nicht denkbar. Sonst wäre auch nicht denkbar diese partikularistische Konkurrenz z. B. bei der Einrichtung von Behörden da oder dort. Wir können doch nicht mit dem Rechenstift eines Finanzbeamten ein Problem lösen, das von A bis Z, im Kern und in der Höhe, ein zentrales politisches Problem ist.

Gerade die Verselbständigung der deutschen Außenpolitik legt der Bundesregierung gegenüber Berlin neue zusätzliche Aufgaben auf. Wir rechnen mit der westlichen Hilfe und gerade in dieser Frage auch mit der Hilfe der Amerikaner. Aber wir in Deutschland, auch in Bonn und in München und draußen in der Welt, nicht nur in Washington, sondern auch in London und Paris, sollen eines begreifen: Berlin ist der Anspruch der Demokratie auf ganz Deutschland. (Lebhafter Beifall.) Berlin ist ja unser deutscher Anspruch auf Mitteldeutschland und den deutschen Osten. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Und darum, wer te Genossen, wird nach der Klärung der Probleme mit den allgemeinen Wahlen in allen vier Zonen und den vierrektoralen Wahlen, im Falle der endgültig oder für die nächste Zeit endgültig erscheinenden negativen Beantwortung der deutschen Forderung, eine deutsche Aufgabe akut, eine Aufgabe, die wir nicht den Engländern und den Amerikanern überlassen können. Wir müssen überhaupt aus dem Stadium heraus, wie manche Kreise rechts von der Sozialdemokratie die Welt so zu betrachten, als ob die nationale Einigung der Deutschen eine patriotische Pflicht der Amerikaner sei. Nein, nein, das ist unsere Aufgabe. Und die Frage nach der Ehrlichkeit des Einheitswollens, die Frage der Stabilität und Sicherheit der nationalen Konzeption der Bundesregierung, wird sich jetzt erheben, und wir werden nicht ruhen und rasten, die Frage Berlin auf dem von mir geschilderten Wege zu stellen: Berlin als zwölftes Land in die Deutsche Bundesrepublik! Wir werden anerkennen die Wichtigkeit der Demokratie als staatspolitischen und klassenpolitischen und moralischen Faktor, dann müssen wir bei der Basierung der Demokratie das ökonomische Prinzip stärker als bisher in Westdeutschland auf seine Tauglichkeit für die Stärkung der Demokratie in ihren innen- und außenpolitischen Aufgaben untersuchen. Die große Frage der wirtschaftlichen Zersetzung in Westdeutschland, das Unnötige an der wirtschaftlichen Degradierung des Nicht-Erreichen-Könnens, was möglich ist, das ist doch die Frage einer Wirtschafts- und Kreditpolitik in einem Mangel an Planung, Lenkung und Kontrolle, vor allem in der Ausstattung mit Kapitalien und Krediten. Diese negative Politik, die die Arbeitslosigkeit erzeugt und die Real-löhne und Renten und Preise drückt oder hochhebt, ist eine Politik, die vom Klassenegoismus geführt wird. Wir haben die für jeden Kapitalismus notwendige Planung und Lenkung deswegen nicht, weil sie nicht eingeführt werden kann ohne Beschneidung der Gewinne. Aber man kann einen Nationalkommunismus, eine aus sozialem Empörungswillen gespeiste Bewegung nicht abwehren mit der Stabilisierung des Kapitalismus und den Methoden des Bonner Kabinetts. Dieselben Kreise, die die Nutznießer der Inflationsperiode waren und die dadurch auch die politische Macht erhielten, sind heute noch die Nutznießer durch den Kapitalismus und Gewinnquoten in einem früher nicht gekannten Umfange. Ihre Politik ist das Ausweichen und die Verhinderung des Lastenausgleiches, und unsere Politik ist das Erreichen nicht nur einer Vermögens-, sondern auch einer Einkommensumschichtung durch den Lastenausgleich.

Den Menschen von heute fehlt noch die Sicherheit der sozialen Reservesubstanzen. Ein Arbeitsloser verliert doch nicht nur sein Einkommen, sondern das trifft doch eine sozial abgemagerte Existenz, die keine Subsistenzmittel an Kleidung, Wohnung usw. hat. Mit anderen Worten, ohne hier die Wirtschaft untersuchen zu wollen und wirtschaftliche Richtlinien entwickeln zu wollen, müssen wir hier hinweisen auf das, was zwangsläufig bei der Entwicklung des Rechtsradikalismus ist, aus dieser Wirtschaftspolitik des Verdienertums heraus, aus der Hilfeleistung der Bundesregierung bei dieser Wirtschaftspolitik und aus der sozialen Passivität. Seien

wir uns doch darüber klar aus unseren eigenen bitteren Erfahrungen, trotz größter Arbeit und größter Leistung so vieler von uns und so vieler Männer, denen wir unser Vertrauen geschenkt haben und schenken: Die erzwungene und klassenpolitisch-motivierte (das ist gleichgültig) soziale Passivität der Regierung ist die Keimzelle des Faschismus und der Diktatur.

Der Genosse Veit wird ja Gelegenheit haben, diese ökonomischen Voraussetzungen und diesen unseren Zwang zu einer Politik der sozialökonomischen Strukturänderung in großen Zügen zu entwickeln. Aber diese soziale Frage, wie ich sie jetzt anskizziert habe, entscheidet doch tatsächlich über Neubildung, Form und Inhalt der politischen Parteien. Ich befürchte, daß außer der Nutzbarmachung einer nationalistisch-diktatorischen Erbmasse aus den letzten Jahrzehnten und außer den Konsequenzen fehlerhaften Verhaltens des einen oder des anderen Alliierten in dem einen oder anderen Falle die soziale Passivität der Bundesregierung bereits die Möglichkeit zur Bildung einer neuen großen Rechtspartei, die sich an demokratische Spielregeln unter allen Umständen halten würde, zerstört.

Die soziale Inferiorität, zu der Millionen von Existenzen gezwungen werden, die begünstigt und verschlechtert worden ist durch die Agonie, die Planlosigkeit und Einfallslosigkeit und den Mangel an Phantasie und Gestaltungskraft bei der Bundesregierung, sie haben den Rechtsradikalismus zur Massenbewegung in Deutschland gemacht.

Seien wir uns darüber klar: Geordnete Staatswesen tragen die Folgen sozialer Krisen und die großen Perioden der Arbeitslosigkeit nur wirtschaftlich. Aber im Entstehen begriffene Demokratien tragen diese Krisen in ihren Folgen nicht nur wirtschaftlich und sozial, sondern vor allem politisch. Darum ist der Kampf um die soziale Struktur unseres Volkes der entscheidende Teil des Kampfes gegen den Rechtsradikalismus und für die Etablierung der Demokratie in Deutschland.

Die Rechtsparteien versuchten nun, den Prozeß der weitgehenden Zerstörung und noch weitergehenden Deformierung der Wirtschaft, bei der die Zerreißen Deutschlands eine große Rolle spielt, auf dem Wege über eine Agitation, die psychologisch und sozial weiter deformierend wirkt, zur politischen Deformierung, ausgedrückt durch die extremen Rechtsparteien, auszunützen.

Die Großbürger in Deutschland und in Europa haben nichts aus den furchtbaren Lehren der letzten Zeit gelernt. Nicht einmal die Tatsache, daß Rotchina entstanden ist als das Ergebnis unterlassener sozialer Reformen, hat sie auf den Damm gebracht. (Sehr richtig!)

Für die Akteure, die in gewollter Unbelehrbarkeit den Herrschaftsanspruch der Arbeitsunwilligen und der zur Sachlichkeit Unfähigen anmelden, ist doch die heutige demokratische Periode bloß der heute noch leere Zwischenraum zwischen zwei Diktaturen. Sie beklagen, daß die vergangene Diktatur nicht geschickter war, beschwören die kommende Diktatur, die ihre eigene Diktatur sein soll, geschickter und praktischer zu machen. Die Hauptziele der Agitation dieser Gruppen sind doch die vom Leben Abgedrängten und Entrechteten.

Es besteht Gefahr für den demokratischen Staat, wenn die bisherige Methode der Bundesregierung angewandt wird, die vom Leben Bedrängten, die um Hilfe rufen, als einen Haufen lästiger Ansprucherheber zu behandeln. Das letzte Beispiel bietet doch wohl, was psychologisches Mißgeschick und bürokratische Wahnvorstellung von der eigenen Bedeutung und der Unwertigkeit der anderen Menschen angeht, die Behandlung der Heimkehrer.

Seid doch darüber im klaren: Wir haben ein großes Recht und erfüllen eine unerläßliche Pflicht, wenn wir die Stimme für die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen erheben! (Beifall.)

Aber zeigen wir doch, bitte, mehr seelische Aufgeschlossenheit, Bereitschaft und Leistung in der Behandlung derjenigen, die bereits aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt sind.

Und lassen wir uns von demselben Geiste bei der Behandlung der Kriegsoptionen tragen. Sehen Sie, ich spreche für ein neues Bundes-Versorgungsgesetz, für ein

neues Schwerbeschädigten-Unterbringungsgesetz sowie für eine Reihe anderer Gesetze sozial-fürsorgerischen Charakters.

Aber seid Euch ebenfalls im klaren: Sozialpolitik und Fürsorgepolitik ist unentbehrlich, gut und notwendig. Aber sie ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist doch der Einbau aller Menschen mit verringerten Lebenschancen in den Produktionsprozeß. (Sehr richtig!) Das sind die Kriegsoffer. Aber das sind auch die Heimkehrer, und das sind die Vertriebenen aus dem Osten. (Beifall.)

Aber ich will noch etwas sagen: Wenn ihr eine reduzierte Arbeitskraft eines körperversehrten Kriegsbeschädigten an die richtige Stelle im Produktionsprozeß einbaut, leistet er in fast allen Fällen fast dasselbe wie ein Gesunder. Und wenn wir die wirtschaftlichen und finanziellen Aufwendungen für die Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes für einen Ostvertriebenen betrachten, ist die Ausgabe nicht größer, als es die Kosten für die Wiederherstellung eines zerstörten Arbeitsplatzes eines Einheimischen sind.

Vergeßt dabei nicht: Konzentriert unsere politische Kraft nicht auf den Appell an den Gruppenegoismus, konzentriert sie auf eine Politik der Gemeinsamkeit aller Geschädigten.

Hier ist die Linie der Gemeinsamkeit mit den Lohn- und Gehaltsempfängern, die heute im realen Lohn und bestimmt im relativen Lohn, das heißt im Anteil der Arbeitslöhne gegenüber dem ganzen Sozialeinkommen, ebenfalls betroffen sind.

Gegenseitige Impulse und Organisierung und Durchdringung der Massen im Sinne der gegenseitigen Solidarität können hier von entscheidender Bedeutung werden.

Nun, Genossinnen und Genossen, wird dieser Prozeß des Hereindringens unter nationalistischen Vorzeichen auch getragen von den Kommunisten. Wenn ich sage, von den Kommunisten, meine ich nicht allein oder in erster Linie die Kommunistische Partei. Wir sollten einmal über kurz oder lang uns doch entschließen, die Infiltration der angeblich unpolitischen Organisationen und der deutschen Rechtsparteien durch die Kommunisten dem kritischen Urteil der Öffentlichkeit zu übergeben. (Zurufe: Sehr richtig!)

Ich will hierbei nur darauf hinweisen, daß ja die Kommunisten auch eine wunderbare geistige Ahnenreihe des Nationalbolschewismus, des Nationalkommunismus und, ich möchte sagen: des nationalistischen Militärkommunismus haben.

Sie, Genossinnen und Genossen, erinnern sich doch, daß in der Weimarer Republik das Jahr 1923 die praktische Geburtsstunde eines deutschen Nationalkommunismus als Ausfluß der Karl-Radek-Politik gewesen ist. Und Sie wissen ja, was danach gekommen ist.

Sie wissen ja, wie es von da zu Niekisch und Scheringer ging, zur Einheitsfront, zur Volksblockregierung, zum demokratischen Block der Ostzone und jetzt zur Nationalen Front der SEP-Kommunisten und ihrer bürgerlichen Satelliten.

Alle diese Kreise funktionieren bewußt oder unbewußt im selben System. Und wenn in den Reihen des Rechtsextremismus in Deutschland noch keine endgültige Sammlung und Klärung und keine, möchte ich sagen, gestaltende Führungspersönlichkeit herausgetreten ist, so seid euch auch alle darüber klar, daß alle von ihnen beseelt sind von den Spekulationen, die Herr Otto Strasser in einem Brief vom 13. Februar an einen Freund machte, in dem er, prophetischer Weisheit voll, erklärte, die Amerikaner würden jetzt die Sozialdemokraten mit in die Bonner Regierung hineinziehen — „Du ahnungsvoller Engel, du!“ (Gelächter.) Jetzt zitiere ich den Brief Herrn Otto Strassers wörtlich: „Sie werden sehen, wie gern die SPD an die Futterkrippe geht, und wie undemokratisch sie dann regieren wird. Rabbi und Mönch bilden eine besonders widerwärtige Koalition. Andererseits ist für die Zukunft gut, wenn sich die SPD jetzt mitruiniert und nicht später die Rolle einer nationalen Oppositionspartei spielen kann. Auf diese Weise gerät sie völlig in die sichere Pleite von Bonn hinein.“

Nicht wichtig ist der geringe Grad der politischen Denkkraft in diesem Urteil; wichtig ist die politische Absicht (Zurufe: Sehr richtig!) — bei dem Manövrieren-

trag dieser Richtung zur Gruppierung der deutschen Sozialdemokratie in ein bestimmtes politisches System.

Alle diese Rechtskreise sind besessen von einer neuen Elitetheorie. Sie glauben, Elite zu sein. Aber sie sind nicht Elite der Leistung, sondern sie sind eine selbst-ernannte und absterwählte Elite frecher und dummdreister Anspruchsteller. (Beifall.) Sie negieren alles, aber sie predigen den Mythos ihrer eigenen Klasse und erkennen nichts an als sich selbst. Wenn wir die Bewegungen einmal untersuchen: Die Rechtsparteien, die Kombinationen zwischen Rechtsparteien, die Gruppierungen, die die Absicht haben, Parteien zu werden, die sogenannten Unabhängigen, die das Abhängigste sind, was es gibt, denn sie sind von einzelnen Geldgebern abhängig, und die Untergrundorganisationen — dann findet im Moment das größte Interesse die Hintergrundorganisation etwa ausgedrückt durch das Wort „Bruderschaft“. Die Menschen sind nicht interessant. Und ob da ein früherer Gestapoagent höhere Geschichtsphilosophie betreibt und Feldmarschälle ihn dabei als Kameraden betrachten — das ist eine Angelegenheit des persönlichen Reinlichkeitsbedürfnisses, in die mischen wir uns nicht ein. Aber, Genossen, die Konzeption ist doch, aus der Tatsache eines früher innegehabten höheren militärischen Dienstgrades jetzt die Berechtigung für einen politischen Führungsanspruch herzuleiten. (Zurufe: Sehr richtig!) Seien wir uns darüber nicht im unklaren, diese Hintergrundleute haben auch auf viele enttäuschte junge Menschen, die genau wissen, daß das Dritte Reich das Verderben und das Unglück war, jetzt noch einen gewissen Einfluß. Darum möchte ich warnen vor der demokratischen Selbstgenügsamkeit, immer nur den Nachwuchs zur Führung und Leistung und Heranziehung in den eigenen Reihen zu suchen. (Beifall.) Ich spreche von der Offenheit gegenüber den Trägern des Geistes, den Intellektuellen, dem Mittelstand, den Kleinbauern, aber ich spreche von etwas anderem auch noch und vornehmlich. Es gibt auf die Dauer keine Demokratie mit Massenunterschieden von zweierlei Staatsbürgern. Und wenn es unsere Pflicht ist, gegen die Schuldigen, gegen die Nutznießer und Profiteure des Nazismus vorzugehen, dann ist es unsere Pflicht, den Irrenden, besonders den aus Idealismus Irrenden der jüngeren Generation, mehr aktive Teilnahme zuzuwenden als bisher. (Starker Beifall.)

Sie sehen doch jeden Schwerindustriellen, Schwerverdiener, Großverdiener und Profiteur des Krieges und des Dritten Reiches heute wieder in Deutschland enorm in unbekanntem Umfang verdienen. Sie sehen diese Leute auch bereits wieder, wie sie in internationalen Kartellen begrüßt werden und verdienen. Sie sehen maßgebende Beamte des Dritten Reiches auf ebenso maßgebenden Stellen der Bonner Bundesregierung. (Sehr richtig! Hört!) Und Sie sehen, daß diejenigen, die nicht gestaltet haben und deren Wollen ebenso sauber war, wie die Praxis der herrschenden Horde im Dritten Reich unsauber und blutig war, die sehen wir auf einmal als unverbesserliche Nationalisten und Militaristen und Naziaktivisten abgedrängt. Nein, nein, zur Gerechtigkeit gehört etwas mehr Hineinfühlen und etwas mehr Abwägen, als es in Deutschland üblich ist. Wir müssen allen diesen jungen Menschen helfen — sie nicht nur allein schützen vor dem Entnazifizierungsprozeß — ein Schutz, der praktisch heute leider noch manche Lücke aufweist, auch bei den Heimkehrern; ein Problem, auf das ich hier ausdrücklich hingewiesen haben möchte. Wir müssen ihnen nicht nur helfen bei der Öffnung des Weges zur beruflichen Befriedigung, sondern wir müssen erkennen, das Problem hat sich von dem Schützen und Helfen im naiven Sinne des Wortes längst weiterentwickelt. Heute geht es darum, die Parteivergangenheit junger Idealisten, die militärische, auch berufsmilitärische Tätigkeit junger Soldaten in einem Volk, in dem alle jungen Leute Soldat waren, nicht zur Diffamierung und Degradierung persönlicher Konkurrenz auszunützen. (Sehr gut! Beifall.) Heute wissen wir, wir können keinem einzelnen die Verpflichtung zur inneren Umkehr und Abkehr abnehmen, und wir wissen bei keinem einzelnen Menschen, inwieweit das der Fall ist. Aber wir haben nicht das Recht, wohlmeinende, vom Arbeitsdrang und Gestaltungswillen ergriffene Menschen abzudrängen vom Leben und von der Geltung im Leben der Politik. (Beifall.) Kein

Volk hat das Recht, das politische Menschheitsvermögen, das in dem Idealismus von Millionen gutwilliger Menschen liegt, unbeackert beiseitezulassen. Jeder Demokrat hat aber die Pflicht, die Erziehung zur Demokratie und die Funktion und die Geltung in der demokratischen Politik auch für diese jungen Menschen freizumachen. (Beifall.)

Es wird heute kaum jemand mehr umworben als die nachrückende und nachdrückende Generation, und ich möchte dabei sagen, daß nicht nur der extreme Rechtsradikalismus, sondern auch ein Teil der bürgerlichen Mittelparteien und der Regierung einmal versuchen, diese Kräfte heranzuziehen, aber auch versuchen, die Unbelehrbaren, im speziellen die Militär-Eliten, die heute politische Ansprüche erheben, für sich zu aktivieren, bzw. die Eliten machen den Versuch, in den weichen Körper der Regierungsparteien hineinzugehen und ihre Meinung zu gestalten.

Und das ist gar nicht so schwer, denn Berührungspunkte ergeben sich in der gemeinsamen Verantwortung für die Autorität. Wenn wir heute Theorie und Praxis der Bundesregierung anschauen, dann werden Sie sehen, es ist da mehr vom Geiste Wilhelms II. und von dem Austrofascismus der Dollfuß und Schuschnigg lebendig als einer lebendigen deutschen Demokratie gut tut. (Sehr richtig.) Wir erleben ja den Versuch, das Parlament permanent zurückzudrängen, zugunsten der autoritären Führungsansprüche der Regierung, und die Theorie von der Prärogative der Regierung aus eigenem Recht ist die Verleugnung der parlamentarischen Demokratie — des Prinzips, auf dem das Bonner Grundgesetz beruht. Aber das Vorgesetztenverhältnis zwischen Regierung und Parlamentariern bedeutet den Weg zum autoritären Staat mit einem Maximum von Einhaltung legalistischer Gesten. Wir sehen ja, daß der Kampf gegen den Rechtsextremismus von der Regierung nicht geführt wird, und wenn sie jetzt durch den Druck der Sozialdemokratie und durch ängstliche Seitenblicke auf die außenpolitische Situation endlich zu einem Gesetz kommt oder zu einer Reihe von gesetzlichen Bestimmungen, die das Gesetz gegen die Feinde der Republik, wie es die Sozialdemokratie vorschlägt, ersetzen sollen — nun, dann will ich jetzt über den Inhalt nicht reden. Ich will bloß sagen, in den Händen, wie sie heute die öffentliche Ordnung und besonders die Justiz in Deutschland zu wahren haben, wird möglicherweise kein Gesetz funktionieren, und deswegen gilt es für uns, permanent auf dem Posten zu sein. Sehen Sie, die Kritik des Parlaments an der Regierung beantwortet die Regierung nicht durch Erklärung des Mangels ihrer Leistungen und Besserwerden in ihren Leistungen, sondern sie beantwortet sie durch eine Kritik am Parlament. Wenn Sie einmal die praktische Methodik der Bundesregierungspolitik und der Parteien dieser Bundesregierung im Bundestag betrachten, dann werden Sie sehen, daß entweder im Plenum oder den Ausschüssen von dieser Seite das Budgetrecht im Parlament, das Kontrollrecht, Initiativrecht und das Interpellationsrecht weitgehend verweigert wird. Heute spielen sich Kämpfe zwischen der Regierung und der Opposition ab, die bei einem Parlament, das seinen eigenen Wert und seine eigenen Notwendigkeiten erkannt hätte, Kämpfe sein müßten zwischen Regierung und Parlament. Die vorgerückte Zeit zwingt mich, die beabsichtigte Untersuchung der Justizkrise in ihren objektiven Voraussetzungen zu unterlassen. Nur eins will ich sagen: Wir müssen mit allen Kräften kämpfen und können und dürfen um den Preis des Zusammenbruchs des demokratischen Staatslebens nicht zulassen, daß mit juristischen Mitteln das Recht gebeugt wird und Unrecht und das Verbrechen der 12 Jahre zu einem schutzwürdigen Bestandteil des öffentlichen Lebens von heute gemacht wird. Wir müssen uns solidarisch erklären mit allen Widerstandskämpfern im Innern und allen Emigranten, die von außen das Dritte Reich bekämpft haben, denn jede Handlung gegen die blutige Gewaltherrschaft war eine Handlung für den Frieden, für die Menschheit, war eine nationale Verpflichtung, um Menschenleben zu retten und Werte zu erhalten. (Beifall.)

Auch die politische Methode der Regierung in ihrer Planlosigkeit, ihrer Konzeptionslosigkeit, ihrem Unvermögen des Geistes zu erkennen und danach zu handeln, und in der Unzuverlässigkeit gegenüber eigenen Versprechungen, will ich im ein-

zelen nicht mehr diskutieren. Nur eins sei gesagt, der Bundeskanzler hat der Leitung der Opposition versprochen, keinen Schritt zu unternehmen in Sachen des Saargebietes und der Europafrage, ohne die Opposition vorher zu informieren.

Am Montag, dem 16., hat der Bundeskanzler einen höheren Beamten zu mir geschickt; er kam gegen 17 Uhr bei mir an und erklärte mir, am nächsten Tage würde der Bundeskanzler den Eintritt Deutschlands in den Europarat im Kabinett durchsetzen. Also nichts vorher gesagt. Als ich das Radio andrehte, erfahre ich, daß schon eine Stunde, bevor der Beamte zu mir sprach, der Bundeskanzler auf dem CDU-Parteitag, also öffentlich, den Beitritt Deutschlands zum Europarat angekündigt hatte. (Hört, hört!)

Nichts sollte in der Saarfrage geschehen ohne unsere Zustimmung. Die zweite Saarnote ist abgeschickt worden, ohne daß wir unterrichtet wurden. Es ist vielleicht in der Geschichte der parlamentarischen Demokratie eine Einmaligkeit, daß ich erklären muß: Ich kenne heute noch nicht den Inhalt der Saarnote, die die Bundesregierung vor mehr als 14 Tagen abgesandt hat!

Nun sagen unsere Kritiker, die Sozialdemokratie sei negativ. Jawohl, die Sozialdemokratie hat „Nein“ gesagt, aber immer war es zu gleicher Zeit ein realistisches, positives, durchdachtes „Ja“.

Sie hat Nein gesagt zur Oder-Neiße-Linie. Damals hätten viele Leute, auch in der deutschen Politik, gewünscht, daß wir Ja sagten. Vielleicht wünschen viele Leute das auch heute noch. Wenn wir Nein gesagt haben, dann haben wir Ja gesagt zum freien Selbstbestimmungsrecht der Völker, auch des deutschen Volkes, auch nach dem Verbrechen der zwölf Jahre. (Beifall.) Aber was wäre, wenn wir Ja gesagt hätten? Wo wäre heute die humanitäre und nationalpolitische Legitimation der deutschen Demokraten, wenn wir Ja gesagt hätten?!

Wir haben Nein gesagt zum Verlangen der Sowjets auf Zwangsvereinigung mit den Kommunisten. Wir haben damit Ja gesagt zur Unverzichtbarkeit der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit. Was wäre aus Deutschland geworden, wenn wir Ja gesagt hätten? (Sehr gut!)

Die Sozialdemokratie hat Nein gesagt zu einer Reihe von Forderungen der Alliierten, besonders in einer Gruppe von Forderungen vom 2. März 1949 zum Bonner Grundgesetz. Wir haben damit Ja gesagt zum deutschen Staat, und die Bundesrepublik mit der Durchsetzung dieses Ja überhaupt erst lebensfähig gemacht. Was würde denn die Bundesregierung tun, wenn ihre Politik im März/April 1949 gesiegt hätte und nicht der 20. April 1949 überhaupt erst die Grundlage für jede deutsche Staatspolitik geschaffen hätte? (Beifall.)

Die Sozialdemokratie hat Nein gesagt zum Ruhrstatut. Sie hat damit Ja gesagt zum Gedanken der internationalen Sozialisierung und der nationalen Sozialisierung. Sie hat damit Ja gesagt zu dem gleichen Recht des deutschen arbeitenden Menschen, sein wirtschaftliches Schicksal selbst zu bestimmen, wie es jeder andere auch hat. Wie wäre die nationale Diskussion, wenn wir zusammen mit dem großen Kapital von vornherein Ja gesagt hätten? Über welche Probleme würde man denn heute diskutieren?

Die Sozialdemokratie hat Nein gesagt zum Petersberger Abkommen. Sie hat damit Ja gesagt zu der Pflicht der Wiedergutmachung durch die Deutschen. Die Sozialdemokratie hat Ja gesagt vor allem zur internationalen Solidarität der Vernunft in der Demokratie. Wenn wir zum Petersberger Abkommen Ja gesagt hätten, dann wäre nicht nur die Regierung bloßgestellt, dann wären nicht nur die Alliierten mit der Erfolglosigkeit des Abkommens belastet, sondern wir hätten uns blamiert. Die Solidarität der Blamierten schätzen die Sozialdemokraten nicht.

Die Sozialdemokratie hat Nein gesagt zur rechtswidrigen, machtpolitischen eindeutigen Herauslösung des Saargebietes aus dem deutschen Staatswesen. Sie hat damit Ja gesagt zu dem unverzichtbaren Grundrecht und der Gleichberechtigung



aller Deutschen gegenüber allen anderen Völkern. Wenn sie im Westen hier zu diesem Vorgang Ja gesagt hätte, dann wäre der Kampf im Osten entscheidend geschwächt worden.

Es gibt eben keine Politik verschiedener Gradüerungen, es gibt Dinge der politischen Moral und des Rechts, die kann man nicht beschneiden und die kann man nicht für verschiedenen Gebrauch in verschiedenen Preislagen führen. Genossen, ein Prinzip der Politik ist nicht die Agitation des Gemischtwarenladens und des Warenhauses. Prinzipien sind unvertauschbar und unauswechselbar. Und diese Prinzipien und ihre Hochhaltung, sie üben die magnetische Kraft auf die unterdrückten Menschen des Ostens aus.

Wahren wir diese Prinzipien nicht mehr, dann wissen die versklavten Menschen des Ostens nicht, an welchem realen und erkämpften Ideal sie ihren Mut wieder hochranken sollen.

Und die Sozialdemokratie hat Nein gesagt zu dem Ersatz-Europa von Straßburg, unter den Modalitäten der Heranziehung des Saargebietes. Sie sagte damit Nein zu allen konservativ-, klerikal-, kapitalistisch-kartellistischen Versuchen, ein Europa zu schaffen, das aus seiner kapitalistischen Struktur und seinem Mangel an Demokratismus und sozialer Potenz ein leichtes Opfer des östlichen Ansturms wäre.

Sie sagt aber aus ganzem Herzen Ja zu dem Europa der gleichberechtigten, freien Völker. Würde die Sozialdemokratie jetzt Ja sagen, dann wäre sie der Taufpate des neuen, kommenden Massennationalismus in Deutschland. Ihre Aufgabe aber ist, durch Wahrung der nationalen Rechte den Nationalismus unmöglich zu machen und ihn unter Zustimmung des ganzen Volkes zerschlagen zu können. Die deutsche Sozialdemokratie hat oft Ja gesagt, 1945, ihre Leistungen in den Gemeinden, in den Kreisen, in den Ländern sprechen diese Sprache. Sie hat Ja gesagt zu jedem positiven, sozialen und wirtschaftsfördernden Gesetz, sie hat Ja gesagt zu jeder Festigung der demokratischen Politik. Und wie sehr sie Ja gesagt hat, wird Ihnen Ollenhauer ja wohl in seinem Referat über die Tätigkeit der Bundestagsfraktion erzählen.

Aber die Sozialdemokratie sagt Ja zu dem Versuch, durch Menschwerdung der Arbeit die Demokratie krisenfest zu machen. Sie sagt damit Ja zu dem Wunsch der arbeitenden Massen, repräsentiert durch die Gewerkschaften, das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht in den Betrieben durchzuführen. Wir sind der Meinung, daß dieses wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht in dem Prozeß der großen klassenpolitischen Auseinandersetzung in allernächster Zeit schon eine ähnliche Rolle spielen wird, wie der Kampf um das allgemeine Wahlrecht zu Zeiten Ferdinand Lassalles. (Starker Beifall.)

Genossinnen und Genossen, und wenn die Gewerkschaften in den Aufsichtsräten und Wirtschaftsbeiräten der Unternehmungen vertreten sein sollen, dann ist das doch kein Privileg der Gewerkschaften, sondern dann ist das ein Anspruch der Arbeitnehmer im Betrieb. Sie haben das Recht auf Vertretung durch die Organisationen ihrer Klasse, mit aller Kenntnis und dem ganzen wissenschaftlichen und erfahrungsmäßigen Apparat der Organisationen dieser Klasse. Die andere Seite kennt ja im Aufsichtsrat nur betriebsfremde Elemente, das schreibt ja das Handelsgesetzbuch vor. (Sehr richtig, starker Beifall.)

Die andere Seite organisiert doch die Wirtschaft so, daß die Manager sich gegenseitig zu Aufsichtsräten ernennen und damit die kollektive Solidarität der Ausbeutung und des Unternehmertums gegenüber einer Arbeiterschaft etablieren, die sie, betriebsisoliert, leicht gängeln möchte. Und sie übersehen dabei, daß dieser opportunistische Betriebspatriotismus wohl in ruhigen Zeiten einem Teil von ihnen eine gewisse Chance geben kann, daß aber in Zeiten umgestaltender krisenhafter Verhältnisse daraus oft ein ebenso primitiver, revolutionistischer Syndikalismus entstehen kann, der nicht nur den Staat, sondern die Wirtschaft gefährdet.

Es ist an der Zeit zu erkennen, daß dieser Regierung zum Regierenkönnen und Erfolghaben vor allem eins fehlt: die Gemeinsamkeit einer großen Erkenntnis und einer Überzeugung in Zielsetzung und Vorausschau. Dieser Mangel an Planung führt zum Mangel an Ideen, führt zum Mangel an Gestaltungskraft und führt zum Mangel an Leistung.

Die Sozialdemokratie kann sich nicht verbrauchen lassen im Dienste oder durch Miniaturkompromisse gegenüber diesen Plänen, Intentionen und Stellungnahmen. Die Sozialdemokratie kann der Regierung nicht die Priorität lassen, ihrerseits der große Initiator und Anreger zu sein, sondern die Sozialdemokratie muß selbst anregen, muß selbst vorausschauen — und muß das dokumentieren, auch parlamentarisch-gesetzgeberisch.

Wenn Sie die Geschichte der letzten acht Monate betrachten, und es tut mir leid, es sagen zu müssen, dann war es keine sehr schwere Aufgabe, in Erkenntnis, Geist und Tempo, einen nicht unbeträchtlichen Vorsprung vor der Bundesregierung zu haben.

Die Sozialdemokratie als eine Partei, die um den Preis der Selbstzerstörung nicht darauf verzichten kann, die Welt nicht nur verbal anders zu interpretieren, sondern immer wieder anzustürmen, um nach einer großen zentralen Idee die Welt entscheidend zu verändern — und ich glaube, die Welt ist international, sozial und national verdammt veränderungsbedürftig —, diese Sozialdemokratie ist nicht im luftleeren Raum.

Genossen, in der Diskussion soll jeder sein Argument vortragen, aber niemand sollte sagen, daß wir gewisse Realitäten nicht sehen. Wenn Ihr uns einen Vorwurf machen könnt, dann ist es vielleicht der, daß wir uns von manchen Realitäten sehr stark bedrücken lassen. Aber wir können und dürfen unsere Aufgabe nicht als eine Last empfinden, sondern diese muß uns einen Stolz darauf geben, daß es uns erlaubt ist, unter dieser geistigen Fahne für diese menschlichen Ziele als Volk und als Klasse kämpfen zu dürfen. Und wenn wir uns schon in der einen oder anderen Frage irren, unsere feste Überzeugung ist, daß unsere große Linie richtig ist.

Eins sollen wir nie vergessen: wir wollen uns durch keine Gewalt der Welt zwingen lassen, etwas für richtig zu erklären, von dem wir genau wissen, daß es falsch ist.

Eins müssen wir immer tun: wir müssen in jeder Situation den Mut haben, für die eigene von uns erdachte positive Konzeption einzutreten.

Es gibt nur eine Wahrheit und Freiheit für alle Menschen, das ist die Grundlage unserer Politik in unserem Lande und in den internationalen Zusammenhängen gegenüber unseren sozialen Verpflichtungen.

Genossinnen und Genossen: Eine Wahrheit und eine Freiheit!  
(Minutenlang anhaltender starker Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Genossinnen und Genossen! Das Präsidium ist sich einig darin, Ihnen vorzuschlagen, daß wir jetzt zunächst eine viertelstündige Pause eintreten lassen, und wir bitten, daß sie auch eingehalten wird, damit wir dann um fünf Minuten vor zwölf anfangen können mit dem Referat des Genossen Ollenhauer und den Nachmittag frei haben für die Diskussion der beiden Referate. Ist der Parteitag damit einverstanden, dann machen wir jetzt bis fünf Minuten vor zwölf eine Pause. Ich bitte, dann so vollzählig wieder da zu sein, wie wir jetzt hier weilen.

11.45 Uhr. Kurze Pause.

Wiederaufnahme der Sitzung des Parteitags gegen 12 Uhr.

Vorsitzender Meitmann: Genossinnen und Genossen! Nach dem Vorschlag, den ich vorhin gemacht habe, soll jetzt das Referat des Genossen Ollenhauer folgen, und heute nachmittag nach dem Essen die Diskussion.

Ich bitte jetzt den Genossen Ollenhauer, das Wort zu nehmen.

## Bericht der Bundestagsfraktion

Referent: Erich Ollenhauer

Genossinnen und Genossen! Wenn ich heute hier den Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag zu geben habe, so ist es selbstverständlich, daß die Arbeit unserer Bundestagsfraktion in Bonn gegründet ist auf den politischen Vorstellungen und Richtlinien, die heute morgen unser Genosse Kurt Schumacher hier entwickelt hat. Außerdem ist es eine Selbstverständlichkeit, daß in seinem Referat zur Motivierung unserer allgemeinen politischen Stellungnahme und zur Begründung unseres Standpunktes schon auf eine Reihe von Punkten hingewiesen worden ist, die in den Beratungen und Entscheidungen der Bundestagsfraktion in Bonn eine Rolle gespielt haben.

Ich mache diese Vorbemerkung, damit die Genossen verstehen, daß beide Referate als ein Ganzes angesehen werden und ja auch gemeinsam diskutiert werden sollten.

Ich sehe meine Aufgabe darin, gewissermaßen eine Ergänzung zu dem Referat von Kurt Schumacher zu geben durch eine Darstellung der praktischen parlamentarischen Arbeit unserer Fraktion und der besonderen Probleme, die sich in dieser parlamentarischen Arbeit ergeben haben.

Es ist das erstmal seit 1945, daß wir auf einem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie den Bericht einer parlamentarischen Fraktion entgegennehmen, die über die Tätigkeit in einem Parlament berichtet, das das ganze deutsche Gebiet mit Ausnahme der russisch besetzten Zone umfaßt.

Noch auf dem Düsseldorf Parteitag hatten wir nur die Möglichkeit, zu berichten über die Tätigkeit unserer Fraktion im bizonalen Wirtschaftsrat in Frankfurt, eine Institution, die auch nur in einem gewissen Umfang parlamentarische Funktionen ausüben konnte.

Diesmal standen wir vor der Tatsache, daß wir für die Menschen in Westdeutschland und in Berlin eine zentrale parlamentarische Vertretung haben, die auf Grund von demokratischen Wahlen zustande gekommen ist. Mein Bericht umfaßt eine relativ kurze Zeitspanne, nämlich nur die neun Monate unserer Arbeit in Bonn, die seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschlands vergangen sind. Aber dieser Bericht hat seine Besonderheiten, die sich aus der besonderen Stellung und aus der besonderen Funktion des Bundestages in Bonn ergeben. Mit der Wahl am 14. August zum Bundestag wurden die Aufgaben zugewiesen, nicht nur die normalen Funktionen eines Parlaments zu erfüllen, nämlich durch Gesetzgebung und Kontrolle die Arbeit der Regierung zu lenken und zu überwachen, sondern durch die Gesetzgebung auch die Grundlagen für den Aufbau der Bundesrepublik selbst zu schaffen. Hinzu kommt, daß dieser Aufbau der Bundesrepublik Deutschlands in einem Zustand erfolgte, der nichts Definitives darstellt. Kurt Schumacher hat schon unterstrichen, daß gerade wir Sozialdemokraten nach wie vor und für die ganze Zeit der Existenz der Bundesrepublik Bonn in ihrer heutigen territorialen Abgrenzung nur ein Zwischenstadium sehen, ein Zwischenstadium im Hinblick auf unsere Politik zur Verwirklichung der deutschen Einheit und auch ein Zwischenstadium im Hinblick auf die Beschränkung der deutschen Souveränität, die sich bis zum heutigen Tage aus dem Besatzungsstatut ergibt.

Bei der Konstituierung der Bundesrepublik unter diesen Voraussetzungen haben sich eine ganze Reihe von besonderen Aufgaben und von besonderen Schwierigkeiten ergeben. Es hat sich herausgestellt, daß der Start einer echten parlamentarischen Arbeit nach einer so langen Unterbrechung parlamentarisch-demokratischen Lebens in Deutschland viele größere praktische Schwierigkeiten mit sich bringen, als man zunächst annehmen konnte. Schon bei der Konstituierung des Parlaments selbst, der gesetzgebenden Körperschaft, sind wir von Anfang an und bis zum heutigen Tage immer wieder auf Umstände gestoßen, die ein reibungsloses und fruchtbares Arbeiten des Bundestages in Bonn außerordentlich kompliziert

gemacht haben. Ich will auch hier in diesem Falle nicht auf Einzelheiten eingehen, aber ich möchte doch auf die bemerkenswerte Tatsache hinweisen, daß die bisherige Arbeit des Bundestages in Bonn z. B. wesentlich dadurch erschwert wurde, daß der Bundestag in Bonn durch einen Präsidenten geleitet wird, der in allen Situationen bewiesen hat, daß er nicht in der Lage ist, dieses Amt mit der Objektivität gegenüber dem Gesamtparlament zu führen, die unausweichlich notwendig ist für eine solche Amtsführung. In allen kritischen Situationen, die wir in Bonn erlebt haben, hat sich der gegenwärtige Präsident des Bundestages als der Präsident der Regierungsmehrheit und nicht des ganzen Hauses erwiesen.

Genossinnen und Genossen! Wir haben eine andere, sehr beachtliche Erfahrung gemacht, die nicht nur ein technisches Problem berührt, sondern die auch im Zusammenhang mit dem mangelnden demokratischen Bewußtsein in großen Teilen unseres Volkes steht. Wir haben im Bundestag erlebt, daß der Präsident des Bundestages und die Mehrheit des Bundestages, die Geschäftsordnung, die ein allgemein respektiertes Grundgesetz des Parlaments sein soll, als Hilfsmittel der Mehrheit gegen die Opposition anwendete.

Genossinnen und Genossen! Wir haben wohl in Bonn den einmaligen Zustand einer parlamentarischen Demokratie, daß der Präsident dieses Volkes weiter amtiert, obgleich eine große Partei, wie die Sozialdemokratie, die ihn mitgewählt hat, ihm in klarer Form das Vertrauen entzogen hat. Genossinnen und Genossen, auch in dieser Beziehung ist der gegenwärtige Präsident des Bundestages ein Fall für sich. Ich sage das nicht, um hier einen persönlichen Angriff zu starten, sondern um einfach die Partei und die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß die deutsche Demokratie in ihrem parlamentarischen Leben vor der Tatsache steht, daß es auch hier der Opposition zufällt, gewisse demokratische Grundregeln des parlamentarischen Lebens überhaupt erst zur Geltung zu bringen, und Genossinnen und Genossen, wir sind der Überzeugung in der Fraktion, daß wir auf diesem Wege unsere bisherige klare und bestimmte Politik fortführen müssen, daß wir insbesondere die Frage, wie in diesem Parlament das Recht der parlamentarischen Minderheit einwandfrei gesichert wird, zu einer endgültigen Klärung führen müssen.

Die zweite Frage, vor die wir in Bonn gestellt worden sind, war das Verhältnis von Regierung und Parlament. Ich beziehe mich hier auf die Ausführungen, die Kurt Schumacher zu diesem Thema schon gemacht hat. Es ist nicht irgend eine Freude an der Kritik, sondern die Feststellung einer bitteren Tatsache, daß die Neigung der ersten Regierung der Bundesrepublik Deutschlands zu autoritärem und autokratischem Handeln gegenüber dem Parlament außerordentlich stark ist und daß wir nur durch eine ständige Wachsamkeit erreichen können, daß die dominierende Stellung des Parlaments in der Bestimmung der Politik in der Bundesrepublik nicht immer wieder durch eine Mißachtung der parlamentarischen Rechte durch die Regierung gefährdet wird. Das Resultat dieses Verhältnisses ist, daß es kein planmäßiges und sachliches Zusammenspiel zwischen Parlament und Regierung gibt. Wir haben in mehreren Fällen die Tatsache zu verzeichnen gehabt, daß z. B. der Bundeskanzler zu den wichtigsten außen- und innenpolitischen Fragen in Presseinterviews Stellung genommen hat, ohne auch nur vorher ein Wort über seine Absichten und Vorstellungen vor dem Parlament verlauten zu lassen, und jede große außen- und innenpolitische Debatte, die wir bisher im Bundestag gehabt haben, ist eigentlich immer nur zustandegekommen auf Drängen der Opposition und nicht aus dem freien inneren Willen der Regierung, sich gegenüber dem Parlament zu erklären und zu verantworten. Es handelt sich hier nicht um eine Angelegenheit des Prestiges vom Standpunkt des Parlaments, sondern um ein sehr ernstes Problem. Das ergibt sich z. B. aus dem großen Konflikt, den wir in der Frage des Petersberger Abkommens zu verzeichnen haben. Ich will nicht auf den sachlichen Inhalt dieses Abkommens eingehen. Es ist hier bereits behandelt worden. Aber ich möchte darauf aufmerksam machen und in diesem Punkt die Ausführungen von Kurt Schumacher noch einmal ausdrücklich unterstreichen: die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hält an ihrem Standpunkt unverrückbar fest,

daß der Abschluß des Petersberger Abkommens durch die Unterschrift des Bundeskanzlers und ohne parlamentarische Ratifizierung für uns einen Zustand geschaffen hat, in dem wir die Gültigkeit dieses Abkommens nicht anerkennen können. Es ist zweifellos richtig, daß heute die Beteiligten an dieser Aktion nicht mehr sehr gern von diesem Abkommen sprechen oder gar von hören. Aber dieser Umstand kann die sozialdemokratische Bundestagsfraktion nicht veranlassen, auf ihre Forderung zu verzichten, daß die Frage der Ratifizierung des Petersberger Abkommens durch den Verfassungsgerichtshof untersucht wird, und sobald dieser Verfassungsgerichtshof gebildet sein wird, wird die sozialdemokratische Fraktion einen entsprechenden Antrag beim Verfassungsgerichtshof einbringen.

Wir halten die Klärung dieser Meinungsverschiedenheit und die Durchführung des Kampfes für das Recht des Parlaments aus prinzipiellen Gründen für notwendig. Ich bedauere, Ihnen sagen zu müssen: Unser Mißtrauen in die innere demokratische Bereitschaft dieser Regierung und dieser Mehrheit ist so groß, daß wir nicht bereit sind, auch nur den leisesten Verstoß gegen wichtige Gesetze und Bestimmungen des Grundgesetzes ohne eine Anrufung der verfassungsmäßigen Instanzen passieren zu lassen. Wir müssen vor allem auch da beginnen, wo das Parlament als Ausdruck des demokratischen Volkswillens seine entscheidende Position gegenüber Regierung und Verwaltung ohne Einschränkung zu verteidigen und zu behaupten hat. Wir sind in dieser entschiedenen Haltung gegenüber den autoritären Neigungen der Regierung vor allem auch deshalb verpflichtet, weil diese mangelnde Bereitschaft zur demokratischen Kooperation zwischen Regierung und Parlament auch die nachteiligsten Folgen für das Verhalten der Bürokratie gegenüber der Volksvertretung hat. Wenn wir aus den Erfahrungen der Ausschussarbeiten in Bonn, aus den Bemühungen unserer Abgeordneten bei ihren Interventionen in einzelnen Ministerien im einzelnen sprechen würden, dann würden wir sehr viele erstaunliche Beispiele von Arroganz der Bürokratie gegenüber den parlamentarischen Einrichtungen beibringen können.

Es ist leider so, daß ein erheblicher Teil der Bürokratie den Anspruch des Parlaments auf Mitbestimmung und Kontrolle der Verwaltung als eine sehr lästige Einrichtung empfindet. Es zeigt sich, daß die lange Unterbrechung in der Entwicklung eines parlamentarischen Systems besonders nachhaltige Folgen auf die Gewohnheiten und Anschauungen eines erheblichen Teiles der Beamtenschaft in der Bundesregierung gehabt hat.

Ich will nur einen einzigen Beschluß in diesem Zusammenhang erwähnen, der uns erst vorgestern bekannt geworden ist. Es ist uns mitgeteilt worden, daß die Postverwaltung an den Präsidenten des Bundestages offiziell einen Brief gerichtet hat, in dem die Postverwaltung dem Präsidenten des Bundestages mitteilt, daß der Überwachungsdienst der Post festgestellt habe, daß viele Abgeordnete im Bundeshaus völlig belanglose und rein private Telefongespräche führen. Das ist eine erstaunliche Leistung von Anmaßung der Bürokratie gegenüber dem Parlament. Sodann vor allem aber ist es ja auch ein sehr schwerer Verstoß gegen die Bestimmungen des Grundgesetzes, in denen die Wahrung des Post- und Telefongheimnisses ausdrücklich festgelegt worden ist.

Wir sind der Auffassung, daß zunächst einmal der Bundestagspräsident, aber auch das Parlament den Dingen nachgehen müßte, um festzustellen, an welchen Stellen der Verwaltung sich diese grundlegenden Bestimmungen des Grundgesetzes noch nicht herumgesprochen haben, und außerdem dafür zu sorgen, daß diejenigen Beamten, die für die Verletzung des Grundgesetzes verantwortlich sind, auch zur Verantwortung gezogen werden. Im übrigen muß klargestellt werden, daß es nicht in der Entscheidung irgendeiner Behörde der Bundesregierung oder Bundesverwaltung liegt, darüber ein Urteil zu fällen, welche und wie viele Gespräche Abgeordnete in der Ausübung ihrer parlamentarischen Tätigkeit führen.

Genossinnen und Genossen! Das ist nur ein Einzelfall, aber ich bedauere, sagen zu müssen, daß es ein typischer Fall für den Geist der Verwaltung ist, den wir an vielen Stellen in der Bonner Verwaltung finden.

Selbstverständlich gibt es dafür auch eine Schuld auf der Seite des Parlaments. Und diese Schuld besteht darin, daß viele Abgeordnete der Regierungsparteien ihrer Entwicklung und ihrer politischen Überzeugung nach ohne jedes innere Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie sind. Aus diesem Beispiel ergibt sich, daß die sozialdemokratische Bundestagsfraktion in Bonn vor der dauernden Aufgabe steht, neben der sachlichen Auseinandersetzung mit der Politik der Regierung und ihrer Mehrheit auch einen ständigen Kampf um die Anerkennung der Rechte des Parlaments durch Regierung und die Verwaltung zu führen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einen zweiten Gesichtspunkt erwähnen. Es ist notwendig, daß das Verhältnis zwischen Parlament und Bevölkerung verbessert wird. Es ist eine dringende demokratische Aufgabe, die wir alle und insbesondere die demokratischen Parteien zu erfüllen haben. Selbstverständlich ist in erster Linie diese Anerkennung abhängig von den Leistungen des Parlaments und seiner Abgeordneten selbst. Und niemand kann dem Parlament oder den einzelnen Abgeordneten diese Aufgabe abnehmen. Aber auf der anderen Seite müssen wir auch feststellen, daß die Art der Berichterstattung über die Arbeiten des Parlaments durch die Presse in vieler Beziehung nicht geeignet ist, das demokratische Bewußtsein im Volk zu stärken und das Volk sachlich über den Inhalt der parlamentarischen Arbeit zu unterrichten.

Es ist ein merkwürdiges Resultat der demokratischen Umerziehung der deutschen Presse durch die Alliierten, daß heute viele Zeitungen und Journalisten in der großen Sensationshascherei eine größere publizistische Aufgabe sehen, als in der sachlichen Information der Staatsbürger über das Funktionieren ihrer demokratischen Einrichtungen.

Das Problem, vor dem wir hier stehen, ist nicht, die sogenannten großen Tage im Bundestag oder die sogenannten Zwischenfälle möglichst bombastisch zu registrieren, sondern das wirkliche Problem ist, den Alltag der praktischen parlamentarischen Arbeiten den Menschen in Deutschland wieder als positive Leistung nahezubringen.

Und, Genossinnen und Genossen, wir haben als Sozialdemokraten eine sehr umfangreiche Kritik an den bisherigen Resultaten der Arbeit des Bundestages zu üben.

Aber auf der anderen Seite ist es auch eine Pflicht der Gerechtigkeit und der Wahrheit festzustellen, daß in diesem Parlament unter außerordentlich schwierigen personellen und sachlichen und technischen Umständen in den letzten Monaten ein beachtliches Maß von sachlicher Arbeit geleistet worden ist. Ich will nur darauf hinweisen, daß z. B. die Haushaltsberatung, bei der wir in der Schlußabstimmung den ersten vorläufigen Haushalt des Bundestages abgelehnt haben, — daß diese Haushaltsberatung doch im ganzen gesehen ein ernster Beginn zu sachlicher Arbeit in diesem Hause gewesen ist.

Lassen Sie mich zu dem Kapitel des Laufenslernens der parlamentarischen Arbeit in Deutschland noch eine andere Frage hinzugesellen — nämlich einige Bemerkungen zu der breiten öffentlichen Diskussion über die sogenannte Diätenfrage.

Genossinnen und Genossen! Man hat manchmal das Gefühl, wenn man die Kritiken und die Polemiken in dieser Frage liest und hört, als wenn das Problem der Zahlung von Diäten an Abgeordnete zum ersten Male in der deutschen Geschichte und zum ersten Male in der Geschichte des Parlamentarismus aufgetreten wäre.

Ich gebe zu, daß zu dieser Beurteilung oder zu diesem Eindruck nicht unwesentlich beigetragen hat das Verhalten der Regierungsmehrheit im Bundestag.

Diese Regierungsmehrheit war mit allen anderen Parteien darin einig vom ersten Tag, daß hier eine vernünftige und zweckmäßige Regelung getroffen werden muß. Und es war selbstverständlich auch unser Ziel, eine Regelung zu finden, die in diesem Fall von allen politischen Parteien des Bundestages akzeptiert werden konnte.

Aber das monatelange Verhandeln über diese Frage ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Parteien der Regierungsmehrheit zwar das Prinzip an-

erkannten, aber nachher, als es sich darum handelte, eine praktische Regelung zu finden, sich immer wieder zierten wie die Zicke am Strick — daß sie nicht einfach klipp und klar eine Regelung akzeptieren wollten, die wir in Vorschlag gebracht hatten.

Genossinnen und Genossen! Bei dieser Frage handelt es sich doch praktisch nur um die Anwendung eines alten demokratischen Prinzips. Jeder Abgeordnete soll ohne Rücksicht auf seine private Vermögenslage oder auf seine Einkommensverhältnisse so gestellt werden, daß er materiell in die Lage versetzt wird, sein Mandat unabhängig auszufüllen, ohne Gefahr zu laufen, in Abhängigkeiten zu geraten.

Genossinnen und Genossen! Bei dieser Frage handelt es sich doch praktisch Regelung in den demokratischen Staaten gibt, kein Staatsbürger darf sich aus rein materiellen Gründen verhindert fühlen, eine Kandidatur anzunehmen und ein Mandat auszuüben. Genossinnen und Genossen! Wenn Sie die Geschichte dieser Frage in der deutschen demokratischen Entwicklung ansehen, dann werden Sie feststellen, daß das erste und elementare Interesse an einer solchen Regelung die Sozialdemokraten gehabt haben, weil wir nur auf diesem Wege erreichen konnten, das Übergewicht der anderen in ihrer materiellen Unabhängigkeit aufzuheben, indem wir auch die Vertrauensleute der Arbeiter materiell in die Lage versetzten, ohne materielle Not ihre parlamentarische Funktion voll auszunutzen. Ich glaube, daß diese allgemeinen Grundsätze auch heute noch gültig sind, und daß wir Sozialdemokraten vor allem ein Interesse daran haben, daß wir sie zur Anerkennung bringen. Wir waren bei Beginn der Beratungen im Bundestag in Bonn von vornherein für eine klare und eindeutige Regelung. Wir hatten den Vorschlag gemacht, daß man den Abgeordneten eine Entschädigung zahlt in der Höhe des Gehalts eines höheren Ministerialbeamten. Das wäre eine klare und für jeden einleuchtende Regelung gewesen, und diese Regelung hätte auch noch intern — parlamentarisch — den großen psychologischen Vorteil gehabt, daß der Abgeordnete auch durch seine materielle Stellung seine besondere Position gegenüber hohen Ministerialbeamten ausdrücklich unterstreichen konnte, und da manche Leute in Deutschland die Position eines Menschen nur danach beurteilen, wie seine materielle Situation ist; es wäre eine Regelung, zweifellos dazu angetan, gewissen Übermut auf der Seite der Bürokratie zu dämpfen. Die bürgerliche Mehrheit hat diese einfache und klare Regelung abgelehnt, und wir waren schließlich gezwungen, ein Kompromiß zu akzeptieren, das nun durch diesen Bundestag angenommen wurde. Wir haben uns für dieses Kompromiß entschieden, weil die jetzige Regelung in ihrem materiellen Resultat angesichts der von den Abgeordneten in Bonn verlangten Leistungen absolut vertretbar ist. Aber ich möchte hinzufügen, daß, wenn sich in der Zukunft eine Möglichkeit bietet, die von uns gewünschte Regelung noch durchzusetzen, so werden wir es tun, weil wir eine klare und eindeutige und saubere Entscheidung für die beste Lösung in dieser Frage halten. Bis dahin möchte ich zu diesem Kapitel nur sagen, daß wir uns in der Sozialdemokratischen Partei nicht darüber im Zweifel sein sollten, daß die Hauptstreiter in diesem sogenannten Kampf um die Diäten nicht an der sachlichen Diskussion dieser Frage interessiert sind, sondern daß sie mit dieser Diskussion eine Diffamierung und Herabsetzung der parlamentarischen Demokratie herbeiführen möchten.

Ich glaube, es kann nicht die Aufgabe von Sozialdemokraten sein, einer solchen Absicht Vorschub zu leisten oder diesen Kräften Hilfsstellung zu gewähren.

Genossinnen und Genossen! Mit diesen Bemerkungen habe ich eigentlich nur eine kleine Liste von Beiträgen behandelt, vor die wir in Bonn aus der Situation gestellt wurden, daß es in Bonn darauf ankam, nicht nur Gesetzgebung und Kontrolle der Verwaltung auszuüben, sondern die ersten Grundlagen für die Konstituierung eines parlamentarischen Lebens zu schaffen. In anderen Ländern sind diese Fragen Selbstverständlichkeit, und sie werden in einem Bericht einer Parlamentsfraktion überhaupt keine Rolle spielen; hier aber spielen sie eine große Rolle, denn hinter diesen Auseinandersetzungen steht ein sehr ernstes politisches

Problem, das ich auch unter diesem Gesichtspunkt noch einmal unterstreichen möchte.

Die Tatsache, daß wir am 14. August auf demokratische Weise eine parlamentarische Vertretung der Bundesrepublik als die höchste Instanz in der Bundesrepublik gewählt haben, heißt noch nicht, daß die Demokratie in Deutschland stabilisiert ist. Im Gegenteil, die Erfahrung der parlamentarischen Arbeit bei der Konstituierung dieser Demokratie haben uns bis jetzt schon bewiesen, daß es selbst in diesem Parlament Kräfte gibt, die überhaupt nicht oder nur zögernd an der Stabilisierung dieser Demokratie mitzuarbeiten bereit sind.

Genossinnen und Genossen! Die politische Entwicklung im Lager der deutschen Regierungsparteien und der deutschen Rechten in den letzten Monaten beweist, daß diese Gefahr nicht kleiner geworden ist, sondern daß sie wieder im Wachsen begriffen ist.

Nun, Genossinnen und Genossen, einige Bemerkungen zu der politischen Situation, vor die wir im Bundestag seit dem 14. August gestellt sind. Diese Situation, die Beteiligung der Kräfte im Parlament ist das Resultat des Wahlausganges vom 14. August 1949. Wir haben uns bei dieser Wahl gut geschlagen, aber wir haben das unmittelbare Wahlziel nicht erreicht, d. h., wir sind nicht die stärkste Partei in diesem ersten Parlament der deutschen Bundesrepublik geworden. Das zweite Resultat dieses Wahlergebnisses ist, daß in den bürgerlichen Parteien, von der CDU angefangen, innerhalb dieser Parteien durch den Wahlausgang der rechte Flügel dieser Parteien wesentlich gestärkt worden ist. Wenn man die parlamentarische Situation in Bonn verstehen will, dann darf man diesen Tatbestand keinen Augenblick aus dem Auge verlieren.

Genossinnen und Genossen! Unter den gegebenen Umständen hat die Frage einer Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratischen Partei nach dem 14. August niemals ernsthaft zur Diskussion gestanden. Ich möchte das auch heute noch einmal ausdrücklich feststellen. Adenauer als der Vorsitzende der stärksten Partei des Bundestages war vom ersten Augenblick an fest entschlossen, die Regierung ohne die Sozialdemokratie zu bilden, und in keinem Zeitpunkt seiner Vorbereitungen vor dem Zusammentritt des Parlaments und vor seiner Wahl als Bundeskanzler ist auch nur der leiseste Versuch von ihm gemacht worden, mit der Sozialdemokratie über diese Frage auch nur in ein Gespräch zu kommen. Ich sage das nicht mit irgendeiner Bewertung, ich möchte es nur als Tatsache feststellen, die ein politischer Faktor ist.

Das Zweite, Genossinnen und Genossen, eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie wäre auch bei dem personellen und sachlichen Programm der CDU und der anderen Regierungsparteien für die Sozialdemokratie unannehmbar gewesen. Der linke Flügel in der CDU, von dem sehr viele schöne Geschichten in der Presse veröffentlicht worden sind, und mit der man offeriert hat, um die Sozialdemokratie bei ihrer Entscheidung zu irritieren, hat in jedem Stadium der Regierungsbildung Adenauers eine rein defensive Rolle gespielt. Angesichts dieser Tatsache ergab sich für die Sozialdemokratie vielleicht nur noch eine einzige Frage, ob die Sozialdemokratie als die zweitstärkste Partei von sich aus irgendeine Initiative hätte ergreifen sollen, um den Dingen einen anderen Lauf zu geben.

Aber, Genossinnen und Genossen, das war ja keine Überlegung auf einer realen Unterlage, denn die Tatsache ist im deutschen Bundestag gegeben, daß bei den gegebenen Kräfteverhältnissen jederzeit im Bundestag eine Regierungsmehrheit ohne die Sozialdemokratie möglich ist, und eine Koalition, Genossinnen und Genossen, in der die bürgerlichen Koalitionspartner in jedem entscheidenden Augenblick ohne die Gefahr der Auflösung und der Neuwahl in eine rein bürgerliche Regierungsmehrheit ausweichen können, ist für die Sozialdemokratische Partei untragbar.

Genossinnen und Genossen! Es hat noch eine andere Argumentation gegeben. Man hat es hier und da für richtig gehalten, die Sozialdemokratie auf eine Verpflichtung zur Regierungsbeteiligung hinzuweisen mit dem Argument, das deutsche



Volk befinde sich in einem nationalen Notstand, und in einer solchen Situation dürfe sich eine so große Partei wie die Sozialdemokratie ihrer Verantwortung nicht entziehen. Aber, Genossinnen und Genossen, auch das ist ja kein echtes Argument. Es war damals im September 1949 schon kein echtes Argument, jetzt aber, nach den praktischen Erfahrungen seit September 1949, ist doch für jedermann in Deutschland klar, daß in diesem Deutschland unter den gegebenen Bedingungen die Lösung jeder nationalen Frage in der inneren und äußeren Politik untrennbar verbunden ist mit sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen, für die es keine gemeinsame Grundlage zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratischen Partei gibt.

Genossinnen und Genossen! Laßt mich noch ein Wort hinzufügen, weil es auch nicht nur eine tagespolitische oder rein taktische Bedeutung hat. Wir sollen uns nicht darüber im Zweifel sein, daß auf der anderen Seite das nackte Streben nach der Alleinherrschaft die stärkste Triebkraft der politischen Arbeit und der politischen Entscheidung der Regierungsmehrheit in Bonn ist. Das ist besonders kraß geworden schon in den ersten Wochen der parlamentarischen Arbeit, ja in den ersten Tagen der parlamentarischen Arbeit in Bonn. Was haben wir in Bonn erlebt? Ich habe schon darauf hingewiesen, daß der jetzige Bundeskanzler es damals nicht für nötig gehalten hat, mit dem Repräsentanten der zweitstärksten Partei seine sachliche Diskussion über die Möglichkeiten eines Regierungsprogramms zu führen. Das ist aber nur ein Punkt gewesen. Wir haben von demselben Mann erlebt, daß er auch den wichtigen, entscheidenden, staatsbildenden Akt der Wahl des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik zu einer Angelegenheit der zufälligen Regierungsmehrheit herabgewürdigt hat. Die Kandidatur Professor Heuss' wurde der sozialdemokratischen Parteifraktion des Bundestages als die Kandidatur der Koalition und als eine vollendete Tatsache präsentiert.

Die Wahl des Bundespräsidenten hätte gerade in diesem Augenblick zu einem hervorragenden Bekenntnis aller verfassungstreuen Teile des Volkes in der Bundesrepublik wollen und werden müssen. Sie wurde aber durch die Taktik der anderen Seite zu einer Demonstration des Willens zur Alleinherrschaft auch in den Fragen der Konstituierung der Bundesrepublik. Diese schwere Vorbelastung der neuen demokratischen Lebensform durch das Verhalten der Mehrheit des Bundestages hat damals eine eindeutige Antwort der sozialdemokratischen Fraktion erfordert. Wir haben sie damals gegeben, durch die Aufstellung einer eigenen Kandidatur, und zwar der stärksten eigenen Kandidatur. Ich möchte heute feststellen, daß wir uns darüber freuen, daß die staatspolitische und verfassungspolitische Bedeutung der damaligen Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion mindestens vom Bundespräsidenten selbst verstanden und gewürdigt worden ist.

Genossinnen und Genossen! Die sozialdemokratische Fraktion steht seit der Bildung der Regierung Adenauer in Opposition und die Dürckeimer Beschlüsse der Partei sind das Programm der Opposition im Bundestag geworden. Wir haben uns diese Oppositionsstellung in Bonn nicht leicht gemacht, und werden es auch in Zukunft nicht tun. Für uns bedeutet Opposition nicht die bloße Negierung der Politik der Regierung. Unser Oppositionsprogramm von heute soll und wird unser Regierungsprogramm von morgen sein. Durch unser kritisches Verhalten heute und morgen in der Opposition müssen wir in den Wählern das Vertrauen erwecken, daß wir morgen, wenn wir die Regierung haben, das tun und praktisch durchsetzen werden, was wir heute in der Opposition fordern. Das ist in erster Linie eine große Verpflichtung für uns selbst, daß wir uns so bewegen und entscheiden, daß wir morgen ohne Korrekturen und Ausweichen das realisieren, was wir heute für notwendig halten und fordern. Wir sehen das nicht unter einem engen parteipolitischen Gesichtspunkt. Ich glaube, die einzige Form in Deutschland, bei den breiten Schichten der Bevölkerung das Vertrauen in die demokratische Regierungsform zu verstärken, ist darin gegeben, daß sie von den verschiedenen Parteien des Parlaments, auch von der Opposition, die Überzeugung gewinnen, daß hier ernst und sachlich um die Grundsetzung bestimmter Prinzipien und politischer Grundsätze gekämpft wird.

Genossinnen und Genossen! Ich will Ihnen hier aus vielen Gründen unsere parlamentarische Tätigkeit aufzeigen. Ich darf Sie verweisen auf den Bericht über die Tätigkeit der Bundestagsfraktion, die wir der Partei versprochen haben. Ich möchte aber doch auch im Zusammenhang mit dem Referat von Kurt Schumacher die Hauptgesichtspunkte noch einmal aufzeigen, die unsere praktische, parlamentarische Arbeit bisher geleitet haben. Ich will dabei die außenpolitischen Probleme völlig außer Betracht lassen.

Genossinnen und Genossen! Innenpolitisch steht jene deutsche Regierung, die aus den Wahlen vom 14. August ihr Mandat herleitet, praktisch vor drei Aufgaben: 1. Die Durchführung einer aktiven Politik zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands; 2. Aufbau eines demokratischen Staatswesens in Gesetzgebung und Verwaltung; und 3. die Durchführung einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Folgen des Hitler-Krieges überwindet, die Lasten des verlorenen Krieges gerecht verteilt und allen Menschen in Deutschland Brot und Arbeit gibt. Diese drei Aufgaben muß jede Regierung in Deutschland lösen, wenn sie die Existenz dieses demokratischen Staatswesens nicht auf das äußerste gefährden will. — Unser genereller Vorwurf gegen die Regierung ist, daß sie nicht gewillt ist und daß sie zum Teil nicht fähig ist, die hier genannten drei Aufgaben planvoll in Angriff zu nehmen.

Ich weiß, das ist ein schwerer Vorwurf, aber er ist in jedem einzelnen Falle schon durch die kurzfristige Erfahrung in den hinter uns liegenden Monaten zu beweisen.

Lassen Sie mich nur einige wenige Bemerkungen machen zu der ersten Aufgabe, dem Kampf um die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit. Aus dem allgemeinen politischen Zusammenhang, so wie ihn Kurt Schumacher dargestellt hat, ist völlig klar, daß, obwohl die Spaltung Deutschlands eine Folge alliierter Meinungsverschiedenheiten ist, es eine aktive Politik der Bundesrepublik für diese Einheit geben muß. Und das tatsächliche Resultat bis heute ist: Wir haben einen gesamtdeutschen Minister, aber wir haben keine gesamtdeutsche Politik dieser Regierung.

Wir werden als Sozialdemokraten ohne jede Einschränkung und ohne jede Konzession in diesem Punkte unsere Politik fortsetzen, die wir zu Anfang unserer parlamentarischen Arbeit eingeleitet haben, mit dem Antrag im Bundestag, daß Berlin die Hauptstadt der deutschen Republik ist und daß, solange der alliierte Einspruch gegen die Einbeziehung Berlins in die Bundesrepublik aufrecht erhalten wird, die deutsche Regierung so handeln soll in der Praxis, als ob Berlin 12. Land wäre.

Wir haben bisher in all diesen Auseinandersetzungen in den Ausschüssen und dem Plenum des Parlaments immer wieder nur von neuem erlebt, daß, obwohl der Bundestag diese beiden sozialdemokratischen Anträge angenommen hat, die Regierung in der Praxis die Durchführung dieser Beschlüsse nicht befolgt.

Wir haben einen endlosen und mühseligen und deprimierenden Kampf mit der Regierungsmehrheit und mit den Mitgliedern des Kabinetts um die Frage, nun Ernst zu machen mit der Verlegung von Bundesbehörden nach Berlin. Es ist nicht damit getan, daß man nach Berlin reist und in Berlin öffentliche Gesänge veranstaltet.

Es kommt darauf an, daß die Berliner im Alltag erfahren, daß ihnen die praktische Politik der Bundesregierung hilft, ihre wirtschaftlichen und politischen Probleme zu lösen.

Selbstverständlich bedeutet die Eingliederung Berlins als zwölftes Bundesland Opfer für die Gesamtheit der deutschen Bundesrepublik. Aber, Genossinnen und Genossen, wenn wir die Frage der Einheit Deutschlands nach dem Maß von Opfern messen wollen, dann können wir sie heute schon von der Tagesordnung streichen.

Wir brauchen nur an den Tag zu denken, an dem es möglich sein wird, durch die Einbeziehung der Ostzone wieder eine deutsche Einheit in Freiheit aufzubauen. Wenn dieser Tag kommt, dann wird es nicht nur ein Tag der Freude, sondern

auch ein Tag der Verpflichtung für die Menschen in Westdeutschland sein, dafür zu sorgen, daß wir in der Wüste der Ostzone wieder ein menschenwürdiges und arbeitsfähiges Volk heranbilden können.

Das, was uns bedrückt, und was uns als Deutsche bedrückt, ist das Gefühl, daß das zögernde Verhalten der Bundesregierung nicht nur auf mangelnde Einsicht in die Notwendigkeiten zurückzuführen ist, sondern, daß es sehr maßgebliche Kräfte im Westen Deutschlands gibt, die sich in dem Provisorium Bundesrepublik sehr wohl fühlen, und die ganz kalt und nüchtern eine Politik verfolgen, die darauf hinausläuft, vor der Wiederherstellung der deutschen Einheit die Konsolidierung alter machtpolitischer Positionen im Westen durchzuführen. Man weiß in diesen Schichten genau, daß man es — politisch gesehen — in Deutschland nicht wieder so gut haben wird, wie jetzt angesichts der Abtrennung der Industriegebiete in der russischen Zone.

Das zu dieser ersten nationalen Aufgabe, vor die jede Bundesregierung gestellt ist.

Die Linie der Sozialdemokratie wird hier sein und sein müssen, immer von neuem darauf zu drängen, daß durch aktives Handeln um Berlin und die Ostzone in den Realitäten der praktischen Politik hier im Westen gekämpft und gerungen wird.

Hier stand und steht das Parlament und vor allem die Regierung dieses Parlaments vor einer großen und ehrenvollen Aufgabe: nämlich das Grundgesetz mit Blut und Leben zu erfüllen, dafür zu sorgen, daß die Fundamente dieses Staatswesens auf einer breiten und sicheren demokratischen Grundlage errichtet werden.

Und, Genossinnen und Genossen, es wäre die Aufgabe der Regierung gewesen, hier mit einer großzügigen Gesetzesinitiative zu beginnen, um überhaupt die Voraussetzung für die Schaffung wichtiger verfassungsrechtlicher Institutionen zu erhalten.

Und, Genossen, was ist die erstaunliche Situation heute, neun Monate nach der Bildung der Regierung der Bundesrepublik? Die erstaunliche Situation ist, daß alle die entscheidenden Gesetzentwürfe, die die Einrichtung wichtiger konstitutioneller Positionen in der Bundesrepublik ermöglichen, daß diese Gesetzentwürfe nicht von der Regierung, sondern von der sozialdemokratischen Opposition eingebracht wurden. Das gilt für den Entwurf eines Gesetzes für die Errichtung eines Bundesverfassungsgerichtshofs, das gilt für den Entwurf eines Gesetzes für die Richterwahl, das gilt für den Entwurf eines Gesetzes gegen die Feinde der Demokratie, das gilt für den Entwurf eines Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege.

Genossen, das sind die Entwürfe der sozialdemokratischen Opposition, und weit hinten liegt die Initiative — wenn es überhaupt eine gibt — der Bundesregierung und ihrer Partei.

Genossinnen und Genossen! Auf dem Gebiet der Konsolidierung und des Aufbaus der Verwaltung gibt es praktisch bis zum heutigen Tage nur eine einzige konkrete Leistung dieser Regierung, und das ist das vorläufige Beamtengesetz. Und man kann nur sagen: das sieht auch danach aus! Es ist nichts anderes als eine retuschierte Ausgabe des Gesetzes aus dem Dritten Reich vom Jahre 1937.

Es ist retuschiert worden mit dem klaren Ziel, die alten beamtenrechtlichen Vorstellungen ohne jede Konzession an die Entwicklung seit 1933 durchzusetzen und gesetzlich zu verankern.

Die sozialdemokratische Fraktion hat in den Ausschüssen und im Plenum mit aller Leidenschaft gekämpft, wenigstens in einigen Punkten moderne, fortschrittliche Bestimmungen durchzusetzen. Ich erinnere hier an die Realisierung der Bestimmung des Grundgesetzes, über die Gleichberechtigung der Frau; ich erinnere hier an den Grundsatz, der im Grundgesetz verkündet wurde, daß die Beamtenlaufbahn allen offenstehen soll. In beiden Fällen ist die Durchsetzung, die klare und eindeutige Anerkennung dieser Rechte im Grundgesetz an dem Widerstand der Mehrheit gescheitert.

Jetzt hat die Regierung, wie in so vielen anderen Fällen, die peinliche Situation, daß die Alliierten gegen dieses Gesetz Einspruch erhoben haben. Nach langen Verhandlungen ist dieser Einspruch zurückgezogen worden.

Und, Genossinnen und Genossen, es ist außerordentlich bemerkenswert, daß man in dem Augenblick, als die Alliierten ihr vorläufiges Veto verkündeten, den Versuch gemacht hat von Regierungsseite, die Durchsetzung dieses Beamtengesetzes zu einer Angelegenheit des nationalen Prestiges zu machen — daß man aber jetzt, nachdem die Alliierten unter Bedingungen dieses Veto zurückgezogen haben, man in der Presse fast mit der Lupe die Auflagen suchen muß, die die Alliierten um den Preis der Zurücknahme ihres Vetos gemacht haben.

Denn eine der entscheidenden Bedingungen der Alliierten ist, daß in diesem Gesetz Vorsorge getroffen wird, daß allen Begabten und Befähigten der Zugang zur Beamtenlaufbahn offensteht.

Genossinnen und Genossen! Hier haben Sie einen klassischen Beweis dafür, in welche Situation sich diese Regierung auch gegenüber den Hohen Kommissaren bringen läßt, wenn es um die Verteidigung von Vorrechten geht.

Lieber nimmt sie ein Veto in Kauf, als auf der Ebene der deutschen parlamentarischen Auseinandersetzungen die Vorstellungen und Vorschläge der Opposition rechtzeitig zu berücksichtigen. Genossinnen und Genossen, wir haben gegen dieses Gesetz gestimmt, und wir stehen bei der Tatsache, daß wir insofern jedenfalls einen gewissen Erfolg erzielt haben, als die Gültigkeitsdauer dieses Gesetzes bis zum 31. Dezember 1950 beschränkt ist, d. h., daß die Regierung gezwungen wird, die Frage der Beamtengesetzgebung in aller Kürze wieder vor das Plenum zu bringen und daß wir dann unsere Position in dieser Frage mit aller Klarheit zur Geltung bringen können.

Dieses Verhalten der Regierung in der Beamtengesetzgebung entspricht ihrer Personalpolitik. Ich will auch hier nicht in Einzelheiten gehen, ich will nur zwei Bemerkungen machen: Die Sozialdemokratische Partei hält an der Forderung fest, die wir bei der Stellungnahme zur Regierungserklärung der Bundesregierung im September vorigen Jahres abgegeben haben. Wenn die Sozialdemokratische Partei in der Opposition ist, dann gibt diese Oppositionsstellung der SPD der Regierung nicht das Recht, eine sozialdemokratenfreie Verwaltung aufzubauen. Wir fordern, daß die staatsbürgerlichen Rechte, der Mitwirkung aller an der Verwaltung, ohne Rücksicht auf das Parteibuch, anerkannt und durchgeführt werden.

Genossinnen und Genossen! Was wir bisher erlebt haben, ist das Gegenteil dieses Grundsatzes. Wir haben bei verschiedenen Gelegenheiten im Plenum und in den Ausschüssen bereits die einseitige Personalpolitik dieser Regierung auch in konkreten Einzelfragen angeprangert, und wir sind in der Fraktion entschlossen, wenn in den nächsten Wochen der Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 1950/51 zur Beratung kommt, dann werden wir vor allem auch die Frage der Personalpolitik zu einem entscheidenden Kriterium unserer Stellungnahme zu den einzelnen Haushalten der Minister machen.

Ich möchte nur noch ein Wort dazu sagen. Es handelt sich nicht nur darum, daß wir uns auf das schärfste dagegen verwahren, daß Beamte des Naziregimes in verantwortlichen Stellen der Bundesverwaltung und der Regierung verwendet werden, wir erheben auch in aller Form und entscheidend und in Schärfe dagegen Protest, daß die Auswahl der Beamten in vielen entscheidenden Positionen nach der Konfession der Anwärter erfolgt. Der Taufschein ist weder ein Beweis für die sachliche Tüchtigkeit noch für demokratische Zuverlässigkeit.

Selbstverständlich, Genossinnen und Genossen, können Verwaltung und Gesetzgebung allein die Gefahr eines neuen Rechtsradikalismus nicht bannen. Ihre Überwindung ist eine politische Aufgabe, die im hohen Maße außerhalb des Parlaments gelöst werden muß. Aber auf der anderen Seite muß die Demokratie entschlossen sein, alle sachlichen und politischen Voraussetzungen für eine aktive demokratische Politik zu schaffen.

Nun, Genossinnen und Genossen, lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zu dem dritten Punkt, der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Bundesrepublik,

sagen. Ich kann mich hier auf wenige Bemerkungen beschränken. Auch hier können wir an Hand von vielen Tatsachen feststellen, daß die Regierung weder gewillt noch in der Lage ist, die notwendigen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Aufgaben in der Bundesrepublik nach einem gewissen Plan durchzuführen und das wirtschaftliche Leben nach bestimmten wirtschaftlichen Prinzipien zu lenken. Das Resultat der sogenannten sozialen Marktwirtschaft steht heute plastisch vor dem ganzen deutschen Volk.

Wir stehen vor der Tatsache der Fehlinvestitionen von Milliarden auf der einen Seite und einer Arbeitslosenzahl von rund 1,8 Millionen auf der anderen Seite, die auch jetzt in dieser Jahreszeit kaum ein Absinken erkennen läßt. Und wie ist es hier, wenn wir Kapitel der wirtschaftspolitischen, der arbeitsmarktpolitischen, der sozialpolitischen Arbeiten der Regierung und des Parlaments durchgehen?

Wir stoßen auch hier auf die Tatsache, daß die Initiative zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise, die mit ihrem Andauern mehr und mehr das politische Leben belastet und die Demokratie gefährdet, zur Überwindung dieses Zustandes nur mit dem größten Zögern und widerwillig und ungenügend von der Regierung ausgegangen ist. Wir haben ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, aber, Genossinnen und Genossen, dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm ist vom Bundeskanzler dem Bundestag vorgelegt worden, als er durch eine große Anfrage der Sozialdemokratischen Partei zur Beantwortung dieser Anfrage veranlaßt wurde, und die Behauptung, daß dann ein Programm vorgelegt wurde, das bereits Wochen zuvor in allen wichtigen Einzelheiten festlag, ist nicht wahr. Auf Wunsch der Bundesregierung wurde damals die Beratung unserer Interpellation um zwei Tage verschoben, und in diesen zwei Tagen ist das als Arbeitsbeschaffungsprogramm fabriziert worden, was dann der Bundeskanzler dem Bundestag vorlegte, und, Genossinnen und Genossen, unsere Warnung von damals, daß die Aufzählung von Mitteln und Fonds, von Arbeitsgelegenheiten, die andere durchzuführen haben, nicht ausreiche, ist heute hundertfach bestätigt. Die Regierung kennt die Schwäche der Position. Sie wird ja in den nächsten Wochen neue große Anfragen über Art und Umfang ihrer Auftrags- und Mittelverteilung zu beantworten haben. Der Bundeskanzler hat in der vorigen Woche den Versuch gemacht, jetzt schon den Mißerfolg seines Programms abzuschieben durch den Vorwurf an die sozialdemokratischen Länderregierungen, die hätten nichts getan. Nun, Genossinnen und Genossen, die Antworten der zuständigen Minister oder Kabinette haben den Bundeskanzler und die deutsche Öffentlichkeit davon überzeugt, daß diese Behauptung in keinem einzigen Punkt zu vereinbaren war mit den Tatsachen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat angesichts dieses Umstandes eine große Anfrage in dieser Angelegenheit eingebracht. Wir stellen die Frage, ob der Bundeskanzler wirklich diese Äußerung gemacht hat, zweitens, ob die Bundesregierung diese Äußerung gebilligt hat und drittens, auf welche Punkte und Tatsachen der Bundeskanzler diese Behauptung stützt. Diese große Anfrage hat inzwischen den Bundeskanzler veranlaßt, eine echt Adenauersche Antwort zu geben. Er hat nämlich jetzt mit einem Male erklärt, er habe diese Äußerung überhaupt nicht gemacht.

Es ist nicht sehr erfreulich, daß man sich in Deutschland und im deutschen Parlament mit solchen Dingen auseinandersetzen muß. Das bezieht sich nicht nur auf die Frage des Arbeitsbeschaffungsprogramms, sondern auch auf die Frage der Kartellgesetzgebung, auf die Forderung nach Planung und Lenkung und Investitionen, auf die Frage des Wohnungsbaugesetzes, der Heimkehrerfürsorge und auf die Frage der Kriegsbeschädigtenhilfe. Ich könnte Entwurf neben Entwurf im einzelnen erläutern oder Anträge mit den Grundsätzen für die Gesetzgebung, bei denen in diesem Parlament wenigstens eine Fraktion den Versuch gemacht hat, dieses neue Staatswesen auf einem geordneten demokratischen und sozialen Unterbau aufzurichten. Aber unsere Initiative hat immer nur ein sehr zögerndes Nachgeben der Regierung zur Folge gehabt, wenn sie überhaupt darauf eingegangen ist. Hier, auf wirtschaftlichem Gebiet, erleben wir genau wie auf dem Gebiete der

Verwaltung und der Beamtengesetzgebung die erstaunliche Tatsache, daß es nur ein einziges großes wirtschaftliches Gesetz gibt, das der Initiative der Bundesregierung entsprungen ist, nämlich das Gesetz zur Reform der Einkommensteuer. Das ist Geist vom Geiste dieser Regierung und dieser Regierungsmehrheit. Das kann nicht deutlicher gemacht werden als durch die Aufzeigung der Staffelung der Steuersenkung von dem kleinen zu den mittleren und höheren Einkommen. Es kann nicht deutlicher gemacht werden, aus welchem Geist diese Regierung ihre Funktionen erfüllt. Dabei weiß jeder in diesem Volk, — und es müßte jeder an verantwortlicher Stelle als einen dauernden drängenden Druck empfinden, daß wir vor einer Fülle von neuen, unausweichlichen sozialen Aufgaben stehen, daß wir unendlich viel tun müssen auch in finanzieller Beziehung, um der dringendsten Not zu steuern. In diesem Augenblick sehen wir keine soziale Initiative der Regierung, aber eine Herabsetzung des Steueraufkommens zugunsten der hohen Einkommen um rund 900 Millionen D-Mark. Das ist ein Programm, das ist kein Zufall. Ich habe diesen Punkt aufgezeichnet, weil wir uns keiner Illusion hingeben wollen über die Härte des Kampfes, der hier um die demokratische und soziale Gestaltung der Bundesrepublik geführt werden muß. Ich darf als eine Erfahrung unserer bisherigen parlamentarischen Tätigkeit hinzufügen: Es gibt kaum einen Fall, wo die sozialdemokratische Fraktion mit ihren Anträgen in bezug auf die Sozialpolitik oder auf eine gerechte Steuerreform außerhalb der Opposition und innerhalb der Regierungsparteien irgendeine anerkennenswerte Unterstützung gefunden hat.

Wir haben es erlebt, daß die Vorschläge der Gewerkschaften für die Änderung des Steuergesetzes, die sich weitgehend mit den sozialdemokratischen Forderungen decken, nicht einmal die Unterstützung der CDU-Abgeordneten gefunden haben, die aus der Gewerkschaftsbewegung kommen. Ich sage das hier nicht, um irgendeinen besonderen Vorwurf zu erheben. Ich sage es zu unserer eigenen Orientierung, nämlich, damit wir daraus die Konsequenz ziehen, daß wir in dem Kampf gegen die Politik der Regierung, die auf die Erhaltung der Besitzpositionen hinarbeitet, im wesentlichen auf unsere eigene Kraft angewiesen sind.

Im ganzen gesehen, ist es heute, nach neunmonatiger parlamentarischer Arbeit, noch klarer als vor Beginn dieses Abschnittes der Geschichte unseres Volkes. Gewiß, wir werden bei jedem einzelnen Gesetzentwurf, um jede Einzelposition in der Errichtung unserer Vorstellungen zu kämpfen haben, und wir werden um jede Einzelposition kämpfen. Aber im Grunde zeigt gerade die Entwicklung und die Praxis der parlamentarischen Arbeit in Bonn, daß es nicht um ein Mehr oder Weniger demokratischer Gesinnung und Haltung, nicht um ein Mehr oder Weniger an sozialer Einstellung auf der einen oder auf der anderen Seite geht, sondern daß es sich hier offenbart, daß die Frage der Konsolidierung der Bundesrepublik auf demokratischer und sozialer Grundlage die grundsätzlichen Gegensätze zwischen der heutigen Mehrheit und der Sozialdemokratie immer stärker ausprägen. Denn wir können in dieser Situation und bei der Verfassung der Menschen, die heute um die Erhaltung ihrer Vorrechte kämpfen, nicht damit rechnen, daß wir eine genügend breite soziale Basis in Deutschland schaffen, wenn wir nicht darangehen, die politische und die wirtschaftliche Struktur in Deutschland entscheidend in der Errichtung sozialdemokratischer Vorstellungen zu ändern.

Es steht hinter Tausenden Einzelentscheidungen, hinter dramatischen Zwischenfällen, hinter leidenschaftlichen Auseinandersetzungen, hinter der Opposition und der Regierung im Grunde das große entscheidende Problem: In welchem Geiste soll die Bundesrepublik leben: Konservativ und besitzerhaltend, autoritär und restaurierend oder im Geiste des Neubaus, demokratisch und sozial, mit dem Willen, um jeden Preis der Menschenwürde des Letzten und Ärmsten unter uns persönliche Geltung zu verschaffen?

Genossinnen und Genossen! Wir müssen, glaube ich, von der Tatsache Kenntnis nehmen, daß für eine solche Politik in diesem Bundestag keine Mehrheit vorhanden ist. Die Mehrheit des Bundestages ist im Gegenteil unfähig und unwillig,

die Konsequenz aus der Tatsache zu ziehen, daß die alte Welt tot ist und daß sie endgültig unter den Trümmern des Dritten Reiches begraben ist.

Es kommt darauf an, daß wir im Volk zur Unterstützung der parlamentarischen Arbeit und zur Stärkung unserer parlamentarischen Position die Kräfte entwickeln und stärken, die für das Neue bereit sind, mit uns zu arbeiten. Das setzt voraus — und darin liegt die große politische Bedeutung der Arbeit unserer Opposition —, daß wir diese Zeit nützen in der Auseinandersetzung mit der Regierung und mit ihrer Mehrheit, in allen Fragen unseres gesellschaftlichen Lebens den konkreten Inhalt unserer sozialdemokratischen Politik immer stärker zu entwickeln.

Es kommt nicht darauf an, daß wir diese oder jene Regierungsvorlage oder Regierungsentscheidung ablehnen, nicht allein, sondern wir müssen in der Lage sein, durch unsere geistige und politische Leistung in jedem Falle und in jeder entscheidenden Frage diese Regierung und diese Mehrheit mit der sozialdemokratischen Alternative zu konfrontieren.

Genossinnen und Genossen! Im entscheidenden Punkt dieser Auseinandersetzungen — ich weiß nicht, wann — wird es zu neuen Auseinandersetzungen kommen müssen, die nur gelöst werden können durch einen neuen Appell an das Volk, damit aus der Erfahrung der Entwicklung des letzten Jahres die Menschen in Deutschland auch ihre politische Konsequenz ziehen können.

Auf diesen Tag hin gilt es, unsere Arbeit auszurichten, und zwar auf der parlamentarischen Ebene, indem wir als Opposition durch unsere tatsächliche Leistung vor aller Welt den Beweis erbringen, daß die Frage der Existenz oder Nichtexistenz der Regierung Adenauer keine Lebensfrage der Existenz der Regierung ist.

Gewiß, die Demokratie in Deutschland ist heute in Gefahr. Aber es gibt einen großen Unterschied gegenüber der Situation der dreißiger Jahre, wenn diese Regierung fällt, weil sie sich nicht mehr stützen kann auf das Vertrauen des Volkes, dann steht hinter dieser Regierung eine alternative Möglichkeit, gestützt auf die Sozialdemokratische Partei, die in ihrer demokratischen und sozialen Zielsetzung und Grundeinstellung eine viel größere Garantie bietet für Freiheit und Frieden in der deutschen Bundesrepublik.

Und, Genossinnen und Genossen, das möchte ich zum Schluß sagen: Die Erreichung dieses Zieles, die Stärkung der Sozialdemokratie für die Übernahme der Regierungsgewalt unter unseren Zielsetzungen, ist eine gemeinsame Aufgabe der Fraktion und der Partei. Wenn wir sie gemeinsam angreifen, dann wird der Tag kommen, an dem in Deutschland das neue Haus unter unseren Prinzipien, mit unseren Zielsetzungen aufgebaut werden kann. (Starker, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Genossinnen und Genossen! Ich danke dem Genossen Ollenhauer für seine Ausführungen. Ihr Beifall hat bewiesen, wie ernst wir sie nehmen und wie sehr wir uns ihrer Bedeutung bewußt sind.

Vorn am Eingang ist eine Schwarze Tafel, auf der die Namen jener Delegierten vermerkt sind, die von ihren Bekannten hier erwartet werden oder gesprochen werden wollen.

Wir treten nun in die Mittagspause ein. Vorher kann ich Ihnen aber noch die Freude bereiten, ein Telegramm zu verlesen, das soeben eingegangen ist:

„An Parteitag der Sozialdemokratischen Partei, Herrn Dr. Kurt Schumacher, Hamburg. Dank für telegraphische Wünsche. Bedauere sehr, wegen Krankheit am Parteitag nicht teilnehmen zu können. Wünsche den Verhandlungen größten Erfolg. In treuer Verbundenheit Hans Böckler.“ (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Dieses Telegramm und diesen Gruß empfinden wir alle, die wir ja auch alle gewerkschaftlich organisiert sind, als einen treuen und kameradschaftlichen Händedruck.

Genossinnen und Genossen! Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich bitte die Delegierten, sich so einzurichten, daß wir alle Punkt 15.00 Uhr die Verhandlungen wieder aufnehmen können.

Ende der Vormittagssitzung: 13.40 Uhr.

## Nachmittagssitzung

Vorsitzender Schönfelder: Wir nehmen unsere Verhandlungen wieder auf. Genossinnen und Genossen! Ich habe Ihnen zunächst mitzuteilen, daß der Genosse Percy Knight aus England eingetroffen ist. Ich begrüße ihn; er wird morgen früh zu uns sprechen. (Beifall.)

Dann werde ich darauf aufmerksam gemacht, daß noch nicht alle Delegierten den Fragebogen abgeliefert haben. Das soll unverzüglich geschehen. Außerdem wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Genossen ihr Interesse doch den Ausstellungen zuwenden möchten, die im ersten Stock veranstaltet sind, und zwar eine Plakat-Ausstellung durch die Propaganda-Abteilung, die Ausstellung der Konzentration, eine Ausstellung von Buch- und Zeitschriften der GEG, der „Naturfreunde“ und der „Falken“.

Genossinnen und Genossen! Dann hat die Mandatsprüfungskommission gebeten, noch einmal das Wort zu erhalten.

Alex. Voelker, Berlin: Es sind noch einige Unklarheiten zu beseitigen. Wir bitten die Genossen Gareis, Feldmann, Fischer und Pfeifer und den Genossen Herder von Oberpfalz sowie den Genossen Brinkmann, sofort in das Büro des PV zu kommen, damit wir den Bericht abschließen können.

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Bei der Debatte, die wir jetzt über beide Referate eröffnen, stehen mit zur Diskussion die Anträge 22 bis 41, mit Ausnahme der Anträge 30 und 37, außerdem der Antrag 60 und die Entschließung Nr. 70, die — glaube ich — jetzt verteilt wird.

Dann darf ich die Redner — es sind deren 18 vorgemerkt — bitten, daß sie nach Möglichkeit darauf Rücksicht nehmen, daß wir die Debatte auf der jetzigen Nachmittagstagung erledigen möchten, damit morgen früh die Schlußworte gesprochen werden können. Ich mache auf die Geschäftsordnung aufmerksam. In der Geschäftsordnung steht unter Ziffer 6: „Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt zehn Minuten.“ Ich betone, daß das nicht eine Pflicht, sondern ein Recht ist, und wenn man mit fünf Minuten auskommt, so wird das auch insbesondere hier beim Präsidium sehr beliebt sein. Parteivorstand und Präsidium haben den Wunsch, der Debatte keinen Zwang anzulegen, sondern möglichst ausführlich zu debattieren. Aber es ist vielleicht doch vorteilhaft, wenn zahlreiche Redner mit weniger Minuten auskommen als wenige mit zahlreichen Minuten. Wenn Sie diese freundlichen Worte des Präsidiums berücksichtigen wollen, dann glaube ich, wird hier eine fruchtbare Debatte stattfinden. Ich habe den Eindruck, daß unsere Tagung kraft der politischen Reife und politischen Disziplin der Abgeordneten ein vorteilhafteres Bild darstellt als die Versammlung in Bonn. Diesen Charakter und dieses Niveau, meine ich, sollten wir auch für den weiteren Parteitag beibehalten. (Beifall.)

Ich eröffne nunmehr die Diskussion.

Das Wort hat der Genosse Jacobi, Iserlohn.

Darf ich noch darauf hinweisen: Wir werden uns erlauben, bei neun Minuten ein kleines Zeichen zu geben und hoffen, daß dann der Redner mit Riesenschritten dem Ende seiner Rede zueilt.

Werner Jacobi, Iserlohn: Genossinnen und Genossen! Der Genosse Schumacher hat uns im Verlaufe seines Referates die Mitteilung gemacht, Herr Dr. Adenauer habe den Wunsch geäußert, daß diese Konferenz zu einer Reihe von Fragen, besonders zur Frage des Beitritts zum Europarat, eine andere Haltung einnehmen möchte, als sie bisher in Erklärungen unseres Parteivorsitzenden zum Ausdruck gebracht worden ist. Es ist rührend, wie stark Herr Dr. Adenauer Wert darauf legt, daß dieser Konferenz von der Parteileitung der SPD keine Fesseln angelegt werden. Er ist auf diesem Gebiet offensichtlich geschult an seiner eigenen Praxis in der CDU, und man weiß bei seinen Ratschlägen nie, ob er als Bundeskanzler oder als Parteiführer spricht. (Zuruf: Doch, man weiß es!) Als Bundeskanzler steht es ihm nicht an, sich in Fragen parteipolitischer Konferenzen einzumischen, und als Parteiführer der CDU sollte er erst recht schweigen, weil er von



vornherein im Verdacht steht, nicht aus sichtlicher Argumentation seine Ratschläge zu erteilen. Der Genosse Schumacher hat vom politischen Dilettantismus auf dem Gebiete der Außenpolitik gesprochen und von der sozialen Passivität der Bundesregierung als einem Gefahrenherd für die Weiterentwicklung der Demokratie in Deutschland. Nun, ich glaube, wir alle haben den Eindruck, daß diese Passivität und dieser Dilettantismus sich leider nicht auf die Gebiete beschränken, die hier heute erörtert worden sind und — was die Ausführungen des Genossen Ollenhauer sehr deutlich gemacht haben — daß eigentlich überall das Recht und die Pflicht zu einer scharfen Kritik gegenüber der Politik der Bundesregierung besteht. Wir wissen, daß in den Reihen der Bundesregierung und in den Reihen der Regierungsparteien Meinungsverschiedenheiten der vielfältigsten Art bestehen, aber wir wissen auch zugleich, daß vor allem, wenn Wahlkämpfe kurz bevorstehen, sich solche heterogenen Elemente sehr rasch einig sind, wenn es nämlich darauf ankommt, einer geschlossenen Front der deutschen Sozialdemokratie entgegenzutreten. Wir haben gerade bei Herrn Dr. Adenauer schon vor Wochen erlebt, daß er in gewisser Weise den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen präjudiziert hat dadurch, daß er in einer Rede auf die besonderen christlichen Aufgaben dieses Landes an Rhein und Ruhr hingewiesen hat und damit, wie zur Zeit des Wahlkampfes, die vorparlamentarischen Kräfte ins Rennen zu bringen versuchte. Wir wissen darüber hinaus, daß die bevorstehenden Wahlkämpfe sehr stark beeinflusst werden von einer allgemeinen Kritik den politischen Parteien gegenüber generell und daß wir uns mit diesen Dingen auseinandersetzen müssen. In ihrem Kern geht die politische Ahnungslosigkeit weiter deutscher Kreise allerdings auf die politischen Konzeptionen der Alliierten im Jahre 1945 zurück. Damals ist Entscheidendes versäumt worden. Damals wurde nichts getan, um die Voraussetzungen zu schaffen für eine geistige und politische Erneuerung unseres Volkes. Ich brauche nur auf die Entnazifizierung und auf die Tatsache hinzuweisen, daß heute hohe Amts- und Würdenträger der NSDAP wieder weitgehend in Rang und Ansehen sind. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß man, der Öffentlichkeit meist unbekannt, Prozesse wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen an alliierten Personen, angestrengt hat, während man es nicht verstand, dem deutschen Volk begreiflich zu machen, daß man mit derselben Empörung bereit war, Stellung zu nehmen gegen Verbrechen, die vordem an Deutschen von Deutschen begangen worden sind.

Genossinnen und Genossen! Diese große Chance, die sich 1945 den Alliierten bot, um dem deutschen Volke die Tiefe seines Falles begreiflich zu machen, um in seinen Augen die Erkenntnis der furchtbaren Taten des Naziregimes zu fördern, diese große Chance ist vertan worden. Wir haben den Eindruck, daß man auch jetzt nicht bereit ist, daraus eine Lehre zu ziehen. Was soll man beispielsweise dazu sagen, wenn die Alliierten nicht nur gestatten, sondern auch fördern, daß alt- und neofaschistische Elemente sich wieder breitmachen? Was soll man dazu sagen, wenn beispielsweise in dem sogenannten deutschen Arbeitsdienst, in dem G.C.L.O. — etwa am Niederrhein, in der Nähe von Düsseldorf — Leute zum Teil hoch dotiert werden, die im Augenblick dabei sind, Saalschutzformationen für die Herren Remer, Dorls und Genossen zu bilden? Was soll man dazu sagen, wenn eine solche reaktionär-faschistische Gruppenbildung noch finanziell unterstützt wird, wenn beispielsweise die Kontrolle dieser Gruppen im Rheinland durch einen Mann erfolgt, der viele hundert Mark Gehalt bezieht als Mitglied und Führer dieser Arbeitsdienstgruppen, obwohl er vor 1945 der politische Berater des ehemaligen Gauleiters Florian gewesen ist? Das ist nur ein Beispiel für viele, aber dieses Beispiel sollte uns zum Nachdenken bewegen hinsichtlich der eigenen Verpflichtung. Wir müssen uns darüber klar sein, daß es gerade gegenüber diesen jungen Menschen, die in die Fangarme von politischen Hasardeuren zu geraten drohen, unsere Pflicht ist, uns mit ihren Sorgen zu beschäftigen. Ich begrüße die positive Erklärung, die Genosse Schumacher in bezug auf die Notwendigkeit der politischen Erziehung der deutschen Jugend heute erneut abgegeben hat. Um diesen jungen Menschen zu

helfen, ist es notwendig, unsere politischen Forderungen und Ziele an sie heranzubringen. Es ist auch notwendig, ihnen begreiflich zu machen, daß wir auch in der Politik des reinen Alltags unsere politischen Ideale nicht vergessen. Wenn Parteimitglieder — und es gibt gelegentlich auch bei uns solche — ihre öffentliche Funktion für die persönliche Bereicherung mißbrauchen, dann gehören sie schleunigst hinauskomplimentiert. Und wenn beamtete Genossen — und es gibt solche gelegentlich auch bei uns — vergessen, was sie uns an Haltung und Gesinnung schuldig sind, dann sollten wir sie „auf Vordermann“ bringen und bereit sein, zu erklären, daß wir mit solchen Leuten als Partei nichts gemein haben, damit uns ein solches menschliches Versagen, das es überall gibt, nicht als ein selbstverständlicher Annex sozialdemokratischer Politik angekreidet werden kann. Ich bitte Sie, in der täglichen Politik daran zu denken, daß es in der Tat nottut, auch in den eigenen Reihen kritisch zu sein. Wenn wir dazu kommen, bei den kommenden Wahlentscheidungen die Möglichkeit zu haben, gemeinsam die Angriffe unserer Gegner abzuwehren, wenn wir so die Politik im alltäglichen betreiben, wenn wir uns nicht darauf beschränken, unsere Ideale auszubreiten, wenn wir Wert darauf legen und es fertig bringen, diese Ideale im täglichen Leben vorzuleben, dann wird man uns nicht bezwingen können. (Beifall.)

Vorsitzender Meitman: Das Wort hat Max Brauer. Ihm folgt Löbe, Berlin.

Max Brauer, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Ich kann zu den zwei großen Referaten, die wir gehört haben, nur Stellung nehmen, indem ich eine Frage hier zur Erörterung stelle. Das ist die Frage des Europa-Rats. Im Gegensatz zum Genossen Schumacher bin ich der Meinung, daß die Ablehnung, nach Straßburg zu gehen, geradezu ein Unglück und eine falsche Politik ist. Dieses Urteil ist nicht bestimmt durch den Rat der Alliierten, auch nicht bestimmt durch den Appell von Herrn Adenauer, sondern durch ganz andere Erwägungen. Und ich möchte dafür einen Kronzeugen anführen, der Ihnen bestimmt in der sozialistischen Bewegung als ein Lehrmeister erscheint.

Das letzte Buch, das der Genosse Kautsky in seinem Leben hinterlassen hat, das aus seinem Leben kaum bekannt ist, heißt „Sozialisten und Krieg“. Aus diesem Buche möchte ich folgende Sätze herausnehmen, die sich mit dem Völkerbund als Siegerbund beschäftigen. Und es heißt dort:

„Als ursprüngliche Mitglieder des Völkerbundes wurden in der ihn begründenden Urkunde, dem Versailler Friedensvertrag, nur die Siegerstaaten genannt. Und eine Aufforderung, ihm beizutreten erhielten zunächst nur Staaten, die im Kriege neutral gewesen waren. An die Besiegten erging keine derartige Aufforderung; es wurde ihnen nur gnädigst in Aussicht gestellt, sie könnten später zugelassen werden, wenn sie Garantien für ihr „Wohlverhalten“ gäben. Am ehesten durften dann Österreich und Bulgarien dem Völkerbund beitreten (1920), Ungarn erst 1922, das Deutsche Reich 1926, die Türkei gar erst 1932.

Wer sich nicht daran gewöhnt hatte, eine Einrichtung daraufhin anzusehen, welche Möglichkeiten und Aussichten sie in ihrem Schoß birgt, wer nur den Augenblick der Gegenwart in Betracht zog, der kam leicht zu der Überzeugung, der Völkerbund sei nur ein Werkzeug der Sieger, nur ein Mittel, die Friedensdiktate zu garantieren. In den Ländern der Besiegten und vielfach auch der Neutralen war diese Anschauung lange allgemein. Sie führte zum Widerstand gegen den Eintritt in den Völkerbund. Selbst bei manchen Sozialdemokraten fand dessen Ablehnung Eingang, obwohl die Idee des Völkerbundes ihren Grundsätzen entsprach. Allerdings wollten sie einen Völkerbund, jedoch nicht diesen. Leider muß jeder Politiker, der fruchtbare Arbeit leisten will, stets mit den jeweils gegebenen Machtverhältnissen rechnen, nicht um sie willenlos hinzunehmen, sondern um ihnen die Methoden des Kampfes für die eigenen Grundsätze anzupassen und diesen dadurch wirksam zu gestalten.“

Das sagte Kautsky zu den damaligen Debatten über den Eintritt in den Völkerbund.

Und die Parallele für Straßburg ist so überzeugend, daß man kaum dazu etwas zu sagen braucht. (Ja- und Nein-Zurufe.)

Was uns hier als Straßburg und Europa-Rat geschildert ist, sieht aus, als ob die Deutschen in eine Folterkammer gelockt werden sollten. Es ist das Wort gefallen, Straßburg sei dann wieder völlig unbedeutend.

Genossen! Für mich ist Straßburg der Ausgangspunkt großer Möglichkeiten, und wenn wir diese Möglichkeit ungeachtet lassen, dann befolgen wir eine Taktik des Sich-Isolierens und des Beiseite-Stehens, die uns nicht vorwärtsbringt.

Die zweite Frage ist die Saar. In jedem Wort, das über Deutschland, über die deutsche Einheit und über die Saar gesagt wurde, muß ich dem Genossen Schumacher zustimmen. Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß wir jemals diese Regelung, die man dort jetzt versucht, von deutscher Seite aus akzeptieren können.

Was wir fordern müssen, ist letzten Endes die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes. Und ich glaube, daß die Entwicklung dazu führen wird, daß in wenigen Jahren man erkennen wird, in einer Zeit, in der die Kolonien aufgegeben werden, weil die Kolonialvölker sich freimachen, da kann man nicht mit kolonialen Zuständen in Europa wieder beginnen.

Ich akzeptiere nicht die Koppelung, wenn ich nach Straßburg gehe, daß ich zur Saarregelung Ja sage, sondern wenn jemand als Sozialdemokrat nach Straßburg geht und wenn dort die Deutschen erscheinen, dann müssen sie die Auffassung vertreten, daß die Anwesenheit von Saarvertretern in keiner Weise an dem deutschen Standpunkt ein Jota ändert. Genossen, man kann nicht sagen, es muß, wenn wir nach Europa gehen, bereits das Maximum von Demokratie da sein. Europa tritt nicht ins Leben als eine perfekte Institution, sondern Europa muß mühsam errungen und erkämpft werden, und zwar nicht als eine Utopie, die von einem zum anderen Tag perfekte Wirklichkeit wird.

Ich kann auch nicht anerkennen, daß die Mitgliedschaft und die Betätigung im Europarat dazu führen kann, zu sagen, damit sind wir mit Gedeih und Verderb dem Atlantikpakt verhaftet. Auch diese Koppelung kann ich nicht für das Gegebene ansehen.

Hier ist gesagt worden, wir wollen dem Frieden dienen. Ganz selbstverständlich wollen wir das. Auch da gehe ich an dem Buch „Sozialisten und Krieg“ nicht vorüber. Dieses Buch von Kautsky sagt:

„Darum fällt dem internationalen Proletariat und seiner Organisation, der Sozialistischen Internationale, die Aufgabe zu, den Kampf um den Frieden so intensiv und mit solcher geistigen Überlegenheit zu führen, daß es dabei zum Führer der Menschheit wird.“

Dieser Kampf um den Frieden wird gleichzeitig ein Kampf um die Freiheit in allen Staaten sein müssen, ein Kampf um die internationale Demokratie.

Es ist vom Genossen Schumacher gesagt worden, unser Nein sei ein konstruktives Ja. Ich halte es damit: Eure Rede sei ja, ja oder nein, nein; und was darüber ist, das ist vom Übel.

Genossen, ich bin auch beglückt, daß Genosse Schumacher in der Frage des Schuman-Vorschlages zumindest sagt, diese Dinge sind einer ersten Prüfung wert. Und das Entscheidende, was ich zu diesen Dingen in bezug auf Europa zu sagen habe, ist das, daß die Idee Europa unser sozialistisches Gedankengut ist, und daß wir unserer Jugend diesen Weg zeigen müssen, damit wir der Bewegung nach Europa und der Menschheit hin den großen Elan geben, den dieses Europa und diese geschlagene Jugend braucht. (Beifall.)

Genossen! Es ist hier das Wort von der Gleichberechtigung gefallen. Ich bin ganz gewiß der Letzte, der da sagt, daß irgendwo, wo die Deutschen erscheinen, oder irgendwo, wo sie mit den Alliierten in Kontakt kommen, sie aus einem inferioren Komplex in Sack und Asche gehen müssen. Das brauchen die deutschen Sozialdemokraten am allerwenigsten.

Aber eines möchte ich doch sagen: Wir befinden uns fünf Jahre nach der größten Katastrophe, die die Menschheit je erlebt hat. Die Liquidierung eines solchen Krieges ist nicht eine Angelegenheit, die man über Nacht macht. Das sind Fakten, diese Millionen Opfer und dieser schwere Gegensatz, der sich zwischen den Völkern aufgetan hat.

Es steht uns nicht an, immer die Beleidigten und die Gekränkten zu sein. Genossen, wir wollen kein Unrecht hinnehmen, und vieles, was in Jalta und Teheran getan worden ist, war nichts als die Annahme der Naziphilosophie seitens der Siegermächte und damit das Unglück für Europa.

Das können wir ihnen sagen, aber wir wollen doch nicht vergessen, daß schließlich die deutsche Diktatur und im Namen des deutschen Volkes Hitler diesen Krieg entfesselt hat. Wir Sozialdemokraten haben dagegen gestanden und gekämpft. Aber da drüben sieht man Deutschland und das deutsche Volk.

Ich kann nur sagen, ich bedaure, wenn der Parteitag die Entscheidung trifft, daß wir sagen, nicht mit Europa, sondern beiseite stehen. (Widerspruch.)

Wir brauchen nicht hinter Herrn Adenauer zu gehen, sondern wir sollten vorgehen und aus dem Europarat mit unseren sozialistischen Genossen in der ganzen Welt das Instrument machen, das uns von der Enge der nationalistischen Politik hinweghebt und den Weg für die europäische Entwicklung breit aufmacht.

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat jetzt Paul Löbe, Berlin; ihm folgt Brandt, Berlin.

Paul Löbe, Berlin: Genossinnen und Genossen! Die eindringlichen, tiefgründigen Ausführungen des Genossen Schumacher, die wohl jeder einzelne von uns als eine bewundernswerte geistige und körperliche Leistung empfunden hat — haben meine sachlichen Zweifel nicht erschüttern können. Ich bin der Meinung, daß die deutsche Sozialdemokratie einen andern Weg gehen muß, als ihn Schumacher uns empfahl. Ich will die Straße nach den Vereinigten Staaten von Europa gehen, auch durch den Rat von Straßburg.

Warum? Ich stimme der Kritik, die Genosse Schumacher an dem Rat geübt hat, in allem zu — ich fühle, daß die Siegermächte, die Franzosen, oder ein Teil von ihnen, etwas in das Projekt hineingeworfen haben von dem, an dem wir die alte Konstellation Sieger gegen Besiegte erkennen, statt eine europäische Gemeinschaft.

Ich kenne die Mängel der Satzungen des Rates von Straßburg, und ich weiß, daß wir nur als assoziiertes, nicht als alliiertes Mitglied zunächst dort beitreten müssen. Trotzdem kann ich dem Schluß nicht zustimmen, den unser Freund Schumacher daran geknüpft hat. Wir werden diese Mängel, wird werden unsere Ausstellungen, unsere Beschwerden und unsere Forderungen mit ganz anderer Aussicht auf Erfolg anbringen können, wenn wir in der Korporation sitzen und sie nicht von draußen angeben, ohne drinnen mitsprechen zu können.

Ich möchte konkret sagen, kurz: Ich möchte, Kurt, daß Du Deine faszinierende Rede nicht nur in Hamburg und in Bonn, sondern daß Du sie in Straßburg hältst! Das ist das Forum, vor das sie gehört. Dort müssen wir unsere Forderungen, sei es die Einheit Deutschlands, seien es die allgemeinen Wahlen, vertreten. Wir sind über diese Dinge einig, bei uns wirst Du dafür immer einstimmigen Beifall finden.

In Straßburg — vielleicht wirst Du ein wenig mildere Formulierungen finden als die, in denen Du zu uns gesprochen hast. —

Aber immerhin — es wird nützlich sein.

Der zweite Grund, Genossen, scheint mir: Die Vereinigten Staaten von Europa sind ein so hohes, so großes, sie sind das wichtigste Ziel der Gegenwart, daß wir uns auch durch Kinderkrankheiten, durch Geburtswehen, durch Fehler von Adenauer usw. nicht abhalten lassen wollen, diesem großen Ziel all unsere Kräfte zu weihen.

Vergessen Sie nicht, daß die deutsche Jugend durch die Abnutzung alter politischer Forderungen indifferent geworden ist, daß sie gerade an diesem Ideal festhält, und ich möchte ihnen, die sich davon materielle und ideelle Fortschritte er-

hoffen, diese Hoffnungen nicht aus der Hand schlagen. Was ich fürchte, ist, daß wir in eine Sackgasse geraten. Mir schwebt dabei das Wort Scheidemanns vor: „Die Hand soll verdorren, die diesen Friedensvertrag unterzeichnet“, und wenige Monate später mußten Ebert und Hermann Müller ihn unterzeichnen, ohne daß ihre Hand verdorrt. Wir sprechen heute von der überstaatlichen Wirtschaft. Man soll daran denken, wie zwischen Stinnes und Menoux auf der anderen Seite Loucheur die ersten Anknüpfungen nach dem Ruhrgebiet führten, was auch wie eine kapitalistische Verschönerung aussah, und sie endeten in der Völkerbundspolitik Stresemanns, die wir weitergeführt haben, als er von seinen eigenen kapitalistischen Freunden verlassen wurde.

Werte Genossen! Diese Entwicklung möchte ich vermeiden. Ich möchte darauf hinweisen, daß Bedingungen auch ihre Kehrseite haben können. Damals, als wir in den Völkerbund eintraten, wurden auch Bedingungen gestellt, aber wir erhielten einen Sitz im ständigen Rat, und als man ihn uns gab, trat der erste der großen Staaten, der für diesen Sitz auserkoren war, Brasilien, aus dem Völkerbund aus, und seine Universalität wurde zum erstenmal geschwächt — eine Entwicklung, die dann leider ihre Fortsetzung gefunden hat.

Ich kann es aus all diesen Gründen nicht als ein Glück für die Partei ansehen, wenn wir diesen Weg beschreiten. Mir scheint es schwer, dem deutschen Volke, unsern Wählern, ja vielen unserer eigenen Genossen die taktischen Winkelzüge klarzumachen, die mit einem politischen Problem verbunden sind für den, der aktiv an erster Stelle steht. Und übersehen Sie eins nicht: Alle unsere Genossen in Europa stehen bittend vor uns: Kommt zu uns! Wir verstehen euch nicht. Die französischen, die englischen, die holländischen, die belgischen, die Genossen aller anderen Länder verstehen unsere Haltung nicht. Sie sagen: Kommt zu uns, ihr sollt an unserer Seite sitzen, denn in dem Kampf, der auch in diesem Gremium geführt wird zwischen Kapital und Arbeit, damit wir eure Hilfe und Mitwirkung haben. Es gibt welche, die sich aus dieser Situation herausstellen wollen, die sagen: Na, wenn Adenauer den Beitritt vollzogen hat, werden sie auch genötigt sein, Leute aus unseren Reihen für die 18 Sitze vorzusehen. Genossen, die Situation scheint mir eine schiefe, gleich der der Bayern zu sein, die das Grundgesetz zuerst abgelehnt haben und jetzt auf Grund des Grundgesetzes alle ihre Forderungen anmelden. Wir weisen sie immer auf den Widerspruch dieser Haltung hin und sollten diese Haltung nicht selber betätigen.

Das sind nur einige Argumente, die mich bewegen, Ihnen einen anderen Rat zu geben. Ich weiß, Kurt wird uns im Schlußwort ordentlich zerzausen; er wird uns für primitiv und mich vielleicht für leicht senil halten (Heiterkeit), aber, werte Genossen, ich habe zusammen mit Coudenhove, der trotz aller Fehler, die er später gemacht hat, doch der Pionier des Gedanken von dem vereinten Europa war, ein Jahrzehnt die deutsche Gruppe dieser Europavereinigung geführt. Ich bin nicht fähig, heute zu sagen: Solange es Propaganda war, solange es Theorie war, hast du an der Stelle gestanden. Ich möchte, daß, wenn der Tag kommt, von dem Ollenhauer in seinem prachtvollen Vortrag sagte, der Appell an das deutsche Volk, daß es keinen deutschen Wähler mehr gibt, der bezweifeln könnte, daß wir diesem Gedanken nicht nur theoretisch gedient haben, sondern daß wir unsere praktische Mitwirkung gezeigt haben bei der Schaffung einer besseren Zukunft Europas. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Das Wort hat Willy Brandt. Ihm folgt Dr. Heydorn, Hamburg.

Willy Brandt, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Ich habe zunächst den Auftrag, einiges zur Begründung des Antrages Nr. 33 vom Landesverband Berlin zu sagen. Der Antrag befindet sich auf Seite 7 der Vorlage Nr. 5, aber obgleich er insgesamt nur aus acht Zeilen besteht, sind in den acht Zeilen zwei Druckfehler enthalten. Ich darf den Antrag so verlesen, wie er lauten soll:

„Der Parteivorstand wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion unverzüglich ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die dringlichsten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen auszuarbeiten. Es muß die Grundlage des nächsten Wahlkampfes sein, den Klärungsprozeß im deutschen Parteileben fördern und richtungweisendes sozialdemokratisches Regierungsprogramm werden.“

Wir möchten Euch bitten, Genossinnen und Genossen, diesem Antrag zuzustimmen, aber nicht als einer Angelegenheit der Propaganda oder der Taktik, sondern als einer Angelegenheit der politischen Strategie.

Das politische Problem, so, wie es sich vielen von uns darstellt, besteht doch wohl darin, zu verhindern, daß wir alle die Widerstandskräfte gegen eine demokratisch-sozialistische Lösung in diesem Lande gegen uns zusammenschweißen. Unsere Aufgabe muß doch wohl in erster Linie darin bestehen, das gegnerische Lager so stark wie möglich zu differenzieren, uns zu stärken und das Zusammenwirken mit anderen Kräften zu ermöglichen. Ich glaube, wir kommen zu dem Ziel, das wir uns gesteckt haben und von dem heute morgen in überzeugender Weise zu verschiedenen Fragen die Rede war, nur dann, wenn unsere Politik von dem unerschütterlichen Willen und dem festen Vorsatz getragen ist, daß das, was wir wollen, noch realistischer, noch sachlicher, noch positiver, noch konkreter entwickelt werden muß. Wir brauchen das Aktionsprogramm, das im einzelnen erst von uns noch zu schaffen ist, wenn wir nicht in einer sehr unangenehmen Lage uns befinden wollen an dem Tage, wo die Regierung Adenauer durch eine sozialdemokratisch geführte Regierung abgelöst wird. Im kommenden Wahlkampf und in den Auseinandersetzungen müssen wir der Bevölkerung wirklich an Hand von bis ins einzelne gehenden Ausarbeitungen darlegen, wie wir es anders machen wollen, wenn wir die Regierungsgeschäfte in der Hand haben.

Ich will nicht der Mittwoch-Debatte vorgreifen, aber es geht vielleicht manchem Genossen ähnlich wie einem Teil von uns in der Berliner Delegation. So sehr wir die grundsätzlichen Richtlinien des wirtschaftspolitischen Ausschusses zur Frage der Vollbeschäftigung unterstreichen, so entscheidend wichtig erscheint uns doch auf der anderen Seite die Konkretisierung zu sein, wie sie etwa von den Hamburgern angedeutet worden ist in der zusätzlichen Vorlage, die uns gestern unterbreitet wurde. So wichtig es sein mag, wie zwei der Antragsteller fordern, die Diskussion über ein grundsätzliches Programm zu führen, so sehr sind wir doch der Auffassung, daß ein Arbeits-, ein Aktionsprogramm der Partei, das den Weg vom Propagandistischen und überwiegend Polemischen zum Konstruktiven zeigt, zu dem allervordringlichsten gehört, was die Partei zustande bringen muß.

Nun gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen zur Europafrage. Ich muß erklären, daß ich den Ausführungen und Auffassungen des Genossen Schumacher zu dieser wichtigen Frage nur zu zwei Drittel folgen kann, aber ihnen nicht im letzten Drittel zu folgen vermag. Ich bin damit einverstanden, daß wir schärfsten Protest im Bundestag und wo auch immer über die Frage des Eintritts gesprochen wird, zum Ausdruck bringen gegen die willkürliche Regelung an der Saar und gegen die Verkoppelung von Saar und Europarat. Ich bin weiter einverstanden, daß wir deutlich zum Ausdruck bringen, daß Straßburg kein guter und kein gesunder Start der europäischen Zusammenarbeit ist, daß die eigentlichen Probleme erst nach Straßburg kommen. Einige könnten schon heute deutlich umrissen werden. Eines dieser Probleme ist der Marshall-Plan, der auch keine ideale Angelegenheit ist. Dennoch haben wir zu ihm „ja“ gesagt und werden „ja“ sagen zu seiner möglichen Weiterführung im Jahre 1952.

Wir begrüßen es, daß die Frage der deutschen Remilitarisierung von der Tagesordnung der Londoner Konferenz abgesetzt worden ist. Aber wir können auf der anderen Seite nicht darum herumkommen, daß die Frage der Sicherheit des Westens uns als Betroffene im höchsten Maße interessiert und uns zu ersten Überlegungen veranlassen muß. Schließlich sollten wir betonen — das gehört auch zu den nicht strittigen Punkten —, daß, wenn es trotz des Protestes der Sozialdemo-

kratie gegen die Saarregelung zur Einbeziehung der Bundesrepublik in die Straßburger Versammlung kommt, daß damit keine Akzeptierung des deutschen Provisoriums im Westen als endgültige Lösung verbunden sein kann. Es muß unterstrichen werden, daß Berlin nicht, wie es in dem Brief Adenauers vorgesehen ist, außerhalb der Bundesrepublik belassen werden kann, sondern daß Berlin, wenn überhaupt eine Regelung zustande kommt, mit zur Bundesrepublik gehören muß, wie es der Beschluß des Bundestages vom vorigen Herbst forderte.

Das letzte Drittel, bei dem sich die Sache mir etwas anders darstellt, besteht in folgendem: Ich glaube, es ist schwierig, zu sagen, daß wir den Weg nach Straßburg nicht gehen sollten, weil es nur ein Ersatzeuropa repräsentiert. Ein Ersatzeuropa wäre der Westen auch, wenn er eine bessere Konstruktion hätte. Die Aufgabe, das eigentliche Europa zu schaffen über den Küstenstreifen am Atlantischen Meer hinaus, bestünden auch dann. Auch diese Aufgabe könnte wohl nur mit demokratischen Kräften außerhalb Europas gelöst werden. Ich glaube, wir können nicht so weit gehen, daß wir sagen, wir können eigentlich erst mitmachen, wenn es die Möglichkeit einer sozialistisch-demokratischen Solidarität in Europa gibt. Natürlich wäre uns eine solche Entwicklung die liebste, wie sie uns auch in Deutschland die liebste gewesen wäre. Aber wir haben in Deutschland auch Lösungen akzeptiert als Basis unserer Arbeit, die uns vor 1945 nicht vorgeschwebt haben. Ich weiß nicht, ob wir ohne weiteres sagen sollen, daß die deutschen Sozialisten die besten Internationalisten von allen sind. Für meinen Teil wäre es schon richtiger zu sagen: Wir bemühen uns, ebenso gut wie die anderen zu sein. Der Anspruch, die Besten zu sein, könnte auch etwas herabsetzend auf andere und gerade auf unsere ausländischen Gäste wirken.

Ich glaube, daß das Ja zu Europa auch zu seinen Ansätzen, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet in der OEEC darstellen und politisch vielleicht in Straßburg ergeben kann, gesagt werden müßte und daß dieses Ja neben unseren Bedenken und Protesten zu der unmöglichen Konstruktion, von der die Rede gewesen ist, doch auch deutlich genug bei dem Beschluß des Parteitages zum Ausdruck kommen sollte.

Eine scharfe Auseinandersetzung mit den rückschrittlichen Kräften Europas und über Europa hinaus ist erforderlich. Aber Genossen, die Grundfrage der Auseinandersetzung im Europa von heute und in der Welt von heute ist ja — man kann vielleicht sagen leider — nicht, oder nicht allein die Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Sozialismus und denen des Kapitalismus, sondern eine Auseinandersetzung, in der es darum geht, überhaupt die Möglichkeiten einer demokratischen, sozialistischen Entwicklung zu erhalten. Und dazu sollten auch, wo immer erkennbare Ansätze zur Gemeinsamkeit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete in Westeuropa sind, sie von uns als Ansatzpunkte erfaßt und womöglich positiv weiterentwickelt werden.

Genosse Meitmann: Das Wort hat Heydorn, Hamburg. Ihm folgt Simon Jungen, Castrop.

Heinz-Joachim Heydorn, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Auch ich möchte nur zu einem einzigen Punkt der Rede des Genossen Schumacher sprechen, und zwar zur Frage des Eintritts Deutschlands zum Europa-Rat. Auch ich bin der Ansicht, daß wir dem Europa-Rat beitreten sollten, und ich will versuchen, in zehn Minuten die für mich entscheidenden Argumente zusammenzufassen.

Der Europa-Rat — das hat der Genosse Brauer schon gesagt — ist der neue Versuch, unter neuen staatsrechtlichen Formen eine europäische Zusammenarbeit zu schaffen. Er ist in keiner Weise abgeschlossen, sondern er birgt alle Entwicklungsmöglichkeiten in sich. Das muß berücksichtigt werden. Die tragenden Kräfte des Europa-Rats allein werden über seine Zukunft bestimmen, ob nun diese tragenden Kräfte aus unserem Lager kommen werden oder aus dem Lager des europäischen Bürgertums. Aber es gibt einige grundsätzliche Gedanken. Wir wissen, daß es unmöglich ist, das Elend zu sozialisieren und den Sozialismus unter solchen Umständen zu verwirklichen. Wir wissen ferner, daß angesichts der Verflechtung

der europäischen Wirtschaft die Möglichkeiten, die produktiven Impulse des Sozialismus auszulösen, um so größer sind, je größer der Raum ist, in dem sie sich verwirklichen können.

Als 1870 das Deutsche Reich gegründet wurde, war es der reaktionäre preußische Hegemoniestaat, der das größte politische Kapital einbrachte. Und wenn damals Marx unter diesen unglücklichsten Voraussetzungen für ein einheitliches Deutschland eintrat, so deshalb, weil er nicht von einer Augenblickstheorie ausging, sondern von der grundsätzlichen Erkenntnis, daß sich auf die Dauer nur in einem großen einheitlichen Gebilde der Sozialismus verwirklichen könne.

Und zweitens: Die europäische Möglichkeit ist im Augenblick die einzige historische Chance für den demokratischen Sozialismus, in sich ein eigenes politisches Schwergewicht zu bilden. Das scheint mit außerordentlich wichtig zu sein. Der demokratische Sozialismus ist unter den gesellschaftlichen Voraussetzungen, die er mit sich bringt, praktisch auf Europa beschränkt. Nur hier ist daher eine Chance gegeben, Europa nicht nur zu einem Vorzimmer einer atlantischen Organisation zu machen, sondern aus diesem Europa ein eigenes politisches und wirtschaftliches Gebilde zu machen, das mehr ist, als es eine atlantische Organisation jemals sein kann, nämlich Ausdruck einer eigenen politischen Form und eines eigenen politischen Stils, während jedes einzelne europäische Land, wenn es unter nationalstaatlichen Voraussetzungen weiterarbeiten will, früher oder später zur politischen und wirtschaftlichen Liquidation verurteilt ist und damit die Anziehungskraft für den Kommunismus in jeder Form erhöhen muß.

Dagegen steht die Frage der Saar. Ich stimme keineswegs mit der französischen Lösung überein, aber ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube, daß es meiner Ansicht nach ein politischer Anachronismus ist, wenn man im zwanzigsten Jahrhundert die nationale Souveränität zurückfordert.

Man sollte einen positiven Gegenvorschlag machen, nämlich einen detaillierten Vorschlag, wie man die Saar zum Modell einer europäischen Zusammenarbeit machen kann, und die Franzosen beim Wort nehmen mit dem, was sie nämlich behauptet haben, was sie angeblich aus der Saar machen wollten und was sie nicht getan haben. Das ist ein Vorschlag, der mit der Frage der nationalen Souveränität nicht nach gestern zurückweist, sondern der in das Morgen weist, wenn dieses Morgen in Europa überhaupt noch möglich sein soll.

Ich bin der Meinung, man muß aussprechen, was ist, wie Marx einmal sagt, und ich gebe zu, daß auch ich, wie es der Genosse Schumacher so schön gesagt hat, von der Sehnsucht belastet bin, daß die europäischen Sozialisten nach den furchtbaren Enttäuschungen zweier Weltkriege doch noch einmal unsere Hoffnungen in die Wirklichkeit übersetzen können.

Man kann gegen den Plan des Europarates, gegen den voraussichtlichen Schuman-Plan und gegen den Plan des Grafen Coudenhove-Kalergi sehr vieles und mit Recht sagen. Aber wo sind denn die sozialistischen Alternativen zu diesen Plänen?

Es gibt doch keine. Sagen wir das doch ganz deutlich. Sehen Sie doch, wie die COMISCO-Verhandlungen gelaufen sind. Es ist doch so, daß man tatsächlich weitgehend der europäischen Bourgeoisie die Initiative zum Wiederaufbau Europas überläßt. Das sind doch überall, wenn man diese Dinge genau analysiert, nationalpolitische Interessen und nationale Klasseninteressen in einem erschreckenden Ausmaß, wie sie gerade vorgestern in der Stellungnahme des englischen Transportarbeiterverbandes zum Ausdruck kamen und den Versuch darstellen, den eigenen Lebensstandard aus einem desintegrierten und zerstörten Europa zu retten.

Das sind lauter Vorstellungswelten, die nicht dazu geeignet sind, einen wirklichen Weg in die Zukunft zu bahnen. Es scheint mir, da müßte die wirkliche Kritik ansetzen und nicht nur an den bürgerlichen Vorschlägen, die wir vor uns haben. Wir müssen vielmehr fragen: Wo bleibt unsere Initiative, unsere wirklich konstruktive Initiative für den Neuaufbau Europas? Und ich muß es leider und ganz deutlich sagen, daß diese sozialistische Initiative weitgehend seit 1945 ausgeblieben



ist. Ich glaube jedoch, daß hier gleichzeitig die Entscheidung über die Möglichkeit einer eigenen sozialistischen Politik in Europa fällt.

Jedenfalls sind zwei Voraussetzungen nötig. Die eine Voraussetzung ist die, daß die europäischen Sozialisten — und viel Zeit haben wir nicht; denn wir wissen nicht, ob wir nach zwanzig Jahren noch die Möglichkeit haben, auf europäischem Boden frei zu diskutieren — einen echten sozialistischen Alternativplan gegen die bürgerlichen Pläne herauszustellen und sich nicht darauf beschränken, sie nur zu kritisieren. Wir brauchen einen positiven und in die Zukunft weisenden Alternativplan und nicht einen, der sich mit der Frage der nationalen Souveränität beschäftigt.

Zweitens ist es notwendig, daß wir jede Chance, die sich bietet, mit unserem Geist zu erfüllen versuchen. In der Geschichte ist es so, daß nicht die Dinge, wie sie sich im Augenblick entwickeln, entscheidend sind, sondern die Kräfte, die entschlossen sind, sie nach ihrem Willen und ihren Vorstellungen umzuformen.

Ich glaube, daß Millionen von Menschen in Europa vorhanden sind — und daher kommt ein großer Teil der Antipathie und der Verzweiflung —, die infolge der beiden Weltkriege an der Tragfähigkeit und der Lebenskraft der sozialistischen Ideale verzweifelt sind, und daß diese Menschen darauf warten, daß diese Initiative von uns kommt. (Sehr richtig!)

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat Simon Jungen, Castrop. Ihm folgt Eichler, Köln.

Simon Jungen, Castrop: Werte Parteigenossinnen und -genossen! Ich will mich weder dafür noch dagegen entscheiden, ob wir in den Europarat eintreten sollen. (Gelächter) Parteigenossen! Wenn ich trotzdem dazu sprechen will, dann möchte ich nur um eine Aufklärung gebeten haben. Seit Monaten oder fast seit einem Jahr bestehen die verschiedensten deutschen Kommissionen und parlamentarischen Ausschüsse, an denen auch eine ganze Menge unserer führenden Funktionäre beteiligt sind.

Es ist die Frage aufzuwerfen, ob diese Parteifunktionäre, die in diesen Kommissionen nun arbeiten, als Vertreter der Friedensgesellschaft oder als Vertreter der Gewerkschaften oder als Abgeordnete des Bundestages dort teilnehmen und ob sie sich klar oder einig sind über den Weg, den sie dort gehen wollen.

Zum Beispiel hat ja nunmehr eine dieser Kommissionen beschlossen, eine Abstimmung unter der Bevölkerung vorzunehmen.

Ich glaube, es ist einer ganzen Menge Parteigenossinnen und Parteigenossen zur Kenntnis gelangt, daß zum Beispiel jetzt einige Städte in Deutschland darüber abstimmen sollen: Bremen und Castrop-Rauxel, woher ich komme, — ob das deutsche Volk gewillt ist, einem europäischen Staatenbund beizutreten bzw. ein europäisches Parlament zu wünschen.

Wir in Castrop haben nun die Frage zu entscheiden gehabt, als Vertreter des Stadtparlaments, ob wir diese Abstimmung in unserer Stadt dulden sollen oder nicht.

Und da uns keine Direktive von irgendeiner Seite gegeben wurde, haben wir schon diesem Antrage zugestimmt.

Es kommt jetzt darauf an, Parteigenossen, welche Stellungnahme wir nun bei der am 16. Juli stattfindenden Wahl als Partei einnehmen sollen, wie wir uns einzustellen haben, ob wir die nötige Propaganda von seiten unserer Partei machen sollen für die Abstimmung, das heißt, uns für ein Ja einsetzen sollen oder nicht.

Wenn man aber nun die Ausführungen des Genossen Schumacher gehört hat, dann müßte man unbedingt zu der Schlußfolgerung kommen, daß wir unsere Stoßrichtung nicht hätten geben sollen und wir auf der anderen Seite auch nicht propagandistisch die Bevölkerung hätten auffordern sollen, zum mindesten an diese Wahlurne heranzutreten, um einigermaßen ein Ergebnis zu erzielen. Es wäre unbedingt notwendig gewesen, daß wir darüber Klarheit bekommen hätten.

(Zuruf: Ihr hättet nur einfach mit dem Bezirksvorstand zu telefonieren brauchen!)

Ja, das weiß ich, aber der Bezirksvorstand hätte genau so Kenntnis haben müssen davon, wie auch andere, die das vorbereitet haben.

(Zuruf: Er ist doch nicht für jeden örtlichen Unsinn verantwortlich!)

Parteigenossen! Ich möchte mich jetzt noch mit einigen Worten zu den Ausführungen des Genossen Ollenhauer äußern, über die parlamentarische Tätigkeit unserer Fraktion in Bonn.

Parteigenossen, ich vermisste vor allen Dingen in unserer Fraktion die Anträge zur Sozialpolitik. Wir leben heute in der Sozialpolitik in derartigen Verhältnissen, die untragbar sind. Ich denke nicht allein an den Ausbau der Sozialgesetzgebung in materialistischer Hinsicht, sondern in den Rechtsfolgen der sozialen Gesetzgebung. Es ist doch heute Tatsache, daß in den Krankenkassenvorständen noch dieselben Leute heute fungieren, die seinerzeit von den Nationalsozialisten dort hineindirigiert worden sind. (Gemurmel, Glocke des Präsidenten: Ich bitte, Ruhe zu bewahren!)

In der Arbeitsgerichtsbarkeit ist es dringend notwendig, daß Änderungen in der Besetzung der Arbeitsgerichte stattfinden. Das trifft sowohl für die Richter zu wie auch für die Beisitzer in diesen Körperschaften. Ich bitte also unsere Fraktion, dahingehend zu arbeiten, daß recht bald in den Versicherungsgerichten sowohl als auch in der Arbeitsgerichtsbarkeit eine vollständige Umänderung und Umbesetzung erfolgen kann, wenn die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen sind.

Vorsitzender Schönfelder: Das Wort hat der Genosse Eichler.

Willi Eichler, Köln: Genossinnen und Genossen! Konrad Adenauer hat einmal scharfsinnig festgestellt, die Sozialdemokratische Partei scheine ihm heute eine andere zu sein als die der Weimarer Republik. Ich glaube, das ist das einzige, worin wir mit Adenauer übereinstimmen. (Heiterkeit.) Wir müssen, glaube ich, wenn wir den Unterschied feststellen, an eine Tatsache erinnern: Wir sind heute nicht bereit, überall dabei zu sein, nur weil wir glauben, wir müßten versuchen, aus allem, was die anderen aufgebaut haben, das Beste herauszuholen. (Sehr richtig! Beifall.)

Liebe Genossen! Wir müssen, gerade wenn wir uns auf Parteitag auf unsere Politik besinnen, doch wegkommen von der oberflächhaften Betrachtung der Politik, sowohl der eigenen als auch der der anderen, und ich bin deshalb sehr erstaunt, daß viele unserer Genossen glauben, in unserer Haltung gegenüber dem Europarat sei etwas anderes zu erkennen als die konsequente Fortsetzung der Linie, die die Sozialdemokratische Partei seit Kriegsende begonnen hat. Es hat sich nichts geändert, weder in der Politik noch in der Beurteilung der Fakten. Der Krieg ist geführt worden, angeblich für die Demokratie gegen den Faschismus, und es ist schon während des Krieges versucht worden, den Faschismus als etwas darzustellen, was er seiner ganzen Natur nach nicht ist, als ein psychologisches Faktum, als eine Art Seelenkrankheit der Deutschen, oder was immer man sich ausgedacht hat. Aber es ist einfach, wie der spanische Genosse Llopis es sagte, nichts weiter als eine der krassesten Verteidigungsformen des kapitalistischen Regimes. (Bravo! — Beifall.)

Nun, Genossen, davon laßt uns doch einmal ausgehen. Direkt nach dem Kriege und schon während des Krieges war es das eiserne Bedürfnis unserer Gegner, zu verhindern, daß nach diesem Kriege etwa der demokratische Sozialismus als die einzige Rettung Europas eine Chance bekommen sollte. (Sehr richtig!) Darin war man sich einig von links bis rechts, von Washington bis Moskau, es gab darin keinen Unterschied, und von Anfang an haben wir doch erlebt, in Deutschland, in unserer Gegend, daß man versucht hat, den Kapitalismus überhaupt nicht zu erwähnen als Ursache unseres Elends, sondern daß man dieses Elend an ein paar Personen geknüpft hat. Schon die Nürnberger Urteile ließen jede praktische Kritik an dem System vermissen, abgesehen davon, daß sie noch insofern unkorrekt waren, als z. B. die Mörder von Katyn nicht genannt werden durften. Die Sozialisierung von Nordrhein-Westfalen hat man verboten, obwohl sie mit Mehrheit be-

geschlossen worden ist, und wir haben nach all diesen Bemühungen der Alliierten die alte gute kapitalistische Gesellschaft mit klerikaler Unterstützung erreicht.

So, Genossinnen und Genossen, kam der 14. August des vorigen Jahres, und nun muß ich sagen, daß mich wundert, daß die Alliierten sich dann gewundert haben, als die Sache in Deutschland nicht demokratisch ausging, sondern autokratisch. Das wundert mich in der Tat, und ich möchte den Alliierten in aller Ruhe und Freundlichkeit sagen: Liebe Freunde, wer in dieser deutschen Situation „A“ — sagte, der mußte auch „denauer“ sagen. (Heiterkeit — Beifall.) Dieses Land ist aufgebaut worden mit der skandalösen Hortungspolitik. Sie hat uns einen Lebensstandard von heute gebracht, in dem drei Viertel der Bevölkerung die Hälfte von 1936 zu verzehren hat und der Rest 110 Prozent und mehr. Es ist eine Hochstapler-Republik, wirtschaftlich von Herrn Erhards Prinzipien aus gesehen. Ich möchte auch die frommen, gerade die katholisch-frommen Staatsbürger der Deutschen Bundesrepublik daran erinnern, daß schon der Kirchenvater Augustin für einen solchen Staat die richtige Bezeichnung gefunden hat, als er sagte: „Ein Staat ohne soziale Gerechtigkeit ist nichts weiter als eine Räuberbande im großen.“ (Heiterkeit.) Nun, dem ist auch heute nichts hinzuzufügen.

Genossinnen und Genossen! Für Deutschland und Europa können nur die gleichen Prinzipien gelten. Deutschland und Europa ist in diesem Zusammenhang eine nicht zu trennende Angelegenheit. Man hat uns gerade von christlicher Seite erzählt, wir säßen in Deutschland alle in einem Boot. Jawohl, wir säßen im gleichen Boot, nur mit dem Unterschied, daß ein paar Leute auf den bequemen Bänken saßen und der Rest des Volkes bemüht war, das Wasser auszuschöpfen, damit sie nicht alle absoffen. Wir wollen das nicht in Europa. Wo Europa ist, muß eine Gemeinschaft sein, und nun kommt das Argument, ja, der Europarat ist vielleicht der Anfang dieser Gemeinschaft. Nun, Genossinnen und Genossen, wir alle sind nicht gegen den Europarat, weil wir eine Institution erst dann bejahen könnten, wenn daran nichts mehr auszusetzen wäre. Das wäre natürlich Unsinn, und auf die Idee ist kein Mensch verfallen, davon hat auch Schumacher in seinem Referat nicht gesprochen. Aber eins ist nötig: Wenn Europa als Gemeinschaft verlangt und postuliert wird, darf nichts geschehen, was direkt gegen das Prinzip dieser Gemeinschaft ist. (Beifall.) Selbstverständlich ist das Saargebiet nicht der Nabel der Welt, und man kann nicht sagen, das Saargebiet bleibt deutsch, und wenn die ganze Welt untergeht, aber wir müssen verhindern, daß in einer europäischen Einrichtung, die ein Mensch ernstnehmen soll, dieselbe Praxis beginnt wie in der Deutschen Bundesrepublik. Es darf dort keine Konjunktur- und Hortungsgewinne geben, keinen Kampf um die Aufrechterhaltung der irrsinnigen nationalen Souveränität geben, auch nicht den Trick des Saargebietes, indem man behauptet, die Bevölkerung habe sich entschieden, einen Sonderstaat zu machen.

Da wir gerade in Westeuropa sind: Es muß auch die Frage Spanien geklärt werden. Daß Franco-Spanien noch heute unbelästigt bleibt, ist ein Verrat an der europäischen Gesinnung, und das um so mehr, je mehr das Schwergewicht auf die Atlantikpaktstaaten geht. (Starker Beifall.)

Und warum macht man diesen Verrat an europäischer Gesinnung mit? Weil nicht nur der rote Handel lockt, von dem Genosse Schumacher redete, sondern auch der schwarze! (Sehr gut!) Nun, Genossinnen und Genossen, wir wollen in Europa nicht mehrere Räuberbanden zu einer Gemeinschaft vereinigt haben, wir wollen in Europa einen europäischen Rat und nicht bloß eine Versammlung von Menschen, die in Europa wohnen. Mir scheint, darin liegt der ganze Unterschied, und wenn auf den Völkerbund hingewiesen worden ist — auch der Völkerbund war von Anfang an falsch organisiert (Sehr richtig!), so falsch, daß selbst der grenzenlose Verrat an Abessinien, als ein Völkerbundsmitglied das andere überfiel, unter Duldung der ganzen Versammlung geschehen konnte. In dem Augenblick war nicht nur der Völkerbund, sondern auch die Idee des Völkerbundes kompromittiert. Das lernen wir daraus. (Beifall.) Die Atlantikrüstung und der Atlantikpakt scheint auch mir der eigentliche Hintergrund zu sein, der hinter dem

Europarat sich längst aufgetan hat. Adenauer hatte die Unverfrorenheit, uns in einem Ausschuß des Bundestages zu erzählen, wir seien bei den Alliierten leider etwas in den Ruf gekommen, nicht recht zu wissen, ob wir wohl mit Rußland oder gegen Rußland wären. Nun, Genossen, dazu ist ein Wort nötig. Es gibt viele Antikommunisten, die aber noch längst keine Demokraten sind, und deshalb ist es in unseren Augen nicht genug, gegen die Kommunisten und gegen die Russen zu toben, wenn weiter nichts dahintersteht. Wir weigern uns, einen bloß anti-kommunistisch gefarnten ideologischen Feldzug mitzumachen, der in Wirklichkeit nur der Verteidigung der kapitalistischen Welt gilt. Wir machen das nicht mit. (Beifall.)

Unsere Partei ist gegen jede Bedrohung der menschlichen Freiheiten, ob sie von Kommunisten ausgeht oder von Faschisten. Genossen, wir haben noch nie Ermächtigungsgesetzen zugestimmt und noch niemals Konkordaten mit Faschisten, wie sowohl politische als auch geistige Freunde Adenauers es gern und intensiv getan haben. Im Kampf gegen diese Sorte Europa muß Europa wachsen, und aus diesem Grunde scheint mir vorerst wichtiger, die einzelnen Teile Europas aufzubauen als einen brauchbaren Teil zur europäischen Gemeinschaft.

Deshalb aber kämpfen wir für ein Mitbestimmungsrecht, das weit über gewerkschaftliche Lohnforderungen hinausgeht. Es ist ein Kampf für die wirkliche Beteiligung des ganzen Volkes an seinen ernstesten Angelegenheiten. Wir wollen nicht, daß man uns als Europa einen Europarat vorschreibt, von dem man sagen könnte, daß solche Worte, statt Gedanken auszudrücken, sie nur zu verbergen scheinen.

Ich muß zum Schluß kommen. Das Gefährlichste, was wir uns erlauben können, ist, Illusionen nachzuleben. Es ist selbstverständlich, daß die Sehnsucht nach Frieden und die Sehnsucht nach einem positiven Schritt besteht, von dem man ehrlich den Eindruck haben könnte, er führe vorwärts. Aber ich glaube, das Beharren in diesen Illusionen wäre gefährlicher, als wenn wir uns heute mit den härtesten und noch so unbequemen Tatsachen auseinandersetzen. Nur wenn wir diese Tatsachen erkennen, können wir darangehen, sie zu liquidieren, und nur auf diesem Wege können wir Europa erreichen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Das Wort hat Genosse Lüdemann, anschließend Schmid, Tübingen.

Hermann Lüdemann, Bietz-Holstein: Die Ausführungen von Paul Löbe und Max Brauer zur Frage des Europarates haben mich tief beeindruckt, aber überzeugt haben sie mich nicht. Ich teile die Auffassung, die Genosse Schumacher vorgetragen hat und die von dem Genossen Eichler in seinen temperamentvollen Ausführungen unterstrichen worden ist. Ich habe kein Kautsky-Zitat bei der Hand, aber ich erinnere an den alten Satz: „Beim ersten sind wir frei, beim zweiten sind wir Knechte.“ (Sehr gut!)

Es ist ganz klar, daß die Frage die bedeutendste ist, wie wir in diesen Europarat hineingehen. Wir lehnen ihn nicht ab, wir sträuben uns nur gegen die Art und Form, in der wir aufgenommen werden sollen. (Zustimmung.) Wenn Genosse Brauer sagt, wenn wir erst drin sind, dann werden wir diesen Europarat zu dem Instrument machen, wie wir es für richtig halten, so muß ich dem leider entgegenhalten, daß er selbst der stärkste Gegenbeweis in dieser Theorie ist. Genosse Brauer ist Mitglied des Bundesrates, wie er auch Mitglied des Länderrates und der Ministerpräsidentenkonferenz gewesen ist. Jeder, der diesen Körperschaften angehört hat, weiß, daß wir doch häufig schmachlich gescheitert sind mit unseren Bemühungen, sozialdemokratische Anträge und Gedanken durchzusetzen, gescheitert sind an den Abgeordneten, die ich nicht noch einmal nennen will, nachdem ich sie schon einmal genannt habe. (Heiterkeit.) Was sich abgespielt hat auf dem Gebiete des Kampfes um einen sozialen Finanzausgleich oder den Flüchtlingsausgleich, das ist überhaupt nicht zu beschreiben. Ich bedaure, daß unser lieber Erich Ollenhauer, der uns einen Bericht über die Bundestagsfraktion gegeben hat, nicht auch einen Bericht erstattet hat über den Bundesrat. Aber vielleicht ist dieses Kapitel zu interessant, so daß er es nicht anrühren wollte. Ich kann einmal aus der

Schule plaudern. Ich verrate kein Geheimnis, daß das letzte Produkt des Bundesrates die Ablehnung eines Antrages gewesen ist, nach dem die Interessenquoten, das heißt die Interessenanteile der Länder an den auszunehmenden Unterstüzungen, nach der Steuerkraft bemessen sind und nicht nach den Flüchtlingslasten. Dieser Antrag ist, wenn ich mich so ausdrücken darf, von dem plutokratischen Flügel des Bundesrates mit 39 gegen 39 Stimmen zur Ablehnung gebracht worden.

Dieses Abstimmungsergebnis war nur möglich, weil einige hervorragende sozialdemokratische Funktionäre mitgestimmt haben gegen diesen sozialen Ausgleich. Und das ist das Schauspiel, das wir in sehr vielen anderen Fragen erlebt haben. Es gibt nun einmal Ländervertreter, die für Steuerfragen eine besonders eigentümliche Empfänglichkeit haben. Und das sind nicht die armen Länder. Bin ich deutlich genug? (Große Heiterkeit und Beifall.)

Genossen, ich habe manchmal den Eindruck, als ob einige Genossen es sich zur besonderen Aufgabe gemacht hätten, das System des Föderalismus ad absurdum zu führen durch ihr eigenes Verhalten. Denn, was der Föderalismus aus einigen unserer Genossen gemacht hat, das ist in der Tat erschreckend. Aber ich will nicht nur über diese bösen Sünder sprechen, sondern auch dem Parteivorstand und der Bundestagsfraktion möchte ich sagen, daß ich häufig den Eindruck habe, daß unsere führenden Genossen sich nicht immer voll bewußt sind, daß es einen Bevölkerungsteil in Deutschland gibt, der immerhin ein Fünftel der deutschen Bundesgebietsbevölkerung ausmacht. Das sind die Heimatvertriebenen.

Ich freue mich, daß Genosse Kurt Schumacher wenigstens mit drei Sätzen sie erwähnt hat. Sonst sind sie aber nicht behandelt worden. Und wie bisher das Problem der Heimatvertriebenen behandelt wurde, Genossen, das ist unmöglich. (Beifall.)

Es kann in Deutschland nur eine Flüchtlingspartei geben, und das sind wir. (Beifall.) Und diesen Beweis haben wir nicht zu erbringen durch gelegentliche schöne Reden draußen vor dem Volk, sondern durch Taten und Handlungen. Die Bundestagsfraktion hat sich mit diesem Problem beschäftigt, aber mit einer Schüchternheit, die bewundernswert ist.

(Zuruf von der Bühne: Die können genau so tüchtig sein wie Du!)

Antwort des Genossen Lüdeman n: Ich habe nicht erlebt, daß Ihr jemals die Gegner eines sozialen Flüchtlingsausgleiches zur Ordnung gerufen hättet.

(Zuruf von der Bühne: Oh doch!)

Antwort des Genossen Lüdeman n: Nein, vielleicht im Geheimen. Aber das ist nicht genug. — Ich habe gar nicht den Eindruck, daß man dazu viel Lektüre braucht. Es kann in der Flüchtlingsfrage nur eine Politik geben, die man in zwei Sätze bringen kann: Wir haben nicht nur dafür zu sorgen, daß die Heimatvertriebenen aus dem Osten die beste Aufnahme finden. Das halte ich für selbstverständlich und verliere darüber kein Wort, ebenso darüber, daß wir in bezug auf die soziale Fürsorge für sie alles tun, was möglich ist. Und ich glaube, daß wir dies getan haben, namentlich in den Hauptflüchtlingsländern. Aber soweit wir die Flüchtlinge nicht in diesen wenigen Ländern unterbringen können, haben wir ihnen die Möglichkeit zu geben, dorthin zu kommen, wo sie Wohnung, Arbeit und Heimat bekommen können.

Das sage ich als Schleswig-Holsteiner nicht, weil wir sie loswerden wollen, wir haben unsere Pflicht und Schuldigkeit getan. Aber die Masse ist zu groß, sie müssen bei uns zugrunde gehen. Es ist deshalb Pflicht der Partei, sich gegen die Adenauer-Koalition für eine energische Umsiedlung einzusetzen.

Wie liegen aber die Tatsachen? Die Bundestagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der sich damit begnügt, die Umsiedlung von ganzen 600 000 Flüchtlingen zu verlangen. Das heißt, 300 000 mehr, als der schwache Bundesflüchtlingsminister Lukaschek umsiedeln will. Das ist ein kleiner Teil von dem, was umgesiedelt werden muß, von 3 Millionen nämlich, die bewegt werden müssen, und zwar besonders aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern.

Über diesen Antrag, glaube ich, hat man ein halbes Jahr beraten und ihn wieder unverändert an den Bundestag zurückgebracht. Dabei hat es sich leider ereignet, daß unsere sozialdemokratische Fraktion von der Bayern-Partei übertrumpft worden ist, die nunmehr aus den 600 000 Flüchtlingen 900 000 gemacht hat. Das ist immerhin schon ein Anfang, der sich sehen lassen kann. (Zuruf: „Aus andern Motiven!“) Gewiß, aber dieser Anfang ist nicht befristet. In welcher Zeit die 900 000 Flüchtlinge umgesiedelt werden sollen, steht noch nicht fest. Unsere Flüchtlinge, die schon fünf Jahre lang im Dreck und Elend stecken, können nicht noch Jahre lang warten, bis man sich ihrer erinnert. (Sehr gut!) Darüber jedoch hat, wie mir scheint, die ganze sozialdemokratische Presse verschwiegen, daß dieser Antrag der Bayernpartei von der Opposition angenommen worden ist, also von uns natürlich, und von der CSU, aber nicht von den übrigen Regierungsparteien und damit nicht von der CDU. Ich bin darüber erstaunt und frage mich, warum tun wir so wenig, um diese ganz klare Kampffront gegen die Adenauer-Regierung in der Flüchtlingsfrage herauszuarbeiten. Die Flüchtlinge sind doch diejenigen Menschen, die in ihrer großen Mehrheit zu uns gehören. (Zwischenruf: „Die andern wählen!“) Ihren Zwischenruf habe ich nicht verstanden. (Zwischenruf: „Die andern wählen!“)

Die Flüchtlinge wählen auch. Und wir wählen in Schleswig-Holstein am 9. Juli, also in wenigen Wochen. (Zuruf: Aber wie!) Das ist eben die Frage. Und ich hoffe, daß die Hamburger zu uns heraufkommen und uns helfen werden. (Heiterkeit.)

Es ist anscheinend nicht überall bekannt, daß Schleswig-Holstein den traurigen Ruhm genießt, daß es im Jahre 1932 im Juli dasjenige Land in Preußen war, in dem zu allererst 51 Prozent Stimmen für Adolf Hitler abgegeben worden sind, und das geschah bei einer Arbeitslosigkeit von 10 Prozent. Jetzt haben wir 30 Prozent Arbeitslose. Jeder dritte Mann in Schleswig-Holstein ist also arbeitslos. Es gibt kein Land, das uns auf diesem Gebiete übertreffen kann.

Wir haben alle Ursache, der Wahl mit größten Besorgnissen entgegenzusehen. Und deshalb laßt mich bitte am Schluß folgendes aussprechen: Lieber Parteivorstand! Ich bin drei Jahre hindurch enttäuscht worden durch das mangelnde Interesse, das der Parteivorstand dem einzigen deutschen Land entgegengebracht hat, in dem es eine sozialdemokratische Regierung gibt. Ich glaube, dieses Land wäre es wohl Wert gewesen, etwas mehr parteipolitische Kraft nach Schleswig-Holstein strömen zu lassen, damit wir auch die jetzt bevorstehende Schlacht im Interesse unserer Partei hätten gewinnen können. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Das Wort hat jetzt der Genosse Schmid-Tübingen.

Dann darf ich eine Bemerkung machen. Es wird mir eben von der Bundestagsfraktion und vom Parteivorstand mitgeteilt, daß Genosse Lüdemann eine Reihe von Ausführungen gemacht hat, die durchaus sofort der Rechtfertigung bedürfen. Es hat sich dazu die Genossin Krahnstöver zu Worte gemeldet.

Ich bitte nunmehr um die Erlaubnis, nach dem Genossen Schmid der Genossin Krahnstöver das Wort erteilen zu dürfen. (Zustimmung.) Der Parteitag ist einverstanden.

Carlo Schmid, Tübingen: Genossinnen und Genossen! Die Fragen, vor die uns die Einladung der Bundesrepublik nach Straßburg stellt, erlauben keine Antwort aus der Sphäre des Gemüts und der Spekulation, sondern erfordern eine Antwort aus dem härten und schwierigen Bereich der politischen Überlegung.

Politik ist ein ernstes und sehr schweres Geschäft. Gemütswerte und Gemütsregungen haben dort durchaus ihren Ort, aber nicht als Mittel, festzustellen, was ist, sondern als Bewegter, als Antriebe aus der Wärme des Herzens heraus oder als Weine, die uns vor einer Situation erschrecken lassen und so unserem Verstand das Zeichen zur Umkehr geben.

Aber Politik ist kein Ort zur Stillung von Gemütsbedürfnissen, Politik besteht auch nicht — wie einige zu glauben scheinen — im Überlisten von Fakten, und Politik ist auch etwas anderes als Administration.

Es gibt in der Politik einen strategischen und einen taktischen Bereich. Man sollte sie beide nicht verwechseln. Strategie in der Politik heißt, aus einer Gesamtschau von Zielsetzungen, von Kräften, von Möglichkeiten, von Notwendigkeiten Zeit, Ort, Mittel und Zielrichtung der jeweiligen Entscheidung zu bestimmen. Und Taktik heißt nichts anderes, als mit diesen gegebenen, vorgegebenen Größen richtig umzugehen. Und wehe dem, der diese beiden Dinge miteinander verwechselt, wie die Bundesregierung das beim Petersberger Abkommen getan hat.

Wieviel besser stünden wir bei den zu erwartenden Verhandlungen über die Schuman-Initiative da, wenn die Bundesregierung damals nicht aus Verwechslung von Strategie und Taktik dem Ruhrstatut ihre Zustimmung gegeben hätte! (Zurufe: Sehr richtig! Starker Beifall.)

Bei der politischen Fragestellung ist immer die Grundfrage zu stellen: Worum handelt es sich „eigentlich?“ Und dann ist zu fragen — nachdem man das festgestellt hat — was ist zu tun, wenn man mit einiger Sicherheit dorthin kommen will, wohin man kommen muß? Man spricht oft davon, Politik sei die Kunst des Möglichen. Ohne Frage ein wahres Wort! Aber manche gebrauchen dieses Wort, um sich vor der Mühe des Erkennens und Wollens zu drücken, vor der Mühe, die man aufwenden muß, wenn die Entscheidung nicht von selbst nach der Seite der größeren Bequemlichkeit ausfallen soll. (Beifall.)

Ich würde eher sagen: Politik ist die Kunst oder die Arbeit, das Notwendige möglich zu machen.

Und was ist hier das Notwendige? Das Notwendige ist, und darüber sind sich in diesem Saale alle einig: Europa! Aber nicht Europa als Heilige Allianz zum Schutz der Privilegien. (Zuruf: Sehr gut!) — Ein solches Europa mag für manchen der heutigen „Liberalen“ eine Messe wert sein; für uns Sozialdemokraten ist es keinesfalls das Opfer des Intellekts wert. Sondern das Europa, das wir bauen müssen, ist Europa als politische, ökonomische und konstitutionelle Einheit, die sich integriert in den Werten, die Europa ausmachen und die da heißen Freiheit und Gerechtigkeit.

Mit anderen Worten: dieses Europa muß sich integrieren als eine Demokratie, die mutig genug ist, die sozialen Konsequenzen ihrer Postulate zu ziehen. (Beifall.)

Dieses Europa kann nur werden, wenn es gelingt, diese Demokratie der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland zu realisieren; denn, Genossinnen und Genossen — es ist nicht Überheblichkeit oder Übermut, was ich hier sage, sondern es ist das, was jeder Tag, der in die Zeit geht, neu ans Licht bringt — hier in Deutschland werden die Grenzwerte bestimmt, von denen es abhängt, in welcher Richtung der Weg in diesen Kontinent gehen wird. Die Grundentscheidung der deutschen Arbeiterklasse für die Demokratie westlicher Prägung oder gegen sie oder ihr Verzicht auf eine solche Entscheidung überhaupt wird entscheidend sein nicht nur für das politische Schicksal Deutschlands, sondern für das politische Schicksal Europas überhaupt. („Sehr gut!“ — Beifall.)

Daraus haben wir Folgerungen zu ziehen: die Folgerung, daß in Deutschland Verhältnisse geschaffen werden müssen, die die Strukturwandlung möglich machen, ohne die eine echte, volle materielle Demokratie in Deutschland nicht hergestellt werden kann. Das ist aber, wie Kurt Schumacher und Willi Eichler ausführten, nicht so sehr ein Problem der Sozialpolitik als der Politik überhaupt. Sozialisierung des Ruhrbergbaues, Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Betrieben und in der Wirtschaft überhaupt — das ist nicht Sozialpolitik, sondern das ist revolutionäre politische Politik im höchsten Sinne des Wortes. (Beifall.) Denn, was macht einen revolutionären Vorgang überhaupt aus? Doch letzten Endes das, daß eine Klasse, die man unten hält, getrieben von ihrem Willen zur Selbstachtung nach oben vorstößt — und Mitbestimmungsrecht, Sozialisierung, das sind doch nicht Dinge, bei denen es um höhere Stundenlöhne geht, sondern bei denen es um das Selbstgefühl der Arbeiterklasse geht! (Beifall.) Darum ist es notwendig, daß wir Sozialdemokraten uns so verhalten, daß an den Willen zur Selbstachtung des deutschen Volkes nicht allzu unerträgliche Anforderungen gestellt werden. Denn wir

werden eines Tages in Deutschland unseren Landsleuten noch viel Opfer im Interesse eines höheren Ganzen als Deutschland es ist, zumuten müssen. Wir werden unserem Volke sagen müssen, daß Opfer an Souveränität, d. h. an der Möglichkeit, sich schrankenlos selbst zu bestimmen, gebracht werden müssen. Aber wir werden unserem Volke die Notwendigkeit, die sittliche Notwendigkeit solcher Opfer nicht klarmachen können, wenn sie uns immer nur als Faktoren des Besiegtwordenseins erscheinen. (Sehr richtig!) Nur dann, wenn unser Volk sieht, daß diese Opfer von allen gebracht werden wollen, nicht nur müssen, sondern gebracht werden — wollen um des Prinzips willen — dann wird unser Volk uns glauben, daß getan werden muß, was wir von ihm fordern.

So ist denn unsere Haltung nicht diktiert von Rechthaberei, sie ist auch nicht geboren aus dem Bedürfnis nach Ausflüchten oder gar dem Willen des Beiseitestehens, sondern unsere Haltung hat einen anderen Grund: wir wissen, daß Deutschland und Europa verloren gehen werden, wenn es uns nicht gelingt, der Demokratie in Deutschland den Kredit zu erhalten. (Bravo — Zustimmung.) Dabei ist das Schicksal der Saar der Prüfstein, und darum ist, was mit der Saar geschieht, ein entscheidendes Stück der politischen Gesamtkonzeption Europas.

Es handelt sich wirklich nicht entscheidend darum, daß wir, um kleiner Souveränitätsrechte willen, daß Tischtuch hin- und herzerren . . .

Souveränitätsrechte an sich sind für unsere Haltung nicht das Entscheidende. Entscheidend ist: was soll bei der Schaffung Europas wirksam werden, der diplomatische Trick oder ein Integrationsprozeß gesamteuropäischen Solidaritätsbewußtseins? (Sehr richtig.) Glaubt man denn wirklich, man könne das deutsche Volk, wenn es einmal aus seiner Lethargie erwacht sein wird — d. h. morgen schon — noch für Europa begeistern, wenn die Fakten jeden Tag darauf hinweisen, daß der Anfang zu diesem Europa gemacht worden ist mit kleinen Versuchen, kurz vor Toresschluß noch Machtverschiebungen herbeizuführen? (Sehr wahr.) Und gestatten Sie mir noch ein Wort. Viele unserer Genossen haben gesagt: „Ja dafür muß man eben in Straßburg kämpfen! Und wir müssen in Straßburg einen wirksamen Protest anmelden und Vorbehalte geltend machen.“ Genossen, man macht sich lächerlich, wenn man glaubt, nach Straßburg gehen zu können mit dem Vorbehalt, daß man die Wirkungen dieses Schrittes nicht will. (Bravo, Beifall.) In Straßburg kämpfen, was heißt denn das? Heißt das denn nicht Straßburg sprengen, wenn man ernsthaft in Straßburg um Dinge, wie das Recht Deutschlands auf sein Saargebiet, kämpfen will, für deren Austrag der Straßburger Rat nicht geschaffen worden ist? (Sehr richtig.) Wenn man versucht, innerhalb der Mauern Straßburgs zu kämpfen, dann muß man sich heute schon dafür entscheiden, in Deutschland eine revisionistische Politik wie nach dem Versailler Vertrag zu machen. (Sehr gut.) Und, Genossen, von allen Faktoren, die zum zweiten Weltkrieg geführt haben, halte ich für den verhängnisvollsten den Umstand, daß zu hurtig gegebene Unterschriften uns gezwungen haben, unter Politik nichts anderes zu verstehen als Revision der Verträge. (Starker Beifall.) Nein, wir sollten nicht in Straßburg kämpfen wollen, sondern für ein europäisches Straßburg vor den Mauern dieser Stadt.

Vorsitzender Schönfelder: Das Wort hat die Genossin Anni Krahnstöver, Eckernförde.

Anni Krahnstöver, Eckernförde: Genossinnen und Genossen! Wenn wir hier heute so eingehend über das Problem Eintritt in den Europarat oder nicht reden, dann ist das letzten Endes doch die Entscheidung, wie der Genosse Schumacher sehr eindeutig gesagt hat, ob wir den Heimatvertriebenen den Anspruch auf ihre Heimat erhalten wollen oder nicht. (Beifall.) In diesen Tagen hat hier in Hamburg ein großes Treffen der ostdeutschen Menschen stattgefunden, und ich bedauere deshalb die Ausführungen des Genossen Lüdemann, deren Sinn und Kern ich durchaus verstehe, weil ich weiß, mit welch heißem Herzen er sich immer den Heimatvertriebenen verschrieben hat. Aber die Ausführungen, die er vorhin gemacht hat, könnten zu Mißdeutungen Anlaß geben, weil sie nämlich einige sehr wichtige Tatsachen nicht in Rechnung stellen. (Sehr richtig.)



Der Genosse Ollenhauer hat in seinem Bericht über die Arbeit der Bundestagsfraktion natürlich nicht über die Arbeit der einzelnen Ausschüsse berichten können. Aber die Grundhaltung zu dem Problem der Heimatvertriebenen — Politik der Sozialdemokratischen Partei ist von dem Genossen Schumacher nicht nur mit drei Sätzen, sondern sehr gründlich behandelt worden. Ich glaube, daß es notwendig ist, zu dieser Frage nach der Rede des Genossen Veit noch einiges zu sagen. Wenn es in der Bundesrepublik eine Partei gibt, die sich ganz entschieden und überall für die Forderungen der Heimatvertriebenen eingesetzt hat, dann ist es die Sozialdemokratische Partei gewesen. Die Sozialdemokratische Partei ist mit ihrem Dürkheimer Programm in bezug auf die Eingliederung, die Gleichberechtigung, die menschlichen Lebensverhältnisse für die Heimatvertriebenen in den Wahlkampf gegangen und hat diese Forderungen auch im Bundestag durchführen wollen. Daß sie leider bei der bürgerlichen Mehrheit auf einen großen Widerstand gestoßen ist, ebenso bei verschiedenen Abgeordneten der Heimatvertriebenen, ist für uns sehr schmerzlich gewesen. Ich darf Sie an die Erfahrung erinnern, die wir vor Weihnachten mit unserem Antrag gemacht haben wegen der 120 Millionen Hausratshilfe. Es waren CDU-Abgeordnete, die sich auf das Podium gestellt und dagegen gesprochen haben. Wir haben leider etwas sehr Wichtiges versäumt, als wir unseren Antrag auf eine Umsiedlung Heimatvertriebenen aus den mit Flüchtlingen überbelegten Ländern beraten und beschlossen haben. Als dieser Antrag auf Umsiedlung von 300 000 im Wege einer Rechtsverordnung durchgeführt wurde, haben wir unseren Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Umsiedlung aufrecht erhalten und haben ihn vor etwa vier Wochen im Bundestag durchbekommen mit dem Ergebnis, daß zu den 300 000, die zunächst umgesiedelt werden, weitere 600 000 hinzukommen. Aber wir haben leider versäumt, lieber Genosse Lüdemann, Dir ein Telegramm zu schicken. Das hätten wir tun sollen. Wir sind sehr stolz darauf, daß das unser Antrag ist, aber hüten wir uns vor der Illusion, als ob es gelingen würde, durch diese Umsiedlung den Vertriebenen wirklich das Paradies auf der Erde zu schaffen. Dazu müßte sehr viel mehr geschehen. Wir haben als Fraktion deshalb für Schleswig-Holstein das große Hilfsprogramm aufgestellt, das jetzt im Haushaltsausschuß beraten wird, von dem wir in Schleswig-Holstein eine so große Hilfe erhoffen, daß den Vertriebenen wirklich geholfen werden kann.

Ich möchte noch erklären, daß die Heimatvertriebenen es außerordentlich begrüßt haben, daß der Genosse Brauer seine Bedenken, gegen die Auswanderung von Heimatvertriebenen geltend gemacht hat. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß es eine ganz gefährliche Tendenz ist, wenn behauptet wird, an der Tatsache der Arbeitslosigkeit seien die Heimatvertriebenen schuld. Diese Dinge werden sehr eingehend behandelt werden müssen bei der Diskussion über das Referat des Genossen Veit. Ich möchte aber herzlichst gebeten haben, daß man dieses Problem mit dem ganzen Ernst behandelt, der ihm zukommt und nicht glaubt, irgendwelche Fehler zu sehen, wo tatsächlich keine vorhanden sind.

Ich darf nur sagen, für meine Kollegen im Bundestag, daß sie sich immer wieder für ihre Schicksalsgefährten eingesetzt haben, wie es die ganze Sozialdemokratische Partei von jeher getan hat, und daß lange, bevor ein Mensch in Deutschland den Mund aufzumachen wagte, Kurt Schumacher es war, der die Oder-Neiße-Linie abgelehnt hat. Das wollen und sollen wir, weiß Gott, nicht vergessen. Ich glaube aber, Genosse Lüdemann hätte besser getan, sich die Dinge genau anzusehen, statt diese Worte zu finden, die in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken könnten, als ob von unserer Seite aus irgend etwas nicht unternommen worden wäre, was notwendig war.

Genosse Meitmann: Ehe ich dem nächsten Redner das Wort gebe, habe ich auftragsgemäß die Mitglieder der Mandatskommission zu bitten, sich in das Partei-tagsbüro zu begeben. Das Wort hat Bach, Berlin, ihm folgt Erwin Schöttle, Stuttgart.

Otto Bach, Berlin: Genossinnen und Genossen! Kurt Schumacher hat eine ausgezeichnete Analyse der politischen und juristischen Situation des Europa-Rats

gegeben. Und die Diskussion hat gezeigt, daß hier die Auffassungen über die Teilnahme an den Arbeiten des Europa-Rats und über den Eintritt in den Europa-Rat geteilt sind, daß es Genossen gibt, die der Meinung sind, man müsse der Einladung folgen und sie auch seitens der Sozialdemokratischen Partei bejahen. Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang notwendig, einmal klar zu überlegen, welche Konsequenzen sich für uns als Sozialdemokraten und für die gesamtdeutsche, ich sage für die gesamtdeutsche Politik, daraus ergeben. Die Frage der europäischen Einheit liegt uns allen am Herzen. Und ich glaube, in der Sache selbst sind wir uns einig. Wir wollen Europa.

Aber, Genossen, wir wollen Europa nicht um jeden Preis, sondern wir wollen ein Europa, das einen ganz bestimmten sozialen Inhalt hat. (Sehr richtig.) Ob es möglich ist, dem Europa im Europa-Rat diesen Inhalt zu geben, diese Frage haben wir zu prüfen.

Der Europa-Rat in Straßburg beruht auf dem Londoner Statut vom 5. Mai vorigen Jahres. Dieses Londoner Statut, das heißt die Satzung des Europa-Rates, war bereits am Tage ihrer Veröffentlichung ein Anachronismus. Was diese Satzung vorsieht, war eine Verhinderung eines echten europäischen Bundesstaates.

Man hat die absolute Gleichberechtigung der europäischen Völker verhindert durch die Schaffung von zweierlei Mitgliedern, nämlich den Vollmitgliedern und den assoziierten, den beigeordneten Mitgliedern.

Es ist tragisch, daß man ausgerechnet für Deutschland, dem in dieser europäischen Einheit — ob es einem gefällt oder nicht — eine zentrale Funktion zukommt, daß man gerade für Deutschland eine Mitgliedschaft zweiten Ranges vorgesehen hat.

Ich bin, Genossen, kein grundsätzlicher Gegner des sogenannten assoziierten Mitgliedes. Wir haben in Europa viele Schwierigkeiten und Interessen zu berücksichtigen. Wir wissen, daß eines der schwersten Probleme Europas die Eingliederung Englands in diese Europa-Einheit ist. Und wir wissen, daß England so viele außer-europäische und überseeische Interessen hat, daß darauf Rücksicht genommen werden müßte, ebenso wie wir wissen, daß ein Europa ohne England nicht möglich ist. Deshalb glaube ich, wäre für England zum Beispiel die Form eines assoziierten Mitgliedes die richtige, wo ihm die Möglichkeit gegeben wäre, innerhalb des Europa-Rates auch seine überseeischen Interessen zu berücksichtigen.

Genossen, dieser Gedanke soll nicht etwa eine Schmälerung der Stellung Englands sein. Ich möchte darauf hinweisen, daß es ein gutes föderalistisches Prinzip ist, daß wir schon in der Schweizer Bundesverfassung fanden, nämlich für jene zugewandten Orte, die außerhalb der schweizerischen Eidgenossenschaften Bindungen hatten, auf die man in der Schweizer Bundesverfassung Rücksicht nahm.

Solche Möglichkeiten wären auch hier gegeben. Aber ich glaube nicht, daß die Reform des Europa-Rates mit oder ohne unsere Zustimmung von innen her erfolgen kann. Dazu sind die Vorschriften viel zu — und sagen wir es einmal — unzeitgemäß. Denn, was kann der Europa-Rat praktisch tun?

Er hat einen Ministerausschuß, der die Tagesordnung der Vollversammlung bestimmt. Die Vollversammlung kann keine Beschlüsse fassen, sondern über die ihr gnädigst gewährten Tagesordnungspunkte kann sie Empfehlungen abgeben. Sie gibt die Empfehlungen an den Ministerausschuß, der seinerseits es sich überlegt, ob er bereit ist, diese Empfehlungen an die einzelnen Regierungen, nicht als Beschluß, sondern wiederum als Empfehlungen, weiterzugeben. Und was im günstigsten Fall dabei herauskommen kann, das sind Verträge, die vielleicht dann einen bilateralen oder multilateralen Charakter annehmen.

Aber das ist ein Verfahren, für das wir heute keine Zeit mehr haben. Europa kann nicht warten. Europa kann nicht auf Verträgen aufgebaut werden, die noch abhängig sind von der Ratifikation durch die einzelnen Regierungen, daß heißt, die noch der Ratifikation bedürfen als dem souveränen Hoheitsakt der Regierung, sondern wir brauchen eine europäische Bundesverfassung. Wir brauchen eine europäische Bundesautorität, eine europäische Bundesregierung, und wir brauchen ein gewähltes europäisches Bundesparlament. Nur in diesem Rahmen können die Maß-

nahmen durchgeführt werden, die heute für die Entwicklung der europäischen Einheit unentbehrlich sind.

Nun, Genossinnen und Genossen, es sind eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden, zum Beispiel der Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten Bidault über die Atlantische Gemeinschaft. Ich möchte sagen: die Atlantische Gemeinschaft und die europäische Einheit sind zwei Dinge, die sich gegenseitig nicht ausschließen. Man darf aber die europäische Einheit und die Notwendigkeit zur europäischen Einheit nicht abstellen auf die ganz andersgearteten Aufgaben der Atlantischen Gemeinschaft, und ich habe so etwas das Gefühl, als sollte der Vorschlag des Großen Atlantischen Rates eine Flucht aus der europäischen Verantwortung, eine Flucht aus der europäischen Solidarität sein. Hier müssen ganz bestimmte Maßnahmen im europäischen Rahmen zur Schaffung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Einheit herbeigeführt werden.

Wenn auf der anderen Seite in diesen Tagen von Herrn Außenminister Schuman der Vorschlag gemacht wurde, einer — wie Genosse Grumbach sich ausgedrückt hat — Heirat zwischen Kohle und Erz, dann enthält dieser Vorschlag zweifellos sehr viele Möglichkeiten im Guten, Genossen, wie im Bösen.

Aber ich möchte hier auf ein Wort bezug nehmen, das vor wenigen Tagen der französische Ministerpräsident Paul Reynaud in Berlin gesprochen hat, als er sagte: Der Vorschlag Schumans ist kein Plan, denn wir wissen ja nicht, wie er durchgeführt werden soll — sondern er ist eine Idee. (Zuruf: Und keine neue!) Auch keine neue Idee. — Nun, Genossen, wir haben nichts gegen gute Ideen, aber wir haben mehr als das, wir haben einen Plan für Europa. (Glocke des Präsidenten.)

Und ich frage alle die Genossen, die heute der Meinung sind, man könne auf dem Wege über solche Einzelvorschläge zu Europa doch noch kommen — ich frage Sie, ob es nicht besser wäre, unseren Plan der Organisierung der europäischen Grundindustrien durchzuführen, so wie er dem Europa-Rat schon im vorigen Jahr vorgelegen hat? . . . Denn wenn wir die Organisierung der europäischen Grundindustrien mit dem Ziel der öffentlich-rechtlichen Disposition über die Produktionsmittel durchführen, dann brauchen wir uns auch nicht mehr mit dem Ruhr- und mit dem Saarproblem herumzuschlagen.

Und deshalb, Genossinnen und Genossen, um zum Schluß zu kommen, möchte ich sagen: Wir wollen mit heißem Herzen Europa. Wir müssen aber den Kampf führen um einen europäischen Bundespakt, wir müssen den Kampf führen für ein echtes soziales Europa, und wir müssen diesen Kampf führen, um ihn wirksam führen zu können nach den Worten von Carlo Schmid, — wir müssen ihn führen vor den Toren von Straßburg. (Bravorufe, Beifall.)

Genosse Schönfelder: Das Wort hat der Genosse Schöttle, Stuttgart. Ihm folgt Kurt Mattick, Berlin.

Erwin Schöttle, Stuttgart: Genossinnen und Genossen! Ich bin froh darüber, daß wir diese Debatte über die Frage des Europa-Rates vor diesem Parteitag haben. Ich wäre noch froher, wenn niemals vorher der Versuch gemacht worden wäre, von außen her unter Berufung auf irgendwelche staatspolitischen Funktionen die politische Entscheidung der Sozialdemokratischen Partei in dieser Frage zu beeinflussen, und wenn niemals sozialdemokratische Würdenträger, um dieses ominöse Wort zu benützen, aus ihrer besonderen Position im öffentlichen Leben ein Privileg abgeleitet hätten, eine Stellungnahme zu dieser Frage zu publizieren, die im Bewußtsein unserer Gegner nichts anderes bedeuten konnte als die Vorankündigung einer politischen Spaltung der Partei. (Zuruf: Sehr richtig!)

Genossinnen und Genossen! Die Frage, über die der heutige Parteitag eine Entscheidung zu treffen hat, ist zweifellos eines der wichtigsten Probleme des Augenblicks. Und ich gestehe ganz offen, daß ich keineswegs zu jedem Zeitpunkt in den letzten Monaten eine feste Meinung in dieser Frage hatte. Ich glaube, es ist das gute Recht jedes Genossen, mit seinem Gewissen zu Rate zu gehen und vor allem

die politischen Ereignisse, die sich ja jeden Tag abspielen und die die Situation von Tag zu Tag verändern, zu verarbeiten, ehe er selber zu seiner politischen Entscheidung kommt.

In einem anderen Zusammenhang ist gestern davon gesprochen worden, daß man nicht hinter den Ereignissen herlaufen dürfte — als Begründung dafür, daß wir unter allen Umständen in den Europa-Rat eintreten müßten.

Man kann aber auch an den Ereignissen vorbeileben, und es ist eine Tatsache, die kaum zu bestreiten ist, daß seit der Etablierung des Straßburger Rats die Welt sich um einige Grade weitergedreht hat, und daß politische Probleme in den Vordergrund der Erörterungen getreten sind, die bei der Begründung des Rates zwar schon existiert, aber noch nicht im vollen Umfange bewußt geworden waren.

Es ist vielleicht nützlich, in diesem Zusammenhang auch etwas an die Genesis des Straßburger Rates zu erinnern. Dieser Rat ist ja nicht vom Himmel gefallen; er verdankt nicht zuletzt seine Entstehung der Initiative eines Mannes, der in der jüngsten Geschichte Europas eine gewisse Rolle gespielt und ein bestimmtes Profil hat, nämlich Winston Churchill.

Winston Churchill war der große Promotor jenes Haager Kongresses, der dann die Regierung Europas dazu veranlaßt hat, in irgendeiner Form den Wünschen dieses Haager Kongresses nachzugehen.

Aber wenn man sich für einen Augenblick überlegt, auf welches Europa Winston Churchill gedacht hat — dann kommt man zu dem Ergebnis, daß in seinem Bewußtsein das Europa, das geschaffen werden soll, nichts anderes war als ein Defensivwall nicht nur gegen den Osten, sondern auch gegen die sozialen Kräfte, die aus diesem Europa heraus selber zur Macht drängen. (Beifall.)

(Zuruf: Was macht denn die Arbeiterpartei?)

Ein restauratives, konservatives, autoritäres Europa — das war es, was Winston Churchill vorschwebte.

Die Regierungen haben dann im Statut des Europarats — für dessen Darstellung ich dem Genossen Otto Bach außerordentlich dankbar bin, denn die wenigsten Genossen auf diesem Parteitag wissen, was in diesem Statut steht —, noch dadurch bestärkt, daß sie die beratende Versammlung zu einem reinen Debattierklub gemacht haben, daß alle Entscheidungen im Ministerrat fallen.

Genossinnen und Genossen! Wir haben von diesen Dingen von Anfang an gewußt, und wenn trotzdem einzelne Genossen in der Frage schwankend waren, dann hatte das den guten Grund darin, daß jeder von uns im Grunde seines Herzens und aus innerster Überzeugung wünscht, daß am Ende des zweiten Weltkrieges nicht einfach die Restauration der Vergangenheit steht, weil wir echte Europäer nicht erst durch die große Bekehrungswelle nach dem großen Zusammenbruch geworden, sondern weil wir es von Haus aus sind. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Es ist hier der Versuch gemacht worden, historische Parallelen zu ziehen. Historische Parallelen sind immer Glückssache, und wenn der Genosse Max Brauer hier Kautsky zitiert hat und seine Stellungnahme zu der Völkerbundsdelegation im Deutschland in den 20er Jahren, dann darf man wohl darauf aufmerksam machen, daß ein entscheidender Unterschied zwischen damals und heute besteht. Dieses Deutschland der 20er Jahre war, obwohl geschlagen hervorgegangen aus dem Kriege, nicht gespalten; es war souverän und Herr seiner Entscheidungen. Aber, trifft das alles auf unsere heutige Situation zu? Sind wir nicht in einer völlig anderen Lage und bedeutet nicht jeder Schritt, den wir machen, einen Schritt weg von den Gebieten und von den Menschen, die wir unter allen Umständen wieder zurückgewinnen müssen? (Beifall.)

Ich glaube also, man sollte uns nicht mit historischen Parallelen auf eine Ebene führen, auf der wir unter Umständen sehr wohl in eine Sackgasse gelangen können. Genossinnen und Genossen! Jede Entscheidung, die die Partei trifft, trägt das Risiko in sich, daß sie durch die geschichtliche Entwicklung widerlegt wird. Ich bin überzeugt, daß das Risiko in diesem Falle nicht groß ist, aber ich bin auch überzeugt, daß wir keine Politik machen können, die kein Risiko enthält. Deswegen

glaube ich, daß der Parteitag die Entscheidung treffen sollte, die der Parteivorstand ihm vorschlägt und die auf der Linie liegt, die die Partei auch seit Monaten öffentlich vertreten hat.

Ich möchte aber noch ein Wort hinzufügen, Genossen. Die ganze heutige Debatte würde ihren Sinn verlieren, wenn nach der Entscheidung des Parteitages, von der ich hoffe, daß sie positiv im Sinne des Parteivorstandes ausfällt, die Debatte innerhalb der Sozialdemokratie, vor allem am Rande der Sozialdemokratie und von den staatspolitischen Positionen aus, von denen ich am Anfang gesprochen habe, weitergehen würde. Wenn dieser Parteitag gesprochen hat, dann muß es für alle Sozialdemokraten gelten. (Beifall.) Dann darf die Sozialdemokratie ohne Rücksicht darauf, was dieser oder jener Gegner sagen mag, in dieser Frage nur noch mit einer einzigen Stimme auf allen Ebenen sprechen. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Das Wort hat Kurt Mattick, Berlin. Ihm folgt Wehner, Hamburg.

Kurt Mattick, Berlin: Genossinnen und Genossen! Wir haben mit großer Freude bei den Genossen Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer die Feststellung registriert, daß Hauptaufgabe der Sozialdemokratischen Partei in ganz Deutschland die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist. Lassen Sie mich als ein Vertreter aus der Gegend hinter dem Eisernen Vorhang dazu ein paar ergänzende Bemerkungen aus unserer Atmosphäre machen. Wir sind der Meinung, Genossen, daß es östlich der Elbe keine blühenden Städte mit arbeitsfrohen Menschen geben wird, solange der Bolschewismus an der Elbe steht. Ich möchte vorweg noch eines sagen als Antwort auf die Bemerkungen des Genossen Eichler. Die Berliner Sozialdemokraten sind zwar Antibolschewisten, aber — das nehmen Sie bitte zur Kenntnis — sie sind Antibolschewisten aus dem glühenden Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus (Sehr gut! — Beifall.) und aus der Erkenntnis, daß der demokratische Sozialismus in Europa nur möglich sein wird, wenn vorher der Bolschewismus in Europa überwunden ist.

Genossinnen und Genossen! An drei Fünftel des Elbegebietes steht der Bolschewismus, und ich glaube, in Hamburg ist die Feststellung ganz besonders wichtig. Wer sich an dieser Position festhält, der wird eines Tages gezwungen, um den Meeresausgang der Elbe zu kämpfen, denn er kann sich mit den drei Fünftel nicht begnügen. Es wird die Aufgabe der politischen Kräfte in Europa sein, vorher für die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas auf demokratischer Grundlage zu sorgen, bevor dieser Sprung über die Elbe möglich ist. Wir haben manchmal den Eindruck — das sage ich jetzt nicht gegenüber dem Parteivorstand, sondern gegenüber der westdeutschen Bevölkerung und auch gegenüber manchen Sozialdemokraten westlich der Elbe —, daß sie nicht ganz klar erkennen, welche Gefahr von dort droht, daß ihnen manchmal das Gefühl innewohnt: Laßt uns doch in Frieden mit dieser ewigen Frage Berlin und Ostdeutschland. Ordnen wir doch unsere Verhältnisse erst mal westlich der Elbe.

Genossinnen und Genossen! An der Elbe steht ein Löwe. Man bändigt einen Löwen nicht, indem man ihm den Rücken zudreht, insbesondere, wenn er in Sprungweite zur eigenen Position steht.

Genossinnen und Genossen! Eine zweite Klarheit, die ich dabei aussprechen möchte: Wir alle haben den Wunsch, daß Deutschland eines Tages frei sein soll, frei von allen Besatzungsmächten. Es muß doch jedermann westlich der Elbe klar sein, daß, solange Deutschland nicht wieder vereinigt ist, solange als die russische Besatzungsmacht mit der SED gemeinsam das halbe Deutschland unterdrückt, auch Westdeutschland eine Besatzungsgruppe haben wird. Wer also Westdeutschland befreien und befriedigen will, muß wissen, daß dann am Anfang der Kampf um die Einheit Deutschlands steht und nur mit ihrer Wiederherstellung auch die westlichen Besatzungsgruppen eines Tages Deutschland verlassen werden.

Genossinnen und Genossen! Östlich der Elbe spielt sich etwas ab, das hier nicht immer ganz richtig eingeschätzt wird. Der Aufbau der Volkspolizei ist nur ein Glied in der großen Kette der Vorbereitungen, die die SED mit ihren Neben-

organisationen trifft in der Wahnvorstellung — und wir alle haben dafür zu sorgen, daß es eine Wahnvorstellung bleibt —, die Auseinandersetzung, die in China geführt worden ist, auch über die Elbe nach Westdeutschland zu tragen. Sie haben nach wie vor den Gedanken, nachdem sie erkannt haben, daß die parlamentarische und demokratische Basis sicher niemals ausreichen wird, um Westdeutschland und Europa zu erobern, daß es nur möglich ist mit Unterstützung der östlichen Besatzungsmacht — eines Tages, wenn die ökonomischen Voraussetzungen am günstigsten dafür sind —, einen Bürgerkrieg über die Elbe hinwegzutragen. Auch das sollte jedem klar sein, wenn er den Rücken zur Elbefront kehrt und sagt: Bauen wir unser eigenes Haus. Aber es geht etwas anderes vor östlich der Elbe. Hier ist das Flüchtlingsproblem besprochen worden. Dieses drückt sich noch in einer anderen Beziehung aus. Monatlich wandern heute noch ca. 30 000 Menschen aus der sowjetischen Besatzungszone nach Westdeutschland aus. Man kann sich ausrechnen, wie lange es dauert, und die letzten, wirklich positiven Widerstandskräfte der sowjetischen Zone sind auf irgendeine Art liquidiert worden.

Der Auswanderungsprozeß geht nicht hervor aus dem Willen oder Unwillen, dort zu leben, sondern aus der ständig sich steigenden Gefahr, die alle Menschen erfaßt, die in der Sowjetzone überhaupt bereit sind, für eine andere Idee einzutreten oder selbst nur eine andere Meinung haben. Ich möchte damit etwas anderes sagen: Wenn wir in der Vorstellung leben, daß es noch eine lange Zeit dauern wird, bis diese Zone zurückerobert wird, dann sollen wir uns auch darüber klar sein, daß eines Tages der Kampf um die sowjetische Zone eine geographische Angelegenheit wird, weil die wirklichen deutschen Kämpfer aus dieser Zone heraus sind und weil inzwischen die Sowjets dafür sorgen werden, daß andere Bevölkerungskreise in diese Zonen hineinwandern. Wir haben uns also zu überlegen, was bei diesem Flüchtlingsstrom aus dieser Zone herauskommt. Es hätte eigentlich gut getan — aber dazu fehlt die Zeit —, wenn auf diesem Parteitag auch ein paar Briefe verlesen worden wären aus dem KZ-Lager Bautzen, wo die Menschen zugrunde gerichtet werden mit noch brutaleren Methoden, als es vor 1945 in Deutschland und Europa der Fall war. Ich glaube, darüber kann doch in unseren Kreisen kein Zweifel sein, daß die Bolschewisierung eine neue Form der übersteigerten Unterdrückung und Ausbeutung ist. Wenn wir gegen die Hedler, Remer und andere neofaschistischen Kräfte mit Ernst und Erfolg ankämpfen wollen, dann ist es unsere Pflicht; gegen alle bolschewistischen Kräfte mit demselben Ernst und demselben Elan zu kämpfen. Wenn ich das sage, dann geschieht es aus dem Grunde, weil wir uns in Berlin auch in der jüngsten Zeit manchmal gewundert haben über die Dinge, die in Westdeutschland vor sich gehen. Der parlamentarische Kampf um die Einheit Deutschlands reicht nicht aus. Die Sozialdemokratische Partei muß Ideen entwickeln, um diesen Kampf auch außerparlamentarisch mit politischen Mitteln zu kämpfen, sonst werden wir uns nicht durchsetzen. Wir haben z. B. erfahren, daß von Lübeck — ich glaube gestern oder vorgestern — ca. 900 junge Menschen sich auf die Reise zum Pfingsttreffen nach Berlin gemacht haben. Wir haben erfahren, daß in einer kleinen Stadt am Rhein 64 Polizeibeamte sich bereit erklärt haben, ihre Unterschrift zu leisten für eine Sammlungsaktion unter dem Zeichen der Friedenstaube mit der Begründung, sie hätten nicht gewußt, für welchen Zweck das ist. Wir haben erfahren, daß in Städten, in deren Gewerkschaftsbewegung mehr als zwei Drittel Sozialdemokraten sind, zum ersten Mai kommunistische Redner die Mäirede gehalten haben. Das versteht kein Berliner und kein Bewohner der sowjetischen Zone. (Beifall.)

Um mich kurz zu fassen — es gäbe dazu noch eine Reihe von Dingen zu sagen —: Wir erwarten von unseren Genossen in Westdeutschland eine stärkere politische Unterstützung unseres Kampfes. Ich muß in dieser Beziehung noch auf etwas anderes hinweisen. Es gibt im sowjetischen Sektor Berlins noch ca. 10 000 eingetragene Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, die in diesem russischen Besatzungsgebiet eine legale Arbeit für unsere Parteibewegung durchführen. (Stürmischer Beifall.)

Wir haben diese Tätigkeit unserer Partei nur aufrechterhalten können, weil wir — so bedauerlich es ist — die Parole in West-Berlin aufstellen mußten: Gegen diese Gegner gibt es nur die Parole: Aug' um Auge.

An dem Tage, als man darangehen wollte, unsere Partei im Ostsektor auf kaltem Wege zu liquidieren, sind wir darangegangen, der SED dieselben Beschränkungen in der Tätigkeit aufzuerlegen, wie das unseren Freunden im Ostsektor geschehen ist. Das ist die einzige Methode, die drüben verstanden wird.

Darum verstehen wir in Berlin nicht, wenn sozialdemokratische Bürgermeister nach Leipzig und Dresden fahren (Sehr richtig! — Starker Beifall). sich dort schöne Reden halten lassen, dann den Gegenbesuch empfangen und sich wieder von dem Gegner schöne Reden halten lassen. — Wir sind der Auffassung, daß Sie im Kampf um die sowjetische Zone viel Positives hinzufügen könnten, wenn Sie dafür sorgen, daß jedes Zusammengehen, jedes Zusammenarbeiten und Hin- und Herreisen zwischen der sowjetischen Zone und Westdeutschland einer konkreten Bedingung unterworfen wird, nämlich, daß jedem, der nach Westdeutschland kommen will, konkrete Fragen vorgelegt werden: Wie stehst Du zu freien Wahlen? Wie stehst Du zum Thema der Kriegsgefangenen? Wie stehst Du zur Unterdrückung der Sozialdemokratie? Wer diese Fragen nicht beantwortet, der darf in Westdeutschland nicht reden.

Der komische Professor Hagemann, der an der Universität in Berlin seine Hetztiraden losläßt, der darf dafür in Westdeutschland bei gesellschaftlichen Veranstaltungen sprechen! Wo ist die Gegenaktion der Sozialdemokraten geblieben? Wo blieb die Gegenaktion in Lübeck? Dort sind 900 Menschen bereit, nach Berlin zu fahren.

Ich muß zum Schluß kommen. Ich glaube, daß hier einiges nachzuholen ist, wenn man den Kampf westlich der Elbe wirklich ernst meint. — Wir haben an diesem Sonntag das Pfingsttreffen. Ich darf hier eines ruhig mitteilen:

Die Abwehr dieses Pfingsttreffens ist ausgestanden. Wir werden jetzt dafür sorgen, daß dieses Pfingsttreffen in Berlin zu einer großen Niederlage der SED-Strategie wird. Aber es wird Ihre Aufgabe sein, daß wir mehr Unterstützung in Westdeutschland finden.

Am 15. Oktober wählt die sowjetische Zone. Ost-Berlin wird mitwählen. Und die „SA“ — jeder weiß, was das ist, die sogenannte „Sozialdemokratische Aktion“ — hat die Parole herausgegeben: Dann muß die Berliner Sozialdemokratie im Ostsektor verschwinden, dann hat sie keine Existenzberechtigung mehr. Und hier in Westdeutschland dürfen diese Männer herumlaufen?

Helft uns, daß wir über den 15. Oktober kommen und helft uns, daß wir auch dann, wenn Berlin zwölftes Land werden sollte, den Bestand der Organisation im Ostsektor sichern können. Ihr könnt uns helfen.

Genossen! Reißt die außerparlamentarische Führung im Kampf um die Einheit Deutschlands an uns, dann werden uns die Massen auch folgen, wenn es um den Kampf um den demokratischen Sozialismus geht!

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat Herbert Wehner. Ihm folgt Markscheffel.

Herbert Wehner, Hamburg: Ich muß zunächst einige Sätze zu einem Hamburger Antrag sagen, der bei diesem Punkt mit zur Behandlung steht. Es handelt sich um den Antrag, der die Nr. 25 trägt. Und soviel ich weiß und meine Hamburger Freunde wissen, bezieht sich der im Nachtrag zu Nr. 5 unter 60 bezeichnete Antrag des Parteivorstandes und Parteiausschusses auf dasselbe Thema, das unser Antrag Nr. 25 anspricht.

Wir bitten den Parteitag darum, diesem Hamburger Antrag seine Zustimmung zu geben. Es ist ein wohlüberlegter Antrag, bei dem es darum geht, Mängel in der Zusammenarbeit, soweit das menschenmöglich ist, wirklich aus dem Wege zu

räumen und die sozialdemokratische Politik zu einer Politik zu machen, die sich an allen Abschnitten gleichzeitig und gleichmäßig auswirkt.

Wenn über einzelne Worte gestritten werden sollte, dann haben wir dafür einen Kompromißvorschlag bereit. Wir schlagen für diesen Fall vor — und es ist mein Auftrag, Ihnen das hier zu sagen —, daß in der viertletzten Zeile — das ist Seite 5 dieser Vorlage — an Stelle der Worte „ihre Vorhaben und Entscheidungen“ einfach „ihre politischen Entscheidungen“ gesetzt wird, damit klar wird: bei diesem Antrag auf Koordination handelt es sich nicht um alles und jenes, sondern um die Koordination in entscheidenden politischen Fragen.

Ich möchte mich dann zu einigen Punkten äußern, die hier in den beiden Referaten der Genossen Schumacher und Ollenhauer dargelegt worden sind.

Unsere Politik ist ein zusammenhängendes Ganzes. Man kann nicht beliebige Teile der sozialdemokratischen Konzeption herausbrechen, sie durch andere ergänzen und je nach Bedarf auswechseln wollen.

Es stimmt mich nachdenklich — und es sollte auch andere Genossen nachdenklich stimmen —, daß bei der etwas heftigen Argumentation für den jetzigen Beitritt zum Straßburger Rat — soweit man dabei von Argumenten reden kann, denn es ist hier schon gesagt worden, es wird vor allem mit Emotionen gearbeitet — im Grunde ähnliche Erscheinungen zutage treten, wie wir sie in der Zeit seit dem Bestehen des Bundesparlaments in einigen anderen kritischen Situationen erlebt haben.

Es ist wohl kein Zufall, daß sich die Träger dieser Erscheinungen — wenn auch nicht in jedem einzelnen Fall, so doch in fast allen Fällen — decken. Es wundert mich nicht, daß es in solchen Situationen, in denen es darauf ankommt, die sozialdemokratische Grundkonzeption durchzustehen, natürlich Schwankungen und Krisen gibt. Immerhin ist interessant, daß ihre Träger meist dieselben Genossen sind. Das, was wir heute über Straßburg von solchen Genossen und Freunden gehört haben, die der Meinung sind, es sei nahezu alles verloren, wenn man nicht jetzt Ja zu Straßburg sagt, das haben wir auch schon gehört, als es um die Frage ging, ob die Partei in eine Koalition gehen soll. Damals hieß es, daß sie ja in eine Koalition gehen sollte — ich möchte es etwas überspitzt sagen —, und sei es auch nur um den Preis, daß wir das Postministerium bekommen, nur, um unter allen Umständen dabei zu sein. Die Argumente waren damals nicht weniger farbenreich, als sie es jetzt sind. (Bravorufe.)

So ist es auch bei der Wahl des Bundespräsidenten gewesen. Es war dieselbe Panikstimmung, eine hektische Stimmung nahezu derselben Genossen, die mit solchen Auffassungen hervortraten und sagten, es ginge hier um alles, wenn wir nicht dabei wären und einen einigermaßen von den anderen akzeptierbaren Präsidenten vorschlugen, statt unsere Konzeption auch in diesem Fall durchzuziehen. Damals hieß es ebenfalls, dann wäre die Partei so gut wie verloren. Heute haben wir dasselbe Spiel in der Frage Straßburg. Wenn wir uns dazu die „Argumente“ des Bundeskanzlers über dieselbe Frage ansehen, über die hier, wenn auch in ganz anderem Geiste, gesprochen worden ist, dann kann es eine Sau jammern angesichts der Art, in der die Regierung einen solchen Schritt begründet.

Mir fehlt leider die Zeit, das im einzelnen auszuführen. Aber entscheidend ist: Adenauer hat auswechselbare Argumente wie in jeder entscheidenden Situation. So, wie er beim Petersberg-Abkommen in derselben Rede einmal gesagt hat, es handele sich bei Petersberg um einen großen Erfolg, den ersten großen Erfolg, um dann am Schluß, unter dem Druck der Argumente der Opposition, zu sagen: Was haben wir denn eigentlich damit zu tun? Wir haben ja gar nichts Besonderes unterschrieben! Es ist uns ja so aufgedrückt worden! Es blieb uns nichts anderes übrig, als das anzunehmen!

Auch jetzt hat er wieder ein auswechselbares Argument, wenn er sagt, wir müßten jetzt hineingehen, sonst glaubten die anderen, wir stünden mit dem einen



Bein im Osten. Besonders bestünden solche Befürchtungen hinsichtlich der SPD. Eine ebenso infame wie typische Adenauersche Unterstellung!

Und dann kommt das andere auswechselbare Argument, das in der Gestalt der „Sondermeldung“ vorliegt, die sich der Kanzler für diesen Fall zurecht machte, der Sondermeldung über den Schumannschen Vorschlag, der doch im einzelnen damals überhaupt noch nicht und auch jetzt noch nicht durchsichtig ist.

Wir haben in diesem Fall eine politische Entscheidung zu fällen.

Nun, bitte, wie war es damals, bei der Debatte um das Grundgesetz im Frühjahr 1949, in einer Zeit, in der auch so viele kluge Leute gesagt hatten: Jetzt muß man Ja sagen, die Sozialdemokraten sind kurzsichtig und Schumacher ist ein Doktrinär?! Was wäre daraus geworden, wenn man damals Ja gesagt hätte, vorzeitig Ja gesagt hätte, und wenn wir in den Knien Baumwolle gehabt hätten, statt das Kreuz zu haben, durchzustehen in der kritischen Situation, in der es ja alle besser wußten? Oder wie wäre es dann, wenn wir solche Argumente auf das Ruhrstatut anwenden würden? Oder wenn man sie angewandt hätte, um dann — von innen heraus — die Revision anzustreben? Das haben ja manche gesagt, ohne zu bedenken, daß wir als Mitglied der Ruhrbehörde solche Revisionsmöglichkeiten gar nicht haben.

Ich gebe das nur mal zu bedenken. Bei allen solchen kritischen Situationen gibt es natürlich Schwierigkeiten. Aber wir sollen sehen: Die Partei macht solche Dinge doch nicht wie in einem Warenhaus, daß man das eine oder das andere nehmen kann, sondern sie hat eine Konzeption. Das sei vor allem denen gesagt, die von dieser Stelle aus behauptet haben, es gäbe keine sozialistische Konzeption. Wer hat sie denn bewiesen in diesen ganzen Jahren, in denen es darum ging, wirklich vernünftige Gedanken und Ideen an Stelle dieser Siegermentalität durchzusetzen?

Wir haben, wenn von Europa die Rede ist, ein besonderes Anliegen. Uns nimmt das keiner ab, Genossen. Ich sage das besonders jetzt, nach der Rede des Genossen Mattick, mit besonderem Nachdruck. Es nimmt uns keiner ab, und niemand hilft uns im Grunde in diesem unserem eigentlichen Lebenskampf. Der gilt der Wiedervereinigung unseres aufgespaltenen Landes. Heute ist es doch noch so, Genossinnen und Genossen: in diesem Punkte sind die andern alle mehr oder weniger platonisch, bzw. da haben wir es, wenn wir keine Dummköpfe sind, doch mit Konzeptionen vor allem in den entscheidenden Kreisen der französischen Politik zu tun, die gegen die Wiedervereinigung sind. Da müssen wir noch einmal wiederholen, was bei der Viermächte-Außenministerkonferenz vor fast einem Jahr der Tenor eines nicht unbeträchtlichen Teils der französischen sogenannten öffentlichen Meinung war. Ich erinnere an die sehr deutlichen Äußerungen, die die Angst vor der Wiedervereinigung dieses Landes mit seinem, wie es hieß, riesigen Industriepotential und seiner großen Arbeiterklasse zum Ausdruck brachten.

Nun, zwei andere Fragen sind an anderer Stelle auch schon von anderen angeregt worden; ich möchte sie hier noch einmal zu bedenken geben. Warum eigentlich macht man das Theater, das man uns um den Straßburger Rat aufzwingt, nicht mit Österreich? Warum zwingt man Österreich nicht eine solche Entscheidung und eine solche kritische Situation auf? (Großer Beifall.)

Ich sage das nicht, weil ich es den Österreichern gönnte. Aber ich sage das, weil das Sozialdemokraten, die doch urteilsfähige Menschen, denkende Menschen sind, zum Nachdenken bringen muß, wo der Grund zu einer solchen zweierlei Art von Behandlung dieser beiden Länder liegt. Will man uns damit in eine Mausefalle hineinlocken, aus der wir nicht mehr herauskommen, auch wenn wir, sobald wir drin sind, noch so sehr herumtoben? Bei Österreich hat man offenbar eine andere Konzeption dazu. Österreich steht um einige Meter vor uns; ihm wagt man nicht derartige Anforderungen zu stellen.

Und wie wäre das mit Finnland? Stellt man ihm derartige Anforderungen?

Es wird gesagt: Wir haben keine Zeit zu verlieren. Ich habe sie leider auch nicht, denn ich hatte mir einiges vorgenommen. Aber gestatten Sie mir: Es wurde hier gesagt von ausländischen Genossen: Ihr müßt nach Straßburg, und wir haben keine Zeit zu verlieren! Wir haben aber auch aus manchem herausgehört, daß man — bitte, nehmt dieses harte Wort so, wie es ist — daß man uns mancherorts als Fußvolk nach dort haben möchte. Und das stimmt uns nicht nur bedenklich — sondern im Zusammenhang mit dem, was uns als Auftrag, als Aufgabe vom deutschen Volk gegeben ist, ist ein solcher Versuch, uns dort hineinzubekommen, mit diesem Tenor für uns völlig inakzeptabel.

Es gibt in Deutschland — das sind wir und mit uns vor allem die Menschen in der sowjetischen Zone, in Berlin — Millionen, die brauchen Europa. Und wenn sie mit ihrem besonderen Anliegen an Europa kommen, so wünschen wir, daß man eines begreift: Es ist kein Hochmut, wenn wir das so sagen, hier muß man ja nicht erst erklären, daß Europa nötig ist, um die Gefahr der sowjetischen Gleichschaltung zu beseitigen bzw. ihr entgegenzutreten. Die Frage ist nur, wie das zu machen ist.

Ich habe in diesen Tagen den zweiten, und ich gestehe, mich tief erschütternden Brief aus dem Justizstraflager Bautzen bekommen, einem Lager, in dem sechstausend Menschen, zum großen Teil Sozialdemokraten, aber auch Angehörige anderer in der sowjetischen Zone noch existierenden Parteien gefangen sitzen. Einige wenige Zeilen nur haben über den ersten herausgegebenen Brief die meisten Zeitungen gebracht. Im Ausland hat es leider ein kaum vernehmbares Echo gegeben. Ich hoffe, man erlaubt mir, aus dem zweiten Brief hier einiges zu sagen in der vielleicht vermessenen Hoffnung, daß auf diese Weise auch die Presse Gelegenheit nehmen wird, das beim ersten Brief offensichtlich unterlaufene Versäumnis wiedergutzumachen und zumindest in einigen zusammenhängenden Sätzen zu sagen, was auf deutschem Boden vorgeht. Das ist etwas, das wir bei der Debatte um Europa mit hereinzubringen haben. Das sind nämlich nicht zwei voneinander unabhängige Dinge. Man kann nicht entweder von der einen oder anderen Sache reden, wenn wir über Europa sprechen. Man kann nicht nur über ein Stück Kriegsschauplatz kalten Krieges sprechen, sondern man muß über ein Land sprechen, in dem Konzentrationslager und Folterhöhlen sind.

Sechstausend Menschen sitzen in diesem vierfach mit elektrischem Stacheldraht umgebenen Gefängnis in Bautzen hinter fünf Meter hohen Mauern. Tausend von diesen augenblicklich dort gefangengehaltenen sechstausend Menschen sind tuberkulös. Von diesen tausend Tuberkulosenkranken bekommen nur siebzig Krankenkost, die anderen bekommen sie nicht. Es sind in der Zeit des Bestehens dieses Lagers über 18 000 Menschen in ihm zugrunde gerichtet, d. h. in den Tod gejagt worden. (Pfeil-Rufe.) Am 13. März haben sich diese Gefangenen in ihrer Verzweiflung und mit allem Mut, den sie in dieser Verzweiflung aufbrachten, dazu aufgerafft, eine Aktion zu unternehmen. Sie hatten die Fenster geöffnet und haben hinausgeschrien, was dort mit ihnen vorgeht. Es wurde ihnen dann erklärt durch die „Volkspolizei“ und die anderen Organe, sie sollten alle möglichen Vergünstigungen bekommen, aber sie sollten sofort aufhören zu schreien. Denn das hat man, wenn auch leider nicht hier rechtzeitig, so doch in der Umgebung von Bautzen gehört, und es hat sich herumgesprochen, warum sie geschrien haben. Sie wollten nach dem Bluff mit der „Auflösung“ der sowjetischen Konzentrationslager und der angeblichen Überführung in ordentliche Justizverhältnisse auch in den — sagen wir — Genuß dieser „Segnungen“ kommen. Es hat sich aber nichts geändert nach diesem ersten Hungerstreik, verbunden mit der Fensteraktion. Was man ihnen versprochen hatte, wurde nicht gehalten. Am 31. März griffen sie zu einer zweiten Verzweiflungsaktion, und dann ist ein Massaker angerichtet worden, von dem man sich wohl nur schwerlich eine Vorstellung machen kann. Erlaubt mir, Genossen, daß ich Euch diesen Brief vorlese. Darf ich das noch? (Genosse Schönfelder: Jawohl!)

„Bautzen, den 6. 4. 1950

Deutsche Männer und Frauen!

Zum zweiten Male rufen wir Euch, rufen wir jeden, der noch Anspruch auf die Bezeichnung Mensch erhebt, aus dem gelben Elendsbau in Bautzen um Hilfe. Erhört unseren dringenden Notschrei, denn wir haben nach der Absendung des ersten Berichtes Furchtbares erlebt!

Am 31. März, an dem wiederum von Tausenden unschuldiger Menschen in ihrer Angst vor dem Hunger, vor der Tuberkulose, in ihrer unermeßlichen seelischen Qual und Ungewißheit um das Schicksal ihrer Angehörigen ein Notschrei aus der äußersten Verzweiflung in die Öffentlichkeit hinausgeschrien wurde, wurden wir von der Meute der entmenschten Volkspolizisten mit grausamster Brutalität niedergeschlagen.

Alte und Junge, Kranke und Invaliden, Opfer des Faschismus und Kriegsversehrte wurden derart mit Gummiknüppeln, Koppeln und Fußtritten bearbeitet, daß Hunderte mit schweren Kopfverletzungen, Knochenbrüchen, Blutergüssen und Verrenkungen darniederliegen. Die entmenschten Polizisten, die auch diesmal unter dem Kommando von Polizeirat Schulz standen und die durch Hinzuziehung einer an der tschechischen Grenze stationierten Alarmeinheit verstärkt worden waren, gingen bei dieser blutigen Aktion vollkommen planmäßig vor, indem sie jeweils in einen abgeschlossenen Saal eindringen — in dem bis zu 400 Mann auf kleinstem Raum zusammengepfercht leben müssen — und dort in der allerbrutalsten, gemeinsten Art und Weise die Kranken, von Hunger geschwächten, wehlosen Menschen durch die Gänge trieben, zur Tür hinausprügelten und die Treppe hinunterstürzten.

Selbst die diensthabenden Gefangenenärzte, die sich schützend vor die Gefangenen stellten, wurden rücksichtslos mit Gummiknüppeln niedergeschlagen, dann tobte sich der Mut der blauen Banditen selbst an den Schwerkranken in viehischer Weise aus.

Die Hilfeleistung der Saalärzte an bewußtlos im Saal und auf der Treppe liegenden Inhaftierten wurde von Polizeirat Schulz mit der satanisch-zynischen Bemerkung begleitet: „Laßt die Hunde verrecken!“

Man darf die Anzahl der Verletzten mit etwa zwei Drittel der Gesamtbelegschaft annehmen.

Noch einmal, unter diesen Bedingungen vielleicht zum letztenmal, rufen wir die ganze zivilisierte Welt, wenden wir uns an die Gerechtigkeit und Menschlichkeit einer demokratischen, besseren freien Welt, noch einmal entrollen wir vor der Öffentlichkeit die Vorgänge von Bautzen.

Nachdem in den ersten Tagen des Februar d. J. die deutsche Verwaltung das Gefangenenlager Bautzen übernommen hatte, in dem etwa siebentausend Unschuldige schmachten, begannen sie ihr Regime mit einer Kürzung der Lebensmittelrationen. Die Verpflegung bestand nun: Früh morgens aus heißem Wasser mit vereinzelt Nudeln, mittags aus einer Futterrunkelbrühe, eingesäuerten Mohrrüben oder Kartoffelschalensuppe mit Sauerkrautfäden. Die Tuberkulose, die schon vorher als Schreckgespenst vor den Häftlingen gestanden hatte, wütete mit jedem Tage stärker, Medikamente waren praktisch nicht vorhanden, die sanitären Einrichtungen in einem Zustande, der es jedem erlaubte, sich auszurechnen, wann er dem würgenden Tod oder dem Hunger zum Opfer fallen würde. Wie unsagbar schlecht, wie katastrophal die sanitären Zustände und der Gesundheitszustand der Häftlinge waren und sind, geht wohl am eindeutigsten aus der traurigen Tatsache hervor, daß bei der Übernahme des Lagers kein Amtsarzt sich bereit erklärte, weder Behandlungen und Betreuung noch etwa gar die Verantwortung für diese sechstausend zum größten Teil schwerkranken, behandlungsbedürftigen Insassen zu

übernehmen und daß selbst heute noch die ärztliche Behandlung allein in den Händen von gefangenen Ärzten liegt, denen lediglich ein Sanitätswachtmeister beigegeben ist.

Schwebt den Amtsärzten der DDR vielleicht das Schicksal der Ärzte in den ehemaligen KZ's der Nazis vor Augen?

Die Volkspolizei sperrt die Post; die Zeitungslieferungen wurden eingestellt; jede kulturelle Betätigung innerhalb der einzelnen Säle verboten. Wir Häftlinge wurden als Verbrecher beschimpft, die Zählungen in Kehrtstellung durchgeführt.

So wurde die Belegschaft des Lagers ganz systematisch in eine Angstpsychose hineingetrieben, die sich noch ganz erheblich steigerte, als selbst sechs Wochen nach der Übernahme durch die deutschen Organe sich keiner der zuständigen Offiziere oder Verwaltungsbeamten dazu hatte bewegen lassen, auch nur mit einem Wort sich über die rechtliche Lage der Inhaftierten zu äußern.

Die Saalältesten und die Vertrauensleute wiesen immer und immer wieder in dringlichen Meldungen und beschwörenden Appellen die verantwortlichen Stellen auf diese Angstpsychose vor Hunger und Tbc hin. In wiederholten Schreiben baten sie den Kommandeur, doch mit einigen aufklärenden Worten über den Fortgang der Dinge diese seelisch vollkommen zugrunde gerichteten Menschen zu beruhigen. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß die jahrelange unmenschliche Haft mit ihren grausamen Bedingungen die Menschen vollkommen seelisch zermürbt und zerstört hatte.

Es war alles vergebens; es rührte und regte sich nichts. Hunger, Tbc und seelische Qualen trieben die Menschen zum Äußersten. Am 13. März rissen sie die Fenster auf und schrien ihre Not, ihre Angst und ihr Elend, schrien damit aber auch zugleich die Schande und die Schmach dieses Regimes in die Öffentlichkeit.

Diese Rufe mußten den Machthabern grausam in den Ohren gegellt haben, denn schon am nächsten Tage gaben Inspektoren, hohe Offiziere, Verwaltungsbeamte und Minister einander die Türklinke in die Hand, und am 16. März erschien in den einzelnen Sälen eine deutsch-russische Offizierskommission. Während die russischen Offiziere lediglich die Versicherung abgaben, nicht nur in Karlshorst, sondern auch den Herren Pieck und Grotewohl unsere Lage eingehend zu schildern und eine Klärung herbeizuführen, versprachen die deutschen Polizeioffiziere — vor allem der traurig berüchtigte Polizeirat Schulze — das Blaue vom Himmel. Aufbesserung der Verpflegung, Verlegung der Jugendlichen, Arbeitsmöglichkeit für alle, Erneuerung der Bekleidung, sofortige Postzustellung, die Möglichkeit zu schreiben und unbeschränkt Pakete zu empfangen, Zahnbürsten, Kämme, Seife sollten ausgegeben werden usw. Bautzen schien sich mit einem Male in ein Erholungslager verwandeln zu wollen. Wer aber die Herren bei ihren Versprechungen ansah, konnte ihnen die befohlenen und bewußten Lügen vom Gesicht ablesen, und am deutlichsten dokumentierte sich die Wut und Angst in den Worten des Polizeirats Schulze: „Sie sollen alles haben, aber schreien Sie um Gottes willen nicht wieder.“

Wir Häftlinge schrien nicht wieder. Wir hatten Verständnis mit verwaltungstechnischen Schwierigkeiten, wir waren auch nicht so gemein wie unsere Wärter, denn wir glaubten — sogar nach all den Jahren der Gemeinheit und der Quälereien — an das Wort eines deutschen Beamten.

Aber wiederum geschah gar nichts. Das Hungern ging weiter, Tuberkulose herrschte, die Lage verschärfte sich noch als deutsche Volkspolizisten von den Wachtürmen herab Anschlagübungen auf uns Inhaftierte vornahmen, als das Essen sich von Tag zu Tag noch mehr verschlechterte und als laufende Neuzugänge die qualvolle Enge noch steigerten, die Seuchengefahr vergrößerten.

Diese armen Opfer, diese schwer Tuberkulosekranken, wurden auf offenen Lastwagen hier eingeliefert, so daß bei der Ankunft schon ein Toter zu beklagen war und am gleichen Tage noch zwei Inhaftierte verstarben.

Wieder waren es die Gefangenen selbst, die in zahlreichen schriftlichen und mündlichen Gesuchen um eine Unterredung mit einem der verantwortlichen Männer

nachsuchten. Nichts geschah. Zum erneuten Male wurden die Menschen in einen Zustand getrieben, der ihnen den Genickschuß oder die Gaskammer als humanitärer, weil schnellere und schmerzlosere Methoden erscheinen ließ!

Um alle, aber auch restlos alle Möglichkeiten auszuschöpfen, wendeten sich die einzelnen Säle sogar an die höchsten Stellen der DDR, unabhängig voneinander richteten sie auf dem Dienstwege an die verschiedenen Regierungsstellen der DDR Gesuche und baten um Abstellung der unmöglichen — weil zum Tode von Tausenden Unschuldiger führenden — Zustände; baten um Klärung ihrer rechtlichen Stellung und vor allem um ein ordentliches Gerichtsverfahren, das ja nur ihre Unschuld beweisen konnte.

Als wiederum Tage und Wochen vergingen, ohne daß das Geringste erfolgte, genügte nunmehr eine Geringfügigkeit, um aus dieser Situation eine spontane Kundgebung hervorgehen zu lassen.

Am 31. März d. J. schlug dann die Verzweiflungsstimmung um, wehrten sich die Tausende gegen den immer näherrückenden Würgeengel Tbc und den Hungertod, schrien sie zum zweiten Male ihre Angst, Not und Pein in die Welt hinaus.

Am Mittag hatte man uns wieder eine stinkende dünne Runkelbrühe vorgesetzt; zu gleicher Zeit „durfte“ jeder Häftling eine Karte mit dem vorgeschriebenen Text schreiben: „Liebe (r) . . . ! Teile Euch mit, daß Ihr mir innerhalb acht Wochen einmal schreiben könnt und auch ich Euch in dieser Zeit einmal schreibe. Besuch- und Paketempfang zur Zeit noch nicht gestattet. Herzlichen Gruß! . . .“

Dieser neue Wortbruch, diese neue Gemeinheit führte endlich zu den Vorgängen des 31. März.

Wiederum wurden spontan die Fenster aufgerissen, wiederum gellten die tausendfachen Schreie und Sprechchöre den Kerkermeistern und Henkersknechten entgegen, wiederum schrien 6 000 gequälte, halbverhungerte Menschen all ihre Not in eine Welt, von der allein sie sich Hilfe versprachen!

Und wenn auch weit über die Hälfte aller Häftlinge diesen Hilfeschrei mit schweren Verletzungen, mit Schmerzen und mit Blut bezahlen mußten, wenn auch die 172 Volkspolizisten mit ihren 16 Offizieren in Gegenwart höchster, goldbetreter Herren, die sich dieses erhebende Schauspiel nicht entgehen lassen wollten, ihren Mut bewiesen und uns wehrlose Menschen derartig zusammenschlugen, daß noch heute die Opfer mit ausgeschlagenem Auge, bewußlos und der Sprache beraubt mit zerschlagenen Knochen darniederliegen, ja, selbst wenn noch einige von uns diesen Einsatz mit ihrem Leben bezahlen müßten, da sie bei dieser Behandlung und Kost kaum den Blutverlust ersetzen können, so haben wir, so hat die gesamte Welt doch das Angesicht dieses Regimes als Fratze des Teufels erkannt.

Die Repräsentanten dieser Schandrepublik, die Polizeioffiziere der DDR selbst stürmten mit Gummiknüppel in der Hand die Säle und Zellen, in denen die Häftlinge ruhig auf den Pritschen saßen, sie selbst knüppelten alte, weißhaarige Männer nieder; sie schrien ihren Männern immer wieder zu: „Schlagt vor allem die Jugendlichen zusammen! Schlagt die Verbrecher tot!“

Freie Menschen in Deutschlands Westen! Wenn Ihr nur einen Blick in unsere Säle hättet werfen können, nur einen einzigen Blick während dieser schmachvollen Vorgänge, wenn Ihr gesehen hättet, wie alte Männer blutüberströmt am Boden liegend, von dieser viehischen Soldateska weitergeschlagen und getreten wurden, wenn Ihr gesehen hättet, wie Männer, die ein Lebensalter schon im Dienste der Gemeinschaft standen oder für die sozialistische Bewegung sich eingesetzt hatten, nicht nur körperlich, sondern auch seelisch vollkommen zusammenbrachen, als sie von 18–20jährigen politisch zuverlässigen Bestien den neuen Sozialismus eingepöckelt bekamen, wenn Ihr gesehen hättet, wie man die Kranken von den Liegestätten herunterwarf und blindwütig mit Gummiknüppeln auf sie einschlug, dann würdet Ihr, freie Menschen, mit grenzenlosem Entsetzen und namenloser Empörung vor diesem Verbrechen stehen, vor diesem Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen fünf Jahre nach der Beseitigung des Regimes, dessen es würdig wäre.

**Genossen und Parteifreunde!**

**Deutsche Menschen diesseits und jenseits der Grenzen!**

**In unserer namenlosen Verzweiflung und Not wenden wir uns an Euch, wir wenden uns an alle Parteien und Organisationen! An die kirchlichen Verbände und Religionsgemeinschaften!**

**Wir wenden uns an den Kampfbund gegen die Unmenschlichkeit und das Ministerium für Wiedervereinigung!**

**Wir wenden uns an das Rote Kreuz und die Liga für Menschenrechte!**

**Wir wenden uns an alle Demokraten, an alle Menschen in einer freien Welt: Hört unseren Schrei!**

**Hört den Schrei der 6 000 gequälten und hungernden Gefangenen, die in Euch ihre allerletzte Hoffnung sehen, die von Euch Rettung für sich und ihre Familien ersehnen.**

**Hört uns und helft uns! Helft den Tausenden von Unschuldigen, die als Opfer einer blutigen Tyrannei schon 20 000 ihrer Kameraden in der Erde verscharren mußten!**

**Hört uns, Genossen der SPD! Tausende Eurer Genossen wurden von den Banditen der Einheitspartei ermordet, hört die Überlebenden und helft ihnen.**

**Hört uns, Freunde der CDU, LDP, FDP! Eure besten Mitglieder sind es, die hier brutal und systematisch zu Tode gequält werden, weil sie es gewagt hatten, für ihre Partei einzutreten!**

**Hört uns, ihr Menschen jenseits der deutschen Grenze!**

**In der allerhöchsten Not schreien wir zu Euch! Schon einmal habt Ihr Legionen Unschuldiger, Gequälter vom Tode errettet, duldet nicht, daß zum zweiten Male unersättliche Machtgier, niedrigste animalische Instinkte und teuflische Mordlust sich an aufrechten Menschen austoben! Menschen in allen Ländern! Erhört uns! Prangert diese Verbrecher und ihre viehischen Willkürakte an!**

**Ruft durch Eure gesamte Presse die anständigen Menschen auf zum Kampf gegen dieses Untermenschentum!**

**Schickt unseren Schrei der Not und Verzweiflung durch Draht und Radio durch alle Welt!**

**Genossen! Freunde! Menschen! 6 000 beschwören Euch! Hört den Aufschrei dieser Gemarterten!**

**Jeder Tropfen Blut, der hier vergossen wurde, muß brennen im Gewissen der Menschheit, muß brennen als Schandfleck eines Blutregiments! Duldet nicht länger, daß Verbrecher und Mörder ihre sadistischen Triebe an Unschuldigen austoben! Laßt es nicht zu, daß nach der braunen jetzt die rote Diktatur mit denselben Methoden jede Menschlichkeit niederknüpelt und finsterstes Mittelalter nochmals zur Herrschaft gelangt!**

**Erhört unseren Notschrei! Hört ihn, alle, die Ihr noch Menschenantlitz tragt und die Ihr noch einer menschlichen Regung fähig seid! Hört und helft uns. Legt diesen Unmenschen, legt diesem Blutregiment das Handwerk! Genug des unschuldig vergossenen Blutes! Genug der Opfer, die im Kampfe gegen Willkür und Diktatur, gegen Sklaverei und Knechtschaft fielen! Genug der Opfer, die hinter Stacheldraht in elenden Baracken, in Zellen und Gaskammern, in Konzentrationslagern hingerichtet wurden! Genug der Opfer, die Hunger, Seuchen und Tuberkulose grinsend hinwegrafften! Genug der unschuldigen Toten! Nicht mehr Tod und Vernichtung, Leben und Aufbau sollen regieren!**

**Wir rufen die gesamte zivilisierte Welt! Wir wollen nicht dem Hunger und der Tuberkulose zum Opfer fallen!**

**Wir wollen nicht langsam verrecken wie hilfloses Vieh!**

**Wir rufen die freien Menschen in aller Welt!**

**Wir wollen arbeiten, aufbauen, leben!!**

**Wir wollen der Freiheit in der ganzen Welt zum Siege verhelfen!**

**Erhört uns, Brüder und Schwestern in der ganzen Welt!**

**Helft uns!"**

Ich hoffe, daß einige Vertreter der Presse Gelegenheit nehmen werden, sich aus der Abschrift dieses Briefes — das Original können wir der Öffentlichkeit aus ganz verständlichen Gründen nicht zugänglich machen —, weiteres herauszuholen, damit es wirklich die Welt hört. Wenn man nun fragt, was das eigentlich zu tun hat mit der Diskussion, die hier den Hauptteil ausmacht, so sage ich: sehr viel. Ein Teil unseres Volkskörpers wird gegenwärtig zerfleischt, und es wäre keine Hilfe, weder für diesen noch den übrigen Teil, wenn man diesen Teil abbinden und sozusagen dazu verurteilen würde, daß er abstirbt. (Starker Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Adenauer hat gesagt und andere haben es gesagt, wer A gesagt habe, müsse auch B sagen, und es wurde diesem seltsamen ABC die Auslegung gegeben, A sei das Grundgesetz gewesen und B sei der Straßburger Rat. Nun, bei diesem ABC kann man sich vorstellen, was weiter kommt. Aber wir sind auf dieses ABC Dr. Adenauers nicht festgelegt, sondern wir sind festgelegt auf die heilige Verpflichtung, wenn es nicht anders ist, als die einzigen in der Welt; die Wiedererringung der Vereinigung unseres Landes, mit unseren Schwestern und Brüdern, zu unserer Hauptaufgabe zu machen.

Deshalb meine ich am Schluß, und das ist eine Angelegenheit, die ich dem Parteivorstand zu bedenken gebe, ob es nicht richtig wäre, in der uns heute zugänglich gemachten Resolution nachzusehen, ob sich nicht in dieser Resolution ein oder zwei Sätze anbringen lassen, die zeigen, daß die Frage der gesamtdeutschen Politik der Wiedervereinigung nicht Dinge sind, die man trennen kann oder will von Europa. Wir sollten das hier auch demonstrativ tun. Das ist unser Hauptanliegen zu Straßburg, Europa und der ganzen Welt.

Vorsitzender Schönfelder: Ich habe — die Zustimmung des Parteitages vorausgesetzt — den Genossen Wehner etwas länger reden lassen. Ich glaube, daß Sie mit mir der Auffassung sind, daß das eine Ausnahme war.

Wir fahren in der Aussprache fort. Das Wort hat jetzt Markscheffel, Mainz.

Günter Markscheffel, Mainz: Ich möchte zunächst meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß wir heute diese intensive Diskussion um den Beitritt in den Europa-Rat führen. Ich möchte vor allen Dingen die Vertreter der deutschen und auch der internationalen Presse und die Vertreter des internationalen Sozialismus, unsere Gäste, bitten, diese Tatsache in der Welt laut kundzutun, damit endlich dieses blödsinnige Gerede aufhört, in der Sozialdemokratischen Partei werde in Hannover „ja“ gesagt und dann gäbe es keine Diskussion mehr.

Wir erleben eine Diskussion, die weit über die technisch-politische Frage hinausgeht, ob die SPD zum Europa-Rat ja sagt. Wir erleben eine Diskussion um die Beantwortung der Frage, ob die SPD eine neue Partei ist oder die Weimarer Politik des Mitmachens um jeden Preis weiterführen will. (Beifall!)

Ich habe den Ehrgeiz, von der Mahnung des Präsidenten Gebrauch zu machen und nicht 10 Minuten zu sprechen. Deshalb will ich nur in einigen kurzen Schlaglichtern noch einmal feststellen, daß fast alle die Genossen, die heute für den Europa-Rat aufgetreten sind, zu derjenigen Kategorie von Sozialdemokraten gehören, die seit Kautsky für das Mitmachen eingetreten sind.

Wenn der Genosse Brandt eine  $\frac{3}{4}$ -Zustimmung und ein Viertel Nein! Nein! hier zum Ausdruck gebracht hat, dann sage ich: Wir Sozialdemokraten können es uns nicht leisten, uns mit einem Bein durch die Geschichte der Gegenwart hindurchzuschmuggeln. Wir können entweder nein sagen oder wir müssen ja sagen.

Die Vergleiche, die mit der Situation von 1919 angeführt worden sind, hinken vor allem deswegen, weil wir uns seit 1900 in einer Periode der mutmaßlichen Weiterentwicklung des demokratischen Gedankens befanden, in der ein Fernbleiben der deutschen Sozialdemokratie absolut und objektiv falsch gewesen wäre. Seit 1945 stellen wir aber von Parteitag zu Parteitag fest, daß wir uns in zunehmendem Maße in einer Periode von Auseinandersetzungen im Weltmaßstab befinden, die wir solange nicht im entscheidenden Maße beeinflussen können, solange nicht die deutsche Einheit und Souveränität hergestellt ist.

Wenn der junge Doktor aus Hamburg, der für die jüngeren Genossen sprach und den Appell der „Jugend“ hier anführte, sagte, die Jugend wartet auf „Europa“, dann möchte ich ihm sagen, daß er nicht beobachtet hat, wie die Diskussion über die deutsche Wiederaufrüstung seit dem Tage abgestoppt wurde, an dem die deutsche Sozialdemokratie die Frage der Verbindung des Eintritts in den Europa-Rat, des Atlantikpaktes und der Wiederaufrüstung Deutschlands mit einem glatten Nein beantwortet hat.

Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die Diskussion aufgeschoben, aber nicht aufgehoben wurde. Das bedeutet, daß im Augenblick zwar mit Rücksicht auf den Wunsch, die stärkste demokratische Position des deutschen Volkes, die deutsche Sozialdemokratie, in den Europa-Rat hinein zu bekommen, jene Elemente des Zweifels aus der öffentlichen Diskussion herausgenommen wurden.

Ich glaube, ich bin nicht allein hier, der da sagt, daß eine deutsche Wiederaufrüstung auf keinen Fall eine Lösung der Probleme darstellt, die von den Russen und Amerikanern in Europa gelöst werden müssen. Die deutsche Sozialdemokratie kann sich auch nicht einmal den Anschein geben, im Anhängerwagen einer Konzeption zu sitzen, die ihren Ausgangspunkt in den Haager Beschlüssen durch Anregung von Winston Churchill gefunden hat.

Wenn die Befürworter des sofortigen Eintritts in den Europa-Rat befürchten, daß wir im Negativen bleiben: Schumacher wies schon darauf hin, daß aus dem Nein ein Ja werden könnte. Die Tatsache, daß wir heute sauber dastehen, daß die österreichischen Sozialisten sauber dastehen und daß die finnischen Sozialdemokraten in dieser Phalanx mit uns gemeinsam stehen, ist nur darauf zurückzuführen, daß wir in einer Periode, in der unsere Organisation noch nicht einmal gefestigt war, aus reiner politischer Erkenntnis, daß ein Zusammengehen mit dem Totalitarismus das Ende der Demokratie bedeutet, Nein gesagt haben.

Der Kampf um Berlin, der Kampf um die Vereinigung Deutschlands, wäre gegenstandslos heute, wenn wir auch nur ein einziges Mal in dieser Entwicklung zu verstehen gegeben hätten, daß wir eventuell bereit wären, unter Aufgabe unserer Grundsätze, uns der Kunst der Politik der augenblicklichen Möglichkeiten anzuschließen.

Dann noch ein Wort, vor allem an die ausländischen Genossen: Ich weiß es aus vielen Kontakten, daß ihnen vieles an uns unverständlich ist. Und ich bedauere es außerordentlich, daß Carlo Schmid nicht länger gesprochen hat, als er zum Schluß seiner Diskussionsrede die Frage des Revisionismus der Weimarer Republik nur noch andeuten konnte.

Ich möchte den deutschen und ausländischen Genossen mit aller Deutlichkeit sagen, daß die deutsche Sozialdemokratie die beste Garantie für die Erhaltung des Friedens und der Demokratie in Europa bietet. Die Bundesparteien würden doch auch nicht an den Anfang ihrer Politik den Wunsch nach sofortiger Revision stellen! Es gibt doch kaum einen Deutschen, der heute unter all den Vorbehalten — selbst Herr Adenauer nicht — in der Absicht nach Straßburg geht, Straßburg und die augenblickliche europäische und Weltkonstellation als eine unabänderliche Gegebenheit zu betrachten.

Ich glaube, wenn wir alle diese Dinge zusammenfassen, und wenn wir uns überlegen, wieviel Positives wir der deutschen Jugend geben, was sich aus dem scheinbar Negativen einer Augenblicksentscheidung ergibt, dann ist die deutsche Sozialdemokratie das einzige zuverlässige Element der deutschen Demokratie überhaupt.

Wenn wir allen unseren Funktionären sagen, daß darin die europäische konstruktive Kraft liegt, und wenn Sie diese Ideen in Ihren Ortsvereinen und Bezirken und auch in der Öffentlichkeit mit Nachdruck vertreten und nicht immer gleich wackeln, wenn irgendein Offizier kommt und sagt, auch die Sozialdemokraten müßten in diese oder jene „Union“, sondern unsere positiven Forderungen darstellen, die wir durch die Politik der Bundestagsfraktion herausstellen konnten, dann halte ich es für möglich, daß auch diejenigen, die heute noch nicht ganz be-



greifen, was wir wollen, den Sinn der sozialdemokratischen Politik erkennen. Die konsequente Politik, die wir seit 1945 und eigentlich schon immer vertreten haben, ist in ihrer klaren Form nichts anderes als die Politik des international und sozialistisch-demokratisch organisierten Europas. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Es hat jetzt das Wort der Genosse Grunner, Berlin. — Der nächste Redner, Kraft, hat seine Wortmeldung zurückgezogen. — Vielleicht hat das werbende Kraft. Dann folgt Blachstein, Hamburg.

Josef Grunner, Berlin-Grunewald: Genossinnen und Genossen! Genosse Ollenhauer hat in seinem Referat, das ebenfalls zur Diskussion steht, eine erfrischende Kritik an der Bonner Demokratie, an der Bonner Pseudodemokratie, geübt. Diese Kritik hat mich insbesondere deswegen sehr gefreut, weil meiner bescheidenen Meinung nach der Genosse Ollenhauer gestern in einer Frage der internen Parteidemokratie sich eine kleine Inkonsequenz geleistet hat.

Genosse Ollenhauer sprach in seinen Ausführungen außerdem davon — und deswegen habe ich mich zum Wort gemeldet —, daß das Dürkheimer Programm nicht nur ein Programm der Opposition ist, sondern unser morgiges Regierungsprogramm.

Ich glaube, wenn alle Sozialisten dieser Auffassung sind — und ich hoffe, daß sie es sind —, dann muß in allen Ländern und Städten, in denen Sozialdemokraten regieren oder mitregieren, besonders dort, wo Sozialdemokraten Regierungschefs sind, das Dürkheimer Programm schon jetzt in der Praxis in ihrem Bereiche durchgeführt werden. (Zuruf: Sehr richtig!) Sonst ist die Erklärung Ollenhauers für uns nicht verbindlich — ich möchte sagen, eine platonische Liebeserklärung an die Dürkheimer Punkte. Sonst glaubt man uns nicht, daß das Dürkheimer Programm unser Regierungsprogramm von morgen ist.

Mir will fast scheinen, als ob da und dort sozialdemokratische Regierungschefs in deutschen Ländern und Städten sich allzu sehr einzugliedern versuchen in die engen Möglichkeiten der kapitalistischen Ordnung, zu deren Überwindung sie in die Ämter von uns entsandt sind.

Die Sozialdemokratische Partei ist keine Stellenvermittlungsorganisation. Die Sozialdemokratische Partei will aber Vertreter in den Organen, die die Aufgabe haben, in ihnen die gegenwärtige Gesellschaftsordnung überwinden zu helfen. Das alles muß wenigstens in Ansätzen deutlich erkennbar sein, sonst hat es keinen Sinn, Sozialdemokraten in Regierungs- und Verwaltungsstellen zu entsenden.

Es kommt weniger darauf an, in einem deutschen Lande oder in einer deutschen Stadt die Macht nicht mehr aus der Hand zu geben, wie wir gestern hörten. Es kommt vielmehr darauf an, mit dieser Macht im Sinne unserer sozialistischen Grundsätze etwas anzufangen. (Zuruf: Sehr richtig!)

Darum wollte ich in Unterstreichung der Ausführungen des Genossen Ollenhauer allen unseren Funktionären in Regierungs- und Verwaltungsstellen zurufen: in dem Ausmaße, mit dem Ihr in der Praxis die Dürkheimer Punkte zur Geltung bringt, nur in diesem Ausmaße wird uns die deutsche Öffentlichkeit glauben, daß dieses Dürkheimer Programm unser Regierungsprogramm von morgen ist. Und nur, wenn unsere Verwaltungs- und Regierungspraktiker dies vor der Öffentlichkeit deutlich vordemonstrieren, dann erst werden wir die Chance haben, vom deutschen Wähler zur Regierung berufen zu werden, um eben in der Regierung das zu machen, was die Sozialisten in den einzelnen Ländern und Städten gemacht haben.

Europapolitik ist gewiß wichtig, aber vergeßt mir beim Kegelschieben mit dem Globus nicht die Wichtigkeit der sozialistischen Gemeindepolitik. Sehen wir unsere Funktionäre genau an, die sich schon heute da und dort als künftige Diplomaten auf dem internationalen Parkett offerieren, ob sie auch in der Innenpolitik, in der Gemeindepolitik Sozialisten sind. Die Beherrschung der Völkerrechtsmaterie ist gewiß wichtig für die europäische Politik, aber wenn ein Sozialist sich auf diesem Felde versuchen will, in Fragen der Vereinigung von Staaten, dann muß er vorher erst schlüssigen Beweis geliefert haben, daß er in der Gemeinde Sozialist

ist. Mit Worten läßt sich trefflich streiten, aus Worten ein Dürkheimer Programm bereiten. Sozialisten aber soll man erkennen an ihren Taten. Dann wird der deutsche Wähler wählen Sozialdemokraten. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Ich habe Ihnen zunächst den Inhalt eines Telegramms bekanntzugeben. Die Sozialistische Partei Griechenlands (Bravorufe) sendet uns brüderliche Grüße und wünscht unseren Verhandlungen vollen Erfolg. (Beifall.)

Das Wort hat der Genosse Blachstein.

Peter Blachstein, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Diese große außenpolitische Debatte um Straßburg hat nach meiner Auffassung die anderen politischen Probleme etwas in den Hintergrund geschoben, und ich könnte mir eine Entwicklung vorstellen, bei der wir schon in einigen Monaten vielleicht nicht mehr der Überzeugung sein könnten, daß diese Debatte einen solchen Raum auf unserem Parteitage hätte einnehmen müssen. Aber, Genossen, ich möchte zur außenpolitischen Frage und zum Eintritt nach Straßburg nur eines sagen: damit ist der Kampf um eine wirkliche europäische Lösung von unserer Seite nicht abgeschlossen, sondern tritt in ein neues Stadium. Ich möchte hinzufügen, daß die Hamburger Partei, die mich zu diesem Parteitag delegiert hat, vor einigen Wochen nach dem Referat des Genossen Carlo Schmid zur Frage des Eintritts in den Europa-Rat Stellung genommen hat und mit überwältigender Mehrheit die Gesichtspunkte, die ups heute durch den Genossen Schumacher vorgetragen wurden und die damals Carlo Schmid formulierte, zum Standpunkt der Hamburger Partei gemacht hat.

Genossen, ich möchte aber jetzt über einige innerpolitische Fragen sprechen, die mir wichtig erscheinen, daß sie hier angesprochen werden, die mir ebenso wichtig erscheinen wie die Dinge, die über Berlin und die Ostzone gesagt worden sind, obwohl ich von vornherein klarstellen möchte, daß natürlich die Gefahr dort um soviel größer ist, weil sie das Herrschaftssystem für 20 Millionen Deutsche und zwei Fünftel unseres Landes darstellt, und weil sie uns unmittelbar bedroht. Die Gefahr von rechts, die wir darum nicht übersehen und bagatellisieren dürfen, ist heute noch nur im Ansatz vorhanden, und die Aspiranten für eine neue Führungsposition einer faschistischen oder nationalistischen Großpartei in Deutschland müssen sich heute noch bewerben und stehen in der Reihe.

Aber Genossen, es gibt eine Reihe von alarmierenden Dingen, die in Deutschland vorgehen, und ich glaube, wir müssen auf diesem Parteitag auch aus diesen Symptomen Entwicklungsgefahren erkennen, um die nötigen Maßnahmen, soweit wir sie treffen können, rechtzeitig zu treffen. Es gehört dazu, vorzuschauen, und ich glaube, daß nach einigen Landtagswahlen in diesem Jahr diese Gefahr von rechts schon wesentlich akzentuierter in Zahlen und Parlamentssitzen zum Ausdruck kommen wird, als es heute noch der Fall ist. (Sehr richtig.) Genossinnen und Genossen! Wenn wir heute nach einem Justizskandal und einem politischen Skandal, die sich aneinanderreihen — Hedler, Remer, Feitenhansl — von München bis Hamburg, uns die Lage auf den Dörfern und dem flachen Lande ansehen, wie es hier auf dem Parteitag ein Genosse aus Niedersachsen sagte, daß ihre Genossen teilweise auf den Dörfern auf offenen Straßen an hellichtem Tage niedergeschlagen werden, dann sehen wir, was dort heranwächst, und wir sollten uns darauf einstellen. Diejenigen, die jetzt wieder mit Vorliebe Schafstiefel tragen, ich meine nicht die, die keine anderen haben und die die Wirtschaftspolitik unserer Regierung hindert, andere zu kaufen, sondern ich meine diejenigen, die neue Schafstiefel tragen, die am besten ihren politischen Charakter ausdrücken; diese Reitervereine auf den Dörfern sind nichts anderes als die Fortsetzung der SA und SS. (Beifall.) Genossen, die Existenz dieser Dinge ist nicht verwunderlich nach diesen Jahren faschistischer Zeit und auch nach einer Besatzungspolitik, die geholfen hat, diese Dinge so weit gedeihen zu lassen. (Sehr richtig.) Aber, Genossen, wir müssen uns auch damit beschäftigen, was die Organe tun, die dazu bestimmt sind, einen Wall aufzurichten, was die Polizei tut, und wir sehen, daß in einer Reihe von Län-

dern und Städten Dinge vorsichgehen, die unsere höchste Aufmerksamkeit erfordern. Wenn bei 100 Friedhofschändungen die Polizei Kommuniqués herausgibt und erklärt, es liegen keine antisemitischen oder nationalistischen Motive vor, so kann man fragen, welche Motive liegen denn hinter den Verbrechen? Genossen, wenn es bei den Vorkommnissen um den Harlan-Prozeß in Hamburg möglich war, daß man eine Belastungszeugin bedroht, daß es in einem Prozeß wochenlang vom Gericht geduldet wurde, daß eindeutig antisemitisch und nazistisch demonstriert wurde, daß dann sogar die Hamburger Polizei jene Motivierungen fand, das seien keine nationalsozialistischen oder antisemitischen Motive, so handelt es sich hier um Dinge, die nicht in Ordnung sind. — Genossen, die Hamburger Polizei hat sehr interessante Feststellungen gemacht. Sie hat festgestellt, daß kommunistische Provokateure am Werk waren. Ich zweifle nicht an der Richtigkeit dieser Feststellung, aber die kommunistischen Provokationen im Zusammenhang mit den Ereignissen um den Harlan-Prozeß waren nur möglich durch die nazistischen, antisemitischen Demonstrationen im Gerichtssaal, in den Korridoren und vor dem Gebäude. Beide Dinge müssen wir sehen und beide Dinge müssen wir bekämpfen. Wenn wir sie leugnen, wenn wir sie bagatellisieren, werden wir überrascht werden von den Kräften, die aus solchen Bewegungen erwachsen, und die wir aus unserer eigenen Geschichte erkennen sollten. Genossen, dieses Verhalten der Polizei ist eine Begünstigung der neuen nazistischen Tätigkeit, indem sie die wahren Ursachen, die zugrunde liegen und die Hintermänner beschönigt oder sogar freispricht. Ich meine, daß wir den Feind links und rechts sehen und erkennen müssen und danach handeln sollten. Die Erfahrung des Zusammenspiels kommunistischer Provokateure mit Nazis ist auch nicht neu, sondern sie bestätigt Erfahrungen aus der Weimarer Zeit, und sie macht es notwendig, dieses Zusammenspiel zu analysieren, aufzulösen und dagegen aufzutreten. Mir scheint manchmal, daß die Abneigung gegen die Denazifizierung, für die ich volles Verständnis habe, so wie sie sich in Deutschland entwickelt hat, jetzt dazu führt, daß man den neuen Nationalismus nicht entschlossen ist zu bekämpfen und dort, wo er zur Gefahr für die Demokratie wird, wirklich niederzukämpfen.

Ich glaube auch, daß der Kampf gegen die Kommunisten, von dem unsere Genossen aus Berlin heute wieder so eindrucksvoll gesprochen haben, wirklich nur effektiv im Westen geführt werden kann, wenn er gepaart ist mit dem Kampf gegen die Gefahr von rechts. (Beifall.) Ich glaube, daß die Arbeiterschaft im Westen erwartet, daß mit gleicher Energie und mit gleicher Hartnäckigkeit die demokratische Ordnung gegen alle Feinde der Demokratie verteidigt wird. Der Genosse Schumacher hat gesagt, daß kein republikanisches Schutzgesetz diese Republik wirklich sichert, wenn Justiz und Polizei in dem täglichen Kampf zur Erhaltung unserer Freiheit gegen die Feinde von rechts und links versagen. Wir werden dafür Sorge tragen müssen, daß durch den Kampf um die soziale Besserstellung unseres Volkes durch höhere Löhne, durch das Mitbestimmungsrecht und durch Maßnahmen in den Betrieben die Massen des arbeitenden Volkes die Demokratie als ihre Sache betrachten, und daß sie selbst — hoffentlich mit den staatlichen Einrichtungen —, wenn es notwendig ist, aber aus eigener Kraft, aus eigenem Lebensinteresse diese Demokratie verteidigen.

Ich komme zum Schluß. Höhere Löhne, Mitbestimmungsrecht sind, wie heute schon gesagt worden ist, eine Sache des Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse. Ich glaube, wir müssen versuchen, bei aller Bewunderung für Spitzen und Spezialisten, für Spitzenverhandlungen und Spezialkomitees, die Massen als selbstschöpferischen Teil unserer Bewegung und als Grundlage einer lebendigen Demokratie zur Verteidigung dieser Demokratie in Bewegung zu bringen. Auf die Dauer ist ein Staat, dessen Bürger nicht gewillt sind, seine Staatsform zu verteidigen, zum Untergang verurteilt. Wir müssen heraus aus der Defensive, zu einer aktiven Politik in der Wirtschaft und auf politischem Gebiet kommen. Lassen Sie mich schließen mit den Worten des Genossen Schumacher: Wir müssen auf dem Posten sein! Vor allem aber müssen wir darauf achten, daß diejenigen, die auf dem Posten sind, dafür

sorgen, daß die Posten im Interesse der Demokratie auch angewandt werden. (Lebhafter Beifall!)

Vorsitzender Schönfelder: Es empfiehlt sich, die Aussprache jetzt abzubrechen und den Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegenzunehmen. Wir werden auch dazu Beschlüsse zu fassen haben. Die Diskussion ist nur abgebrochen und wird morgen früh fortgesetzt. Wir haben die Absicht, nach Möglichkeit alle Redner, die den Wunsch haben zu sprechen, zu Wort kommen zu lassen. Ich hoffe dabei im stillen, daß eine Anzahl noch verzichtet. Ich werde also jetzt dem Redner der Mandatsprüfungskommission das Wort geben.

Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, daß bis morgen mittag, 12 Uhr, die Vorschläge für die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission an das Büro eingereicht werden müssen.

Es sind jetzt noch sieben Redner eingetragen. Das Wort hat jetzt der Genosse Völker von der Mandatsprüfungskommission.

Alex Völker, Berlin: Ich habe nach dieser Unterbrechung Ihnen den Bericht der Mandatsprüfungskommission zu geben. Im Auftrage der Kommission gebe ich folgenden Bericht:

Der Parteitag setzt sich zusammen aus 380 Delegierten, davon männliche 318 und weibliche 62. Die Zahl 380 verteilt sich darüber hinaus wie folgt: Auf die Vertretung der Bezirke entfallen 300, der Parteivorstand ist vertreten mit 28 Mitgliedern, der Parteausschuß mit 30, der Bundestag mit 14 und die Kontrollkommission mit 8, insgesamt 380.

Von den 380 Parteitagsdelegierten sind anwesend 371. Es fehlen somit neun, und zwar sieben männliche und zwei weibliche. Die Fehlenden verteilen sich auf die Bezirke, die mit 300 Mandaten vertreten sind. Sie sind anwesend mit 297. Aus den gesamten Bezirken fehlen also lediglich drei Genossen, und zwar zwei männliche und eine weibliche. Die Fehlzahl ergibt sich mit eins aus Hamburg-Nordwest und mit zwei aus Franken.

Vom Parteivorstand, Parteausschuß, Bundestagsfraktion und Kontrollkommission fehlen sechs Delegierte, davon fünf männliche und eine weibliche.

Die Mandatsprüfungskommission hat festgestellt, daß sämtliche Mitgliedsbeiträge laufend gezahlt sind, so daß aus diesem Grunde keine Mandate aberkannt zu werden brauchten. (Bravo.)

Es ist jedoch festzustellen, daß fünf Genossen entgegen allen Erwartungen ihre Mitgliedsbücher vergessen haben. Laut den Herner Beschlüssen muß die Mandatsprüfungskommission erklären, daß damit die fünf Mandate verfallen sind. (Sehr richtig.) Die Mandatsprüfungskommission ist jedoch nach Aussprache zu dem Entschluß gekommen — und es war nach Lage der Dinge nicht anders möglich —, dem Parteitag anheimzustellen, über die Gültigkeit der Mandate zu entscheiden.

Es darf in diesem Zusammenhang vor allem darauf hingewiesen werden, daß die Zahl von fünf fehlenden Mitgliedsbüchern im Gegensatz zu Düsseldorf einen außerordentlich geringen Prozentsatz darstellt.

Bei der Prüfung hat sich weiterhin ergeben, daß der größte Teil der Bezirke bereits neue Mitgliedsbücher eingeführt hat. Die Mandatsprüfungskommission gestattet sich, darauf hinzuweisen und zu bitten, daß auch die übrigen Bezirke diesem Beispiel folgen. Sie weist insbesondere darauf hin, daß die Mitgliedsbücher alle Angaben enthalten müssen, die Aufschluß über die Person bieten.

Darüber hinaus sind vom Büro noch Feststellungen darüber getroffen worden, wie sich die Zahlungen der Mitgliedsbeiträge innerhalb der Delegationen zusammensetzen. Wir können die erfreuliche Mitteilung machen, daß nur 35 Prozent der Delegierten Beiträge bis zu 1,— DM entrichtet haben, während 65 Prozent über 1,— DM entrichtet haben.

Dazu noch einige Details: Von den 65 Prozent über 1,— DM entfallen auf 2-DM-Beiträge 43 Genossen, auf 3-DM-Beiträge 45 Genossen, auf 5-DM-Beiträge 50 Genossen, 7-DM-Beiträge 5 Genossen, 41 Genossen 10,— DM, 28 Genossen 20,—, 2 Genossen 25,— DM, 22 Genossen 30,— DM.

Das ist im wesentlichen der Bericht. Ich darf darum bitten, daß der Parteitag 366 Mandate bestätigt und daß er darüber hinaus über fünf Mandate die Gültigkeit zu beschließen hat.

Vorsitzender Meitmann: Das Wort zum Bericht der Mandatsprüfungskommission hat der Genosse Kukielczynski.

Max Kukielczynski, Kiel: Wir haben aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission entnommen, daß in einer selten gut geleisteten Arbeit innerhalb der Bezirke die Mandate anerkannt werden können bis auf fünf Mandate der Genossen, die ihre Mitgliedsbücher nicht abgegeben haben. Wir haben die Beratungen zweier Tage bereits hinter uns gebracht. Ich möchte die Gründe nicht untersuchen, und ich weiß auch nicht, welche fünf Genossen und Genossinnen ihre Mitgliedsbücher aus irgendwelchen Umständen nicht mitgebracht haben. Aber ich würde es, nachdem der Parteitag bereits zweimal hier getagt hat, als eine Ungerechtigkeit gegenüber diesen Genossen empfinden, wenn wir diese Mandate für ungültig erklären, allerdings mit zwei Einschränkungen. Erstens müßten diese fünf Genossen durch ihre Bezirke legitimiert werden, daß sie tatsächlich als Mandats-träger von ihren Bezirken anerkannt werden, und zweitens müßten die Mitgliedsbücher dieser fünf Genossen an die Bezirke zur Einsicht und Überprüfung übersandt werden.

Unter diesen Voraussetzungen stelle ich den Antrag, diese fünf Mandate für gültig zu erklären. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Wird weiter das Wort gewünscht? — Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann hätten wir zunächst zu entscheiden, daß 366 Mandate für gültig erklärt werden. — Widerspruch erhebt sich nicht. Wir haben dann zu entscheiden über die fünf Fälle, in denen das Mitgliedsbuch nicht vorliegt. Der Genosse Kukielczynski hat beantragt, auch diese Mandate für gültig zu erklären, wenn die Bezirke hier dokumentieren, daß das Mandat an sich rechtsgültig zustande gekommen ist.

Wenn ich aus keinem Bezirk einen Widerspruch höre, nehme ich ohne weiteres an, daß die Bezirke dies hier legitimieren. (Zurufe, u. a.: „Wer ist es?“)

Ja, das wird in den Bezirken schon bekannt sein. Oder ist das vielleicht nicht der Fall? (Zurufe: Nicht bekannt!)

Genosse Kukielczynski: Du mußt die Bezirke nennen! Du brauchst nicht die Namen zu nennen. Wir sind ja eine diskrete Organisation. Nur die Bezirke nennen.

Alex. Völker, Berlin: Es sind betroffen: die Bezirke Schleswig-Holstein mit einem, Hessen-Süd mit zwei, Südbayern mit einem und die Bundestagsfraktion mit einem! (Herzhaftes Lachen.) Glocke des Präsidenten.

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Ich möchte doch bitten, diese letztere Heiterkeit nicht so sehr ernst zu nehmen. Wir haben doch in der Diskussion so viele Vorwürfe über die Vergeblichkeit der Bundestagsfraktion gehört, daß der Vorwurf, das Mitgliedsbuch vergessen zu haben, nicht gerade der schwerste ist.

Und nun wissen die Kreise oder Bezirke Bescheid, um welche es sich handelt. Ist jetzt noch aus irgendeinem Bezirk ein Widerspruch zu erwarten?

Das ist nicht der Fall. Die Bezirke haben gehört, daß die betreffenden Genossen sich innerhalb einer Woche legitimieren sollen, und falls man ihnen dann etwa noch eine Strafe auferlegt, so braucht das der Genosse Nau nicht zu wissen.

Unter diesen Umständen lasse ich jetzt abstimmen, ob die fünf Mandate anerkannt werden sollen.

Wer damit einverstanden ist, daß diese fünf Mandate anerkannt werden, den bitte ich, eine Hand zu erheben.

Das ist einstimmig, glaube ich, beschlossen. (Es erhebt sich Widerspruch.) Dann machen wir die Gegenprobe. Wer ist dagegen?

Die Beinahe-Einstimmigkeit wird dadurch nicht umgeworfen. Also sind jetzt 371 anerkannte Mandate hier zu verzeichnen, die hier auf dem Parteitag vertreten sind.

Wenn sonst das Wort nicht gewünscht wird, dann mache ich darauf aufmerksam, daß wir morgen früh, 9 Uhr, mit der Debatte wieder beginnen. Die jetzigen Wortmeldungen bleiben bestehen. Heute abend haben sich die Landsmannschaften in ihren Kreisen zu beraten, damit morgen wieder in derselben vorzüglichen Weise wie heute hier getagt werden kann.

Außerdem sind die Aktentaschen diesmal mitzunehmen, weil sie ja gebraucht werden bei der Beratung bei den Landsmannschaften.

Schluß der Sitzung 18.35 Uhr.

(Dienstag, den 23. Mai 1950)

### Vormittagssitzung

Vorsitzender Meitmann: Genossinnen und Genossen! Ich eröffne unsere heutige Tagung. Wir setzen die Diskussion fort. Aber ich will zunächst ein Telegramm verlesen, das uns von der isländischen Bruderpartei zugesandt wurde.

„Sozialdemokratische Partei Islands sendet herzliche Grüße mit Wünschen eines siegreichen Kampfes für demokratisches und sozialistisches Deutschland.

Stefansson, Vorsitzender

Gislason, Sekretär.“ (Beifall)

Und nun, Genossinnen und Genossen, ist der schon während der gestrigen Tagung angesagte und leider nur durch eine wichtige Konferenz in England verhinderte Genosse Percy Knight von der Labour Party zu uns gekommen. (Beifall.) Ich erteile ihm das Wort.

Percy Knight, Großbritannien: (Übersetzung aus dem Englischen) Es ist mir eine Ehre, zu Eurem Parteitag eingeladen worden zu sein, und es freut mich, Euch herzliche brüderliche Grüße der Britischen Labour Party überbringen zu können.

Als Angehöriger der Handelsmarine bin ich besonders froh über die Gelegenheit, Euren größten Seehafen zu besuchen — und ich hoffe, Ihr werdet es mir nicht übelnehmen, wenn ich schlicht wie ein Seemann rede und die Worte benutze, um meine Gedanken auszudrücken, nicht um sie zu verbergen. Ich bin kein Neuling, weder als Seemann noch als Gewerkschaftler; denn ich habe schon 40 Jahre harter Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung hinter mir, und zwar auf industriellem wie auf politischem Gebiet. Ich habe die alten, geschätzten Pioniere der sozialistischen Bewegung kennengelernt und gemeinsam mit ihnen schwer gearbeitet, und ich werde sie nie vergessen. Ich vergesse auch nicht jene Genossen in Deutschland, die in Konzentrationslagern gelitten und das höchste Opfer gebracht haben für die große Sache der Freiheit.

1950 ist ein sehr kritisches Jahr für die ganze Welt, und Europa steht vielleicht vor den schwierigsten Problemen. Kein Land hat größere Probleme als Deutschland, wo die gesamte Gesellschaftsstruktur auf einer gesunden demokratischen Grundlage neu aufgebaut werden muß. Es ist deshalb von der allergrößten Bedeutung, daß die deutschen Sozialisten, die so vielen Angriffen und Schwierigkeiten ausgesetzt sind, so eng wie möglich mit ihren sozialistischen Bruderparteien zusammenarbeiten. Und wir unsererseits sollten alles nur mögliche tun, um den traditionellen Idealen sozialistischer Solidarität durch die Schaffung einer gemeinsamen demokratisch-sozialistischen Front praktischen Ausdruck zu verleihen.

Auf diesem Gebiet liegt die Bedeutung der Internationalen Sozialisten-Konferenz. In Europa wie auch in Asien und auf dem amerikanischen Kontinent gibt es große Hilfsreserven für die Sozialdemokratie, aber sie müssen organisiert und koordiniert werden, um eine feste politische Macht zu bilden, die sich überall fühlbar macht. Die COMISCO ist bestrebt, diese Aufgabe zu erfüllen, und ich hoffe, daß sich auf der im nächsten Monat in Kopenhagen stattfindenden Sozialisten-

Konferenz einige Anzeichen ihres Erfolges für alle sichtbar zeigen werden. Obgleich der Sozialismus nur in Großbritannien und Skandinavien die volle Macht hat, ist seine Stärke und sein Einfluß in ganz Europa ein sehr realer Faktor.

Wir glauben, daß wir in den letzten fünf Jahren in England einen festen Grundstein für eine sozialistische Gesellschaft gelegt haben. Vor allem haben wir bewiesen, daß die Arbeiter durch die Methoden der parlamentarischen Demokratie Gerechtigkeit erlangen können. Wir sind stolz auf die Tatsache, daß die Arbeiter heute in England besser und die Reichen schlechter leben als sonst irgendwo in Europa. Innerhalb unseres eigenen Staatswesens haben wir das Volk von Furcht und Unsicherheit befreit. Die Grundlage unserer Wirtschaftspolitik ist Vollbeschäftigung. Allen Menschen — Männern, Frauen und Kindern — ist in Krankheit und Gesundheit ein anständiger Lebensstandard gesichert. Gleichzeitig haben wir die Schlüssel der wirtschaftlichen Macht in den sicheren Gewahrsam des Volkes gegeben. Unsere Kohle, unser Verkehrswesen, unsere Gas- und Elektrizitätswerke sind bereits Nationaleigentum. Wir sind nicht mehr den Privatkapitalisten ausgeliefert. Und all das haben wir außerdem noch zu einer Zeit erreicht, wo unser Land beängstigenden Problemen gegenübersteht als Folge eines Krieges, in dem ein Viertel unseres Nationalreichtums verloren ging und die Grundlagen des Welt-handels zerrüttet wurden. Und schließlich haben wir anderen Völkern ebensoviel geholfen, wie uns von Nord-Amerika und Kanada geholfen wurde. In allen vom OEEC veröffentlichten Statistiken werdet Ihr die sozialistischen Länder an der Spitze und die anderen am Ende finden, ob es sich nun um Produktivität, Dollar-Exporte, ausgeglichene Zahlungsbilanzen, Inflationskontrolle, Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit oder Hilfeleistungen im Rahmen des inter-europäischen Zahlungsabkommens handelt. Wir sind uns aber durchaus darüber klar, daß die britische Gesundung wenig bedeutet ohne eine stabilisierte, friedliche Welt. Dadurch, daß wir unsere Beziehungen zu anderen Völkern durch sozialistische Prinzipien bestimmen lassen, haben wir einen echten Beitrag zur Stabilisierung und zum Frieden geleistet. In den letzten fünf Jahren haben wir anderen Ländern in Europa, Afrika und Asien ohne Gegenleistung Waren im Werte von 6 000 Millionen Dollars geliefert — fast soviel, wie wir selbst von den Vereinigten Staaten und Kanada bekommen haben. Wir haben angefangen, das ererbte Empire in ein Commonwealth freier Menschen umzuwandeln. Zusammenarbeit, nicht Ausbeutung, bestimmt unsere Kolonialpolitik. Keine unserer Leistungen hat eine größere geschichtliche Bedeutung als die Befreiung Indiens, durch die wir 400 Millionen widerstrebender Untertanen in ehrliche Freunde verwandelt und den Grundstein für eine größere Einigkeit zwischen Asien und der westlichen Welt gelegt haben. Auch hier kann man die Leistungen des sozialistischen Großbritannien dem Versagen der altmodischen Politik in anderen Teilen der Welt gegenüberstellen.

Obwohl wir bei der Schaffung der europäischen Einheit eine führende Rolle gespielt haben, können wir als Sozialisten Europa nicht den anderen Teilen der Welt voranstellen. Der Kampf gegen Krieg und Wirtschaftskrisen kann ebensogut im Fernen Osten wie im nahen Westen verlorengehen. Die Kriegsgefahr ist klein, solange die freie Welt innerhalb ihrer augenblicklichen Grenzen stark und einig bleibt. Aber wenn der Krenl zu seiner bestehenden Stärke die Industriequellen Westeuropas oder die Arbeitskräfte und Rohstoffe Süd-Asiens hinzufügt, dann besteht die Gefahr, daß die Sowjetunion sich zu einer militärischen Offensive mit dem Ziel der Welteroberung entschließt. Außerdem können die wirtschaftlichen Probleme Europas — und der Vereinigten Staaten — nur gelöst werden, wenn erreicht werden kann, daß die noch nicht voll entwickelten Gebiete der Welt mehr zur internationalen Produktion und zum internationalen Handel beitragen. Nur eine weltumspannende Einheit kann den heutigen Notwendigkeiten gerecht werden.

Aber innerhalb dieses weltweiten Rahmens hat die europäische Einheit eine lebenswichtige Rolle zu spielen. Keines der europäischen Länder kann es sich leisten, seine eigenen Probleme isoliert von den übrigen Ländern zu lösen. Wir glauben, daß die europäische Einheit nur auf der Grundlage der Vollbe-

schäftigung und der sozialen Gerechtigkeit erreicht werden kann. Sonst wird sich Europa durch Klassenkampf an den Wurzeln ebenso schnell spalten, wie wir es an der Spitze vereinigen. Deshalb hoffen wir, daß alle Sozialisten in jedem Organ der europäischen Zusammenarbeit beim Kampf um den Fortschritt mithelfen werden.

Wir hoffen, daß insbesondere unsere deutschen Genossen nicht zögern werden, unseren Kampf für die gemeinsamen Ziele zu unterstützen. Im OEEC und im Europa-Rat werden Entscheidungen gefällt, die den Charakter Europas auf Generationen hinaus bestimmen können. Vielleicht hängt es gerade jetzt von unserem Vorgehen ab, ob die Möglichkeiten für den Sozialismus überhaupt erhalten werden können. Wenn z. B. der Schuman-Plan im Interesse der Völker entwickelt wird, wird er für uns alle ein neues Zeitalter sozialistischen Fortschritts herbeiführen. Wenn er aber einfach ein größeres und besseres kapitalistisches Kartell wird, dann zerstört er die europäische Einheit an ihren Wurzeln.

Die Zeiten sind bedrohlich, und unsere Probleme müssen schnell gelöst werden, wenn wir nicht untergehen wollen. Wir im Westen müssen zusammenstehen, insbesondere wir Sozialisten. Es hat genug Schwierigkeiten und Mißverständnisse zwischen Deutschland und dem übrigen Europa gegeben. Wir hoffen, daß 1950 den Beginn eines neuen Zeitabschnittes kennzeichnen wird, in dem ein sozialistisches Deutschland vollberechtigtes Mitglied der europäischen Gemeinschaft sein und Hand in Hand mit der Britischen Labour Party schreiten wird. Kollegen und Freunde von der SPD, die Britische Labour Party grüßt Euch und wünscht Euch vollen Erfolg. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Genossinnen und Genossen! Wir haben die herzlichen aber sehr ernsten und nachdenklichen Worte des Genossen Percy Knight als des Sprechers der Labour Party gehört.

Wir möchten nun, ich glaube mich mit dem Parteitag einig, dem Genossen Percy Knight und der Labour Party für diese Begrüßungsworte besonders und herzlich danken. (Beifall.)

Und wir möchten ihnen versichern, nachdem gestern hier eine Empfehlung des Bundeskanzlers an den Parteitag der Sozialdemokratie ergangen ist, in England mitzuteilen, wenn es dort noch nicht bekannt sein sollte: daß damals, als die Labour Party gewählt hatte, der Herr Bundeskanzler der Deutschen Bundesrepublik nicht im Auftrage — ich glaube, nicht einmal der Mehrheit des deutschen Volkes und vielleicht auch nicht einmal in Übereinstimmung mit allen seinen Anhängern und seiner Regierungskoalition eine höchst taktlose Bemerkung machte, daß er sich nicht in der Lage dieser Labour-Regierung befinden möchte. Denn die ganze Welt weiß, daß sein Mandat nur auf einer einzigen Stimme Mehrheit beruht.

Nun, liebe Freunde, wollen wir unsere Diskussion fortsetzen. Das Präsidium hat sich gestern noch mit dem Ablauf des heutigen Tages beschäftigt.

Wenn es irgend möglich ist, möchten wir, daß etwa um 11 Uhr die Diskussion beendet sein könnte — wobei ich ausdrücklich bemerke, daß volle Übereinstimmung im Präsidium besteht, nicht an der Diskussion abzuknappen, sondern alle Genossen zu Worte kommen zu lassen.

Aber es sind jetzt bereits — ich muß das mitteilen — 14 Redner, die noch nicht zu Worte gekommen sind.

Wenn wir etwa um 11 Uhr mit der Diskussion abschließen können, die Schlußworte der beiden Referenten zu den Hauptreferaten entgegennehmen und die politischen Anträge zu diesen beiden Tagesordnungspunkten erledigen, dann glaube ich, ist es Zeit, die Mittagspause zu beginnen. Und dann möchten wir nach der Mittagspause die übrigen Anträge und die Anträge zum Statut erledigen. Ist der Parteitag einverstanden, daß wir so verfahren?

Danke — dann setzen wir jetzt die Aussprache fort.

Als erster hat das Wort Peter Jacobs, Trier. Ihm folgt Dr. Wilhelm Kroeger, Hamburg.



Peter Jacobs, Trier: Genossinnen und Genossen! Die Koppelung einer Anzahl Ihnen vorliegender Anträge mit der Aussprache über die Reden der Genossen Schumacher und Ollenhauer gestattet es mir leider nicht, dem wiederholt geäußerten Appell des Präsidiums, von weiteren Wortergreifungen Abstand zu nehmen, Folge leisten zu können. Zudem scheint mir der Verlauf der bisherigen Diskussion — ihr Niveau, bewiesen zu haben —, daß sie die Bestätigung dessen ist, was ein weiser europäischer Staatsmann einmal als das Wesen der Demokratie bezeichnet hat: Demokratie ist Diskussion.

Darüber hinaus bewegt mich die Hoffnung, es heute vormittag, soweit die Wirkungen der lebenswürdigen landsmannschaftlichen Zusammenkünfte des gestrigen Abends nicht allzu stark bemerkbar sind — mit einem ausgeruhten und erneut aufnahmefähigem Hause zu tun zu haben.

Ich habe für den Bezirk Rheinland-Hessen-Nassau den Auftrag, Sie zu bitten, den Antrag 26 anzunehmen, mit welchem der Parteivorstand beauftragt werden soll, umgehend eine Stellungnahme zum Artikel 29 des Grundgesetzes derart bekanntzugeben, daß die einzelnen Bezirksorganisationen der Partei in der Lage sind, bei der Diskussion zur Ländergrenzenfrage sich auf die einheitliche Auffassung der Sozialdemokratischen Partei zur Neugliederung der Deutschen Bundesländer beziehen zu können.

Dieser Antrag gewinnt noch an Aktualität im Hinblick auf die mir bekannt gewordene Tatsache, daß der, wenn auch nur in einem losen Zusammenhange dazu stehende Antrag 1 des Bezirks Mittelrhein auf Wiedervereinigung der Bezirksorganisationen innerhalb der Partei nach den Maßstäben von vor 1933 lediglich als Material dem Parteivorstand überwiesen werden soll. Daraus muß zwangsläufig geschlossen werden, daß es vorläufig mit der Verwirklichung dieses und ähnlicher Anträge nichts ist und auch den Umständen gemäß nichts sein kann.

Es ist nicht meine Absicht, bei der Erläuterung des von mir hier zu vertretenden Antrages etwa ein Plädoyer für irgendeines der nach dem Willen der Besatzungsmächte geschaffenen Länder in Westdeutschland zu halten, geschweige denn für das Land, aus dem ich komme. Ein Land, das ganz gewiß in seiner derzeitigen Zusammensetzung ein Produkt ist, das so nicht lebensfähig ist. Meine ablehnende Haltung gegenüber diesem Lande als Endzustand einer aus der Nachkriegszeit sich ergebenden Entwicklung wird nicht zuletzt bestimmt im Hinblick auf meinen persönlichen Respekt vor dem hier anwesenden Sprengmeister dieses Landes und seiner Helfershelfer (Heiterkeit), denen anzugehören ich mir ebenfalls als Ehre anrechne. Wenn sich dennoch für uns die Frage der Länderbildung in der heutigen Situation anders stellt, dann doch, wenn ich es so bezeichnen darf, im Hinblick auf das historische Versäumnis der Westdeutschen Ministerpräsidenten-Konferenz auf dem Rittersturz, neue Tatsachen im Sinne unserer notwendigen Forderungen konkret zu schaffen. Wir müssen deshalb wohl zwangsläufig die einzelnen Länder in ihrer jetzigen Zusammensetzung mindestens vorläufig als Realitäten ansehen. Nun zeigen sich aber immer wieder Schwierigkeiten im Hinblick auf unsere nach wie vor erhobenen Forderungen und Auffassungen nach Auflösung dieser Länder und der andererseits gegebenen Notwendigkeit, im Rahmen der nun einmal bestehenden Institutionen mitarbeiten zu können. Das zeigt sich besonders dann, wenn auf der parlamentarischen und ministeriellen Ebene eine Politik der konkreten Hilfeleistung gefordert wird, die andererseits zum Teil im Widerspruch mit der politischen Aufforderung nach der Auflösung dieser Länder steht.

Deshalb hat der hier von mir vertretene Bezirk den vorgenannten Antrag gestellt und bittet um eine entsprechende Berücksichtigung desselben, da keine andere politische Partei so sehr, nicht nur nach ihren Grundsätzen und dem mehr oder minder in die Zukunft weisenden Weg beurteilt wird, sondern vielmehr noch, ja im entscheidenden Ausmaße nach ihrer Fähigkeit und ihrem Willen zu einer Politik der konkreten Hilfeleistung, wie die vom Vertrauen des denkenden Teiles der arbeitenden Bevölkerung getragene Sozialdemokratische Partei.

Wenn ich zu Beginn meiner Ausführungen darauf hingewiesen habe, daß das bisherige Niveau der Diskussion es rechtfertigt, das Ausspracherecht des Parteitages nicht zu beschränken, dann gestatten Sie mir auch noch einige Hinweise zu geben, die, wie ich glaube, geeignet sind, unter Umständen die Minderheit — wobei es gewiß keiner prophetischen Gabe bedarf, zu wissen, wer sich hinsichtlich des Eintritts oder Nichteintretens in den Europarat in der Minderheit befindet, davon zu überzeugen, daß die Mehrheit nicht nur auf Grund ihres zahlenmäßigen Übergewichts Recht hat. Die mir von besonderer Bedeutung zu sein scheinenden Ausführungen u. a. des Genossen Heydorn, Hamburg, veranlassen mich auf Grund gewisser praktischer Erfahrungen, die ich zum Thema Saargebiet gewonnen habe, zu erklären, daß es falsch ist, aus der Forderung des Genossen Schumacher, bei der derzeitigen Lösung der Saarpolitik unter keinen Umständen in den Europarat zu gehen, zu schließen, daß die Weigerung lediglich deshalb erfolgt, weil das Bedürfnis nach Wiederherstellung früherer deutscher Souveränitätsrechte besteht. Es darf bei dem damit aufgeworfenen Fragekomplex nicht außer acht gelassen werden, daß der derzeitige Zustand, hervorgerufen durch das sogenannte Saargebiet, in dem wie es Realität ist, Wirkungen für die angrenzenden westdeutschen Gebiete zeigt, die auf die Dauer den wirtschaftlichen und damit auch politischen Tod für diesen Teil der westdeutschen Bundesrepublik bedeuten. Wenn wir unter Zustimmung der gesamten Partei, und ich glaube, der gesamten gesitteten Welt gegen die Methoden der östlichen Besatzungsmacht stets angegangen sind, dann muß im Hinblick auf andere Gebietsteile gesagt werden, was die tatsächlichen und wirksamen Fakten sind. Es ist doch kennzeichnend — und das gibt der Forderung des Parteivorstandes, unter diesen Umständen nicht in den Europarat eintreten zu wollen, die notwendige Akzentuierung, daß es beispielsweise leichter möglich ist, ordnungsmäßige Papiere für die Einreise in die russisch besetzte Zone zu erhalten, als für die Anrainer und in den westdeutschen Gebieten Wohnenden die Möglichkeit einer Reise nach dem Saargebiet, obwohl familiäre und aus der früheren Zusammengehörigkeit resultierende wirtschaftliche Bindungen geradezu danach verlangen.

Das Bedauerliche an der derzeitigen Fehlkonstruktion des Saargebietes ist doch als weiteres Faktum ein Ergebnis des falschen Sicherheitsbedürfnisses Frankreichs, um so mehr als Frankreich niemals die Forderung erhoben hat, das wirtschaftliche Potential des Saargebietes zur Stärkung seiner eigenen Industrie zu verlangen. Das, was ist, ist eine Negation Europas, da die jetzige Lösung — und das scheint das wesentliche für viele Leute in Frankreich zu sein — 1,7 Millionen t Stahl weniger für Westdeutschland bedeutet. Sie müßten selbst einmal die Wirkung in der Praxis erleben, um wissen zu können, daß bei dem jetzigen Zustand dadurch im Westen Europas eine Enklave der Unfreiheit und der ökonomischen Widersinnigkeiten entstanden ist, eine Enklave der Unfreiheit, die so weit geht, daß in erster Linie unsere Genossen von Ausweisungs-Maßnahmen der Vergangenheit betroffen wurden, die, wenn sie in Parallele in der russischen Zone erfolgt sind, einen entsprechenden Protest hervorgerufen haben. Gewiß erfolgten sie in einer der Wesensart des französischen Volkes entsprechenden charmannten und, soweit man das bei diesem Tatbestand sagen darf, lebenswürdigen Art, aber im Effekt sind sie halt doch erfolgt. Ich bedaure es außerordentlich, nicht das Glück zu haben, im Moment den Genossen Grumbach anwesend zu wissen, der sicherlich ein Gefühl dafür hat, was praktisch zu tun notwendig ist. Mir scheint, daß diese unter ausgesprochen anti-europäischen Vorzeichen zustandgekommene Lösung eine der entscheidenden Gründe unserer Haltung, ohne Rücksicht auf die Größe des Gebietes, sein muß. Unser Nein in diesem Falle zum Europarat gilt auch deshalb, weil der Preis für einen Eintritt letztlich nicht mit einem gefälschten und damit antieuropäischem Wechsel bezahlt werden kann. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Es hat das Wort der Genosse Kröger, ihm folgt Gayk, Kiel.

Wilhelm Kröger, Hamburg: Genossinnen und Genossen! In dem Referat des Genossen Ollenhauer ist es als eines unserer wesentlichsten Ziele bezeichnet worden, einen demokratischen Staatsaufbau in Gesetzgebung und Verwaltung zu gewährleisten und herbeizuführen. Ich möchte dem hinzufügen, nicht nur Demokratisierung in Gesetzgebung und Verwaltung, sondern notwendig auch Demokratisierung in der dritten Staatsgewalt, der Justiz. Genossen, wir müssen uns der Tatsache bewußt sein, daß wir in einem immer stärkeren Maße eine gegenseitige Kontrolle der drei Staatsgewalten erleben, daß wir insbesondere einer immer stärkeren Juridifizierung ausgesetzt sind, d. h., daß in immer stärkerem Maße die dritte Staatsgewalt, die Justiz, einen Einfluß gewinnt auf die Kontrolle der Gesetzgebung und der Verwaltung, was von einer wesentlichen politischen Bedeutung sein wird. Das zeigt sich in der Ausbreitung der Verwaltungsgerichtsbarkeit, das zeigt sich in der Schaffung von Staatsgerichtshöfen, des Verfassungsgerichtshofes. Genossinnen und Genossen, das braucht kein Übel an sich zu sein.

Wir haben aber das Gefühl, daß wir eine Justiz und ein Richtertum vor uns haben, von dem wir nicht glauben können, daß es von dem demokratischen Geist erfüllt ist, den wir zu erwarten haben. Wir haben in Deutschland nach 1945 die Hoffnung gehabt, daß die Justiz sich unter den Erfahrungen des Hitlerregimes gewandelt haben könnte und sind bitter enttäuscht. Wir haben in Deutschland feststellen müssen, daß die deutsche Justiz nicht einmal in der Lage gewesen ist, die größten Übel der Weimarer Vergangenheit zu liquidieren und die Mörder politischer Führer der Gerechtigkeit zu überantworten. Ich erinnere an das erste politische Beispiel, an das Tillessen-Urteil. Wir haben als weitere Folge eine große Zahl von Urteilen erlebt, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Das ist besonders symptomatisch für die politische Haltung und Kontrolle eines wesentlichen Teiles der Richterschaft. Ich erinnere an das Urteil gegen Garbe, wo man einen Kriegsdienstverweigerer verurteilte, der zur Rettung seiner Freiheit einen Gefängniswärter niederschlug. Ich erinnere an das letzte Beispiel eines politischen Urteils, das Hedler-Urteil. Im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert hat das freiheitliche Bürgertum die Unabhängigkeit der dritten Staatsgewalt, der Richter, erkämpft, indem es die Kabinettsjustiz des absoluten Monarchen beseitigte. Es hat dabei die Unabhängigkeit erkämpft auch für unsere heutigen Verfassungen. Diese Unabhängigkeit zerfällt in zwei Teile, in zwei wesentlich unterschiedliche politische Funktionen, nämlich die sachliche und persönliche Unabhängigkeit des Richters. Auch wir haben festzustellen, daß wir die sachliche Unabhängigkeit der Justiz, d. h. die Sicherheit, daß in die einzelnen Urteile der Richter nicht hineingeredet werden kann, wünschen und im Interesse eines demokratischen Rechtsfriedens aufrechterhalten wissen wollen. Was wir aber nicht aufrechterhalten können in dem Umfange wie es heute besteht, wenn wir eine wirklich demokratische Justiz haben wollen, das ist die persönliche Garantie für den Richter, daß er auf Lebenszeit unabsetzbar und nicht versetzbar ist, was politisch zur Folge gehabt hat, daß sich bei manchem Richter Hochmut und politische Weltfremdheit entwickelt haben, die zu einer wesentlichen Gefahr zu werden drohen. Wir müssen uns mit der gegenwärtigen Situation beschäftigen, in der wir zur dritten Staatsgewalt, der Justiz, stehen. Die Unabhängigkeit der Richter, die ein freiheitliches Bürgertum erkämpft hat, droht zu einem politischen Widerstandsnest gegen die Reformbewegung der deutschen Arbeiterschaft zu werden. Wir haben, um diese Gefahr zu beseitigen, zu fordern, wie das auch in einigen Anträgen, insbesondere in dem Antrag Nr. 34 der Berliner Genossen, zum Ausdruck kommt, daß erstens wir nicht jeden jungen Juristen nach seiner Staatsprüfung zum lebenslänglichen Richter machen, sondern uns vorbehalten, ihn überprüfen zu lassen auf die Übereinstimmung seiner Rechtsprechung mit dem Geist der demokratischen Verfassung. Wir haben zweitens zu fordern, daß diese Richter, wenn sie für eine Amtszeit ernannt werden, ernannt werden nach Prüfung durch einen besonderen Wahlausschuß, in dem Vertreter der beiden anderen Staatsgewalten sitzen, also neben den Richtern Parlament und Verwaltung beteiligt sind.

Und wir haben weiter zu fordern, daß diese Richter nicht in allen Gerichten und unter allen Umständen auf Lebenszeit ernannt werden, sondern wir sollten fordern, daß eine zeitlich beschränkte Amtsperiode eingeführt wird, um dieser politischen Gefahr zu steuern. Und man sage mir nicht, daß das undemokratisch sei. Denn wenn dem so wäre, dann wären die Schweizer und Amerikaner sehr schlechte Demokraten, die diese Institution der beschränkten Amtszeit ihrer Richter haben.

Genossinnen und Genossen, wenn wir das tun, dann tun wir damit weiter nichts, als den im Grundgesetz von Bonn gelassenen Rahmen der Artikel 97 und 98 voll auszuschöpfen. Und es ist gar kein Anlaß vorhanden, bei diesem Grundgesetz von der Möglichkeit nicht Gebrauch zu machen, angesichts der Gefahr, die uns aus dem Widerstand des Richtertums droht.

Genossen, wir befinden uns in der Situation eines Angreifers auf die Konstruktion der Gesellschaftsordnung, der an zwei Stellen in die Zitadelle, in die Gesetzgebung und die Verwaltung, eingedrungen ist, aber am Eindringen in den Kern selbst behindert wird durch das Sperrfeuer der dritten Staatsgewalt, nämlich der Justiz.

Genossen, wir können uns an diesem Problem nicht vorbeidrücken. Und es hat wenig Wert, wenn wir nur immer dann entrüstet sind, wenn wir neue Justizexzesse vor uns haben. Und es hat auch wenig Wert, wenn wir in allgemeinen Proklamationen diese Justizexzesse beanstanden.

Wir müssen uns entscheiden, dort, wo wir es tun können, einzugreifen in die Konstruktion dieser Justiz, das heißt, sowohl auf der Bundes- wie auf der Landesebene dafür zu sorgen, daß diesen Urteilsexzessen gesteuert werden kann, indem wir nicht dem Richtertum die Gelegenheit geben, durch eine lebenslängliche Versicherung so zu handeln, wie sie glauben, aus ihrer zum Teil monarchistisch-reaktionären Verschwägerung — die sie immer noch nicht vergessen haben, aus Wilhelms Zeiten — handeln zu müssen.

Genossinnen und Genossen! Wenn das nicht erreicht wird, was uns das Bonner Grundgesetz dieser dritten Staatsgewalt gegenüber bietet, dann haben wir die Richter, die wir verdienen. (Sehr gut, starker Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Ich gebe das Wort an Gayk, Kiel.

Andreas Gayk, Kiel: Genossinnen und Genossen! Der diesjährige Parteitag ist, wie ich glaube, den Genossen zu besonderem Dank verpflichtet, die mit der Aussprache über den Europarat eine echte, politische Diskussion über die Gesamtpolitik der Partei eingeleitet haben. (Sehr richtig, Beifall, klatschen.) Sie haben damit einen Mythos zerstört, der von unseren Gegnern bewußt in die Welt gesetzt wird. Den Mythos nämlich, daß die SPD keine echte demokratische Partei sei und daß es in der SPD nicht erlaubt sei, eine andere Meinung als die des Parteivorsitzenden zu haben.

Von der Richtigkeit ihrer Standpunkte haben mich die Genossen Brauer und Löbe nicht überzeugen können. Aber ihr Verdienst, diese große politische Diskussion in Gang gesetzt zu haben, ich glaube, dieses Verdienst wird dadurch nicht geschmälert.

Mit dem Europarat, da geht es wie mit Hamburg und mit vielen anderen Dingen. Bei näherem Zusehen sieht ja manches sehr viel anders aus, als in unseren Wunschträumen. Hamburg habe ich zum Beispiel immer für eine Stadt mit alter, republikanischer Tradition gehalten. Trotzdem hat der Präsident des Senats den sozialdemokratischen Parteitag im Kaisersaal und mit dem Kaiserwalzer empfangen. (Bravo, große Heiterkeit, klatschen.)

Ich glaube, diejenigen unter uns, die durch Parteitagsbeschlüsse daran gehindert werden müssen, sich heute schon eine Fahrkarte nach Straßburg zu lösen, die würden dort weit größere Überraschungen erleben. Sie würden gewiß die Möglichkeit finden, wohl temperiertere Reden halten zu dürfen, als hier auf dem Parteitag. Aber an dem unglücklichen Europa, das heißt an der mangelnden Solidarität der

europäischen Völker, da würden sie wenig ändern, weil die politischen Entscheidungen an einer ganz anderen Stelle gefällt werden.

Genosse Brauer hat das große Wort gelassen ausgesprochen, daß das Nein der Sozialdemokratie zum Eintritt in den Europarat ein Unglück, ja ein Verhängnis für unsere politische Zukunft sei. Da unsere Rede — wieder nach Brauer — immer Ja, Ja oder Nein, Nein, sein soll, so möchte ich dieser Brauerschen These eine klare Antithese gegenüberstellen, nämlich die, daß auch ein verfrühtes Ja ein Unglück für die demokratische Entwicklung in Europa sein kann. (Lebhafter Beifall.) Der Völkerbund, auf den uns Genosse Brauer verwies, ist für mich ein Beweis, wie man es eigentlich nicht machen sollte. (Sehr gut!) Nach dem ersten Weltkrieg ist eine große politische Idee durch eine unmögliche Praxis in wenigen Jahren restlos kompromittiert worden. Dasselbe könnte in kürzester Zeit auch mit der Idee der europäischen Zusammenarbeit geschehen. Solange Deutschland nicht als gleichberechtigter Faktor in den Europarat eintritt, so lange kompromittiert unsere Mitarbeit die Idee der Zusammenarbeit freier demokratischer Völker im Bewußtsein des deutschen Volkes.

Parteigenossen! Wir erleben doch heute beim Aufbau der Demokratie in Deutschland eine ganz ähnliche und interessante Parallele. Die Demokratie in Deutschland kann bekanntlich nur dann die Massen in Bewegung setzen, wenn sie die soziale Frage einer Lösung näher bringt. Die Lösung dieser sozialen Frage aber haben die Besatzungsmächte nicht gefördert, sondern behindert.

Wohin eine solche Politik führt, dafür ist die Entwicklung in Schleswig-Holstein ein überzeugender Beweis. Die Alliierten haben nach dem Zusammenbruch dieses Land bis an den Rand mit Flüchtlingen vollgestopft. Die deutschen Länder haben es an der selbstverständlichen Solidarität mit den ärmsten Menschen im ärmsten Land der Bundesrepublik fehlen lassen. (Beifall.) Auf diese Weise ist Schleswig-Holstein der soziale Krankheitsherd der Bundesrepublik geworden. Die politischen Folgen dieser Entwicklung haben wir bei der Wahl zum Bundestag erlebt, und der Hedler-Prozeß hat der Welt bewiesen, zu welchen politischen Dummheiten entwurzelte und verzweifelte Massen auch heute wieder fähig wird.

Leider hat es den Anschein, als ob die Alliierten in ihrer Deutschlandpolitik nicht einmal durch Erfahrung klug werden. Ich habe hier in meinen Händen einen Brief des Landeskommissars für Schleswig-Holstein vom 10. Mai 1950. Darin werden die Sicherheitsbedingungen der Hohen Kommission für den Neuaufbau des Industriegeländes auf dem Kieler Ostufer mitgeteilt, um das wir bekanntlich fünf Jahre lang vergeblich gekämpft haben. Die Hohe Kommission wird die Ansiedlung von allen Industriebetrieben auf dem Ostufer genehmigen, so heißt es in diesem Schreiben, soweit sich diese nicht mit industrieller Tätigkeit befassen, die in der Liste der verbotenen und beschränkten Industrien aufgeführt ist, mit industrieller Tätigkeit, die die Aufstellung eines Krans mit einer Tragfähigkeit von mehr als 10 t erfordert (Gelächter); mit Stahlbaukonstruktionen, das heißt Kränen, Brücken usw., mit Eisengießerei, mit dem Bau von Kraftmaschinen aller Art und aller Größen und diesbezüglichen Reparaturarbeiten, mit dem Bau von Kesseln, mit dem Bau von Eisenlokomotiven, Eisenbahnen und so weiter und so weiter.

Auf die Frage, was wir denn überhaupt auf dem Ostufer noch produzieren dürften, hat ein Engländer, der Humor hatte, vor Jahren einmal geantwortet: Nun, Mausefallen werden Sie bestimmt machen dürfen!

Bis heute haben wir zwar noch keine Mausefallen produziert — aber politisch sitzen wir mit dieser Besatzungspolitik heute in der Mausefalle. (Sehr richtig! — Beifall.)

In den fünf Jahren seit dem Zusammenbruch ist es uns leider nicht gelungen, die Alliierten davon zu überzeugen, daß wir in Deutschland in Wahrheit unter einem ganz anderen Zeitdruck leben als dem, unter den sie uns in der Europapolitik zu stellen versuchen.

Wir leben nach meiner Überzeugung in der Gefahr, trotz des Marshall-Planes den Kampf um die Demokratie in Deutschland zu verlieren, weil die deutsche De-

mokratie jede Anziehungskraft und jeden Schwung verliert, wenn sie die Not der Massen ignoriert, und wenn sie zum Instrument einer nackten Besitzverteidigung wird. (Beifall.)

Das Ende einer solchen Politik kann nur sein, daß die demokratische Idee eines Tages keinen Hund mehr hinterm Ofen hervorlockt. (Sehr gut!) Mit andern Worten: Die deutsche Demokratie ist in Gefahr, den Wettlauf mit der sozialen Katastrophe zu verlieren.

Die Partei hat es mit Recht abgelehnt, sich an einer Regierung zu beteiligen, die für diese Politik mitverantwortlich ist. Auch dieses Nein, Genossinnen und Genossen, war ein konstruktives Nein. Unser Nein zur Adenauer-Regierung war ein Ja für eine lebensfähige Demokratie, für eine soziale Demokratie. (Starker Beifall. — Glocke des Präsidenten.)

Niemand hat bisher auf diesem Parteitag zu behaupten gewagt, daß wir durch diese unsere Politik die Entwicklung zur Demokratie in Deutschland gefährdeten. Aber ebensowenig gefährdet unsere Politik, unser Nein zum Europarat, die Zusammenarbeit freier demokratischer Völker. Eine solche Politik bringt uns nach meiner Überzeugung nur schneller ans Ziel, und die Kassandrarufer des Genossen Brauer erinnern deshalb auch mich an die Beschwörung, die wir vor der Verabschiedung des Grundgesetzes gehört haben.

Hätten wir damals auf die Genossen gehört, die das Wagnis einer großen Politik nicht eingehen wollten — die deutsche Bundesrepublik wäre heute wahrscheinlich völlig arbeitsunfähig gewesen. (Sehr gut!)

Heute, wenn ich das zum Schluß sagen darf, geht es darum, einen arbeitsfähigen Europarat zu schaffen. Und wieder einmal sind wir dem propagandistischen Trommelfeuer unserer innenpolitischen Gegner und dem moralischen Druck der Besatzungsmächte ausgeliefert. Und wieder einmal wird die Standfestigkeit der Sozialdemokratischen Partei auf eine harte Probe gestellt.

Den Kampf um das Grundgesetz haben wir gewonnen, weil wir die besseren Nerven und die bessere Prognose hatten. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir zu den großen Möglichkeiten europäischer Zusammenarbeit, von denen der Genosse Brauer gestern hier sprach, nur im Kampf um die Gleichberechtigung des deutschen Volkes in dieser internationalen Zusammenarbeit kommen werden. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Jetzt hat Fritz Henßler, Dortmund, das Wort.

Fritz Henßler, Dortmund: Genossinnen und Genossen! Ich habe bei der bisherigen Diskussion vereinzelt den starken Eindruck bekommen, als ob eine ziemlich verkrampte Beweisakrobatik betrieben würde, die ich nicht nur für viel zu gewagt halte, sondern die mir auch absolut unnötig erscheint. Darunter zähle ich auch die abfällige Stellungnahme zu Weimar (Richtig!), die ich für ebenso unsachlich wie überflüssig gehalten habe. (Sehr richtig!) Ich hoffe noch einige Bemerkungen dazu machen zu können, am Schluß meiner Ausführungen. Ich bemühe mich, die Sachlage so unkompliziert wie eben möglich zu sehen. Dem Wort des Genossen Schöttle, daß in unserer Politik Risiken liegen, stimme ich zu. Das gilt sowohl für das eventuelle Ja zu Schumacher wie für das eventuelle Ja zu Brauer und zu Löbe. Unsere Entscheidung ist ja nur ein kleines Teichen des Geschehens, das in Straßburg erfolgt. Niemand kann voraussagen, ob, wie Schumacher sagte, Straßburg Vorraum bleibt, oder ob es die entscheidende Stätte für die europäische Gestaltung wird. Unsere Entscheidung kann nach meiner Auffassung deshalb heute nur eine zeitbedingte und zeitbegrenzte sein. (Sehr richtig!) Das Ja oder Nein kann immer nur für den gegenwärtigen Status gelten, weil eine Entscheidung nur aus der Beurteilung des Gegenwärtigen erfolgen kann und nicht davon, was Straßburg vielleicht werden könnte. Dabei komme ich zu einem klaren Nein, für das der Saarkomplex nicht der eigentliche Grund für mich ist, sondern nur eine Bestätigung der gegenwärtigen Beurteilung von Straßburg. Es ist an sich überflüssig, und trotzdem möchte ich es wiederholen: dieses Nein ist selbstverständlich kein Nein zum europäischen Einheitsgedanken, sondern — so möchte ich mich ausdrücken — ein Nein zu einer Europaspielelei (Richtig!), die

viel mehr Schein als Wahrheit ist zur Übertünchung von Unzulänglichkeiten. (Sehr richtig!) Ich lehne gegenwärtig Straßburg ab, weil — so befürchte ich — wir sonst eine Täuschung begünstigen würden. Was soll, so frage ich mich, unsere Anwesenheit in Straßburg bedeuten, solange von den Siegermächten das Recht der Entscheidung über Fragen, die in Straßburg gelöst werden sollen, in Deutschland von ihnen selbst in Anspruch genommen wird. Ich glaube, es ist ein Gebot der Selbstachtung für uns, daß wir uns nicht gönnerhaft mitnehmen lassen, daß wir Wert darauf legen, nicht bloß geduldet zu werden. Ich bin dafür, daß wir nach Straßburg gehen, wenn wir mit den Rechten einer selbständigen Nation in Straßburg wirken können.

Genossinnen und Genossen! Unser Eintritt im gegenwärtigen Augenblick — ich wiederhole es — wäre nach meiner Auffassung eine Begünstigung einer Täuschung, als ob schon eine volle gleichberechtigte Einbeziehung Deutschlands erfolgt. Es würde die Gewissen einschlämmern, anstatt sie wachzuhalten, sie zu schärfen und darzutun, daß sich etliches ändern muß, ehe man von einer europäischen Gemeinschaft unter Einfluß Deutschlands reden kann.

Genossinnen und Genossen! Ich möchte in diesem Zusammenhang auch gleich ein Wort zu dem Schuman-Vorschlag machen. Es ist selbstverständlich, daß wir alle es begrüßen würden, wenn eine echte deutsch-französische Zusammenarbeit erfolgt, eine Zusammenarbeit, die auf der Verständigung der Völker beruht. (Sehr gut!) Soviel Verständnis ich für die Besorgnis habe, daß die Ruhr nicht wieder wirtschaftliches Zentrum für eine friedensstörende Politik werden kann, so wenig Verständnis habe ich aber auch für manche Maßnahmen der Alliierten an der Ruhr. Mir fällt es manchmal schwer, sehr schwer, zu glauben, es sei wirklich beabsichtigt, die gestrigen Kräfte an der Ruhr nicht wieder zur Wirksamkeit kommen zu lassen. (Sehr richtig! — Beifall.) Wir haben als Sozialisten und als Gewerkschaftler an der Ruhr manchmal den Eindruck, nicht so beachtet und gewertet zu werden, wie wir es erwarten müssen, und ich weiß nicht, ob Herr Reusch und seinesgleichen auch unter diesem Eindruck leiden, oder ob sie nicht vielmehr der Auffassung sind, daß der Weizen für sie wieder anfängt zu blühen. Ich möchte von hier aus ausdrücklich — und ich bin überzeugt, damit für jeden Sozialisten im Ruhrgebiet reden zu können — sagen, uns liegt nichts an einer kapitalistischen deutsch-französischen Vereinigung (Sehr richtig!), nichts an einem deutsch-französischen schwerindustriellen Kartell. Das ist kein Ersatz für die Verständigung, die wir wollen. Das ist eher ein Hindernis für eine solche Verständigung. Aus der Schau Nordrhein-Westfalens betrachte ich als erste politische Aufgabe, zu verhindern, daß die Ruhrwirtschaft jemals wieder als politisches Machtinstrument von wenigen Leuten mißbraucht werden kann. (Beifall.) Und aus nationalen Gründen komme ich zu der Auffassung, daß, wenn auch der Schuman-Plan verwirklicht werden soll, der Weg Deutschlands zu dieser Gemeinschaft mit Frankreich über die sozialisierte Ruhrwirtschaft gehen muß. Die Sozialisierung ist, wenn dieser Schuman-Plan in Erfüllung gehen sollte, nicht überflüssig, sondern dringlicher denn je. Es ist in der Debatte darauf hingewiesen worden, daß wir doch sehen müßten, mit unseren ausländischen Freunden zur Zusammenarbeit zu kommen. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, dafür ist COMISCO eine viel dankbarere Stätte als Straßburg. (Beifall.) Ich wünsche, daß, wenn wir nach Straßburg kommen, man dann von einer einheitlichen Stellungnahme der Sozialisten, ob sie aus Deutschland, Frankreich oder England kommen, reden kann. Die Vorarbeit haben wir in der COMISCO zu leisten. Genossinnen und Genossen! Ich bitte, mir noch zwei Minuten zu gestatten, um noch einmal auf den Hinweis Weimar zurückzukommen. Ich habe den Eindruck, wir vergessen vieles. Wie kann man behaupten, daß man in Weimar — das möchte ich auch an dieser Stelle aussprechen — Politik trieb nach dem Prinzip, unter allen Umständen dabei zu sein! Ich glaube, wenn man jene Zeit kritisch überprüft, dann ist der dunkelste Punkt als wir nicht dabei waren, aber tolerierten, und dann wäre es dankbarer, einmal zu überlegen, ob

das Nicht-Dabeisein in der Reichsregierung in jedem Fall so richtig war, wenn wir es mit der Situation in Preußen vergleichen.

Ich muß sagen, daß wir heute noch auf die Männer, die die Sozialdemokratische Partei damals herausgestellt hat, stolz sind (Beifall), ob es sich um Otto Braun, den man damals als den preußischen Zaren bezeichnete, oder um Carl Severing handelte, den wir heute hier begrüßen können, ob es sich um Hermann Müller, Ebert, Wels oder Breitscheid gehandelt hat. Ich kann erklären, daß wir heute keine andere Partei sind als damals. Wir sind eine Partei, die nicht stirbt, die stets an sich selbst Kritik betreibt. Es ist für mich gar keine Frage, daß wir nicht sklavisch nachahmen können, was wir in Weimar gemacht haben. Ich hoffe, daß wir auch über so viel Selbstkritik verfügen, um zu erkennen: nicht alles war gut und richtig, was wir seit 1945 gemacht haben. (Zustimmung.) Wir müssen uns einer ständigen Verpflichtung zur Selbstkritik unterstellen. Außerdem: Wir wissen heute gar nicht, wenn es anders gemacht wird, ob es dann besser gemacht wird. Das muß auch erst ausprobiert werden. (Beifall.)

Max Kukielc z y n s k i, Kiel: Es ist ein erfreulicher Tatbestand dieses Parteitages, daß wieder einmal in stärkerem Maße um die politischen Probleme innerhalb der Partei gerungen und gekämpft wird. Ich glaube, wir alle nehmen den Wunsch mit nach Hause, daß dies auch nach draußen wieder stärker zum Ausdruck kommt. Wenn wir diese Selbstkritik üben und uns auch der Verhältnisse in der Zeit vor 1933 erinnern, dann werden wir immer mit Bedauern feststellen müssen, daß es bisher an der echten politischen Diskussion gefehlt hat. Ich glaube, daß auch unsere jungen Freunde, die neu zu uns gekommen sind, sich nach dieser politischen Auseinandersetzung sehnen, allerdings in echter kameradschaftlicher und genossenschaftlicher Form. Die Diskussion hat sich in der Hauptsache um die außenpolitischen Dinge, um den Europarat, gebildet. Aber in einem Teil der Ausführungen ist auch ein anderes Problem mit angeschnitten worden, da es in gewissem Zusammenhang mit den außenpolitischen Dingen steht, und zwar das Flüchtlingsproblem. Ich glaube, wir sollten beide Probleme nicht voneinander trennen. Ich befinde mich hier im Gegensatz zu dem Genossen Lüdemann, der meinte, daß in dem Referat des Genossen Schumacher diese Dinge zu wenig angesprochen worden seien. Es handelt sich in Deutschland nicht allein um die Flüchtlingsfrage, sondern um die Lösung des sozialen Problems überhaupt. (Beifall.) Im Rahmen dieses sozialen Problems nimmt selbstverständlich die Flüchtlingsfrage die erste Stelle ein. Aber wir sollten nicht vergessen, daß auch in dem Referat am gestrigen Tage die grundsätzliche Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei, für alle Unterdrückten und Armen einzutreten, im positiven Sinne behandelt worden ist. Gestatten Sie mir, nachdem auch die heutige „Welt“ schon die Überschrift bringt: „Gegensätze in der SPD wegen Europarat“, auch dazu einige Ausführungen zu machen. Ich stehe hier im Gegensatz zu unserem Freund Paul Löbe. Wir haben länger als 25 Jahre in Breslau gemeinsam vielfach in einer Front gestanden und gerungen in der Partei und in den großen politischen Auseinandersetzungen. Paul Löbe hat am gestrigen Tage einen Vergleich gezogen mit den Vorgängen im Jahre 1919 und der Stellungnahme von Philipp Scheidemann zu der verdorrten Hand.

Ich kann dieses Gleichnis nicht anerkennen, denn die Sozialdemokratische Partei stand damals in einer anderen Situation als heute. Wir waren nicht nur Regierungspartei, nicht nur führend an der Regierung beteiligt, sondern damals stand zur Debatte die Annahme oder Ablehnung des Versailler Friedensvertrages, ob die staatliche Souveränität aufgegeben wird und ob dem Einmarsch der Alliierten in Deutschland nicht vorgebeugt werden kann. Heute haben wir die staatliche Souveränität noch nicht endgültig erlangt. Wir haben aber die Besetzung Deutschlands, und deswegen sollten wir ein Gleichnis aus dem Jahre 1919 nicht anwenden.

Der Genosse Heydorn hat gestern Sätze geprägt, die auch „Die Welt“ wiedergibt. Er hat gesagt, es kommt darauf an, daß die tragenden Kräfte aus dem sozialistischen Lager kämen und nicht aus dem Lager der bürgerlichen Kräfte — Genossen! Hat es jemals einen Zweifel gegeben, daß wir für Europa eingetreten sind,



und zwar zu einer Zeit, vor 1933, als diejenigen, die heute für Europa eintreten, ein Europa abgelehnt haben?

Heute sehen wir die Einheitsfront in Europa bei Herrn Adenauer in Deutschland und bei Winston Churchill in England. Sie wollen aber ein anderes Europa als wir. Sie wollen die Stabilisierung der kapitalistischen Kräfte.

Im Jahre 1920 hat Edo Fimmen, als er aus Rußland geläutert zurückkam, ein Buch geschrieben: „Die Vereinigten Staaten von Europa“. In diesem Buche kommt er am Schluß zu der Überzeugung, daß der Kampf darum entbrennen wird, ob dieses Europa kapitalistisch oder sozialistisch sein wird.

Es sind dreißig Jahre ins Land gegangen, und wir haben alle in der Frage nicht zu entscheiden, ob dieses Europa sozialistisch sein wird. Wir wollen aber unsere Gedankengänge hineinpflanzen in dieses Europa. Auch wissen wir, daß, wenn ein Europa auch mit den kapitalistischen Staaten geschaffen wird, wenigstens ein Krieg zwischen den europäischen Staaten in Zukunft eine Unmöglichkeit ist.

Aber, Genossinnen und Genossen, was ist denn auch im kapitalistischen Zeitalter eine unbedingte Notwendigkeit, wodurch uns die Möglichkeit gegeben wird, unsere Position zu verteidigen und um sie zu ringen?

Das ist die Gleichberechtigung, das ist die Frage der Bejahung der Demokratie! Wenn uns im Europarat nicht diese selbstverständliche Gleichberechtigung eingeräumt wird, dann müssen wir als überzeugte Demokraten sagen, daß, wenn diese Voraussetzungen nicht geschaffen werden, wir auch nicht ein „Ja“ aussprechen können.

Genossen! In der Flüchtlingsfrage — und damit komme ich zu dem zweiten Punkt — sollte der Genosse Lüdemann nicht vergessen, daß es unsere Partei gewesen ist, die bereits auf dem Parteitag 1946 neben der Prognose des Genossen Schumacher in bezug auf die Oder—Neiße-Linie sich zum ersten Male auch in einer positiven Resolution für die Belange der Flüchtlinge eingesetzt hat.

Es ist immer wieder die Sozialdemokratische Partei gewesen, die in klaren Richtlinien gesagt hat, wie diese Interessen wahrgenommen werden müssen. Vieles ist ungenügend gewesen, ist gescheitert am Verwaltungsapparat.

Es wird unsere Aufgabe sein, unseren Funktionären mit aller Entschiedenheit beizubringen und sie-zur Ordnung zu rufen, wenn sie nicht tun, was ihre Aufgabe sein muß: Im Sinne dieser Voraussetzungen auch die Belange der Flüchtlinge zu vertreten.

Wenn ich mich in diesen Tagen umgesehen habe, dann habe ich im Kreise der Delegierten so manchen gefunden und Gedanken mit ihm ausgetauscht, mit dem wir vor 1933 in den Ostgebieten für unsere Partei gerungen haben.

Wenn wir nach 1945 durch die Ereignisse uns an verschiedenen Orten in der politischen Arbeit wiedergefunden haben, dann, glaube ich, ist für uns das erste die politische Zusammengehörigkeit gewesen, die wir als ein Stück unserer Heimat betrachtet haben.

Ich glaube, Genosse Schumacher, daß es im Sinne der Delegierten aus den Ostgebieten liegt, wenn wir Dir danken für die klare Formulierung in bezug auf die Wiedergewinnung unserer Heimat. (Beifall.)

Wir haben nicht draußen als Partei gesagt, daß wir auf den St. Nimmerleinstag warten, bis diese Gebiete eines Tages zurückkehren, sondern wir haben immer gesagt, wir wollen auch jetzt im Moment die praktische Arbeit leisten, die in der Hilfeleistung für die Ärmsten der Armen besteht.

Genosse Schumacher, wir danken Dir, daß Du uns durch die Formulierung zu der Frage des Europarates und einer Zustimmung am gestrigen Tage erklärt hast, daß es gefährlich ist, ein Ja zu sagen, weil es dann bedeuten würde, auch zu entscheiden gegen die Heimatansprüche und gegen die Rückkehr in die Ostgebiete. Damit haben wir durch den Mund des Parteivorsitzenden ein klares Bekenntnis für die Ostgebiete abgelegt. Und ich glaube, es wird unsere Aufgabe sein, dem

letzten Heimatvertriebenen draußen diese Stellung der Sozialdemokratischen Partei kundzutun.

Wir wollen als diejenigen, die auch früher im Osten für die Gedankengänge der deutschen Sozialdemokratie gekämpft haben, erklären: Wenn eines Tages diese Gebiete wieder zum einigen Deutschland gehören, dann werden wir dafür sorgen, daß auch dort wieder das Banner der Sozialdemokratie aufgepflanzt wird. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Der Genosse Thiele hat auf das Wort verzichtet. Es folgt jetzt Heinrich Edler, Goslar.

Heinrich Edler, Goslar: Genossinnen und Genossen! Es wurde heute schon verschiedentlich der Genugtuung Ausdruck gegeben, daß hier vor dem Forum des Parteitages eine sachliche Diskussion und das Ringen um Entscheidungen möglich ist und daß den böartigen Unterstellungen, eine Parteilinie des Parteivorstandes sei vorgeschrieben und nach dieser Parteilinie sei zu marschieren, der Boden entzogen worden ist.

Diese Tatsache gibt uns Grund, Sie zu bitten, dieser gesunden Entwicklung innerhalb unserer Sozialdemokratischen Partei Raum zu geben und Sie zu bitten, unseren Anträgen, die Sie im Nachtrag unter Nr. 66 und Nr. 77 finden, Ihre Zustimmung zu geben.

Wenn diese Anträge hier erst verspätet auf den Tisch des Hauses gelegt worden sind, so liegt das nicht zuletzt in der Zeitnot begründet, von der schon an den Tagen vorher hier wiederholt gesprochen worden ist.

Aber wir sind der Auffassung — und das ist die einmütige Auffassung des Bezirks Braunschweig (ich spreche nicht nur im Namen der Delegierten, sondern wir sind mit gebundenen Mandaten hierhergekommen [Zuruf]), insofern gebunden —, daß man dem Parteivorstand und Parteiausschuß, der Leitung der Partei, dadurch, daß man sie wählt, das Vertrauen gibt. Man sollte aber doch hier dem Parteitag die Möglichkeit einräumen, die Parteilinie zu beurteilen, und diese Beurteilung ausschließlich den Delegierten des Parteitages überlassen.

Wir Jüngeren in der Partei wünschen keineswegs eine Einschränkung der Aktionsfähigkeit und vor allen Dingen der Aktionsfreudigkeit des Parteivorstandes. Im Gegenteil!

Vorsitzender Schönfelder: Einen Augenblick, Genosse! Du sprichst zum Organisationsstatut, Antrag Nr. 66.

Wir sprechen jetzt über die beiden Tagesordnungspunkte 4 und 5, Berichte der Organisation.

Edler, fortfahrend:

Schön, also zum Antrag 66 habe ich dann nachher noch Gelegenheit, Stellung zu nehmen. (Zum Vorsitzenden Meitmann gerichtet): Ich habe Dich gefragt, Du hast gesagt, wir haben dann nach dem Schlußwort keine Möglichkeit mehr, hier zu sprechen; daraufhin hast Du meine Wortmeldung entgegengenommen.

Vorsitzender Meitmann: Edler hat begonnen, ich lasse ihn jetzt ausreden.

Edler: Genossinnen und Genossen! Die Mandatsprüfungskommission hat das bestätigt, was Ihr auf den Seiten 52 bis 53 des Jahrbuchs nachlesen könnt, daß die Stärke des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, wenn sie hier stimmberechtigt am Parteitag mit teilnehmen können, in sehr starkem Maße eine Entscheidung begründen, die vielleicht einer normalen Meinungsbildung nicht in allen Fällen gerecht werden kann.

Wir sind der Meinung, wenn wir diesen Genossen die beratende Stimme hier ohne weiteres und uneingeschränkt geben, tragen sie in sehr starkem Maße zur Meinungsbildung bei. Denn es ist so: Wir haben ja erleben können, daß im Verlauf dieses Parteitages in der Stellungnahme des Parteivorstandes zum Antrag 6 (Düsseldorf) von Genossen Franke gesagt worden ist, es sei selbstverständlich, daß die Mitglieder des Parteivorstandes oder Parteiausschusses in eigenen Angelegenheiten nicht Stellung nehmen würden. Wenn das so selbstverständlich ist, Genossinnen und Genossen, dann soll man doch dieser Selbstverständlichkeit auch Raum geben und sollte nicht die Ablehnung des Düsseldorfer Antrages empfohlen haben.

Denn es sind nicht nur optische Gründe, — es sind grundsätzliche Erwägungen, die uns bestimmen, diese Dinge aufzunehmen.

Es könnte bei einer Abstimmung ein Abstimmungs-Gleichstand sich ergeben, und wenn dann ein beteiligter Genosse, ein sachlich beteiligter Genosse mitstimmt, dann besteht auf Grund des Parteiprogramms keine Möglichkeit, ihn darauf hinzuweisen, daß er nicht seiner Stimme Ausdruck geben kann.

Und, Genossinnen und Genossen, noch etwas anderes. Wenn der Genosse Ollenhauer in die Diskussion zu diesem Punkte eingriff und sagte, daß der Organisationsausschuß (Glocke) diese ganzen Punkte aufgestellt habe, so stellt bitte fest, daß dieser Organisationsausschuß nach der Aufstellung auf Seite 57 im Jahrbuch besteht: aus sieben Parteisekretären, drei Sekretären des PV und der Genossin L e m k e.

Es ist also so, daß wir sagen: Schön, sie haben eine gründliche und sachliche Vorarbeit geleistet, im Parteausschuß ist auch darüber gesprochen worden — wie schnell und wie übereilt, das können wir hier nicht ohne weiteres feststellen. Ich bin der Meinung, daß wir schon bei der Erledigung des Geschäftsordnungsantrags von Berlin feststellen mußten, daß vielleicht viele Genossen sich infolge der durchaus gewandten Verhandlungsführung des geübten Parlamentariers im einzelnen nicht darüber klargeworden sind, daß sie damit einer Entwicklung Raum gaben, gegen die wir uns mit unserem Antrag wenden wollen. (Zuruf: Selbstverständlich!) Und ich bin der Meinung, wenn die Mitglieder unserer leitenden Parteinstanzen mit beratender Stimme hier wesentlich an der Meinungs- und Entscheidungsbildung beitragen, und wenn sie darüber hinaus eine gesunde und ordentliche Politik machen — gerade die Ausführungen des Genossen Schumacher haben doch ganz unzweideutig hier eine beinahe einmütige Resonanz gefunden —, daß wir gar keine Veranlassung haben sollten, einen Schutzwall zu errichten, der eine irgendwie aufkommende neue, gesunde Meinung zurückhalten sollte. Denn wenn nun auch noch die Zweidrittel-Mehrheits-Klausel eingebaut wird und daneben zu überlegen ist, daß 20 bis 25 Prozent der Stimmberechtigten nachher Mitglieder des PV, des Parteausschusses und Vertreter des Bundestages sind, dann ist es sehr schwer, irgendwie — heute steht das ja gar nicht zur Debatte, aber es könnte sich in der Zukunft ergeben —, irgendwie gegen die Auffassung des Parteivorstandes und Parteausschusses zu einer gesunden Meinungsbildung zu kommen.

Deshalb zum Schluß, Genossen, ich bin überzeugt, — die Entscheidung, mag sie positiv oder negativ ausfallen — fällt sie nicht positiv aus, dann wird aus grundsätzlichen und optischen Erwägungen dieses Thema in der Parteimitgliedschaft nicht von der Diskussion abgesetzt werden. Ich möchte deshalb bitten, aus grundsätzlichen Erwägungen und aus den bereits hier angeschnittenen optischen Gründen diesen Anträgen die Zustimmung zu geben.

Vorsitzender Meitmann: Ich habe den Genossen Edler ausreden lassen aus Gründen der Loyalität. Ich stelle aber fest, daß der Parteitag gestern beschlossen hat, daß die Debatte über das Organisationsstatut abgeschlossen ist, und es sollte in der heutigen Sitzung über die Anträge entschieden werden. Ich werde also in der kommenden Debatte nicht zulassen, daß diesem Parteitagbeschuß zuwidergehandelt wird.

Jetzt hat das Wort der Genosse Koch, Düsseldorf.

Karl Koch, Düsseldorf: Genossinnen und Genossen! Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, möchte ich zu dem Antrag 41 des Kreisverbandes Düsseldorf bezüglich der Bundestagsdiäten und Ministergehälter sagen, daß wir die Ausführungen des Genossen Ollenhauer hierzu völlig anerkennen. Wir haben den Antrag gestellt, weil unverantwortliche und der Demokratie feindlich gesinnte Elemente in den vergangenen Wochen die Bevölkerung mit Veröffentlichungen über die Höhe der Bezüge beunruhigt haben. Dabei mußten wir zu unserem Bedauern feststellen, daß die uns nahestehende Presse zu diesem Thema nicht eindeutig und allgemein verständlich Stellung genommen hat. Dieses Verhalten bildet den Nährboden für Gerüchte und Diskussionen hauptsächlich in den Betrieben, die

dem Ansehen des Parlaments und der Demokratie Abbruch tun. Bei bewußter Anerkennung der Notwendigkeit ausreichender Diäten muß erwartet werden, daß die Höhe der von der Partei geforderten oder bewilligten Bezüge unter Berücksichtigung der großen Not eines Teiles unseres Volkes verantwortet werden kann und daß die Notwendigkeit dieser angemessenen Bezüge offen und ehrlich vertreten und nicht kommentarlos veröffentlicht wird.

Aber ich möchte noch zu einer anderen, höchst wichtigen Frage sprechen. Auf dem Parteitag in Düsseldorf ist ein Antrag Göttingen, der sich mit dem Wahlsystem befaßte und das Mehrheitswahlssystem forderte, dem Parteivorstand und dem Verfassungspolitischen Ausschuß zur weiteren Bearbeitung und Sammlung von Erfahrungen über die Auswirkungen der einzelnen Wahlsysteme in den verschiedenen Ländern überwiesen worden. Ich glaube, daß viele Genossen brennend daran interessiert sind, zu erfahren, zu welchen Resultaten die weitere Bearbeitung der Wahlrechtsfrage geführt hat. Das Ergebnis der Bundestagswahlen hat gezeigt, daß trotz eines kombinierten Mehrheits- und Verhältniswahlsystems die SPD in die Opposition gedrängt wurde. Die Rechtsparteien mußten eine Koalition eingehen, um regieren zu können. Koalitionen mit den damit verbundenen Kompromissen sind in Deutschland der Demokratie abträglich. Reine Mehrheitswahlsysteme schaffen klare Regierungsmehrheiten auch in Zukunft für die SPD.

Bei Beibehaltung des bisherigen Wahlsystems wird bei Erfolgen der SPD die Partei gezwungen sein, mitzuregieren, ohne allein eine Mehrheit im Parlament zu haben. Die dadurch bedingte Koalitionspolitik verschlechtert aber wieder die Aussichten für den darauffolgenden Wahlkampf. Nur das Mehrheitswahlssystem kann bei verhältnismäßig geringfügigem Stimmungsumschwung in der Wählerschaft eine wirklich regierungsfähige Mehrheit bringen. Ich glaube, wenn wir den Kulmbacher Wahlsieg als Stimmungsbarometer für die Bundesrepublik betrachten, dann würden auch schon die nächsten Bundestagswahlen bei einem Mehrheitswahlssystem eine eindeutige Mehrheit im Parlament bringen. (Zwischenrufe: Oh, oh!) Genaue Erhebungen und Untersuchungen darüber müßten angestellt werden, damit wir in der Zukunft uns durchsetzen können. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Ich bitte, Zwiegespräche außerhalb des Tagungsortes zu halten. Jetzt hat das Wort Genosse Alfred Heider, Lippstadt; ihm folgt der Genosse Dr. Günther, Aalen.

Alfred Heider, Lippstadt: Genossinnen und Genossen! Ich bin vielleicht der Jüngste der bisherigen Diskussionsredner und habe absichtlich bis jetzt mit meiner Wortmeldung gewartet, im Vertrauen auf den vom Präsidium und Parteivorstand geäußerten Wunsch, die Diskussion nicht zu beschränken.

Genossinnen und Genossen! Noch einmal Europarat. Ja, wir jungen Menschen sehnen uns nach einem vereinigten Europa, aber dieses Sehnen entfernt uns nicht von dem Boden der Tatsachen, und wir wünschen kein Europa und keinen Europarat um jeden Preis, unter allen Umständen. Blenden wir einmal zurück, wie es heute hier schon geschehen ist, auf das Hannoversche Nein vom 20. April 1949. Die kurzsichtige bürgerliche Kritik warf uns damals sture Obstruktion an Stelle von Opposition vor. Genossinnen und Genossen! Heute wird es wohl innerhalb und außerhalb der SPD kaum einen Menschen geben, der nicht bereit ist, zuzugeben, daß dieses Hannoversche Nein die bisher größte innenpolitische Tat der Sozialdemokratischen Partei für Deutschland war, und nun wage ich zu behaupten, daß die vom Genossen Schumacher erarbeitete und von der Mehrheit des Parteitags geteilte Auffassung über das Nein zur Saar und zum Europarat einmal, vielleicht schon sehr bald, als die bisher größte außenpolitische Tat der Sozialdemokratischen Partei gewertet werden wird. Die Genossen Max Brauer und Paul Löbe und andere mehr haben Wesentliches ausgesagt, das nicht überhört werden darf, und ich glaube, daß es vor allem ihre echte Sorge um eine mögliche Isolierung der SPD in diesen Fragen war, die aus ihren Worten herauszuhören war.

Wenn man aber nun die kühne Auffassung des Genossen Schumacher mit einem dazu notwendigen innerlichen Rück zu Ende denkt,

dann erkennt man eine Long-Term-Politik und die auf lange Sicht unausbleiblichen Konsequenzen. Diese Auffassung gewinnt mehr und mehr an Bedeutung und Beweiskraft, wenn man von der scheinbar im Vordergrund stehenden Saar über Straßburg bis zum Atlantikpaktsystem vorstößt, und zwar zu den zunächst wirtschaftlichen und militärischen, dann auch politischen Fragen. Dann stellt man fest, daß es sich nicht mehr um die Zeiten des Morgenthau-Planes für Deutschland handelt. 1947 hat Genosse Schumacher auf dem Parteitag in Iserlohn gesagt: Deutschland hat keine Mission, sondern eine Funktion zu erfüllen. Das heißt, daß es ohne Deutschland im Herzen Europas nicht geht, da sonst ein Vakuum entstehen würde. Ein solches Vakuum gibt es im politischen Kräftespiel nicht. Es entstehen zu lassen, wäre bereits ein Rückzug mit anschließender Niederlage. Hier ist eine Möglichkeit, einen Trumpf auszuspielen und von den Alliierten im Rahmen des Atlantikpaktsystems ganz konkrete wirtschaftliche und militärische Garantien zu verlangen. Dann wird aus der mehr oder weniger hin und her geschobenen Figur Deutschlands auf dem internationalen Schachbrett der Mitspieler Deutschland in der Außenpolitik, hoffentlich nicht repräsentiert durch Adenauer und seine drittklassigen politischen Seitentänzer: Wir diskutieren nicht darüber, ob es einen Europarat geben wird, sondern wie er aussehen soll. Es scheint, als sei nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern die Idee des neuen Europas nur eine Nachfolge der früheren, überholten politischen Auffassung. Früher betrieb ein alld deutscher Ausschuß die Träumerei von einem Groß-Deutschland bis an den Kaukasus. Das ist heute nicht mehr aktuell, darum macht man in gewissen bürgerlichen Kreisen jetzt in Europa. Das ist modern. Wir Sozialdemokraten wünschen dieses vereinte Europa mit heißem Herzen, denn wir wissen, daß Europa als Ganzes mehr ist als die Summe seiner einzelnen Staaten. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat jetzt Günther, Aalen. Es folgt als Nächster Renger, Schleswig-Holstein.

Norbert Günther, Aalen: Genossinnen und Genossen! In der Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 wurden die Prinzipien der Atlantik-Charta von fast allen Staaten der Welt feierlich anerkannt und damit auch ihr Punkt 2: „Sie wünschen nicht, daß territoriale Veränderungen zustande kommen, die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen.“ Genossinnen und Genossen! Ich überlasse es Ihnen, sich die Frage zu beantworten, ob dieser edle und während des Krieges propagandistisch so wirksame Grundsatz unserem Volke gegenüber bisher mit der nötigen Fairneß zur Anwendung gebracht worden ist. Wenn dem aber nicht so sein sollte, wenn die wirtschaftlich kaum erträgliche Zusammendrängung ansässiger und heimatvertriebener Menschen in Westdeutschland gegen die Prinzipien der Atlantik-Charta verstoßen sollte, so wäre es gut, wenn das öfter und deutlicher gesagt würde, gerade von denen, die sich zu diesen Prinzipien bekennen und das Leben der Völker nach ihnen zu gestalten beabsichtigen.

Wir Sozialdemokraten fordern eine Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung, um den Wert der Arbeitskraft vom Wechselspiel des Angebotes und der Nachfrage unabhängig zu machen. Ich hege ernsthafte Zweifel daran, daß dieses Ziel in unserem beengten Lebensraum erreichbar sein wird. Ein Mißerfolg unserer Bestrebungen aber verewigt nicht nur die Not der breiten Masse unserer arbeitenden Bevölkerung, sondern entwickelt aus dem gedrückten Lebensstandard heraus eine international unerwünschte, ja gefährliche Konkurrenz der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt. Vielleicht hat Herr Morgenthau sehr wohl vorausgesehen, daß ein so überfülltes Deutschland nur durch ein wirtschaftliches Dumping seine Bevölkerung auf die Dauer am Leben erhalten kann. Vergessen wir aber nicht, daß ähnliche Entwicklungen in der Vergangenheit unzweifelhaft zu den gewaltigen Konflikten der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beigetragen haben; Konflikte, deren Wiederholung oder Fortsetzung wir uns nur mit einem Gefühl des Grauens vorstellen können.

Genossinnen und Genossen! Es ist nicht meine Absicht, an irgendeiner der vier Besatzungsmächte irgendwelche Kritik zu üben. Wenn aber von diesen Seiten immer wieder betont wird, das Flüchtlingsproblem sei ein innerdeutsches Problem, so kann ich nur sagen, daß denen, die das glauben, eines Tages die Augen aufgehen werden. Ein überhitzter Dampfkessel platzt bei geschlossenen Ventilen früher oder später, ohne Rücksicht darauf, wer dabei Schaden leidet. Ich halte es für eine der vornehmsten Aufgaben der Sozialdemokratie, den aus diesen Ursachen geborenen, wiedererwachenden Nationalismus nicht leichtfertig auf ein mangelndes Gedächtnis der Bevölkerung oder auf Böswilligkeit zurückzuführen, sondern seine wahren Hintergründe zu studieren und den Besatzungsmächten immer wieder aufzuzeigen. Es darf nicht ein zweitesmal passieren, daß das Ausland durch eine kurzzeitige Politik Entwicklungen im Herzen des europäischen Kontinentes fördert, für die es hinterher jede Verantwortung ablehnt. Die Ansicht, daß man einen überhitzten Dampfkessel auf ewige Zeiten am Platzen hindern kann, ist eine gefährliche Illusion. Machen wir Sozialdemokraten uns rechtzeitig von ihr frei und versäumen wir keinen Tag, die Siegermächte an die von ihnen unterschriebenen edlen Grundsätze der Atlantik-Charta zu erinnern, deren fünfter Punkt lautet: „Sie (die Unterzeichnerstaaten) wünschen die vollste Zusammenarbeit aller Nationen auf wirtschaftlichem Gebiet herzustellen mit dem Ziel, für alle verbesserte Arbeitsbedingungen, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit zu gewährleisten.“ (Starker Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Es hat das Wort Renger, Kiel.

Rolf Renger, Kiel: Genossinnen und Genossen! Es sind gestern wichtige Diskussionen über außenpolitische Probleme geführt worden. Wir haben aber auch die Aufgabe, kleinere Probleme hier zu entwickeln. Und ich glaube, mancher Verkehrsunfall eines sonst hoch qualifizierten Autofahrers hat seine Ursache im Übersehen kleiner Nebensächlichkeiten.

Aus diesem Grunde möchte ich die Aufmerksamkeit des Parteitages auf das Problem der mittleren und jüngeren Generation lenken. Wir alle waren hoch erfreut über die nützlichen, klaren Vorstellungen Schumachers zu dieser Frage. Aber es genügt nicht, wenn der Parteivorstand dieses Problem klar anschnidet und begrenzt. Ich glaube, auch auf die Gefahr hin, Widerspruch auszulösen, daß das Beharrungsvermögen unserer Funktionäre sehr verhängnisvoll in solchen Fragen ist. Oft werden wir in eine Defensive gedrängt und ich glaube, wir sind alle überzeugt, daß eine Sozialdemokratie immer in der Offensive zu bleiben hat, und auch bleiben muß. Erkennen wir daher frühzeitig, so frühzeitig wie möglich, die ersten Anzeichen irgendwelcher aufsteigender Probleme und nehmen wir dazu auch mutig Stellung. Auch wenn man hier und da irgend etwas alt Überkommenes überprüfen muß und auch etwas über Bord werfen soll und muß.

Zu meinen Ausführungen einige nüchterne und praktische Beispiele: Vor zweieinhalb Jahren haben wir innerhalb der Partei das Problem des Jugendaufbauwerkes diskutiert. Wir in Schleswig-Holstein waren der einzige Bezirk, der eine positive Stellung dazu einnahm, und zwar aus folgenden Erwägungen, daß wir uns sagten, eine Sozialdemokratie hat nicht Nein zu sagen, wenn sie keinen anderen Ausweg weiß. Wenn wir auch die Vollbeschäftigung anstreben, so haben wir trotzdem darauf zu achten, was wir machen, wenn wir ein Arbeitslosenheer gerade unter den Jugendlichen haben. Ich glaube, wir müßten den inneren Mut und die Kraft haben, nicht Angst zu haben, daß ein Jugendaufbauwerk wieder in einen Arbeitsdienst ausartet, sondern wir müssen stark genug sein, ihm einen sozialistischen und demokratischen Stempel aufdrücken zu können. So haben wir in Schleswig-Holstein das Werk begonnen, und jetzt erst gehen die anderen Länder dazu über — auch die Sozialdemokraten anderer Länder — es nachzubauen.

Als zweites Problem, um aufzuzeigen, wo wir ebenfalls eine schnelle Entschlußkraft zeigen müssen, möchte ich auf die jüngere Generation hinweisen, deren Jahrgänge wir unter die Amnestien fallen lassen wollen und wofür wir ja immer eingetreten sind. Das sind die Jahrgänge von 1913 an. Es geht dann aber nicht, daß

wir auch jetzt noch gegen solche jungen Menschen, die schon innerhalb unserer Parteiorganisation sind, irgendwelche Vorurteile mit uns herumschleppen. Ich weiß noch, daß vor zwei Jahren Hans Hermsdorf vom Genossen Schumacher den Auftrag bekam, mit jungen ehemaligen HJ-Führern zu diskutieren. Wir konnten das damals nicht so sehr in der Öffentlichkeit sagen, weil wir sogar mit Befürchtungen innerhalb unseres Funktionärkörpers rechnen mußten. Ich glaube, hier sollen wir, wie Genosse Schumacher sagte, das Eis brechen und alle irgendwie brauchbaren Kräfte auch aus diesen Kreisen herausholen.

Ich möchte ein weiteres Problem ansprechen, und zwar das Soldatenproblem. Auch hier sagte Genosse Schumacher, daß ja eigentlich unsere Jahrgänge alle Soldaten waren. Ich erinnere an das Gedicht, das im „Vorwärts“ erschien und in manchen Bezirken glatt den Wahlkampf entschieden hat, das Soldatengedicht von Lestiboudois. Ich mache dem Dichter keinen Vorwurf; denn das Gedicht, mit einem Kommentar vorgebracht, wie wir es in allen Wahlversammlungen gemacht haben, hat gar keinen Anlaß gegeben, einen Widerspruch auszulösen. Aber wenn es nur so einfach ohne diesen Kommentar hingesetzt wurde, so mußten auch viele einfache SPD-Mitglieder, Mütter, die ihren Sohn verloren haben, daran Anstoß nehmen; da sie meinten, ihr eigener Sohn solle beleidigt und verunglimpft werden. Wir haben hier also eine Weltfremdheit bei manchen führenden Genossen festzustellen, weil sie einfach die Volksmentalität und die Mentalität der jungen Generation nicht richtig erfaßt haben. Diese Übelstände haben wir schnellstens abzustellen.

Zum Schluß möchte ich noch das Problem der Emigranten und Widerstandskämpfer ansprechen. Ihr wißt, daß wir in Schleswig-Holstein den Hedler-Prozeß hatten. Und es ist wohl kein Zufall, daß man gerade das Verfahren gegen unseren Genossen von Knoeringen abgetrennt hat, da die reaktionäre Richterschaft nämlich doch noch versuchen will, unseren Genossen von Knoeringen als Landesverräter zu brandmarken, weil sie ganz genau weiß, daß das bei der jetzigen Volksmentalität immer noch eine ungeheure politische Wirkung auslöst. Es war für mich erschütternd, als mir der Hauptbelastungszeuge dieses Prozesses erklärte, daß, als er abends nach diesem Prozeß in der Eisenbahn mit jungen DP-Leuten zurückfuhr, diese jungen Leute ihm erklärt haben, hätten wir einen Mann und Widerstandskämpfer wie Knoeringen vor einem halben oder dreiviertel Jahr gehört und hätte er uns einmal richtig erklärt, wie der Idealismus des Widerstandskämpfers von der guten Überzeugung beseelt war, dem Volke einen Dienst zu erweisen, dann wären wir heute nicht in der DP, sondern in der Sozialdemokratie.

Ich glaube, Ihr seht hier, wie labil die ganzen Verhältnisse bei der jungen Generation sind. Wir müssen uns schon an diese Mentalität anpassen, wenn wir sie gewinnen wollen. Ich möchte vor einem Trugschluß warnen. Ein führender Genosse sagte mir, mein Problem und meine Sorge kommen schon in Ordnung; denn im Bundestag sei ein Gesetz erschienen, das die illegale Arbeit der Widerstandskämpfer während der Nazizeit legalisiert. Das ist ein Trugschluß. Ein Gesetz bleibt ein totes Stück Papier, wenn es nicht in dem Volksempfinden Einlaß gefunden hat und von ihm selbst vertreten wird. Ich glaube, wir hätten solche Leute wie von Knoeringen viel intensiver einsetzen müssen. Ein einziger Artikel für uns Redner hätte schon genügt, um dieses Problem in die Massen zu tragen. Dann hätten wir jetzt eine ganz andere Situation vor uns. Diese Beispiele mögen genügen, um die Probleme aufzuzeigen, die mich hier bewegen, zu Euch zu sprechen. Entscheidungen sind bestimmt auf der großen politischen Ebene notwendig, aber sie können durch Fehler bei irgendwelchen kleinen Problemen vollkommen sabotiert und absorbiert werden. Wir dürfen also gerade in diesen entscheidenden Kleinigkeiten keine Fehler begehen, wenn wir einen größeren Stimmenzuwachs für uns erreichen wollen. Wir sind uns wohl im klaren darüber, daß die Rechtsparteien aus Mangel an sonstigen zugkräftigen und stichhaltigen Argumenten immer wieder bewußt versuchen, die Diskussion von den großen Problemen eben auf diese kleinen Probleme abzulenken. Und ich glaube, wir können es durchaus begrüßen, daß die Be-

schlüsse in Herne gefordert haben, daß die Vorstände aller Organisationsstufen erweitert werden durch jugendliche Elemente, die diesen Instinkt und diese Mentalität der abseitsstehenden jungen Generation noch richtig mitempfinden und hier der Partei wertvolle Ratschläge geben. Und ich hoffe nur, daß der Parteitag sich auch besinnt, daß in den Herner Beschlüssen steht: . . . in allen Organisationsstufen sollen diese jugendlichen Elemente eingebaut werden, und daß auch der Parteivorstand keine Ausnahme macht. (Sehr gut! Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Genosse Luetkens hat aus Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit aufs Wort verzichtet. Als letzter der gemeldeten Diskussionsredner hat jetzt das Wort der Genosse Felix Kraft, Göttingen.

Felix Kraft, Göttingen: Genossinnen und Genossen! Ich möchte mit wenigen Worten auf die vom Unterbezirk Göttingen gestellten Anträge hinweisen, die zu diesem Tagesordnungspunkt gehören. Der erste Antrag fordert die Beseitigung der Mittelinstanz bei einem Neuaufbau der Länder. Genossinnen und Genossen! Wir sind uns klar darüber, daß der Parteitag das hier nicht beschließen kann, wünschen jedoch, daß dieser Antrag dem Parteivorstand bzw. den zuständigen Instanzen zur Prüfung und Bearbeitung überwiesen wird. Es bezieht sich das grundsätzlich auf das Problem der Bürokratisierung unserer Verwaltung. Wir sind der Meinung — und das wird ja schließlich auch der Standpunkt des ganzen Parteitages sein —, daß es keine Verwaltungsinstanz geben darf, die nicht der parlamentarischen Kontrolle ausgesetzt ist. Es ist leider so, daß auch in den Kreisen sozialdemokratischer Verwaltungsbeamter ab und zu festzustellen ist, daß sie nicht gerade daran interessiert sind, in ihrer Verwaltungsarbeit ständig kontrolliert zu werden.

Genossinnen und Genossen! Ein weiterer Antrag, der Antrag 39, bezieht sich auf Änderung der Sozialgesetzgebung. Ich würde hier wiederholen, wenn ich auf die einzelnen Abschnitte einginge. Ich möchte jedoch darauf hinweisen, daß es sehr zweckmäßig ist, wenn in der Partei etwas eifriger diskutiert wird, ob es nicht zeitgemäß ist, dafür einzutreten, daß die Sozialversicherung schrittweise auf die gesamte Bevölkerung ausgedehnt wird. Der letzte Antrag 40 fordert, daß für krankenversicherte Arbeitnehmer eine besondere zusätzliche Pflichtleistung eingeführt wird, die sich auf Stellung von Hilfskräften bei Erkrankung der Frau des Versicherten bezieht.

Genossinnen und Genossen! Hierzu möchte ich etwas Grundsätzliches sagen. Wir bemühen uns um die sozialen Verhältnisse aller Arbeiter, der Angestellten, der Heimatvertriebenen, der politisch Verfolgten und anderer. Ich glaube aber, es ist notwendig, daß wir in Zukunft etwas mehr auf die Frauen des Arbeiterhaushaltes sehen, daß wir uns einmal vor die Frage stellen: Haben wir in dieser Hinsicht alles mögliche getan, um das Los der Frauen im Arbeiterhaushalt zu erleichtern? Ich frage: Wie steht es mit dem Urlaub für die Frau in einem Arbeiterhaushalt mit Kindern? Es ist doch praktisch so, daß die sozialen Lebensverhältnisse in letzter Instanz, in ihrer ganzen Tragweite sich abwälzen auf die Frau im Haushalt, auf die mehr oder weniger in letzter Instanz alle Sorgen aufgebürdet werden. Es ist notwendig, daß wir bei der kommenden Gesetzgebung auch einmal an diese Frauen denken. Wir müssen fragen: „Was haben wir zu tun, um das Los, um die Stellung der Frau im Arbeiterhaushalt mit Kindern zu erleichtern?“

Ich möchte deshalb empfehlen, diesen Antrag 40, der teilweise diese Frage berührt, ebenfalls, wie verlangt, an die zuständigen Instanzen weiterzugeben.

Vorsitzender Meitmann: Genossinnen und Genossen! Das Präsidium freut sich, daß es diese lange Liste von 39 Diskussionsrednern ohne Beschränkung der Redezeit hat abwickeln können. Das Präsidium macht Ihnen jetzt den Vorschlag, daß der Genosse Bruno Leddin, der mit unserer Amerika-Delegation gestern wieder zurückgekehrt ist, ein paar kurze Worte der Begrüßung unserer Freunde aus Amerika an Sie richten kann. Dann würden wir eine kurze Pause einlegen und dann das Schlußwort des Genossen Schumacher entgegennehmen. Der Genosse Ollenhauer verzichtet auf das Schlußwort. Ist der Parteitag damit einverstanden? —



Ich höre keinen Widerspruch. Dann bitte ich den Genossen Leddin das Wort zu nehmen.

Bruno Leddin, Hannover: Genossinnen und Genossen! Namens unserer fünf sozialdemokratischen Freunde, die gestern und heute aus Amerika zurückgekommen sind, möchte ich mich eines kurzen, aber ich glaube sehr wichtigen Auftrages entledigen. Noch in letzter Minute vor unserer Abreise suchte uns der Vertreter der großen amerikanischen Gewerkschaft AFofL, der Deutschland-Berater, Genosse Brochowicz, auf und bat uns, im Auftrage seiner Organisation herzliche Grüße und Wünsche für das beste Gelingen des sozialdemokratischen Parteitages allen Genossen der Sozialdemokratischen Partei zu übermitteln. (Beifall.) Ihm hatten sich mit dringlichem Auftrag im Laufe der Reise angeschlossen die drei Gebrüder Reuthers, von denen Sie wissen, daß sie wie auch die anderen großen amerikanischen Gewerkschaften (Beifall) das weitgehende Verständnis für uns in all den schweren Jahren gezeigt haben. Mit gleicher Herzlichkeit grüßt uns auch die Deutsche Sprachgruppe New York der Sozialdemokratischen Partei, ebenso der Genosse Claasen von der Sozialdemokratischen Föderation USA. (Beifall.)

Die AFofL hätte ihren Vertreter gern persönlich zu unseren Verhandlungen geschickt, aber infolge der Kürze der Zeit und infolge von Paßschwierigkeiten war es leider nicht möglich. Darüber hinaus haben Toni Sender, Siegfried Aufhäuser und viele andere Freunde, die für uns bekannte Namen sind, allen Sozialdemokraten die herzlichsten Grüße übermittelt. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich will nicht über die vielen, vielleicht allzuvielen Eindrücke berichten, die wir bei unserer Reise in den USA sammeln konnten, sondern ich will nur ein kurzes Resumee unserer zahlreichen Besprechungen geben, die wir in Amerika gehabt haben.

Im Vordergrund standen ebenso wie hier auf dem Parteitag natürlich die großen sozialen Probleme, die uns besonders beschäftigen: die schwere Lage der arbeitenden Menschen in Deutschland, die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot, die Flüchtlingsnot, die Demontage. Daneben aber war eine der heikelsten Fragen die des Europarates und des Saargebietes. Über die letzte Frage besonders und über die Haltung der Sozialdemokratischen Partei herrscht außerordentlich große Unkenntnis in den Vereinigten Staaten. Wir werden prüfen müssen, wie wir angesichts der ungenügenden Information der amerikanischen Presse durch ihre Berichterstatter in Deutschland Möglichkeiten für eine bessere Information der amerikanischen Öffentlichkeit schaffen. Aber wir haben — das darf ich hier betonen — bei den großen Gewerkschaftsorganisationen, bei den Gebrüder Reuthers von der CIO, und auch bei der AFofL das weitestgehende Verständnis für die Politik der Sozialdemokratischen Partei gefunden, und ich darf wohl sagen, ein Verständnis, das manchmal größer war als bei vielen europäischen Freunden. (Beifall.)

Ihnen dafür zu danken und für die Hilfe, die sie in schwerer Zeit geleistet haben, ist, glaube ich, die besondere Aufgabe der Partei. Im übrigen, Genossinnen und Genossen, möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Wunsch, den einer der Gebrüder Reuther an uns richtete, daß neben Parlamentariern möglichst auch viele Arbeiter aus den Betrieben künftig Amerika kennenlernen sollten, in Erfüllung geht und damit der Grundsatz, der uns bei unserer Begrüßung in Amerika übermittelt wurde, das Verständnis der Nationen nicht nur durch Diplomaten, sondern durch die einfachen Menschen aus den Nationen zu vertiefen.

Vorsitzender Meitmann: Wir haben uns alle gefreut, als der Genosse Bruno Leddin eben einige Namen, die in der Politik der deutschen Sozialdemokratie eine Rolle gespielt haben, genannt hat, und wir danken ihm für diese freundschaftlichen Grüße unserer deutschen Genossen in Amerika. Die Grüße von 13 Millionen organisierter gewerkschaftlicher Arbeiter in Amerika ist eine politische Realität, über die ich wohl sagen darf, daß die ganze Sozialdemokratie in Deutschland sich herzlich freut und den Dank an den Genossen Leddin ausspricht. Nun wollen wir unsere Verhandlungen um zehn Minuten unterbrechen. Ich bitte, die zehn Minuten einzuhalten. Dann beginnen wir mit dem Schlußwort des Genossen Schumacher.

Kurt Schumacher: Genossinnen und Genossen! Ein Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist keine Kundgebung von vornherein. Ein Parteitag demokratischer Sozialisten ist Auseinandersetzung. Und wenn mich irgend etwas in der öffentlichen Meinung, und ich glaube mit Recht, amüsiert, dann ist es die bei jedem Parteitag neue Entdeckung von Journalisten und Beobachtern:

„Ach Gott, in der Sozialdemokratie kann man wirklich sagen, was man meint, und Ansicht gegen Ansicht stellen.“ (Beifall.) Die Welt ist voller Kolumbusse des Journalismus; sie entdecken alle Jahre einmal neu den sozialdemokratischen Kontinent. Nun möchte ich doch grundsätzlich ein Wort zur Berichterstattung über den ersten Tag unseres Parteitages sagen. Ich meine den ersten Tag der sachlichen Diskussion und der Grundlegungsversuche über den gestrigen Montag. Ich habe so den Eindruck, als ob die Kunst der Berichterstattung erst wieder in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut werden muß. (Sehr gut.) Berichtet wird, was einem paßt oder den Auftraggebern paßt, aber berichtet werden keine materiellen Standpunkte. Ich bin aber nicht deswegen besonders pikiert, denn diese Art der Berichterstattung entspricht genau der Berichterstattung, wie sie über den Bundestag und das politische Leben in Deutschland, besonders seit der Etablierung dieser rechten Bundesregierung, üblich ist. Es gibt keinen Vergleich zwischen Position der Regierung und Opposition der Sozialdemokraten und man sagt nicht, was sie materiell wollen und welche Argumente ihnen zur Verfügung stehen, sondern man erzählt etwas unter deutlicher Protegierung derjenigen, die heute auf den Regierungssesseln sitzen und deswegen meinen, daß sie regieren. (Große Heiterkeit.) Diese Art kann uns nicht stören. Ich möchte sogar schmunzelnd feststellen: wenn einmal eine sozialdemokratische Regierung oder eine sozialdemokratisch geführte Regierung in unserem Lande nicht nur repräsentieren und beharren, sondern gestalten und verändern will, ich glaube, dann könnte diese Regierung froh sein, wenn sie auch nur 50 Prozent des Wohlwollens finden würde, wie hier durch Ummodellung der Tatsachen in der Berichterstattung der Fall ist.

Das Erstaunen unserer Beobachter und Kritiker beruht einfach auf dem Nichtverstehen dessen, was die Sozialdemokratische Partei ist. Wir sind stark genug, um uns auseinanderzusetzen, und wir sind stark genug, eine derartige Berichterstattung zu überstehen. Ich kann nicht für mich allein, sondern für die ganze Partei sagen: Derartige Hindernisse können weder unser Kraftgefühl noch die Grundlage unserer sozialdemokratischen Kameradschaft, das ist die Freiheit der Meinung und ihrer Äußerung, irgendwie beeinflussen.

Ich möchte den Genossen Paul Löbe und Max Brauer als Persönlichkeiten von repräsentativer Kraft und Allgemeingeltung danken, daß sie die Wortführer der Kritik gewesen sind. (Bravo, starker Beifall.) Sehen Sie, die Art der Kritik, wie die beiden Genossen sie gestern verkörpert haben, die ist doch nicht abhängig von der einen oder anderen Formulierung, sondern sie ist abhängig von der Gesinnung. (Bravo, Beifall.)

Das ist das Große in dieser Partei, daß sie einen Freiheitsbegriff hat, der das Recht für sich in Anspruch nimmt, seine Meinung zu haben und dann die Verantwortung mitträgt für den Willen der ganzen Partei, wie er auf dem Parteitag gebildet wird.

Worum gehen nun die sachlichen Unterschiede? Ich glaube, es sind immer Unterschiede, die sich ergeben aus den verschiedenen Resultaten der Analysen, die der eine oder der andere von uns vornimmt gegenüber den objektiven Gegebenheiten. Dieselbe Diskussion in ihrem allgemeinen Teil, in ihrem wärenden und beschwörenden Teil, sogar mit denselben Worten und denselben Formulierungen, haben wir gehabt bei der gemeinsamen Sitzung der Fraktion des Parlamentarischen Rates, des Parteausschusses und des Parteivorstandes am 20. April 1949. Es waren, möchte ich sagen, nicht nur emotionale, sondern auch persönlichkeits-strukturelle Motive der Frontenbildung, die dabei zum Ausdruck kamen. Wir haben damals die Ansicht durchgesetzt, die wir von der Parteileitung für richtig hielten. Diese Ansicht hat sich bewährt. Ich glaube, wenn man der Partei einen Vorwurf machen

kann, dann ist es der, daß sehr viele Parteimitglieder nicht Aktivität genug gehabt haben, um diese nationale und staatspolitische Leistung der deutschen Sozialdemokratie zu einem tragenden Moment der politischen Willensbildung in der Öffentlichkeit zu machen. (Starker Beifall.)

Aus einer ziemlich genauen Untersuchung hatten wir dort die Möglichkeit der Hebelwirkung einer selbständigen sozialdemokratischen Politik auskalkuliert. Und diese Hebelwirkung ist eingetreten. Ich bin mir keinen Augenblick darüber im unklaren: Wir hätten noch beträchtlich mehr hochhebeln können, wenn das Volk in seiner politischen Bewußtseinsbildung schon weiter gewesen wäre, und wenn wir mit einer stärkeren Kraftanstrengung auch auf das Verständnis im Volk hätten rechnen können. Ich erkläre zu dieser Frage von damals, wie zu dem Problem, das sich heute in den Vordergrund schiebt: Es ist keine antialliierte Politik, sondern es ist eine pronationale und prointernationale Politik. Da ich aber ein Schlußwort habe, das sich auch in der Sache mit den kritisch tendierenden Genossen auseinandersetzen muß, möchte ich natürlich auch Antikritik üben und meine Antikritik geht dahin, daß ich den gestrigen Kritikern sagen muß: Eins habt Ihr vergessen. Ihr habt vergessen, die Unlöslichkeit der europäischen Politik und des Internationalismus im Wesen der Sozialdemokratie auch bei der Bekämpfung des Standpunktes, wie ich ihn hier vorzutragen hatte, anzuerkennen, denn die Sozialdemokratische Partei hat ja achtzig Jahre internationaler Tradition.

Die Sozialdemokratische Partei war schon vor der Okkupierung der Macht durch das Dritte Reich die Partei, die in ihrem Programm die Vereinigten Staaten von Europa hatte. Die Sozialdemokratische Partei ist 1945 mit dieser Forderung aufgetreten, und ich glaube, die Sozialdemokratische Partei ist von dieser Forderung nicht abgewichen. Vergeßt aber nie die einfachste, klarste Grundtendenz jedes Internationalismus: Das Wesen des Internationalismus schließt eine Graduierung und eine Differenzierung aus. Das Wesen des internationalen Sozialismus erfordert die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Menschen und der Völker. (Beifall.)

Um zu meiner Antikritik zurückzukehren: Seht einmal, die fanatischen Europäer von heute, die Akteure der europäischen kapitalistischen Aktionen, das sind doch die Nationalisten von gestern. Wir sollten der Weltöffentlichkeit doch eindeutig sagen, daß sie es jetzt mit ihrer Behandlung der Prinzipien der europäischen Frage, wie sie sich in der Behandlung des Saargebietes ausdrückt, erreichen, daß alle Nationalisten nach Europa drängen und die Partei des Internationalismus die größten Reserven hat, den europäischen Gedanken bloßzustellen, indem sie eine Mißkonstruktion Europas auf der Grundlage der Ungleichwertigkeit akzeptiert.

Diese aktiven Europäer auf der deutschen politischen Bühne, wie sie sich heute um die Parteien der Regierung und rechts davon gruppieren, diese Art der Europäer sind doch die Europäer des Opportunismus. Es sind die Nationalisten von gestern und die Nationalisten von morgen. Und da ja die deutsche politische Krankheit die Bewußtseinsspaltung ist, können wir erleben, daß dieselben Leute nach außen in europäischer Devotion und im Kreise ihrer Anhänger in nationalstischer Agitation machen. Wenn wir selbst sehr wohlwollend, ich möchte beinahe sagen, in einem sozial-medizinischen Sinne wohlwollend, die europäischen Aktionen mancher Kreise der Regierungsparteien betrachten — und besonders schwerindustrieller Kreise —, so müssen wir, selbst wenn wir an die europäische Geburt an dieser Stelle glauben wollten, doch sagen: Es sind Säuglinge des Europäertums! Aber die Sozialdemokraten sind in diesem Lande die einzigen Erwachsenen des Europäertums!

Bei dieser Gelegenheit, Genossen, ein Wort zur inneren Atmosphäre der Partei, in der Zusammenarbeit von Genossen, die auf verschiedenem Boden stehen müssen, weil sie verschiedene Aufgaben haben. Europa ist Gemeinschaft — aber die Gemeinschaft der Deutschen untereinander, selbst in den formalen Beziehungen der Kompetenzverteilung, der Wirkungsmöglichkeit und der Angleichung der Wirkung in Gemeinde, Land und Bundesrepublik, die ist noch reichlich unentwickelt. (Zuruf: Sehr gut!) Man drängt in Kreisen der deutschen Rechten nach Europa — aber man

hat nicht so viel Kraft; man verspricht die internationale Vereinigung und hat nicht einmal die Kraft der nationalen und sozialen Konzentration in der Angleichung der Lebensbedingungen hier in unserem Lande. (Zuruf: Sehr gut!)

Je nach dem Standort und der Funktion, die jemand hat, wird heute bei den Repräsentanten der deutschen Bürger die Linie entwickelt: man postuliert den Föderalismus. Aber wenn man selbst an der Macht ist . . . Ich glaube, die Gleichschaltungspolitik gegenüber den Ländern, ausgeübt durch den Bundeskanzler, und die Finanzpolitik des bayrischen Hyperföderalisten, der jetzt Bundesfinanzminister ist — die sind doch heute reichlich zentralistisch. So komme ich jetzt zu der skeptischen Diagnose: Wenn Gott in Deutschland einem Föderalisten ein Bundesamt gibt, dann gibt er ihm auch einen unitarischen Verstand. (Gelächter, Beifall.) Über die Größe der Portion ist damit nichts ausgesagt. (Große Heiterkeit, Gelächter.)

Übertragen wir einmal diese Erkenntnis als ein Moment des Antreibens auf unsere Genossen, und wehren wir uns dagegen, daß partikuläre Tendenzen in unserem staatlichen Leben aus der Verschiedenartigkeit der Position, der Staatsfinanzen, der Beschäftigungslage, der sozialen Situation auch noch in unsere Partei eindringen. Dieser Status, der uns durch die falsche Konzeption alliierter Kräfte, besonders französischer und amerikanischer Kräfte, aufgezwungen worden ist, von dem neu erstehenden Deutschland durch die Länderbildung, hat doch die unselige Institution geschaffen, daß wir auf dem Wege über die Ministerpräsidenten-Konferenzen eine Föderalisierung der deutschen Politik bekommen haben, die den Aufgaben unserer Zeit in unserem Lande — und den sozialdemokratischen Administrationsfunktionären gesagt: der Gesinnung der Sozialdemokratischen Partei — nicht angemessen ist. (Zuruf: Sehr richtig!) Und da Wohltun zu Hause beginnt, wollen wir, glaube ich, die Konzentration des Solidarischen, die wir für Europa erstreben, als ersten Schritt in unserem Lande verwirklichen. (Bravorufe, Rufe Sehr gut! Beifall.)

Nun, Genossen, hat sich unter dem Druck einer gespannten Erwartung der öffentlichen Meinung in Deutschland und der Welt gestern der Europäische Rat in der Saardiskussion in den Vordergrund geschoben. Dieser Austausch von Argumenten, glaube ich, hat eindeutig erwiesen, daß der Versuch eines geschlossenen Gebäudes von sachlichen Gründen von den kritischen Genossen, die aus einem achtungswerten Gefühl an Euch appellierten, in der sachlichen Beziehung in keinem Punkte erschüttert werden konnte. Und ich möchte Ihnen sagen: Man muß hierbei berücksichtigen, daß man nie den Fehler machen darf, der Pseudo-Chance des Moments wegen Tatsachen zu schaffen, die nachher irreparabel sind und die Entwicklung entweder hemmen oder auf ein falsches Gleis schieben.

Europa wird nicht errichtet durch den Aufbau von Hindernissen, und in dieser Gestalt zeigt sich ja heute die politische Praxis, die uns als Europa ausgegeben wird, ohne Europa zu sein. Man darf den anderen Fehler nicht machen, des Tempos wegen materielle Dinge zu opfern. Der Druck der Zeit ist ein Problem, das nicht nur von den Deutschen gelöst werden muß; der Druck der Zeit muß von den Europäern gelöst werden, oder sie zeigen damit, daß ihnen Europa nicht der Wert ist, an den wir glauben sollen, nach ihrem Willen und den wir aus eigener Konzeption glauben, aber eben an Europa selbst. Und gestern ist zum Teil in der Aussprache der Fehler begangen worden, die Institution des Europäischen Rats in Straßburg in seiner Kompetenzverteilung, in seinen Wirkungsmöglichkeiten und in seiner politischen Atmosphäre, in seinem Prinzipiellen, wie er sich in der Behandlung der Saarfrage ausdrückt, gleichzusetzen mit der europäischen Idee oder mit den Möglichkeiten der europäischen Politik. Diese Gleichsetzung, Genossen, versperrt uns den Blick der Erkenntnis; aber diese Gleichsetzung bringt unsere politischen Gegner und die Träger anderer Auffassungen in die agitatorische Chance, so zu tun, als ob dieser Europäische Rat die einzige, unter Garantie beste Möglichkeit der Realisierung Europas wäre. Diese Fehler dürfen wir nicht machen. Wir handeln aus einer Verpflichtung gegenüber der Idee der Internationalität, und wir handeln aus einer Verpflichtung gegenüber Problemen, die gar nicht parteigebunden

sind, nämlich gegenüber den Vertriebenen und der damit verbundenen Konsequenz der Oder—Neiße-Linie. (Beifall.) Wir handeln aus der anderen Verpflichtung der deutschen Einheit, der unlöslichen Verbundenheit mit der Ostzone, und wir handeln aus der Verpflichtung gegenüber Berlin. Aber alle drei Faktoren sind beträchtlich, wenn nicht gar entscheidend bedroht. Weder sind es die Möglichkeiten der Gleichberechtigung unseres Volkes, noch werden die großen dringend dahinterstehenden Probleme des atlantischen Systems und der Wiederaufrüstung in einem uns begünstigenden Sinne, bei dem uns noch Entscheidungsfreiheit gelassen würde, gelöst worden. Es zeigt sich, offen gesagt, nicht einmal der Weg der Lösung. Wir müssen, um die Hebelwirkung ausüben zu können, noch Trümpfe in der Hand haben. Und der Trumpf, den die Deutschen in ihrer westdeutschen bundesrepublikanischen Gestalt im vorigen November weggegeben haben, war der Trumpf einer wertbewußten, aber nicht nationalistischen Anspruchserhebung bei dem Komplex Ruhr und Saar, und wenn wir heute über die Saar diskutieren, Genossen, die Ruhr war ein Bumerang, der Schuman-Vorschlag ist der zurückfliegende Bumerang Ruhr. Damals hatten wir die Chance, die Sache konzentriert und einheitlich zu bringen, und damals haben wir dieser Bundesregierung einen außenpolitischen Trumpf zugespielt, wie ihn in der Periode von Weimar kein Hermann Müller und kein Gustav Stresemann gehabt haben. Damals hatte die Bundesregierung die Möglichkeit, zu erklären, meine Herren Alliierten, die internationale Sozialdemokratie hält Ihre Ruhr- und Saarfrage nicht für national erträglich. Um wieviel mehr müßten es erst die anderen Parteien rechts von der Sozialdemokratie tun, die doch in einer nationalistischen Tradition erzogen worden sind! Nicht begriffen, nicht gekonnt und vielleicht nicht gewollt! (Beifall.)

Genossen, damals haben es die Leute in der Regierung für richtig gehalten, sich mitten im Kampf umzudrehen und auf die Sozialdemokratie loszuschimpfen. Sie hatten sie als nationalistisch verdächtigt, die alten Nationalisten, genau so wie wir heute in der Presse von den Herren der gleichgeschalteten Presse des Dritten Reiches über das Wesen der Demokratie und der Internationalität belehrt werden. Sie haben uns als Nationalisten beschimpft zur Freude aller unbelehrbaren Feinde Deutschlands; denn es gibt einen weltpolitisch gefährlichen Moment der Unbelehrbarkeit auch außerhalb der deutschen Reichsgrenzen, im Verhältnis zum deutschen Volk genau so, wie es die gefährliche Unbelehrbarkeit bei unseren Nutznießern und Akteuren der blutigen Vergangenheit der zwölf Jahre gibt, zu deren Freude sie jetzt sagen konnten: seht ihr, das deutsche Volk ist unverbesserlich; alle Deutschen sind Nationalisten, sogar die Sozialdemokraten sind Nationalisten. Hier ist eine große deutsche Karte weggeworfen worden, ohne eine andere Trumpfkarte ins Spiel zu bringen. Denn an dem Internationalismus der schweren Industrien, meine ich, werden die Völker keinen sehr tiefen, gewaltigen Glauben haben. Ganz Deutschland und damit die Möglichkeit der Öffnung der deutschen Herzen und Hirne für internationale Kooperation, ist der Leidtragende dieser Impotenz und dieses Mangels an entscheidendem gutem Willen. Und wir als Sozialdemokraten müssen doch immer wieder, als internationale Sozialdemokraten wie als deutsche Staatsbürger, die Politik der Gleichwertigkeit einsetzen. Lassen wir uns ein in eine Politik der Ungleichwertigkeit, dann sind wir die Wand, an die die Geschosse aller Gegner anprallen, und hinter der unsere innerpolitischen Gegner sich verstecken können. Denn Verantwortung trägt in dem deutschen Staatsleben in erster Linie, gleichgültig, wo sie steht und mit welchen Waffen sie kämpft, in der Meinung des deutschen Volkes immer die Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Das beruht einfach auf der einen Tatsache: Man kann sich jede andere Partei aus der deutschen Politik wegdenken, aber eben nicht die deutsche Sozialdemokratie (Beifall.) Von dieser Seite aus haben wir immer die Politik der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit unserer Partei gezeigt, mutig und fest. Die Elastizität, die wir in der Politik bei Berücksichtigung von Realitäten zeigen müssen, darf nie die Elastizität des Gummis sein, sondern immer die Elastizität des Stahls. Und diese Elastizität, Genossen, das heißt, die Unverrückbarkeit im Prinzipiellen, die haben wir doch den

deutschen Arbeitern im Januar 1946 versprochen, als wir den Versuch der machtmäßig bedingten Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten ablehnten.

Damals haben wir den arbeitenden Massen gesagt: Diese Partei ist keine russische und keine britische, keine französische und keine amerikanische Partei, sie ist eine deutsche Partei und als solche der Repräsentant des politischen Willens der deutschen arbeitenden Menschen und der Weg zur internationalen Zusammenarbeit. (Beifall.) Das haben wir versprochen, und wehe uns, wenn wir von diesem Versprechen an irgendeiner politischen Front etwas zurücknehmen, dann wird uns nämlich die moralische Grundlage, das Zutrauen, das zu unserer Partei herrscht, die vielleicht der stärkste Bestandteil der deutschen Politik ist, täglich erschüttert, und zum ersten Male ist eine entscheidende Bresche vom östlichen Totalitarismus und vom deutschen Nationalkommunismus in diesen großen Damm Europas, in diese deutsche Sozialdemokratie, geschossen. Denn unsere politischen Gegner in Deutschland selbst treiben doch eine Politik, die die europäische Diskussion auf Irrealitäten und Fiktionen aufbaut. Und sie haben, anstatt sachlich mit uns zu argumentieren, was sicherlich die deutsche Position im internationalen Leben stärken würde, sich zurückgezogen auf eine Propagandaformel des Europäertums. Aber sie sagen den Menschen in dieser Lage nicht, was die Realitäten sind, was die Möglichkeiten sind, welches die rechtlichen, die machtmäßigen Positionen sind. Sie erzeugen die Illusion, als ob man in Straßburg bloß darauf wartete, alle Tage eine deutsche Protestrede gegen die mangelnde Gleichberechtigung und das Saarproblem anzuhören. Sie tun ja gerade so, als ob das Realitäten wären, wo wieder politische Spekulationen sind. Die heutige Regierung, die die sozialdemokratische Frage nicht mit uns auskämpfen kann, versucht die sozialistisch-demokratische Idee Europas als Nutznießer gegen uns auszuwerten. Diese Nebel müssen zerrissen werden. Dieser pseudo-europäische Propagandaschwung gründet sich auf die Erzeugung einer öffentlichen Meinung, die mit dem, was in der Welt geschieht, gar nichts zu tun hat.

Wenn Sie die Versuche des Bundeskanzlers im einzelnen betrachten, in der Saar- und Europafrage, zur psychologisch-emotionalen Befriedigung des deutschen Volkes zu kommen, dann wurde immer so getan, als ob die Alliierten bereit wären, in diesem Punkte etwas zu versprechen. Aber schaut einmal genau hin. Alle diese Versuche sind erfolglos geblieben. Die haben ja gar nicht daran gedacht, uns etwas Greifbares zu versprechen. In dem juristischen Ausdruck der machtpolitischen Position der Besatzungsmächte hat sich nichts geändert, gar nichts geändert, trotz der Aufforderung, in den Europarat einzutreten. Das heißt, den wirklichen Machthabern der Welt waren diese Dinge gegenüber den Deutschen nicht einmal eine juristische Konzession wert. Dafür haben die Deutschen, die eine internationale Sicherung des Gegners suchen, die Versprechungen freigebig ausgestreut, die nur aus dem Munde von Alliierten einen Wert gehabt hätten. Und so bleibt uns eindeutig das eine, Europas wegen in Bonn gegenüber der Gesetzesvorlage zum Eintritt der deutschen Bundesregierung in den Europarat in Straßburg erneut „Nein“ zu sagen, um den Weg der Massen zu Europa offenzuhalten. (Beifall.)

Sehr interessant ist, daß gestern und heute vormittag weniger über den sogenannten Schuman-Vorschlag gesprochen worden ist als über den Europarat, trotz der internationalen Aufmerksamkeit und im speziellen des Interesses des französischen Volkes, wenigstens soweit es sich in Gesprächen widerspiegelt, mit politischen, demokratischen Beamten der französischen Republik.

Nun sind wir uns darüber im klaren: Es ist dieser Schuman-Plan ja gar kein Plan, sondern ein Verhandlungsvorschlag. Der Weg zu dem Ziel, den er aufzeigt, ist ein unendlich längerer. Und an hundert Kurven dieses Weges besteht die Gefahr, daß die Karre abstürzt. Aber auch dieser Weg ist nicht der einzige Weg. Er ist auch kein neuer Weg. Das können wir deutschen Sozialdemokraten, besonders aus der Kenntnis unserer eigenen Vorschläge, die wir schon gemacht haben, sagen.

Er ist vor allem aber nicht das, als was die Agitation in der Öffentlichkeit ihn hinstellen will, wie der Bundeskanzler mit der ihm eigenen Blicklosigkeit für Dimensionen und für die Wirkung der Worte es gesagt hat. Er ist keine welt-

geschichtliche Tat. Ein solcher Ausdruck und eine solche Wertung kann nur unter der Kategorie „blühender Unsinn“ publiziert werden.

Wenn wir diesen Plan oder Vorschlag als Vorschlag akzeptieren, so deswegen, weil er von französischer Seite kommt, und weil er eine, wenn auch nicht große Eventualität der Gestaltung von Tatsachen haben könnte.

Aber eindeutig habe ich gestern eine Reihe von Problemen aufgezeigt, von denen jedes einzelne positiv in unserem Sinne beantwortet werden muß, wenn wir auf den Weg der Gestaltung dieses Vorschlages uns begeben wollen. Wir können, wie ich sagte, nicht die Politik machen, die zum Staat der Manager und der Aushöhung der europäischen Demokratie führt. Wir können nicht gleichzeitig den internationalen Kartellismus als Oberinstanz anerkennen und die Demokratie in Deutschland zum Siege führen. Wir können nicht an eine Gleichwertigkeit im Ökonomischen glauben, wenn zur gleichen Zeit das Ruhrstatut besteht und die Ruhrbehörde den Deutschen die Verfügungsgewalt über ihr Eigentum vorenthält.

Wir können nicht auf das Recht des deutschen Volkes, nach eigenem Willen und eigenem Ermessen das Eigentum zu gestalten, verzichten. Und ich bin sehr bedenklich über all diese Momente der Skepsis hinaus geworden, als ich gestern nachmittag und heute morgen in der Zeitung las, daß der französische Außenminister die These verfolgt, daß die Eigentumsfrage immer mehr in den Hintergrund trete.

Nein, mit einer Eigentumsfrage im Hintergrund gehen wir nicht in diese Situation. Die Eigentumsfrage ist im Vordergrund in Gestalt der Sozialisierung und in Ergänzung der Verfügungsfrage durch das Mitbestimmungsrecht der Arbeitenden. (Lang anhaltender Beifall.)

Was ich gestern erklärt habe, und worin wir uns einig sein sollten, das ist der gute Wille der Sozialdemokraten, über die politischen und ökonomischen Mittel und Wege auf Grund dieser Anregung zu reden.

Darüber hinaus geben wir kein Zugeständnis. Unsere Zugeständnisse fangen erst da an, wo die Lebensnotwendigkeiten der demokratischen Arbeiterbewegung effektiv durch Taten gesichert werden und nicht durch Versprechungen und Reden.

Wir denken auch nicht daran, in Konkurrenzsituationen, wie ich gestern sagte, zu kommen, gegenüber anderen Ländern, besonders nicht gegenüber den Ländern mit den hohen Löhnen und der Vollbeschäftigung. Wir sind kein Faktor eines kapitalistischen, kein Bestandteil eines kapitalistischen Konkurrenzsystems gegenüber Ländern mit schon teilweise realisierten sozialistischen Tendenzen.

Wir sind also, glaube ich, über diese Frage klar. Und ich glaube, meine gestrigen Thesen und ihre heutige Kommentierung wird auch der Welt, insbesondere den Menschen in Frankreich, die Einstellung der deutschen Sozialdemokratie klargemacht haben.

Nun muß ich noch die Bemerkung anhängen, daß in den heutigen Morgennummern der Zeitungen fast überall zu lesen ist, daß in Bonn, im Anschluß an den Besuch von Dr. Monnet, dem eigentlichen gedankenstarken Projektemacher dieser Anregung, eine Reihe von Einzelbesprechungen auch mit den Politikern und Wirtschaftlern stattfinden sollen; Besprechungen, denen wir uns zur Klärung der Situation nicht verweigern. Dahinter soll eine permanente deutsch-französische Delegation eingerichtet werden, die die Probleme, möchte ich sagen, mehr kollektiv diskutiert.

Aber selbst, wenn wir bis dahin keine Klarheit im Negativen haben sollten, sondern im Busen noch immer die Hoffnung auf eine positive Gestaltung tragen würden, selbst dann würde eine Teilnahme von Sozialdemokraten an der permanenten französisch-deutschen Verhandlungsdelegation nicht die Verstrickung und die Bindung der Sozialdemokratie bedeuten. Die Teilnahme an der Diskussion ist noch nicht die Widerstandslosigkeit gegenüber einem taktisch geschickten Hineingezogen-werden. Auch die Teilnehmer dieser Delegation werden freie Exponenten einer in ihrem Entschluß absolut freien deutschen Sozialdemokratie sein.

In diesen letzten zehn bzw. vierzehn Tagen kann man in Zeitschriften und Zeitungen, die sonst leidlich oder sogar enrärgert demokratisch tun und sich vor lauter Sympathie zur deutschen Sozialdemokratie gar nicht zu halten wußten, lesen, daß die Charakterisierung Schumachers, wir wollen Europa, aber wir wollen in kein Europa gehen, ohne die Formulierung der Europa-Idee, richtig sei. Aber die Sozialdemokraten müßten doch einsehen, daß es keine andere europäische Realität gäbe im Politischen und im Wirtschaftlichen, als sie Europa gibt.

Das bedeutet die Zumutung an uns, zu kapitulieren und den Kapitalismus in seiner internationalen Managerform zu akzeptieren. Das bedeutet, wenn wir uns auf diesen Weg begeben, unsere Aufgabe der Demokratie. Und da ja so viel Demokraten außerhalb unserer Partei in Deutschland nicht existieren, bedeutet das einen Beginn der Funktionsunfähigkeit der Demokratie in Deutschland.

Die deutschen und die französischen Schwerindustriellen haben die Schuld an zwei Weltkriegen. Sie haben die Schuld an den zerrüttenden wirtschaftlichen Konkurrenzkämpfen. Und diesen Leuten eine Privilegierung in der Regierung des demokratischen Teiles unseres Kontinents einzuräumen, heißt, aus Angst vor dem Tode Selbstmord zu begehen. (Sehr richtig!) In diesen ganzen Diskussionen soll man doch nicht den verengenden Denkfehler begehen, so zu tun, als ob von allen gesellschaftlichen Faktoren nur die Wirtschaft da wäre; zweitens so zu tun, als ob von allen Faktoren der Wirtschaft nur die Industrie da wäre; und drittens so zu tun, als ob von allen Faktoren der Industrie nur die schwere Industrie da wäre.

Das Ganze ist etwas Größeres. Eine Reihe von sozialistisch internationalen Konzeptionen über die Organisation der schweren Industrien in Europa sind politische Konzeptionen, sind meinerwegen auch wirtschaftspolitische Konzeptionen — aber ich fürchte, daß der Kern dessen, was diskutiert — von Ahnungslosen oder von Täuschenden diskutiert wird —, eine gewinnpolitische und Besitzsicherungs-Konzeption ist.

Nun kann man diesen Problemen, soweit sie sich im Europäischen Rat aktualisieren, nicht beikommen mit der Anwendung von Formeln, wie der von „drinnen und draußen“. Ich glaube, daß die Frage, ob man das Kampffeld drinnen oder draußen sucht, eine Frage ist, die für jeden konkreten Tatbestand konkret neu untersucht werden muß.

Bei dieser Frage „drinnen und draußen“ hat sich ja z. B. bei der Frage der Regierungsbildung in Bonn als größere Kraftquelle der Standort draußen erwiesen. Wie wären wir heute dran — ich glaube, die Regierung würde nicht einmal die geringen sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbaukonzessionen machen, wenn wir drin wären und sie sagen könnte: die Wirtschaft erträgt das nicht, und, daß das so ist, dafür zeugt ja die Anwesenheit der Sozialdemokratie im Bundeskabinett. Diese Situation, also drinnen und draußen, können wir nicht a priori mit einer Axiomatik der Werte für die eine oder andere Taktik erleben. Wir müssen das untersuchen. Und die heutige Situation in Straßburg läßt keinen einzigen, einem deutschen Sozialdemokraten erkennbaren Grund erkennen, der für eine politische Operation auf dem Kampffeld „drinnen“ zwangsläufig hinweisen würde. Vergeßt in diesem Umfang und in diesem Zusammenhang das eine nicht: Die Behandlung der Saarfrage ist nicht die Saarfrage, die Behandlung der Saarfrage ist nicht einmal auch die Oder-Neiße. Beides ist in ihr enthalten, und der ganze Wert und die ganze Wichtigkeit, die schon allein entscheidend sein müßte, steckt in jedem dieser Probleme. Aber über allem steht doch unsere Erkenntnis, daß die Behandlung der Saarfrage der Ausdruck eines noch nicht geläuterten europäischen Willens auch bei anderen ist. (Zuruf: Sehr gut!)

Die Läuterung dieses Willens und die Verkörperung dieses geläuterten Willens in der Gleichwertigkeit der Völker wird widerlegt durch die Behandlung der Saarfrage. Deswegen ist die Saarfrage ihr Ausdruck eines historisch-politischen Prinzips, das man nicht ignorieren kann, wenn man die demokratischen Kräfte unseres Landes und vielleicht auch über unser Land hinaus in eine Situation der Wehrlosmachung gegenüber den Anhängern der östlichen Diktatur bringen will. (Beifall.)



Wir wollen in diesem Zusammenhang jetzt nicht den ganzen Komplex staatlicher und völkerrechtlicher Positionen Deutschlands in einem Europäischen Rat Straßburger Modells unter den Begleiterscheinungen der Handhabung der Saarfrage diskutieren. Wir wollen nur sagen: Die Kompetenzen innerhalb des Straßburger Rats sind ungeklärt, die Kompetenzen des Straßburger Rats gegenüber der europäischen Gestaltung sind bis heute nicht vorhanden. Die Deutschen sind dabei in einer Position minderen Rechts und nicht in dem entscheidenden Forum der Außenminister. Sie agieren unter der Herrschaft des Besatzungsstatuts, das ja ein Widerspruch zur Mitgliedschaft im Europäischen Rat ist.

Die Alliierten sollen bedenken, daß man nicht einladen sollte ein Volk, mit dem man sich rechtlich noch im Kriegszustand befindet — ein Zustand, den aufzuheben man bei den letzten Londoner Beschlüssen ausdrücklich abgelehnt hat.

Die Debatte ist, möchte ich sagen, an einer Stelle etwas belastet worden durch eine Rhetorik, die mit in sich und an sich unmöglichen historischen Vergleichen gearbeitet hat. Wir wünschen in diesem Zusammenhang keine Diskussion über Weimar. Weimar hat eine Chance gehabt, eine größere, als von den Deutschen verwirklicht worden ist (sehr richtig!), und ich, der ich an vielen Aktionen der Weimarer Politik unserer Partei Kritik zu üben hatte und gegebenenfalls habe, mußte doch anerkennen, die sozialdemokratische Leistung von der Tüchtigkeit des kleinen Gewerkschaftsfunktärers bis zu staatsmännischen Leistungen auch bei Fragen, die ich anders gesehen habe.

Weimar hatte andere Voraussetzungen und darum eine andere Politik, genau so, wie wir heute andere Voraussetzungen haben und darum in vieler Hinsicht mit den Waffen einer bewußt anders gewordenen Partei kämpfen. Belastet die Erkenntnis von heute nicht durch emotional bedingte Vergleiche mit der Zeit von gestern! Denn, wenn Ihr erst anfangt, kritisch Vergleiche zu ziehen, müßt Ihr natürlich auch die Gegenargumentation einer überpositiven Vergleichsmöglichkeit anerkennen. Nur diese Argumentation ist z. B. gestern gekommen in den Vergleichen zwischen der heutigen Situation mit dem Europa-Rat und der Weimarer Situation mit dem Völkerbund; ein Vergleich, der in allen Punkten unrichtig ist, wie ja die Austragung dieser Gegensätze in der gestrigen Debatte bereits ergeben hat.

Aber wir sollen uns natürlich auch von absolut unmöglichen Vergleichen mit dem Marshallplan hüten. Die Amerikaner hatten genug Vernunft und Takt, die Frage des Marshallplans in diesem Zusammenhang nicht zu diskutieren, um kein Kleinholz zu machen. Das sollen die deutschen Vergleiche auch gefälligst unterlassen, weil sie nämlich politisch, ökonomisch, materiell und rechtlich absolut falsch sind. Genossen, Vergleiche bedeuten in der Mehrzahl der Fälle den Ausdruck geistiger Bequemlichkeit und des Unvermögens, sich mit dem Willen selbständig und kritisch auseinanderzusetzen.

Nachdem wir nun, glaube ich, diese Dinge betrachtet haben, sollen wir einsehen: Die Resolution Nr. 70, die einige kleine sachlich ergänzende Veränderungen erfahren wird, die nachher noch zur Abstimmung kommen, diese Resolution Nr. 70 ist ein Ganzes.

Man kann nicht der Politik des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion sein Vertrauen aussprechen und dann bei den einzelnen Abschnitten, die den Inhalt dieser Politik repräsentieren, das Vertrauen oder die politische Grundlinie reduzieren und verbiegen. Ich bin der Ansicht, Genossinnen und Genossen, auf Grund der sachlichen Notwendigkeit, absolut klar agieren zu können, muß man wissen, wie steht es in der Partei und wie ist das Kräfteverhältnis der Meinungen in der Partei (der Meinungen zum konkreten Fall, sage ich, und nicht der Richtung, es wäre falsch, so einen Streit hier auszulösen), muß man ein zahlenmäßig sicheres Verhältnis haben. Wenn Genossen gegenüber unserer Politik in einem entscheidenden Punkt unserer Politik, und gerade in diesem Punkte, auf den die Welt schaut, Europa-Rat und Schuman-Plan, eine andere Meinung haben, dann bitte ich Sie, im Interesse der sachlichen Klärung, gegen die Resolution als Ganzes zu stimmen, aber nicht die Resolution in Partikel auflösen zu wollen.

Diese Meinung gründet sich auf dem sozialdemokratischen Grundgefühl: Ein Genosse oder eine Genossin, die auch in dieser Stunde dagegen stimmen, sind uns als Mitstreiter ebenso wertvoll und unentbehrlich wie jeder, der dafür stimmt. (Beifall.)

Ich brauche hier wohl erklärend nicht mehr zu sagen, daß die Politik, die wir gegenüber dem Europa-Rat und den verwandten Komplexen einschlagen, die Politik ist, geboren aus der Idee, aus der heraus wir unsere Partei 1945 aus der Taufe gehoben haben. An dieser Idee haben wir festgehalten. Diese Idee zeigt sich bezüglich des Saargebiets auch in Punkt 13 der einstimmig angenommenen Dürkheimer Beschlüsse. Diese Idee des nicht gleichzeitigen Eintretens mit dem Saargebiet in den Europa-Rat ist fast einstimmig von der Partei akzeptiert worden auf dem sogenannten kleinen Parteitag in Köln am 6. September vorigen Jahres. Diese Idee war die Grundlage der Reden, die die Genossen Schumacher, Ollenhauer und Carlo Schmid gehalten haben im deutschen Bundestag unter Zustimmung des materiellen Inhalts ihrer Reden. Und wenn ich mir in diesem Zusammenhang eine kleine kritische Bemerkung zur Klärung der Situation erlauben darf, möchte ich sagen: Genossen, die in der Bundestagsfraktion sitzen, sollten in der Bundestagsfraktion nicht schweigen (sehr richtig! Beifall) und erst hier reden, wenn sie ein kritisches Wort zu sagen haben.

Nun möchte ich doch noch etwas sagen zur internationalen Gesinnung, die bewiesen werden muß nicht bei propagandistischen tagespolitischen Aktionen, sondern im Menschlichen der Politik. Warum haben unsere Neointernationalisten im deutschen Bürgertum aus eigenem Antrieb nie die Frage der moralischen und tatsächlichen Wiedergutmachung an den Opfern des Nazismus, vor allem an der internationalen Judenheit erhoben? Wir bekennen uns zu dieser Pflicht der Wiedergutmachung auf allen Gebieten. Wir bekennen uns zur Gleichheit aller Menschen, und wir erklären, daß die Empörung der Sozialdemokraten bei der Verächtlichmachung der Widerstandskämpfer, der Juden und der Linksparteien, durch diese Neandertaler, die in der schleswig-holsteinischen Agitation einmal ergriffen worden sind, obwohl sie im ganzen Deutschland das Wort führen —, daß diese Art und die Bestätigung und Straflosigkeit dieser menschheitzerstörenden Art durch rechtsbeugende deutsche Richter eine Angelegenheit ist, die uns in der Welt schadet, nicht nur materiell schadet. Ich möchte einmal wissen, ob die Summe, um die die Marshallplanhilfe gekürzt worden ist im Kongreß und Senat in Washington, mit 100 Millionen Dollar zu niedrig gegriffen worden ist. Ich möchte weiter sagen, es gibt gewisse Äußerungen der Unmenschlichkeit, die eine Schande für ein Volk sind, und wenn wir uns über etwas zu schämen haben, dann ist es die so brutale, zynische, kaltschnäuzige Art, mit der da irgendein kleiner Provinzler das Schicksal von 6 Millionen Ermordeten als eine Bagatelle und als eine Frage der Technik ihrer Ausrottung darstellt. Und ich beklage es, daß es deutsche Richter oder, ich meine rechtsprechende Justizbeamte gegeben hat, die diese Unmenschlichkeit gedeckt haben. Ich beklage die trotzhaft untalentierte Diskussion im Deutschen Bundestag, die hinter der Theorie von der Unabsetzbarkeit der Richter die Rechtsbeugung zugunsten der Unmenschlichkeit zugedeckt hat. (Beifall.) Ich beklage vor allem, Genossen, daß die Bundesregierung mit so einer Blicklosigkeit den formalen Rechtsgang und seine bürokratisch angebliche Unangreifbarkeit dazu zum Anlaß genommen hat, um dieses Urteil formal zu decken mit materiell-psychologischen Konsequenzen. Ich beklage es, daß diese Bundesregierung, wenn sie angestoßen wird, immer nur einige matte, widerwillig herausgezerrte Worte zur Frage der Wiedergutmachung des Unmenschlichen findet.

Seid Euch auch als Deutsche darüber klar, und tragt diese Klarheit in unser Volk, daß es eine wirkliche Gleichwertigkeit der Deutschen im Bewußtsein der öffentlichen Meinung der Welt nur geben wird, wenn die internationale Judenheit sich mit uns als deutschem Volk aussöhnt, nicht nur mit einigen von uns, vor denen sie vielleicht Respekt hat, sondern mit diesem Volke. Ein Aussöhnungsprozeß wird wahrscheinlich jahrzehntelang dauern, aber ihn aufzuhalten, wäre ein Verbrechen

gegen die deutsche Nation. (Lebhafter Beifall.) — Hier liegt die wirkliche Gefahr der Isolierung der Deutschen, nicht in der Taktik des Tages gegen eine vorübergehende und veränderliche Institution. Hier liegt die Gefahr! Und um unserem Volk Vertrauen zu uns zu geben, müssen wir diese großen Worte der Gleichwertigkeit, der Deutschen und der Juden, der Deutschen und der anderen Völker, aller Menschen überhaupt, als eine nicht zu erschütternde und keinerlei tagespolitische Spekulation abzuändernde Linie vorwärtstreiben und erhalten.

Anschließend ein Wort zur sozialen Seite. Ich bedauere außerordentlich den Umstand, daß gestern hier eine Diskussionsrede gehalten worden ist, bei der der Redner doch eigentlich Sachkenntnis haben müßte, aber bezüglich der Politik der Bundestagsfraktion diese Sachkenntnisse eklatant hat vermissen lassen. Nämlich bei der Behandlung der Frage der großen Solidarität aller vom Leben Abgedrängten mit den arbeitenden Menschen, die noch im Produktionsprozeß sind. Dieser Versuch der Einheit der vom Leben Benachteiligten mit den in wirtschaftlich schwächerer Position Befindlichen ist doch die entscheidende soziale Tat, die die Sozialdemokraten effektiv und psychologisch realisieren müssen, wenn aus unserem Staatsleben überhaupt etwas werden will. Die Sozialdemokratische Partei war ja nicht nur die einzige, die den Versuch gemacht hat, den Vertriebenen durchdringend zu helfen, sie war auch die Partei, die für die Finanzhoheit in der Deutschen Bundesrepublik gekämpft hat. Und wer gegen die Finanzhoheit war, der hat die ganzen Lasten der Vertriebenenfürsorge und Betreuung auf die finanzschwachen Agrarländer gelegt. Mit anderen Worten, unsere politische Hauptlinie sollte das Fundament für die Vertriebenen und die sozial Schwachen bilden. Und jeder extremistische Föderalist, jeder, der bereit war, eine Politik des Rheinbundes zu machen, der hat eine Politik gegen die Flüchtlinge gemacht und schließlich hat ja die Sozialdemokratie nicht nur als Anreger — ich denke da an die 120 Millionen Mark vor Weihnachten —, sondern auch als Gestalter funktioniert. Heute ist es die Sozialdemokratische Partei, die auch ein positives Vertriebenen-Programm für den Einbau der Vertriebenen in den Wirtschaftsprozess hat.

Was haben die anderen Parteien dagegen? Darum halte ich es nicht für gut, ich meine nicht nur aus wahlpolitisch taktischen Gründen, sondern ich halte es auch für materiell unrichtig, eine solche emotionelle Propagandarede bei einem so ersten Problem entgegen der Lagerung der Tatsachen zu halten. Bei den Flüchtlingen ist doch der Vorgang eingetreten, daß sie eine vorbildliche demokratische Disziplin gezeigt haben bis um die Wende 1947/48. Die Abgabe der Flüchtlingsstimmen am 20. April 1947 nach dem grauenhaften Hungerwinter gerade im Ruhrgebiet und in der britischen Zone für die Parteien der realen Politik ist eine der besten einsichtsmäßigen und moralischen Leistungen unseres Volkes nach dem Mai 1945.

Aber, Genossinnen und Genossen! Im Augenblick, in dem es der sozialdemokratischen Politik in Bonn gelungen war, das Fundament für einen Finanzausgleich und damit für die Solidarität ganz Westdeutschlands gegenüber den Vertriebenen zu finden, in dem Augenblick ist erklärlich, aber politisch verhängnisvoll — einem großen Teil der Vertriebenen und anderen, von sozialer Not Gepeinigten der Geduldsfaden gerissen.

Wenn Sie, um ein einziges Beispiel zu nehmen, mal untersuchen, wem die Flüchtlinge, die Vertriebenen, am 14. August 1949 ihre Stimme gegeben haben, dann sehen Sie das ein. Es mögen einige Hunderttausende in rechtsextremistische Gruppierungen gegangen sein.

Heute z. B. kam die Nachricht, daß der Verband der Ostvertriebenen unter Goebel bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen zum Landtag jetzt eine einheitliche Kandidatenaufstellung und Wahlkampfdurchführung mit der Deutschen Reichspartei hat. Das ist aber der kleinere Teil. Ich sehe den größeren Teil der Gutwilligen und ahnungslos Verzweifelnden in einem anderen Sektor. Am 14. August 1949 haben mindestens 1½ Millionen notleidende Menschen, von ihnen wahrscheinlich 80 oder 90 Prozent Vertriebene, ihre Stimme weggeworfen an sogenannte Unabhängige Kandidaten. An den Charakter der Unabhängigen als verkleidete Reak-

tionäre, die ihr wirkliches Gesicht nicht zu zeigen wagen, weil sie dann niemand wählen würde, mag ich hier gar nicht erinnern. Ich muß aber darauf hinweisen, daß das Wegwerfen von 1 1/2 Millionen Stimmen, das Wegwerfen von mindestens 30 Bundestagsmandaten bedeutet. Und zu allen anderen unheilvollen Entscheidungen kommt noch der Umstand, daß diese 30 Mandate als in einem sozialdemokratisch geführten Block der sozialen Konzentration die Politik von heute in sozialer und in internationaler Hinsicht entscheidend zugunsten unserer Auffassungen beeinflußt hätten. Darum, wenn Sie in die Propaganda, in die politische Propaganda, hoffentlich schon am Tage nach Schluß des Parteitages, in die sozialen Randschichten gehen, an diejenigen, die zu uns gehören, ohne unser Bewußtsein schon gefunden zu haben, dann polemisieren Sie mit diesen Menschen nicht, sondern klären sie sie auf mit Tatsachen und mit einer sicheren logischen Argumentation.

Genossinnen und Genossen! Der Druck der Zeit und die Gefahr waren noch nie so groß für unsere Partei wie heute. Aber die Chancen für unsere Partei waren auch niemals so groß in den letzten Jahrzehnten wie heute.

Diese Chance zu ergreifen, dazu gehören gewisse Voraussetzungen: Einmal die Klarheit des Erkennens, zweitens die Rücksichtslosigkeit im Wollen und drittens die Intensivierung und Belebung der Aussprache in unseren eigenen Reihen und das Hinübertragen der Aussprache in die Ferne und an die noch entfernt von uns stehenden Schichten.

Dieser Prozeß ist in drei Ausdrucksformen ein einheitlicher. Versagt unsere Partei bei einem Teil dieses Ausdrucks, wird sie zwangsläufig bei allen versagen müssen.

Unsere Aufgabe ist nicht nur die Politik des Vorausschauens, ist nicht nur die lebendige, gesetzgeberische und mutige Initiative im Bundestag. Unsere Aufgabe — und dabei kann, soll und muß jeder helfen — ist es, unsere Partei tiefer zu machen, unsere Partei breiter zu machen, unsere Partei größer zu machen.

Aus diesem Geist heraus ist Ihnen der Antrag Nr. 70 vorgelegt worden. Sie haben die Entscheidung. (Sehr starker anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Anträge, die zu diesen beiden Tagesordnungspunkten gestellt sind.

An die Spitze möchte ich den Antrag stellen, von dem Genosse Schumacher zuletzt sprach. Wollen Sie bitte, den Antrag Nr. 70 zur Hand nehmen. Zum dritten Nachtrag zur Vorlage Nr. 5 sind noch Änderungsvorschläge eingegangen, die Ihnen auch schriftlich auf den Tisch gelegt sind.

Aber ich darf sie im Zusammenhang vielleicht doch noch einmal vortragen. In der vierten Zeile soll hinter dem Wort „Bundesrepublik“ gesagt werden „für eine konsequente gesamtdeutsche Politik der Bundesorgane“, und in der sechsten Zeile soll statt des Ausdrucks „Flüchtlinge“ der Ausdruck „Ausgewiesene“ gesetzt werden. In einer weiteren Zeile soll eingeschaltet werden hinter „Wirtschaft“ „des sozial gerechten Ausgleichs“. Dann soll im Text fortgefahren werden.

Weiter haben Sie einen Vorschlag vorliegen, wonach beim vierten Absatz ein Satz angefügt werden soll, welcher lautet: „Sie bedrohen unmittelbar die Erfüllung der Lebensforderung des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung in einem freien Rechtsstaat.“

Auch das haben Sie zur Kenntnis genommen. Ich komme nunmehr zur Abstimmung über diese EntschlieÙung. Wer dieser EntschlieÙung Nr. 70 seine Zustimmung geben will, den bitte ich eine Hand zu erheben. (Die Zustimmenden erheben eine Hand.)

Es wird schwer sein, das positiv zu zählen. Ich bitte um die Gegenprobe. Das sind zehn Stimmen.

Ich bitte dann Genossen Nau und die Schriftführer und Schriftführerinnen, die Nein-Stimmen zu zählen. Wollen wir noch einmal die Hand erheben, Genossen, damit keine Zweifel sind. Ich zähle jetzt . . . elf Stimmen. Gegen elf Stimmen ist die EntschlieÙung angenommen.

Es ist vielleicht gut, auch noch den Genossen die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, die sich der Stimme enthalten wollen.

... Es sind unstreitig vier Enthaltungen.

Also dann stelle ich fest: Die Entschließung ist mit allen Stimmen gegen elf bei vier Enthaltungen angenommen. (Bravorufe, Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Anträge, die noch zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegen. Und wie Ihnen bei der Eröffnung der Beratung mitgeteilt worden ist, sind es die Anträge 22 bis 41, mit Ausnahme der Anträge 30 und 37, die zum Punkt 6 der Tagesordnung erledigt werden, außerdem die Entschließung zu 60.

Wir kommen am besten voran, wenn ich jetzt diese Anträge aufrufe, und wir beginnen bei 22.

Genossen, haben Sie die Vorlage zur Hand?

Der Antrag Hamburg war im Ausschuß einer Besprechung unterworfen und es hat sich dann herausgestellt, daß, falls einige stilistische Änderungen vorgenommen würden, der Parteausschuß empfiehlt, den Antrag anzunehmen. Es hat sich nicht mehr ermöglichen lassen, diese stilistischen Änderungen noch hier zu verbreiten.

Ich möchte Ihnen jetzt den Wortlaut, wie er nunmehr empfohlen wird, nach diesen kleinen Änderungen zur Verlesung bringen. Wollen Sie mal hören, was da jetzt steht. Der Antrag soll jetzt heißen:

„Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, baldigst eine zusammenfassende Darstellung zu geben, die dem Willen und den Vorstellungen der SPD über einen europäischen Staatenbund als Vorläufer zu einem bundesstaatlichen demokratischen Europa entspricht.“

Haben Sie den Inhalt zur Kenntnis genommen? Dann darf ich abstimmen lassen. Wer in dieser Formulierung den Antrag 22 annimmt, den bitte ich die Hand zu erheben.

Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen dann zu Antrag 23.

Es wird Ihnen empfohlen, diesen Antrag anzunehmen.

Nehmen Sie mir das nicht übel, wenn ich das sage, — das ist nicht meine Meinung — das ist das Ergebnis der Beratungen von Parteausschuß, Parteivorstand und Kontrollkommission.

Wer dem Antrag 23 seine Zustimmung geben will, den bitte ich die Hand zu erheben.

Das ist beschlossen.

Antrag 24: Es wird empfohlen, diesen Antrag der Bundestagsfraktion anzunehmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich eine Hand zu erheben.

Das ist beschlossen.

Dann kommt der Antrag 25; ich bitte dazu in Verbindung zu bringen den Antrag Nr. 60 in dem Nachtrag. Soweit mir mitgeteilt worden ist, haben die Hamburger daraufhin den Antrag 25 zurückgezogen. Stimmt das? („Jawohl!“) Jawohl, das stimmt. Dann hätten wir über diesen Antrag nicht mehr abzustimmen, sondern über den Antrag 60. Sie finden ihn in dem ersten Nachtrag zur Tagesordnung. Ist Ihnen der Antrag gegenwärtig? — Dann lasse ich abstimmen über den Antrag Nr. 60 vom Parteivorstand und Parteausschuß. — Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, bitte ich eine Hand zu erheben. — Auch das ist beschlossen.

Meine Genossinnen und Genossen! Wir fahren jetzt fort. Antrag 26 und Antrag 27. Beide Anträge werden empfohlen, dem Parteivorstand zu überweisen. Wer diesem Antrag auf Überweisung an den PV seine Zustimmung geben will, den bitte ich eine Hand zu erheben. — Das ist beschlossen.

Der Antrag 28 (Lübeck) ist zurückgezogen.

Wir kommen zum Antrag 29 (Göttingen). (Unruhe.) Ja, ich lasse Zeit zum Umschlagen. Wenn es zu flott geht, dann müssen Sie es sagen. (Zwischenruf: „Ja, es geht zu flott!“) Sie wollen die Anträge jetzt erst lesen? Das habe ich nicht gewußt. (Heiterkeit.) Darf ich jetzt Antrag 29 aufrufen? („Ja!“) Es wird Überweisung an den

PV vorgeschlagen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Antrag 30 soll bei Tagesordnungspunkt 6 mit verhandelt werden.

Antrag 31. Es wird empfohlen, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Wer diesem Überweisungsantrag zustimmen will, den bitte ich eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Nach dem Vorschlag, den die Instanzen machen, soll auch der Antrag 32 dasselbe Schicksal erleiden: (Heiterkeit) Überweisung an den PV. Wer dem Vorschlag seine Zustimmung geben will, den bitte ich eine Hand zu erheben. — Das ist beschlossen.

Wir kommen zu Antrag 33. Arbeitsprogramm. Dort muß es in der ersten Zeile heißen, nicht der „Parteitag“, sondern der „Parteivorstand“. Dann ist in der vorletzten Zeile ein stilistischer Fehler. Es muß dort nicht heißen: „fördern“, sondern „förderndes“. Wenn Sie es im Zusammenhang lesen, werden Sie selbst (Zwischenruf: „In der vorvorletzten Zeile muß das „zu“ weg.) Das beschließen wir besonders, daß das „zu“ weg muß. (Heiterkeit.) Genossinnen und Genossen, wir sind uns über die vielen Änderungen einig. Wer dem Antrag 33 in dieser Fassung seine Zustimmung geben will, bitte ich, eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Wir kommen zum Antrag 34 — Rechtsstellung der Richter. Es wird empfohlen, diesen Antrag dem PV zu überweisen. Wer diesem Überweisungsantrag seine Zustimmung geben will, bitte ich eine Hand zu erheben. — Auch das ist beschlossen.

Antrag 35. Auch hier wird empfohlen, den Antrag dem PV zu überweisen. Wer dem zustimmen will, bitte ich eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Der Antrag 36 — zum Beamtengesetz. Es wird empfohlen, diesen Antrag hier anzunehmen. Wer den Antrag 36 annehmen will, den bitte ich eine Hand zu erheben. Danke, das ist beschlossen.

Wir kommen zu Antrag 37. Hier wird empfohlen, diesen Antrag bei Punkt 6 der Tagesordnung mit zu erledigen.

Antrag 38. Es wird Annahme empfohlen. Wer dem folgen will und diesen Antrag 38 annimmt, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Wir kommen zu Antrag 39. (Zwischenruf: „Langsamer“). Also langsamer. Wie ist es mit dem Tempo? (Zwischenruf: „Gut“). Ich denke, Sie sind noch disziplinierter als die Hamburger Bürgerschaft. Die macht es schnell.

Also 39, ein längerer Antrag. Es wird empfohlen, diesen Antrag dem PV zu überweisen. Der sozialpolitische Ausschuß des Parteivorstandes soll ihn dann dort behandeln. Wer der Überweisung des Antrages seine Zustimmung geben will, den bitte ich eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Wir kommen zu Antrag 40. Es wird empfohlen, auch diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen zur Behandlung im sozialpolitischen Ausschuß. Wer diesem Vorschlag folgen will, den bitte ich eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen. Wir kommen zu Antrag 41. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag der Bundestagsfraktion zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Genossinnen und Genossen! So viel ich weiß, haben wir damit alle Anträge, die zu diesen beiden Tagesordnungspunkten 4 und 5 gestellt sind, erledigt, und es fragt sich nun, was wir jetzt noch in Eile tun können, Genossinnen und Genossen? (Zwischenruf: „Mittag essen“). Es eilt nicht mit dem Mittagessen, weil ein Kessel nicht ganz in Ordnung ist, und deshalb brauchen wir nicht so zu rennen. Ich kann Ihnen dann zunächst noch folgendes mitteilen: es besteht die Absicht, nach dem Mittagessen in die Wahlen einzutreten. Die Wahlliste ist geschlossen. Die Vorschläge liegen hier bei uns vor. Ja, Genossen, und nun werde ich Ihnen gleich die Vorschläge zur Kenntnis geben. Sie werden Ihre Stimmzettel bei Wiederbetreten des Saales vorfinden, so daß wir dann baldigst nach Beginn der Sitzung die Wahl vornehmen können. Aber diese Absicht läßt sich schlecht durchführen, weil noch die früheren Vorstandsmitglieder mit zur Wahl stehen werden und eine Wahl erst dann vorgenommen werden kann, wenn vorher der Antrag der Kontrollkommission, Entlastung

für den Vorstand, erledigt ist. Sind Sie bereit, jetzt diesen Antrag der Kontrollkommission zu erledigen? (Kein Widerspruch.) Wer also dem Antrag der Kommission — Entlastung für den Parteivorstand — seine Zustimmung geben will, den bitte ich eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen. — Ich bitte um die Gegenprobe. Ich stelle einstimmige Annahme fest. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Ich komme nun auf die Wahl zurück.

Zunächst müssen wir, um die Listen fertigstellen zu können, die in aller Geschwindigkeit in der Mittagszeit gedruckt werden, den Antrag Nr. 61 behandeln. Das ist der im ersten Nachtrag. Ich glaube, Sie sind in allen Landsmannschaften von den Parteausschußmitgliedern über den Sinn der Sache unterrichtet. Der Antrag lautet:

Der Parteivorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, vier besoldeten Mitgliedern und 24 unbesoldeten Mitgliedern.

Sie werden einen Stimmzettel bekommen, in dem die Aufteilung in drei Abschnitten vorgesehen ist. Ich darf Ihnen die Vorschläge zur Kenntnis geben, die eingelaufen sind. Verzeihung! — Wir werden zunächst über diesen Antrag abzustimmen haben.

Wer dem Antrag Nr. 61 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich sehe nur eine Stimme dagegen. Dann ist dieser Antrag angenommen und in dieser Form findet dann auch die Wahl statt.

Ich darf jetzt die Vorschläge zur Kenntnis bringen. Es bekommt jeder einen Stimmzettel. Ihr wollt die Namen aufschreiben? — Ich gebe also jetzt die Vorschläge bekannt.

1. Vorsitzender: Dr. Kurt Schumacher

Stellvertretender Vorsitzender: Erich Ollenhauer

Jetzt kommt die zweite Kategorie der besoldeten Mitglieder des Vorstandes:

Egon Franke

Fritz Heine

Hertha Gotthelf

Alfred Nau

Nun kommt die dritte Kategorie, das sind die unbesoldeten Vorstandsmitglieder,

Heinrich Albertz

Waldemar von Knoeringen

Luise Alberts

Willy Knothe

Lisa Albrecht

Anni Krahnstoever

Valentin Baur

Bruno Leddin

Franz Bögler

Karl Meitmann

Alfred Dobbert

Walter Menzel

Willi Eichler

Franz Neumann

Willi Fischer

Ernst Reuter

Andreas Gayk

Carlo Schmid

Robert Görlinger

Erwin Schöttle

Emil Groß

Louise Schroeder

Fritz Henßler

Elisabeth Selbert

Wenzel Jaksch

Fritz Steinhoff

Wilhelm Kaisen

Hermann Veit

Wir kommen dann zu den Vorschlägen für die Kontrollkommission. Also, ich darf hier bemerken, das wird Ihnen nochmals gesagt werden, sowie Sie das hier beschlossen haben: Von der langen Liste der Ehrenamtlichen sind nur 24 zu wählen.

Von der Kontrollkommission:

Gustav Bratke

Georg Richter

Walter Damm

Adolf Schönfelder

Ernst Herder

Jakob Stephan

Heinrich Höcker

Fritz Ulrich

Christian Wittrock

Von diesen neun Vorschlägen sind neun zu wählen.

Es wird mir außerdem gesagt, daß die Genossen anscheinend noch nicht richtig zur Kenntnis genommen haben, daß sich im 1. Stock Ausstellungen befinden, die der Beachtung wert sind.

Um 15 Uhr beginnen wir wieder die Sitzung. Dann haben wir noch die Schlußworte von Punkt 2 der Tagesordnung entgegenzunehmen und über die dazugehörigen Anträge abzustimmen.

Ich schließe die Vormittagssitzung.

Schluß der Vormittagssitzung: 13.25 Uhr.

### Nachmittagssitzung

Vorsitzender Schönfelder: Die Stimmzettel für die Wahl werden jetzt verteilt.

Genossinnen und Genossen, ich bin gebeten worden, auf folgendes hinzuweisen: Heute abend findet im Musiksaal das SAJ-Treffen statt. Die ehemaligen Studenten von vor 1933 haben den Wunsch, sich im Anschluß daran im Café im ersten Stock zu versammeln.

Wenn die Stimmzettel ausgeteilt sind, glaube ich, können wir in aller Ruhe an das Wahlgeschäft gehen. Wo noch nicht ausgeteilt ist, bitte ich mal etwas die Hände zu erheben.

Darf ich dann schon jetzt die Mandatsprüfungskommission bitten, sich zum Einsammeln der Stimmzettel bereitzuhalten. Ich würde empfehlen, daß die Genossen sich jetzt versammeln und nach eigenem Gutdünken auf den Saal verteilen. Dann darf ich darauf aufmerksam machen, daß, wie auf dem Stimmzettel vermerkt ist, Stimmzettel, die mehr Namen als hier verzeichnet sind, enthalten, ungültig sind. Beim Einsammeln der Stimmzettel ist die Delegiertenkarte bereitzuhalten. (Zwischenruf: „Haben wir doch gar nicht!“) Was, die haben Sie nicht? Den Abriß hat jeder, und beim Einsammeln werden die römischen Ziffern I und II abgerissen, um die Legitimation zu haben, daß abgestimmt ist. (Zwischenruf: „Wie soll gewählt werden?“) Indem man diejenigen, die man nicht wählen will, durchstreicht. — Fehlen an irgendeiner Stelle noch Stimmzettel? Der muß sich melden, damit die Genossen heraneilen können.

Genossinnen und Genossen! Es besteht der Wunsch, die Wahl in zwei Wahlgängen zu erledigen, also zunächst einmal den Parteivorstand. Bitte die Stimmzettel auszufertigen. Dann werden die Genossen der Mandatsprüfungskommission diese Stimmzettel zunächst einsammeln. (Widerspruch.) Genossinnen und Genossen! Ich bin hier nur Geschäftsführer, der Parteivorstand hat den Wunsch, daß das so geschieht. (Heiterkeit.) Also, Genossinnen und Genossen, es herrscht doch noch Demokratie. Die Mandatsprüfungskommission hat über den Parteivorstand gesiegt, weil sie den Wunsch hat, nur einmal zu laufen. Es können also beide Stimmzettel gleichzeitig abgegeben werden.

Genossinnen und Genossen! Die Mandatsprüfungskommission wird jetzt, gebeten, hier nach vorn zu kommen, um sich für die Einsammlung der Stimmzettel bereit zu halten.

Darf ich für die Ausfertigung der Stimmzettel noch einmal darauf aufmerksam machen, daß die Stimmzettel für den Parteivorstand nur 24 Namen enthalten dürfen. Es müssen also vier Namen gestrichen werden. (Zwischenruf: „Oder mehr!“) Das ist das Minimum, vier müssen gestrichen werden, sonst ist der Zettel ungültig. Wenn mehr gestrichen sind, ist er gültig. (Heiterkeit.)

Ich habe noch die Instruktion, auf folgendes hinzuweisen: auf Wunsch der Mandatsprüfungskommission wollen Sie bitte Ihre Delegiertenkarte schon ein bißchen einreißen, damit die Abschnitte dann leichter abgelöst werden können und damit die Zeit nicht mehr als nötig verstreicht. Sind Sie wahlbereit?

Vorsitzender Schönfelder: Sind alle Stimmzettel abgegeben? Sind noch irgendwo Stimmzettel, die nicht abgegeben sind? (Versammlung: Ja.) Wenn ich jetzt niemanden höre, der sich meldet, daß er noch nicht gewählt hat, dann ist die Wahl-



handlung geschlossen. Jetzt bitte ich die Mandatsprüfungskommission, sich in das Nebenhaus, Gewerkschaftshaus 59, 1. Stock, Sitzungszimmer des Ortsausschusses, zu begeben. Die Mandatsprüfungskommission hat die Absicht, das Zählgeschäft zu beschleunigen, um nach Möglichkeit heute noch das Ergebnis dem Parteitag mitteilen zu können. Damit wäre das Wahlgeschäft erledigt. Wir kommen nunmehr zum Abschluß des Tagesordnungspunktes Nr. 2. Die Beratung war bereits geschlossen. Es fehlen nur noch die Schlußworte, und dann kommen wir zur Abstimmung über die gestellten Anträge. Zunächst hat das Wort der Genosse Nau.

**Alfred Nau** (Partei Vorstand): Genossinnen und Genossen! Ich habe nicht die Absicht, ein Schlußwort zu halten, da nach unserer Meinung in Anbetracht des Verlaufs der Diskussion sich ein Schlußwort erübrigt. Ich möchte nur eine ganz kurze Bemerkung zum umstrittenen Kulturbeitrag machen. Der Genosse Müller aus Köln hat sich in der Debatte noch einmal für die Annahme des Antrages eingesetzt. Er hat dabei einige grundsätzliche Ausführungen über die Bedeutung der Kulturarbeit gemacht. Ich möchte dazu erklären, daß es zwischen uns und den Kölner Freunden über die Bedeutung der Kulturarbeit keinerlei Meinungsverschiedenheit gibt. Lediglich in der Frage der Finanzierungsmöglichkeit trennen sich die Auffassungen. Inzwischen haben wir aber mit unseren Kölner Freunden Rücksprache genommen, und ich glaube, dabei eine Einigung erzielt. Unsere Kölner, die Antragssteller, sind einverstanden, wenn wir den Antrag Nr. 14 dem Partei Vorstand überweisen. Wir haben von uns aus zugesagt, daß auf der nächsten Arbeitskonferenz der Bezirkssekretäre, die nach unseren Plänen bereits im Juli in Oberbayern stattfindet, das Problem der Kulturarbeit und ihrer möglichen Finanzierung als Tagesordnungspunkt eingehend behandelt wird. Ich bitte deshalb den Parteitag, entsprechend diesem Wunsch zu verfahren und den Antrag 14 dem Partei Vorstand zu überweisen. (Bravo.)

**Vorsitzender Schönfelder**: Das Wort hat jetzt Egon Franke.

**Egon Franke** (Partei Vorstand): Genossinnen und Genossen! Auch ich werde versuchen, mich recht kurz zu fassen. Ich habe nicht die Absicht, in einem längeren Schlußwort etwa all die Punkte, die hier in der Aussprache angeschnitten worden sind, noch einmal Revue passieren zu lassen, sondern ich möchte mich auf einige Ausführungen beschränken, die auf das Statut Bezug nehmen. Wir möchten dem Vorschlag, der weitgehendst auch im Kreis der Delegierten diskutiert wurde, entgegenkommen und empfehlen, den Antrag 67 anzunehmen. Er bringt zum Ausdruck, daß die neue Fassung des § 32 beim nächsten Parteitag noch nicht angewandt werden soll, sondern daß notwendig erscheinende Satzungsänderungen noch mit einfacher Mehrheit beschlossen werden können. Wir möchten somit der Vorlage 4 doch erst einmal innerhalb der Partei eine gewisse Bewährungsmöglichkeit geben. So wurde es auch von einigen Diskussionsrednern gewünscht. Wir möchten, daß innerhalb der Organisation über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der einzelnen Bestimmungen diskutiert werden kann, um dann beim nächsten Parteitag entsprechende Entscheidungen treffen zu können. Ich glaube, damit sollte dieser Punkt erledigt sein, und ich möchte meine Ausführungen damit schließen. (Beifall.)

**Vorsitzender Schönfelder**: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Auch die Schlußworte sind erledigt. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge zum Punkt 2 der Tagesordnung. Ich bitte, jetzt die Vorlage zur Hand zu nehmen. Ich werde die Anträge einzeln aufrufen.

Antrag Nr. 1. Hier wird empfohlen, diesen Antrag dem Partei Vorstand zu überweisen. Wer diesem Überweisungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschleicht.) Das ist beschlossen.

Antrag Nr. 2. Dafür wird derselbe Vorschlag gemacht. Wer damit einverstanden ist, den Antrag Nr. 2 dem Partei Vorstand zu überweisen, den bitte ich die Hand zu erheben. — Das ist beschlossen.

Antrag Nr. 3. Auch dieser Antrag soll dem Partei Vorstand überwiesen werden. Der Partei Vorstand hat erklärt, daß er nach der Zusammensetzung des neuen Partei Vorstandes sich auch mit der erneuten Zusammensetzung der Fachausschüsse be-

schäftigen wird. Es wird also vorgeschlagen, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. — Das ist beschlossen.

Wir müssen uns nunmehr schlüssig werden, was mit den Anträgen zu den Satzungen geschehen soll. Die Anträge 4, 5 und 6 gehören dazu. Ich möchte bitten, sie bis zur Statutenberatung zurückzustellen. Dasselbe gilt für die Anträge 7 und 8. Es wird nachher zu entscheiden sein, daß wir mit der Annahme des Antrages Nr. 67 auch diese Anträge, die allerdings rechtzeitig eingebracht worden sind, für erledigt erklären. Ich werde die Anträge nachher aufrufen.

Wir kommen zum Antrag Nr. 9, der zur Annahme empfohlen wird. Wer so beschließen will, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Das ist beschlossen.

Antrag Nr. 10. Auch dieser Antrag wird zur Annahme empfohlen. — Das ist beschlossen.

Antrag Nr. 11. Wer zustimmen will, den bitte ich die Hand zu erheben. — Das ist beschlossen.

Antrag Nr. 12 ist zurückgezogen. Es ist hier mit einem Fragezeichen versehen, ob auch Antrag Nr. 13 zurückgezogen wird. (Rufe: Ja!) Also auch Antrag Nr. 13 ist zurückgezogen. Dann braucht er nicht abgelehnt zu werden. (Heiterkeit.)

Antrag Nr. 14 wird zur Ablehnung empfohlen. (Widerspruch.) Ich habe hier noch die alten Akten. Ich bin sicher, daß der Meinungswechsel im Parteivorstand schnell vor sich geht. Es wird also empfohlen, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. (Zuruf: Hoffentlich ist das nicht dasselbe!) Doch, der Parteivorstand paßt auf. Wer Antrag Nr. 14 dem Parteivorstand überweisen will, den bitte ich, die Hand zu heben. — Das ist beschlossen.

Antrag Nr. 15 gehört zu den Satzungen. Darauf kommen wir noch zurück.

Zu Antrag Nr. 16 wird empfohlen, ihn dem Parteivorstand zu überweisen. — Genossen, Ihr dürft nicht müde werden. Wir müssen korrekt feststellen, wie der Parteivorstand beschließt. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn Ihr nicht bestimmt, dann bleibt dem Parteivorstand nichts anderes übrig. Er wird also auch darüber beschließen müssen, weil jetzt beschlossen wird, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Jetzt Antrag Nr. 17. Auch hier wird empfohlen, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich, die Hand zu heben. — Das ist beschlossen.

Antrag Nr. 18. Es wird empfohlen, den Antrag anzunehmen. Wer den Antrag Nr. 18 annehmen will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Das ist beschlossen.

Wir kommen zum Antrag Nr. 19. Wer den Antrag Nr. 19, wie vorgeschlagen, annehmen will, den bitte ich, die Hand zu heben. — Das ist beschlossen.

Auch der Antrag Nr. 20 wird zur Annahme empfohlen. Auch das ist beschlossen.

Antrag Nr. 21 wird auch zur Annahme empfohlen. Auch das ist beschlossen.

Genossinnen und Genossen! Das wären die Anträge, die zu Punkt 2 der Tagesordnung gestellt sind, bis auf die Anträge, die sich mit den Satzungen beschäftigen. Wir werden deshalb jetzt zur Beratung der Satzungen kommen.

(Zuruf: Antrag 58 und 59.)

Das habe ich gestern schon mitgeteilt, die sollen bei Punkt 6 der Tagesordnung erledigt werden. Das haben Sie sicher schon in Ihrem Notizbuch. Das sind die Frauenanträge, die gehören zur Wirtshaft. — Dann möchte ich bitten, die Satzungen zur Hand zu nehmen.

Dann kommen wir zur Frage der Anträge, die rechtzeitig gestellt sind und die bei der Beratung und Beschlußfassung der Anträge zu Punkt 2 der Tagesordnung gestellt sind.

Der Parteitag muß jetzt beschließen, ob er mit der Annahme des Antrages 67 auch die Anträge, die vorher beim Parteivorstand eingegangen sind, also rechtzeitig gestellt sind und über die die Parteigenossen schon Überlegungen haben anstellen können, ob diese Anträge auch mit der Annahme des Antrages 67 erledigt sein sollen.

Zuruf: Jawohl.

Vorsitzender Schönfelder: Ja, das sagen die Berliner, aber das müssen alle sagen. Es sind die Anträge 4, 5, 6, 7, 8, 15.

Zuruf: 62, 63, 64.

Vorsitzender Schönfelder: Ja, die habe ich als selbstverständlich dazu gerechnet. Ich werde zunächst über die Anträge abstimmen lassen, die ich aufgerufen habe. Wer der Meinung ist, daß diese Anträge im Falle der Annahme des Antrages 67 ihre Erledigung gefunden haben, den bitte ich, die Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Dann kommen wir zu 67 und dann wird sich entscheiden, was aus der Sache werden soll. Wir kommen zur Abstimmung des Antrages 67, den der Genosse Franke eben empfohlen hat. Wer dem Antrag 67 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Das ist beschlossen.

Damit, nehme ich an, sind auch die in dem Nachtrag zu den Satzungen gestellten Anträge erledigt. Das ist die Meinung des Parteitages.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Die Annahme des Antrages 67, mit der wir grundsätzlich einverstanden sind, heißt aber nicht, daß wir uns bei einer grundsätzlichen Änderung unseres Statuts doch unterhalten müßten. Und dazu zähle ich auch den Antrag 7, daß der Parteitag nicht acht Wochen, sondern drei Monate vorher einberufen werden muß. Ich glaube, daß wir diesen Antrag unter allen Umständen bereits in diesem vorläufigen Statut aufnehmen sollen.)

Vorsitzender Schönfelder: Ich mache den Vorschlag, daß wir auch diese Zweifel aus der Welt schaffen, wenn Sie hier Antrag Nr. 7 beschließen. (Zuruf: Er ist schon beschlossen!) Nein. Er ist zurückgestellt bis zur Beratung der Satzungen. Er ist nicht beschlossen. Wir haben vorhin beschlossen, daß mit dem Antrag 67 auch diese Anträge erledigt sein sollen. Das gehört zu den Satzungen. Also, machen Sie nicht einen ollen Mann wild. Aber wenn Sie das wollen, Genossen, und das verstehe ich, dann können wir den Antrag 7 annehmen. Dann haben wir auch diese Meinungsverschiedenheit aus der Welt geschafft. Wer also dem Antrag 7 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist angenommen. Ist noch ein Zweifel über die Einzelanträge, die noch nicht ihre Erledigung gefunden haben? (Kein Widerspruch.) Wenn das nicht der Fall ist, lasse ich jetzt über das Gesamtstatut nach den bisher gefaßten Beschlüssen abstimmen.

Wer unter diesen Voraussetzungen, wie sie in Nr. 67 beschlossen sind, dem Statut, wie es hier vorliegt, seine Zustimmung geben will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. Wir zählen sechs Stimmen dagegen. Ich nehme an, Enthaltungen sind bei diesem Punkt nicht, oder doch? Feststellung ist nicht gewünscht. Also ist das Statut, wie es vorliegt, gegen sechs Stimmen angenommen worden. Ich hoffe, daß sich das Statut in den zwei Jahren, für das ihm diese Frist gegeben worden ist, so bewährt, daß sich die Berliner das nächstmal nicht die Mühe zu machen brauchen, wieder diese schönen Anträge zu stellen. Aber dann möchte ich bitten, diese Anträge nicht erst auf dem Parteitag zu stellen, sondern rechtzeitig vorher. Dann wäre dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich mache jetzt den Vorschlag, daß wir nunmehr in die Beratung des Punktes 8 „Sonstige Anträge“ eintreten. Wird das Wort hierzu gewünscht? — Es liegt ein Monitum der Geschäftsführung vor. Es wird mir von den Berliner Kollegen gesagt, es sei ein Irrtum von mir, daß die Anträge nicht rechtzeitig eingebracht worden sind. Wir haben sie aber erst auf diesem Parteitag kennengelernt. Aber unser Genosse beruft sich darauf, daß er sie schon in Düsseldorf eingebracht hat. Ich würde doch der Meinung sein, daß Anträge nach Erledigung des Parteitages erledigt sind und beim nächsten Parteitag wieder erneut einzubringen sind. Das ist eine alte Geschichte, über die wir uns nicht streiten wollen.

Wir haben jetzt noch unter den Anträgen, die wir eben erledigt haben, noch einen Antrag Nr. 64, der nicht mit erledigt ist und der nicht zu den Satzungen des Statuts gehört. Ich habe ihn unter „Sonstige Anträge“ eingereiht. Er kommt von

Hannover/Braunschweig und Hessen/Kassel und beschäftigt sich mit der Mitgliedschaft von Gemeinschaften. Haben Sie den Antrag vor sich?

Die Versammlung hatte nichts dagegen einzuwenden, daß wir jetzt Punkt 8 „Sonstige Anträge“ vornehmen. Dann haben wir abzustimmen über Antrag 64. Es wird vorgeschlagen, ihn dem Parteivorstand zu überweisen. (Zurufe: Ablehnen! — Nein! Überweisen!) Schön, Parteivorstand beantragt Ablehnung. Es wird Ablehnung empfohlen. Wer dem Vorschlag auf Ablehnung zustimmt, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Das ist beschlossen. (Zuruf: Gegenprobe!) Gegenprobe! Genossinnen und Genossen, müssen wir auszählen? Dann mache ich Ihnen den Vorschlag, positiv abzustimmen. Ist das Ihre Meinung? Wie es parlamentarisch üblich ist. Wer dem Antrag 64 zustimmen will, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Widerspruch, Glocke.)

Genossinnen und Genossen! Ich glaube, Sie haben nicht zugehört. Die Art, wer ihn ablehnen will, darüber abzustimmen ist parlamentarisch nicht ganz üblich, und ich wollte Ihnen die Gelegenheit geben, positiv abzustimmen. Wollen wir so abstimmen? (Zuruf: Nein, positiv!) Gut, dann bleibe ich bei der ersten Abstimmung. Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen Ablehnung. Wer diesem Vorschlag folgen will, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Bitte um die Gegenprobe. Es ist kein Zweifel, daß das erste die Mehrheit war. (Zurufe: Wird angezweifelt!) Dann bitte ich, Genossen zu bestellen, die das Zählen besorgen. (Etwas Lärm.)

Genossinnen und Genossen! Wir wollen uns doch das Leben nicht unnötig erschweren. Hier oben sitzen sechs ausgewachsene Menschen, die einer Meinung sind. Und es ist in jedem Parlament üblich, auszuzählen, wenn der Vorstand sich nicht einig ist. Aber hier sind wir uns einig, daß das erste die Mehrheit war. Deshalb ist Antrag 64 abgelehnt.

Wollen Sie bitte die Vorlage aufschlagen. Anträge zu Punkt 8 der Tagesordnung. Ich rufe den Antrag 44 auf, Ortsverein Passau. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag . . . Wird das Wort dazu gewünscht? (Ja!) Der Genosse Prennel, Passau, hat das Wort.

Carl Prennel, Passau: Genossinnen und Genossen! Erschrecken Sie nicht, wenn am „Tor der Welt“, in Hamburg, einer von dem „Hintertürchen“ Deutschlands spricht, und zwar vom Südostraum, von dem man zwar sehr viel spricht — es gibt sogar Besichtigungen da unten, wir werden zum Notstandsgebiet erklärt, aber damit ist auch so ziemlich alles getan. Wir sind nicht nur ein wirtschaftliches Notstandsgebiet mit 60 Prozent Heimatvertriebenen, 40 Kilometer von der Tschechoslowakei entfernt, einen Kilometer von der österreichischen Grenze, sondern wir sind auch — das darf ich ganz offen sagen — ein politisches Notstandsgebiet, weil wir auf steinigem Boden arbeiten müssen. Wenn wir den Antrag gestellt haben, den nächsten Parteitag in Passau durchzuführen, dann sind wir nicht größenwahnsinnig geworden, sondern ich möchte Sie daran erinnern, daß im November dieses Jahres der Deutsche Katholikentag mit 100 000 Teilnehmern nach Passau kommt.

Wie schwer wir unter all diesen Bedingungen zu arbeiten haben, das begründe ich damit, daß auch wir gern einmal in den auswärtigen Gebieten sehen würden, daß wir nicht allein stehen. Wirtschaftlich und organisatorisch gesehen, steht in Passau eine Halle mit 12 000 Personen Fassungsvermögen zur Verfügung. Ich kann Ihnen weiter sagen, wenn Sie Bedenken wegen der Anfahrt nach Passau haben, daß wir Ihnen dafür garantieren, daß Sie sehr billige Preise in Passau finden werden, und wenn einer ein wenig handfester Trinker ist, kann er sich etliche Kilometer schon an Bier ersparen. (Heiterkeit.)

Aber, Genossen, ich appelliere aus den geschilderten Gründen an Euch. Ich weiß, daß wir heute nicht beschließen können, der nächste Parteitag findet in Passau statt, weil wir gar nicht wissen, was in den nächsten zwei Jahren geschieht. Wenn ich als Bürgermeister der Stadt dafür spreche, dann auch nicht aus Egoismus, sondern weil ich Sie bitten möchte, nicht zu vergessen, daß nicht nur in den Großstädten tätige Genossen leben und arbeiten, sondern daß auch in der Provinz Genossen sind, die ebenso berechtigt sind, sich Sozialisten zu nennen und vielleicht oft unter schwierigeren Umständen die Idee des Sozialismus zur Durchführung bringen

müssen. Ich habe mich nur deshalb zum Wort gemeldet, damit es nicht wieder heißt, ihr habt ja alle miteinander nichts zu reden, ihr seid von Hannover ferngesteuert. Wir werden nicht von Hannover ferngesteuert, und ich würde das auch ablehnen. Es gibt keine zentrale Parteigewalt, und wir lassen uns auch nicht steuern, aber wir sind stolz darauf, einer gemeinsamen Bewegung anzugehören, die wohl wert ist, daß man in ihr und mit ihr marschiert. Wenn Sie uns dabei unterstützen wollen, dann sehen Sie sich einmal anlässlich des Bundesparteitages eine der sieben schönsten Städte der Welt an. (Heiterkeit.) Es ist Ihnen auch Gastfreundschaft zugesichert. Wenn wir auch mit Hamburg nicht konkurrieren können, so sind Sie trotzdem alle herzlich willkommen. Denken Sie daran, daß auch in der Provinz und auf dem flachen Lande und im Bayrischen Wald für den Sozialismus geworben und gearbeitet werden muß. (Bravo. Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Wird sonst das Wort verlangt? Es wird empfohlen, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Das ist beschlossen.

Antrag 45 trägt einen ähnlichen Charakter. Wird das Wort verlangt? Das ist nicht der Fall. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Wer dem zustimmt, bitte ich, eine Hand zu erheben. Auch das ist beschlossen.

Antrag 46 ist zurückgezogen, wie mir eben mitgeteilt wird. Wir kommen zu Antrag 47. In diesem Antrag wird eine Änderung beantragt. Es soll heißen: Der Parteitag wolle beschließen: — und der erste Satz ist richtig, so daß es anfängt „Die Partei möge sich mit allen Kräften“ usw. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Das ist beschlossen. — Wir kommen zu Antrag 48, 49, 50, 51. Es ist den Genossen offenbar recht, wenn die vier Anträge gleichzeitig zur Diskussion gestellt werden. Das ist der Fall. Widerspruch erhebt sich nicht. Wird das Wort verlangt? Um so besser. Das Wort wird nicht verlangt. Wir kommen zur Abstimmung. Genossinnen und Genossen! Ich lasse abstimmen über den Antrag 48. Er wird zur Annahme empfohlen. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Das ist beschlossen.

Dasselbe wird vorgeschlagen für Antrag 49. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Das ist beschlossen.

Antrag 50. Hier wird vorgeschlagen, ihn dem Parteivorstand zu überweisen, der ihn dem Kulturpolitischen Ausschuß zur Behandlung übergeben wird. Wer so beschließen will, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Auch das ist beschlossen. — Dasselbe wird für den Antrag 51 vorgeschlagen. — Das ist beschlossen. — Wir kommen zum Antrag 52, der zur Annahme empfohlen wird. Wird das Wort verlangt? Es wird nicht verlangt. Wer dem Antrag 52 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Auch das ist beschlossen. — Genossinnen und Genossen! Dann wird vorgeschlagen, den Antrag 53 am Donnerstag nach dem Referat des Genossen Carlo Schmid zu erledigen. Dasselbe wird für den Antrag 54 und den Antrag 69 vorgeschlagen. Über die Anträge würde beim Referat des Genossen Schmid abzustimmen sein. Der Parteitag ist einverstanden. Ich habe hier dann noch einen Antrag liegen, der hier heraufgereicht worden ist. Ich weiß nicht, ob wir dafür alle Unterschriften nötig haben. Ich will die EntschlieÙung verlesen:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unterstützt den Kampf der Helgoländer um Erhaltung und Rückgewinnung ihrer Heimat. Es entspricht nicht den Forderungen nach Frieden, wenn noch fünf Jahre nach dem Kriege dieses einzigartige Naturdenkmal der Welt als Versuchsobjekt der englischen Luftwaffe gilt.

Das Bombardement am 18. April 1945 hat gezeigt, daß dieses Felseniland kein ernsthafter Faktor im modernen Kriege ist. Dagegen ist aber diese Insel der einzige Nothafen der gesamten Nordseefischerei. Als Träger des Leuchtfeyers und einer Rettungsstation hat diese Insel eine große Bedeutung für die gesamte Schifffahrt.

Der Parteitag unterstützt daher den Kampf der Helgoländer und der Küstenbevölkerung um die Rückgabe und den Wiederaufbau ihrer Heimatinsel.

Er fordert die Bundesregierung auf, sich bei den Hohen Kommissaren dafür einzusetzen, daß das Zerstörungswerk sofort eingestellt wird.“

Wird das Wort dazu gewünscht? Genosse Hermann Schinkel, Elmshorn.

Hermann Schinkel, Elmshorn: Genossinnen und Genossen! Ich bin dem Parteivorstand und dem Präsidium außerordentlich dankbar, daß ich Gelegenheit habe, mit wenigen Worten mich für eine besondere Kategorie der Vertriebenen einzusetzen. Es handelt sich, wie Sie gehört haben, um die Entschließung für die Helgoländer. Ich glaube, es bedarf keiner langen Begründung. Immerhin bin ich der Ansicht, wenn wir hier oben in der Nordwest-Ecke Deutschlands tagen, etwa 150 Kilometer entfernt von dieser Insel, daß wir es den Helgoländern schuldig sind, an sie zu denken und uns für sie mit einzusetzen.

Ich hatte im vorigen Jahr, im September, Gelegenheit, im Foreign Office in England schon einmal diese Angelegenheit anzuschneiden. Ich bedauere, daß im Moment der Sekretär der Labour Party nicht da ist. Im Unterhaus ist nach deutschen Pressemeldungen vor einigen Wochen entschieden worden, daß 1000 Meter im Umkreis des Friedhofes die Bombardierungen einzustellen sind. Eigentlich hat damit das Unterhaus beschlossen, daß Helgoland nicht mehr bombardiert werden darf. Denn Helgoland ist nur 700 Meter breit und 1700 Meter lang. — Man muß es einmal gesehen haben, wenn in Cuxhaven auf der Mole die alten Helgoländer mit Tränen in den Augen bei guter Sicht ihr Eiland erspähen und natürlich nicht begreifen können, daß sie ihre Heimat nicht wieder betreten dürfen, weil die Royal Air Force sie als Bombenziel nicht entbehren will. Es wäre wirklich zu wünschen, daß unsere Bruderpartei in England hier einmal Solidarität beweist und endlich auch im Unterhaus energisch für die Rückgabe Helgolands eintritt.

Den Parteitag bitte ich daher, die Entschließung zur Rückgabe Helgolands einstimmig annehmen zu wollen, um damit den Helgoländern zu zeigen, daß sie in ihrem Kampf von der gesamten deutschen Sozialdemokratischen Partei unterstützt werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Wird sonst noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Entschließung, die ich wohl nicht noch einmal zu verlesen brauche, seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe? — Ich stelle einstimmige Annahme fest. (Stürmischer Beifall.)

Es hat nunmehr das Wort der Genosse Karl Meitmann.

Vorsitzender Meitmann, Hamburg: Genossinnen und Genossen! In den vielen Tagesgeschäften, in dem Blick nach vorne, den wir allezeit auf unsere Aufgabe richten müssen, wird es vielleicht nicht allen Genossinnen und Genossen bewußt gewesen sein, daß heute an diesem 23. Mai sich zum 87. Male der Tag jährt, an dem die politische Arbeiterbewegung in Deutschland, der wir alle so manches Jahrzehnt angehört und gedient haben, ihre erste organisatorische Form angenommen hat. Am 23. Mai 1863 wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein von Ferdinand Lassalle gegründet. Wieviele Kämpfe haben wir unter dem Liede geführt: „Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet“, an dessen Schluß Lassalle als derjenige bezeichnet wird, dessen Fahne wir folgen.

Vieles, das ist das Gesetz der Politik und der Entwicklung, ist in dieser langen Zeit korrigiert und erneuert, als neues Ziel aufgestellt worden. Aber Recht und Wahrheit hat die Sozialdemokratie nie verlassen und sie haben uns nicht verlassen.

Ich glaube, in dieser historischen Stunde sollten wir unsere heutige Tagung schließen, indem wir dieses Lied singen, unter dem wir Sozialdemokraten das allgemeine, freie, gleiche Wahlrecht in Deutschland erkämpft haben.

Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben und einzustimmen.

Die Delegierten singen stehend das Lied: „Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet.“

Vorsitzender Schönfelder: Ich schließe die Tagung für heute.

Schluß der Sitzung: 16.30 Uhr.

(Mittwoch, den 24. Mai 1950)

### Vormittagssitzung

Vorsitzender Meitmann: Genossinnen und Genossen! Ich schlage dem Parteitag vor, daß wir jetzt, bevor wir den Tagesordnungspunkt 6 beginnen, den Bericht der Mandatsprüfungskommission über die Wahlen entgegennehmen. Ist der Parteitag einverstanden? (Zustimmung.) Darf ich den Genossen Voelker bitten, den Bericht zu geben.

Alex Voelker, Berlin: Genossinnen und Genossen! Im Auftrage der Mandatsprüfungskommission habe ich die Wahlergebnisse der gestrigen Vorstandswahl bekanntzugeben. Ich darf darauf hinweisen, daß nicht mitgeschrieben zu werden braucht, da in relativ kurzer Zeit jedem Delegierten das Ergebnis schriftlich übergeben wird. (Bravorufe.)

In der gestrigen Wahl sind 354 Stimmen von 371 möglichen abgegeben, so daß also 95prozentige Wahlbeteiligung vorlag. Die Mandatsprüfungs-Kommission stellte außerdem fest, daß die Zahl der abgegebenen Kontrollabschnitte von den Delegierten-Ausweisen zahlenmäßig mit den abgegebenen Stimmzetteln übereinstimmen. Von den 354 Stimmen erklärte die Mandatsprüfungs-Kommission eine Stimme für ungültig. Somit waren 353 Stimmen gültig. Von diesen 353 Stimmen entfielen auf die einzelnen Kandidaten, die somit gewählt wurden, folgende Stimmen:

Wahl der Vorsitzenden:

1. Dr. Kurt Schumacher . . . . . 345 Stimmen (Beifall)
2. Stellvertreter  
Erich Ollenhauer . . . . . 348 Stimmen (Beifall)

Als besoldete Mitglieder des Parteivorstandes wurden gewählt die Genossen:

- |                          |             |
|--------------------------|-------------|
| Alfred Nau . . . . .     | 322 Stimmen |
| Fritz Heine . . . . .    | 314 Stimmen |
| Herta Gotthelf . . . . . | 296 Stimmen |
| Egon Franke . . . . .    | 295 Stimmen |

Als unbesoldete Mitglieder des Parteivorstandes sind gewählt:

1. Waldemar von Knoeringen . . . . . 348 Stimmen
2. Walter Menzel . . . . . 340 Stimmen
3. Hermann Veit . . . . . 339 Stimmen
4. Carlo Schmid . . . . . 332 Stimmen
5. Erwin Schöttle . . . . . 330 Stimmen
6. Fritz Henßler . . . . . 328 Stimmen
7. Louise Schroeder . . . . . 327 Stimmen
8. Willi Eichler . . . . . 318 Stimmen
9. Anni Krahnstoever . . . . . 317 Stimmen
10. Wenzel Jaksch . . . . . 314 Stimmen
11. Franz Neumann . . . . . 310 Stimmen
12. Andreas Gayk . . . . . 307 Stimmen
13. Heinrich Albertz . . . . . 302 Stimmen
14. Franz Bögler . . . . . 300 Stimmen
15. Elisabeth Selbert . . . . . 294 Stimmen
16. Ernst Reuter . . . . . 288 Stimmen
17. Lisa Albrecht . . . . . 282 Stimmen
18. Karl Meitmann . . . . . 277 Stimmen
19. Emil Groß . . . . . 264 Stimmen
20. Bruno Leddin . . . . . 257 Stimmen
21. Willi Fischer . . . . . 248 Stimmen
22. Fritz Steinhoff . . . . . 242 Stimmen
23. Alfred Dobbert . . . . . 234 Stimmen
24. Louise Alberts . . . . . 226 Stimmen

Diese 24 Genossen sind somit unbesoldete Mitglieder des Parteivorstandes

Außerdem erhielten Stimmen:

Wilhelm Kaisen . . . . .	220 Stimmen
Willy Knothe . . . . .	217 Stimmen
Valentin Baur . . . . .	168 Stimmen
Robert Görlinger . . . . .	167 Stimmen

Einige Stimmen entfielen auf den Genossen Fritz Erler, ohne daß er als Kandidat nominiert war.

Für die Kontrollkommission wurden ebenfalls insgesamt 354 Stimmen abgegeben. Die Verhältnisse sind die gleichen wie bei der Vorstandswahl. Es ist jedoch keine Stimme als ungültig erklärt worden, so daß 354 gültige Stimmen abgegeben worden sind. Die Kontrollkommission umfaßt neun Mitglieder. Es wurden nach der Reihenfolge somit gewählt.

Fritz Ulrich . . . . .	349 Stimmen
Walter Damm . . . . .	348 Stimmen
Ernst Herder . . . . .	347 Stimmen
Jakob Steffan . . . . .	347 Stimmen
Gustav Bradtke . . . . .	345 Stimmen
Georg Richter . . . . .	344 Stimmen
Adolf Schönfelder . . . . .	344 Stimmen
Christian Wittrock . . . . .	340 Stimmen
Heinrich Höcker . . . . .	331 Stimmen

Damit ist die Aufgabe der Mandatsprüfungskommission erledigt.

Vorsitzender Meitman: Wir danken dem Genossen Voelker für seinen Bericht und hoffen, daß die Parteibücher zurückgegeben werden können.

Genossinnen und Genossen! Jetzt beginnen wir unsere Tagung. Auf der Tagesordnung steht der Punkt 6, das Referat des Genossen Hermann Veit. Parteivorstand und Parteiausschuß haben sich mit der weiteren Abwicklung dieses Referats beschäftigt und machen dem Parteitag den Vorschlag auf Wunsch des Sozialausschusses, daß anschließend an das Referat des Genossen Veit als erster Diskussionsredner der Genosse Prof. Preller sprechen soll und ihm fünf Minuten mehr, als der ordnungsmäßigen Diskussion sonst zugeteilt sind, gegeben werden. Ist der Parteitag damit einverstanden? Danke schön. Dann bitte ich Genossen Veit, das Wort zu nehmen zu seinem Vortrag:

### **Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik — der Weg zur Vollbeschäftigung**

Hermann Veit, Stuttgart: Genossinnen und Genossen, werte Gäste! Das wirtschaftspolitische Verhalten der Bundesregierung ist keine Wirtschaftspolitik, wenn man darunter eine ständige Programmierung der im Interesse des Volksganzen von der Wirtschaft zu erfüllenden Aufgaben und die Wahl der Methoden versteht, die zu ihrer Erfüllung angewendet werden müssen. Die Bundesregierung hat kein Programm für die Wirtschaft und braucht sich konsequenterweise auch nicht mit den Methoden der Programmierung zu beschäftigen. Ich vermag es jedenfalls nicht als Programm anzusprechen, wenn der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung eine blühende Wirtschaft als Voraussetzung einer dauerhaften Sozialpolitik postuliert, denn dieser Wunsch enthält an geistiger Substanz kaum mehr als das „vivat, floreat, crescat“ studentischer Kommersreden. Sicherlich wünscht jeder Deutsche eine Blüte der Wirtschaft. Ich fürchte aber, daß mit dem Begriff der blühenden Wirtschaft die maßgeblichen Kreise, die hinter der Regierung stehen, eine grundsätzlich andere Vorstellung verbinden als die großen Massen des nur die Arbeitskraft besitzenden Volkes. (Sehr richtig.) Diese Programmlosigkeit der Regierung auf dem Gebiete der Wirtschaft kommt nicht von ungefähr. Sie ist weder auf Säumigkeit noch auf Unfähigkeit zurückzuführen, sondern sie ist gewollt als das tragende und zusammenhaltende Element der nicht einheitlich ausgerichteten Kräfte der Regierung und der sie beherrschenden Kreise. Diese Abstinenz der sonst machtpolitisch



keineswegs enthaltensamen Regierung gibt zu denken, und es will mir scheinen, daß die Regierung sich der Wirtschaftspolitik nicht etwa enthält, um auf deutsche Wirtschaftspolitik überhaupt zu verzichten, sondern daß sie verzichtet zugunsten von Dritten, die an Stelle der Regierung die deutsche Wirtschaftspolitik machen. (Beifall.) Es sind die Kreise, die den Wahlkampf der Regierungsparteien mit Millionenbeträgen finanziert haben, (sehr richtig) in der Erwartung, daß es sich um eine äußerst rentierliche Anlage handelt. (Sehr gut.) Das Milliardengeschenk der Steuerreform beweist, daß sie richtig kalkuliert haben. Ihre Wirtschaftspolitik ist Interessenpolitik und mit dem Bestreben nach Gewinn und Reichtum verbinden sie das Streben nach der politischen Macht, denn in der unvollkommenen Demokratie der kapitalistischen Wirtschaft gibt Reichtum auch politische Macht, die Armut aber entmachtet die Menschen. Selbstverständlich wird die Rückübertragung wirtschaftspolitischer Macht an diejenigen, von denen sie kommt, nicht offen zugegeben, sondern mit schmückenden Beiworten getarnt, um die die Machthaber nie verlegen waren, wenn es galt, das Volk in Sicherheit zu wiegen.

Hitler nannte seine Diktatur die beste Demokratie der Welt, und die Sowjetrepublik der Ostzone führt die Bezeichnung deutsch und demokratisch. Der Wahrheitsgehalt ist nicht viel größer, wenn die z. Z. bei uns herrschende Wirtschaftsform „soziale Marktwirtschaft“ firmiert. Sie ist weder eine echte Marktwirtschaft, noch ist sie sozial. Mit der Bezeichnung Marktwirtschaft soll der Unterschied zur Zwangswirtschaft herausgestellt und klar gemacht werden, daß nicht mehr behördliche mit Zwang verbundene Vorschriften Produktion und Verteilung bestimmen, sondern die auf dem Markt sich gegenüberstehenden Kräfte des Angebots und der Nachfrage, die zusammen den Preis bilden.

Der Mechanismus dieses so gebildeten Preises aber sei die Steuerungsapparatur der Wirtschaft, die angeblich am besten von allen denkbaren Steuerungsmethoden funktionieren. Denn der hohe Preis einer knappen Ware drängt die Nachfrage zurück und reizt zur Steigerung der Produktion, während der niedrigere Preis einer überreichlich vorhandenen Ware die Nachfrage anlockt und die Produktion einschränkt, so daß in beiden Fällen die Tendenz zum Ausgleich vorhanden ist. Der Konsument, so wird ohne logische Folgerichtigkeit behauptet, sei der wahre Beherrscher des Marktes. Er bestimme täglich in demokratischer Weise durch Abgabe seines Stimmzettels, nämlich des Geldes, die Richtung, Menge und den Preis der Produktion. Prof. Erhard ist neulich im Bundestag auf dem Weg der Glorifizierung des Verbrauchers noch einen Schritt weiter gegangen. Er hat ihm die Krone auf das aus Geldmangel ungeschorene Haupt gestülpt und ihn mit Majestät angedredet. Dieser „idealen“ Wirtschaftsform, in der die Wirtschaft automatisch gesteuert wird, und in der infolgedessen dem Wirtschaftsminister für 40 000,— DM im Jahr kaum etwas zu tun übrig bleibt als die Entbehrlichkeit seiner Bürokratie und seiner eigenen Person ständig zu beweisen, stellt man den Popanz gegenüber, den angeblich die Sozialisten wollen, und den man bald mit Zwangswirtschaft, bald mit Planwirtschaft, Kollektivismus oder Sozialismus bezeichnet und der uns, so prophezeit man, mit Sicherheit in die Knechtschaft führt. Die Erzeuger dieses Popanzes sind aber entweder Böswillige oder Analphabeten des Sozialismus oder die lieben Zeitgenossen, die ihr Wissen um den Marxismus in Gänsefüßchen aus der Zeit mit herübergerettet haben, als sie noch, nicht nur im Geiste, sondern sehr körperlich in den Reihen Horst Wessels mitmarschiert sind, und die jetzt in gleicher Gesinnungstüchtigkeit, die Demokratie im Herzen tragend, in den Reihen der Regierungsparteien teils hinter schwarz-rot-goldenen, teils hinter schwarz-weiß-roten Fahnen wiederum mitmarschieren. Ob mit Hitler oder mit Adenauer, in jedem Fall geht es gegen den Sozialismus.

Wir sind für die Zwangswirtschaft nicht verantwortlich. Als sie installiert wurde, dieser Wechselbalg des in Not geratenen Kapitalismus, saßen die Sozialisten in den Konzentrationslagern und Gefängnissen, während mancher zur Zeit geschworene Gegner dieser Wirtschaftsreform, der heute in der Bundesbürokratie oder in den Reihen der Regierungsparteien für die sogenannte Wirtschaftsfreiheit

kämpft, damals an den gesetzgeberischen Arbeiten und Verwaltungsmaßnahmen zur Ein- und Durchführung der Zwangswirtschaft mit ganzem Herzen für Führer, Volk und Vaterland mitgearbeitet hat. Damals ging es ja auch um den Endsieg des Regimes, das den Marxismus scheinbar besiegt hatte und diesem Ereignis und Großdeutschland waren die Messe der Zwangswirtschaft wert. Für die Zwangswirtschaft soll sich das deutsche Volk bei den Wirtschaftskreisen bedanken, die Hitler in den Sattel gesetzt und daran ungeheuer verdient haben. Die Sozialdemokratie trägt daran keine Schuld.

Ebenso unwahr wie die Unterstellung, wir seien die Verfechter der Zwangswirtschaft, ist die immer wiederkehrende Gleichstellung von Zwangswirtschaft und Planwirtschaft. Gewiß tun wir uns schwer mit diesem Wort, ebenso wie mit dem Begriff Sozialismus, weil sie beide durch Mißbrauch verfälscht worden sind. Aber muß ich meinen guten Namen ändern, weil ein anderer unter meinem Namen Verbrechen begangen hat?

Haben nicht auch im Namen des Christentums blutige Kreuzzüge, Hexenprozesse und die Foltern der Inquisition Unheil und Unrecht über die Menschheit gebracht, ohne daß der unvergängliche Ideengehalt dieser Lehre darunter auf die Dauer gelitten hat?

Die Planwirtschaft des freiheitlichen Sozialismus hat den Zwang weder zur Voraussetzung noch als Methode und sie soll ja gerade dazu dienen, die Situationen zu vermeiden, in denen die kapitalistische Wirtschaftsweise zu den Mitteln des Zwanges greifen mußte, weil die Automatik versagte.

Ich habe diese beiden Einstellungen unseres Willens herausgegriffen, weil die gegnerische Propaganda sich nicht mit unserem wirklichen Willen auseinanderzusetzen pflegt, sondern mit diesen Fälschungen, die leichter zu treffende Zielscheiben sind, als der Ideengehalt des Sozialismus.

Aber nun zurück zur sozialen Marktwirtschaft. Das Volk habe sich bei der Wahl vom 14. August für sie entschieden, behauptet der Bundeskanzler. Wenn man, was richtig gewesen wäre, dem Volke am 14. August die Frage der Wirtschaftspolitik hätte stellen wollen, wäre es dann nötig gewesen, die Kirche im vorparlamentarischen Raum zur Beeinflussung des Volkes einzuspannen und dazu noch falsche Kulturparolen auszugeben? Nein, Herr Bundeskanzler, einer klaren Entscheidung über die Wirtschaftspolitik sind Sie aus dem Wege gegangen und Sie haben alles getan, um die Fronten zu vernebeln.

Warum nennt man die bei uns herrschende Wirtschaftsform „soziale Marktwirtschaft“? Ist das Wort sozial ein Essentiale der Marktwirtschaft? Offenbar und nach allen Erfahrungen nicht. Denn der Markt ist jenseits von Gut und Böse und liegt nicht auf der Ebene, auf der das Sittengesetz wirken kann. Der Markt fragt nicht nach der Dringlichkeit der Bedürfnisse und kennt keine soziale Differenzierung. Wenn aber das Soziale der Marktwirtschaft nicht immanent ist, so bedeutet das Beiwort sozial eine Unterscheidung dieser Marktwirtschaft von anderen, die das Beiwort nicht tragen.

Wo aber liegt der Unterschied? Welche Tatsachen haben die sozial indifferente Marktwirtschaft plötzlich in die Höhen der Ethik und der Menschlichkeit geführt? Diese Frage ist bisher nicht beantwortet worden. Die Verteidiger der sozialen Marktwirtschaft erklären, daß eine noch zu realisierende Forderung die Marktwirtschaft sozial machen werde, und das sei die Forderung auf Monopolbekämpfung und Ordnung des Wettbewerbs in dem Sinne, daß wieder auf allen Gebieten der Wirtschaft ein echter Wettbewerb ermöglicht und gewährleistet werde.

Wenn aber die sozialen Marktwirtschaftler selbst der Auffassung sind, diese Forderung müsse erst verwirklicht werden, um die Marktwirtschaft sozial werden zu lassen, dann ist der Beweis erbracht, daß sie es jetzt noch nicht ist und auch nicht sein kann, daß die Bezeichnung somit in der Gegenwart falsch und die Bevölkerung irreführt ist. (Sehr richtig, starker Beifall.)

Gibt es nur zu, ihr christlichen Volkswirte, die Etikette auf euren Flaschen ist falsch, sie enthalten keinen neuen Geist, sondern das schale, abgestandene Ge-

tränk, das unserem Volk schon wiederholt speiübel gemacht hat und dessen nochmaligen Genuß es nicht überleben wird. Ihr betreibt, um im Bilde zu bleiben, eine Restauration, die Restauration des monopol- und kartelldurchgesetzten Spätkapitalismus.

Ihr wendet ein, das sei nicht euer Ziel, wenn auch zuzugeben sei, daß z. Z. noch Monopole, Oligopole und Kartelle auf vielen Märkten keinen echten und unbeschränkten Wettbewerb gestatten, aber der werde schon kommen, wenn einmal die von euch geplante Gesetzgebung gegen Monopole und Kartelle und zur Ordnung des Wettbewerbes in Kraft getreten sei. Dann werde auch die Planwirtschaft der Unternehmer beseitigt, dann zwänge die Konkurrenz die Betriebe zur höchsten Leistung und niedersten Preisen zum Segen für den Verbraucher, dessen Realeinkommen dadurch steige, und so erfülle sich euer Wunsch nach einer sozialen Marktwirtschaft.

Warum, fragen wir, warten die Herren so lange, wenn sie den Zauberstab in Händen haben, durch den sich eine unsoziale Marktwirtschaft in eine soziale verwandelt?

Haben wir soviel Zeit? Man komme nicht mit dem Einwand, daß eine solche Gesetzgebung sehr schwierig sei und daher Zeit koste. Die Kompetenz zur Gesetzgebung besteht seit der Errichtung des bizonalen Wirtschaftsrats, also seit nahezu drei Jahren. Die politischen Kräfte, die die bizonale Verwaltung getragen haben, sind etwa die gleichen, wie sie zur Zeit in den Regierungsparteien verkörpert sind. Daß die Währungsreform kommt, wußte man lange voraus und sicherlich war man auch schon lange vorher entschlossen, den Sprung in die freie Wirtschaft zu wagen. Was in aller Welt hat die Herren gehindert, mit dem gleichen Mut, mit dem man von heute auf morgen in die freie Wirtschaft sprang, auch den Sprung in die Monopol- und Kartellbekämpfung zu wagen? Nun, offenbar reichte der Mut, der für das eine genügte, für das andere nicht aus. Vielleicht hörte man die Stimme seiner Herren. Vielleicht wollte man auch nicht, um es unter dem Banner der sozialen Marktwirtschaft zuzulassen, daß sich ein kleiner Teil des Volkes auf Kosten der großen Massen, deren kleine Kopfgeldausstattung er magnetisch an sich zog, in der hemmungslosesten Weise bereicherte.

Glauben die Vertreter der sogenannten sozialen Marktwirtschaft ernsthaft an die soziale Wirkung ihrer Gesetzesprogramme? Glauben sie ernsthaft, daß das Rad der Geschichte um hundert Jahre zurückgedreht werden könnte und daß der altgewordene Kapitalismus, dessen Adern vom Kalk der Monopole und der Kartelle starr und verengt sind, plötzlich durch ein Gesetz der deutschen Bundesregierung zu einem springlebendigen Jüngling werde? Die Kreise, die an das Wunder glauben oder zu glauben vorgeben, die Marktwirtschaft durch Wiederherstellung des Wettbewerbs mit einer sozialen Funktion ausstatten zu können, glauben plötzlich offenbar auch an die Behörden, an die von ihnen ständig so geschmähte Bürokratie. Sie, deren Versagen gegenüber dem vielfältigen Leben, das die Wirtschaft darstellt, man in diesen Kreisen immer mit höhnischem Lächeln glaubte feststellen zu können, sie ist plötzlich imstande, in die intimsten Herzensangelegenheiten der Wirtschaft machtvoll einzugreifen, nämlich dort, wo die Mächtigen der Wirtschaft die Karten mischen für das angeblich so freie Spiel der Kräfte am Markt. (Sehr gut!) Aber selbst wenn die Behörde imstande wäre, die Aufgabe zu erfüllen, ist der Glaube an die Wiederherstellung eines völlig freien Wettbewerbs eine Illusion. Der Liberalismus hat sich im Prozeß der historischen Dialektik die Antithese paradoxer Weise durch die Vertragsfreiheit gesetzt. Von ihr machte die kapitalistische Wirtschaft in vielfältiger Weise Gebrauch, um die Freiheit des Wettbewerbs einzuschränken.

Im Schutze dieser Verträge wuchsen die Großbetriebe heran, und es sind keine fixen Ideen, sondern wirklich die fixen Kosten, die ihre Stellung im Wettbewerb so außerordentlich prekär machen. Selbst wenn man durch Einschränkung der Vertragsfreiheit eine Korrektur der rechtlichen Situation vornehmen würde, an den

Tatsachen, die inzwischen geschaffen worden sind, läßt sich so leicht nichts ändern, es sei denn, daß man mit Röpke an die Bekämpfung des Großeigentums, an die Dezentralisation der Betriebe, ja sogar an die Zerschlagung der Großstädte herangehen will.

Aber, Herr Röpke, ich fürchte, daß dieser Ihr Neoliberalismus, wenn überhaupt, so nicht ohne eine Planwirtschaft durchzuführen ist, die weit über unsere Absichten hinausgeht. Hier, aber nicht nur hier, zeigt sich, daß der Neoliberalismus staatliche Intervention mannigfacher Art voraussetzt, daß er also in Wirklichkeit kein Liberalismus ist, sondern Interventionismus. Da Interventionen aber ohne Planung Flickwerk wären, kommen Sie, meine Herren Neoliberalen — sehen Sie sich vor —, bedenklich in die Nähe unserer Argumente.

Ist die Konkurrenz überhaupt das tragende Prinzip der Wirtschaft, daß man ihr sogar eine soziale Funktion zuschreiben kann? Ich zitiere folgendes Urteil über die Konkurrenz: „Sie ist ein Ordnungs- und Steuerungsprinzip im engeren Bereich der arbeitsteiligen Marktwirtschaft, aber kein Prinzip, auf dem man eine Gesellschaft als Ganzes aufbauen könnte. Soziologisch-moralisch ist sie sogar ein gefährliches Prinzip, das eher auflöst als verbindet.“ Das steht nicht etwa im Kapital von Karl Marx, sondern in der Gesellschaftskrise der Gegenwart von Wilhelm Röpke und müßte seinen deutschen Musterschülern zu denken geben. Wir sind keineswegs gegen den Wettbewerb und möchten auch nicht seine guten Funktionen missen. Aber es ist eine Illusion, wenn man glaubt, ihn zum beherrschenden, ja sogar ethische Funktionen erfüllenden Prinzip der Volkswirtschaft machen zu können.

Ebenso ist es eine Illusion, wenn nicht Schlimmeres, von der Demokratie der Konsumenten zu sprechen.

Gegenüber dieser Art von Demokratie, wo eine kleine Minderheit hundert- und tausendfaches Stimmrecht im Vergleich zur übergroßen Mehrheit des Volkes besitzt, war das preußische Dreiklassenwahlrecht geradezu ein Ausbund demokratischer Gleichberechtigung. (Sehr gut!) Das ist keine Demokratie, sondern Plutokratie in Reinkultur. (Beifall.)

Haben wir so begrifflich entwickelt, daß die Marktwirtschaft nicht sozial ist, und daß sie auch durch eine vollständige Wiederherstellung des Wettbewerbs — wenn das möglich und wünschenswert wäre — nicht sozial werden kann, so wollen wir jetzt an Hand unserer Erfahrungen in den letzten zwei Jahren das Ergebnis überprüfen. Dabei muß man sich vor dem Fehler hüten, die Wirkungen der Geldreform und der Einführung eines wieder funktionsfähigen Geldes als Folgen der Marktwirtschaft anzusehen. Wir sind bei Abwägung von Ursache und Wirkung nicht so ungerecht, daß wir alle positiven Seiten der Wirtschaftsentwicklung auf die Geldreform und die negativen auf die Marktwirtschaft zurückführen, wie es im umgekehrten Sinne die Anhänger der sozialen Marktwirtschaft tun, die jeglichen Fortschritt der Wirtschaft als ihr Verdienst buchen und alle Schäden und Mängel entweder der Geldreform oder den Besatzungsmächten oder, wenn das alles nicht zieht, dem verlorenen Kriege zur Last legen.

Zweifellos hat die ungeheure Verdienstchance, die sich der freien Wirtschaft mit der Aufhebung von Rationierungsvorschriften und Preisbildungen bot, anspornend auf die Produktion ausgewirkt. Es wird auch nicht bestritten, daß Lebenswille und Arbeitsfreude gehoben werden, wenn das Geld in erwünschten Konsum umgesetzt und wieder etwas gekauft werden kann. Es war auch unser Wunsch, daß die von uns nicht gewollte und gehaßte Zwangswirtschaft sobald als möglich verschwindet — oder nicht zugunsten der Wiederherstellung einer sich selbst überlassenen, teils von blinden Gesetzen des Kräftespiels, teil von übermächtigen Wirtschaftsgruppen dirigierte Wirtschaft —, sondern zugunsten einer Wirtschaftsform, in der planende und lenkende menschliche Ordnung das wirtschaftliche Geschehen nach dem sozial Notwendigen und Gerechten ausrichtet.

Wir waren ferner der Meinung, daß der Übergang von der einen in die andere Wirtschaftsweise behutsam und etappenweise zu vollziehen war und nicht mit der

Brachialgewalt, deren sich Professor Erhard bedauerlicherweise noch rühmt, und die dazu geführt hat, daß, wie schon Schumacher sagte, die Armen ärmer und die Reichen reicher geworden sind. (Beifall.)

Wodurch ist es denn gelungen, die Schlangen vor den Wirtschaftsämtern zu beiseitigen und die Ämter selbst aufzulösen? Weil man Millionen von Menschen von der Bezugsberechtigung einfach ausgeschlossen hat, indem man nur noch den sehr ungleichmäßig verteilten Bezugschein Geld als gültig bezeichnete. Ist das eine soziale Wirtschaft, in der die einen sich alles kaufen können, was sie nur wünschen, während die anderen nicht einmal in der Lage sind, ihren Hunger zu stillen? (Sehr gut!)

Dieser plötzliche und ungesicherte Übergang in die freie Marktwirtschaft hatte eine zweite Auswirkung. Professor Erhard hatte zwar im Wirtschaftsrat prophezeit, die Preise würden nicht steigen, — es sei denn, daß ein Wunder geschehe.

Das Wunder geschah. Es wäre ein Wunder gewesen, wenn es nicht geschehen wäre. (Heiterkeit.) Die Preise kletterten nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage, die in der Wirkung durch deren Unelastizität gesteigert waren, gewaltig in die Höhe. Die Bevölkerung, deren Geldvermögen auf etwa  $\frac{1}{20}$  zusammengestrichen war, wurde auf diese Weise gezwungen, den Rest ihres Besitzes denen auszufolgen, die es durch gesetzwidrige Hortungen von Sachwerten verstanden hatten, ihr Vermögen zu erhalten. (Beifall.) So floß der Milliardenstrom des umgetauschten Geldes und des Kopfgeldes in die Kassen der Besitzer von Produktionsstätten und Lagern und ermöglichte es ihnen, aus dem Gewinn in verhältnismäßig kurzen Wirtschaftsabschnitten Finanzierungen durchzuführen, die in einer gesunden Wirtschaft nur langfristig möglich sind. Eine ungeheure sozial durch nichts gerechtfertigte Vermögensumschichtung war die Folge. Ist die Wirtschaft sozial, in der ein Arbeiter den Umtauschbetrag von drei Monatslöhnen aus der Reichsmarkzeit auf den Tisch legen mußte, um nur ein einziges Paar von den Hunderten von Schuhen kaufen zu können, die er in diesen drei Monaten in der Fabrik gefertigt hatte? Eine dritte Auswirkung des plötzlichen Übergangs in eine andere Wirtschaftsform war die Tatsache, daß Milliardenbeträge an der Steuer vorbeiging, so daß den öffentlichen Kassen die Mittel für notwendige Investitionen und zur Erfüllung dringender sozialer Verpflichtungen fehlten, während gewisse Kreise unseres Volkes einen überfriedensmäßigen Luxus treiben durften. Und schließlich eine vierte Auswirkung: Dadurch, daß man die Kapitalansammlung vollständig unkontrolliert dem freien Spiel der Kräfte überließ und sich auch keine Mühe gab, die Verwendung dieser neu gebildeten Kapitalien für volkswirtschaftlich dringende Investitionen sicherzustellen, erfolgten die Investitionen nicht in der Weise, daß die strukturellen Unausgeglichheiten unserer Volkswirtschaft ausgeglichen und sie dem Ziel des Marshallplanes, bis zum Jahre 1952 aus eigener Kraft lebensfähig zu sein, angepaßt werden konnte. Die Folgen zeigen sich in erschreckender Weise in dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit und der Unfähigkeit, dieser Krankheit unserer Volkswirtschaft zu begegnen. Zwei Millionen Arbeitslose sind nicht nur eine schwere finanzielle Belastung der öffentlichen Kassen, sie sind auch nicht nur ein die Wirtschaft lähmender Ausfall an Kaufkraft, sie sind vor allem eine für ein verarmtes Volk untragbare Einbuße an Produktivkraft, deren Volumen für die Lebenshaltung eines Volkes ausschlaggebend ist. Ist eine Wirtschaft sozial, in der es Millionen Menschen nicht gestattet ist, sich durch Arbeit den Lebensunterhalt zu verdienen und in der ständig Hunderttausende in der Angst vor einem gleichen Schicksal leben müssen?

Theoretische Überlegungen und die Erfahrungen der Praxis führen somit zum gleichen Ergebnis: Diese Marktwirtschaft ist nicht sozial und wird es nie sein. Eine Wirtschaftsform, die als Motor und Steuerung nur das Gewinnstreben kennt, kann nicht zu ethischen Ergebnissen führen. Diese Wirtschaftsform ist auch mit den Lehren des Christentums nicht zu vereinbaren, und die Spannungen zwischen der christlichen Lehre und der Realität haben nicht zuletzt hierin ihre Ursache. Sie können nicht überbrückt werden durch charitatives Verhalten oder Sonntagschristentum.

Wer die Lehre Christi in dieser Wirtschaftsform realisieren will, wird durch die Gesetze des Marktes zum wirtschaftlichen Tod verurteilt. Wer aber die Gesetze des Marktes befolgt, wird häufig sein christliches Gewissen strapazieren müssen.

Aus dieser Erkenntnis unserer wirtschaftlichen Fassung und der sie gestaltenden Kräfte steigen ernste Gefahren auf, die unserem Volke ökonomisch, sozial und politisch drohen. Ökonomisch, weil diese Wirtschaftsform nicht in der Kürze der uns zur Verfügung stehenden Zeit die Aufgaben lösen kann, die schweren strukturellen Schäden des Wirtschaftskörpers zu beseitigen. Infolgedessen wird sie das Problem der Arbeitslosigkeit ebensowenig bewältigen können, wie die Aufgabe, unseren Export so zu steigern, daß wir 1952 oder nicht allzu lange danach die Lebensfähigkeit erreicht haben. Da die Lebensfähigkeit und die Vollbeschäftigung voneinander nicht zu trennende gleichwertige Voraussetzungen unseres wirtschaftlichen Aufstiegs sind, wirken sich die Unlösbarkeit oder die verzögerte Lösung des einen Problems zwangsläufig auf das andere aus und die Schwierigkeiten multiplizieren sich, wenn beide Probleme nicht lösbar sind. Sozial erwachsen uns die Gefahren eines in Klassen zerrissenen Volkes, das die Güte der Staatsführung an der Unterschiedlichkeit der Lebenshaltung zu messen pflegt und seinen Unmut über das Ergebnis des Vergleichs in der Beurteilung der Demokratie ausdrückt. Die daraus entstehenden politischen Gefahren liegen auf der Hand. Sie sind um so größer, als ein gewaltiger Gegner der Demokratie auf dem Sprunge liegt und entschlossen ist, das Mißtrauen gegenüber der demokratischen Staatsform zu nutzen.

Das sind die Wirkungen der angeblich sozialen Marktwirtschaft in der Gegenwart und ihre Aussichten für die Zukunft. Mit der Behauptung, die menschliche Freiheit wieder herzustellen und sie zu garantieren, ist sie eingeführt worden. In Wirklichkeit war sie nur die Freiheit für eine kleine Gruppe des Volkes, auf Kosten der großen Massen ungeheure Gewinne zu machen. Mit der Parole des Kampfes gegen die Bevormundung durch den Staat wurde erneut die wirtschaftliche Macht großer Interessengruppen über das Volk etabliert und damit die wirtschaftliche Unfreiheit der Arbeitnehmer. Die Quote des Unternehmergewinnes aus dem Sozialprodukt ist erheblich gestiegen, der Lohnanteil stark gefallen. Das ist die nüchterne Bilanz der sozialen Marktwirtschaft. Und über all dem hängt die schwarze Gewitterwolke der vollständigen politischen und wirtschaftlichen Unfreiheit eines an der Demokratie verzweifelten Volkes.

Diesem Vakuum an volkswirtschaftlicher Konzeption mit seinen schweren Gefahren für Wirtschaft und Volk, diesem nur schlecht getarnten Interessenstandpunkt stellen wir unsere sozialdemokratische Auffassung von den Aufgaben und Methoden einer sich am Menschen und nur an ihm orientierten Wirtschaftspolitik gegenüber. (Beifall.) Ohne Übertreibung und ohne billiges Eigenlob können wir feststellen, daß wir die einzige Partei sind, die mit solchen Maßstäben ihre Wirtschaftspolitik ausrichtet, während die bürgerlichen Parteien, soweit sie nicht aus reinen Interessenvertretern bestehen, allenfalls bei grundsätzlicher Bejahung des derzeitigen Wirtschaftssystems zu sozialem Flickwerk mehr oder weniger bereit sind. Von den Kommunisten brauche ich in diesem Zusammenhang nicht zu sprechen, denn sie machen keine deutsche, sondern russische Politik und konsequenterweise ist auch ihre Wirtschaftspolitik nach russischen Interessen orientiert. (Beifall.) Nicht Deutsche, sondern nur Statthalter der Sowjetunion können es fertig bringen, sich noch untertänigst für den Großmut zu bedanken, daß man aus der ausgeplünderten Zone noch weitere Milliarden bezahlen darf, nachdem bereits ein Vielfaches des Betrages geleistet worden ist, den Sowjetrußland als seine Kriegsschädigungsforderung beziffert hatte. (Beifall.) Unsere wirtschaftspolitischen Forderungen sind keine Utopien. Sie sind untermauert durch die Erkenntnisse der modernen volkswirtschaftlichen Wissenschaft und können in ihrer wissenschaftlichen Fundierung den Kampf mit anderen wissenschaftlichen Theorien sehr wohl aufnehmen. Aber bei allen Bestrebungen, die nationale Wurzel unseres politischen Wollens zu pflegen und nie zu vernachlässigen, muß doch die gewaltige und sich immer wieder verjüngende Kraft einer großen Bewegung, die sich die Umgestaltung der menschlichen Gesell-

schaft zum Ziel gesetzt hat, aus dem Emotionalen einer erhabenen Idee strömen. So sehr wir die wissenschaftliche Auseinandersetzung schätzen und so sehr wir sie brauchen, um unsere Vorstellungen über Methoden und Tagesfragen ständig zu revidieren, so wenig darf der Kampf um den Sozialismus auf die Ebene theoretischer Streitgespräche verschoben werden, zu denen das Volk wie zu Fußballspielen oder Boxkämpfen geht — wenn auch nicht so zahlreich — und wo es seine Gunst verteilt, je nachdem, wie stark der eine oder andere im Geben oder Nehmen ist. Auch, wenn es keine Wirtschaftswissenschaft gäbe, wären wir Sozialisten. Es waren nicht die kühlen, verstandesmäßigen Überlegungen, die unsere Väter in den Stand setzten, die Verfolgungen auf Grund des Sozialistengesetzes zu ertragen und Rationalität hätte nicht ausgereicht, die Hölle der Konzentrationslager oder gar den Tod auf dem Schaffott oder am Galgen eher zu dulden, als sich den Willen brechen zu lassen, wenn nicht in diesen Männern das Feuer der Idee geglüht hätte. (Beifall.)

Wenn es einmal verlöschen würde, würde die Menschheit ihren Namen nicht mehr verdienen. Diese Idee fließt aus der Achtung vor dem Menschen und seiner Würde, aus der Liebe zum Mitmenschen und aus einem untrüglichen Gefühl für Gerechtigkeit.

Vergleichen wir die Wirklichkeit mit der Idee, so stellen wir fest: Die menschliche Gesellschaft teilt sich in Besitzende und solche, die nichts haben als ihre Arbeitskraft. Aber während es in früheren primitiven Zeiten dem einzelnen möglich war, seine Arbeitskraft durch unmittelbare Verbindung mit den Naturschätzen einzusetzen und sich so seine Existenzmittel zu erarbeiten, ist heute der Mensch durch ein Netz von Gesetzen vom Zugang zu allen Naturschätzen getrennt. Durch dieses Netz wird er nur hindurchgelassen, wenn er eine Gegenleistung bezahlt. Dazu ist er aber nicht immer imstande, weil er nichts hat als seine Arbeitskraft und weil es in unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung häufig vorkommt, daß nicht einmal die Arbeitskraft abgenommen wird. Der so betroffene Mensch kann nichts produzieren, weil ihm der Zugang zu den Produktionsmitteln verwehrt ist. Er kann keinen Acker bestellen, um sich wenigstens die Lebensmittel selbst zu erzeugen, weil das Gesetzesnetz ihn vom Eigentum am Boden trennt; er kann nicht auf die Jagd gehen oder Fische fangen, weil auch das ihm das Gesetz ohne Gegenleistung verwehrt. Er muß entweder verhungern oder das Netz und damit das Gesetz brechen, das heißt zum Verbrecher werden, weil er leben will. Weil die menschliche Gesellschaft vor dieser Alternative zurückschreckt, zahlt sie aus dem Volkseinkommen eine unter dem Existenzminimum liegende kleine Unterstützung, die nur zur Lebensverlängerung, aber nicht zu einem menschenwürdigen Leben ausreicht und die die seelische Last, unnützlich zu sein und ausgestoßen aus dem Kreise der Schaffenden, nicht behebt. Das ist kein naturgegebener unabänderlicher Zustand, sondern ist zurückzuführen auf menschliche Einrichtungen, menschliche Organisationen, menschliche Gesetze und vor allem menschliche Unterlassungen. Das kann und darf nicht so bleiben. (Beifall.) Die Arbeit wird der Menschheit nie ausgehen und die Existenzmittel für alle sind vorhanden oder können ohne Schwierigkeiten beim derzeitigen Stand der Technik geschaffen werden. Es ist also nur eine Frage menschlicher Organisation, diese Zustände zu ändern. Die freie Wirtschaft hat das Problem nicht lösen können, also müssen wir zu den Korrekturen schreiten, die die Lösung ermöglichen. Denn sonst droht uns die immer mögliche Lösung in der absoluten Unfreiheit der Diktatur und des kollektiven Zwanges. Die Sicherheit der Menschen ist durch die Entwicklung im Zeitalter und nach den Gesetzen des Kapitalismus verloren gegangen.

Die zyklischen Bewegungen der Wirtschaft mit ihrem Auf und Nieder von Konjunktur und Depression bedrohen jedesmal die Existenz von vielen Millionen Menschen. Der Schrei nach Sicherheit wird die Sehnsucht nach der Freiheit ersticken, wenn es nicht gelingt, die Sicherheit in der Freiheit zu garantieren und Freiheit und Sicherheit miteinander zu verbinden. Deswegen fordern wir Vollbeschäftigung, das heißt, das Recht und die Verwirklichung des Rechts auf die Arbeit für alle.

Das Verlangen nach Sicherheit erschöpft sich aber nicht in dem Anspruch auf den Arbeitsplatz. Es denkt jeder an die Zeit, wo er einmal, sei es vorübergehend, sei es auf die Dauer, aus physischen Gründen nicht mehr arbeiten kann. Die Gemeinschaft des Volkes hat an die zu denken, die jetzt schon in dieser Lage sind, darunter an das Heer derjenigen, die der Krieg um ihre Arbeitskraft gebracht hat. Es genügt nicht, mit dem Bundeskanzler zu sagen: „Wir wollen so sozial wie möglich sein.“

Es gibt soziale Pflichten eines Volkes, die in jedem Fall erfüllt werden müssen und deswegen fordern wir, daß wir so sozial sind als notwendig ist. Dazu ist wiederum erforderlich, die Wirtschaft nicht sich selbst und den Gesetzen des Gewinnstrebens zu überlassen, sondern ordnend so einzugreifen, daß das Maximum an volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gewährleistet ist. Dann wird es auch gelingen, das sozial Notwendige möglich zu machen. Diese Ordnung der Wirtschaft besteht in einer vorausschauenden Planung, die die Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung feststellt und, soweit möglich ohne Zwang, die Wirtschaft im Rahmen dieser Planung steuert. Die Steuerung durch die Automatik des Preises hat immer und immer wieder versagt und die Menschheit von Krise zu Krise getrieben. Die politische Entwicklung des 20. Jahrhunderts, das Aufkommen der Diktaturen und die ideologische Aufspaltung der Menschheit mit allen Gefahren des damit verbundenen Fanatismus haben darin ihre Ursache. Entweder gelingt es, die Mängel des Steuerungsmechanismus in einem freiheitlichen System zu beseitigen oder die Steuerung wird durch das Kommando über eine unfreie Menschheit ersetzt. Deswegen fordern wir Planung und Lenkung. Sie ist nur möglich, wenn die Schlüsselpositionen der Wirtschaft sich nicht mehr in privater Hand, sondern im Eigentum des Volkes befinden. Es ist ein Irrtum, zu glauben, der Staat könne die privaten Schlüsselindustrien ebenso lenken wie die Betriebe, die im Eigentum des Volkes stehen. Bei Aufrechterhaltung des privaten Eigentums an den Bastionen der Wirtschaft wird der Kampf um die Lenkung mit Sicherheit so enden, daß nicht der Staat die Wirtschaft, sondern einige Wirtschaftsgewaltige den Staat lenken. Auch die für eine europäische Wirtschaftseinheit notwendige Integration einzelner Grundstoffindustrien ist auf privater Grundlage nicht möglich, wenn man nicht den Europagedanken durch europäische Kartelle diskreditieren will. Und man soll sich nicht der Illusion hingeben, daß die in den Anfängen naturgemäß schwache Föderativgewalt Europas mit internationalen Kartellen privater Unternehmen leichter und besser fertig werden könnte, als es den Nationalstaaten mit ihren nationalen Monopolen gelungen ist. Deswegen fordern wir Überführung der Schlüsselpositionen der deutschen Wirtschaft in das Eigentum des Volkes. Dann können die Betriebe und Unternehmungen, die nicht zu den Schlüsselpositionen gehören, in privater Hand bleiben. Aber auch sie sind im Hinblick auf das faktische Produktionsmonopol der Unternehmer keine rein privaten Angelegenheiten, sondern gehen als Grundlagen des Produktionsvolumens der Volkswirtschaft und der Existenz der arbeitenden Menschen das ganze Volk an. Deswegen kann die Verfügung in Betrieben von einer gewissen Größe in personeller, sozialer und bei grundsätzlichen Entscheidungen auch in wirtschaftlichen Dingen nicht dem Unternehmer allein überlassen bleiben. Deswegen fordern wir das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Betrieben und in der Volkswirtschaft. Sie ist das Mittel, um die Arbeiterschaft aus der Funktion des Produktionsfaktors in die Sphäre der wirtschaftspolitischen Willensbildung und damit der wirtschaftlichen Verantwortung zu heben und so eine Kluft zu schließen, die, je länger sie dauert, desto mehr das Volk spaltet.

Es ist ein neuer Weg, der viel guten Willen auf beiden Seiten voraussetzt. Aber der neue Wege muß gegangen werden, weil wir wissen, wohin die alten Geleise führen.

So rundet sich das Bild eines umfassenden Planes, der immer vom Menschen ausgehend, den Menschen Maß und Ziel sein läßt.



Aber ich will mich nicht damit begnügen, lediglich die Forderungen zu formulieren, sondern versuchen, ihnen wenigstens andeutungsweise die Wege zu ihrer Verwirklichung zu zeigen.

Über das Problem der Vollbeschäftigung hat ein vom wirtschaftspolitischen Ausschuß des Parteivorstandes eingesetzter Unterausschuß wertvolle Vorarbeit geleistet, die zur Grundlage einer vom wirtschaftspolitischen Ausschuß dem Parteivorstand vorgelegten Ausarbeitung gemacht worden ist. Der Antrag des Parteivorstandes liegt Ihnen vor und ich brauche deswegen nicht auf alle Einzelheiten einzugehen. Daß die Bundesregierung in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bisher versagt hat, ist kein Zufall, denn mit dem von ihr vertretenen Prinzip der freien Marktwirtschaft ist das Problem nicht zu lösen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfordert einen Plan und wie sollte man erwarten, daß eine Regierung, für die das wirtschaftliche Planen ein rotes Tuch ist, sich wirksam auf diesem Gebiet betätigt. Man sieht es dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung an, mit welcher Unlust man ans Werk gegangen ist und wie wenig entschlossener Wille dahinter steckt. Es würde der Konzeption der Regierung und ihrer Theoretiker weit eher entsprechen, dem Volke zu sagen, daß die Arbeitslosigkeit eine gesetzmäßige Folge wirtschaftlicher Daten ist und daß man es dem Selbstheilungsprozeß überlassen müsse, ob und in welchem Umfang dieser Zustand beseitigt werden könne. Das zu sagen, hat man begreiflicherweise nicht den Mut, weil man weiß, daß dann ein Sturm der Entrüstung diese Regierung hinwegfegen würde. Infolgedessen haben sich Antiplaner zu einem Plan und die Anhänger der freien Wirtschaft zur Staatsintervention entschließen müssen. Die Geschichte geht oft sonderbare Wege und ist gelegentlich nicht ohne Humor. Wie widerwillig die Regierung gewesen, beweist die Zeitdauer, die man gebraucht hat, bis man endlich zugab, daß das Anwachsen der Arbeitslosigkeit beunruhigend wurde. Und erst eine sozialdemokratische Interpellation im Bundestag brachte die Dinge in Fluß. Wie wenig das Regierungsprogramm wirkt, zeigt die viel zu geringe Abnahme der Arbeitslosenziffer trotz günstigen saisonalen und konjunkturellen Bedingungen.

Demgegenüber enthält unser Programm eine klare Vorstellung von den Ursachen der Arbeitslosigkeit und den Methoden ihrer Beseitigung, ferner die organisatorischen Vorschläge zur straffen und koordinierenden Zusammenfassung der Maßnahmen, die Mittel der Kapitalbildung und -lenkung und schließlich die Überlegungen, die zur Abwehr gefährlicher Konsequenzen angestellt werden müssen. Wir lehnen die Palliativmittel ab, mit denen versucht wird, die Arbeitslosigkeit zu mildern, in dem Gruppen von Arbeitnehmern, etwa die Frauen oder die Heimatvertriebenen zugunsten anderer Gruppen benachteiligt werden. (Beifall.) Wir müssen darin den sehr durchsichtigen Versuch erkennen und brandmarken, die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit der Arbeiterschaft selbst zuzuschieben und durch Anstachelung des Gruppenegoismus die Arbeiterschaft zu spalten. Allen diesen Versuchen muß mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. (Sehr gut.) Es können nur konstruktive, von der Wurzel ausgehende Lösungen helfen. In erster Linie, weil am raschesten wirksam, müssen vorhandene Arbeitsplätze besetzt werden. Soweit dies aus Gründen ungenügender Finanzierung bisher nicht möglich war, muß das Zentralbanksystem über das bisherige ungenügende Maß hinaus durch Krediterschöpfung und durch den Erwerb langfristiger Schuldtitel finanzielle Hilfestellung leisten, wobei allerdings die Grenze des Währungsschutzes zu beachten ist. Da die Mittel aber sofort in Produktion umgesetzt werden, ist diese Gefahr gering und sollte nicht übertrieben werden. Mit solchen sofort in der Produktion zu verwendenden Mitteln sollen sowohl Exportfinanzierungen erfolgen als auch dem Wohnungsbau und bestehenden Flüchtlingsunternehmungen wirksame Hilfe geleistet werden. Aber auch von der Konsumseite her kann der Anreiz zur Ausnützung brachliegender Kapazitäten erfolgen, indem Leistungen des Lastenausgleichs, wie Hausratshilfe, Aufbauhilfe und Gemeinschaftshilfe vorfinanziert werden.

Das Hauptgewicht wird aber im Hinblick auf die schweren strukturellen Schäden unserer Volkswirtschaft, aber auch im Hinblick auf die im Interesse unserer Lebensfähigkeit notwendige Steigerung des Sozialprodukts um 30 bis 40 Prozent auf die

Schaffung neuer Arbeitsplätze gelegt werden müssen und das ist das Problem der Investitionen. Die bisherige Investitionspolitik war sowohl was die Schaffung neuer Arbeitsplätze anlangt als auch unter dem Gesichtspunkt der Erreichung der Lebensfähigkeit im Sinne des Marshallplans unzureichend. Der Grund liegt auch hier in der Wirtschaftspolitik des laissez faire.

Sie hatte zur Folge, daß nur der kleinere Teil der jährlichen Investitionen von Brutto 17 bis 19 Milliarden im Jahr seit der Währungsreform einer Steigerung unterlag, weil die Mittel von der öffentlichen Hand gegeben oder wenigstens garantiert werden, während der weitaus größte Teil der Investitionsfinanzierungen aus der sogenannten Selbstfinanzierung erfolgte und sich infolgedessen jeder Lenkung entzog. Die Auswirkungen sind deutlich zu sehen in den luxuriösen Verkaufsstätten, Restaurants, Kinos und Vergnügungsunternehmen, während die Industrieansiedlungen in überfüllten Flüchtlingsgebieten ebenso wie der soziale Wohnungsbau weit hinter dem Erträglichen zurückgeblieben sind. (Sehr richtig!)

Es ist zwar nicht zu bestreiten, daß auch jene Investitionen Arbeit mit sich gebracht und Menschen beschäftigt haben. Aber das ist nicht entscheidend. Bei der geringen Kapitaldecke und der Notwendigkeit, in vorgeschriebener Zeit gewisse Ziele zu erreichen, haben bestimmte Investitionen unbedingten volkswirtschaftlichen Vorrang, weil von ihnen die Lebensfähigkeit unserer Gesamtwirtschaft abhängt. (Sehr richtig!)

Wenn sie unerbleiben mußten, weil das Kapital nicht vorhanden war oder nicht ausreichte, während es zu anderen, nicht so dringlichen Zwecken aus rein privat-egoistischen Gründen verwendet worden ist, so liegt eine volkswirtschaftliche Fehl-investition selbst dann vor, wenn die Investition privatwirtschaftlich gesehen rentierlich war.

Im Hinblick auf die entscheidende Wirkung der Verteilung des Sozialprodukts in Konsum- und Investitionsraten und im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Investitionsrate so zu steuern, daß nicht volkswirtschaftlich vordringliche Aufgaben vernachlässigt werden, ist die Aufstellung eines sogenannten Nationalbudgets, d. h. eines volkswirtschaftlichen Gesamthaushalts, eine entscheidende Forderung in unserem Vorschlag zur Erreichung der Vollbeschäftigung. (Bravorufe.)

Der volkswirtschaftliche Gesamthaushalt hat als Kernpunkte einerseits die Investitionsbilanz und andererseits die Zahlungsbilanz unserer Volkswirtschaft zu enthalten. Auf diese Weise gibt sich die Volkswirtschaft vorausschauend Rechenschaft über den Umfang und die Richtung der Investitionen und ihre Finanzierung, und auf der anderen Seite über die Auswirkungen auf die Beziehungen der deutschen Volkswirtschaft zur Welt.

Unser Vorschlag enthält, ohne daß damit eine Rangordnung verbunden wäre, eine Aufzählung der Wirtschaftszweige, in denen Investitionen vordringlich notwendig sind. Diese Investitionspläne sind von Zeit zu Zeit zu überprüfen und in ihrer Rangordnung nach den jeweils gegebenen Notwendigkeiten auszurichten.

Ich kann es mir ersparen, die zur Zeit vordringlichen Investitionsaufgaben aufzuzählen, und darf Sie bitten, die Einzelheiten in der gedruckten Vorlage nachzulesen. Wenn ich eine Ausnahme mache und die Dringlichkeit des Seeschiffbaus und des Wiederaufbaus unserer See- und Binnenhäfen hervorhebe, so bitte ich das nicht nur als liebenswürdige Geste der Dankbarkeit gegenüber unserer so gastfreundlichen Tagungsstadt aufzufassen, sondern als einen besonderen Akzent, den wir unter all den lebenswichtigen Aufgaben gerade auf dieses Problem zu legen entschlossen sind. (Beifall.)

Die Gestaltung unseres Außenhandels vor allem nach Beendigung der Marshall-Hilfe ist die Schicksalsfrage unseres Volkes. Wie sollen wir sie lösen, wenn wir fast ausschließlich auf die fremde Schifffahrt angewiesen wären? Die Verbesserung unserer Devisenbilanz um Hunderte von Millionen ist ein Argument, das auch die Besatzungsmächte im Interesse unserer Lebensfähigkeit und Unabhängigkeit von ihrer Hilfe überzeugen müßte. Navigare necesse est, Seefahrt tut not, gilt nicht nur

im ökonomischen Sinne. Für die Geltung eines Volkes, das immer zur See gefahren ist, in der Welt und vor sich selbst ist es unerlässlich, daß es seine Flagge auf den Weltmeeren zeigt. Die Stadt Hamburg ist durch die politischen Ereignisse in Mittel- und Osteuropa in eine tragische Situation geraten, die der der Stadt Berlin ähnelt. Die Verbindungen zum Hinterland sind im wesentlichen abgeschnitten. Dem wichtigsten Tor des Kontinents zur Welt droht die Gefahr, daß es verrostet. Wir wollen es selbst unter großen Opfern offenhalten, als Ausdruck unseres unerschütterlichen Glaubens an die Wiedervereinigung ganz Deutschlands und die damit wiederkehrende europäische Bedeutung unserer Hansestadt Hamburg. (Bravorufe — Beifall.)

Bei allen Investitionsplänen sind zwei Grundsätze zu beachten: 1. Ausrichtung nach dem gesamteuropäischen Wirtschaftsprogramm und 2. Priorität aller der Ausführung dienenden Investitionsvorhaben.

Das Mittel, mit sogenannten Notstandsarbeiten rasche und in die Augen fallende Wirkungen zu erzielen sollte, so verführerisch es ist, nur in unausweichlichen Notfällen angewandt werden; denn es beseitigt die Arbeitslosigkeit nur auf vorübergehende Zeit und hintzieht das dafür verwendete Kapital dringenderen Aufgaben.

Der Standortplanung ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Im Interesse einer gesunden Strukturierung unserer Wirtschaft sollten nicht die Großstädte und Industriezentren mit weiteren Kapazitäten ausgestattet werden, es sei denn, daß technische Erfordernisse oder Fragen der Preisgestaltung dieses unausweichlich machen, sondern es sollten das flache Land und hier vor allem die Flüchtlingsgebiete stärker industrialisiert werden. (Beifall.) Wenn die private Unternehmerschaft hierzu nicht bereit ist, muß an die staatliche Errichtung von Betrieben gedacht werden, die je nach ihrer Eignung als sozialisierte Betriebe oder im Pachtverhältnis auf privater Grundlage geführt werden können.

Eine Investitionslenkung mit dem Ziel der Vollbeschäftigung setzt eine staatliche Organisation im Regierungsapparat voraus, die das Neben- und Durcheinander, wie wir es bei den Maßnahmen der Bundesregierung erleben mußten, durch Koordinierung und einheitliche Willensbildung ausschließt. Auch darüber enthält unser Vorschlag Einzelheiten, die ich nachzulesen bitte. Wichtig ist vor allem, daß das Zentralnotenbanksystem in Zukunft nicht mehr die Rolle eines von niemandem abhängigen und niemand verantwortlichen Staates im Staat spielen darf, (Beifall) sondern zu einem Instrument der Wirtschaftspolitik werden muß, dem aber zur Sicherung seiner Funktion als Hüterin der Währung besondere Befugnisse eingeräumt werden müssen. Zu diesem Zweck muß das Zentralbanksystem durch ein Bundesnotenbankgesetz neu geordnet werden. Die Kapitalbildung, insbesondere das Kleinsparen, ist durch Anreize, wobei das Zwecksparen eine besondere Rolle spielen kann, zu fördern, und zwar nicht nur, um die Kapitaldecke auszuweiten, sondern auch, um die auf dem Wege zur Vollbeschäftigung eintretende Konsumsteigerung abzugrenzen. Die Selbstfinanzierung, der die Bundesregierung in der Änderung des Einkommensteuergesetzes verständlicherweise einen neuen Auftrieb gegeben hat, muß wegen ihrer Lenkungsfeindlichkeit zugunsten der Investitionsfinanzierungen über private und gemeinnützige Kapitalsammelstellen eingeschränkt werden. Das setzt aber voraus, daß die bisherigen, sehr dürftigen Vorschriften des Kapitallenkungsgesetzes, die sich nur mit den Emissionen beschäftigen, ausgedehnt werden auf die Anlagepolitik der Kredit- und Versicherungsinstitute, für die der volkswirtschaftliche Gesamthaushalt Richtlinien zu geben hat, deren Befolgung durch Ausübung der Aufsicht und Handhabung der Refinanzierung sicherzustellen ist.

Die Steigerung der Beschäftigung mit dem Ziel der Vollbeschäftigung hat die Tendenz, sich auf die Preise und die Außenhandelsbilanz auszuwirken. Durch die erhöhte Konsumnachfrage erhalten die Preise einen Anreiz zum Aufstieg. Der erhöhte Konsum macht aber andererseits eine erhöhte Einfuhr erforderlich, während die Neigung zur Ausfuhr durch die sich auch preislich verbessernden Absatzmöglichkeiten im Inland abgeschwächt wird.

Diesen Tendenzen muß entgegengearbeitet werden, und auch dafür sind von uns Vorschläge gemacht worden. Die Bekämpfung der Preisaufriebstendenzen kann in dreifacher Weise angesetzt werden, einmal durch Bekämpfung überhöhter Gewinne, zum anderen durch Nachfragereregulierungen und schließlich durch Anreize zum Sparen. Die Tendenz zur Verschlechterung der Außenhandelsbilanz kann abgelenkt werden durch besondere Anreize für den Export. Notwendig ist hier aber vor allem eine Revision der Liberalisierungspolitik. Sie setzt vollständige Gegenseitigkeit voraus. Wenn sie aber trotz Gegenseitigkeit zu erheblicher und dauernder Verschlechterung der Devisenlage führt, ist eine Einfuhrregulierung erforderlich.

Ein solches konstruktives Programm ist geeignet, uns dem Ziel der Vollbeschäftigung näherzubringen, wobei wir uns allerdings darüber im klaren sind, daß im Hinblick auf die Fluktuation auf einem freien Arbeitsmarkt und die saisonbedingten Schwankungen unter Vollbeschäftigung nicht verstanden werden kann, daß auch der letzte Arbeiter zu jeder Zeit in Arbeit und Brot steht.

Unsere Vorschläge erfordern eine gewisse Zeit. Die Wirkungen könnten längst sichtbar sein, wenn die bizonale Wirtschaftsverwaltung und nach ihr die Bundesregierung die Arbeitslosigkeit, aber auch die Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft rechtzeitig in den Bereich ihrer Erwägungen gezogen und die notwendigen Maßnahmen eingeleitet hätte.

Am Problem der Arbeitslosigkeit haben wir gesehen, daß nur planende und lenkende Maßnahmen geeignet sind, den kranken Wirtschaftskörper zu heilen. Man soll aber nicht glauben, daß die Planung und Lenkung beiseitegelegt werden können, wenn einmal das Ziel der Vollbeschäftigung annähernd erreicht ist. Nun gilt es, diesen Beschäftigungsgrad aufrechtzuerhalten, und auch dazu ist eine ständige Überwachung der Wirtschaft auf Grund sorgfältiger und zeitnaher statistischer Erhebungen ebenso erforderlich wie die im voraus anzustellenden Erwägungen über die einzelnen Maßnahmen, die im Falle auftretender Störungen zu ergreifen sind. Unter Planung und Lenkung einer Wirtschaft ist nicht eine Überbetriebs- und Verteilungsleitung zu verstehen, die den einzelnen Unternehmungen ihre Produktion und den einzelnen Konsumenten ihren Verbrauch vorschreibt. Das unterstellen uns Böswillige, um damit sowohl das Schreckgespenst der Mammutbürokratie wie den Fluch der Zwangswirtschaft verbinden zu können. Planen ist die Voraussetzung rationellen Wirtschaftens von der Hauswirtschaft bis zur Volkswirtschaft. Das freie Spiel der Kräfte kann das Planen nicht ersetzen, weil seine Steuerungsfunktion vor allem in Notzeiten versagt und meist auch verspätet, und zwar durch den Zusammenbruch oder gar die Krise, in Funktion tritt. Das Auf und Ab der volkswirtschaftlichen Wellenbewegung kann und muß abgeflacht werden durch entsprechende Gegenmaßnahmen. Diese Krise trifft ja nicht nur den Unternehmer, sondern in sehr viel härterem Maße den Arbeitnehmer und schließlich das Volk, verkörpert durch den Staat, der mit den öffentlichen Mitteln einspringen muß, um die Krise aufzufangen. Der Staat kann sich aber nicht mit der Rolle des Sanitätsgefreiten begnügen, der zur Hilfe gerufen wird, wenn infolge eines zu anstrengenden Marsches Zusammenbrüche eintreten, sondern er soll die Truppe so führen, daß Zusammenbrüche möglichst vermieden werden. (Beifall.)

Bei den besonderen Aufgaben, die uns durch die Spaltung Deutschlands in zwei Teile entstanden sind, die die strukturellen Veränderungen unserer Wirtschaft, die das Vertriebenenproblem, die europäische Integration und die Marshall-Hilfe und deren Ende uns auferlegen, ist eine Planung die selbstverständliche Voraussetzung, die Aufgaben zu meistern. Das sollten vor allem auch die Heimatvertriebenen selbst, wie auch alle anderen Opfer unserer politischen Lage erkennen. Mit Interessenvertretungen sind die Probleme nicht zu lösen. Alle betroffenen Gruppen müßten ihre Kraft einfließen lassen in den großen Strom, der den Durchbruch durch alle Dämme des Besitzes vollziehen muß zu einer anderen, besseren Gestaltung unserer Wirtschaft und Gesellschaft, und dieser Strom ist die Sozialdemokratische Partei.

Interessenvertretungen können sich nur so auswirken, daß dem zu schwachen Volkskörper neue Lasten aufgepackt werden. Um sie tragen zu können, wird er

andere, die weniger stark Vertretenen, abwerfen. Die Heimatvertriebenen sind gegenüber den anderen Interessenten nicht die stärkste Gruppe. Die Aufgabe kann nur gelöst werden, wenn die Volkswirtschaft planmäßig so entwickelt wird, daß sie alle Lasten, die getragen werden müssen, nach gerechter Verteilung der Gewichte auch zu tragen imstande ist.

Zur Planung und Lenkung genügt eine kleine Organisation, die etwa das Gremium sein könnte, das wir in unserem Vollbeschäftigungsprogramm vorgeschlagen haben und das sich der Mitarbeit wirksam organisierter statistischer Ämter und Konjunkturforschungsinstitute sowie der Wissenschaft und der Praxis zu bedienen hätte. Die Lenkungsmaßnahmen und -methoden müßten jeweils der Situation angepaßt werden. Wenn es bergauf geht, kann man den Zügel ganz locker lassen; man muß sich aber darauf einrichten, ihn sofort stramm anzuziehen und die Bremse in Wirksamkeit zu setzen, wenn der Höhepunkt erreicht ist und es abwärts geht. Die Lenkungsmethoden sollen grundsätzlich die der leichten Hand sein. Zins- und Kreditpolitik, Steuern und Investitionen der öffentlichen Hand, Unterstützung oder Einschränkung der Konkurrenz, Steigerung oder Drosselung des Imports, Maßnahmen zur Lenkung des Arbeitseinsatzes, Spar- und Konsumanreize, das und anderes mehr sind Mittel, die allein oder miteinander in der Lage sind, im Normalfall steuernde Wirkung zu haben. In besonders bedrohlichen Situationen wird man auch vor Maßnahmen des Zwanges nicht zurückschrecken dürfen, wie das ja auch die kapitalistische Wirtschaft in Notzeiten regelmäßig getan hat. Aber das können immer nur vorübergehende Maßnahmen sein. Sie sind in keinem Falle ein wesentlicher Bestandteil dieser Wirtschaftsform.

Die Notwendigkeit einer Planung und Lenkung der Wirtschaft nach dieser Planung zeigt sich auch, und hier besonders deutlich, bei der Landwirtschaft. Wenn der Bauer seinen Anbauplan aufstellt, möchte er mit einiger Sicherheit wissen, daß er den Ertrag absetzen kann, und zwar zu Preisen, bei denen sich seine Arbeit gelohnt hat. In einer freien Wirtschaft ist das unmöglich. Die Pflege unserer Landwirtschaft ist aber bei dem Zwang zur Devisensparnis und im Hinblick darauf, daß wir unsere Ernährung nicht aus eigener Scholle decken können, eine Voraussetzung unserer Lebensfähigkeit. (Beifall.) Auf die Dauer wird auch kein Pfarrer den Bauer lehren können, daß seine Interessen bei den Vertretern der freien Wirtschaft besser aufgehoben sind als bei uns (Beifall), auch wenn sie sich den Anschein geben, daß sie zum lieben Gott die besseren Verbindungen haben. Der Gott, den Christus gelehrt hat, ist nicht der Schutzpatron der Reichen. (Beifall.)

Eine wirksame Lenkung der Volkswirtschaft setzt aber voraus, daß die Schlüsselpositionen der Wirtschaft aus dem privaten Eigentum herausgenommen und in das Eigentum des Volkes übergeführt werden. (Beifall.) Wer glaubt, Planung und Lenkung würden die Eigentumsforderungen uninteressant machen, vergißt, daß auch für die Wirtschaftsverfassungen das Wort Lassalles gilt: „Verfassungsfragen sind Machtfragen.“ Die Lenkung einer Wirtschaft, deren Schlüsselpositionen sich in privater Hand befinden, wird, wenn ich mich nach der Entmilitarisierung noch eines militärischen Beispiels bedienen darf, ebenso funktionieren wie die Führung eines Heeres, dessen sämtliche Waffen- und Munitionsbestände sich in privatem Besitz befinden und dort jeweils angefordert werden müssen.

Neben den Gründen einer wirksamen Lenkung sind es auch ökonomische Erwägungen, die unsere Forderung unterstützen. Die Entflechtung wirtschaftlicher Zusammenschlüsse wird dort zur Unvernunft, wo technische, produktions- und betriebspolitische oder kalkulatorische Notwendigkeiten den Zusammenschluß als Voraussetzung einer rationalen und konkurrenzfähigen Wirtschaft fordern. Dekartellisierung ist in solchen Fällen ein Rückschritt in vergangene Zeiten und, da es sich nur um eine Maßnahme in Deutschland handelt, eine Erschwerung, wenn nicht Vernichtung der deutschen Konkurrenzfähigkeit.

Wenn die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in privater Hand und die damit verbundenen Gefahren der einzige Grund für die Dekartellisierung ist, so heben wir dieses Argument aus den Angeln mit unserer Forderung: „Heraus aus

der privaten Hand in das Eigentum des Volkes!“ (Sehr richtig! Beifall.) Schließlich ist die Überführung der wirtschaftlichen Machtpositionen in Gemeineigentum eine politische Forderung ersten Ranges. Wir haben es erlebt, wie die Herren von Rhein und Ruhr durch ihre Millionen den bankrotten Nationalsozialismus wieder flott gemacht haben, aus dem einzigen Grunde, damit die Knüppelgarde gegen den Sozialismus in Funktion zu halten.

Daß ihre Rechnung nicht aufgegangen ist, und sie selbst dabei in einzelnen Exemplaren unter die Räder gekommen sind, dient ihnen leider nicht zur Belehrung, sondern lediglich als Beweismittel, daß sie Verfolgte des Naziregimes waren. Dieselben Leute sind heute wieder am Werk, ihre Hausmacht in Deutschland zu stabilisieren, und sie finden nicht nur in der Bundesregierung Unterstützung, vor allem durch ihre Haltung gegen die Sozialisierung, sondern auch dank ihrer internationalen Verfilzung in den Kreisen der Siegermächte. Geld ist dicker als Blut.

Wir rufen das ganze Volk, vor allem die Arbeiterschaft auf, mit uns dafür zu kämpfen, daß die Restauration der Konzern-Herren der Schwerindustrie vereitelt wird durch die Sozialisierung ihrer Betriebe. Die Sozialisierung soll auch das Verhältnis der arbeitenden Menschen zu ihren Betrieben verändern und sie herausheben aus der Rolle bezahlter Produktionsfaktoren privater Unternehmer in die Funktion des Dienstes für das Volk. (Zurufe: Sehr richtig!)

Die Bestrebungen zum europäischen Zusammenschluß und seine Vorläufer auf wirtschaftlichem Gebiet, wie sie sich vor allem im Vorschlag des französischen Außenministers zeigen, lassen die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum als ein übernationales Postulat erscheinen. Denn nur der Zusammenschluß von Betrieben, die im Gemeineigentum der Völker stehen, kann die Gefahr bannen, daß der Europagedanke mißbraucht wird zur Beherrschung der europäischen Wirtschaft durch europäische Kartelle privater Unternehmer. Der Zusammenschluß nationalisierter Betriebe kann der Vorläufer sein für die Internationalisierung der europäischen Schwerindustrie und damit der Grundstein für eine Integration der europäischen Völker.

Über den Umfang der Sozialisierung ist von seiten der Sozialdemokratischen Partei schon wiederholt das Erforderliche gesagt worden. Zu sozialisieren sind die Schlüsselindustrien der Bergwirtschaft, Eisen und Stahl, die Energiewirtschaft, die Groß-Chemie, in der chemische Grundstoffe erzeugt werden, die Großunternehmen der Bau-Grundstoffe, die Groß-Banken und Groß-Unternehmen der Versicherungswirtschaft, schließlich diejenigen Monopolbetriebe, bei denen die Überführung in Gemeineigentum der Monopolkontrolle vorzuziehen ist. Nicht in der Sozialisierungssphäre liegen die Betriebe, die außerhalb des Umkreises liegen, so die Unternehmen des Handwerks und des Handels und die kleine und mittlere Industrie.

Sozialisierung ist nicht Bürokratisierung und bedeutet auch nicht Führung der Betriebe durch den Staat. Die im Gemeineigentum stehenden Betriebe werden für das Volk und im Namen des Volkes von Sachverständigen verwaltet. Die Verwaltungsorgane sind aus Vertretern der Gewerkschaften, der Wirtschaftsverbände und des öffentlichen Interesses zu bilden. Die Mitglieder der Verwaltungsorgane haben die Geschäfte unter eigener Verantwortung nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu führen. Sie haben ihre Aufgaben mit dem Pflichtbewußtsein und der Sorgfalt zu erfüllen, die ihnen ihre Stellung als Leiter eines Unternehmens auferlegt, das dem Wohle des ganzen Volkes dient. Sie werden nicht als Beamte tätig.

Nicht der höchstmögliche Gewinn ist Sinn des Wirtschaftens in den sozialisierten Betrieben, sondern eine möglichst wirtschaftliche Erzeugung von Gütern und deren Absatz mit dem Ziele einer ausreichenden Bedarfsdeckung. An der Sozialisierung soll sich niemand bereichern — es sei denn das ganze Volk.

Die sozialisierten Betriebe haben als gemeinwirtschaftliche Unternehmen dem Wohle des ganzen Volkes zu dienen. Durch Stärkung des Leistungswillens, vorbildliche soziale Einrichtungen und durch Achtung der Würde des arbeitenden Menschen sollen sie für die gesamte Wirtschaft vorbildlich wirken.

Eine ebenso unabdingbare Forderung wie die der Sozialisierung ist die Forderung auf Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben und in der Volkswirtschaft. (Zurufe: Sehr richtig!) Die Gewerkschaften haben zu dieser Frage Vorschläge ausgearbeitet, die sich die Sozialdemokratische Partei weitgehend zu eigen machen kann. Das Mitwirkungsrecht in der Volkswirtschaft konzentriert sich in dem Vorschlag auf Errichtung eines Bundeswirtschaftsrates, in dem die paritätische Mitwirkung der Gewerkschaften garantiert sein muß. Dieser Bundeswirtschaftsrat beschränkt sich auf eine beratende Funktion gegenüber der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften auf dem Gebiete der Wirtschaft, jedoch mit der wichtigen Maßgabe, daß die Beratung auf dem Gebiete der Wirtschaft das Monopol des Bundeswirtschaftsrates ist.

Dadurch ist gewährleistet, daß die Stimme der Gewerkschaften in allen wirtschaftspolitischen Fragen zur Geltung kommt und daß es nicht im Belieben des Ressortministers liegt, woher er eine offizielle wirtschaftliche Beratung nehmen will. Ob auch bei den Ländern Wirtschaftsräte zu bilden sind, erscheint zweifelhaft. Da die Wirtschaftspolitik Aufgabe des Bundes und die Länder lediglich ausführende Organe sind, ist es im Interesse einer Einheitlichkeit der Wirtschaftspolitik und zur Vermeidung eines mit der Wirtschaftspolitik nicht zu vereinbarenden Länderpartikularismus zu erwägen, ob nicht der Bundeswirtschaftsrat auch den Ländern als Beratungsorgan zur Verfügung stehen soll.

Auf dem Gebiete der Mitbestimmung im Betrieb hält die Sozialdemokratische Partei daran fest, daß nicht nur in der Personal- und Sozialpolitik die Arbeitnehmer mitzubestimmen haben, sondern daß ihnen auch in Fragen wirtschaftlicher Entscheidungen, soweit sie grundsätzlicher Natur sind, ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden muß. Über die Gründe zu dieser Stellungnahme habe ich mich schon geäußert. Über die Einzelheiten wird noch zu sprechen sein. Der Vorschlag der Gewerkschaften, daß in allen Unternehmungsformen, in denen ein Aufsichtsrat besteht oder wirksam eingesetzt werden kann, die Mitbestimmung durch den paritätisch zusammensetzenden Aufsichtsrat zu erfolgen hat, erscheint als gute Lösung, weil dadurch gewährleistet ist, daß nur die Grundsatzfragen, aber auch alle Grundsatzfragen, paritätisch entschieden werden. Daß dadurch die Unternehmerinitiative unerträglich eingeschränkt wird, ist unwahrscheinlich, weil ja auch die Vertreter der Arbeitnehmer ein dringendes Interesse an der Prosperität der Betriebe haben.

Man hat nie ein Wort der Bedenken gehört gegen die betriebsfremden Interessenvertreter aus Industrie und Finanzkreisen in Aufsichtsräten, die häufig nicht zur Förderung des Unternehmens, sondern aus Gründen der Restriktion in den Aufsichtsrat entsandt worden sind. Denn die Zusammensetzung der Aufsichtsräte haben schon lange nicht mehr die Generalversammlungen bestimmt, sondern die finanzkapitalistisch orientierten Manager. Aus den gleichen Erwägungen kann der Vorschlag der Gewerkschaften nur gut heißen werden, daß die Betriebszugehörigkeit nicht die Voraussetzung zur Delegation eines Arbeitnehmervertreters in den Aufsichtsrat sein darf. Denn es geht hier nicht um betriebspatriarchalische Einrichtungen und die Förderung des Betriebsegoismus, sondern um die Wahrnehmung der Interessen des gesamten Volkes. (Beifall.) Mit diesen Erläuterungen unserer Forderungen muß ich es bewenden lassen. Sie waren deswegen notwendig, weil wir von unseren Gegnern immer wieder hören, wir hätten kein Programm und sie wüßten eigentlich gar nicht, was wir wollten. Das hindert sie aber nicht, wenn sie in Wahlkämpfen gegen uns antreten, Behauptungen über unser angeblich unbekanntes Wollen aufzustellen, die allerdings mit der Wahrheit nichts zu tun haben, die sie selbst erfunden haben, um sich um so intensiver mit ihnen auseinanderzusetzen. Was wir wollen, haben wir seit dem ersten Parteitag nach dem Zusammenbruch, der im Jahre 1946 in Hannover stattfand, wiederholt und in einer für jedermann zugänglichen Weise gesagt. Unsere Gegner haben sich nur nicht die Mühe genommen, es zur Kenntnis zu nehmen, vielleicht war es ihnen auch zu unbequem, sich mit unserem wirklichen Wollen auseinanderzusetzen. Deswegen sagen wir es

heute noch einmal und für jedermann vernehmlich. Und das Volk soll es wissen, bei wem seine Interessen aufgehoben sind. Nicht bei denen, die von der Freiheit sprechen, aber darunter nur die Freiheit verstehen, sich auf Kosten der großen Massen zu bereichern, die Macht in der Wirtschaft und im Staate auszuüben, über das Schicksal von Millionen zu bestimmen und diesen gelegentlich die Freiheit zu lassen, „unter Brücken zu schlafen“. Nicht bei denen, die das Christentum im Munde führen, im Alltag aber sich unchristlich verhalten, den Besitz verteidigen, als sei er von Gott geweiht und ohne zu bedenken, wie er erworben worden ist, die eine Ordnung der menschlichen Gesellschaft, in der das Sittengesetz und die Menschlichkeit herrscht, ablehnen, um ein Prinzip zu verewigen, dessen Funktion auf dem nackten Egoismus beruht.

Nicht bei denen, die als Nachläufer des Nationalsozialismus kein anderes Programm haben, als die Sozialdemokratie zu bekämpfen, und auch nicht bei denen, die unter dem Vorwand, Deutschland zu einigen, Deutschland und seine Arbeiterschaft in die Sklaverei einer fremden Macht überführen wollen. Die Interessen des deutschen Volkes werden wahrgenommen von der Sozialdemokratischen Partei! (Beifall.)

Allerdings können wir es allein nicht schaffen. Wir sind nicht allein auf der Welt. Um uns herum leben Staaten, deren Wirtschaftspolitik sich auf die unsere auswirkt, und mit denen wir durch kommunizierende Röhren verbunden sind. Die Abschließung von der Außenwelt und die wirtschaftliche Autarkie können, wie die Lehren der Vergangenheit zeigen, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht lösen. Sie führen zum Absinken des Lebensstandards, zur Verteuerung der Lebenshaltung und in ihren schlimmsten Auswirkungen zum Kriege. Die Integration der nationalstaatlichen Wirtschaften in großen Zusammenschlüssen ist das Problem unserer Zeit; es wird erschwert durch die Verschiedenheit der Wirtschaftsformen in den einzelnen Nationalwirtschaften. Der Zusammenschluß von Staaten, in denen der Liberalismus die herrschende Wirtschaftsform ist, mit Staaten sozialistischer Wirtschaftsgestaltung führt zu schweren Spannungen. Ein Staat, der sich die Vollbeschäftigung zum Ziele setzt und sie durch Planung und Lenkung seiner Wirtschaft erreicht hat und aufrechterhalten will, gerät in die Gefahr, sein Ziel aufgeben zu müssen, wenn er eine Wirtschaftsunion herstellt mit einem nach liberalistischen Grundsätzen ausgerichteten Staat, dem die Vollbeschäftigung kein Anliegen ist. Unter dieser Problematik leidet Europa, unter ihr leidet auch die sozialistische Internationale.

Einzelne europäische Länder sind auf dem Wege zur Sozialisierung ein gutes Stück vorangeschritten — in andern ist nicht einmal ein Anfang dazu gemacht. In dem verständlichen Bestreben, die sozialistischen Fortschritte zu sichern und Gefahren von ihnen abzuwenden, befinden sich die Sozialisten in jenen Ländern oft in der Situation, die nationale Politik vor die Interessen des internationalen Sozialismus zu stellen.

Bei allem Verständnis für die Schwierigkeit solcher Entscheidungen darf aber nie vergessen werden, daß es den Sozialismus in einem Land auf die Dauer nicht gibt, und daß nationale Vorteile, die auf Kosten des Fortschritts des internationalen Sozialismus erkauft werden, auf die Dauer zu teuer bezahlt sind. (Sehr richtig! Beifall.) Deswegen fordern wir die Aktivität des internationalen Sozialismus.

Wir müssen den Europagedanken aus den Händen derer nehmen, die Europa zu einem Geschäft machen wollen. (Sehr richtig! Beifall.) Wir müssen durch gegenseitige Hilfe und durch Rücksichtnahme auf die Sozialdemokratie in den Ländern, in denen die sozialistische Entwicklung zurückgeblieben ist, dahin kommen, daß Europa sozialistisch wird. Nur dann kann eine internationale Planung das Ziel des Marshall-Plans einer europäischen Wirtschaftseinheit erreichen, nur dann können heraufziehende Weltkrisen gebannt und die Spekulationen Sowjetrußlands vereitelt werden; nur dann kann die Menschheit der Verwirklichung des Zieles entgegensehen, in Freiheit die Existenz für alle zu sichern und Gerechtigkeit als oberstes Prinzip auch im Wirtschaftsleben gelten zu lassen.



Dann erst wird es wahr, was unsere Väter erträumten: „Die Internationale wird die Menschheit sein!!!“ (Großer Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Bevor wir jetzt in die Aussprache eintreten, will ich zunächst den Dank, den Sie durch Ihren demonstrativen Beifall dem Genossen Veit bezeugt haben, unterstreichen.

Ich möchte Ihnen dann noch ein paar kleine technische Dinge bekanntgeben.

Die morgige Sitzung des Wohnungspolitischen Ausschusses, die hier im Café des Gewerkschaftshauses stattfindet, ist, wie ich schon angekündigt hatte, frei für alle Delegierten und Gäste. Nur das Parteibuch ist nötig als Ausweis. Ich möchte jetzt einmal wegen der Vorbereitungen bitten, daß diejenigen Genossen und Genossinnen, die beabsichtigen, an dieser Konferenz teilzunehmen, die Hand aufheben.

Zirka 50 Genossinnen und Genossen also. Und von den Gästen? . . . Also etwa 60 bis 80 Personen, schätze ich. Schönen Dank. Das war jetzt also für das Büro.

Dann ist für heute abend 20 Uhr im unteren Restaurant — damit die Genossen und Genossinnen sich darauf vorbereiten können — die verlegte Zusammenkunft des Kulturpolitischen Ausschusses vorgesehen.

Nun treten wir in die Aussprache ein. Als erster hat das Wort der Genosse Preller, der ja mit zusätzlicher Redezeit bedacht worden ist. Nach ihm folgt der Genosse Richard Reitzner, München.

Ludwig Preller Kiel: Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn ich hier im Auftrage des sozialpolitischen Ausschusses einige Ausführungen und Ergänzungen mache, so glaube ich, müssen wir voranstellen, daß heute ganz neue Schichten in soziale und wirtschaftliche Not geraten sind. Dazu kommen noch diese unerträglichen Fehlentwicklungen, auf die der Genosse Veit hingewiesen hat. Die Sozialdemokratie muß deshalb auch aus sozialpolitischen Erwägungen wirtschaftspolitische Forderungen aufstellen.

Das Schwergewicht der sozialen Not — darauf hat der Genosse Veit bereits hingewiesen — liegt dort, wo eine Häufung von Menschen ohne Beschäftigung vorliegt. Drei Viertel aller Ostvertriebenen leben in den drei Flüchtlingsländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern. Aber auch zwei Drittel aller Arbeitslosen sind in den gleichen Ländern zu finden, und aus diesem Grunde ist die gerechte Bevölkerungsverteilung das A und O der Vollbeschäftigung und der Existenzsicherung. Diese Flüchtlingsverteilung — darauf hat der Genosse Veit ebenfalls hingewiesen — muß ergänzt werden durch die Investitionsverteilung. Die Dinge liegen so, daß, nachdem Bund und Länder die Notwendigkeit dieser Bevölkerungsverteilung heute erkannt haben, wir nun in die zweite Phase der Flüchtlingspolitik eintreten, und diese zweite Phase besteht darin, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen für diese gerechte Bevölkerungsverteilung geschaffen werden. Daß dazu Kapitalansammlung und Kapitallenkung erforderlich sind, ist selbstverständlich, aber ich betone, diese Kapitallenkung ist nicht nur für die Flüchtlingsländer selbst erforderlich, sondern im gleichen Maße für die Aufnahmeländer, weil sonst die Flüchtlingsverteilung nicht vor sich gehen kann.

Ich darf ein Beispiel am Land Schleswig-Holstein geben. Wenn wir die gleiche Investitionsrate, die im Bunde vorgesehen ist, mit 16 Prozent auf dieses nördlichste Land anwenden, müßten wir 462 Millionen DM Investitionsrate haben. Die Berechnungen ergeben aber, daß selbst bei günstigstem Stand noch ein Viertel dieser Investitionsrate in diesem Flüchtlingsland fehlt.

Wir können ohne eine gesteuerte Investitionslenkung dieser Probleme nicht Herr werden. Das ist die eigentliche Begründung für den volkswirtschaftlichen Gesamthaushalt, für das Nationalbudget, das wir in Deutschland ebenso brauchen, wie es nicht nur in sozialistischen Ländern, in Schweden und England, heute besteht, sondern auch in den privatwirtschaftlichen Vereinigten Staaten von Amerika. Und ich darf betonen als Mitglied des Kapitalverkehrsausschusses, wie dringend erforderlich es ist, daß die Kompetenzen dieses Ausschusses erweitert werden in einem echten Kapitallenkungsgesetz.

Zu der Arbeitslosigkeit, die heute das Grundproblem der Sozialpolitik darstellt, gehört, das wollen wir nicht zu erwähnen vergessen, die Not der Jugendlichen, die heute aus der Schule kommen und als Schulentlassene bereits vor einem aussichtslosen Wege stehen. Genossinnen und Genossen! Wenn wir daran denken, daß unsere Facharbeiterschaft überaltert ist, daß wir in den nächsten zehn Jahren neue Fachkräfte benötigen, dann ist es unverständlich, wenn sich heute noch gewisse Kreise in Handwerk und Industrie dagegen sträuben, daß Lehrwerkstätten errichtet werden. In diesen Lehrwerkstätten, die auch in den Flüchtlingsländern auf Bundeskosten errichtet werden sollten, könnten wir die erforderlichen Fachkräfte der nächsten Jahre heute schon heranziehen. Soweit aber, wie das leider in einigen Ländern der Fall ist, diese Schulentlassenen nicht sofort in Lehre, Arbeit und Brot gebracht werden können, dürfen wir nicht zurückschrecken vor Sondermaßnahmen sozialpädagogischer Art, wie wir sie, das ist gestern erwähnt worden, in dem Jugendaufbauwerk in Schleswig-Holstein errichtet haben. Worum es hier geht, ist die Frage, ob wir warten sollen, bis sich reaktionäre Kräfte dieser Jugendlichen annehmen (Beifall), und deshalb ist die Diskussion über Arbeitsdienst hier nicht am Platze, sondern wir müssen als Sozialdemokraten voranschreiten in der Erfassung und Betreuung dieser jugendlichen Menschen. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen. Jede Wirtschaftspolitik muß sich bewußt sein, daß unser soziales Gepäck heute außerordentlich stark angewachsen ist. Die soziale Not als die Kriegsfolge hat nach den Berechnungen des Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin nicht weniger als 12,5 Millionen Menschen in Deutschland zu Sozialversorgten werden lassen; Sozialversorgte, deren Bezüge zum Sterben zuviel und zum Leben zuwenig sind. Diesen 12,5 Millionen stehen 13,5 Millionen Beschäftigte gegenüber, und das heißt nichts anderes, als daß durchschnittlich jeder Beschäftigte außer seiner eigenen Familie einen nicht Arbeitsfähigen oder Arbeitslosen und dessen Familie miternähren muß. Insbesondere die Zahl der Rentner und Unterstützten ist so stark gestiegen, daß, während 1933 jeder achte ein Rentner oder Unterstützter war, heute fast jeder vierte Einkommensbezieher in Deutschland ein Rentner oder Unterstützter ist. Deshalb sind die Kosten selbstverständlich sehr stark angewachsen. Außerhalb der Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung hat der öffentliche Haushalt 1950 ohne den Lastenausgleich 30 Prozent auszugeben für diese sozialen Fragen, 30 Prozent gegenüber 18,15 Prozent 1936.

Die bürgerlichen Kreise wenden nun gern ein, daß die Sozialpolitik sich zurückhalten müsse, um die Kosten nicht weiter steigen zu lassen. Hier muß und wird die Sozialdemokratie zum Angriff vorgehen. Ein kleiner Arbeitskreis des sozialpolitischen Ausschusses hat kürzlich eine Zusammenstellung aller Sozialleistungen vorgenommen. Dort wurde festgestellt, daß in der Sozialversicherung, Arbeitslosenhilfe, Versorgung, Fürsorge, Soforthilfe nicht weniger als 18 verschiedene Sozialleistungen vorhanden sind, mit 9 verschiedenen Trägern, 6 verschiedenen Finanzquellen und sehr verschiedenen Leistungsprinzipien. Hier ist eine radikale Zusammenfassung und rationale Neugestaltung notwendig, die ein modernes, besseres und billigeres System der Sozialversorgung schafft, eine Sozialversorgung, die selbstverständlich auf der Selbstverwaltung aufbauen muß. Modern heißt hier, auch veraltete Grundsätze beseitigen. Im Rahmen dieses neuen Versorgungswerkes brauchen wir die Reform der Sozialversicherung. Dabei weisen wir vom sozialpolitischen Ausschuß darauf hin, daß leider nicht mehr Deutschland die modernste Sozialversorgung hat, sondern daß die modernste Sozialversorgung im Ausland zu finden ist. Aber in Kreisen des Bundesarbeitsministeriums hält man heute auch noch an der sogenannten klassischen Sozialversorgung fest, die nun viermal finanziell zusammengebrochen ist und die auf den kapitalistischen Grundsätzen der Privatversicherung aufbaut, die angewandt werden sollen für Menschen, die auf Grund gesellschaftlicher Arbeit krank geworden sind, Unfälle erlitten haben oder invalide geworden sind.

Hier muß insbesondere der Gesundheitspolitiker noch darauf hinweisen, daß gerade, wenn wir auf die Vollbeschäftigung zustreben, wir daran denken müssen,

daß unsere deutschen Arbeitnehmer durch den Krieg und die Nachkriegszeit körperlich ausgepumpt sind und daß wir ihre körperliche Kraft und Widerstandsfähigkeit erst für die Anforderungen einer Vollbeschäftigung wieder instandsetzen müssen.

Solange die Sozialversorgung nicht neu gestaltet ist, werden die Sozialleistungen den Volkshaushalt hoch beanspruchen, die Leistungen an den einzelnen aber verhältnismäßig gering sein. Ein jedes Wirtschaftsprogramm muß sich deshalb mit diesem sozialen Gepäck beschäftigen, aber auch mit der ungenügenden Kaufkraft auf Grund der zu tief liegenden Reallöhne. Die Erhardsche Preispolitik hat sich weder um die große Zahl der Sozialversorgten noch um die Reallöhne gekümmert, die Folge ist dieser Tiefstand bei den Unterstützungen und bei den Löhnen.

Das Gewicht des von dem Genossen Veit vorgetragenen Vorschlages liegt deshalb mit Recht bei der starken Einwirkung auf der Preisgestaltung. Sieht die Bundesregierung diesem von ihr selbst geschaffenen Problem nicht endlich klar in die Augen, so wird eine Erhöhung der Unterstützungen und Renten nicht vermeidbar sein. Das gleiche gilt für die niedrigen Löhne, zumindest der Ungelernten und der Frauen, die heute neben den Löhnen leider noch Fürsorgemaßnahmen erforderlich machen. Wer arbeitet, soll von seinem Lohn auch leben können. (Beifall.)

Die Einschränkung der Handels- und Gewinnspannen ist daher dringend geboten, um eine Steigerung der Realeinkommen zu ermöglichen. Hierzu eine Feststellung. Das Einkommen der 14 Millionen Unselbständigen beträgt 29 Milliarden DM. Aber diesen 29 Milliarden DM für 14 Millionen Unselbständige stehen gegenüber 20 bis 27 Milliarden, die an 2,8 Millionen Selbständige gehen. Von sechs Schaffenden in Deutschland bezieht also einer als Selbständiger im Durchschnitt 7000 DM im Jahr, aber fünf als Unselbständige im Durchschnitt nur 2000 DM.

Höhere Realeinkommen als die Konsequenz unserer wirtschaftspolitischen Forderungen können selbstverständlich nur getragen werden durch eine rationelle Arbeit im Betrieb und durch eine rationelle Wirtschaftsgestaltung. Die verstärkte Anwendung des Leistungslohnes — darüber sind sich auch die Gewerkschaften einig — wird die nicht zu vermeidende Folge sein.

Ein Leistungslohn wird aber sozial nur tragbar, wenn die Forderungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, wie sie jetzt aufgestellt worden sind, auch erfüllt werden. (Bravo, Beifall.) Und die erste dieser Forderungen ist die nach der staatlichen Kinderbeihilfe. (Starker Beifall.)

Sehen wir uns nun das Einkommensteuergesetz an. Ein Arbeitnehmer oder eine Frau, die arbeitet und die ein niederes Einkommen von 131,— DM im Monat hat, bekommt für sämtliche Kinder von der Steuer 75 Pfennig im Monat. Ein Arbeiter mit 173,— DM Lohn bekommt für sämtliche Kinder immerhin schon 4,15 DM im Monat. (Zuruf aus dem Saal: Hört! Hört!) Aber ein Mann, der 1416,— DM bezieht, also rund 1500,— DM im Monat, der bekommt für jedes Kind 30,— DM, das heißt für fünf Kinder 150,— DM Steuerermäßigung, während der Arbeiter mit 75 Pfennig bis 4,15 DM nach Hause gehen muß. Hier ist ein Grundproblem der Lohngestaltung angesprochen und deshalb werden die Kinderbeihilfen von der Fraktion im Bundesrat für alle Arbeitenden — und nicht nur für die Sozialversicherten — gefordert, aber unter Fortfall dieser ungerechten Einkommensteuerverteilung.

Dann, Genossinnen und Genossen, können wir nämlich auch diese unerträglichen Überschneidungen zwischen den Unterstützungen und den niedrigsten Löhnen beseitigen, die ein Übel allererster Art für die gesamte Lohnpolitik sind. Dann auch können wir feststellen, wofür denn dieser Leistungslohn gelten soll. (Glocke des Vorsitzenden.) Er soll gelten für die Kleinfamilie, damit die Arbeiterfrau nicht zur Arbeit gezwungen ist.

Neben der Mitwirkung an der Wirtschaftspolitik muß der Sozialpolitiker auch das von den Nazis zerschlagene Arbeitsrecht nach modernen Grundsätzen wiederherstellen und verbessern. Genossinnen und Genossen! Es ist unertüglich, daß heute als deutsches Gesetz im Bundesgebiet nur ein einziges Gesetz arbeitsrechtlicher Art besteht, nämlich das Tarifvertragsgesetz. Wir benötigen das Kündigungs-

schützgesetz, wir benötigen die Festlegung eines Obersten Arbeits- und Sozialgerichtes und wir benötigen nach 30 Jahren Vorarbeit endlich ein Berufsausbildungsgesetz (Beifall), und nicht zum letzten die Selbstverwaltung in der Arbeitsvermittlung und in der Sozialversicherung. Warum gehen dann alle diese sozialpolitischen Bemühungen nicht vorwärts? Weil das Eintreten der Sozialpolitiker für die Folgen des Krieges Kreise des Kapitals stört! Sozialpolitik wird deshalb mehr versteckt als offen angegriffen und verzögert. Es wird, wie es Herr Schäffer, der Bundesfinanzminister, getan hat, behauptet, daß der wirtschaftliche Aufbau die einzige Grundlage jeder Sozialpolitik sei. Das ist ein sehr gefährlicher falscher Zungenschlag. Das ist die völlige Verkennung der Tatsache, daß keinerlei Leistungssteigerung möglich ist, wenn sich die Sozialpolitik nicht für die Erhaltung und die Steigerung der Leistungsfähigkeit einsetzt.

Gerade in unserer verarmten Wirtschaft ist Sozialpolitik doppelt und dreifach notwendig. Aber wenn selbst diese arbeitsrechtlichen Regelungen jetzt noch verzögert werden, so deshalb, weil die Logik des Arbeitsrechts und die Logik der kollektivrechtlichen Gestaltung der Sozialpolitik auf eine Änderung der gesamten Wirtschaftsverfassung hinstrebt. Wenn wir Tarifverträge, wenn wir paritätische Selbstverwaltung in der Bundesanstalt und Selbstverwaltung in der Sozialversicherung haben wollen, so verlangen alle diese demokratischen Prinzipien der Sozialpolitik eine Ergänzung durch die demokratische Mitbestimmung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens.

Wenn Kapital und Arbeit zusammenwirken sollen, ist Wirtschaftsdemokratie die unausweichliche Konsequenz. Deshalb stößt die moderne, d. h. die sozialistische Sozialpolitik unserer Fraktion gegen die Grenzen der kapitalistischen Wirtschaft.

Wenn wir die Gewerkschaften dabei ansprechen, so werden sie sich bewußt sein, daß die sozialpolitische Selbstverwaltung und die wirtschaftspolitische Mitbestimmung immer unter dem Zeichen der jeweiligen Konjunktur stehen. Diese beiden Dinge, sozialpolitische Selbstverwaltung und wirtschaftspolitische Mitbestimmung, schließen deshalb den politischen Kampf nicht aus, sondern sie setzen ihn voraus. Vollbeschäftigung ist daher nicht nur ein soziales und wirtschaftliches, sondern es ist ein eminent politisches Ziel. Es geht um die Verbesserung des Lebensstandards jener 90 Prozent unserer Bevölkerung, die heute noch mit höchstens 200,— DM im Monat auskommen sollen.

Alle Deutschen sollen sich deshalb bewußt werden, daß die Arbeit der sozialdemokratischen Sozialpolitik für die Verbesserungen des tiefen Lebensstandards im Kampf gegen den Totalitarismus das einzige Unterpfand ist für die Erhaltung der persönlichen und politischen Freiheit des deutschen Menschen. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Ich erteile jetzt dem Genossen Richard Reitzner das Wort. Ich mache darauf aufmerksam, daß ich jetzt mit der Redezeit sehr kostbar umgehen werde; denn es sind noch einige Professoren mehr gemeldet.

Richard Reitzner, München: Genosse Veit hat die schweren Gefahren aufgezeigt, die uns erwachsen, wenn die jetzige Wirtschaftspolitik der Regierung Adenauer weiter fortgeführt wird. Ich möchte hier, ohne etwas aus dem Zusammenhang zu reißen und ohne den Versuch zu unternehmen, etwas isoliert zu betrachten, einige grundsätzliche Bemerkungen zu der Problematik des Heimatvertriebenen-Problems sagen und gleichzeitig hoffen, daß diese grundsätzlichen Bemerkungen vom Parteitag geteilt werden und dann vielleicht transformiert werden können in die Reihen der Heimatvertriebenen. Dabei soll nichts überdimensioniert oder überdramatisiert werden. Das Problem ist gewaltig genug, und man kann die Bedeutung und Tragik dieses Problems auch verdolmetschen, wenn man es nicht mit seelischem Marschgepäck belastet.

Aber, wer te Genossen, Sie werden mit keinem Heimatvertriebenen diskutieren können, ohne die Beobachtung zu machen, daß seine Gegenwart gleichzeitig auch seine Vergangenheit ist. Das ist die psychologische Eigenart, der wir gegenüberstehen und die Erkenntnis, wie stark das Schicksal der Vergangenheit, die Bindung an die Heimat hier das Bewußtsein dieser Massen beeinflussen. Daher, glaube ich,

steht vor uns die Frage, die wir beantworten müssen, gleichzeitig rechtlich und politisch und auch ökonomisch — die Frage nämlich: welchen Platz werden die Heimatvertriebenen in der Neuordnung Europas einnehmen?

Das Grundübel unserer Zeit ist, daß das wirtschaftliche, industrielle und agrarische Potential in den Vertriebenenländern verringert wurde, und daß es eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist, wenn wir sagen: Die Scholle, die verwahrlost ist, auf der heute Disteln wachsen, wartet auf den Bauern, damit er zurückkehrt, und die zerstörte Arbeitsstätte wartet auf den Arbeiter. Die schnellste und praktischste und einfachste Lösung des Heimatvertriebenenproblems wäre die Rückkehr der Arbeiter und der Bauern an ihre Arbeitsstätte (Beifall) im Interesse der wirtschaftlichen Neuordnung Europas.

Wir wissen aber, daß es gefährlich wäre, hier den Heimatvertriebenen zu sagen: Nun setzt euch auf eure gepackten Koffer und wartet! Nein, ich glaube, solange die Gesamtlösung Europas nicht sichtbar ist, und solange diese von uns erstrebte Neuordnung nicht möglich ist, können wir es uns nicht so leicht machen, uns hinzustellen und die Vision einer erstrebenswerten Zukunft in uns einzusaugen, sondern wir müssen uns natürlich auf den Boden der Tatsachen stellen, wir müssen den Heimatvertriebenen sagen und uns selbst begreiflich machen, daß wir nur eine Politik, wirtschaftlich und sozial, machen können, eine Politik nämlich, als ob es keine Rückkehr in die geraubte Heimat gäbe. (Sehr richtig!) Das, glaube ich, ist der Ausgangspunkt unserer grundsätzlichen Haltung.

Nun, vorgestern hat ein sonst verehrungswürdiger Anwalt der Heimatvertriebenen hier mit seinem Scheinwerfer die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag abgeleuchtet und sein Mißvergnügen ausgesprochen über den Mangel an Erfolgen im Sektor der Heimatvertriebenen.

Liebe Genossen, wer von uns erwartete denn schon wirklich, daß aus dieser Regierung, mit dieser Steuer- und Wirtschaftspolitik etwas Substantielles für die Schwächsten des Volkes herauszuschauen wird (Zuruf: Sehr richtig!) bei dieser Art, die Dinge zu behandeln?

Und, Genosse Lüdemann, natürlich, Schleswig-Holstein, Bayern und Niedersachsen sind überbelastet; Entlastung ist notwendig, sie ist eine Lebensnotwendigkeit für diese Länder. Aber die innere Umsiedlung der Heimatvertriebenen nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen ist eine Aufgabe, die einer gesamtdeutschen Planungsaufgabe wert wäre. Aber können wir gleichzeitig von dieser Regierung, die nichts plant, sondern nur improvisiert, eine Planung in der Richtung erwarten?

Ich möchte es so sagen: Natürlich, lieber Genosse Lüdemann, wir kennen schon den Länder-Egoismus ein bißchen, wie er sich uns darbietet. Und wir wissen auch in aller Offenheit festzustellen, daß gewisse Teile unserer Bewegung noch stationär beispielsweise eingestellt sind auf die Bedürfnisse, sagen wir der klassischen sozialdemokratischen Sozialpolitik in der Vergangenheit, und daß es nicht einfach ist, sich mit den neuen, gewaltigen Problemen, die über Nacht kamen, auseinanderzusetzen und mit ihnen fertig zu werden. Aber ich glaube, wenn wir feststellen müssen, daß so wenig Substantielles sich gezeigt hat, dann liegt die Verantwortung bei der Regierung!

Unsere Fraktion hatte klare Vorstellungen über die ökonomischen Notwendigkeiten und klare Vorstellungen über den wirtschaftlichen Einbau der Heimatvertriebenen. Die Fraktion hat mit Initiativanträgen aufgewartet, geschehen ist nichts, oder nur sehr, sehr wenig. Es ist auch kein Wunder, wenn beispielsweise kein Geld da ist. Unser Finanzminister reist ja jeden Sonntag von Industrie- zu Industriekammer oder von Handels- zu Handelskammer und ermuntert die „armen“ Leute, nicht zu zahlen, weil sie arm wie die Kirchenmäuse sind. Er ist in Wahrheit der Vertreter der Interessen der Besitzenden. Wir haben erreicht, daß ein Ministerium für Heimatvertriebenenangelegenheiten errichtet wurde. Ich möchte Herrn Lukasek hier sehr nobel behandeln und nicht an seiner Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit zweifeln; aber er hat sich in die Rolle eines Bettelmusikanten drängen lassen, und das ist die Situation, in der er sich befindet. Dabei ist die Unterstützung der

heimatvertriebenen Abgeordneten aus den Koalitionsparteien oft eine problematische Angelegenheit; denn ein Jagdhund, den man zur Jagd tragen muß, ist eben kein Jagdhund, und ein heimatvertriebener Abgeordneter der Koalition kann nicht immer die Interessen der Heimatvertriebenen bis zur letzten Konsequenz vertreten. (Beifall.)

Es ist daher eine politische Aufgabe von unerhörter Wichtigkeit, den Heimatvertriebenen klarzumachen, wo ihre Interessen vertreten und wo sie sabotiert werden. Ich möchte jetzt sagen und hoffe damit die Übereinstimmung des Parteitagés zu gewinnen: vor uns liegen zwei große Dinge. Das Heimatvertriebenenproblem ist eine Sache der Gesamthaftung der ganzen deutschen Nation für den Hitlerismus und für den verlorenen Krieg, und aus dieser Gesamthaftung heraus erwachsen eben die materiellen Verpflichtungen. Der Parteitag, glaube ich, stimmt mit mir überein, wenn ich ausspreche, es geht uns nicht nur um die theoretische Anerkennung der Not der Heimatvertriebenen und um ihre rechtliche Gleichstellung, sondern auch um die materielle Gleichstellung und um die Durchsetzung der sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Und zweitens: Die internationale Mitverantwortung, die wir nicht wegdiskutieren wollen, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Signatarmächte den Potsdam-Vertrag unterschrieben haben. Der neue Auswanderungsplan, Genossen, muß von uns studiert und gekannt werden, und wir müssen darauf eine positive Antwort haben. Natürlich sind wir den Amerikanern dankbar für jede Hilfe und Initiative, aber ich glaube nicht, daß die Auswanderung von einer Million überhaupt eine realisierbare Angelegenheit ist. Was die Heimatvertriebenen brauchen, ist rasche, unmittelbare Hilfe und nicht eine Planung auf zwanzig Jahre, abgesehen davon, daß eine Auswanderung aus uns die besten, intelligentesten, geschicktesten, arbeitsfähigsten Leute herausrekrutiert, der arbeitsunfähige Teil bleibt im Armenhaus Deutschland zurück. (Beifall.) Wenn die amerikanische Politik bereit ist zu helfen, dann sind wir dafür dankbar; aber wir sagen: Helft am richtigen Ort und helft rasch mit euren Mitteln zur Wiedereingliederung der Heimatvertriebenen in Westdeutschland.

Und jetzt wirklich zum Schluß, lieber Vorsitzender: wir alle wissen, daß die politische Dynamik in den Heimatvertriebenen unerhört stark ist, aber daß die politische Strategie der Heimatvertriebenen kläglich ist. Sie läuft auf die Isolierung hinaus, ist oft nur eine bloße Interessenvertretung, durch sogenannte überparteiliche Verbände geführt, von Berufsfüchtlings und politischen Rechtsanwälten. (Starker Beifall.)

Nun möchte ich sagen: Es ist unsere Aufgabe, nicht nur mit dem erhobenen Zeigefinger des Oberlehrers zwischen die Reihen der Heimatvertriebenen zu gehen. Es ist natürlich unsere Aufgabe, Leistungen zu zeigen. Unsere Aufgabe ist es, den Heimatvertriebenen begreiflich zu machen, daß die Durchsetzung ihrer Forderungen außenpolitisch, nämlich die Wiedergutmachung des Heimatraubes und innenpolitisch der Aufbau und die Eingliederung nur möglich ist, wenn sie ihre Kraft mit der Kraft der Sozialdemokratie kombinieren zu der Kraft, die imstande sein wird, die Adenauer-Regierung zu überstehen. Das ist die politische Strategie, und das, glaube ich, müssen wir den Heimatvertriebenen sagen, nicht aus einem Selbstzweck heraus, nicht weil wir hier vor dem Parteitag stehen, sondern weil diese Strategie die einzig mögliche im Interesse der Heimatvertriebenen ist. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat jetzt der Professor Karl Schiller. Ihm folgt noch ein Professor, Fritz Baade. Ich möchte diese beiden Genossen bitten, das gute Beispiel zu übernehmen, das Wichtige vorher oder vorn zu sagen, damit man nicht mit seiner Zeit zu kurz kommt.

Karl Schiller, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Ich glaube, das Referat des Genossen Veit und die Arbeiten des Wirtschaftspolitischen Ausschusses haben eine Legende zerstört, nämlich die Legende, daß die deutschen Sozialdemokraten zwar ein allgemeines Wirtschaftsprogramm hätten, aber kein konkretes Rezept. Ich glaube, daß wir in unserer Arbeit so weit gekommen sind, daß wir jetzt

konkret und im Detail unsere Rezepte zur Wirtschaftspolitik, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorlegen können. Wir wissen, daß eine große internationale Auseinandersetzung stattfindet um die Wirtschaftspolitik und um das zentrale Thema Vollbeschäftigung, und wir wissen, daß wir in dieser großen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung, die nicht nur eine akademische, sondern gleichzeitig eine praktisch-politische ist, eine sozialdemokratische Position haben und haben müssen, und wir wissen, daß wir diese Position ausbauen müssen. Wir können uns nicht damit begnügen, festzustellen, daß wir schon vor dem Tage X, vor der Geldreform, die Devise aufgestellt haben, „Vollbeschäftigung nach der Währungsreform als höchste Aufgabe“, sondern wir müssen konkret und praktisch sagen, was wir wollen, und das ist in den Unterlagen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses und in dem Referat des Genossen Veit klar zum Ausdruck gekommen. Wir haben von der Hamburger Landesorganisation versucht, diesen Weg der Konkretisierung noch stärker zu betonen und zu unterstreichen, indem wir ein Aktionsprogramm als Materialanhang zu dem Exposé des Wirtschaftspolitischen Ausschusses unterbreitet haben.

Wir freuen uns, daß der Parteivorstand in seinem Antrag Nr. 72 empfiehlt, diese Materialunterlage den Richtlinien beizulegen, die Genosse Veit vorgetragen hat. Ein konkretes Arbeitsprogramm beginnt immer mit der Analyse der heutigen Situation. Diese ist heute gegeben worden. Vielleicht darf ich noch zwei Gesichtspunkte hervorheben, die entscheidend für den Ablauf sind. Wir stellen die ungeheure Verschleppung und Verzögerung des sogenannten ersten Arbeitsbeschaffungsprogramms fest — eine Feststellung und eine Kritik, die heute weit hineinreicht auch in die Kreise der Industrie und der Industriellen. Wir müssen feststellen — die Zahl ist erst vor kurzem genannt worden —, daß von dem ganzen Programm bisher keine 10 Prozent der Mittel realisiert und ausgegeben worden sind. Nach unserer Meinung liegt diese Verzögerung und Verschleppung in erster Linie daran, daß die ganze Konzeption eines separaten Arbeitsbeschaffungsprogramms, das neben die allgemeine Wirtschaftspolitik gestellt würde, falsch war, daß man das Grundübel der Arbeitslosigkeit nicht beheben kann, indem man die Wirtschaft so weiterlaufen läßt wie bisher und als Korrektiv ein besonderes Teilprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit daneben stellt. Wir sind der Meinung, daß die gesamte Wirtschafts- und Finanzpolitik unter den zentralen Gesichtspunkt der Erreichung der Vollbeschäftigung gestellt werden muß — keine Vollmaßnahmen, sondern eine Zentralmaßnahme unter zentralem Gesichtspunkt, der alle Einzelmaßnahmen untergeordnet sind. Daraus muß sich ergeben, was konkret geplant wird.

Deshalb gliedert sich unsere Vollbeschäftigungspolitik klar in zwei Teile: ein Sofortprogramm und ein langfristiges Programm. Das Sofortprogramm hat die Aufgabe — und Genosse Veit deutete es an —, die leeren Produktionskapazitäten durch Arbeitskräfte auszufüllen. Dafür sind die Mittel der Geldpolitik notwendig. Aber viel größer ist noch die Aufgabe des langfristigen Kredites durch Neuinvestitionen, in wenigen Jahren zusätzliche Arbeitsplätze für mehr als zwei Millionen Arbeitskräfte zu schaffen. Ein solches Programm bedeutet, klar und deutlich ausgesprochen, daß wir in Deutschland bei einem Bevölkerungszuwachs von über 20 Prozent in einen sekundären Prozeß der Industrialisierung hineingehen müssen. Dies neue und nachzuholende Industrialisierung muß von dem Geist des freiheitlichen Sozialismus gestaltet werden. Die neue Industrialisierung Westdeutschlands ist die wirtschaftspolitische Aufgabe eines langfristigen Programms, sozusagen die zentrale Aufgabe überhaupt in unserer praktischen sozialistischen Politik.

Zu den beiden Abteilungen unseres Programms ein Wort. Zur ersten möchte ich klar und deutlich aussprechen, daß aus einer jetzigen geldpolitischen Aktivierung keine Gefahren auftreten können. Aber wir sind nicht Inflationisten, wie es uns so oft unterstellt wird. Wir sind auch nicht Vertreter einer Inflation mit gestoppten Preisen. Unsere Aufgabe geht dahin, daß das Güterangebot im gleichen Schritt mobilisiert wird wie die Eingliederung von Arbeitskräften durch die Kreditschaffung. Ich möchte dabei eine Grenze unserer Vollbeschäftigungspolitik andeuten, nämlich

die politische. Unsere Vollbeschäftigungspolitik wird in einem Zustand, wo die Stahlquote unter alliierter Kontrolle schon erreicht ist, wo der Schiffbau noch unter Restriktionen steht, wo andere Zweige noch unter Verbot stehen, sehr bald eine Grenze erreichen. Insofern ist die Vorbedingung einer wirklichen Soforthilfe auf diesem Gebiet eine allgemeine politische Realisierung der Gleichberechtigung, der politischen Befreiung und der Befreiung von wirtschaftlichen Restriktionen. Ohne diese Befreiung können wir kein sozialdemokratisches Programm der Vollbeschäftigung durchführen.

Ein Wort zu den organisatorischen Maßnahmen. Die in unseren Unterlagen dargelegten Institutionen bedeuten, daß nur diese Institutionen eingerichtet werden, keine Zwangswirtschaft, keine Detailregulierung. Das heißt also Lenkung der Kapitalbildung und Lenkung der Investitionen durch Kapitalverkehrsausschuß und durch Investitionsausschuß.

Dabei legen wir Wert auf die Aktivierung des Leistungswettbewerbes, gerade auf den Verbrauchsgütermärkten. Ich möchte hier ganz deutlich aussprechen, daß, glaube ich, niemand an einem scharfen Wettbewerb der Unternehmer auf den Verbrauchsgütermärkten ein größeres Interesse hat als der deutsche Arbeiter als Konsument. Wir sind aus diesem Grunde für Schutz und Förderung des Leistungswettbewerbs und für Zerschlagung aller Preis- und Marktverträge.

Zum langfristigen Programm möchte ich ganz kurz betonen, daß das Mittel der Geldschöpfung, das wir unter gewissen Bedingungen mit in den Mittelpunkt des Sofort-Programms gestellt haben, im langfristigen Programm insoweit eine geringere Rolle spielt, als durch eine planvolle, bewußte Politik der Förderung der Kapitalbildung auch die individuelle, private Kapitalbildung im langfristigen Programm in den Vordergrund treten kann.

Aber nicht nur das! Das langfristige Programm einer (Glocke des Präsidenten) Industrialisierung ist nicht allein möglich, indem Kredite an die Wirtschaft gegeben werden, sondern ist nur möglich, indem staatliche, gemeinwirtschaftliche Investitionen vorangehen. So große Projekte wie die Tennessee Valley Administration, das die Amerikaner in ihrem System durchgeführt haben, sollten eigentlich in Westdeutschland auch möglich sein und sollten hier nicht von liberaler Seite als ein Rückfall in überholte zwangswirtschaftliche oder planungswirtschaftliche Methoden angeprangert werden.

Und ich möchte ganz allgemein sagen: es wird uns vorgeworfen, wir berücksichtigen in unserer Planung nur die Vernunft, nur das Rationale, wir stellen Zahlen fest und Produktionsprogramme. Die andere Seite dagegen berücksichtige viel mehr die ungeheuren schöpferischen Kräfte, die befreit seien und mobilisiert seien, gelöst seien durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft, durch die Dekontrollierung. Und wir geben zu, daß durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft gewisse Kräfte mobilisiert worden sind. Aber wir weisen darauf hin, daß noch Millionen Kräfte, Energien, irrationale Kräfte nicht mobilisiert sind, sondern ruhen, und zwar ruhen in Gestalt der zwei Millionen Arbeitslosen.

Und unsere Aufgabe ist es, neben der Befreiung, die nach der Währungsreform nötig war, von allen Zwangsmaßnahmen, die der Genosse Veit mit Recht gekennzeichnet hat, ebenfalls die noch schlummernden Kräfte der zwei Millionen zu mobilisieren.

Und ich glaube, daß an irrationalen Energien, an Leistungsfähigkeit und schöpferischer Potenz hier mindestens noch ebensoviel ruht und mobilisiert werden kann als in den Kräften, die bisher entfacht worden sind. (Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat der Genosse Fritz Baade, Kiel. Ihm folgt Rudolf Wissel, Berlin.

Fritz Baade, Kiel: Genossinnen und Genossen! Ich möchte gleich an das anknüpfen, was der Genosse Schiller gesagt hat. Denn darin liegt eigentlich die Lösung des ungeheuren Problems, dem wir gegenüberstehen. Die Mobilisierung der ruhenden Leistungsreserven der deutschen Wirtschaft ist das einzige Mittel, mit dem wir die größte wirtschaftliche Aufgabe lösen können, vor der wir jemals ge-



standen haben. Diese Aufgabe besteht darin, ein an und für sich fast hoffnungslos lebensunfähiges Gebiet, ein künstlich lebensunfähig gemachtes Gebiet wie dieses verstümmelte Westdeutschland lebensfähig zu machen und ihm Vollbeschäftigung zu geben.

Vollbeschäftigung und Herstellung der Lebensfähigkeit dieses Gebietes sind nicht zwei Dinge, die nebeneinanderlaufen, sondern Vollbeschäftigung ist das einzige Mittel, um überhaupt dieses Gebiet lebensfähig zu machen. Gerade eben, als ich noch unten im Saal saß, sagte mir ein Genosse: „Die beiden großen Probleme sind doch die: Wo bekommen wir das Geld für die Investitionen her?, und das andere Problem: Wie können wir so viel exportieren, um das alles bezahlen zu können, was wir importieren müssen?“ Diese Problemstellung trifft den Kern der Sache.

Die Lösung des Problems liegt in der Mobilisierung der ruhenden Leistungskraft des deutschen Volkes. Der wichtigste Aktivposten ist dabei die Existenz von zwei Millionen sichtbaren Arbeitslosen und die Existenz von nochmals zwei bis drei Millionen Menschen, die im Laufe der nächsten Jahre in den Produktionsprozeß eingegliedert werden können. Wenn wir die Dinge so ansehen, dann wird das Bleigewicht der Arbeitslosen geradezu die Haupteinsatzreserve der deutschen Wirtschaft. Wir müssen ungeheuerlich investieren in Deutschland. Wir müssen nach der Berechnung der wirtschaftswissenschaftlichen Institute 80 Milliarden DM investieren, um die nötigen Arbeitsplätze und Wohnungen für den Zustand der Vollbeschäftigung in Deutschland zu schaffen. Und die Quelle dieser Investitionen ist die Mobilisierung der brachliegenden Arbeitskraft.

Es müssen Arbeitsplätze für vier Millionen Menschen geschaffen werden. Die Kapitalisten erörtern die Frage, woher das Geld kommen soll. Der planwirtschaftlich Geschulte weiß, daß es sich nicht um das Geld handelt, sondern um die nationale Leistungskraft. Die wichtigste Reserve an nationaler Leistungskraft aber ist die brachliegende Arbeitskraft der Arbeitslosen, die so gern arbeiten wollen. Die Arbeitslosen müssen wir mobilisieren, um die Arbeitsstätten zu bauen, in denen sie oder ihre Kollegen später produktive Arbeit schaffen können. Das ist Schaffung von Investitionskapital im Sinne des Planwirtschaftlers. Und damit löst sich Problem Nr. 1.

Die Leistungskraft der Arbeitslosen müssen wir weiterhin auch mobilisieren, um Problem Nr. 2 zu lösen, nämlich die ungeheure Menge von Exportprodukten zu schaffen, die wir verkaufen müssen, um das zu bezahlen, was wir importieren müssen.

Erlauben Sie mir, eine einzige Zahl zu nennen: Wir haben jetzt einen Export etwa in der Größenordnung von fünf Milliarden DM. Wir haben einen Import etwa in der Größenordnung von zehn Milliarden DM. Und wir würden für eine vollbeschäftigte deutsche Wirtschaft mit voll entfaltetem Konsum der Menschen, die heute nicht arbeiten und daher nicht voll konsumieren, die aber arbeiten wollen und dann voll konsumieren müssen, einen Import etwa in der Größenordnung von fünfzehn Milliarden DM brauchen. Wir werden in wenigen Jahren von diesen fünfzehn Milliarden unseres Importbedarfs nichts mehr geschenkt bekommen, sondern wir werden sie voll laufend aufbringen müssen aus dem Exporterlös, d. h. wir müssen in sehr absehbarer Zeit zusätzliche zehn Milliarden DM als Exportprodukte produzieren, um den Zustand der Lebensfähigkeit, d. h. der Unabhängigkeit von weiteren Geschenken der Amerikaner erreichen zu können. Das wäre niemals möglich, wenn wir diese zehn Milliarden zusätzlicher Exportprodukte aus dem ausgepowerten Körper der deutschen Wirtschaft und aus dem um soundso viel niedrigeren Verbrauch herausquetschen müßten. Das ist nur möglich, wenn wir sie zusätzlich produzieren, indem wir den Menschen das geben, wonach sie sich sehnen; die Möglichkeit, nutzbringende Arbeit zu leisten.

Das aber, Genossen, ist die größte Aufgabe, die überhaupt jemals in der Geschichte von einem Volk zu lösen gewesen ist. Die deutsche Wirtschaft ist in einem Maße verstümmelt, wie wohl in der Geschichte noch niemals eine Wirtschaft ver-

stümmelt gewesen ist. Die Aufgabe, die hier zu lösen ist — und darin stimmen wir alle überein —, ist von der kapitalistischen Wirtschaft unter keinen Umständen zu lösen.

Genosse Schumacher hat uns neulich davor gewarnt, allzu viele Parallelen mit der Zeit der Weimarer Republik zu ziehen. Aber eine Parallele möchte ich doch ziehen. Das Versagen der Brüningpolitik gegenüber den Problemen der sechs Millionen Arbeitslosen im Jahre 1932 gehört ideengeschichtlich in die gleiche Kategorie der Erhardpolitik gegenüber den Problemen der heutigen Massenarbeitslosigkeit.

Damals, Genossinnen und Genossen, ging ein tiefer Pessimismus durch das ganze deutsche Volk gegenüber dieser Aufgabe. Und es ist leider nicht zu leugnen, daß dieser Pessimismus auch bis tief in unsere eigenen Reihen hineinging. Nur eine kleine Minderheit von sozialistischen Denkern wagte es, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zu entwerfen, das mit dem Mittel großzügiger Kreditschöpfung arbeiten wollte. Und es war damals eine weitverbreitete Meinung, daß man eine hemmungslose Inflation heraufbeschwören könnte, wenn man das täte.

Hitler und Schacht hatten diese Bedenken nicht. Hitler ist damals vor das Volk getreten, strotzend von Überheblichkeit, mit dem Versprechen, er hätte das Zaubermittel, die Geheimwaffe und die Patentmedizin gefunden, um die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Und nachher erwies sich diese Patentmedizin als die traurige Parole: Kanonen statt Butter! Und die Leistungskraft der Arbeitslosen wurde für die Produktion von Rüstungen mißbraucht.

Aber eins haben wir aus dieser Zeit gelernt: Wenn brachliegende Leistungskraft in einer Volkswirtschaft vorhanden ist und wenn wir den Mut und den Verstand haben, die Mobilisierung dieser brachliegenden Leistungskraft planmäßig zu lenken — dann brauchen wir uns Arbeitslosigkeit einfach nicht mehr gefallen zu lassen. (Beifall.)

Wir haben gelernt gegenüber der Zeit von damals, und wir müssen diese Lehre beherzigen: wir müssen das, was die Nazis damals mit einer gewaltigen Arbeitsbeschaffung ins unreine gemacht haben, ins reine schreiben mit einer Arbeitsbeschaffung nicht zu zerstörerischen Zwecken, sondern zum Aufbau der produktiven Substanz des deutschen Volkes (Beifall.) Gegenüber dieser Aufgabe, Genossinnen und Genossen, ist unser geistiges Rüstzeug unendlich viel größer und stärker, als es 1932 war.

Ich gehörte damals mit Wladimir Woytinsky und Fritz Tarnow zu den Verfassern des Arbeitsbeschaffungsplanes der Gewerkschaften, des sogenannten W. T. B. (Woytinsky-Tarnow-Baade)-Planes. Ich habe eine Ahnung davon, wie bescheiden unser damaliges geistiges Rüstzeug gewesen ist. Ich habe aber auch eine Ahnung davon, wie glänzend unser geistiges Rüstzeug gerade auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaft und der Planwirtschaft, insbesondere der planwirtschaftlichen Vollbeschäftigung, inzwischen geworden ist.

Die beiden Entwürfe, die hier dem Parteitag vorliegen — der Entwurf des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, an dem hauptsächlich der Genosse Veit mitgearbeitet hat, und der Entwurf, der von unseren Hamburger Freunden gekommen ist — sind beides außerordentlich wertvolle Erkenntnisgrundlagen für jede reale planwirtschaftliche Arbeitsbeschaffung. Ich habe selber in den letzten Monaten stark an einem dritten Dokument mitgearbeitet. Ich habe eine Arbeitsgemeinschaft von vier großen wirtschaftswissenschaftlichen Instituten über das Thema „Vollbeschäftigung und Lebensfähigkeit“ leiten können, an der 30 Nationalökonomien, nicht alles Sozialdemokraten, aber alles gutgeschulte Wissenschaftler, teilgenommen haben. Und diese Arbeit ist in den großen Grundzügen genau zu dem gleichen Ergebnis gekommen wie der Entwurf unseres Wirtschaftspolitischen Ausschusses und der Entwurf unserer Hamburger Freunde. Und dieses Ergebnis heißt:

Nur durch Mobilisierung der brachliegenden Leistungskraft, nur durch Vollbeschäftigung können wir dieses Westdeutschland einigermaßen lebensfähig machen. Bei dieser Aufgabe müssen Elemente der freien Wirtschaft mit Elementen der Ordnung sinnvoll kombiniert werden. Wir brauchen uns endgültig nicht mehr ge-

fallen zu lassen, die Vorschläge, die wir für den planmäßigen Aufbau der Wirtschaft vorbringen, als Zwangswirtschaft brandmarken zu lassen. Das hat mit Zwangswirtschaft nicht das geringste zu tun.

Wenn, wie ich eben sagte, der deutsche Export um einen Jahreswert von zehn Milliarden DM gesteigert werden muß und wenn diese zehn Milliarden DM zusätzliche Produktion nicht nur zusätzlich produziert, sondern auch verkauft werden sollen, so brauchen wir die Eigeninitiative jedes Ingenieurs, jedes Technikers, jedes Fabrikdirektors und jedes Exportkaufmanns in Deutschland, und wir denken nicht daran, diese Eigeninitiative zu beseitigen. Aber wenn diese Eigeninitiative sich sinnvoll zum Nutzen des Volkes entfalten soll, so muß sie hineingestellt werden in einen großen Rahmen der Wirtschaftsplanung und der Wirtschaftslenkung. Der einzelne Kaufmann ist ja doch nur ein hilfloser Kompanieführer in dieser großen Mobilisierungsaufgabe, vor der wir stehen. Der Generalstab für die Überwindung der Arbeitslosigkeit, der Generalstab für die Herstellung der Lebensfähigkeit des verstümmelten Deutschlands muß in der Zentrale sitzen, und er kann nicht ein Generalstab von Kaufleuten, er muß ein Generalstab von Wirtschaftsplanern und Staatsmännern sein. (Zurufe: Sehr richtig! Bravo!)

Damit, Genossinnen und Genossen, eröffnet sich ein Ausblick — erlauben Sie mir, darüber noch eine Minute zu sprechen — auf eine ganz große Perspektive. Wir müssen gleichzeitig Vollbeschäftigung und Lebensfähigkeit für Deutschland schaffen. Wir müssen gleichzeitig aber noch ein großes Stück der Aufgabe bewältigen, die die Aufgabe unseres Jahrhunderts und unserer Generation und der nächsten Generation ist, nämlich in unserer Wirtschaft Freiheit und Ordnung zum richtigen Zusammenklang zu bringen. Mit dem Belagerungszustand kann jeder Esel regieren, und daß man mit einem totalitären System Vierjahrespläne und Fünfjahrespläne durchführen kann, wissen wir nun alle. Aber das ist nicht die Aufgabe, vor der unsere Generation und die nächste Generation steht.

Die Aufgabe ist, Freiheit und Ordnung zum Zusammenklang zu bringen. Und wenn die Leute uns fragen, ob wir ein Wundermittel haben, mit den brennenden Nöten der Zeit fertig zu werden und dabei noch diese Aufgabe zu lösen, so können wir mit gutem Gewissen sagen: wir haben dieses Mittel. Und wenn die Menschen uns fragen: wie heißt dieses Mittel? Nun, es trägt den Namen, der in aller Herzen brennt und von dem wir wollen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes sich zu ihm bekennt. Es heißt: soziale Demokratie! (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Nun hat das Wort Rudolf Wissell. (Beifall.)

Rudolf Wissell: Berlin: Genossinnen und Genossen, ich danke Ihnen für dieses Zeichen der Wiedersehensfreude, das Sie mir eben abgegeben haben.

Vielleicht ist es auch der letzte Abschied, den Sie von mir nehmen können. Wenn man schon im zweiten Jahr des neunten Jahrzehntes steht, muß man schon damit rechnen, daß die Zukunft schnell den nimmt, der heute noch lebt. Genossen, gestatten Sie mir eine Bemerkung vorweg: wenn ich zu den Parteitag gehen, handelt es sich ja immer um Städte, die ich genau kenne, und dann frage ich mich immer, wie viele der alten Genossen findest du noch. Dann finde ich die alten Straßen noch, die alten Häuser, die alten Freunde, doch — die sind zum größten Teil nicht mehr. Also mit solchen Gefühlen gehe ich zum Parteitag.

Aber ich will das Sentimentale beiseitelassen. Ich habe hier schon einmal — es sind jetzt über 30 Jahre her — in diesem Saale über dieselbe Frage gesprochen, die ich auch heute wieder erörtern will, über die Wirtschaftspolitik. Vielleicht ist unter Ihnen noch einer der alten Hamburger, die damals im Februar 1920 mich gehört haben, als ich damals über die Planwirtschaft sprach. (Zustimmung.) Damals habe ich hier in Hamburg wie überall in den anderen Städten, wo ich gesprochen habe, für diesen von mir vertretenen Gedanken Zustimmung, restlose Zustimmung gefunden, und ich habe für ihn gekämpft, bis dann schließlich in Kassel — ich kann es Euch wohl sagen — die Parteibürokratie fertig brachte, daß keiner, der meinen Standpunkt einnahm, mehr zu Worte kam. (Hört! Hört!)

Genossen, ich habe eine Kritik zu üben nicht an dem, was der Genosse Veit gesagt hat. Inhaltlich kann man ihm vollständig zustimmen bis vielleicht auf einzelne Sätze. Er sagte, auf den alten Gleisen dürfen wir nicht weiterfahren lassen und er meinte dann, eine Formulierung des Alten sei Rückschritt. Ich weiß nicht, ob ich ihn genau verstanden habe. Ich saß im Schatten seiner Rede und habe nicht alles so deutlich gehört. Ich bin gerade der Meinung, die Formulierung dessen, was uns not tut und mit dem wir Eindruck erwirken auch bei unseren Anhängern und bei anderen, eine klare, deutliche Formulierung einer Wirtschaftspolitik tut not. Genossen, hier ist gestern und heute von Sozialisierung der Schlüsselindustrien gesprochen worden. Die Gewerkschaften wollen die Grundindustrien sozialisieren.

Alles schön und gut; aber was soll dann geschehen mit den Zweigen der Wirtschaft, in denen eine Sozialisierung noch nicht möglich ist? Sollen denn in diesen Zweigen etwa Erwerbstrieb, Gewinnstreben auf Kosten der anderen weitergehen, so wie es bisher gewesen ist? Es muß der Wille zur Gemeinwirtschaft klar zum Ausdruck gebracht werden in diesem Programm. Auch der Genosse Veit hat von Gemeinwirtschaft gesprochen und meine anderen beiden Vorredner auch. Genossen, die Wirtschaftserkenntnis ist in unserer Partei heute zweifellos viel größer. Drei Professoren vor mir und ein Doktor haben ja schon gesprochen und ich weiß nicht, wie viele noch folgen werden. Ohne Zweifel beherrschen sie die Theorie der Nationalökonomie viel viel besser, als ich und die Mehrzahl von Ihnen sie etwa beherrschen. Aber, Genossen, ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese guten, lieben, vielfach neu zu uns gekommenen Parteigenossen die praktische, das Gemüt und die Einsicht der Arbeiter ansprechende Wirtschaftspolitik doch manchmal etwas zurücktreten lassen hinter ihrer rein theoretischen Nationalökonomie. (Sehr gut, Beifall.)

Genossen, ich bin überzeugt, wir können heute die Wirtschaft in ihren wesentlichen Zweigen zusammenschließen, um in ihr Gemeinschaft zu treiben, auch da, wo die Sozialisierung noch nicht möglich ist. Nehmen wir an, wir bekommen einen Bundeswirtschaftsrat; die Vorredner sind schon darauf eingegangen. Er soll Richtlinien, Ratschläge geben. Ohne sein Zutun soll nichts geschehen. Ja, werden diese Richtlinien denn nun auch von den nicht unter einer gemeinwirtschaftlichen Bindung Stehenden immer befolgt? Die Gewerkschaften wollen das Mitbestimmungsrecht. Gut. Aber Mitbestimmung im einzelnen Betrieb erstreckt sich doch nur auf die betriebsmäßigen Erfordernisse des einzelnen Betriebes, nicht darauf, ob in diesem Betrieb nun auch wirklich gemeinwirtschaftliche Arbeit geleistet wird, eine Arbeit, die den Interessen der Gesamtheit und nicht nur dem einzelnen Betrieb dient. Sie können aber in einer gemeinwirtschaftlich zusammengeschlossenen Wirtschaft gemeinsam mit den Unternehmern sehr wohl auch Einfluß in diesen Zweigen haben.

Genossen, es ist hier viel von Investitionen gesprochen worden. Wie werden denn die Investitionen schließlich verteilt? Von oben auf die wichtigsten Wirtschaftszweige? Gut, alles gut. Und wie verteilen sie sich im unteren Sektor? Wahrscheinlich in dem Sektor so und in dem Sektor so und in dem anderen noch anders, und das Ergebnis wird zweifellos so sein, daß die Fehlinvestitionen genau so zu verzeichnen sein werden, wie sie heute bei der Regelung, wie wir sie in Bonn haben, auch geschehen.

... war das schon das Schlußzeichen? (Vorsitzender: nein!) Ich halte mich persönlich an die 10 Minuten, was die Vorredner nicht getan haben. Ich habe soviel Parteidisziplin. (Beifall.) Also, die Fehlinvestition hat sehr häufig die Folge, daß durch die größere Kapazität der einzelnen Betriebe hinterher Arbeiter entlassen werden. Aber diese Arbeiter müssen von dem Sozialprodukt, an dem sie haben nicht mitarbeiten können, auch wieder ernährt werden. Dann entsteht der Zustand, von dem Genosse Preller gesagt, hat, daß heute schon jeder Familienvater einen Rentenempfänger zu ernähren hat.

Die Gemeinwirtschaft soll keine Zwangswirtschaft sein. Sie soll Selbstverwaltung der Wirtschaft sein, die wir nur erreichen könnten, wenn gesetzlich die ge-

meinwirtschaftliche Produktion festgestellt ist. Ehe wir nicht zu einem solchen Programm kommen, können wir auch das unseren Leuten im Lande nicht klar machen, was schließlich das Endziel ist. Ich meine nicht das Endziel, von dem Genosse Ignatz Auer vor 51 Jahren sagte: Wir sollten nicht marschieren mit dem an der roten Fahne baumelnden Endziel. Aber wie ist das Endziel formuliert? Fragen Sie die Durchschnittsarbeiter, ob sie Sie verstehen. Sie verstehen Sie nicht. Wir müssen bessere und klarere Formulierungen finden. Wir müssen vor allem dazu kommen, ein Wirtschaftsprogramm auszuarbeiten, das wirklich als gemeinwirtschaftliche Grundlage für die ganze deutsche Wirtschaft gelten müßte. Auf dem Parteitag in Düsseldorf ist der Partei die Aufgabe gestellt worden, ein Wirtschaftsprogramm aufzustellen und zu veröffentlichen. Es ist in diesen anderthalb Jahren noch nicht möglich gewesen. Ich glaube, es ist dringend nötig, daß wir es bald bekommen für eine Wirtschaftsführung, die unter der Selbstverwaltung von Unternehmern und Arbeitern steht. Dazu werden wir auch die Kräfte in unserem Vaterlande finden. Nach der alttestamentarischen Sage hätte ja der Herrgott Sodom und Gomorrha nicht vernichtet, wenn er 50 Gerechte gefunden hätte. Aber er ging hinunter und war mit fünf zufrieden, wenn nur diese dagewesen wären. Wenn wir in unserer Wirtschaft die Leute, die diese gemeinwirtschaftliche Arbeit wollen und diesen Geist nicht finden, dann wird es uns ergehen wie Sodom und Gomorrha. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat jetzt Klabunde, Hamburg. Dann folgt Kleemann, Bremen.

Erich Klabunde, Hamburg: Nachdem der Genosse Veit die Arbeit des Unterausschusses für sein Programm so freundlich erwähnt hat, eines Unterausschusses, dem ich die Ehre hatte vorzustehen, glaube ich, auch einige wichtige Hinweise darauf geben zu sollen, wie dieses Programm, bevor wir es der Partei vorgelegt haben, schon nach außen gewirkt hat.

Ich glaube, viele haben übersehen oder jedenfalls noch nicht wahrgenommen, daß eine wirtschaftspolitische Zeitschrift, wie „Der deutsche Volkswirt“, in diesem Programm tatsächlich politisches Sprengpulver in konzentriertester Form begriffen hat. Denn „Der deutsche Volkswirt“ hat die Gefahr einer echten Vollbeschäftigungspropaganda, die genügend fundiert ist, in einem Leitartikel herausgestellt.

Und ich glaube, aus dieser ersten frühen Reaktion von bürgerlicher Seite sollte man folgern, daß es notwendig ist, diese Vollbeschäftigungspropaganda an den Anfang zu stellen.

Was heute als notwendig empfunden wird, ist nicht so sehr — so sehr wir alle seine Bedeutung anerkennen — die Frage des gesamten wirtschaftspolitischen Problems, sondern was als dringend empfunden wird und was von der bürgerlichen Seite als gefährlich empfunden wird, ist die Vollbeschäftigungspropaganda, die von uns zu kommen droht, wenn wir tatsächlich von dem Willen erfüllt wären, dieses Wort in den Vordergrund zu stellen.

Denn wir wissen, daß die Vollbeschäftigung bei zwei Millionen Arbeitslosen, bei weiteren Millionen, die von der Arbeitslosigkeit bedroht sind, eine stärkere Wirkung, einen unmittelbaren Appell an ihre eigene Situation bedeutet, als wenn wir nur allgemein von einem Vollbeschäftigungsprogramm sprechen.

Und deshalb erscheint es mir notwendig, daß wir diese Seite betonen — nicht etwa, daß ich dem verehrten Genossen Dr. Wissell widersprechen möchte, man soll ja auch diese Seite erwähnen. (Heiterkeit und Beifall des Hauses.)

Ich möchte sagen, wir haben aus der Gesamtheit unserer politischen Argumente dasjenige in den Vordergrund zu stellen, das heute die stärkste Wichtigkeit hat, und bei dem wir von dem Willen beseelt sind, unter allen Umständen und mit ganzer Kraft für die Realisierung zu sorgen.

Und das ist insbesondere wichtig, nachdem die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, ihre Arbeitsbeschaffungspolitik, nicht nur zahlenmäßig gescheitert ist,

sondern die Argumentation der Bundesregierung gezeigt hat, daß sie selbst nicht in der Lage ist, die Probleme auch nur geistig richtig zu sehen.

Erinnern Sie sich an den Bundesarbeitsminister Storch, der erklärt hat, demnächst würde die Arbeitslosigkeit auf 800 000 gesunken sein. (Zwischenruf: Hört! Hört! usw.)

Wenn er dies öffentlich erklärte, wie auch ein Zwischenruf sagte, so spricht das nicht für seine wirtschaftspolitische Kenntnis.

Ich möchte weiter betonen, daß die Regierung den großen Fehler gemacht hat, das Problem nicht im Augenblick ihres Entstehens zu erkennen. Und wir dürfen ebenso sagen, daß die für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen zwei Jahre hinter sich gelassen haben.

Das Problem der Schaffung neuer Arbeitsplätze — das ist mit Nachdruck und mit großer Wichtigkeit betont worden — lag ja im Augenblick der Währungsreform auf der Hand.

Was ist in den zwei Jahren geschehen? Nichts! Dieses Versäumnis kann nicht von einem Tag zum anderen, von einer Woche zur anderen, nachgeholt werden, das ist versäumte Zeit auf Kosten des deutschen Volkes.

Und wir müssen dies herausstellen, daß — hätte man das Beschäftigungsprogramm schon damals angepackt — wir weiter wären, selbst auf der Basis eines Bekenntnisses zum Liberalismus, das wir nicht beeinflußt haben, vorausgesetzt, daß die Regierenden damals die Situation erkannt hätten.

Sie werden sagen, daß sie erst seit dem 1. September 1949 bestehen. Genossen, das stimmt ja nicht. Dieselben Machthaber waren am Tage der Währungsreform an der Macht und existieren seitdem ununterbrochen und haben seitdem ununterbrochen die Möglichkeit gehabt, zu handeln, und haben absichtlich nicht handeln wollen, weil sie in dem naiven Glauben, es ginge ohne Handeln und die Dinge würden sich von selbst einfädeln, die größte wirtschaftspolitische Katastrophe erlebt hatten.

Es gibt kluge Leute, die schreiben, man braucht keine Vollbeschäftigung. Wir sollten die höchste Beschäftigung mit der höchsten Leistung haben.

Nun, Genossinnen und Genossen! Das ist ein Spiel mit Worten, denn niemand von uns will ja die Arbeitslosen damit beschäftigen, daß sie Löcher graben, sondern jeder von uns will die Arbeitslosen mit produktivster Arbeit beschäftigen, jeder will die höchste Leistung der deutschen Wirtschaft.

Aber das geht nicht ohne die Vollbeschäftigung.

Selbst wenn die Vollbeschäftigung schon voll erfolgen würde, würde es, das ist in dieser Debatte klar geworden, sicher etwa drei Jahre dauern, ehe die Arbeitslosen, wenigstens die vorletzten Arbeitslosen, von der Straße verschwunden wären. Und gerade diese große Schwierigkeit zeigt auch die Notwendigkeit eines unerhört harten Einsatzes.

Es kommt gar nicht darauf an, daß jetzt 300 000 Arbeitslose fort sind — es kommt darauf an, daß wir einen Plan aufstellen, der im Zeitraum von etwa drei Jahren die Möglichkeit erfäßt, neben der einen Million, die man vielleicht auf vorhandenen Arbeitsplätzen unterbringen kann, zwei Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, damit die neuen Arbeitsplätze mit den vorhandenen Arbeitslosen und mit den Arbeitslosen, die im nächsten Jahr wieder hinzukommen, besetzt werden können.

Das muß aber jeder unserer Funktionäre draußen sagen können, damit schließlich auch nicht nur unsere Mitglieder, nicht nur die Mitglieder der Gewerkschaften diese Notwendigkeit voll begriffen haben, sondern das gesamte deutsche Volk.

Wir müssen auch darüber sprechen, daß eine Lösung des Flüchtlingsproblems zu differenziert im einzelnen ist, und das ist in der Debatte schon erwähnt worden, — eine Lösung des Flüchtlingsproblems ist nur im Rahmen der Vollbeschäftigung möglich. Wir können nicht das Flüchtlingsproblem bei einer gleichbleibenden Zahl von Arbeitslosen lösen. Das muß doch jeder einsehen — eine Wahrheit, die so einfach ist, daß sie mit Nachdruck ausgesprochen gehört. Und wir wollen auch noch

etwas anderes sagen, nachdem die Bundesregierung jetzt die Länder beschuldigt hat, sie würden ihr — der Bundesregierung — Programm nicht durchführen.

Genossinnen und Genossen! Die Arbeitslosigkeit wäre um mehrere Hunderttausende größer, wenn die Länder nicht in größter Anstrengung, unter unerhörten Vorgriffen auf die künftige Entwicklung der Finanzen, der Bundesregierung geholfen hätten (Zuruf: Sehr richtig!) —, und zwar gerade auch die sozialdemokratisch geleiteten Länder. (Beifall.)

Genossen, man muß ja sagen, daß Adenauer nur mit 1,7 Millionen offiziellen Arbeitslosen existiert.

Das bedeutet, daß er auf den Krücken der sozialdemokratischen Länderpolitik existiert, und daß er ohne diese Krücken eine Arbeitslosigkeit von weit mehr als zwei Millionen hätte! (Zuruf: Sehr richtig!) Jeder einzelne wird aus seinem Lande nachweisen können, was die Regierung dafür getan hat.

Und nun noch etwas anderes: Wir dürfen uns allerdings keinem verkehrten und statistischen Optimismus hingeben, wie es die Bundesregierung getan hat.

Denken Sie bitte daran, daß dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm eine Summe von 3,4 Milliarden Mark erfordern soll. Davon waren die ersten zwei Milliarden, die angeblich dem Wohnungsbau dienen sollten, nur dafür vorhanden, daß sie die Beschäftigung auf dem alten Stand halten. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm bedeutet aber, daß über den vorhandenen Beschäftigungsstand hinaus Arbeitsplätze besetzt werden.

Das hat ja die Regierung nicht kalkuliert. Sie hat für den Wohnungsbau gegenüber dem Vorjahr — ich nenne das eine Beispiel nur — zusätzlich 500 bis 700 Millionen zur Verfügung, nicht einen Pfennig mehr. Und die ganze Summe von 3,4 Milliarden reduziert sich auf gut eine Milliarde. Davon sind die Mittel nicht einmal, wie Schiller ausgeführt hat, bisher verwandt worden.

Die Kenner der internen Vorgänge, auch im Regierungslager, wissen, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm gescheitert ist.

Und was ist geschehen? Die Regierung hat auch hier nicht die Initiative ergriffen. Die Regierung hat, als bekannt wurde, daß ein sozialdemokratisches Programm in Erscheinung begriffen war, acht Tage später ausgeführt, sie werde ein zweites Arbeitsbeschaffungsprogramm bringen. Wir haben allen Anlaß, die Frage zu stellen: Wäre diese Nachricht damals herausgekommen, wenn das sozialdemokratische Programm nicht aufgestellt worden wäre? Nun, ich glaube, es wird wenige geben, die die Frage bejahen, vor allem wenige in diesem Hause, aber auch sehr wenige außerhalb dieses Hauses.

Wir brauchen ein wirtschaftspolitisches Programm. Darin hat Wissell recht. Wir brauchen auch eine Aufklärung der Bevölkerung. Aber die Aufklärung der Bevölkerung — da möchte ich ihm widersprechen — kann nicht darin bestehen, daß wir die wirtschaftlich tatsächlich schwierigen Tatbestände so darstellen, daß uns die Einfachheit unserer Darstellung als wissenschaftlich unvollständig nachgewiesen werden kann. Insofern möchte ich nämlich als einer, der weder Professor noch Doktor ist, betonen: ich bin den Professoren in der Partei sehr dankbar, daß sie uns das Material geliefert haben in dieser Kommission, mit dem wir ein Programm aufstellen konnten, das jeder fachliche Kritiker akzeptieren muß.

Was wir brauchen, ist ein Erläuterungswerk für dieses Programm, das jede Frage so beantwortet, daß der Arbeiter es auch versteht. Aber, Genossinnen und Genossen, die ersten großen sozialistischen Publikationen, vom kommunistischen Manifest bis hin zum „Kapital“, waren auch nicht auf das erste Mal hin von der Bevölkerung voll zu verstehen, und die Arbeiterschaft hat hart gerungen, sie zu verstehen. Wollen wir der Arbeiterschaft heute weniger zumuten als damals?

Wir sollten an sie appellieren, mit aller Schärfe und Kraft des Geistes dafür einzutreten, daß diese Kenntnisse und Erkenntnisse Allgemeingut werden, damit sie wirklich vertreten werden können. (Großer Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Als nächster hat das Wort der Genosse Wilhelm Kleemann, Bremen. Ihm folgt der Genosse Johann Maag, Würzburg.

Wilhelm Kleemann, Bremen: Genossinnen und Genossen! Ich möchte Euch den Inhalt eines Bremer Antrages dringlichst ans Herz legen: Aufhebung der Beschränkungen für die deutsche Schiffbauindustrie. Die Unterlagen für diesen Antrag kennt Ihr, ich brauche deshalb auf Einzelheiten nicht einzugehen.

Das Petersberger Abkommen, das ja angeblich einer der größten Erfolge Adenauers sein soll, hat der deutschen Schiffbauindustrie gefährliche Bindungen auferlegt. Man könnte noch dafür Verständnis haben, wenn diese Beschränkungen lediglich für den ureigensten deutschen Schiffsbau gelten sollten, wenn man die Hintergründe dafür kennt. Aber auch hier zeigt sich schon ein sehr scharfer Kontrast zwischen Theorie und Praxis.

Wir lesen von der freundlichen Atmosphäre in London, wir lesen die freundlichen Reden, die im Auslande an reisende Ministerpräsidenten und Minister gehalten werden. Aber die Taten, beziehungsweise Nicht-Taten in der Heimat sehen doch ganz wesentlich anders aus.

Es ist so, daß es uns Deutschen beinahe zur zweiten Natur geworden ist, immer in Hoffnung zu leben, und, Genossinnen und Genossen, ein solcher Zustand muß ja auch einmal vorübergehen. Wofür ich nicht das leiseste Verständnis aufbringen kann, ist, daß diese Beschränkungen auch für den sogenannten Schiffsexport, das heißt für die Schiffe, die auf deutschen Werften für das Ausland gebaut werden, gelten soll, — angeblich auch aus Gründen der Sicherheit, weil es Deutschland leicht wäre, die von ihm für das Ausland gebauten Schiffe zurückzuholen und später doch für etwaige kriegerische Interessen auszuwerten.

Genossinnen und Genossen! Es ist eine ganz feststehende Tatsache, und es ist eine alliierte Feststellung, daß uns durch die Beschränkungen, die dem deutschen Schiffbau auferlegt worden sind, Auslandsaufträge im Werte von 40 Millionen Dollar verloren gegangen sind. Was hätten wir für diese Summe an Verbrauchsgütern aus den Dollar-Ländern beziehen können, und wie hätten wir mit diesen Mitteln die deutsche Produktion ankurbeln können, um auf einem durchaus praktischen Wege zur Vollbeschäftigung Tausende und aber Tausende auf ihren Arbeitsplatz zurückzuführen! Hamburg und Bremen sind die Zentren der deutschen Schiffbauindustrie für die deutsche Bundesrepublik.

Aber dieser Antrag betrifft nicht nur die hamburgischen und bremischen Interessen, sondern liegt auch durchaus im Interesse der gesamten Wirtschaft.

Wenn ich zwei Bremer Beispiele kurz anführen darf, so will ich Ihnen mitteilen, daß die Kapazität der bremischen Werftindustrie kaum zu 50 Prozent ausgenutzt ist. Bestände durch Aufhebung dieser Beschränkungen die Möglichkeit, diese Kapazität auszunutzen, so hätten nicht nur die Werften den unmittelbaren Vorteil davon, sondern auch die gewaltigen Zubringerbetriebe in den Hafenstädten und im ganzen Gebiet der Bundesrepublik würden einen gewaltigen Aufschwung nehmen, und wir könnten auf diesem praktischen Wege wieder Tausende und aber Tausende von Arbeitsplätzen beschaffen.

Im Jahre 1928 waren z. B. in der bremischen Schiffbauindustrie 20 000 Menschen beschäftigt. Ich will gar nicht von dem Jahre 1939 reden, da waren es 26 500. Aber es wird Sie immerhin interessieren, daß diese Zahl von 20 000 heute im Jahre 1950 auf 9 000 herabgegangen ist, ohne die Aktiengesellschaft „Weser“, eine der größten Werften an der Unterweser, die in den Jahren durchschnittlich immer 5 000 bis 6 000 Menschen beschäftigte und heute nicht einmal 2 000 Arbeiter zählt.

Genossinnen und Genossen! Ich weiß sehr wohl, Ministerpräsidenten, Bundestagsfraktion und die Landtagsfraktionen befassen sich schon mit dieser eminent wichtigen Frage. Erfreulich, wenn sie es mit der nötigen Energie tun, erfreulich, wenn sie es mit den nötigen Erfolgen tun, ich muß allerdings sagen, daß selbst in den Zeitungen großaufgemachte Interviews uns nicht zum praktischen Ziele über diese theoretischen Forderungen führen. Mir liegt daran, Genossinnen und Ge-



nossen, auch auf diesem Parteitag der SPD festzustellen, daß sich unsere Partei des Heeres der erwerbslosen Werftarbeiter annimmt. Es besteht da eine außerordentlich große Gefahr, nämlich, daß uns durch Abwanderung so notwendige Fachkräfte verloren gehen, die, wenn es nachher endlich so weit ist, nicht mehr da sind. Mir liegt auch daran, auf diesem Parteitag festzustellen, daß unsere Partei mit allen Mitteln unmittelbar und mittelbar gewillt ist; diese tödlichen, unsinnigen Bindungen, die der deutschen Wertfindustrie auferlegt worden sind, zu beseitigen, und ich bitte Euch, diese Feststellungen zu treffen durch einmütige Annahme des Bremer Antrages. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat der Genosse Maag, Würzburg.

Johann Maag, Würzburg: Zwei Dinge waren es am 14. August, die uns besonders in Bayern schwer zu schaffen machten, und zwar einmal die konfessionelle Frage und zweitens die Wirtschaftsfrage. Ich kann feststellen, daß wir oft im Wahlkampf erlebten, daß jeder von unseren Referenten seine eigene Sozialisierung machte, und daß hier die große gemeinsame Linie fehlte. Auch heute — ich gebe zu, daß einem Parteitag ein wirtschaftliches Programm vorgelegt werden muß, das ist richtig —, müssen wir gerade aus den Betrieben die konkreten Forderungen herausstellen, und zwar, wie unser Genosse aus Bayern sagte, wenn es uns nicht gelingt, in der Frage der Mitbestimmung betrieblich und überbetrieblich, in der Frage eines vernünftigen Betriebsrätegesetzes die Stellung der Arbeiter in den Betrieben zu schaffen, die notwendig ist, um diese geplanten Ziele zu erreichen, und vor allem auch in den Betrieben durch die Gewerkschaften und durch die Partei die Arbeiter heranzubilden, die in der Lage sind, damit etwas anzufangen, dann können wir noch sehr viele Parteitage erleben, wo wir sehr viel schöne geistige Programme zur Sozialisierung hören, aber keinen Schritt weiterkommen. Das ist meiner Meinung nach das erste Ziel.

Ich will noch kurz den heutigen Parteitag dazu benutzen, wie es die Kürze der Zeit erfordert, auf ein Problem hinzuweisen: Vollbeschäftigung. Dabei glaube ich auch ein Gebiet nennen zu müssen, das heute wenig gestreift ist, das Gebiet der Landwirtschaft. Ich glaube, wir legen zu wenig Wert darauf, und ich weiß, daß meine eigenen Genossen aus der Fraktion in Bayern mir immer wieder sagen: Was willst du mit deiner Landwirtschaftspolitik? Du gewinnst letzten Endes keinen Bauern damit. Genossen, das ist ein falsche Problemstellung. Es kommt nicht darauf an, daß wir eine Stimme mehr oder weniger gewinnen, sondern uns darüber klar werden, wie wir die deutsche Volkswirtschaft gestalten wollen, und hier ist die deutsche Landwirtschaft ein wichtiges Glied.

Wir sind uns darüber klar, ich weiß, daß uns oft gesagt wird, für diese Bauern, die uns vor dem 20. Juni so im Stich gelassen haben, haben wir nicht so viel übrig. Wir wissen aber, daß das Problem angegriffen werden muß aus drei Hauptpunkten heraus. Einmal ist der Bauer immerhin mit 25- bis 30prozentigem Anteil im Volk ein äußerst wichtiger Konsument. Wir haben in Bayern eine Statistik errechnet; wonach 580 DM pro Hektar ausgegeben werden, und es ist nicht ganz gleich, ob wir sie vermehren können oder vermindern. Zweitens, das Los von Hunderttausenden Landarbeitern hängt von der Entwicklung in der Landwirtschaft ab, und das kann uns ebenfalls nicht gleichgültig sein. Die Landflucht, die viel beklagt wird, kann man nicht durch Gesetz regeln, sondern kann sie nur ändern durch vernünftige Landwirtschaftspolitik, die ja in unserem Programm zum Teil angezeigt ist. Die dritte Frage ist das Problem der Ernährung. Ich habe einmal im bayrischen Landtag gesagt: „Mir kommt es vor bei der Ernährung wie einem Vogel, der in seinem Käfig sitzt und jeden Tag ernährt wird, aber mit Angst darauf wartet, bis der Tag kommt, wo Frauchen nicht mehr kommt und ihm Nahrung gibt. Und dieser Tag kommt 1952, wenn die Marshall-Hilfe aufhört. Wir haben als Sozialisten ein Interesse daran, wie das Volk dann ernährt werden soll. Wir haben ein Interesse daran, Ackerbau und Viehzucht vorwärtszutreiben. Kein Stand ist unzufriedener in Deutschland über die sogenannte Erhardsche Liberalisierungspolitik als der

deutsche Bauernstand, denn er hat die Liberalisierung am schlimmsten büßen müssen. Es ist unsere Aufgabe, den Klein- und Mittelbauern das klarzumachen. Es war erstaunlich, daß unsere Fraktion in Schweden erklärte, wir sind im schwedischen Kleinstaat die zweitstärkste Bauernvertretungspartei. Das war für mich ein Beweis, was für uns noch zu tun ist. Ich weiß, daß bei uns die Dinge nicht so liegen wie in Schweden, wo keine Konfessionsstreitigkeiten sind, wo dunkle Mächte nicht versuchen, eine Mauer zwischen Arbeitern und Bauern zu errichten. Ich fürchte nur, daß manchmal Genossinnen und Genossen von uns einen kleinen Baustein zu dieser Mauer zwischen Bauern und Arbeiter beitragen, und meine Meinung ist, reißen wir diese Mauer nieder, denn ohne vollbeschäftigte und kaufkräftige Arbeiterschaft gibt es in Deutschland keine gesunde Landwirtschaft, aber auch ohne leistungsfähige und kaufkräftige Landwirtschaft keine vollbeschäftigte und gesunde Arbeiterschaft. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Es spricht die Genossin Selbert, Kassel.

Elisabeth Selbert, Kassel: Genossinnen und Genossen! So sehr es mich auch reizen würde, zu der Frage des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter zu sprechen, nachdem wir in Hessen das Betriebsrätegesetz mit diesem wirtschaftlichen Mitbestimmungsrecht bereits geschaffen haben, so muß ich mich doch leider bescheiden.

Ich spreche zu dem Antrag Nr. 58, zu einem Thema, das mir gerade bei der Diskussion, die heute in der Weltöffentlichkeit darüber erfolgt, ebenso wichtig erscheint. Dazu eine Feststellung: Seit dem Inkrafttreten des Bonner Grundgesetzes hat die Diskussion um den Gleichheitsartikel in der Frage der Rechtsstellung der Frau mehr und mehr gezeigt, wo die ehrlichen Verfechter der Frauenrechte sitzen, und ganz eklatant hat sich ergeben, daß die bürgerlichen Parteien mit ihrer Fabuliererei über organische und mechanische Gleichberechtigung ausweichen und im Ernst gar nicht daran denken, die versprochene Gleichstellung der Frau in der Gesetzgebung zu verwirklichen. Man geht sogar so weit, von einem Verstoß gegen die göttliche Regelung zu sprechen. Es ist wieder einmal das große Verdienst der Sozialdemokratischen Partei, die Durchsetzung des Artikels 3 in Angriff genommen zu haben. Adenauer denkt nicht daran und hätte nicht daran gedacht, die Gesetzesinitiative zu ergreifen, wie es erforderlich wäre, und wie sie ihm obliegt, um die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze, vor allem auch des Bürgerlichen Gesetzbuches, zum Artikel 3 des Grundgesetzes herzustellen.

Wir haben auch bei der Diskussion über das Beamtengesetz das wahre Gesicht der Regierung und der bürgerlichen Vertreter gesehen, auch ihrer weiblichen Abgeordneten. Die Aktivität zur Durchführung des Artikels 3 des Grundgesetzes liegt ausschließlich bei der Sozialdemokratie. Ich will Ihnen bei dieser Gelegenheit eine interessante Beobachtung nicht vorenthalten, die mir gerade in den letzten Tagen immer wieder aufstößt. Wissenschaft und Publizistik wetteifern in Veröffentlichungen über die Durchführung des Artikels 3 im Sinne der Reform des Familienrechtes. Mir ist zwar die hohe juristische Kunst der Subsumtion von Tatbeständen und der Auslegung von Paragraphen bestens geläufig, aber ich hätte es in Bonn vor einem Jahr nicht für möglich gehalten, was die Wissenschaft alles in den Artikel 3 hineingeheimnissen und, um zu Antithesen zu kommen, auch herauszaubern kann. Ich habe gestern beispielsweise wieder zwei Veröffentlichungen von Universitätsprofessoren bekommen, von denen es eine fertigbringt, aus Artikel 3 sogar das patriarchalische Prinzip zu rechtfertigen.

Der Streit der Gelehrten geht unter anderem auch um die Frage der normativen Wirkung des Artikels 3, über den es m. E. gar nichts zu streiten gibt. Da nach Artikel 1 des Grundgesetzes die Grundrechte im Gegensatz mehr nur zur Weimarer Verfassung nicht Programm und Deklamation sind, sondern seit dem 24. Mai 1949, dem Inkrafttreten des Bonner Grundgesetzes unmittelbar geltendes Recht, müssen sie also bei jedem neuen Gesetz angewandt werden. Alte Gesetze müssen dem Artikel 3 angepaßt werden. Das gilt auch für den Rechtssatz: Gleicher Lohn bei

gleicher Arbeit. Dieser Satz ist zwar nicht ausdrücklich im Grundgesetz vermerkt. Er ist aber seinerzeit auf meine Anregung hin ausdrücklich zu Protokoll genommen worden, daß den Gleichheitssatz des Artikels 3: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, auch diesen Satz: „Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit“, mit umfaßt. Der Satz hat also gleichfalls normative Wirkung. Die Frage der Gleichstellung der erwerbstätigen Frau bewegt z. Z. die Weltöffentlichkeit. Wie aktuell sie ist, beweist allein die Tatsache, daß sich laut Pressemeldungen das internationale Arbeitsamt in Genf am 9. Juni in einer internationalen Tagung mit diesem Problem befaßt.

Im Rahmen der Erörterungen interessiert ferner, daß jetzt, nachdem die Diskussion ausgelöst ist, seit einigen Wochen die gesamten Unternehmerverbände auf den Plan treten und mit allen Mitteln versuchen, die Angleichung der Frauenlöhne zu vereiteln. Sie behaupten kühn, das sei eine fälschliche Auslegung des Bonner Grundgesetzes. Der Artikel 3 wolle nicht, daß die Gleichberechtigung der Frau direkte Auswirkungen auch auf Tarifordnungen und Tarifverträge haben. Dieser Artikel 3 bindet nach Ansicht der Arbeitgeber lediglich den Staat, Männer und Frauen in der Gesetzgebung gleich zu behandeln. Auf privatrechtliche Beziehungen der Staatsbürger untereinander fände er keine Anwendung. Woher diese Kunde, ist die Frage? Und was hätte denn die ausdrückliche Protokollierung des Rechtssatzes: „Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit“ wohl überhaupt für einen Sinn gehabt? Dieser Rechtssatz sollte unter die Terminologie des Artikels 3 fallen, das war die Absicht des Gesetzgebers.

Interessant ist dann die andere Diskussion, die gleichzeitig mit ausgelöst worden ist: Daß es nicht möglich sei, diese Forderung in der Praxis zu verwirklichen. Man behauptet, daß bei einer Angleichung der Frauenlöhne nicht nur die Arbeitsbedingungen verschlechtert würden — zum Beispiel beim Haushaltstag —, sondern daß sich auch erhebliche Verschlechterungen in der Kostenstruktur der deutschen Wirtschaft ergeben würden. Man spricht sogar von der Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt. Genossinnen und Genossen! Ich frage Sie: Wann haben die Unternehmer diesen Gesichtspunkt nicht geltend gemacht, wenn die Arbeiter höhere Löhne oder bessere Arbeitsbedingungen verlangt haben? (Zurufe: Sehr richtig. Beifall.)

Sie alle als alte Gewerkschaftler wissen, daß, solange es Lohnkämpfe gegeben hat und gibt, es auch Unternehmer-Syndizi gibt, die mit dem Rechenstift in der Hand jeweils den Arbeitern und den Gewerkschaften klarzumachen versuchen, daß die Konkurrenzfähigkeit des betreffenden Wirtschaftszweiges leide, ja, daß sein Ruin vor der Tür stehe, wenn man die jeweiligen Lohnforderungen erfülle. In Wirklichkeit geht es ihnen allein um den Unternehmergewinn, der gefährdet sein könnte, wenn die Frau nicht mehr als Lohndruckerin ausgebeutet werden kann. (Lang anhaltender Beifall.)

Falls es im übrigen, Genossinnen und Genossen, um ein offenes Wort zu sagen, auch in unseren Reihen noch Leute geben sollte, auf die eine solche Argumentation abfärben sollte — die Fama erzählt, daß es einige gebe —, dann empfehle ich Ihnen die Lektüre des vorzüglichen Artikels unseres Genossen Jupp Kappius in dem Märzheft der „Jungen Sozialisten“, in dem er darauf hinweist, daß der Sozialdemokrat ja eigentlich anders denken sollte. Seine hervorragenden Ausführungen über Entlassungen von Frauen, insbesondere über das sogenannte Doppelverdienertum, sind es wirklich wert, gelesen zu werden. (Glocke des Vorsitzenden.)

Genossinnen und Genossen! Zwei Sätze noch. Das Recht auf gleichen Lohn ist ja nichts Neues und Besonderes, in der ganzen Welt kennt man es. Die Vereinten Nationen haben diese Forderung in ihrer Charta. In Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es: „Jeder ohne Unterschied hat Recht auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit.“ In 12 Staaten der USA gelten die equal pay laws, die Vorschriften über gleiche Bezahlung. In Zukunft darf es das auch bei uns in Deutschland nicht mehr geben, daß Frauen schlechter entlohnt werden als der männliche Arbeitskamerad. Mit Bedauern habe ich in der letzten Zeit mehr und

mehr beobachten können, daß Industriegewerkschaften anscheinend den Artikel 3 des Bonner Grundgesetzes nach der Seite hin noch gar nicht kennen (Zurufe aus dem Saal: Hört! Hört!), und zwar trotz der lohnpolitischen Richtlinien des Gewerkschaftsbundes. Genossinnen, die erwerbstätige Frau ist aus dem heutigen Wirtschaftsleben und dem der Zukunft nicht mehr hinwegzudenken. Wir brauchen auch die Mitarbeit der Frau, ihren gesunden Sinn für Reales, um uns ihre Erfahrung bei der Neuordnung der Wirtschaft zunutze zu machen.

So wie es wahre Demokratie nicht ohne Gleichberechtigung aller Staatsbürger gibt, so ist die von uns angestrebte und als notwendig anerkannte Demokratisierung der Wirtschaft nicht möglich, ohne Durchführung der Gleichberechtigung der Frau auch im Erwerbsleben. Wir brauchen das gesamte Arbeitsvolk für diese große Aufgabe und dazu gehört auch die Frau. Das sollten wir als Sozialdemokraten seit August Bebel längst erkannt haben und dessen sollten wir uns gerade in unserer Zeit bewußt sein. (Bravo! Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat Walter Damm, Pinneberg. Ihm folgt Gustav Klingelhöfer, Berlin.

Walter Damm, Pinneberg: Genossinnen und Genossen! Bei der Erörterung aller Zeitprobleme ist es möglich und notwendig, das Vertriebenenproblem anzusprechen. Bei der Erörterung von Wirtschaftsproblemen ist es ebenso unbedingt notwendig, dieses Problem der Vertriebenen besonders anzusprechen. Das Vertriebenenproblem ist kein in sich abgeschlossenes Problem, und es kann auch nicht für sich allein gelöst werden. Die Bundesregierung, sagt Genosse Veit, hätte kein Wirtschaftsprogramm, und ich sage, die Bundesregierung hat auch kein Programm zur Überwindung des Vertriebenenproblems. Ob das gewollt ist oder ob das Unfähigkeit ist — der Grund mag dahingestellt sein. Jedenfalls steht fest, daß das Instrument, das sich die Bundesregierung zur Überwindung des Flüchtlingsproblems gebildet hat, dafür unfähig und untauglich ist.

Unterstellen wir, daß der Bundesflüchtlingsminister den besten Willen hat, so ist er doch immer nur der Flüchtling unter den Kabinettsmitgliedern, ganz gleich, ob es sich um wirtschaftliche Wiedereingliederung handelt, um den Wohnungsbau, um die Soforthilfe und um die Arbeitsbeschaffung. Er ist in jedem Falle immer nur der Bittgänger bei seinen Kollegen aus dem Bundeskabinett. Der Bundesflüchtlingsminister ist verantwortlich, er hat aber keinerlei Zuständigkeiten. Und diese Tatsache zeigt sich gerade in der Flüchtlingspolitik. Wir haben es bei der Arbeitsbeschaffung gesehen und bei der Verteilung der Wohnungsbaumittel. Bei allen Maßnahmen, die die Bundesregierung tun wollte, hatte der Bundesflüchtlingsminister wohl seine Wünsche vorgetragen, aber diese Wünsche zeitigten keine Auswirkung in den unteren Verwaltungsbezirken und in den unteren Verwaltungsstellen. Nur für eins ist er zuständig, nämlich für die Umsiedlung. Aber die ganze Zuständigkeit für diese Umsiedlung beschränkt sich darauf, daß er darüber wachen soll, daß die Rechtsverordnung durchgeführt wird.

Wenn man weiß, daß der Bundesflüchtlingsminister die Umsiedlung mit sittlicher Verpflichtung und moralischem Bewußtsein durchführen wollte, die er hofft, in den Ländern antreffen zu können, so ist daran zu sehen, mit welchen weichen und untauglichen Mitteln die Umsiedlung durchgeführt wird und werden sollte. Es ehrt den Herrn Bundesmitgliedsminister, daß er mit solchen Mitteln arbeiten will. Aber diese Werte stehen bei unserer Bundesregierung nicht sehr hoch im Kurs. Deswegen hat er auch keine Erfolge bei der Durchführung der Rechtsverordnung, die auf Druck der Bundesratsmitglieder und des Bundestages nun erlassen worden ist.

Die Umsiedlung ist nicht das Ziel einer Flüchtlingspolitik, sondern sie ist nur eine technische Voraussetzung zur Seßhaftmachung der Flüchtlinge. Wir haben im Süden Deutschlands genügend Wohnungen und wenig Arbeitsplätze. Wir haben im Westen genügend Arbeitsplätze und wenig Wohnungen, und wir haben im Norden Deutschlands weder Arbeitsplätze noch Wohnungen, dafür aber eine ungeheure Anzahl von notleidenden Menschen, die hier zusammengepfercht sind. Alle Maß-

nahmen, die bisher von den Ländern durchgeführt worden sind, haben nichts genützt, weil es keine gemeinsamen Handlungen auf den Gebieten des Flüchtlingswesens gibt. Ein Land versucht es mit den Mitteln der Wohlfahrt, ein anderes Land versucht es mit dem Instrument des Innen- oder des Arbeitsministeriums.

Jedenfalls wird in jedem Land eine andere Flüchtlingspolitik gemacht, nur nicht die, die zum Erfolge führen kann. Die wirtschaftliche Eingliederung hat bisher keine großen Erfolge gezeigt. Ein Fünftel der Bundesbevölkerung sind Heimatvertriebene, und eine wirtschaftliche Eingliederung ist die Voraussetzung für die Vollbeschäftigung. Ich kann mir nicht vorstellen, Genossinnen und Genossen, daß man z. B. eine Lohnbewegung mit Erfolg durchführen kann, ich kann mir nicht vorstellen, daß jede wirtschaftliche Maßnahme, die von den Gewerkschaften durchgeführt werden soll, durchgeführt werden kann ohne Regelung des Bevölkerungsausgleiches. Und deswegen richte ich auch den Appell an die Gewerkschaften, sich dieser Sache besser anzunehmen, und zwar in allen Ländern gleichmäßig. Die Gewerkschaften haben in der letzten Zeit versucht, sich einzuschalten in die Flüchtlingspolitik, sich einzuschalten in den Wohnungsbau, und diese kleinen Versuche müssen für die nächsten Jahre verstärkt werden.

Der Bundesflüchtlingsminister hat Vorschläge gemacht, nachdem ihm die Vorschläge der Länder gemacht worden sind, über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, und es sind auch 300 Millionen DM für Flüchtlingsländer zur Verfügung gestellt worden. Das heißt: durch Beschluß — sie sind noch nicht da. Wir wissen, daß wir in Deutschland allein das Flüchtlingsproblem nicht lösen können, daß wir dazu die Hilfe des Auslandes brauchen. Aber, Genossinnen und Genossen, wer sich auf dem Gebiet des Flüchtlingswesens beschäftigt, wer mit Wohlfahrt und wer mit Kriegsversehrten zu tun hat, gewöhnt sich jede Illusion ab. Die Hilfe des Auslandes war bisher caritativer Natur. Die Periode der caritativen Maßnahmen ist vorbei. Sie waren notwendige Ergänzungen, sie sind aber nicht das Mittel, um ein Flüchtlingsproblem lösen zu können.

Man hat uns darauf verwiesen, daß ja über den Europa-Rat eine Möglichkeit wäre, das Flüchtlingsproblem international zur Sprache zu bringen. Auch da haben wir keine Illusionen, denn schon einmal hat sich der Völkerbund mit der Lösung eines Flüchtlingsproblems beschäftigt, und zwar nach dem ersten Weltkriege. Auch damals ist an der türkisch-griechischen Grenze eine Umsiedlung gelungen — aber nicht eine Seßhaftmachung. Und das dortige Flüchtlingsgebiet aus den Jahren nach 1918 ist heute das Rekrutierungsgebiet der Partisanen. Damals handelte es sich um 700 000 Flüchtlinge; in Westdeutschland handelt es sich um acht Millionen. Man hat uns einen anderen Vorschlag gemacht, und dieser Vorschlag klingt nach Entschuldigung. Man ist der Ansicht, das Problem könne gelöst werden mit dem Mittel der Auswanderung, und die abenteuerlichsten Vorstellungen sind vorhanden, zum Teil an ausländischen Stellen, zum Teil aber auch bei deutschen Organisationen, die den Anspruch erheben, ernstgenommen zu werden. Vor kurzem erklärte ein ausländischer Vertreter, er hätte Meinungen gehört in Deutschland, die zwischen einer halben Million und sieben Millionen für die Auswanderung gehen.

Genossinnen und Genossen! Die Auswanderung ist kein Mittel zur Lösung des Flüchtlingsproblems, sondern ist lediglich die Forderung der Wanderung von Heimatlosen. (Sehr richtig! Beifall.) Wir lehnen deshalb auch das Mittel der Auswanderung ab. Auswanderung hat es immer in einem bestimmten Maße gegeben, mag es das auch in Zukunft geben; aber dieses Mittel zur Lösung eines Flüchtlingsproblems anzuwenden, glaube ich, wäre falsch. Der Marshall-Plan ist ebenfalls ein Mittel, um zu helfen. Er könnte ein Mittel sein, aber nach den Bestimmungen der deutschen Bundesregierung ist es völlig unmöglich, einen Kredit zu nehmen bei den Sicherheitsvorschriften und bei den Zinsvorschriften, die von jedem Flüchtling verlangt werden. Auch die Mittel für den Wohnungsbau sind in den Zinsen zu hoch und sind auch in ihren Sicherheitsanlagen einfach kein Mittel, um dieses Problem lösen zu können. Die deutsche Bundesregierung wird sich auf diesem Gebiet zu anderen Beschlüssen bequemen müssen. Die Lösung des Flüchtlingsproblems verlangt

eine Veränderung der Gesellschaftsordnung. Ohne diese Änderung der Gesellschaftsordnung ist es nicht möglich. Wenn den Flüchtlingen der soziale Abstieg erst klar wird, bzw. die soziale Deklassierung, in der sie heute leben, die ihnen aber noch nicht bekannt ist, stehen wir vor politischen Auseinandersetzungen, auf die sich die Partei vorbereiten muß. Jede Tätigkeit einer Regierung, einer Gesetzgebung muß ausgerichtet sein auf die Lösung dieses Problems, sei es in der Bodenreform, sei es in der Schulreform, sei es in der Kreditreform, in der Regelung der Einkommensverhältnisse und der Frage der Steuern. Das gilt für alle Regierungen, das gilt für alle gesetzgebenden Körperschaften, und das gilt auch für alle Verwaltungen. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Es spricht jetzt der Genosse Klingelhöfer, Berlin, und danach der Genosse Erik Nölting.

Gustav Klingelhöfer, Berlin: Genossinnen und Genossen! So spät am Vormittag und so kurz vor dem Mittagessen wird man nur noch wenig Gedanken und Anregungen äußern können, so sehr es mir auch am Herzen läge, wenn einmal Gelegenheit gegeben wäre, vor diesem Forum der Wächter Berlins, das hier versammelt ist, über die Berliner Frage in extenso zu sprechen.

Genossinnen und Genossen! Die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratischen Partei wird immer zwei große Ziele zum Gegenstand haben: die Wohlfahrt für alle nach innen und den Frieden der Völker nach außen. Wir wissen, welche Mittel wir ansetzen wollen, um diese Ziele zu sichern. Wir wissen, daß Vollbeschäftigung, Sozialisierung, Mitbestimmung die Voraussetzungen sind, und mein Freund Wissel wird mir nicht verübeln, wenn ich sage, wenn wir die drei zusammennehmen, ist es mehr als nur Sozialisierung, und daraus wird auch Gemeinwirtschaft. Wir wissen aber auch, Adenauer und Erhardt schaffen die Voraussetzungen für die Wohlfahrt nach innen und den Frieden nach außen nicht, und darum werden wir sie stürzen. Die Aufgabe, daran zu arbeiten, ist die Aufgabe dieses Parteitages. (Beifall.) Aber wir haben die Macht noch nicht, und darum bedaure ich, daß im Referat sowohl als auch in der Diskussion zwei Dinge noch nicht angesprochen worden sind, von denen ich sage, daß, wenn sie nicht von uns geschafft werden, die Demokratie heute und morgen in Deutschland bedroht bleibt, auf das schwerste bedroht bleibt, und das ist die Zügelung der Kartelle, zu denen unsere Verbände sich heute wieder entwickeln, und das ist die Schaffung einer Wirtschaftsorganisation, die gewährleistet, daß wirtschaftliche Macht mit Verbänden nicht verbunden werden kann.

Es handelt sich darum, das ist die erste Anregung, die ich aussprechen darf, die Demokratie, das heißt die soziale Demokratie, die nach innen Wohlfahrt und nach außen den Frieden unter den Völkern will, auch gesichert werden muß durch Wirtschaftsgesetze, durch organisatorische Gesetze, und das wird die Aufgabe sein, die sehr bald von uns zu lösen sein wird; eine Tagesaufgabe wird es sein. Jetzt haben wir den zehnten Kartellgesetzentwurf in Bonn unter der Maschine, wann werden wir den fünfzehnten haben? Hier sind Tagesaufgaben gestellt, und es darf nicht dahin kommen, daß in der Zusammenfügung der Kammern und Verbände neue Kartelle entstehen, wie es jetzt droht. Man soll beachten, daß der Geschäftsführer des Industrie- und Handelstages, Frenzel, zugleich auch heute der Geschäftsführer des Gemeinschaftsverbandes aller Spitzenverbände ist, die sich in Deutschland schon wieder gebildet haben. Ein Zweites. Eine große dauernde Arbeitslosigkeit ist immer ein Beweis dafür, daß in der Struktur schwere Schäden eingetreten sind und in der Politik schwere Fehler gemacht worden sind. Ich danke dem Genossen Veit, daß er in einem Katalog die sehr schweren Fehler, die von der Adenauer- und Erhardt-Regierung gemacht worden sind, aufgezeigt hat, wo die Wunden sind. Aber, was hilft uns vorwärts? Genosse Bade hat darauf hingewiesen. Es sind die Leistungsreserven zu mobilisieren. In der Tat, das entscheidende Problem. Man kann es auch anders ausdrücken. Wir brauchen mehr Absatz nach innen, mehr Absatz nach außen, und wir brauchen Ersparnisse in der Einfuhr. Darum bin ich der Meinung, daß wir in dem ausgezeichneten Programm, das vom Parteivorstand vorgelegt worden ist und das — ich kann es aussprechen — nach meiner Überzeugung in noch

hervorragenderer Weise ergänzt worden ist durch die Ausarbeitung der Hamburger, ausgezeichnete Grundlagen haben, aber in diesem Programm ist die kasuistische Aufstellung der Reihenfolge, in der nun die Investitionen gelenkt werden sollen, nach meinem Dafürhalten falsch. Es muß in der Tat an erster Stelle — und da gebe ich unseren Landwirtschaftsgenossen recht — die Möglichkeit der Ersparnis von Einfuhren stehen, das heißt, die nachdrücklichste Entwicklung der Leistungsfähigkeit und die Mobilisierung der Leistungsreserven in unserer Landwirtschaft. Das sage ich als Vertreter von Berlin, dem, weiß Gott, die Landwirtschaft nicht als erstes am Herzen liegt, und danach muß der Export kommen. Danach muß, das ist in dem Programm ebenfalls ausgezeichnet dargelegt, die Mobilisierung der Reserven für die vorhandene Kapazität und die Schaffung neuer Kapazitäten kommen. Genossen, und Genossen, laßt mich ein Wort noch zu einem Berliner Antrag sagen. Ich halte es für notwendig, daß wir morgen, wenn wir an die Macht kommen, das Regierungsprogramm durchführen, das wir heute bereits propagiert haben. Es muß das Regierungsprogramm fertig sein. Für dieses Regierungsprogramm ist das, was auf diesem Parteitag im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes behandelt wird, sehr wichtig.

Mein Vorschlag geht dahin: Wir dürfen uns die Arbeit nicht sauer werden lassen, um diese Frage, die im Vordergrund steht, besonders zu behandeln, damit wir zur Konkretisierung eines Programms kommen, das das Regierungsprogramm von morgen sein wird und das wir nicht am Vorabend unseres Machtantritts veröffentlichen können, sondern für das wir bis dahin die Masse gewinnen. Das zweite ist, daß wir ein Kartellgesetz in aller kürzester Frist als eigenes Initiativgesetz herausbringen müssen, ebenso ein Gesetz über die Wirtschaftsorganisation.

Laßt mich von Berlin ein Wort sagen, bevor die Glocke ertönt. Ich kann nicht sagen, daß wir etwa Heimatvertriebene wären, aber es freut mich, wie stark die Frage der Heimatvertriebenen im Mittelpunkt der Diskussion gestanden hat. Ich kann vielleicht sagen, daß wir, politisch gesehen, zumindest Heimatsuchende sind. Denn wir haben bis heute noch kein Statut, von dem wir sagen können: wir sind Deutsche oder wir sind ein deutsches Land. Laßt es Euch zu Herzen gehen. Ich weiß, Ihr steht hinter uns wie ein Mann. Aber wir müssen das Grundgesetz auch für Berlin haben. Wir müssen 12. Land des Bundes werden und die Hohen Kommissare veranlassen, die Suspendierung des Artikels 23 des Bonner Grundgesetzes aufzuheben. Das verlangen wir. Wir verlangen nur den gleichen Start und die gleiche Lebensberechtigung, wie Ihr sie für ganz Deutschland wollt. Etwa 85 Prozent unserer gesamten Industrie gingen zum Teufel, wurden von den Sowjets demontiert und abtransportiert, auch wenn die Sowjets selbst nur 17 Prozent davon, wie wir nachträglich festgestellt haben, in Aktion gesetzt haben. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist für Berlin geradezu entscheidend. Man muß einen solchen Raub durch die Schaffung von Arbeitsplätzen wieder gut machen.

Ich habe eine Bitte an Euch. Wenn Ihr hier in Westdeutschland die Elektroindustrie und den Maschinenbau wieder aufbaut, dann denkt daran, daß früher in Berlin 50 Prozent der deutschen Elektroindustrie konzentriert waren. Wenn Ihr 150 Prozent dieser Industrie gegenüber 1936 wieder aufgebaut habt, dann laßt uns den Teil, der in Deutschland noch aufgebaut werden soll, sonst bringen wir 65 000 unserer geschulten Leute überhaupt nicht mehr unter.

Ein letztes Wort, weil die Glocke schon ertönt. Für unsere Arbeit soll gelten: Berlin ist ein Teil von Deutschland und Deutschland ist nicht möglich ohne Berlin. Ich darf noch eins sagen, weil es notwendig ist: Unsere Sorgen und unsere Herzen haben wir Euch allen, haben wir Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer, dem Parteivorstand, der Bundestagsfraktion und den Genossen des Berlin-Ausschusses, seitdem der Bundestag existiert und seit 1945 vom ersten Tage unseres Kampfes an in die Hände gelegt. Wir vertrauen auf Euch, auf Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer und auf die Fraktion, die uns keinen Augenblick verlassen haben, die für Berlin die einzigen Vorkämpfer in Westdeutschland sind und die unser Vertrauen heute und in aller Zukunft unverbrüchlich besitzen. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat der Genosse Erik Nölting, Düsseldorf, ihm folgt der Genosse Kalbitzer, Hamburg. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir möglichst heute um 14 Uhr die Tagung beenden wollen, da um 16 Uhr die Dampferfahrt beginnt.

Erik Nölting, Düsseldorf: Liebe Parteifreunde! Damit der verehrte Genosse Wissell nicht wieder einen Schreck bekommt — hier spricht kein neu Hinzugekommener, der heute erst „Grüß Gott!“ bei euch sagt, sondern ein Mann, der — wenn er gleich den Titel Professor trägt — längst zum alten Landsknecht der Politik geworden ist.

Und nun, Genossen, schnell zur Sache. Als Vertreter des Ruhrgebietes danke ich es dem Genossen Veit, daß er den beiden Grundforderungen, die dieses Kern- und Herzstück der deutschen Industrie und Wirtschaft zu erheben hat, in seinem großangelegten Referat so breiten Raum gab, Forderungen, die erstens die Sozialisierung und zweitens das Mitbestimmungsrecht betreffen. Schon gestern hat Genosse Henßler sich zu diesen beiden Grundforderungen bekannt. Aber ich glaube, auch der derzeitige Wirtschaftsminister dieses Gebietes sollte da nicht schweigen.

Sozialisierung und Mitbestimmung sind keine Tagesneuigkeiten und Tagesparolen, sondern es sind beides alte Forderungen, die sich in unserem Bewußtsein geklärt und die durch die Geschehnisse der letzten Zeit eine besondere Bedeutung und Aktualitätskraft erfahren haben.

Damals, in der Zeit der größten Kohlennot, kam ein amerikanischer Journalist zu mir und sagte: Wenn wir nun noch mehr Care-Pakete ins Ruhrgebiet hineinschleusen, werden sich dann nicht die Bergleute die leidige Forderung nach Sozialisierung abgewöhnen? (Unterbrechung durch Heiterkeit im Hause.)

Ich habe diesem amerikanischen Journalisten lachend geantwortet: Ganz im Gegenteil, verehrter Mister soundso! Kaum, daß wir die Nase aus dem schlimmsten Dreck heraushaben, werden unsere alten Forderungen neue Leuchtkraft gewinnen.

Heute, Genossen, ist diese Stunde gekommen, und die Sozialdemokratische Partei macht sich zum Bannerträger dieser Forderung. (Beifall.)

Beide Forderungen hängen im übrigen eng zusammen, die eine ist nicht ohne die andere denkbar. Wir wollen weder die großkapitalistischen Dschungel, noch wollen wir die bolschewistische Zwangskaserne. Wir wollen keinen Staatskollektivismus, der die sozialistische Zielsetzung verfehlt. Aber wir wissen auch: Das Mitbestimmungsrecht bleibt blutleere Utopie, wenn wir nicht in den Schlüssel- und Grundstoffindustrien die alte Eigentumsregelung aufheben.

Die Neunmalklugen versichern uns zwar, Eigentumsfragen ständen doch bei der Sozialisierung nur im Vorfeld, sie seien bloß Randprobleme. — Ich sage: Nein. Denn wir verspüren es im Ruhrgebiet alle Tage: die alten Eigentümer werden wieder virulent, ihre Schrecksekunde ist vorbei, der Lähmungsschock überwunden. Private Eigentumsmacht ist auf die Dauer gar nicht fernzuhalten aus der Produktionsordnung.

Bei der letzten Hauptversammlung der Vereinigten Stahlwerke im September des Jahres 1949 waren 460 Millionen Grundkapital angemeldet. Eine solche Potenz ist hinausgewachsen über private Eigentumsdimensionen. Das hat auf die Dauer ein Schwergewicht, das auch zum Zuge kommt, wenn man es unverändert bestehen läßt. Aber selbst, wenn dem nicht so wäre, Genossen: ebensowenig wie wir den auf Eigentumsmacht fußenden Privatkapitalisten wollen, wollen wir die andere Modetype liberaler Bourgeois-Ökonomik: den auf Beziehungen fußenden, gewichts- und verantwortungslosen Manager, in den man ja heute weitgehend verliebt ist.

Wir fordern die Sozialisierung aus dreifachem Grunde. Wir fordern sie aus politischer Erwägung, weil wirtschaftliche Machtballungen in der Vergangenheit dazu benutzt worden sind und in Zukunft dazu benutzt werden könnten, die Demokratie zu unterminieren und auseinanderzuprennen.

Diese Demokratie soll aber nicht wieder sturmreifes Gelände für irgendwelche kapitalistischen Schnapphähne mit machtpolitischem Ehrgeiz und privatwirtschaftlicher Gier sein. Sie sollen unser Volk nicht abermals ins Unglück führen. Wir



weisen jeden Führungsanspruch der Herrschaften zurück, die seiner Zeit den braunen Laden finanziert und die braune Hölle auf uns losgelassen haben, und die heute hinter der Tarnwand europäischer Kartellverständigung aufs neue die wirtschaftliche Macht an sich reißen möchten. (Beifall.)

Wir fordern die Sozialisierung aus Gründen der wirtschaftlichen Rationalität, weil die Sozialisierung eine solche Zusammenfassung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien ermöglicht, die der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung dient und doch keine Gefahr für den Frieden bedeutet.

Wenn uns Alliierte immer wieder mißtrauisch entgegenhalten: Ihr dürft keine größeren Unternehmungskomplexe schaffen, dann antworten wir ihnen: Wir Sozialisten haben ein gutes Rezept, um jede Kriegsgefahr zu bannen und zu gewährleisten, daß nicht wieder ein neues Waffenarsenal aufgebaut wird: Gebt diese Betriebe in die Hände des Volkes und bringt die schaffenden Menschen in Kontroll- und Führungsfunktionen, so erwächst keine Gefahr für den Frieden mehr. (Beifall.)

Wir treten gewiß nicht wahllos für irgendwelche Mammutkonzerne ein, die Profitgier zusammenraubte ohne einheitliche Produktionsidee.

Aber wir wissen auch: Moderne Technik ist nun einmal großräumig und großdimensional. Man kann einen Hochofen, aber nicht ein Hochöfchen bauen. Es gibt eine Form von Dekartellierung, die praktisch nur eine versteckte Form von Demontage bedeutet, weil man uns dadurch auf den Weltmärkten wettbewerbsunfähig machen will. (Beifall.)

Die Leute geben vor, sie wollten dem Kapitalismus die Giftzähne ausbrechen, während sie in Wirklichkeit nur unsere Sozialisierung zahnlos machen wollen. (Sehr gut!)

Wo Konzernreife gegeben ist, ist Sozialisierungsreife gegeben. (Sehr richtig!)

Wir fordern drittens Sozialisierung aus sozialem Grunde, weil wir in den sozialisierten Betrieben den Menschen von monopolkapitalistischen Fesseln befreien und sein persönliches Verhältnis zum Betriebe von Grund auf ändern können, damit er zur politischen Freiheit auch die wirtschaftliche Emanzipation hinzuerhält. Denn der politische Freibürgerbrief wird rasch zu einer vergilbenden Urkunde, wenn der Mensch nicht auch den wirtschaftlichen Freibürgerbrief ausgestellt erhält.

Der arbeitende Mensch will sein Menschentum nicht mehr in der Garderobe abgeben, wenn er die Arbeitsstätte betritt.

Gebt dem arbeitenden Menschen seine Arbeitswürde, und ihr schafft die besten Arbeitsimpulse!

Genossen! Diese beiden Forderungen, Sozialisierung und Mitbestimmungsrecht, wollen wir in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen, den wir in Nordrhein-Westfalen am 18. Juni zu einem glückhaften Abschluß zu führen hoffen und dem eine überlokale Bedeutung zukommt. Wir möchten, daß es ein Wahlkampf würde mit politischer und sozialer Zielsetzung und nicht wieder ein Kreuzzug — (Sehr gut!) —, ein Wahlkampf ohne Hirtenbriefe der Bischöfe und ohne pastorale Ermahnungen — (starkes Beifallklatschen) —, ein Wahlkampf, bei dem Wahlurne und Beichtstuhl, Kanzel und Wahlkathedr nicht abermals miteinander verwechselt werden. (Zuruf: Sehr gut! — Beifall.)

Wir verbarrikadieren mit sozialdemokratischen Wahlzetteln niemandem den Weg zum Himmel — aber wir glauben nicht, daß der Weg zum Himmel, den wir jedem wünschen, durch die Parteilokale der CDU führt. (Zuruf: Sehr gut! - Beifall.)

Und der Herr Bundeskanzler Adenauer hat so viele Ämter auf seine Schultern gesammelt, daß er nicht auch noch das Amt des Himmelpförtners Petrus zu übernehmen braucht — (sehr starker Beifall, viel Gelächter, vieles Stampfen mit den Füßen) —, der die Himmelsschlüssel verwaltet.

Am 14. August vorigen Jahres ist ein Scheingefecht geführt worden, hat man unter falschem Alarm gekämpft. Aber wir werden alles daransetzen, daß der Gegner diesmal nicht wieder ausbrechen kann, weder in einen Kampf gegen die Zwangswirtschaft, die ja längst eine leere Attrappe geworden war, so daß sie jeder

Beliebig aus dem Schaufenster herausnehmen konnte — weshalb ich Herrn Professor Erhard neulich in Bonn sagte: Sie haben ja nur einen Lindwurm erlegt, der an Altersschwäche längst gestorben war! (Herzliches Gelächter im ganzen Saal. — Beifall.)

Aber, Genossen, auch nicht in einen Kampf für die von keiner Seite bedrohte Religion. Der chaotische Wirtschafts-Wirrwarr, die unsystematische Rat- und Ideenlosigkeit, die Arbeitslosennot, die sich verbindet mit Flüchtlings-, Heimkehrer- und Ausgebombten-Not, die Steuer-Ungerechtigkeit, das uneingelöste Sozialisierungsversprechen, das brennende Problem der Mitbestimmung — um diese Fragen werden wir die Diskussion konzentrieren und dem Gegner kein Ausweichen gestatten und ihn müde hetzen, bis er in die Knie geht. (Beifall, Präsidentenglocke.)

Wir hoffen, werte Genossen, daß wir diesmal in Düsseldorf den politischen Erdtusch herbeiführen können, der vielleicht zu einem Bonner Fernbeben führt, das einige Sessel umwirft. (Viel Lachen, Stampfen mit den Füßen, sehr starker Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Genosse Spars, Hessen.

Ernst Spars, Kassel (spricht von seinem Platz im Saal aus): Genossinnen und Genossen! Ich bin der Ansicht, daß das Referat des Genossen Veit zur Genüge diskutiert worden ist. Es hat ja auch bei allen Zustimmung gefunden, so daß ich bitte, die Diskussion abzubrechen, um dem Genossen Veit auch noch genügend Zeit zu einem ausreichenden Schlußwort zu lassen. (Bravorufe.)

Vorsitzender Meitmann: Wir kommen zur Abstimmung über diesen Geschäftsordnungsantrag. Will noch jemand dagegen sprechen?

(Zurufe, wie groß die Liste der noch gemeldeten Diskussionsredner sei und wer sich noch zum Diskussionsthema gemeldet habe.)

Die Rednerliste besteht noch aus: Kalbitzer, Niesswandt, Sommerfeld und Weis. (Zurufe: Verzichten!)

Wer dafür ist, daß Schluß der Debatte gemacht wird, den bitte ich, die Hand zu erheben. — (Gegenprobe: Wenige Handaufhebungen.)

Gegen wenige Stimmen so beschlossen. — Dann erteile ich dem Genossen Veit das Schlußwort.

Hermann Veit, Stuttgart (Schlußwort): Genossinnen und Genossen! Der Verlauf der Diskussion gestattet es mir, mich in meinem Schlußwort sehr kurz zu fassen. Es hat sich gezeigt, daß die Grundsätze, die der Wirtschaftspolitische Ausschuß der Partei erarbeitet und Ihnen als einen Vorschlag für eine wirtschaftspolitische Programmgestaltung der Partei vorgelegt hat, beinahe un widersprochen die Zustimmung des Parteitages gefunden haben, und dafür bin ich dem Parteitag dankbar. Das einmütige Bekenntnis zur Vollbeschäftigung, zur Planung und Lenkung, zur Sozialisierung und zum Mitbestimmungsrecht wird dem Kampf der Partei, den sie in der nächsten Zeit zu führen hat, die Grundlage geben, die wir brauchen. Denn die Wirtschaftspolitik ist das Kernstück unserer Partei und auf die wirtschaftspolitischen Lösungen der Nöte unserer Zeit wartet das Volk.

Die Sozialpolitik ist ein Anhängsel der Wirtschaftspolitik, und je besser die Wirtschaftspolitik ist, desto mehr können sich die Sozialminister zurückziehen, weil die sozialen Aufgaben von der Wirtschaftspolitik selbst gelöst werden müssen. Aber womit wir zu rechnen haben bei dieser Bundesregierung, das ergibt sich aus der heutigen Presse, in der mit großen Überschriften veröffentlicht wird, daß der Lastenausgleich durch eine fünfzigprozentige Vermögensabgabe erfolgt. (Hört, hört!) Hier wird wieder dem Volk Sand in die Augen gestreut (Sehr richtig!), denn es handelt sich gar nicht um eine Vermögensabgabe, — sondern man verhindert und vermeidet die Vermögensabgabe, indem man, auf 25 Jahre verteilt, eine zwei-prozentige Besteuerung des Vermögens durchführt.

So ist immer wieder klar zu erkennen, daß man den Besitz schon und durch unwahre Darstellungen dem Volke glauben machen will, daß man eine soziale und sozial verantwortliche Wirtschaftspolitik führt.

Es sind einige Wort der Kritik laut geworden, die sich vor allem darauf erstreckt haben, daß dieses Programm, das wir Ihnen vorgelegt haben, nicht konkret genug und klar genug sei für den einfachen Mann am Schraubstock und an der Maschine. Aber, Genossinnen und Genossen, wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, so einfach zu werden, daß wir Banalitäten sagen, mit denen wir nirgends antreten können und keine Erfolge damit erkämpfen werden (Zustimmung), sondern wir müssen unsere Darstellung so substantiieren, daß die Genossen, die damit vor das Volk treten und für unsere Idee werben, auch standhalten können, wenn sie sich mit den politischen Gegnern auseinandersetzen.

Ich glaube, was ich Ihnen vorgetragen habe, indem ich unsere Hauptforderungen, ihre Begründungen und die Wege zu ihrer Verwirklichung geschildert habe, gibt jedem Funktionär die Grundlage, für unsere Ziele einzutreten. Unsere Vorschläge zeigen auch die Richtung zur Vertiefung und weiteren Konkretisierung.

Ich habe mich sehr gefreut über die Ausführungen unseres verehrten Freundes, Genossen Wissell, der allerdings vermißt hat, daß nichts über das Schicksal der Betriebe, die nicht sozialisiert werden, und deren gemeinwirtschaftliche Führung gesagt worden ist.

Ich glaube, ich habe doch etwas gesagt. Ich habe nämlich gesagt, daß wir die Planung und Lenkung unserer Wirtschaft, nicht nur um das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen, sondern es zu stabilisieren und auf die Dauer aufrechterhalten, als das Kernstück unserer Wirtschaftspolitik ansehen, und in diesem Punkte bin ich offenbar anderer Auffassung als der Genosse Wissell. Ich bin nicht der Meinung, daß wir die Planung und Lenkung Zusammenschlüssen von Betriebsgruppen überlassen können, auch dann nicht, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer in diesen Arbeitsgruppen paritätisch zusammengefügt werden. Das wäre keine Lenkung im volkswirtschaftlichen Sinne, sondern das wären staatlich gebildete Kartelle, die eine sehr eigensüchtige Politik führen könnten. (Sehr gut!) Und ich glaube, Genosse Wissell sollte sich mit unseren Gedanken vertraut machen, daß wir die gemeinnützige Ausrichtung auch der anderen Betriebe, eben durch die Methode der Planung und Lenkung vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus, sicherstellen können. Der Genosse Klingelhöfer hat die Reihenfolge in unserem Programm beanstandet und hat gemeint, man müsse die Landwirtschaft an die erste Stelle stellen. Nun, wir haben über die Reihenfolge überhaupt nichts Grundsätzliches gesagt, und die Landwirtschaft kann nur wieder zum Zuge kommen, wenn wir die Vollbeschäftigung erreichen, und wir wollen sie erreichen auf den beiden Wegen, die wir nebeneinander und nicht hintereinander gehen, nämlich der Ausnutzung aller Kapazitäten, die vorhanden sind, und Neuschaffung von Kapazitäten durch Investitionen.

Genossinnen und Genossen! Es nützt nichts, daß wir uns über das Grundsätzliche einig sind. Es ist notwendig, daß wir unser Willen in die Tat umsetzen, und dazu müssen wir jetzt mit unserem Material hinaustreten an das Volk und es darüber aufklären, was es zu erwarten hat, wenn es weiterhin dieser Bundesregierung und den hinter ihr stehenden Parteien die Stimme gibt, und was es zu erwarten hätte, wenn es einmal sein Schicksal in die Hände der wahren Interessenvertreter des deutschen Volkes legen würde. Wir wollen und dürfen nicht warten. Wir haben manchmal in den Auseinandersetzungen, die wir zu führen haben, vielleicht aus zu großem Verantwortungsbewußtsein uns dadurch abhalten lassen, zu konkreten Vorschlägen und Taten überzugehen. Verantwortung ist eine schöne Sache, aber denken Sie daran, wie unsere Gegner mutig voranschreiten und rücksichtslos über die Interessen des Volkes hinweggehen, wenn es ihnen angezeigt erscheint, solche Schritte zu tun. Wenn ein Krieg finanziert werden mußte, hat man nicht gefragt, ob das irgendwie inflationistisch wirkt. Da sind Hunderte von Milliarden flüssig gemacht worden, und alle haben dazu beigetragen. (Beifall.) Deshalb sollten wir uns nicht allzu sehr in Bedenken ergehen, wenn jetzt der Frieden organisiert werden soll. Verantwortung und sorgsames Abwägen — ja!, aber ich erinnere an ein Wort des Philosophen Lichtenberg: „Es ist eine gute Sache, wenn man den Entschluß faßt, eine Nacht darüber zu schlafen, ehe man sich endgültig

entschließt. Man muß sich nur davor hüten, daß man mit der Bettlade gefangen-genommen wird.“ Wir wollen unsere Entschlüsse nicht allzu lange zurückstellen und so rasch wie möglich in die Tat umsetzen, und die Tat kann nur darin be- stehen, daß wir entweder mit dem Volk hinter uns unseren Willen der Bundes- regierung aufzwingen oder die Bundesregierung aus dem Sattel heben. (Beifall.) Dazu ist aber — ich möchte das noch einmal sagen — die internationale Hilfe nötig, und die internationale Solidarität muß sich bewähren. Welche große Sache für die Sozialdemokratie und für unseren Erfolg im Ringen um das deutsche Volk wäre es gewesen, wenn die internationalen Sozialisten uns die nötige Hilfsstellung ge- geben hätten, um die Demontagen in Deutschland abzustoppen! (Beifall.) Dem Sicher- heitsgedanken wäre dadurch mehr gedient worden, wenn die Sozialdemokratie in Deutschland erstarkt wäre, als wenn noch so viele Betriebe demontiert worden wären. Welche große Hilfe kann uns zuteil werden, wenn die internationalen So- zialisten das Flüchtlingsproblem aufgreifen und mit uns zusammen zu lösen ver- suchen! (Beifall.)

Ich möchte Ihnen keine Utopien oder Übertreibungen sagen, aber ich möchte aussprechen, daß, wenn die COMISCO dieser Tage zusammentritt, daß dann an der Garderobe ein Schild angebracht werden möge, mit der Aufschrift: Die Nationalität ist an der Garderobe abzugeben! Eintritt nur für Sozialisten! (Stürmischer Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag und diese Eindrücke sollen uns neuen Auftrieb geben, unsere Arbeit zu tun, unsere Probleme anzufassen und sie im Interesse des Volkes einer raschen Lösung zuzuführen. Die „Gralshüter“ des Marxismus im Osten haben den Satz von Karl Marx widerlegt, daß die Proletarier nichts zu verlieren hätten als ihre Ketten. Sie haben etwas Großes zu verlieren — (Sehr gut!) —, ihre Freiheit. Aber der Satz gilt heute noch und leuchtet in uns bei allen unseren Aufgaben voran: Wir haben eine Welt zu gewinnen, die Welt der Freiheit, der Gerechtigkeit und Menschlichkeit! (Starker Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Wir sind bis auf die Beschlußfassung über die Anträge mit diesem Tagesordnungspunkt fertig.

Ich habe soeben die Mitteilung bekommen, daß ein Großbetrieb aus der Ost- zone, dessen Namen ich aus natürlichen Gründen nicht nennen will, uns ein herz- liches Glückwunschtelegramm zum Gelingen unseres Parteitages gesandt hat. (Stür- mischer Beifall.) — Ferner ist folgendes Telegramm eingegangen:

„Der heute in Hamburg tagende Vorstand des Landesverbandes Nordmark — unsere Arbeiter-Wanderer- und -Reiseorganisation — unterbreitet dem Par- teitag brüderliche Grüße und wünscht guten Verlauf und vollen Erfolg. Tou- ristenverein Die Naturfreunde.“ (Beifall.)

Dann möchte ich bekanntmachen, daß nach Schluß der heutigen Vormittags- sitzung etwa 15 Minuten lang hier im Raum nebenan der Hamburger Film läuft: „Hamburg glaubt an seine Zukunft“, mit dem wir einen wesentlichen Teil unserer Wahlpropaganda zur Bürgerschaft bestritten haben.

Heute nachmittag ist die Dampferfahrt. Die Autobusse werden ab 15.30 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus bereitstehen. Den Dampfer können nur diejenigen betre- ten, die die blaue Ausweiskarte vorzeigen.

Wer noch nicht in ihrem Besitz ist, kann sie sich beim Präsidium geben lassen. Der Dampfer heißt „Jan Molsen“ und liegt bei Brücke 1 St. Pauli Landungsbrücken. Parkplätze für PKWs unmittelbar vor den Landungsbrücken. Wir können noch nicht mit Bestimmtheit sagen, wann die Rückkehr erfolgt und heute abend die Zu- sammenkunft des Kulturpolitischen Ausschusses stattfindet.

Der Leiter unseres Ordnungsdienstes bittet in einem Schreiben an das Prä- sidium diejenigen Genossen, die nicht an der Dampferfahrt teilnehmen wollen, ihre Ausweiskarte beim Präsidium zugunsten der Teilnehmer am Ordnungsdienst ab- geben zu wollen.

Genossen, die Abstimmung wird keine lange Zeit in Anspruch nehmen. Ich rechne hierbei auf die Disziplin des Parteitages.

Ich rufe zunächst den Antrag des Parteivorstandes Nr. 72 auf. Er liegt Ihnen gedruckt vor. Darf ich zur Abstimmung schreiten? (Kein Widerspruch.)

Wer diesem Antrag Nr. 72 des Parteivorstandes seine Zustimmung geben will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Das ist beschlossen. — Oder wünschen Sie Gegenprobe? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Damit wären die Richtlinien des Genossen Veit in Verbindung mit den Hamburger Vorschlägen erledigt.

Genossen! Wir kommen dann zu den Anträgen, die wir uns für diesen Punkt noch aufgespart haben. Zunächst der Antrag Nr. 30 von Lübeck. Ich glaube, es wird etwas dauern, bis Sie sich den Antrag herausgesucht haben. Jedenfalls gibt es auch einige Genossen, die ihn gelesen haben. (Heiterkeit.)

Darf ich zur Abstimmung schreiten? — Wer dem Antrag 30 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Wir kommen zum Antrag 47, auch aus Lübeck. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Wer diesem Vorschlag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Das ist beschlossen.

Wir kommen zum Antrag 42, von Bremen. Ist der Antrag zur Hand? — Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Wer diesem Vorschlag folgen will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Das ist beschlossen.

Wir kommen zum Antrag 43, auch aus Bremen. Die Annahme dieses Antrages wird empfohlen. Wer den Antrag annehmen will, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Das ist beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen, die von den Frauen gestellt sind, aber unter Parteivorstand und Parteiausschuß figurieren, zu den Anträgen 58 und 59.

Ich rufe dabei zunächst Antrag 58 auf. Wer dem Antrag 58 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Das ist beschlossen.

Ich rufe Antrag 59 auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Das ist beschlossen.

Dann wären, soweit ich es übersehen kann, alle Anträge, die zu diesem Punkte noch der Erledigung harren, vom Parteitag auch erledigt. Oder meldet sich irgend ein Kreis oder irgendein Bezirk, der glaubt, daß noch etwas nicht beachtet worden ist?

Genossen! Dann habe ich hier eine Entschließung, die uns von den „Falken“ überreicht worden ist. Ich glaube, ich darf Ihnen die Entschließung vorlesen und Sie dann bitten, sie in genügender Weise zu beachten. Es heißt da:

„Die SPD lehnt jede Form der Neueinführung eines Arbeitsdienstes ab. Sie wehrt sich gegen die vermittels eines Arbeitsdienstes versuchte Kasernierung und Uniformierung junger Menschen und duldet auch nicht die Schaffung einer Streikbrechergarde aus billigen, untertarifmäßig bezahlten Arbeitskräften.

Die dringend erforderliche Bekämpfung der großen Jugendarbeitslosigkeit im Bundesgebiet und in Berlin muß und kann auch auf anderem Wege erfolgen. Sie muß in engerem Zusammenhang mit der gesamten Wirtschaftssituation gesehen werden, die nur durch eine sozialistische Wirtschaftspolitik im Sinne der Vollbeschäftigung und der Planung nach den Bedürfnissen der Bevölkerung überwunden und verbessert werden kann.

Für die Behebung der besonderen Berufsnot der Jugendlichen und die Sicherstellung eines geeigneten Facharbeiternachwuchses fordert die SPD:

1. Schaffung neuer Lehrstellen im Handel durch eine Berufsausbildungsabgabe der Unternehmer, die keine Lehrlinge aufnehmen, durch Verwendung von ERP-Mitteln für die Berufsausbildung;

2. die Einrichtung kommunaler Lehrwerkstätten mit möglichst weitgehender Selbstverwaltung unter Anlehnung des Prinzips der Eigenbetriebe der Gemeinden usw.;
3. die Einrichtung von Jugendaufbauwerken unter Beachtung der Grundsätze weitgehender Selbstverwaltung unter Beteiligung der Jugend, Freiwilligkeit des Eintritts und des Ausscheidens der Teilnehmer, angemessene, ausreichende Bezahlung der Teilnehmer, Bevorzugung der Teilnehmer bei Einstellung in Lehrverhältnisse, Anrechnung einer gewissen Teilnahmezeit auf ein späteres oder unterbrochenes Lehrverhältnis;
4. der Ausbau bzw. die Aufrechterhaltung sämtlicher gesetzlich verankerter arbeitsrechtlicher Maßnahmen zum besonderen Schutze der Jugendlichen, Urlaub, ... Verbot der vorzeitigen Auflösung von Lehrverhältnissen.“

Genossinnen und Genossen! Ich habe Ihnen die EntschlieÙung verlesen. Sie werden zugeben müssen, daß es nicht möglich ist, sie hier ohne weiteres anzunehmen. Ich wollte Ihnen nur den Geist dieser EntschlieÙung durch die Verlesung darstellen, und ich glaube, es ist am besten, daß wir diesen Antrag dem Parteivorstand überweisen, der dann das Gute, was in dieser EntschlieÙung steht, schon nutzbringend für die Partei verwerten wird.

Ist das die Meinung des Parteitages: Überweisung dieser EntschlieÙung an den Parteivorstand? (Zurufe: Jawohl!) Der Parteitag ist einverstanden.

Ein Redner, der während der Verlesung des Antrages durch den Vorsitzenden sich zur Geschäftsordnung zum Wort gemeldet hatte:

Genossinnen und Genossen! Ich bin mit der Behandlung dieses Antrages, so wie ihn Adolf Schönfelder hier vorgenommen hat, nicht einverstanden. Aus zwei Gründen. Einmal: das Problem, das in der Resolution der Falken angesprochen worden ist, ist zu kompliziert, zu schwerwiegend und zu wichtig, als daß wir es so abtun könnten. Zum anderen glaube ich, daß der Parteitag Gelegenheit haben muß, darüber zu reden, und daß es nicht genügt, einen solchen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Ich bin deshalb der Meinung, daß man im Zusammenhang mit der Diskussion über das Referat von Carlo Schmid morgen auch über diesen Antrag sprechen sollte, der ja das große Problem der Jugendnot behandelt. (Zuruf: Sehr gut! Beifall.) Und das gehört ja schließlich dorthin.

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Ich bin auch mit dieser Erledigung einverstanden. Mein Vorschlag beruht auf einer Rücksprache mit dem Referenten sowohl als auch mit den Mitgliedern des Parteivorstandes. Und ich konnte während meiner Rede niemand das Wort zur Geschäftsordnung geben. Aber es ist ja auch nichts damit verloren, wenn wir uns jetzt anders besinnen und die Sache morgen noch einmal wieder zur Debatte stellen. Ich würde dann aber empfehlen — um was der Parteivorstand gebeten hat —, dies als Drucksache verteilen zu lassen.

Dann wäre auch diese Frage wieder zur Zufriedenheit erledigt. Wenn niemand mehr vor dem Mittagessen das Wort wünscht, dann kann ich die Sitzung schließen. Und recht viel Vergnügen auf dem Dampfer!

Ich bemerke allerdings: er hat ein Dach! Also auch der Regen wird uns nichts tun. Wir werden innerhalb des Schiffes ja vielleicht auch einige Feuchtigkeit haben. Der Dampfer fährt pünktlich 16 Uhr.

Vorsitzender Meitmann: Ich bitte noch einmal, an die Schiffskarten zu denken für die Schiffsfahrt.

Schluß der Sitzung gegen 13.45 Uhr.

(Donnerstag, den 25. Mai 1950)

### Vormittagssitzung

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Wir treten wieder in unsere Verhandlungen ein. Ehe wir den Gegenstand der heutigen Tagesordnung aufrufen, möchte ich auf die Angelegenheit zurückkommen, die gestern zweimal verschieden entschieden ist, und zwar die Jugendfrage. Dazu habe ich jetzt hier folgende Erklärung:

„Der Parteitag möge seine Zustimmung zur Behandlung der gestern verspätet eingebrachten Entschließung in der Weise geben, daß das Problem Arbeitsdienst und Jugendarbeitslosigkeit unverzüglich durch den Jugendausschuß beim Parteivorstand unter Hinzuziehung von je zwei Vertretern aus den Bezirken behandelt wird.“

Ist es die Meinung, daß, wenn der Parteitag dieser Erklärung zustimmt, daß damit die Angelegenheit für den jetzigen Parteitag erledigt sein kann? — Widerspruch erhebt sich nicht. Es ist also dementsprechend beschlossen.

Dann habe ich weiter bekanntzugeben, daß die Einlaßkarten für die Wohnungspolitische Konferenz hier vorn beim Parteitagsbüro zu haben sind.

Dann treten wir in die Tagesordnung ein, zum Punkt 7 der Tagesordnung:

### „Die SPD vor der geistigen Situation dieser Zeit.“

Carlo Schmid: Genossinnen und Genossen! Dieses Referat wird sich nur sehr am Rande mit kulturpolitischen Dingen befassen. Es wird alle jene enttäuschen müssen, die gehofft hatten, heute von dieser Stelle aus ein schulpolitisches Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dargestellt zu erhalten, und es wird auch jenen nicht Genüge tun, die erwartet haben mögen, zu erfahren, was nach der Ansicht des Referenten im einzelnen geschehen müsse, um alle Schichten unseres Volkes so umfassend an den Gütern der Kultur teilnehmen zu lassen, als dies die Forderung der politischen Vertretung der arbeitenden Menschen sein muß. Das wird einmal neu gesagt werden müssen; aber heute ist dafür noch nicht die Zeit. Zu viel bleibt noch zu klären und zu viel bleibt noch zu überprüfen.

In diesem Referat wird auch nicht versucht werden, ein Programm der Sozialdemokratischen Partei zu entwickeln. Wir wissen und wir fühlen alle, daß unsere Partei, was sie geworden ist, wurde, weil sie sich in Denken und Tun nicht mit einem System von Aushilfen begnügte, sondern weil sie sich zwang, mit allem, was sie plante und tat, von einer auf Grund der wissenschaftlichen Methoden der Zeit erworbenen Gesamtkonzeption vom bisherigen Ablauf der Geschichte und von einer auf Grund wissenschaftlicher Analyse gewonnenen Erkenntnis des jeweils Notwendigen auszugehen. Das unterschied ihr Programm von den Rechtfertigungsideologien der opportunistischen Interessenkataloge anderer politischer Gruppen. Aber wir wissen und wir fühlen ebenso, daß unsere Zeit für ihre Aufgaben und Ziele nach ihren Deutungen, nach ihren Vorstellungsbildern suchen muß. Diese werden anders sein als jene unserer Väter, denn wir können die uns gestellte Aufgabe nur dann in geeigneter Weise lösen, wenn wir uns mit den Erkenntnismitteln dieser Zeit und von dem Lebensgefühl dieser Zeit aus ans Werk begeben, so wie unsere Väter von dem Standort ausgegangen sind, den ihnen ihre Zeit schuf. Diese Arbeit bleibt noch zu leisten, und wir werden noch viele Mühe aufzuwenden haben, bis wir sie werden leisten können. Wir werden sie aber leisten müssen, denn nicht nur die Mitglieder der Partei —, die ganze Welt hat einen Anspruch darauf, daß eine politische Bewegung mit den Ansprüchen unserer Partei ein Programm aufstellt, das ebenso umfassend und ebenso einer Gesamtkonzeption entspringen ist wie einst das Erfurter Programm. Wie dieses Erfurter Programm einstens im Jahre 1891 vom erkannten Standort aus für die Ziele, für die die Sozialdemokratische Partei steht

und immer stehen wird, die Begründung aus dem Schatz der Vorstellungsformen, der Denkformen dieser Zeit aus gab, wird das neue Programm für dieselben beständigen Grundziele die Begründung und die Sinndeutung aus dem Geist und dem Verständnis unserer Zeit geben müssen.

Dieses Referat wird also nicht den Versuch machen ein Programm zu skizzieren, und es würde mißverstanden werden, wenn es eine Programmdebatte auslösen würde. Ich will damit keine Programmdebatte auslösen, sondern eine Debatte über die Voraussetzungen, von denen aus dereinst die Programmdebatte zu führen sein wird. Kurz, ich will den Versuch machen, unseren Standort und die Möglichkeiten des Selbstverständnisses unserer Gegenwart angesichts der Geistesgeschichte der jüngsten Zeit zu bestimmen. Da wir aber Gegenwart im allgemeinen nur dann erkennen, wenn wir sie sich von der jüngsten Vergangenheit abheben lassen, und da diese jüngste Vergangenheit gleichzeitig der geschichtliche Ort ist, aus dessen Elementen die alte Doktrin und die alte Apologetik erwachsen, müssen wir versuchen, die Faktoren des Weltbildes aufzudecken, das die Vorstellungswelt unserer Väter geformt hat. Dann erst wird deutlich werden, wie unsere Zeit zu ihrem Weltverständnis gekommen ist, und warum dieses zu neuen Begründungen, neuen Vorstellungen und Formungen durchzustoßen zwingt. Man sollte aus der Geschichte der Theologie erkennen, daß es ein anderes ist um den Glaubenssatz, und ein anderes um seine dogmatische und apologetische Durchleuchtung und seine Beziehungen auf die Anliegen der jeweiligen Zeit. Das Credo und die Heilsverkündung der christlichen Kirchen sind sich seit ihrer klassischen Fixierung gleich geblieben. Aber jede Zeit hat andere Methoden gebraucht und gefunden, um sie dem menschlichen Verständnis begreifbar und dem wechselnden Lebensgefühl annehmbar zu machen.

Wir sind keine Kirche und treiben auch keine Theologie, auch keine weltliche. Aber insoweit ist unsere Lage identisch mit jener der Kirchen, und unsere Aufgabe ähnlich jener der Theologen: Es gibt in dem, was wir von der Welt fordern, neben Zeitbedingtem feste Größen, die so lange gelten werden, als es den „Arbeiter“ gibt. Da kann nichts weggenommen werden, und da braucht nichts hinzugefügt zu werden.

Aber jede Epoche hat für das Verständnis dieser Gegebenheiten ihre eigenen Anschauungsformen, ihre eigenen Methoden und ihre eigenen Deutungen zu beanspruchen, und das ist so, weil jede Epoche nun einmal ihr eigenes Lebensgefühl und ihre eigene Vorstellungswelt hat. Darum eben braucht jede Epoche zum richtigen Verständnis und für die richtige Wirkung auch des Unverrückbaren ihre eigenen Programme. Das ist kein Ruf nach Revision, sondern der Weg der Verjüngung. Revisionismus bedeutet Änderung der Zielsetzung innerhalb der alten Vorstellungswelt. Verjüngung bedeutet neues Verständnis des Zieles und des Weges, aus dem Lebensbilde der jeweiligen Gegenwart.

Ich habe gesagt, daß der Standort unserer Gegenwart in der Geistesgeschichte der jüngsten Vergangenheit bestimmt werden soll. Ich muß Ihnen daher erläutern, wie das Wort „Geistesgeschichte“ hier verstanden werden soll. Die Geschichte scheint mir nicht nur als eine fortwährende Abwandlung und Entfaltung der materiellen Bedingungen, auf denen das Leben des Menschen beruht. So bedeutsam diese sind, und so sehr sie am Bewußtsein der Menschen mitformen, so sehr sie seinem Denken die wegweisenden Themen aufgeben, und so sehr sie an der Bildung der Formen und der Inhalte des Bewußtseins seiner selbst beteiligt sind — sie sind nicht alles, was eine Geschichte hat und was Geschichte bewirkt. Verständnis der menschlichen Dinge ist nur möglich, wenn ein geistiges Vermögen anerkannt wird, das nicht schlechthin Funktion des Materiellen, sondern eine im Wesenskern autonome Wirklichkeit ist. Der Wechsel in den Themen, der Wechsel in den Methoden, der Wechsel in den Bedürfnissen, von denen aus gefragt wird, die Art, wie die Veränderungen der materiellen Welt hierauf einwirken und umgekehrt, wie jeweils das Selbstverständnis des Menschen und die Art, wie die materielle Welt erkannt und auf den Menschen, und wie er auf sie bezogen wird, wie er die materiellen Bedingun-



gen der menschlichen Existenz selbst bestimmen, das ist es, was hier unter Geistesgeschichte verstanden wird.

Alle Erkenntnis im menschlichen Bereich beruht auf der Hinnahme des Satzes, daß die Natur des Menschen wesenhaft unveränderlich ist. Ohne dies gäbe es keine Einheit menschlicher Kultur und Geschichte, gäbe es keine Möglichkeit des Verstehens, insbesondere keine Möglichkeit, Vergangenheit und Gegenwart aufeinander zu beziehen.

Aber die Feststellung der Konstanz der menschlichen Natur bedeutet nicht, daß die Formen, in denen der Mensch sich in der Natur einrichtet, überall und zu allen Zeiten die gleichen sein müßten, und daß er überall und zu allen Zeiten seine Umwelt, seine Merkwelt und Wirkwelt aus den gleichen Faktoren zusammensetzte. Die Verschiedenheit der Bedingungen, unter denen die Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur und mit seinesgleichen vor sich geht, und der Wechsel der Formen, in denen er das Spannungsverhältnis „Ich und die Welt“ zu begreifen und zu verstehen sucht, die Verschiedenheiten der Koordinatensysteme, für die er sich je und je entscheidet, müssen in ihrem Wechsel notwendig dazu führen, daß — bei gleichbleibender Natur — die Menschen sich je und je in der verschiedensten Weise verhalten.

Die Struktur der menschlichen Verbände, ihre innere Gesetzlichkeit und die rechtliche Stellung der Individuen darin, das alles ist zum größten Teil zeitbedingt, das alles kann durch den Willen der Menschen verändert werden. — So könnte man denken, daß die Zahl der soziologischen Möglichkeiten, in denen jeweils die Anpassung an die gegebenen Verhältnisse erfolgen kann, unerschöpflich ist.

Jede so geschaffene Situation ist Werk des Menschen. Freilich kein Werk, das in den leeren Raum hinein geschaffen wurde, sondern im Zusammenwirken mit einer Umwelt, die den Stoff für die Planungen des Menschen abgibt und die seinem Willen nicht nur die Richtung weist, sondern auch die Grenzen setzt. Und jede so geschaffene Situation wiederum wirkt auf das Bewußtsein des Menschen ein und bestimmt weiterhin die Formen seiner Vorstellung. Freilich nicht im Sinne einer ausweglosen Determinierung seines Tuns und Planens, sondern lediglich im Sinne einer Richtungweisung für neue Ansätze und neue Zielsetzungen.

Hier findet eine merkwürdige Wechselwirkung statt. Wir stecken unsere Ziele auf, in die unser lebendiges Verhältnis zur Gegenwart weist. Und wir suchen die Faktoren, die unsere Gegenwart bestimmen, in der Vergangenheit auf, indem wir ihre unerschöpflichen Vorräte an Determinanten, an verursachenden Faktoren, eben zu Ursachen dieser unserer Gegenwart machen, die wir brauchen, um eine gerade Verbindungslinie zu unserem Zukunftsziele hin ziehen zu können. So erhalten wir das Bewußtsein der überindividuellen Notwendigkeit unseres Wollens. Von unserem Ziel her wird unser Bild von der Vergangenheit, wird unsere Bewertung der Vergangenheit bestimmt. Von unserem Ziele her sagen wir Ja oder Nein zur jeweiligen Gegenwart und zu den Formen, in die sie die menschliche Existenz zwingt.

Wir sind eine Partei, an deren Ursprüngen schon die Bemühungen gestanden haben, dieses Wechselverhältnis von Vergangenheit, Gegenwart und Ziel zu erkennen.

Wenn auch schon andere gespürt haben mögen, wo der Spaten anzusetzen sei, so hat doch erst Karl Marx ihn am rechten Ort in den Boden gestoßen und so tief in das Erdreich geführt, daß die Schichten sichtbar wurden, auf denen der Humus unserer Gegenwart ruht. Er ist der erste gewesen, der sein Zukunftsziel auf die Möglichkeit und Notwendigkeit hin prüfte, indem er den geschichtlichen Standort seiner Gegenwart bestimmte und sichtbar machte, welcherlei Wirkungskräfte in ihr lebendig geworden sind und wie gerade diese die Erkämpfung eines bestimmten Zieles nicht nur zur moralischen, sondern geradezu zur naturgesetzlichen Notwendigkeit machten. Aber nicht nur das Ziel wurde von den Faktoren her gerechtfertigt, die die Gegenwart bestimmten. Karl Marx sah, daß diese Faktoren auch den Weg bestimmten, der einzig zu diesem Ziele führen konnte.

Karl Marx war kein Rezepteschreiber, und wer sein Werk als einen Leitfaden für politische Doktoren, ja, Lösung der Weltgleichung oder gar als Hundertjährigen Kalender für jene begreift, die sich jeden Tag eine Auskunft darüber holen müssen, wie es um die Welt und ihre Witterung steht, mißversteht ihn gründlich und mißversteht ihn gefährlich. Weil es das alles nicht ist, sind alle Versuche, Karl Marx durch Hinweise auf nicht eingetretene Voraussagen widerlegen zu wollen, so lächerlich und nichts denn Zeichen gründlichsten Mißverstehens. Karl Marx ist durch sein Werk und die Auswirkungen seines Werkes einer der mächtigsten Bewußtseinswandler unserer Weltzeit geworden und einer der wesentlichsten Mitbestimmer ihres Lebensgefühls. Karl Marx hat einen neuen Stil des Verständnisses und des Verhältnisses von Mensch und Welt gebracht, und darum stehen seit einigen Generationen die Auseinandersetzungen — wenigstens dort, wo sie nicht müßiges Spiel sind, sondern um echte Anliegen gehen — mehr im Zeichen seines Namens als des Namens irgendeines anderen in seiner Weltwirkung noch Gegenwärtigen.

Was bedeuten dagegen alle sogenannten Widerlegungen, und was bedeutet solche wissenschaftliche Widerlegung überhaupt, dem Wirken eines Mannes gegenüber, an dem keiner unangefochten und ungewandelt vorbeikommt, möge er hinstreben, wohin er will? (Sehr richtig!)

Karl Marx ist der lebendigste Beweis für die Richtigkeit des Wortes Hegels: „Ist erst das Reich der Vorstellungen revolutioniert, so hält das die Wirklichkeit nicht aus.“ (Sehr richtig!)

Dadurch, daß er die Vorstellungen vom Verhältnis des Menschen zur Welt, vom Ablauf des Geschichtsprozesses und von den Antrieben der Menschen „auf die Füße gestellt“ hat, hat er auf weiten Gebieten eine Umkehrung des überkommenen Weltbildes geschaffen, die so bedeutsam ist wie die Kopernikantsche Umkehrung drei Jahrhunderte zuvor. (Sehr richtig!)

Das hat sich so elementar ausgewirkt, daß selbst unsere Gegner sich seiner Methoden bedienen müssen, wenn sie uns anders denn mit Mißdeutungen, Verwünschungen und bloßer Überheblichkeit gegenüber treten wollen.

Damit aber, daß er das Reich der Vorstellungen revolutionierte, hat Karl Marx die Geschlechter, die auf ihn folgten, gezwungen, nicht nur die Wirklichkeit mit seinen Kategorien zu begreifen, sondern er hat damit auch — und das ist das Wichtigere —, die Menschen gezwungen, die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse entweder von seinen Vorstellungen aus oder bewußt gegen diese in Angriff zu nehmen. Auch jener, der sein politisches Ziel als Gegenziel gegen Karl Marx aufrichtet, handelt in Funktion der Marxschen Revolutionierung der Vorstellungen. Es gibt heute neben seiner Denkwelt kaum noch Autonomes, das heißt, sei es positiv, sei es negativ, nicht auf ihn bezogenes politisches Denken mehr.

Die Kraft der Wirkung dieses Lebenswerks ist daher gekommen und kommt heute noch daher, daß Karl Marx dem Pathos dieser Zeit, dem Leiden dieser Zeit an sich selbst, im Bereich des Politischen den fruchtbarsten Ausdruck verliehen hat, und daß er gleichzeitig den Menschen einer wissenschaftsgläubigen Zeit mit den Methoden der Wissenschaft die Gewißheit geben konnte, daß es einen wissenschaftlich erkennbaren Weg gebe, an dessen Ende aus denselben Faktoren, die das Leiden der Welt bewirkt hatten, die Gegenwelt erstehen werde.

Und woran leidet diese Zeit und der Mensch dieser Zeit? Sie leiden daran, daß durch die Mechanisierung der Produktionsverhältnisse eine allgemeine Mechanisierung der Lebensverhältnisse überhaupt eingetreten ist, als deren Folge der Mensch sich selber entfremdet wurde. Denn da es bisher nicht gelang, diese Mechanisierung vom Menschen her zu bewältigen, ist der Mensch aus einem seiner Idee nach frei wollenden Wesen in der Wirklichkeit zum bloßen Objekt des ökonomischen und damit des gesellschaftlichen Ablaufs geworden. Im letzten Grunde, also in der Sphäre, in der Reichtum und Armut nicht mehr die entscheidenden Faktoren sind, trifft das den Eigentümer der Produktionsmittel im Kern ebenso wie den Proletarier — denn auch er wird durch die Kolbenstöße des Mechanismus

der kapitalistischen Wirtschaft umgetrieben, und auch bei ihm klaffen Idee und Wirklichkeit des Menschenbildes auseinander. Der Ausbeuter ist so wenig Erfüllung des Menschen wie der Ausgebeutete. (Beifall.) Der Unterschied ist letztlich nur, daß der eine ein unmenschliches Leben im Luxus führen kann und sich am Widersinn dieser Welt mitschuldig macht, während der andere in Armut leben und das Leben erleiden muß. Menschenwürdig ist beider Dasein nicht. Aber der Arbeiter hat eine Verheißung! (Beifall.)

Daß diese Entfremdung des Menschen von sich selbst, daß dieses Auseinanderklaffen von Idee und Wirklichkeit des Menschen geschehen konnte, hat seine Ursache darin, daß die Geschichte die Menschen in Klassen aufgespalten hat, von denen heute die herrschende die beherrschte nicht nur unterdrückt, sondern auch dadurch ausbeutet und der Automatik eines seelenlosen Mechanismus unterwirft, daß sie, die im Besitz der Produktionsmittel ist, dem, der nichts hat als seine Arbeitskraft, die Bedingungen vorschreiben kann, in denen sich sein Leben abzuspielen hat. (Zuruf: Sehr richtig!) Hierbei, sagt Marx und sagen wir, ist mit dem Appell an das Gute im Menschen allein nichts getan. Der Mechanismus ist stärker und zwingt auch den guten Unternehmer, bei Gefahr des wirtschaftlichen Untergangs, sich seinen Gesetzen zu unterwerfen. (Zuruf: Sehr richtig! — Beifall.) Änderung kann nicht durch bloße Sinneswandlung, nicht durch eine Bekehrung in „Caux“ bewirkt werden (starker Beifall), sondern nur durch Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum, also durch Aufhebung der Ursachen selbst, die zur Klassenbildung geführt haben. (Zurufe: Sehr gut! Sehr richtig!) So wird die klassenlose Gesellschaft entstehen, und mit ihr fällt die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Dann erst wird es dem Menschen möglich sein, nichts zu sein als Mensch, das heißt an Stelle eines durch einen seelenlosen Mechanismus umgetriebenen Objektes ein frei wollendes Wesen. Es gibt dann auch keine Notwendigkeit mehr, den Menschen zu einer bloßen Funktion außermenschlicher Prozesse zu degradieren.

Dieses Werk aber kann nicht von jedem geleistet werden. Die Überführung der heutigen Ordnung in die neue kann nur von der Klasse realisiert werden, die der dialektische Widerpart der heute herrschenden Klasse ist. (Sehr richtig!) Sie ist, unabhängig von den Wünschen der einzelnen, die Vollstreckerin des Gebotes der Geschichte. Wenn sich die Arbeiterschaft hierauf besinnt und den Klassenkampf aufnimmt, den ihr die herrschende Klasse aufzwingt, so wird das Ziel erreicht werden müssen, denn die Geschichte selbst will es. Das Spezifische im Werke von Karl Marx — seine Vorstellungswelt, die Methoden, die Elemente der Erfahrung zu begreifen und die Argumente anzuwenden — sowie die Wirkung dieses Werkes auf die Menschen der Zeit und die Art, wie sie es aufgenommen und erweitert haben, kann nur verstanden werden aus der Erkenntnis der Faktoren, die das Denken und das Lebensgefühl der Menschen des 19. Jahrhunderts bestimmt haben. Ich kann sie natürlich hier nicht alle darstellen, ja nicht einmal erwähnen. Ich muß mich damit begnügen, jene unter ihnen wenigstens zu skizzieren, die mir am bedeutsamsten erscheinen. Das sind die Vorstellungen der Zeit über Methoden, Ziele und Reichweite der wissenschaftlichen Erkenntnis überhaupt, das ist der Historismus, das ist der Darwinismus und seine Auswirkungen auf die Vorstellungswelt, und schließlich der Einbruch des Wissens um die Mechanik gesellschaftlicher Abläufe in einer Zeit, der jedes Mittel fehlte, sie gestaltend zu beherrschen.

Das 19. Jahrhundert war das Jahrhundert der Wissenschaftsvergottung. Das ist nicht weiter wunderzunehmen, denn die Ergebnisse der bisherigen naturwissenschaftlichen Forschung in der Nachfolge Isaak Newtons schienen den Glauben zu rechtfertigen, daß es innerhalb der sinnlich erfahrbaren Welt — und zu dieser begann man bald die Geschichte und die menschliche Gesellschaft zu rechnen — schlechterdings nichts gebe, das nicht bei richtiger Anwendung wissenschaftlicher Methoden auf erkennbare Ursachen zurückgeführt werden könne, diese Ursachen auf weitere Ursachen, um schließlich so weiter zu werden, bis man auf die Grundursachen stößt, etwa so wie das 18. Jahrhundert als die Grundursache allen Seins

die Schwerkraft entdeckt zu haben glaubte. Es gibt also nichts, das nicht durch erkennbare Ursachen hervorgebracht wäre, und jede Wirklichkeit ist so, wie sie ist, notwendig, da sie ja in Anbetracht des vorhandenen Vorrates an Ursachen nicht anders gewirkt werden konnte, als wie gewirkt wurde. Dabei sei es möglich, glaubte man, bei richtiger Handhabung der Methoden und bei Kenntnis aller vorhandenen Faktoren exakt bei jedem Zeitpunkt den durch die Auswirkung dieser Ursachen zu erwartenden Zustand vorauszusagen. Dies erschien so zwingend zu sein, daß ein Mann von Range Laplaces die Behauptung wagen konnte, daß, „wenn wir alle Faktoren des Zustandes der Welt zu einem bestimmten Zeitpunkt kennen, wir für jeden künftigen Zeitpunkt den jeweiligen Zustand der Welt exakt und allumfassend voraussagen könnten.“ Eine Welt, der die bisherigen Erfolge der naturwissenschaftlichen Forschung das Recht zu solchen Hoffnungen gegeben hatte, durfte glauben, daß es einmal gelingen könnte, den künftigen Zustand auch der menschlichen Gesellschaft wissenschaftlich exakt vorauszusagen.

Spontaner Geschehen konnte in diesem wissenschaftlichen Weltbild keinen Platz finden, und es ist verständlich, daß auch die geistigen und seelischen Vorgänge, ja auch der Wille und seine Inhalte ausschließlich als Funktionen mechanisch wirkender Ursachen begriffen werden konnten. Der damalige Stand der Naturwissenschaften zwang schlechthin dazu, anzunehmen, daß die Natur keine Sprünge macht, und daß jede Veränderung kontinuierlich, das heißt in gleitenden Übergängen und nicht sprungweise und willkürlich, erfolgt. Wer so denken mußte, konnte aber bei allem Glauben an die Hegelsche Dialektik und ihre Lehre von dem Umschlag des einen Zustandes in den anderen — nur dort wissenschaftlich erkannte Wirklichkeit und damit Wirklichkeit überhaupt sehen, wo die Kategorie der Kontinuität sich als anwendbar erwies. Wo dies nicht der Fall war, mußte trügerischer Schein oder Fehlerhaftigkeit der Methode angenommen werden. Prinzipiell ist alles erkennbar, sagte die Wissenschaft des 19. Jahrhunderts und alles Verhalten ist auf Ursachen zurückzuführen, die ihrerseits erkennbar sind, weil sie erfahrbar sein müssen; denn sind die Wirkungen erfahrbar, so müssen es ihre Ursachen prinzipiell auch sein, denn Ursache und Wirkung verbinden sich nur auf der gleichen Ebene.

Die Anwendung naturwissenschaftlicher Methoden auf die Erkenntnis der Geschichte hatte zu der Überzeugung geführt, daß der jeweilige gesellschaftliche Zustand der Menschheit und die Ausformung der menschlichen Institutionen, sowie die Vorstellung der Menschen von diesem und von ihrem eigenen Verhältnis dazu unter dem Gesetz von Ursache und Wirkung stehen. Weiter stellte man fest, daß es überall in der Welt — auch in Gegenden, die keinerlei geographischen Zusammenhänge miteinander haben, wo also keine Rede von Beeinflussung sein kann —, typische Formen der Entwicklung der gesellschaftlichen Zustände festzustellen seien, daß überall auf die gleichen Urformen bei identischen Umweltbedingungen dieselben höheren Formen folgten. Das erschien als weiterer zwingender Beweis für die Geltung des Kausalitätsgesetzes, auch in der Geschichte. Damit mußte auch in ihrem Bereich alles nach dem Gesetz der Kontinuität vor sich gehen. War es aber so, dann konnten auch in der Geschichte bei genügender Erforschung der Ursachen des bisherigen Ablaufs die Stadien der künftigen Entwicklung mit einiger Sicherheit vorausgesehen werden. Vor allem aber führte der Historismus dazu, die Geschichte als die Trägerin ihres eigenen Sinnes zu sehen, so wie es der Sinn der Planeten sei, in der Gesetzlichkeit ihrer Bahnen zu kreisen.

Sinndeutung war um so weniger wissenschaftlich zu rechtfertigen, als die geschichtliche Ursachenforschung ans Licht brachte, daß auch heiligste Dinge wie Dogmen und Symbole der Religionen nicht nur ihre Geschichte haben, sondern auch geschichtlichen Ursprungs sind, und daß sie zum mindesten in ihrer Selbstdarstellung und Sinndeutung Entwicklungen unterworfen waren, die sie sehr weit vom Ursprung entfernten.

Nachdem es der geschichtlichen Forschung gelungen war, in weitem Umfange gewisse Phänomene gewisser Religionen mit Sicherheit auf erkennbare irdische Ursachen zurückzuführen, erschien es möglich, solchen Phänomenen überhaupt die

Eigengesetzlichkeit und Eigenrangigkeit zu bestreiten und sie in die Liste der Sozialfunktionen einzureihen. Denn, wenn es auch hier nur das Spiel von Ursache und Wirkung gibt — wie sollten dann diese Dinge etwas anderes sein als das, was die in der Geschichte wirkenden raumzeitlichen Ursachen auch sonst gewirkt haben? So mußte denn alles historisch erklärbar und nur wissenschaftlich, d. h. kausal, verstehbar werden.

Gleichzeitig entdeckte man, daß in den Funktionen und Strukturen der gesellschaftlichen Verbände erkennbare Gesetzmäßigkeiten walten, und diese Gesetzmäßigkeiten schienen — zumindest auf dem Gebiete der Wirtschaft —, die Strenge und Unbedingtheit von Naturgesetzen zu haben. Wer sich diesen Gesetzen nicht anpaßte, ging unter trotz löblichster Absichten, und es schien, als seien — über die kreditbegründende Redlichkeit des ehrbaren Kaufmanns hinaus — die Gebote der Ethik und humanistische Impulse innerhalb dieses Bereichs nicht nur fehl am Platze, sondern Gesetzwidrigkeiten.

Dazu kam, daß dieses neue Wissen in eine Zeit einbrach, deren Menschen gerade in der Personalität der menschlichen Beziehungen das Baugesetz der Gesellschaft sehen wollten — man denke etwa an die Wirkung der Rezeption Friedrich Schillers und an die Welt Gustav Freytags —, und denen weithin die politischen und gesellschaftlichen Instrumente fehlten, um den erkannten Mechanismen steuernd und richtungweisend zu begegnen. Diese Wertfreiheit der sozialökonomischen Abläufe und ihre Folgen erschreckten; aber da man keine Mittel sah, ihnen zu wehren, ergab man sich und bejahte, wie man ein unentrinnbares Schicksal erträgt. Jene zumal bejahten, die erkannt hatten, daß diese Automatik zu ihren Gunsten wirkte; anderen blieb nichts anderes übrig, als an die Zertrümmerung einer Weltordnung zu denken, deren Folgen offenbar nicht anders sein konnten, als man sie in seinem Leide erfuhr. „Man muß zerstören, um erneuern zu können“, so lehrten nicht nur Bakunin und Krapotkin. Parallel damit ging die Erkenntnis, daß die Welt durch die Maschine nicht nur technisch verwandelt worden war, und daß die Maschine dem Menschen über das Gesetz der Arbeitsteilung eine Wirtschaftsverfassung aufzwinge, die immer mehr zu Akkumulationen wirtschaftlicher Macht führen muß und diese braucht, um das Zaubering zu bilden, das da „Kapital“ heißt. Man erkannte den ungeheuren Motor, der in diesem Kapital liegt, und gleichzeitig auch das Dynamit, das sich in autonom gestellten kapitalistischen Potenzen und Funktionen verbergen kann. Man erkannte auch die gesellschaftsbildende Gewalt der Ökonomie. Wo man bisher blindes Schicksal, Zufall der Geburt oder persönliche Tüchtigkeit und menschliches Unvermögen als Ursachen gesehen hatte, sah man nun die klassen-zusammenzwingende — den Menschen zu einer bestimmten Klasse „verurteilende“ — Kraft des Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung am Werke. So wurde deutlich, daß der Kapitalismus zwar die Menschen von den Bindungen der Feudalzeit befreit hat, daß er aber dafür jene, die nicht Eigentümer von Produktionsmitteln waren, um so brutaler in ein neues Abhängigkeitsverhältnis stieß, dem sie ebenso gnadenlos ausgeliefert waren, wie einst den Launen der großen Hansen.

Auf alle diese Faktoren projizierte der Darwinismus die Bilder seiner neu gefundenen Gesetzmäßigkeiten. Daß es Entwicklungen gibt, war auch den Menschen früherer Epochen eine Gewißheit gewesen. Für sie aber war Entwicklung etwas, das der Mensch oder ein Weltenplan zielstrebig formen. Entwicklung im Sinne des Fortschritts war also für die Früheren ein finaler Prozeß, d. h. ein zielstrebigere Prozeß.

Nunmehr aber konnte als Ergebnis der biologischen Forschung gelehrt werden, daß Entwicklung kein finaler, kein zielstrebigere oder gelenkter Prozeß sei, sondern daß jede Art immer und kontinuierlich durch das Zusammenwirken vieler, unendlich kleiner Ursachen, und ohne Zielrichtung erfolgter Veränderungen entstehe, und daß diese Entwicklungen notwendig von der niederen zu immer höheren Formen fortschritten, weil die Formen erhalten blieben, die sich im Kampf ums Dasein als die angepaßteren erwiesen. Damit schien eines sicher, daß die Entwicklung der

Formen des Lebens, auch des kollektiven Lebens, unablässig weiter voranschreitet. Diese Entwicklung ist ein fortwährendes Steigen und bedarf keiner Rechtfertigung. Es geschieht, und der Lebende hat recht.

Bei den einen erzeugte dieses Weltbild den optimistischen Glauben an die Unentrinnbarkeit des Vollkommenen, bei den anderen weckte es den Pessimismus, daß alles Leben an sich sinnloser Kampf sei, und daß die jeweilige Wirklichkeit — vor allem die gesellschaftliche Wirklichkeit —, nicht so sehr das Produkt frei waltender und frei gestalteter Menschen sei, als vielmehr das notwendig zufällige Ergebnis eines Kampfes, in dem automatisch der Schwächere dem Stärkeren erlag.

Von diesen Faktoren, die in der Zeit, da die moderne sozialistische Bewegung ihre Form fand, entstanden, die Denken und Anschauungsformen der Menschen bestimmten, ist keiner vom Gang der Zeit unberührt geblieben.

Dilthey hat, indem er tiefer in die Geschichte eindrang als die Geschichtsschreiber, erste Zweifel an der Berechtigung der Ansprüche des Historismus gewagt, und Friedrich Nietzsche hat in seinem auch für Demokraten noch heute sehr lesenswerten Buche — „Vom Nutzen und Nachteil der Historie“ für das Leben — den Kommenden einen neuen Weg gewiesen. Nach rückwärts zu schauen, verlohne sich nur noch, um die Gegenwart besser verstehen und die Zukunft begehren zu lernen. (Sehr richtig, starker Beifall.)

Georges Sorel hat ähnliches gelehrt. Man wollte nicht mehr aus der Geschichte leben, sondern man wollte Geschichte leben. Hatte man bisher gelehrt, die Vergangenheit produziere die jeweilige Gegenwart exakt nach dem Kausalitätsgesetz, und die Gegenwart produziere just ebenso exakt die Zukunft, so wußte man künftig, daß der Mensch bei allem Anschluß an das jeweils Vorhergegangene nicht von diesem aus tätig wird, sondern auf ein Zukünftiges hin, und dem Bild und Bewertung der Gegenwart von seinen Zukunftszielen her bestimmt werde.

Damit war für den Glauben an die Voraussetzungslosigkeit geschichtlicher Betrachtung kein Raum mehr. Man wußte fortan, daß das Bild der Vergangenheit, das man jeweils wie ein Mosaik aus der Vielzahl ihrer Elemente zusammensetzte, nicht nur standortbedingt war, sondern daß es eine Entscheidung für bestimmte unter den vielen möglichen Auswahlprinzipien voraussetzte. Ja, es wurde deutlich, daß jede bisherige große Geschichtsschreibung im Grunde mythischen Charakter hatte und die Proklamation eines persönlichen Weltbildes war. Ich erinnere an das Cäsar-Bild des so wissenschafts-besessenen Theodor Mommsen.

Das Wissen von dem, was in der Vergangenheit geschehen ist, wurde im Hinblick auf die Deutung der Gegenwart und ihrer Wurzeln zu einer Tafel möglicher Verknüpfungsreihen. Wie man den Rhythmus der Verknüpfung der einzelnen Elemente sah und wie man sie qualifizierte, erschien nunmehr als Funktion einer vorausgegangenen Entscheidung für ein bestimmtes Bild der Zukunft.

Wer so dachte, mußte, wenn er wissenschaftlich redlich bleiben wollte, auf Geschichtsphilosophie verzichten, und ebenso auf Geschichtsmetaphysik. An ihre Stelle trat die Morphologie, die Lehre von den Formen, in denen die Epochen jeweils ihr spezifisches Lebensgefühl integrierten. Aber auch ihren Aussagen können wir keine Gebote für unser Handeln entnehmen, wir können nur durch sie lernen und das ist viel — was uns an Möglichkeiten offensteht, welche Entscheidungen von unserem Standpunkt aus nach vorwärts, und welche nach rückwärts führen, welche Formen im Hinblick auf bestimmte Postulate bestimmten Zuständen besser oder schlechter angepaßt sind.

Aus der vergleichenden Ethnologie erkannte man, daß bei aller Verschiedenheit der Formen sich überall elementare menschliche Anliegen manifestieren, die offenbar ihrer Substanz nach im Menschen selbst angelegt sind und also ihre Existenz als solche nicht Umwelteinflüssen verdanken können. Konnte man zum Beispiel nach dem alten Geschichtsverständnis die Phänomene des Religiösen, um nur das zu erwähnen — durchaus in den unternünftigen Bereich des Menschen verbannen und gelegentlich mit Recht da und dort auch von Priesterbetrug

sprechen, so war dies von nun an, was das Phänomen selbst anlangt, nicht mehr möglich. Was daran relativierbar war, waren lediglich die Formen, in denen es sich zum Ausdruck brachte, und die dazugehörigen gesellschaftlichen Auswirkungen.

Dabei kann durchaus bestehen bleiben, was die Geschichtsschreiber über das Machtstreben kirchlicher Hierarchien geschrieben haben. Nur hebt das die Tatsache nicht auf, daß das Bedürfnis nach religiöser Erfahrung ein im Wesen des Menschen selbst wurzelndes Anliegen ist.

Ich muß darauf verzichten, hier zu schildern, welche Rolle bei der wissenschaftlichen Erhellung dieser Dinge die moderne Tiefenpsychologie von Siegmund Freud bis zu C. G. Jung gespielt hat. Die wichtigste Folge der Überwindung des Historismus war, daß man nun zu wissen glaubte, daß wir von der Vergangenheit nicht erfahren können, was wir morgen zu tun haben, sondern daß die Geschichtsschreibung nach dem schönen Wort Johannes Kühns uns lediglich sagen kann, an welchem Ort wir stehen, und in welche Zukunftsräume die Stimmen unserer Geschichte rufen.

Ebenso bedeutsam war der Wandel, den das Verständnis des ökonomischen und sozialen Mechanismus und der Abläufe erfuhr. Man hatte in der Zwischenzeit gelernt, mit diesen schleichenden und gewalttätigen Mechanismen einigermaßen umzugehen. Zwar wurde man nicht damit fertig, aber man lernte immerhin, sie zu manipulieren. Es zeigte sich, daß auch gegen die Automatik des sozialen und ökonomischen Mechanismus Politik möglich war, und daß auch innerhalb seines Bezugssystems durch geeignetes Verhalten Machtverschiebungen möglich waren, die den Grenzwert, auf dem die Übermacht der herrschenden Klasse beruht, immer schmaler machen. Das ließ neue Vorstellungen über mögliche Wege zur Regulierung der Machtverhältnisse aufkommen.

Man erkannte weiter, daß zwischen dem sozialen Sein und dem individuellen Bewußtsein der Menschen nicht ein eingeleisiges Verhältnis von Ursache und Wirkung besteht, sondern ein Verhältnis von Wechselwirkungen. Man sah, daß bestimmte Bewußtseinsinhalte in ihrer Entstehung und noch mehr in ihrer Auswirkung durch das Vorliegen bestimmter ökonomischer Voraussetzungen zwar begünstigt oder benachteiligt werden können, daß sie aber in ihrem Kerne unabhängig davon zu entstehen vermögen, und zwar aus keinem anderen Grunde als dem, daß aus durchaus selbständigen Motiven eine Entscheidung für ein bestimmtes Weltbild getroffen werde. Die Entscheidung der Puritaner Englands für die Prädestinationslehre Calvins zum Beispiel hatte natürlich auch ihre psychologischen und sozialen Komponenten, letztlich aber geschah sie aus der Freiheit des Geistes heraus. Die aus dieser Entscheidung für eine bestimmte Anschauung der Abhängigkeit des Menschen von Gott resultierende Seelenverfassung der Puritaner hat dann in der Folge mächtig dazu beigetragen, den Grund zur Bildung des Wirtschaftsstils der kapitalistischen Epoche mitzulegen.

Untersuchungen, vor allem Max Webers, lieferten zureichende Beweise dafür, daß der Mensch und sein Bewußtsein von sich nicht ausschließlich das Produkt der materiellen Umwelt sind. Der Mensch und sein Bewußtsein werden zwar in erheblichem Maße durch sie mitgeformt, die Umwelt ist aber nicht das einzig Bewirkende. Zwar war nach wie vor nicht zu bestreiten, daß sich nach dem Gesetz der großen Zahl bestimmte Zwangsläufigkeiten im Verhalten der Gruppen beweisen ließen. Aber diese statistischen Aussagen verloren den Rang von Naturgesetzen und wurden auf Wahrscheinlichkeitsaussagen reduziert. Sie geben Kunde von Tendenzen. Tendenzen schaffen einen Sog und erlauben Vermutungen über wahrscheinliches Verhalten, der einzelne kann aber aus Gründen, die ganz in seiner Person liegen können, der Tendenz entgegenhandeln, und wenn er stark genug ist, kann er durch seine Entscheidungen gegen sie so auf die Menschen wirken, daß von ihm und der Gruppe, die er um sich zu scharen vermag, eine neue, andersgerichtete Tendenz ausgehen kann. Das eingangs zitierte Wort Hegels ist schon wahr: „Wo einer die Welt der Vorstellungen revolutioniert, kommt die Wirklichkeit nicht mehr mit.“

Schließlich wurde immer mehr erkannt, von Leonhard Nelson insbesondere, daß die Analyse der sozialen Wirklichkeit und die Bloßlegung ihrer Faktoren für sich allein unserem Handeln noch keine Richtung zu weisen vermöge. Der Mensch kann auf das Ergebnis einer soziologischen oder ökonomischen Analyse, ja sogar auf die Entlarfung einer Ideologie so oder anders reagieren, und oft wird es so sein, daß einer, der glaubte, durch die Resultate seiner sozialökonomischen Forschungen zu einem bestimmten Handeln veranlaßt worden zu sein, in Wirklichkeit sich ans Forschen und eine bestimmte Art des Forschens nur machte, weil er sich lange vorher schon entschieden hatte, in einer bestimmten Richtung voranzuschreiten zu wollen. Wofür einer sich nach Erkenntnis der Ursachen und Konsequenzen des Kapitalismus entscheidet, ist nicht notwendig die Folge eines neuen Verständnisses der kausalen Abläufe in der Wirtschaft und ihrer Rückwirkungen auf die Lage bestimmter Menschengruppen, sondern es ist das Ergebnis einer Bewertung der Folgen dieses Systems für die Menschen. (Sehr richtig!)

Solche Bewertungen und die daraus folgende These sind aber letztlich immer das Produkt ethischer Entscheidungen. Die einen werden dabei ihr persönliches Interesse höher stellen als Gerechtigkeit und allgemeine Menschenwürde, sie bejahen darum das System und werden sich bemühen, es zu erhalten und für sich nutzbringend zu machen. Andere werden sich gegen ihr persönliches Interesse entscheiden, aber als einzelne und dann abseits und dann vielleicht zur Sekte werden. Wieder andere aber erkennen, daß die Verwirklichung der Gerechtigkeit zwar mit ihren Interessen zusammenfällt, daß aber die Vertretung dieses ihres Gruppeninteresses nicht nur der Klasse, der sie angehören oder für die sie sich entschieden haben, zugute kommt, sondern der Menschheit als Ganzes. (Beifall.) Sie werden dann versuchen, als Klasse das als schlecht erkannte System durch eines zu ersetzen, das andere, das bessere Auswirkungen zeigt, und das darum „richtig“ ist.

So werden die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die man für die Mutter der Impulse hielt, die die Entscheidung für den Sozialismus erzwingen, in eine Hilfsstellung verwiesen. Sie liefern die gesuchte Bestätigung für einen vorher gefaßten Entschluß, indem sie die Denkbarkeit und überindividuelle Möglichkeit einer gefaßten Grundentscheidung dartun. Damit ist die wissenschaftliche Analyse sozialökonomischer Tatbestände nicht entthront oder gar bedeutungslos geworden. Wir können heute erst recht nicht auf sie verzichten, denn sie zeigt uns, wo unsere Möglichkeiten liegen, welche Interessen und Kräfte uns gegenüberstehen und welches deren Möglichkeiten und Mittel sind. Unsere Entscheidung für das eine oder andere wird aber immer das Produkt einer ethischen Entscheidung sein.

Die Ethik aber liegt fertig nicht zur Hand. Jeder Mensch ist gezwungen, sich für eine Ethik zu entscheiden und hat mit der Entscheidung für die Folgen auch dieser allgemeinen Grundentscheidung einzustehen. Hat er so gewählt, daß sie genügend Kräfte zu entfalten und zu wecken vermag, als nötig sind, um mit der widerstrebenden Umwelt fertig zu werden, dann ist es gut; aber wer weiß das in der Stunde der Entscheidung? Und so haben viele versucht, sich eine Ethik zu wählen, die es ihnen erlaubt, sich der Umwelt zu ergeben. Aber es wäre ein Irrtum, anzunehmen, Genossinnen und Genossen, daß uns dann die Unruhe verlasse und wir der Notwendigkeit, uns immerfort zu entscheiden, — auch für unsere Maßstäbe zu entscheiden —, enthoben würden: die Kapitulation vor den Verhältnissen setzt nie ein Ende, denn die Kapitulation schafft je und je selbst neue Bedingungen, und diese stellen uns wiederum vor neue Entscheidungen, und so geht es weiter. Die Geschichte dieser Zeit gibt für dieses Verhängnis Beispiele genug.

Die biologische Forschung hatte den Grundsatz der Darwinschen These bestätigt, daß bei der Entstehung der Arten kein Wirken einer prästabilierten Harmonie nachzuweisen ist. Sie hat aber auch gezeigt, daß der Kampf ums Dasein nicht notwendig eine Entwicklung zu immer höheren Formen erzwingt, sondern daß es dabei auch zu Verkümmern und zu solchen Spezialisierungen kommen kann, die die Breite des Variationsbandes der menschlichen Vermögen erheblich verringern. Entwicklung



ist also nicht notwendig ein Steigen, Entwicklung ist also nicht notwendig immer gleich Fortschritt. Diese Erkenntnis dämpfte den ursprünglichen Fortschrittsoptimismus erheblich. Das Morgen erschien nun nicht mehr so zwangsläufig als das dem Heute gegenüber Vollkommene.

Der Kampf ums Dasein erfolgt immer unter gegebenen äußeren Bedingungen, und was dabei ausgelesen wird, wird im Hinblick auf seine Angepaßtheit gerade diesen Bedingungen gegenüber ausgelesen und erhalten. Dies zeigt, wie außerhalb jeder Möglichkeit, von Fortschritt an und für sich zu reden, die bloße Beobachtung und Beschreibung des Ausleseprozesses und seiner Ergebnisse steht. Will man von Fortschritt überhaupt reden können, dann muß man vorher eine Wertskala aufgerichtet haben, an der man messen kann. Das setzt aber eine vorherige Entscheidung für bestimmte Werte und für deren Rangordnung voraus. An diesen Werten haben wir aber nicht nur das Produkt der Auslese zu bewerten, sondern auch die Voraussetzungen und Umweltbedingungen, die durch den Zwang zu einer bestimmten Art der Anpassung gerade dieses Ergebnis der Auslese bewirkt haben. Man entdeckte weiter, daß die Entwicklung kein kontinuierlicher Vorgang ist, sondern in Sprüngen vor sich geht. *Natura facit saltus*, die Natur macht Sprünge. Das Diagramm der Entwicklungsreihe stellt keine Kurve dar, sondern gleicht einer Treppenlinie. Nicht unmerkliche Übergänge sind es, was die Arten verändert, sondern unvermittelte Einbrüche und abrupte Mutationen. Wir können nur feststellen, daß es sie gibt, so wie Existenz und Lage großer Planeten durch Berechnungen festgestellt werden konnten, noch ehe das Fernrohr sie selbst entdeckt hatte.

Die Erkenntnis des Vorhandenseins dieses Elements der Willkür im biologischen Prozeß hat stark dazu beigetragen, den Glauben zu zerstören, daß der Morgen in seinem So-sein notwendig „aus“ dem Heute resultieren müsse. Wir müssen nunmehr von einer anderen Seite her, daß es „auf“ das Heute folgt, daß es sich aber nicht „aus“ ihm bildet, sondern „auf“ ihm.

Diese neue Erkenntnis wurde noch wirksamer, als auch im Bereich der strengsten aller Wissenschaften, nämlich der Physik, erkannt werden mußte, daß auch die tote Natur sich in ihrem Aufbau und in den Veränderungen ihrer materiellen Struktur nicht kontinuierlich, sondern diskontinuierlich verhält, d. h., daß auch hier die gestaltwandelnden Vorgänge nicht in sanften Kurven, sondern in plötzlichen Stößen verlaufen. Also macht auch hier die Natur Sprünge, also ist es auch bei Kenntnis aller wirkenden Faktoren unmöglich, innerhalb der Größenordnungen, in denen die Wandlungen der Struktur der Materie vor sich gehen, exakte Voraussagen zu machen. Denn, gibt es in diesen Bereichen Spontaneität, dann können ja die Dinge anders verlaufen, als sie nach dem Kausalitätsgesetz Newtons hätten verlaufen müssen.

An Stelle absoluter Wahrheiten vermag die Naturwissenschaft uns lediglich statistische Wahrheiten, also Wahrscheinlichkeiten zu enthüllen. Solche statistischen Wahrheiten sind aber nichts anderes als Aussagen über Tendenzen des Verhaltens, und wo man vor bloßen Tendenzen steht, hat das Individuum immer die Möglichkeit, gegen die Tendenz zu handeln — und geschieht dauernd ein Handeln gegen die Tendenz. Damit tritt in der Geschichte an die Stelle der Kategorie der Kausalität — oder vielmehr neben sie — die Schicksalskategorie. Schicksal aber fordert immer persönliche Entscheidung. Damit ist die Laplacesche Weltformel nicht mehr möglich. Die Wissenschaft ist entschleierte, entthront. Es gibt keine Unvermeidlichkeit ihrer Voraussagen mehr.

Was übrig bleibt, ist die aus der Analyse der Erfahrung gewonnene Darstellung von Möglichkeiten, die vom Menschen ergriffen oder die zurückgewiesen werden können. Genauer: in Verknüpfung mit dem, was uns Geschichte, Biologie und Sozialökonomik lehren, können wir nur noch eines mit Gewißheit annehmen: nämlich, daß es möglich ist, Vermutungen darüber aufzustellen, welche unter verschiedenen Arten menschlichen Verhaltens, und damit welche unter den uns möglichen Entscheidungen, und welche Zielsetzungen — von unserem Standort aus und mit

dem Blick auf unsere Zeit und unser Ziel — sinn- und seinsbezogen sind, und welche es nicht sein können.

Je nach unserer Entscheidung schaffen wir bessere oder schlechtere Bedingungen für die Sinnerfüllung des Menschen in einer bestimmten Epoche.

Die wissenschaftliche Analyse stellt dem Menschen durchdachte, rational erhellte und auf bestimmte mögliche Standorte bezogene Modelle für seine Zielsetzungen zur Verfügung; sie zwingt ihn aber nicht, sich so oder so zu entscheiden. Welches Modell er ergreift, ist seiner persönlichen Entscheidung überlassen.

Es gibt dabei die Möglichkeit zu einem Urteil nach richtig oder falsch nur vom Ende her. Die Entscheidung war richtig, wenn durch sie und was durch sie geschah, das Leben reicher und ergiebiger geworden ist. Reicher und ergiebiger in Entfaltung dessen, was im Menschen an Humanem angelegt ist. (Sehr richtig! Beifall.)

Wir kennen die Voraussetzungen hierfür. Die Ursachen für die Selbstentfremdung des Menschen müssen aufgehoben werden. Erst dadurch, daß wir den Menschen aus seiner Objektsituation reißen, machen wir es ihm möglich, Mensch in dem Verstand dieser Zeit zu sein, das heißt ein frei bestimmendes Wesen, das heißt Subjekt der Lebensordnung, in der er steht und nicht Objekt erbarmungslosen Mechaniken oder fremden Willens, mag dieser fremde Wille noch so aufgeklärt und noch so wohlmeinend sein. Frei ist der Mensch nicht dort, wo er erträglich behandelt wird, sondern wo er selbst die Formen und Inhalte seines Lebens gestalten kann. (Sehr gut! Beifall.) Und das kann er nur dort, wo er das Recht und die materielle Möglichkeit gleichrangiger Mitgestaltung der politischen, ökonomischen und sozialen Faktoren seiner Umwelt hat. (Starker Beifall.)

Dieses Recht kann sich nur dort voll auswirken, wo der Mensch in ein Kräftefeld hineingestellt wird — Staat, Gesellschaft, Wirtschaftsverfassung —, in dem die Auseinandersetzungen mit der Umwelt in nichts den Auseinandersetzungen des Galeerenklaven mit seiner Kette gleichen dürfen. (Sehr gut! Zustimmungende Zurufe. Beifall.) Dieser Galeerenklave hat nur die Wahl zwischen duldender Unterwerfung und dem Rütteln und Zerren der Revolte.

Was ergibt sich nun aus all dem für die Diskussion der Voraussetzungen eines Parteiprogramms?

Die Sozialdemokratie braucht kein Dogma und sie will kein Dogma. (Sehr gut! Beifall.)

Wilhelm Liebknecht hat einmal gesagt, ein Programm sei kein papierener Papst. Dogmen geben fertige Antworten auf alle jeweils vorkommenden Fragen und nehmen die Entscheidung des Menschen vorweg. Wo aber im Katechismus Antworten fehlen, wird die Wirklichkeit verleugnet oder verbogen. Wer vom Dogma lebt, vergewaltigt die Wirklichkeit und wenn er es nicht tun will, muß er sein Dogma zur Ideologie verfälschen oder verbiegen.

Die Sozialdemokratische Partei braucht aber eine Doktrin, das heißt ein System von Zielsetzungen und von Methoden, das die Möglichkeit gibt, je und je in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen konstanten und beweglichen Faktoren der Wirklichkeit die konkrete Situation auf ein Koordinatensystem zu beziehen, das uns erlaubt, die angemessenen strategischen und taktischen Konsequenzen so zu ziehen, daß alle Einzelentscheidungen, die die Partei trifft, sich zu einer Linie aufreihen lassen, die vom jeweiligen Standort aus nach dem Ziele weist. (Sehr richtig! Beifall.)

Bei aller Neubesinnung dürfen wir unsere Ursprünge nie vergessen. Wir können nur weiterschreiten nach dem Gesetz, nach dem wir eingetreten sind. Es bleibt auch dann bestehen, es bewahrt auch dann die Kraft seines „Du sollst“, wenn es in neuen Vorstellungsformen begriffen wird. Unser Ziel wird sein und bleiben müssen, die Schaffung einer Welt, die nicht mehr bestimmt ist durch die Aufspaltung in die Klasse der Ausbeuter und die Klasse der Ausgebeuteten, in die Klasse jener, denen Eigentums- oder Verfügungsrechte die Macht in die Hand geben, die Anderen zu

zwingen, sich mit weniger zu begnügen, als ihre Arbeit an Werten geschaffen hat, und die Klasse der Anderen, die mit dem zufriedener sein müssen, was man ihnen übrig läßt, — nicht nur an materiellen Gütern.

Es wird neu geprüft werden müssen, ob wir die Waffen vergangener Tage noch mit Nutzen werden gebrauchen können. Und wir werden untersuchen müssen, ob wir Notwendigkeit und Richtigkeit unseres strategischen Konzeptes noch mit den alten Formeln werden glaubhaft machen können. Und wir werden aufzugeben haben, was nur aus den spezifischen Umständen der Zeit heraus, in der es entstand, gerechtfertigt war.

Aber wir haben nicht zurückzunehmen, daß es trotz aller Fortschritte der Sozialpolitik und trotz aller Hebung des Lebensstandards eine unterdrückte Klasse gibt, die sich befreien will und nicht befreit wird. (Beifall.)

Diese Klasse ist unterdrückt, weil sie immer noch auf wichtigsten Lebensgliedern auf der Situation des Objektes festgehalten wird, sie ist Objekt, weil ihre ökonomische Situation durch andere als sie selbst bestimmt wird, und weil innerhalb des Raumes, der ihr dabei angewiesen wird, das Los des einzelnen Arbeiters von dem Willen eines Fremden bestimmt wird, der dieses Bestimmungsrecht aus dem bloßen Grunde, daß er Eigentümer oder von Eigentümern bestellter Manager ist. Solange hier nicht Wandel geschaffen ist, bleibt die politische Demokratie ein Torso.

Wir haben auch nicht zurückzunehmen, daß die Schaffung der Voraussetzungen für die Möglichkeit einer klassenlosen Gesellschaft das Endziel unserer Bemühungen sein muß. Nicht die „Bewegung“, das „Ziel“ ist unser Ziel.

Aber wir wissen, daß dies uns nicht durch einen automatischen Umschlag gebracht werden wird, wir wissen, daß wir über viele Etappen und Stufen und ohne chiliastische Hoffnungen und nur in Mühsal dorthin gelangen werden, wo sie möglich werden wird.

Und wir wissen, daß auch die klassenlose Gesellschaft eine gegliederte Gesellschaft sein wird. Klassenlosigkeit bedeutet nicht Uniformität. Klassenlosigkeit bedeutet, daß einer nicht schon dadurch, daß er Verfügungsrechte über Sachen besitzt, Herrschaft über andere ausüben und ihre Lebensverhältnisse bestimmen kann. Klassenlosigkeit bedeutet effektive Gleichheit der Chance und gleichen Start für die Entfaltung dessen, was der einzelne Mensch an menschlichem Vermögen in sich trägt. Klassenlosigkeit bedeutet, daß jeder der Allgemeinheit leistet, was in seinem Vermögen und seiner Kraft steht und daß jeder von dieser zurückerhält was er braucht, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können.

Und wir haben nichts davon zurückzunehmen, daß dieses Werk von denen geleistet werden muß, denen die heutige Lebensordnung ohne eigenes Verschulden die vollen Möglichkeiten freier Entfaltung versagt. Die Macht dieser Menschen, die Macht der Arbeiterklasse, zu der nicht nur die Arbeiter und Angestellten im engeren Sinne des Wortes gehören, sondern alle, die sich zu den Zielen und Wegen der sozialistischen Bewegung bekennen, (Beifall) beruht letztlich auf ihrem Selbstbewußtsein, auf dem Wissen von dem was ihre gemeinsame Not ist, und auf dem Wissen von dem, was sie vereint vermögen, um diese Not zu wenden. Dieses Selbstbewußtsein ist es, was wir Klassenbewußtsein nennen, und aus ihm gehen nicht hervor Selbstgefälligkeit, Überheblichkeit und Lust an der Zwietracht, sondern Mut und Kraft zu verwirklichen, was die Selbstachtung gebietet. (Großer Beifall.)

Diese aber, ohne die der Mensch nicht sein kann, fordert nichts Vordringlicheres als die Befreiung des Menschen von der Ruderbank, an die er geschmiedet ist.

Zwei Instrumente haben die Werktätigen hierfür: die Gewerkschaften und die Partei. In den Gewerkschaften haben sie die Waffe, mit der sie innerhalb der jeweiligen Wirtschaftsordnung schrittweise die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erkämpfen können. In der Partei haben sie die Waffe, mittels welcher sie über die Verbesserung von Gesetzen und Einrichtungen hinaus schrittweise die Veränderung des heute bestehenden Systems von der Wurzel her erstreiten können.

Die Partei der Werktätigen muß sein eine demokratische Partei, das heißt, eine Partei, der nicht der Zweck die Mittel heiligt, sondern wo Mittel und Zwecke unter dem Gericht derselben Wertmaßstäbe stehen. (Bravorufe, etwas Beifall.) Eine solche Partei wird ihre Entscheidungen treffen auf Grund freier Diskussionen unabhängiger Männer und Frauen. (Großer Beifall.) Sie wird niemals ein bloßer Machtapparat für einen sein können, der sich für die Verkörperung des Gesamtwillens oder des Weltsinnes halten mag wie Josef Stalin. (Vereinzeltes Händeklatschen.)

Diese Partei wird aber etwas anderes sein müssen als eine Akademie der politischen und sozialen Wissenschaften oder ein Verein für Sozialpolitik. Sie ist nicht nur dafür da, Probleme zu diskutieren und durch Abstimmungen festzustellen, wie viele für diese und wie viele für jene mögliche Lösung sind, sondern sie ist eine Aktionseinheit. (Sehr starker Beifall.)

Das aber bedingt — und das ist der tiefere Sinn einer frei übernommenen demokratischen Verantwortung —, daß der einzelne, wenn die Partei ihren Willen ordnungsgemäß gebildet hat, sich in den Dienst der Verwirklichung dieses Willens stellen muß. (Wiederum sehr starker Beifall.)

Bringt er das aus letzten Gewissensgründen nicht über sich, dann trete er in den Schatten! (Sehr starker Beifall.)

Diese Partei muß aber auch insofern eine demokratische Partei sein, als sie bewußt darauf verzichtet, diktatorische Machtstellungen anzustreben. (Zurufe: Bravo! Sehr richtig! Etwas Händeklatschen.)

Die Impulse, die von einer unbeirrten und kraftvollen demokratischen Grundentscheidung ausgehen, sind so stark, und die Verwirklichung unserer Ziele steht so sichtbar in der Entwicklungslinie unserer Zeit, daß wir warten können, bis die Mehrheit unseres Volkes uns das Mandat gibt, das wir brauchen. (Bravorufe, Beifall.)

Wir werden auch dann Demokraten bleiben, wenn wir die Mehrheit geworden sein werden! (Händeklatschen.)

Diktatur wird immer zum Zwecke ihrer selbst. Was mit dem Anspruch begonnen hat, die Diktatur des Proletariats zu sein, ist nach kurzer Zeit zur Diktatur von Menschenschindern über das Proletariat geworden. (Beifall.) Es gibt keine Herrschaftsform, die sicherer zur Klassenaufspaltung führte als die Diktatur. (Beifall.) Wird sie im Namen einer Klasse aufgerichtet, um die Klassen zu beseitigen, dann bildet sie über dieser Klasse eine neue herrschende Klasse, die Feudalität des Apparats. (Beifall.)

Diese Partei der Werktätigen muß eine sozialistische Partei sein und kein bloßer Verein zur Verwässerung der sozialen Lebensbedingungen. (Sehr gut! Beifall.) Das bedeutet, daß ihr Ziel sein muß, die Anarchie der heutigen Wirtschaftsverfassung durch Veränderung ihrer Struktur aufzuheben und das Eigentum an Produktionsmitteln in Gemeineigentum überzuführen. (Beifall.) Sicher gibt es dabei Schranken quantitativer und qualitativer Art; das wird geprüft werden müssen. Aber heute schon kann uns gewiß sein, daß uns diese Überführung in Gemeineigentum dort erfolgen muß, wo es sich um die Schlüssel- und Grundstoffindustrien handelt. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Diese Partei der Arbeiterschaft muß eine Partei internationaler Sozialisten und deutscher Patrioten sein. (Beifall.) Und darum wird sie in jeglichem Nationalismus den Todfeind des Menschengeschlechtes erblicken. (Starker Beifall.) Sie muß eine internationalistische Partei sein, weil gerade die Anliegen der Werktätigen auf der nationalstaatlichen Ebene allein nicht erfüllt werden können. (Beifall.) Und sie muß es sein, weil unsere Völker alle untergehen werden, wenn sie auf der Stufe des Nationalstaates stehen bleiben. (Sehr gut, Beifall.) Darum wird diese Partei ihre Einsicht und ihre Kraft an die Verwirklichung immer höherer politischer Verbände wenden müssen, und sie wird darauf bedacht sein müssen, daß nicht an die Stelle des nationalstaatlichen Chauvinismus ein neuer Chauvinismus dieser höheren Verbände tritt. (Sehr gut, Beifall.) Diese Partei wird aber durch ihren Internationalismus nicht der Notwendigkeit enthoben,

zunächst in Deutschland selbst für die Verwirklichung ihrer Ziele und in der Welt für das Recht des deutschen Volkes zu kämpfen. (Beifall.) Sie wird auch den unpopulären Mut aufbringen müssen, zu Vorhaben Nein zu sagen, die von der Mode der Zeit für internationalistisch erklärt werden, denn wenn sie erkennt, daß sie lediglich und mit Aussicht auf Erfolg zu dem Zweck unternommen werden, zum Schaden der Arbeiterschaft gegnerische Klassenpositionen nicht nur für den Augenblick, sondern für die Dauer zu befestigen. (Beifall.) Sie wird auch zu nationalistischen Ansprüchen fremder Staaten Nein sagen müssen, und zwar auch dann, wenn sie sich mit einem internationalistischen Vokabular zur Darstellung bringen, denn der Internationalismus der Arbeiterschaft gebietet die Ablehnung nicht nur des nationalen Egoismus des eigenen Volkes, sondern aller Nationalismen! (Beifall.)

Diese Partei muß eine politische Partei sein, das heißt, sie kann keine Ersatzkirche und keine Sekte sein wollen. (Beifall.) Eine politische Partei — das gilt für alle Parteien — hat als Partei keine Aussagen über den letzten Sinn des Daseins zu machen. Es ist nicht ihre Aufgabe als Partei, Metaphysik zu treiben und sich für den Verwalter des Wissens vom Wesen der Dinge zu halten. (Sehr richtig! Beifall.) Noch weniger ist es ihre Aufgabe, Theologie zu treiben (Sehr richtig!), weder positive noch negative (Beifall), weder geistliche noch weltliche. Weder hat eine politische Partei zu sagen, sie sei weltliche Sachwalterin des Christentums oder christlicher Verantwortung, noch hat eine Partei zu sagen, das Verhalten anderer Parteien sei unchristlich. Wenn es christliche Politik gäbe, gäbe es auch einen christlichen Staat; es gibt aber keinen christlichen Staat, sondern nur eine christliche Kirche (starker Beifall), eine christliche Kirche, deren Amt es ist unter jeder Verfassung der Welt den Menschen das Wort zu verkünden. (Beifall.) Die Vorstellung, es sei Aufgabe des Staates, durch Gesetze und Einrichtungen fördernd die Christianisierung des Volkes mitzubetreiben, ist im Grunde die stärkste Absage an das Wort der Schrift, daß der Geist wehe, wo und wie er will. (Sehr richtig.) Wo geglaubt wird, die Kirche bedürfe des Staates auch nur zur Erleichterung ihres Werkes und zu Hilfsstellungen, dort ist der Glaube an die innere Kraft der Wortverkündung schwach geworden. (Sehr gut.) Genau so aber würde die Vorstellung, es sei Aufgabe des Staates, den Menschen den Raum für die Betätigung ihres Glaubens einzuschränken, nichts anderes sein als eine Abkehr von allem, was das Pathos der Freiheit gebietet.

Man hat früher oft das Wort gebraucht, Religion sei Privatsache. Wir haben es nicht getan, um zu sagen, Religion sei *Nebensache*, sondern weil wir in der Verbindung von Thron und Altar die Vermengung von Staatsraison und Religionsübung als Übel kennzeichnen wollten. (Beifall.) Religion sei Privatsache, heißt in unserem Verstande, daß die religiöse Entscheidung je und je eine höchst persönliche Entscheidung ist, und daß darum der Staat als Staat daran weder aktiv noch passiv beteiligt werden kann. (Beifall.)

Wir sagen als Partei nicht Nein zur Religion, nicht Nein zur Kirche, nicht Nein zum Christentum. Wir sagen als Partei auch nicht Ja zur Religion, weder zur Religion überhaupt, noch zu diesem oder jenem Bekenntnis nicht Ja sagen können, so wie wir als Partei weder Ja oder Nein zu irgendeiner Methaphysik sagen und sagen können. Solches zu tun ist nicht des Amtes irgendeiner politischen Partei und kann es auch nicht sein. (Beifall.) Wo es geschieht, wird die Religion zur Sozialfunktion degradiert. Wo es doch geschieht, handelt man nach der naiven Maxime meines alten Regimentskommandeurs, der weder an Gott noch an den Teufel glaubte, aber jeden Sonntag zum Feldgottesdienst ging, und der, als ich ihn einmal fragte, warum er es täte, antwortete: „Wohin sollen wir denn in Deutschland kommen, wenn die Leute nicht mehr an Gott glauben, und wie sollten sie an Gott glauben, wenn ich nicht in die Kirche ginge?“ (Heiterkeit.) Wozu wir Nein sagen, das ist der Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken. (Beifall.) Wozu wir Nein sagen, das ist der Mißbrauch der Autorität der kirchlichen Gewalten zum Zwecke, bestimmten Gruppen von Interessenten eine Gefolgschaft zuzuführen, die sie nie bekämen, wenn sie sich damit begnügten, den Wählern ehrlich zu sagen,

worum es ihnen in Wirklichkeit geht. (Beifall.) Wir sagen Ja, und sagen dieses Ja aus vollem Herzen, zur Freiheit des einzelnen Menschen, sich für einen Glauben zu entscheiden, welches das Ergebnis dieser Entscheidung auch immer sein möge.

Was wir bekämpfen, sind nicht die Kirchen, was wir bekämpfen, ist der Klerikalismus. (Stürmischer Beifall.) Wir würden ihn auch dann bekämpfen, wenn er sich in den Machtansprüchen oder in dem Machtmißbrauch einer anderen Hierarchie als jener der christlichen Kirchen darstellte.

Weil diese Partei redlich sein muß und redlich sein will, und weil sie sich darum dazu bekennt, nur Partei sein zu wollen, kann sie als Partei den Menschen nicht geben, was ihnen in Weltanschauungsgemeinschaften jeglicher Art geboten und gegeben werden kann. Diese Partei ist kein Ort der Erbauung, und sie kann weder Heilswahrheiten noch letzte Gewisheiten vermitteln. Sie ist nichts als der Zusammenschluß von Menschen, die sich entschieden haben, auf der Grundlage gemeinsamer Vorstellungen von der Würde des Menschen und gemeinsamer Einsichten in das, was n o t t u t, in der Werbung und Wiederherstellung der Würde des Menschen einiges Grundlegende in den wichtigsten politischen, ökonomischen Verhältnissen dieser Welt von der Wurzel aus zu verändern, sie um die Würde des Menschenwillens zu verändern, in dem Sinne, von dem in diesem Referat die Rede gewesen ist.

Aus welchen letzten Gründen der einzelne, der zu uns kommt, die Entscheidung getroffen hat, zu unserer Partei zu stoßen, ist gleichgültig. Entscheidend ist, daß jene, die zu uns kommen, sich mit den Genossen in den Zielen und in den Methoden, diese Ziele zu verfolgen, einig wissen.

Nichts an unserer Partei wird einen Christen je daran hindern, in den Reihen unserer Partei Christ zu sein. (Sehr richtig! Starker Beifall.) Und nichts wird einen Atheisten daran hindern, in unseren Reihen Atheist zu sein. (Sehr richtig! Starker Beifall.)

Die Partei wird es sich auch versagen müssen, — eben, weil sie eine politische Partei ist, — den Menschen zu sagen, was schön ist, und was häßlich ist, denn unsere Partei hat als Partei nicht die Kultur zu verwalten und sie hat auch nicht zu bestimmen, in welcher Richtung und zu welchem Ende wir Kunst und Wissenschaft zu betreiben haben. In Wissenschaft und Kunst ist alles Gültige immer und nur das Ergebnis freier Schöpfungsakte und eines der Elemente der Würde des Menschen ist, sich den Risiken auszusetzen, die in der Anerkennung dieses Satzes liegen.

Aber die Partei muß, weil sie die Partei der Arbeiterschaft ist, mit ihrer ganzen Kraft dafür kämpfen, daß die Schulen so gestaltet werden, daß jeder einzelne ohne Rücksicht auf sein Herkommen die Möglichkeit erhält, sich nach seinem Vermögen an Begabung zu bilden. (Sehr richtig! Beifall.)

Das Bildungsprivileg ist zu brechen, wie jedes andere Privileg auch; vielleicht ist es sogar am vordringlichsten zu brechen. Und unsere Partei wird alles daransetzen müssen, Verhältnisse zu schaffen, die Kunst und Wissenschaft die besten Möglichkeiten zu freier Entfaltung geben.

Auf eines, Genossinnen und Genossen, habe ich dabei noch zu verweisen, und das mag manchem von Ihnen schmerzlich zu hören sein. Ich verweise darauf, um der Redlichkeit willen, die ich Ihnen schuldig bin.

Diese Partei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, kann denen, die sich ihr angeschlossen haben, kein Rezept für die Erfüllung ihres eigenen individuellen Lebens geben. (Sehr richtig! Beifall.) Sie kann ihnen auch nicht die letzten Entscheidungen abnehmen und auch nicht „bieten“, was man eine geistige Heimat nennt. Wir treffen diese Partei nicht als geistige Heimat an, wir machen sie dazu (sehr richtig!), wir machen sie dazu, indem jeder für sich selbst sucht und die notwendigen Entscheidungen für sich selber trifft, und indem er sie trifft in der Freiheit und in der Verantwortung vor dem Ziele und dem was uns letzten Endes den Weg in die Partei hat suchen und finden lassen.

Die Partei kann denen, die zu ihr gestoßen sind, keine Dogmen, keine Patentlösungen und keine Weltanschauungen bieten. (Beifall.) Was sie Ihnen bieten kann, Genossinnen und Genossen, sind Aufgaben, sind Pflichten und sind Gefährten. Und was sie Ihnen bieten kann, das ist Treue und die Gewißheit, daß einer für den anderen steht. Und sie bietet denen, die zu ihr kommen, menschliche Redlichkeit und intellektuelle Zuverlässigkeit. (Beifall.)

Aber jeder einzelne von uns wird jedesmal, wenn eine Entscheidung ansteht, um diese Entscheidung ringen müssen im brüderlichen Verein mit seinen Genossen, aber letztlin jeder auf seine Verantwortung hin.

Sozialdemokrat wird man nicht durch die einmalige Entscheidung für den Eintritt in die Partei. (Sehr gut!) Noch weniger aber durch die Hingabe seiner Freiheit und seiner Verantwortlichkeit an die Partei. (Beifall.)

Die Partei kann uns weder das eine noch das andere abnehmen, und sie will es uns auch nicht abnehmen.

Man wird Sozialdemokrat dadurch, daß man jedesmal, da die Partei vor eine Entscheidung gestellt wird, das Ziel vor Augen und in Freiheit, das heißt ohne die Hilfe eines Katechismus zusammen mit allen anderen aus der Partei, denen dieselbe Freiheit aufgegeben ist, sich an eine persönliche Entscheidung wagt und dann für die Entscheidung einsteht, für die sich die Partei ausgesprochen hat.

Damit, Genossinnen und Genossen, bin ich am Ende angelangt. Was ich darlegte, konnte nicht mehr sein als eine Skizze. Vielleicht war es dem einen oder anderen noch zu weitschweifig oder gar zu akademisch, vielleicht ist es dem anderen zu unvollständig und nicht gelehrt genug gewesen. Vielleicht wird man mich auch für das eine oder andere einen Ketzer schelten. Ich werde es hinnehmen müssen.

Lassen Sie mich wiederholen, was ich zu Anfang gesagt habe: dieses Referat soll keine Programmdiskussion auslösen, sondern eine Diskussion über den Standort, von dem aus über ein Programm diskutiert und formuliert werden könnte.

Und ich bleibe dabei: Unser Ziel steht fest. Zu uns gehört jeder, der es mit uns auf unserem Wege um der Freiheit des Menschen willen und mit den Waffen der Freiheit erkämpfen will.

Woher er kommt, bedeutet nicht viel. Wozu er kommt, entscheidet alles. Der Ernst seines Entschlusses entscheidet. Wir erkennen diesen Ernst an der Bereitschaft, den Menschen wichtiger zu nehmen als sich selbst, und an der Entschlossenheit, die Partei als Aufgabe wichtiger zu nehmen als die Befriedigung seiner Gemütsbedürfnisse. (Außerordentlich starker und lang anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Es ist wohl nicht nötig, daß ich dem Genossen Schmid noch besonders den Dank zum Ausdruck bringe. Durch Ihren lebhaften Beifall ist das bereits geschehen. Wir treten nunmehr in die Aussprache ein. (Zurufe: Pause!)

Ich hatte eine stille Hoffnung, daß die Aussprache nicht lange dauern würde, und dann müssen wir ohnehin eine Pause eintreten lassen. Wollen wir es nicht wagen? (Zurufe!)

Genossinnen und Genossen! Ich mache darauf aufmerksam, daß wir den festen Willen haben, um 13 Uhr fertig zu sein, und wir müssen inzwischen doch noch eine kleine Pause eintreten lassen. Wenn die Redner, die sich zu Wort gemeldet haben, von demselben Bestreben geleitet sind wie der Vorstand, dann haben wir nur kurze Reden und nicht allzuviel Redner zu erwarten. Und ich glaube, wir sollten in der Aussprache fortfahren und dann eine kleine Pause eintreten lassen. Ist das die Meinung des Parteitages? — Dann treten wir in die Aussprache ein. (Wiederholt Glocke des Präsidenten.) Es ist aber nicht nötig, daß jeder für sich selber Pause macht. (Glocke des Präsidenten.)

Die Mehrheit hat entschieden, daß wir weitertagen. (Glocke.)

Genossen! Mit Tumult geht es nicht. Ich lasse abstimmen. Wer jetzt die Aussprache noch folgen lassen und dann eine Pause eintreten lassen will, den bitte ich, eine Hand zu erheben.

Das erste war die große Mehrheit. (Etwas Beifall. Glocke.)

Genossinnen und Genossen! Wollen Sie die vorzügliche Disziplin, die der ganze Parteitag an allen Tagen bewahrt hat, jetzt im letzten Augenblick aufgeben? (Zurufe: Nein!) Ich glaube nicht, und deshalb verfahren wir nach dem Beschluß des Parteitages, jetzt die Aussprache folgen zu lassen.

Es stehen mit zur Beratung die Anträge 53, 54, 69, und die Entschließung über den Rundfunk, die soeben verteilt worden ist.

Als erster Redner hat das Wort der Genosse Arno Hennig, Hannover.

Arno Hennig, Hannover: Genossen! Man kann in 10 Minuten kein geistiges Problem erschöpfen, man kann auch in 10 Minuten nicht einmal Randbemerkungen machen zu so vollendeten Darstellungen, wie wir sie gehört haben. Aber man kann vielleicht noch einen Beitrag leisten zum Wesen unserer Bewegung.

Es gibt im Grunde genommen nur zwei Arten von Parteien: solche, die bestehende Verhältnisse erhalten, und solche, die bestehende Verhältnisse verändern wollen. Wo unser Standort ist, ist klar: Wir sind eine revolutionäre Partei! Und weil das so ist, erwächst uns auch im Geistesleben eine besondere Aufgabe.

Parteien des konservativen Lagers können es sich risikolos leisten, immer hinter der geistigen Entwicklung her zu sein, — denn für sie arbeitet die ganze Wucht des Überkommenen, Bestehenden.

Nicht so eine revolutionäre Partei. Eine revolutionäre Partei ist verpflichtet, an der Spitze der Erkenntnisse ihrer Zeit zu leben. Nicht etwa so, als ob es Aufgabe einer Partei wäre — ich brauche das nicht zu wiederholen —, eine „Weltanschauung“ zu fabrizieren und ihren Mitgliedern verbindlich aufzulegen. Aber die Partei muß innigsten Kontakt haben mit dem Weltbild ihrer Zeit. Und eben weil sie das muß, darf sie keine Weltanschauungspartei sein. Denn die weltanschaulichen Niederschläge eines Weltbildes kommen immer so spät zur Festigung und Formulierung, daß sie inhaltlich bereits eigentlich längst überholt sind, während man auf sie schwört! Wenn man den revolutionären Beitrag wirklich auch ins Geistesleben hineinragen will, darf man keine dogmatischen Forderungen haben, auch nicht solche wissenschaftlicher Art.

Diese Verpflichtung ist für uns ein großes Glück, denn es sind in dem letzten halben Jahrhundert auf dem nüchternsten aller Wege, auf dem des Rechnens, Wägens und Messens, allein in den Naturwissenschaften Ergebnisse zutage getreten, gesicherte Ergebnisse, die uns vor völlig neue Tatsachen stellen. Dadurch allein schon wird die Aufbruchbereitschaft voll gerechtfertigt, von der Genosse Schmid gesprochen hat.

Die SPD ist keine Weltanschauungspartei. Ollenhauer hat es bereits auf dem Düsseldorfer Parteitag unter stürmischer Zustimmung des Parteitages ausgesprochen. Wenn wir aber keine Weltanschauungspartei sind und keine sein dürfen — und Genosse Schmid hat es dargelegt, warum —, so werden wir ständig aus den Resultaten der wissenschaftlichen Bemühungen zu lernen haben. Und wenn wir keine weltanschaulich verbindliche Formulierungen aufstellen dürfen, so werden wir doch niemals eine gute Arbeitshypothese entbehren können. Zu dieser Arbeitshypothese hat das geschichtliche Wirken des Karl Marx und seiner Weggenossen entscheidend beigetragen. Doch werden wir weiterarbeiten müssen und uns nicht begnügen dürfen mit dem Überkommenen. Wir werden forschen müssen. Der Sozialismus ist zwar wesentlich Haltung, aber er ist ebenso sehr wesentlich Wissenschaft. Wenn er aber auch Wissenschaft sein muß, dann muß er forschen, und deshalb muß ich den Appell an den Parteivorstand richten, auch unter bedeutenden finanziellen Opfern endlich einmal den Anfang einer sozialistischen Forschungsstelle zu schaffen. (Beifall.) Diese Forschungsarbeit ist notwendig, um das fortzusetzen und gegenwartsstark zu machen, was Carlo Schmid die Doktrin genannt hat und was ich lieber eine Arbeitshypothese nennen möchte.

Genossen! Der Sozialismus ist nicht zufällig in Europa entstanden und nicht etwa, wie der weltanschauliche Materialismus hätte vermuten lassen können, in den schlimmsten Elendsgebieten der Erde, sagen wir in China oder Indien; nein, in Europa ist er entstanden, in dem Europa, von dem hier auf dem Parteitag in so



entscheidender Weise die Rede war. Europa ist heute weniger als jemals ein nur geographischer Begriff, und kein Schulatlas hat noch recht, in dem die Grenze Europas am Kaukasus eingezeichnet ist. Heute ist Europa eigentlich eine geistige Tatsache. Wirft man die Frage auf: Wer gehört zu Europa? Wer repräsentiert Europa?, so kennzeichnet den Europäer das Menschenbild, das die Griechen erarbeiteten, wie es uns heute noch in den Plastiken der Griechen, in der großen Tragödie und der Philosophie vor Augen steht, wie es uns die Römer überlieferten. Und es ist die Ethik des Christentums, mit der praktisch die Forderungen des Sozialismus völlig übereinstimmen. Es ist schließlich die aus beiden erwachsende Freiheit, die den Europäer kennzeichnet.

Der Freiheitsbegriff wurde zuerst in der Wissenschaft und Forschung verwirklicht, strahlte dann in die politische Sphäre hinein und verschmolz etwa seit der französischen Revolution mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit. Die Fackel dieser Freiheitsbewegung halten wir in Händen. Wir haben sie weiterzureichen und würden uns selber die Hände verbrennen, wollten wir sie niederbrennen lassen.

Man darf es wohl sagen: Der Sozialismus ist eine Freiheitsbewegung schlechthin, und als diese Freiheitsbewegung ist der Sozialismus, wenn er durchbricht durch historische Schranken und Verengungen, wenn er sein Haus groß und weit baut, wenn er die große umfassende Volksbewegung wird, der eigentliche ideale Ausdruck dessen, wohin wir wollen, das neue Europa. (Beifall.)

Eitel Höhne, Eschwege: Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen! Nicht nur im Referat von Carlo Schmid, sondern auch im Referat von Kurt Schumacher und auch in einigen Diskussionsbeiträgen fielen einige Sätze, die — bewußt oder unbewußt — den Punkt berührten, der mich seit Jahren brennend interessiert und den ich für so wichtig halte, daß ich Sie bitte, auch mir zehn Minuten Gehör zu schenken. Um lange Einleitungen zu sparen, zitiere ich einige dieser Sätze wörtlich: 1. „Wir müssen versuchen, in den Massen das Bewußtsein für die Würde des Menschen zu wecken.“ 2. „Wir müssen die Mentalität der Jüngeren kennenlernen.“ 3. „Wir müssen den Irrenden unsere Anteilnahme zuwenden“; und ganz besonders prägnant ein letzter Satz aus der Rede des Genossen Schumacher: „Wenn das Volk in seiner politischen Bewußtseinsbildung schon weiter gewesen wäre, hätten wir noch mehr erreichen können.“ Es geht also um das Bewußtsein als Voraussetzung der politischen Macht. Nun gut! Wir alle, die wir hier sind, sind überzeugt davon, daß unser Weg und unsere Konzeption die richtige ist. Wir alle wissen aber auch, daß ein großer Teil unseres Volkes uns noch fern und zum Teil sogar ablehnend gegenübersteht, obwohl diese Leute an sich etwas aus der Vergangenheit hätten lernen können, da der Weg der Sozialdemokratie — nach unserer Meinung jedenfalls — sich als objektiv richtig erwiesen hat. Es ergibt sich also die Frage: Warum wollen diese Leute nun nicht begreifen? Sind sie wirklich so böswillig oder liegt es an uns? Abgesehen von einer relativ kleinen Anzahl von Reaktionären aus Interessegründen aller Art sind sie meines Erachtens nicht böswillig, und Genosse Schumacher hatte sehr recht, wenn er „vom guten Willen von Millionen von Menschen“ sprach, die heute noch abseits von uns stehen. Kurz, ich behaupte und kann es beweisen, daß wir am Abseitsstehen dieser Millionen von Menschen — zum Teil mindestens — selbst schuld sind. Warum? Weil uns die Folgen eines elementaren Satzes von Karl Marx nicht recht bewußt sind. Denn wenn es richtig ist, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt oder auch nur mitbestimmt, dann ist das Bewußtsein eine veränderliche Größe. Ein ganz bestimmtes Bewußtsein aber, das wir in unserer Terminologie Klassenbewußtsein oder sozialistisches Bewußtsein nennen, ist — und das hat Kurt Schumacher wiederum im vorhin zitierten Satz dargelegt — die Voraussetzung zum Sieg der sozialistischen Idee. Genau davon sagt auch die Arbeiter-Marseillaise: „Der Feind, den wir am meisten hassen, das ist der Unverstand der Massen.“ Das für uns politisch so wichtige Bewußtsein wird als variable Größe von Eindrücken aller Art und zwar permanent verändert, ob wir das wollen oder nicht. Zum Beispiel haben auch sicherlich die Eindrücke dieses Parteitages bewußtseinsbildend auf uns selbst gewirkt. Sie haben uns nach meiner Meinung

bewußter, sicherer, siegessicherer gemacht. Daß der Nationalsozialismus auch eine bewußtseinsbildende, allerdings für uns negative Kraft entwickelte, daß er einen Großteil des sozialistischen, des Klassenbewußtseins in der Arbeiterschaft ganz systematisch zerschlug, ist allmählich zur Binsenwahrheit geworden. Auf der anderen Seite aber sind alle diejenigen, die dem Einfluß des Nationalsozialismus ganz oder teilweise entzogen waren, zum Beispiel durch KZ, Zuchthaus, Emigration oder ablehnende Haltung gegenüber dem Terrorsystem von diesem Zerschlagungsprozeß ganz oder teilweise verschont geblieben. Und jetzt kommt der springende Punkt: Denn als 1945 die Befreiungsstunde für das deutsche Volk schlug, hatten die meisten Älteren ein durch den Nationalsozialismus angeschlagenes, die mittleren und jüngeren Jahrgänge ein nur und ausschließlich durch den Nationalsozialismus ge- oder verunstaltetes Bewußtsein. Auf der anderen Seite wiederum kamen aus KZ, Zuchthäusern und innerer und äußerer Emigration die sozialdemokratischen Führer und Funktionäre, die sich aus den oben erwähnten Gründen ihr sozialistisches Bewußtsein erhalten hatten. Sie hatten damit eine, wenn ich so sagen darf, andere Bewußtseinshöhe wie die Mehrheit des deutschen Volkes. Es wäre sicherlich sehr interessant, jetzt die Folgen dieses Höhenunterschiedes im einzelnen in der Zeit von 1945 bis jetzt aufzuzeigen, aber das würde mehr denn zehn Minuten beanspruchen und ginge über meine Aufgabe hinaus. Ich möchte nur einige Folgerungen aufzeigen, die sich mit dem eben gehaltenen Referat von Carlo Schmid decken, und die unsere Arbeit und unseren Erfolg aufs schärfste gefährden können.

Ich bemühe mit seit Jahren um die Durchleuchtung dieses Komplexes. Ich habe mich mit Tausenden von uns noch Fernstehenden unterhalten und in der praktischen Parteiarbeit in Stadt und Land Versuche mit den gewonnenen Erkenntnissen angestellt, die folgendes Ergebnis gezeigt haben: Wenn uns heute noch Millionen von gutwilligen Menschen fernstehen, so liegt das nicht daran, daß sie dem entgegenstehen, was wir wollen. Denn noch nie in unserer Geschichte waren die objektiven Bedingungen für den sozialistischen Erfolg so günstig wie heute. Noch nie gab es eine derartige Massenbesitzlosigkeit wie heute. Was die Leute davon abhält, ist vielmehr die obengeschilderte Diskrepanz der verschiedenen Bewußtseinsinhalte, die es meist verhindern, daß wir unsere sachlichen und unschlagbaren Argumente an die Massen wirksam herantragen können. Mit anderen Worten: Unsere politischen Ausdrucksformen, nämlich wie wir unsere Argumente an die Massen herantragen, müssen unbedingt überprüft werden. (Lebhafter Beifall.) Wir gebrauchen heute in der politischen Argumentation einen Katalog von Worten und Begriffen, die im Bewußtsein der Massen der deutschen Gegenwart keinen Widerhall, kein Verständnis findet (Beifall), und aus Bewußtseinsgründen nicht finden kann. Allzuoft entwickeln unsere Funktionäre eine vergangene Pathetik und zum Teil eine sogar dogmatische Intoleranz, die die heute noch schuldlos Irrenden nicht zu uns herüberzieht, sondern von uns abstößt. Damit erreicht ein Teil unserer politischen Funktionäre genau das Gegenteil von dem, was sie mit leidenschaftlichem Herzen für uns erreichen wollen. Hier liegt eine der Möglichkeiten der Lösung des Problems, unsere Jugend und die mittleren Jahrgänge zu uns herüberziehen. Es geht nur um das Wie unserer Argumentation. Ich glaube, ich habe einige Beweise für diese meine Ansicht. Ich bin in der Lage, Interessenten zu beweisen, und zwar an Hand meiner praktischen Versuche, daß es, wenn wir diese Gedanken berücksichtigen, möglich ist, z. B. fünf- bis achtmal mehr Besucher in unseren Versammlungen und damit eine fünf- bis achtfache Einwirkungsmöglichkeit zu haben. Ich sage das nicht so obenhin, sondern habe die Ergebnisse meiner Versuche schriftlich festgehalten. Ich beweise ferner am Ergebnis der letzten Wahlen in meinen Versuchsorten, daß wir bei Berücksichtigung dieser Gedanken und mit geringstem Kraftaufwand einen absoluten Stimmenzuwachs von 12 bis 25 Prozent haben können, und zwar heute und sofort. Diese Prozentzahlen können meines Erachtens noch wesentlich gesteigert werden, wenn diese Argumente eine Kooperation in dieser Sicht auf allen Ebenen der Partei und in der Parteipresse erfolgt. Bedenken Sie, welche Veränderungen dann in den Parlamenten zu unseren Gunsten

vor sich ginge und daß wir dann die Macht hätten, in absehbarer Zeit eine Ordnung zu schaffen, die unseren Vorstellungen entspricht und Frieden und Freiheit garantiert. Ich glaube nicht, daß ich mit diesem Gedanken das Ei des Kolumbus gefunden hätte, ich glaube aber sehr wohl, daß diese Gedanken eine wenn auch bescheidene Hilfe für unseren Kampf bedeuten könnten. Ich bin auch kein Berufspsychologe oder -philosoph, sondern ein Mensch wie Sie, dem genau wie Ihnen das Schicksal des demokratischen Sozialismus, das Schicksal Deutschlands und eines freien Europas unlösbar am Herzen liegt. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Das Wort hat der Genosse Eichler, Köln, ihm folgt Erler, Tuttlingen.

Willi Eichler, Köln: Ich glaube, wir alle begrüßen die Möglichkeit, auch den geistigen Standort unserer Partei zu besprechen und festzulegen. Ich fand in der Rede Carlo Schmid's insbesondere gut und schön, daß auch Karl Marx und seine Arbeit so eingebaut waren, wie wir wohl alle überzeugt sind, daß es richtig ist. Wir alle leiden unter dem Übel, daß nicht nur die Unsicherheit im Sozialen die Menschen durcheinander gebracht hat, sondern auch der Unsicherheit im Geistigen. Wir alle, können keineswegs behaupten, außer uns wüßte niemand, was er tun solle. Auch wir selber bedürfen der Klärung.

Ich gehe aus von der Würde des Menschen, die von Carlo Schmid mit Recht in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen gestellt wurde. Er sagte, Ausbeuter und Ausgebeutete lebten beide ein unwürdiges Leben. Ich glaube, daß dies etwas zu sehr vereinfacht ist. Es ist nicht so, daß jeder Arme ein unwürdiges Leben lebt. Unwürdig leben kann man nur aus eigenem Entschluß. Wer die heutigen Zustände seiner eigenen Ausplünderung als richtig, gerecht und vielleicht gottgewollt ansieht, der lebt in der Tat ein unwürdiges Leben. Nicht aber die bloße Tatsache einer ihm aufgezwungenen Armut kann ihn würdelos machen. Das ist die Schuld der anderen, die ihn in diesen Zustand versetzen und ihm nicht helfen, sich daraus zu befreien.

Es ist gesprochen worden über die Möglichkeit, diese Zustände zu ändern. Ich glaube, im Gegensatz zu dem Genossen, der vor mir sprach, daß der Satz, das gesellschaftliche Sein bestimme das Bewußtsein, in dieser Allgemeinheit falsch ist. Wenn er richtig wäre, gebe es ja kaum eine Möglichkeit, die jeweiligen Zustände zu ändern. Das gesellschaftliche Sein der Mitglieder von Gruppen gleicher Seinsbedingungen inspiriert die einzelnen zu durchaus verschiedenen Handlungen. Der eine erträgt es, der andere gewinnt daraus Anregungen, zu kämpfen. In den Marx'schen Thesen über Feuerbach und in den Antworten von Engels an Josef Bloch wird auch klar zugegeben, daß zwischen Sein und Bewußtsein eine Wechselwirkung besteht: Daß das gesellschaftliche Sein zwar bestimmte Tendenzen schafft, die den Menschen veranlassen können, etwas Bestimmtes zu tun, daß aber das gesellschaftliche Sein umgeformt wird dadurch, daß im Bewußtsein der Menschen neue Ziele, neue Impulse, neue Wertungen entstehen. Dieser Sachverhalt scheint mir wichtig zu sein für unsere Arbeit in der Partei.

Ich bin in einem Punkt mit Carlo Schmid nicht einverstanden. Mir scheint, daß er die Rolle der Partei zu sehr verkleinert hat. Die Sozialdemokratische Partei scheint mir nicht eine x-beliebige Partei zu sein, die nur, wie andere auch, bestimmte politische Ziele hat und um die politische Macht kämpft, um diese Ziele dann in die Wirklichkeit umsetzen zu können. Sie entspringt eigentlich aus einem anderen Boden. Dieser Boden kann unserer Überzeugung nach doch nichts anderes sein als eine Haltung, die sich ergibt, weil wir uns als diejenigen fühlen, die die ganze Welt zu verändern haben, weil wir überzeugt sind, daß das andere nicht tun und daß wir nicht nur einen historisch bedeutsamen Akt der Geschichte zu vollziehen haben, sondern, daß wir hier die Grundlagen legen sollen für die Möglichkeit eines echten, sich auswirken könnenden Humanismus, eines wahren menschlichen Lebens.

Genosse Schmid hat in diesem Zusammenhang gesagt, die Partei könne den Genossen keine geistige Heimat bieten. So verstanden, kann man noch einverstän-

den sein, denn gerade die Heimat eines Menschen ist Zufall. Niemand hat sie sich ausgesucht. Aber was damit gemeint sein kann, scheint mir bedenklich zu sein. Unsere Partei hat sich nicht nur auf die politischen Forderungen der Gegenwart zu konzentrieren, so wichtig sie sein mögen. Das, was man uns als Klassenkämpfern als Böse angekreidet hat, meistens wider besseres Wissen: durch Erweckung des Bewußtseins jedes einzelnen, zu einer Klasse zu gehören, deren Kampf eine Klassenbildung für alle Zukunft ausschalten soll, kann nur gelingen, wenn wir sicher sind, daß der Klassenkämpfer sein Ziel, den Sozialismus, nicht nur so auffaßt, daß es sich hier um eine Verbesserung seiner eigenen Lage handelt, oder der seiner eigenen Klassengenossen, sondern, daß es sich dabei um Werte handelt, die, ich wage das hier zu behaupten, ewige Werte sind und sein werden. (Starker Beifall.)

Über diese Werte kann es unter Sozialisten, glaube ich, keinen Streit geben. Man wird darüber streiten können, was die Gleichheit der Menschen im ökonomischen Prozeß verlangt, wie weit durch sie verlangt wird, alle Produktionsmittel oder die Hälfte oder gar keine zu sozialisieren. Aber es kann unter Sozialisten keinen Streit darüber geben, daß der Sozialismus ein Kampf um Gerechtigkeit ist, das heißt, um die Gleichheit und Würde des Menschen.

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Zunächst ein paar kurze Mitteilungen. Die Gastdelegierten der Betriebe werden gebeten, in das Parteitagbüro zum Genossen Kube zu kommen. (Weitere Mitteilung über Drucksachen und Briefe, die von Parteitagsteilnehmern abzuholen sind.)

Wir fahren in der Beratung fort. Das Wort hat der Genosse Erler, Tuttlingen. Ihm folgt Herta Gotthelf vom Parteivorstand.

Fritz Erler, Tuttlingen: Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag hat zwei Phasen erlebt. Eine Phase war die, als wir nach vorangegangener Debatte in ganz konkreten Einzelfragen der Partei von heute dienende Entscheidungen gefällt haben. Und die zweite Phase, wir erleben jetzt einen Schlußteil dieser zweiten Phase, das ist die, wo wir eine seit mehreren Jahren in Gang befindliche Diskussion nun auf das Forum des Parteitages bringen. Das ist aber nicht das Ende, sondern das ist erst der Anfang. (Etwas Beifall.)

Wir haben eine ganze Reihe von Problemen hier angeschnitten, die über das Wohl und Wehe der sozialistischen Bewegung in Deutschland mitentscheiden werden, und ich glaube, auch das Referat des Genossen Schmid gehört dazu.

Was wir heute erlebt haben, ist der Auftakt, genau wie bei den Entschliebungen zur Wirtschaftspolitik, die wir gefällt haben — eine Arbeit, die dazu führen muß, daß wir nach zweijähriger Durcharbeitung dessen, was heute angeklungen ist, in der Lage sind, auf dem nächsten Parteitage so etwas wie ein vorläufiges Fazit daraus zu ziehen. Endgültig wird das nie sein, denn dann wäre die Partei tot.

Nun etwas anderes — ich muß Stenogramm sprechen —: Es wäre reizvoll, das noch einmal näher zu beleuchten, was der Genosse Schmid gesagt hat über unser Verhältnis etwa zum Christentum, etwa auch über die Vorstellungen, die er glaubt, in dem wissenschaftlichen Sozialismus der Vergangenheit gefunden zu haben über die Parallelität zwischen Naturgesetzen und gesellschaftlichen Gesetzen. Wir wollen das heute hier nicht weiter untersuchen, es würde viel zu weit führen, es bleibt uns nicht die Zeit dazu. Aber eines sollten wir eigentlich noch tun: einmal versuchen zu klären, wie weit es dem Genossen Schmid gelungen ist, ein Problem aufzuhehlen — das ist nämlich das geistige Klima unserer Zeit außerhalb der Sozialdemokratie. (Beifall.) Wir haben ausführlich über das geistige Klima der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts gesprochen, und wir haben untersucht, wie sich die sozialistische Bewegung aufgebaut hat auf dem geistigen Klima dieses Jahrhunderts. Dann kam eine Untersuchung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Veränderungen im 20. Jahrhundert. Dann kam auch eine Darstellung der notwendigen Konsequenzen, die sich für unser eigenes Verhalten, für unser eigenes — ich möchte nicht sagen Weltanschauung, denn das wäre falsch — Weltbild daraus ergeben. Aber nicht untersucht haben wir die andere Frage, wie denn die vielen, vielen Menschen

außerhalb der Sozialdemokratischen Partei reagiert haben im Hinblick auf die Veränderungen nicht nur im wissenschaftlichen, sondern auch im gesellschaftlichen Dasein? (Sehr richtig!) Die Grundentscheidung in unserem Jahrhundert ist doch die zwischen der Freiheit und der Knechtschaft. Wie ist das gesellschaftlich-geistige Klima unserer Zeit beschaffen? Können wir wirklich so optimistisch sein, es so auszusprechen, wie es an einer Stelle Carlo Schmid tat, als er sagte: „Denn die Geschichte will es.“? Genossinnen und Genossen, „die Geschichte will“ zu sagen, ist außerordentlich gefährlich. Die Geschichte hat nämlich keinen Willen. Die Geschichte läßt die verschiedenen Perspektiven und Möglichkeiten zu, und der Carlo hat es uns doch selber gesagt, welche verschiedenen Modelle es gibt. Deswegen können wir nicht zurückfallen in jene Vorstellung der Frühzeit der sozialistischen Bewegung, daß wir gewissermaßen mit dem Strom schwimmen, dazu auserkoren, mit naturgesetzlicher Notwendigkeit die menschliche Gesellschaft zu gestalten. Das war sehr schön, das gab einen gewissen Auftrieb, zu wissen, daß man auf alle Fälle auf der richtigen Seite der Barrikade stand, daß die Dinge durchzusetzen sind. Aber das war gefährlich, denn wenn sich nämlich herausstellte, daß dieser Glaube nicht mehr zutrifft, wurde diese Vorstellung nicht zu einem Motor der weiteren Entwicklung, sondern geradezu zum hemmenden Fatalismus unserer Bewegung. (Sehr richtig!) Deswegen müssen wir uns hier mit der einen großen Frage beschäftigen: besteht die Möglichkeit, ein uns feindliches gesellschaftlich-geistiges Klima zu verändern oder gibt es diese Möglichkeit nicht? Das ist die Frage, die auch Eichler eben angeschnitten hat. Wie ist denn das ideologische Klima des 20. Jahrhunderts beschaffen? Wir machen uns etwas vor, wenn wir behaupten wollten, das wäre schon der demokratische Sozialismus. Es gibt Inseln, erfreuliche Inseln sozialistisch-demokratischer Wirklichkeit und sozialistisch-demokratischen Bewußtseins, aber in der Welt von heute, auf dem ganzen Globus, sind das zweifelt kleine Inseln.

Das Klima von heute ist der Hang zum Totalitarismus, zum Etatismus, und auf der anderen Seite zum bürgerlichen Nihilismus schlimmster Potenz von Herrn Sartre in Frankreich sagen wir einmal bis zum Abgeordneten Euler in der FDP-Bundestagsfraktion. Wenn es nun so wäre, daß die gesellschaftliche Realität allein das Bewußtsein bestimmte, dann müßten wir einpacken. Da gebe ich Genossen Eichler vollkommen recht. Natürlich wird auch das Wollen der Menschen von ihrem gesellschaftlichen Sein bestimmt, aber ebenso erleben wir den Prozeß, daß umgekehrt auch das menschliche Wollen, das menschliche Bewußtsein, beginnt, auf die gesellschaftliche Wirklichkeit zurückzuwirken, und zwar vielleicht sogar, das ist unsere einzige Hoffnung und Chance, stärker zurückzuwirken als die ursprüngliche Einwirkung war. Wenn dem nicht so wäre, dann gäbe es keine sozialistische Bewegung. Die sozialistische Bewegung als Antithese zu einer feindlichen, zu einer anders gearteten vorhandenen sozialen Struktur ist nur denkbar, weil es Menschen gibt — Gott sei Dank gibt —, die über die Grenzen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Struktur hinaus ihr Bewußtsein emporgehoben haben. Ist es uns nun möglich, diesen Bewußtseinsstrom zu erweitern? Das ist viel schwerer, als wenn man das tut mit der glühenden Überzeugung, die Geschichte marschiere mit uns. Wir müssen wissen, daß wir bei dem augenblicklichen Stand der Gesellschaft nicht mit dem Strom, sondern gegen ihn schwimmen. Wir müssen wissen, daß wir die verdammt schwere Aufgabe haben, die eine, die falsche Alternative abzuwehren, vor die die Menschheit gestellt ist, der sie zutreibt. Wenn man die Gesellschaft und das Bewußtsein sich selbst überläßt, dann landet sie im Totalitarismus. Wir müssen wissen, daß wir nur mit unserem höheren Bewußtsein und mit der ganzen Kraft unseres Wollens dieser Entwicklung entgegenwirken können und müssen. Und es ist doch nicht etwa so, daß die frühen Sozialisten der vergangenen Jahrzehnte diesen Sachverhalt etwa nicht auch an manchen Stellen schon erkannt hätten. Denn gerade an jener Schwelle befinden wir uns, von der unter anderen auch Engels einmal gesprochen hat in seinem berühmten Satz von dem Sozialismus, der weiter nichts sei als der Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Frei-

heit. Dieser Ort, an dem der Sprung jeden Tag neu vollzogen werden muß, ist die sozialistische Bewegung.

Ist der Sozialismus die Schlußsynthese? Gibt es in ihm keinerlei Widersprüche mehr? Auch diese Illusion ist hier auf diesem Parteitag wieder einmal zerpflückt worden. Selbstverständlich hört die Menschheitsgeschichte nicht auf damit, daß man einen neuen Gesellschaftszustand erkämpft hat. Selbstverständlich wird es auch in einer neuen Gesellschaft Widersprüche, Gegensätze und Parteien geben, und hier kommt noch etwas hinzu, was man jetzt — ich bin gleich am Ende — einmal grundsätzlich aussprechen muß, weil wir alle noch gewisse Schlacken aus unserer eigenen Vergangenheit hinter den Ohren haben: Das ist die These, daß für uns die Demokratie heute aus dieser Konzeption heraus nicht mehr nur ein Kampfboden ist, auf dem wir um eine neue Gesellschaftsordnung kämpfen, daß wir nicht neben der roten Fahne so ganz klein die schwarz-rot-goldene Gösch hissen, wie wir es alle einmal gemacht haben — ich auch, das bekenne ich —, sondern daß für uns die Demokratie ein Lebenselement der sozialistischen Gesellschaftsordnung geworden ist, ohne das sie nicht sein kann und nicht sein wird. Wenn wir das erkennen, dann ist es uns vielleicht möglich, auch diejenigen Werte anzusprechen, die angesprochen werden müssen, wenn wir aus dem Turm heraus wollen, wenn wir nicht nur bleiben wollen eine Partei der Vorhut der menschlichen Gesellschaft, als die wir unsere organisierte Kerntruppe, das Industrieproletariat, betrachten, sondern wenn wir werden wollen, was wir müssen, die Partei der Menschheit schlechthin.

Vorsitzender Schönfelder: Ich bin aufgefordert worden, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, daß Einlaßkarten zum Wohnungspolitischen Kongreß im Parteibüro abgeholt werden können.

Dann hat jetzt die Genossin Gotthelf das Wort; ihr folgt Möller, Köln.

Hertha Gotthelf (Partei Vorstand): Genossinnen und Genossen! Auch ich bin der Meinung wie der Genosse Eichler, daß man eventuell aus dem Referat des Genossen Schmid den Schluß ziehen könnte, daß unsere Partei nichts weiter ist als ein politischer Zweckverband und daß man mit dieser Schlußfolgerung der Bedeutung unserer Partei unrecht tun würde. Carlo Schmid hat gesagt, daß Karl Marx uns das Werkzeug geliefert hat für die wissenschaftliche Analyse und Betrachtung, daß er uns die Richtung gegeben hat, in der wir gehen sollen. Wir wollen aber nicht vergessen, daß Karl Marx nicht nur ein Wissenschaftler war, sondern daß er getrieben wurde in der Richtung seiner wissenschaftlichen Untersuchungen durch eine ethische Verpflichtung. Karl Marx wurzelte ja im Besten des deutschen Humanismus. Genau so, wie er ein Wissenschaftler und ein Ethiker war, hat auch unsere Partei zwei Wurzeln. Wir müssen die Wichtigkeit der beiden Wurzeln erkennen, einmal die wissenschaftliche Erkenntnis und zum anderen — man könnte vielleicht sagen — das Irrationale, den Wunsch, die Welt besser zu machen. Das heißt also, unsere Partei braucht Kopf und Herz. Ich glaube, es war die Schwäche der Sozialdemokratischen Partei vor 1933, daß sie nicht erkannt hat, daß beide Triebkräfte wichtig sind und daß gerade die zweite Triebkraft eine sehr wichtige Triebkraft für die Menschen ist, die zu uns kommen. Das heißt, sie kommen nicht aus wissenschaftlicher Erkenntnis — diese versuchen sie nachher zu erarbeiten —, sondern einfach aus dem Drange heraus, etwas besser zu machen.

Genosse Schmid hat mit Recht gesagt, daß die Partei kein Religionsersatz ist, aber wir müssen auch sagen, daß die Partei kein Widerspruch ist zum Religiösen. Was heißt religiös? Es ist doch die Auseinandersetzung des Ich mit dem Über-Ich. In dieser Beziehung fällt auch der Atheismus unter die Bezeichnung religiös. Alle großen Religionsbegründer haben das Bestreben gehabt, den persönlichen Egoismus, der mit jedem von uns geboren ist, zu überwinden.

Zu einem großen jüdischen Rabbi kam einmal ein Mann und sagte: „Kannst du mir mit einem Satz den Sinn der Lehre sagen?“ Der Rabbi antwortete: „Liebe Deinen Nächsten wie dich selbst!“ Daß heißt also: man soll seinen Mitmenschen so behandeln, wie man selber behandelt werden möchte. Ich glaube, wir haben die

Pflicht, auf diesem Parteitag festzustellen, daß die Sozialdemokratische Partei die einzige politische Partei in Deutschland ist, die ihre Wurzel nicht nur im Tagespolitischen, Ökonomischen hat, sondern daß sie, wie Genosse Schumacher sagte, besessen ist von der Idee, die Welt, die der Sehnsuchtstraum der Menschheit sich vor Augen gestellt hat, die Welt, in der die Schwerter umgeschmiedet werden zu Pflugscharen, schon hier und nicht erst im Jenseits zu erkämpfen. (Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat der Genosse Johannes Möller, Köln. Ihm folgt Genosse Heydorn, Hamburg.

Johannes Möller, Köln: Genossinnen und Genossen! Ich spreche zu diesem Problem, das mich sehr interessiert, nicht als Akademiker, sondern als interessierter Laie, um es einmal so zu formulieren.

Überhaupt haben die Verhandlungen dieses Parteitages bewiesen, daß unsere Partei für den, der sich schon Jahrzehnte hier betätigt, einen Strukturwandel durchgemacht hat, einen Strukturwandel, den ich für meinen Teil absolut bejahe.

Die Diskussionen, zum Beispiel gestern und auch schon vorher, haben bewiesen, daß die einfache Art, in der wir früher die Probleme in unserer Partei diskutierten, heute nicht mehr möglich ist.

Die Probleme sind kompliziert geworden, und das bedeutet für meinen Begriff, daß wir einen ungeheuren Fortschritt erlebt haben.

Ich bin ja vierzig Jahre als kleiner Funktionär in der Partei tätig und begrüße es außerordentlich, daß wir in dieser Partei bewiesen haben, Kräfte an uns zu ziehen, die in der Lage sind, die komplizierten Probleme unserer Zeit zumindest auch begrifflich zu meistern. — Es bleibt jetzt nur noch das große Problem und die große Aufgabe in der propagandistischen Art, wie diese Erkenntnisse in Begriffe zu gießen sind, die auch dem einfachen Anhänger unserer Partei ohne weiteres einleuchten.

Das ist eine sehr wichtige Frage. Der Referent hat gesagt — und seinem Referat den Untertitel gegeben: Versuch des Standorts einer Bestimmung der Partei für die Programmdiskussion. Das ist außerordentlich zu begrüßen.

In den letzten Tagen ist wiederholt gesagt worden, die Diskussion habe bewiesen, daß wir in unserer Partei noch Demokratie hätten. Ich berufe mich darauf und möchte deshalb zunächst einige Bemerkungen machen zu dem Standort, auf dem mir der Referent zu stehen scheint. In dieser Beziehung war außerordentlich interessant, daß er die Begründungen seiner Thesen herleitet, ausgehend von Marx bis zu Nelson. Das war außerordentlich interessant für denjenigen, der wachsamem Auges die Entwicklungen nach 1945 beobachtet hat. Ich möchte betonen, für denjenigen, der das verstanden hat, was ich da gesagt habe, daß ich für meinen Teil diese Entwicklung begrüße.

Ich bekenne mich aber gleichzeitig, auch grundsätzlich rückschauend gesehen, zu 1914 und zu Weimar. In der Beziehung danke ich dem Genossen Henßler für die Worte, die er vorgestern hier gefunden hat.

Ich möchte aber auch betonen, daß wir uns — wie mein Vorredner sagte — 1933 in einem Turm befunden haben, in einem geistigen Turm befunden haben, und daß wir offenbar den erfolgreichen Versuch gemacht haben und machen, aus diesem Turm herauszukommen. Also in dieser Hinsicht möchte ich aber immerhin noch gesagt haben, daß wir da insbesondere auf die geistige Elite unserer Partei und deren Arbeitsergebnisse angewiesen sind.

Die Findung und Formulierung neuer Erkenntnisse, neuer Ideale, kann nicht Sache von Massen sein. Das ist immer naturnotwendig das Ergebnis der Denkarbeiten einzelner. Es kann nachher nur umgemünzt werden in Begriffe, auf die man im einzelnen eingeht.

Ich habe den Wunsch und die Hoffnung, daß diese geistige Elite, die sich offenbar auf diesem Parteitag abgezeichnet hat, diese Aufgabe lösen wird.

Es sollte aber, was, glaube ich, ein Referent schon einmal andeutete, vor allen Dingen dabei beachtet werden, daß es nicht irgendwie die Tendenz zum Sektierertum annimmt, sondern daß es wird, was es sein muß, der Ausdruck eines Massenwillens.

Genosse Schmid hat einige Sätze an den Anfang seiner Bemerkungen gestellt, die mir doch — ich möchte beinahe sagen — außerordentlich gefährlich erscheinen. Er sagte u. a., es wäre notwendig die Hinnahe des Satzes von der Unabänderlichkeit der menschlichen Natur.

Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn wir diesen Satz als unabänderlich annehmen, dann ist unsere Arbeit logisch eine Sisyphus-Arbeit. Dann müßte es eigentlich in der Vergangenheit, da es immer schon Menschen gegeben hat, die das Unrecht der gesellschaftlichen Zustände erkannt haben, auch schon möglich gewesen sein, sie zu verändern.

In dem großen Kreis dessen, was er anschnitt, der ja sozusagen das ganze Universum erfaßte, erwähnte er u. a. auch gewisse Thesen der Naturwissenschaft, die darauf hinausgehen, daß Spontaneität in der Vergangenheit gelehnet wurde. Die letzten Jahrzehnte haben bewiesen, insbesondere die neuen Forschungen auf naturwissenschaftlichen Gebieten, daß das Prinzip des Spontanen in manchen Zweigen, besonders in der Biologie — hier nennt man es Mutation —, durchaus eine Realität ist.

Das widerspricht durchaus dem Satz von der Unabänderlichkeit. Denn wenn man von der Unabänderlichkeit der menschlichen Natur spricht, muß man dieses Prinzip auch für alle Lebensbereiche gelten lassen. Die Forschungsergebnisse auf diesem Gebiet widersprechen dem. Meiner Ansicht nach hat er hinsichtlich der Kennzeichnung praktischer Gegebenheiten in der letzten historischen Vergangenheit doch wohl einen Fehler gemacht, der leider in unserer Kritik, wie mir scheint, noch recht viel gemacht wird. Das war die einfache Schwarz-Weiß-Zeichnung des Kapitalismus. Es gibt tatsächlich auch eine Entwicklung des Kapitalismus, obwohl er im Wesen dasselbe geblieben ist. Aber in vielen seiner Äußerungsformen ist er heute durchaus von dem verschieden, wie er sich vor siebzig und achtzig Jahren unseren Vätern dargestellt hat. Wer selber als Vertreter von Arbeiterinteressen in einzelnen Betrieben gestanden hat, der weiß allein schon, was im Zeitraum von wenigen Jahren für Fortschritte zu verzeichnen waren.

Diese einfache Schwarz-Weiß-Zeichnung bringt uns doch auch nicht weiter. Sie hindert uns, rein theoretisch gesehen, an der richtigen Erkenntnis der augenblicklichen Zustände, wenn wir eben die alte Formulierung von Ausbeutern und Ausgebeuteten noch gelten lassen, wie sie vor Jahrzehnten einmal durchaus richtig waren. (Zuruf: Heute viel schlimmer!) Also auch in der Hinsicht sollten unsere geistigen Führer hier doch die derzeitigen Dinge zur Kenntnis nehmen.

Bezüglich des Problems des Internationalismus möchte ich noch zum Ausdruck bringen — meine Zeit ist abgelaufen — (Zuruf: Gott sei Dank!) — — der Internationalismus darf nicht zu einer Vermenschung des Menschentums im Sinne eines verschwommenen Weltbürgertums führen.

Nur auf dem Boden nationaler Kulturen, die zusammen das große Weltkonzert abgeben, ist es möglich, auch im einzelnen Fortschritte zu machen, die der Gesamtheit zugute kommen.

Das Problem unserer Zeit scheint mir zu sein und läßt sich zusammenfassen wohl in der Frage: Wie ist es möglich, ein Höchstmaß persönlicher Freiheit in einer Gesellschaftsordnung zu garantieren, in einem Staat, der seinerseits ebenfalls wieder ein Höchstmaß von Gerechtigkeit sozialer und politischer Art verkörpert?

Das dürfte wohl das Problem sein, mit dem wir uns auch bezüglich der Gestaltung unseres Programms in den nächsten Jahren zu beschäftigen haben. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Das Wort hat der Genosse Heydorn. Ihm folgt die Genossin Wilhelmine Ludwig, Hannover.

Heinz Joachim Heydorn, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Jede Klasse, die in der Welt als Geschichte mehr als eine Episode bedeuten will, re-



präsentiert mehr als nur eine bestimmte politische oder ökonomische Funktion — sie ist Träger eines Gesamtweltbildes, in dem alle Beziehungen des menschlichen Lebens auf allen Gebieten ihren Ausdruck fanden. Das gilt für das Bürgertum im England des 17. Jahrhunderts oder im Frankreich des 18. Jahrhunderts, das gilt für den Feudalismus und das gilt, wenn das Proletariat eine neue Lebensform, die die absterbende bürgerliche Gesellschaft ablöst, aus sich heraus erzeugen soll, auch für die deutsche Sozialdemokratie. Und ich glaube, daß allerdings — und insofern gebe ich manchen Kritikern hier recht — die Schaffung unseres Weltbildes dadurch belastet war, daß sie sich zu einem Teil in den Kategorien der absterbenden bürgerlichen Philosophie des Industrie-Zeitalters vollzog. Ich glaube aber auch, daß vor allen Dingen in dem Werk von Marx, in der Forderung nach einer Wiederherstellung des echten Menschenbildes, der Grundgedanke gegeben ist, auf dem wir heute dieses Bild langsam wachsen lassen können.

Und dazu wollte ich nun etwas zurückgreifen und zwei Dinge sagen.

Das 19. Jahrhundert ist nicht nur dadurch gekennzeichnet, daß es das Jahrhundert der Objektwerdung des Menschen ist, daß es die Anonymität zwischen Arbeit und Mensch bis ins letzte durchgeführt hat, — sondern es ist gleichzeitig dadurch gekennzeichnet, daß in ihm sich der Prozeß der Auflösung aller bis dahin in Europa gültigen Wertbestände vollzieht.

Noch das 18. Jahrhundert hatte in säkularer Form eine Allgemeingültigkeit der Gedanken und Ideen, die im wesentlichen aus dem Christentum übernommen worden waren.

Aber seit dem 19. Jahrhundert ist ein innerer leerer Raum bei den Menschen, den man nicht nur aus einer ökonomischen Perspektive betrachten kann, sondern der eine psychologische und politische Realität ersten Ranges ist, die mehr will, als sich nur in ökonomischen Quantitäten ausdrücken, und die mehr ist als der Hunger nach Brot und Wein. Und in diesen inneren leeren Raum stoßen seitdem alle Pseudoreligionen, wie der Nationalsozialismus, hinein, weil sie dieses Heimweh des innerlich zerstörten Menschen der Industriezeit erkannt haben — dieses Heimweh, aus tieferen Quellen zu leben, dieses Heimweh, etwas zu haben, wofür man sich opfern kann, wofür man ein Leben hingeben kann, wofür man in einem höheren Sinne Mensch sein kann, dieses selbe Heimweh, das auch der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts als ihr zentrales Erlebnis zugrunde gelegen hat. Und ich glaube, daß das nicht nur eine geistige, sondern vor allem auch eine politische bedeutsame Tatsache ist.

Und eine politische Bewegung, die den Anspruch darauf erhebt, das bürgerliche Zeitalter mit der Vielfalt seiner bedeutenden Formen abzulösen — die kann sich nicht darauf beschränken, ein ökonomisches Programm zu haben, sondern sie muß versuchen, diesen inneren leeren Raum des Menschen zu erfüllen, der — wie ich sagte — heute so stark nach Erfüllung schreit.

Gerade wenn Sie die deutsche Jugend kennen, die trotz aller Schmerzen und Verstümmelungen sich nicht nur mit einer ökonomischen Existenz begnügen will — so wird daraus ersichtlich, wie sehr es unsere Aufgabe ist, diesen Raum zu erfüllen, oder wir werden eines Tages vor die schwersten politischen Alternativen gestellt.

Ich glaube, daß wir zwar in der Partei nicht der Ort des Dogmas sind, aber daß wir auch in unserem Denken und in unseren Denkformen ein Bild von der menschlichen Aufgabe entwickeln müssen, das diesen inneren Raum erfüllen soll.

Dieses Bild ist — ich muß hier ganz persönlich sprechen — nach meiner Ansicht nicht mehr so zu fassen, daß man den Menschen im Sinne des neunzehnten Jahrhunderts nur als ein biologisches oder naturwissenschaftliches Faktum behandelt. Ich glaube, daß eine solche Anschauung mit letzter Konsequenz zur Verachtung des Menschen führen muß. Ich glaube, daß man diese Aufgabe nur erfüllen kann, wenn man diesem Menschen wieder klarmacht und in sein Bewußtsein einprägt, daß er es ist, der die schöpferische Antwort auf die Umstände gibt; jawohl, daß der Mensch eine ganz besondere Stellung in der Gesellschaft hat, daß er eine

metaphysische Würde besitzt, daß er der Träger ewiger Postulate und Ideen ist, die es zu erfüllen gilt.

Da erhebt sich zugleich auch die Frage nach der Notwendigkeit und der Freiheit in der menschlichen Geschichte. Wohl hat die menschliche Geschichte Tendenzen, und wohl hat sie Tendenzen des Sozialismus, aber ob dieser Sozialismus, Genossinnen und Genossen, der in der Tendenz der Geschichte liegt, zu der neuesten und schwersten Form der Versklavung des Menschen führt oder zu einer neuen Menschenwürde, das ist allerdings nur eine Frage des handelnden Menschen selbst und keine andere. (Beifall.)

Ich möchte — ich muß mich leider sehr knapp fassen — noch etwas anderes sagen. Ich glaube auch nicht, daß Caux eine Möglichkeit zur menschlichen Erneuerung ist; aber ich glaube, um diese richtige schöpferische Antwort zu geben, wie es einmal Sören Kierkegaard ausgedrückt hat, daß nach den Erschütterungen unserer Zeit jeder mit sich selbst neu anfangen muß, und daß es keinen Anfang gibt und keine echte Erfüllung unserer Ideale, wenn nicht jeder einzelne mit sich selbst und vor seinem Gewissen beginnt. Man soll nicht glauben, daß das etwas Bedeutungsloses ist. Der einzelne ist das Fundament, das unsere Zeit erfordert, und hier ist die Frage, die jeder einzelne an sich selbst stellen sollte, ob er satt in dieser Welt lebt und ob er in dem Leben und Sterben seiner Brüder und Schwestern sein eigenes Leben untergehen sah, ob er als Funktionär lebt, oder ob er existenziell lebt.

Ich wollte hier nur das eine sagen: Es ist falsch und zugleich ein politisches Verhängnis, wenn man glaubt, daß allein und ausschließlich aus einer Regelung der ökonomischen Verhältnisse eine neue tragende und zutiefst sittliche Welt entsteht, sondern diese Welt entsteht schließlich nur durch uns selbst. Daraus erstet auch die Forderung, daß die sittliche Erziehung unserer Partei gleichrangig neben unseren ökonomischen Forderungen stehen muß, daß das ganze Problem etwa des Selbstbestimmungsrechts nicht zu den Konsequenzen führen wird, die wir wünschen, wenn diese Voraussetzungen der sittlichen Erziehung und des Bewußtwerdens der eigentlichen inneren Situation des Menschen in unserer Zeit nicht vorhanden sind. Unsere Partei ist nicht eine Partei des Dogmas, und sie ist nicht eine Partei, die dem Menschen alle inneren Probleme abnehmen will. Aber unsere Partei ist eine Partei, die nicht nur Ausdruck der ökonomischen Forderungen unserer Zeit ist, sondern gleichzeitig, wenn sie ihre historische Funktion erfüllen will, eine Partei, die dem Menschen das geben kann und das geben will, wonach er innerlich verlangt. Und wenn wir es nicht tun, werden es andere tun, und wir werden alles noch einmal erleben.

Vorsitzender Schönfelder: Ein Genosse fragt an, ob er heute mit dem Auto nach Frankfurt mitgenommen werden kann.

Das Wort hat jetzt Genossin Ludwig. Ihr folgt Schröter, Berlin.

Wilhelmine Ludwig, Hannover: Genossinnen und Genossen! Carlo Schmid hat gesagt, daß er mit seinem Referat keine Programmdebatte eröffnen will. Wenn ich jetzt zu dem Antrag 69 Stellung nehme, so betone ich, daß es sich bei diesen schulpolitischen Forderungen nicht um ein fertiges Programm handelt, daß wir aber doch nötig haben, zu Richtlinien zu kommen, die uns dazu zwingen, überall gleiche Entscheidungen in der Tagespolitik zu treffen, die uns eine praktische Arbeit in der Schulpolitik erst möglich machen. Es genügt nicht, in bezug auf die Forderungen in der Schule nur davon zu sprechen, daß die Bildungsprivilegien aufgehoben werden müssen. Dies ist nur eine von den notwendigen Forderungen. Es gibt aber eine ganze Reihe von Forderungen, zu denen wir täglich Stellung nehmen müssen, und ich bin überzeugt davon, daß wir auch bereits Stellung nehmen und unsere Richtlinien formulieren können. Außer der Frage der Schulreform, Genossinnen und Genossen, gibt es andere Punkte, die bereits jenseits der Debatte stehen. Dazu gehört z. B. die Ablehnung der Konfessionalisierung der Schule und der Lehrerbildung. Dazu gehört die Forderung der Gemeinschaftsschule, die unter dem Grundsatz der Toleranz allen echten Überzeugungen Raum

gibt. Dazu gehört auch die Ablehnung eines ferngesteuerten und mißbrauchten Elternrechts. Diese Fragen sind grundsätzlicher Art, und Zugeständnisse bedeuten hier Selbstaufgabe. Wenn es so ist, wie Carlo Schmid gesagt hat, daß Menschen von einer vorher gewonnenen Haltung aus sich in ihrem späteren Handeln entscheiden, so kann es uns nicht gleichgültig sein, wie die Überzeugunggrundlage der Menschen gebildet wird, ob sie die eines bevormundeten Gewissens ist oder ob sie aus einem von Vorurteilen freien Denken fließt, das verbunden ist mit persönlicher Entscheidung, durch die der Mensch „selbst die Formen seines Lebens gestalten kann“, und es ist notwendig, daß wir, die wir in diesem schulpolitischen Tageskampf stehen, nicht immer nur als einzelne den Kampf zu führen haben gegen einen Gegner, der ein Programm hat und eine Aktivität, deren Stärke wir sehr häufig zu spüren bekommen. Es ist notwendig, daß wir stärker werden durch die einheitliche Haltung unserer Genossen in allen Bundesländern. Hier liegt eine Aufgabe für die Partei vor, deren Bedeutung nicht überschätzt werden kann, denn die Gestaltung der Schule ist die Gestaltung der Zukunft. (Bravo! — Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Das Wort hat der Genosse Schröter, Berlin. Ihm folgt Brandt, Berlin.

Richard Schröter, Berlin: Genossinnen und Genossen! So sehr es reizt, auf die philosophische Diskussion und auf die Erörterungen, die hier vorgetragen wurden, einzugehen, muß ich doch auf eine gewisse Einzelfrage eingehen, die auch der Genosse Schmid in seinem Referat angeschnitten hat. Die Genossin Ludwig hat es ebenso getan, indem sie auf den Antrag 69 eingegangen ist. Wenn wir den Antrag 51 eingebracht haben, dann haben wir es nicht getan, um im Vorwege ein Schulprogramm aufzustellen. Aber es muß Aufgabe dieses Parteitages sein, diesen Antrag innerhalb der zuständigen Stellen zu beraten. Es ist eine der wichtigsten aktuellen Fragen. Deutschland ist dabei, in den einzelnen Ländern sich auf kulturpolitischem Gebiete auseinanderzuleben. Wer das nicht weiß, der frage einmal die Lehrer, die seit mehreren Tagen in ihrer Gewerkschaft und auf ihren Tagungen immer wieder vor dieser Zerreißung des deutschen Bildungswesens gewarnt haben. Betrachten Sie den Antrag Nr. 51, er hat nichts Sozialistisches an sich, sondern eher liberales Gedankengut, das in Deutschland vom Bürgertum nicht verwirklicht worden ist, was man hätte längst tun sollen. Wenn wir eine sozialistische Forderung hätten aufstellen wollen, dann sähe der Antrag vielleicht ganz anders aus, und wir haben in Berlin bei der Beratung des Schulgesetzes betont: Was hier steht, das ist nichts anderes als die Forderung, die schon im Jahre 1848 auf der Tivoli-Versammlung in Berlin aufgestellt wurde, ebenso auf den großen Lehrerversammlungen in Dresden und nachher in Eisenach. So lange braucht in Deutschland ein demokratisches Ereignis, um irgendwie verwirklicht zu werden. Andere Länder haben das längst getan. Wir Deutsche sind sehr stolz auf unsere Schulgesetzgebung. Aber gehen Sie einmal hinaus in die Welt. Ich hatte Gelegenheit, mir in Amerika das Schulwesen anzusehen. Dort finden Sie das deutsche Gedankengut im Schulwesen viel besser verwirklicht, so daß man also neidisch werden könnte. Die Amerikaner haben gewiß andere Möglichkeiten als wir. Ich verweise aber auf die Tatsache, daß man sich hier bei uns noch um die Frage der vier- oder sechsjährigen Grundschule streitet. Eine Frage, die im Prinzip in der Weimarer Zeit bereits entschieden wurde. Wir gingen mit unserem Schulwesen zurück auf das Jahr 1890, wo es mit der Konfessionierung des Berufsschulwesens begann, besonders schlimm ist die Lage in der französischen Zone. McCloy hat in seinem Bericht in Washington, in einer Kritik am deutschen Schulwesen, darauf hingewiesen, daß er beanstanden müsse, daß das deutsche Schulwesen nach Standesurteilen bestimmt werde.

Die Alliierten helfen uns nicht, sondern verhindern eine Demokratisierung Deutschlands durch eine Umerziehung der Jugend. Wir müssen darauf aufmerksam machen: Wenn Deutschland wirklich ein demokratischer Staat werden will, dann müssen wir auch demokratische Staatsbürger haben. Wer das Schicksal seines

Staates in die Hand nehmen will, der muß entsprechend vorgebildet sein. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Dinge im Schulwesen nicht weitertreiben zu lassen. Wollt Ihr Euch durch andere vertreten lassen als diejenigen, die aus der Arbeiterschaft gekommen sind und mit uns verbunden sind? (Beifall.) Die Schule ist eine Einrichtung, die zu gestalten alle demokratischen Staatsbürger ein Anrecht haben.

Eigentlich steht für die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk etwas anderes zur Debatte und zur Durchführung, nämlich die Frage der Eingliederung des Berufs- und Fachschulwesens als eines gleichwertigen Bildungsweges zur Hochschule. (Zurufe: Sehr richtig! — Beifall.)

Das ist das Problem. Und es ist darauf hingewiesen worden, die Frage steht im Zusammenhang mit der Jugendnot, daß wir in absehbarer Zeit keinen Nachwuchs an Facharbeitern mehr haben. Und die Selbstgenügsamkeit des deutschen Volkes kann böse Folgen haben.

Es ist nicht mehr so, daß der deutsche Facharbeiter nicht mehr zu überbieten ist. Das ist vorbei.

Augenblicklich werden in Amerika bereits 200 000 Lehrverträge für Facharbeiter zentral von Washington aus kontrolliert. Dort gehen die Schüler in die Schule und erhalten eine allgemeine Ausbildung an Maschinen in einem Maschinenpark. Da werden Facharbeiter ausgebildet, in mehrjähriger Ausbildungszeit, nach dem achtzehnten Lebensjahr, bei einem Wochenlohn von zwanzig Dollar pro Woche. Glauben Sie nicht, daß unter diesen Umständen sehr bald der Vorsprung eingeholt ist, den die deutschen Facharbeiter noch haben?

Und was will dann das deutsche Volk machen, wenn es nicht mehr Facharbeiter hat? Etwa die Devisen selbst hereinholen? Daß sie dann hinausgehen müssen wie vielleicht die Sachsengänger, die Italiener?

Vor dieser Lage stehen wir doch, daß wir nichts mehr haben als unsere Arbeitskraft, unser wertvollstes Gut.

Die Eingliederung ist die Parole, der auch die Unternehmer ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Und wir haben jetzt Gelegenheiten, indem wir die Jugendlichen, die aus den Schulen entlassen sind, jetzt in den Lehrwerkstätten erziehen, um dem drohenden Mangel an Facharbeiternachwuchs begegnen zu können.

Genossinnen und Genossen! Das ist eine planende Vorausschau, die uns sicher von Nutzen sein wird.

Die Fragen, die hier einzeln angeschnitten werden, sind — wie ich betonte — gar nicht einmal Dinge in der Formulierung, die einer sozialistischen Schulpolitik entsprechen würde, sondern jeder liberale Demokrat kann und muß sie unter-schreiben.

Die deutsche Lehrerschaft wartet darauf, daß die Sozialdemokratie wieder einmal ganz klar eine Stellungnahme in den einzelnen Dingen herausgibt, ohne daß wir auf ein Programm warten müssen.

In dieser Frage hat es keinen Streit gegeben.

Und deshalb bitte ich den Genossen Schönfelder (zum Vorsitzenden gewandt): würde ich Sie bitten, wo Sie doch der sind, der über das Schicksal der Anträge genau Bescheid weiß, daß dieser Punkt nicht überwiesen, sondern daß über ihn abgestimmt wird.

Ich möchte nicht, daß diesem Antrag so ein Schicksal bereitet wird, sondern ich möchte, daß über diesen Antrag abgestimmt wird.

Und um das zu erleichtern, ziehen wir Berliner unter diesen Umständen den Antrag 53 zurück, zugunsten des Antrages 69, der von den Bezirken Hannover, Weser-Ems und Hessen-Süd gestellt ist. Ich glaube, daß dadurch eine Möglichkeit gegeben wird, die Dinge vielleicht geschäftsmäßig zu behandeln, damit wir dann zu einer klaren Entscheidung kommen.

Ich würde also bitten, daß dieser Antrag 69 nicht etwa überwiesen wird, sondern daß er dem Parteitag zur Abstimmung gestellt wird. Und ich hoffe, daß der

Parteitag ihn einstimmig annehmen wird, damit wir Gelegenheit haben und endlich auch in allen Bezirken alle Genossen darauf hinweisen können, daß es trotz aller Spaltung in Deutschland, trotz allen Auseinanderlebens doch einen gemeinsamen schulpolitischen und kulturpolitischen Willen in der Partei gibt, der zu beachten ist und der zur Verwirklichung drängt.

Vorsitzender Schönfelder: Das Wort hat Genosse Brandt, Berlin:

Willi Brandt, Berlin: Genossinnen und Genossen! Erlauben Sie mir, trotz der vorgerückten Stunde, noch ein paar Bemerkungen zu diesem wesentlichen Beitrag der Standortbestimmung unserer Programmdiskussion zu machen, den wir heute von Carlo Schmid entgegengenommen haben. Für mich ergibt sich daraus unter anderem, daß wir an diese Programmdebatte in der Partei nicht in der Absicht herangehen können, ein endgültiges oder wissenschaftlich vollkommenes Programm schaffen zu wollen. Das heißt nicht, auf die präzise Formulierung unter Zuhilfenahme aller nur möglichen wissenschaftlichen Methoden zu verzichten, aber es heißt, glaube ich, sich einzugestehen, daß im politischen Bereich nicht nur die Landkarten, sondern auch die Orientierungsgeräte weitgehend dem Gesetz der Veränderung unterworfen sind.

Wenn wir nach alledem, was wir erlebt und erfahren haben, von der Relativität unserer politischen und auch grundsätzlichen Weisheiten ausgehen, dann schwächt das meiner Überzeugung nach keineswegs unsere Position, gerade auch nicht gegenüber der, durch das Schicksal so schwer mitgenommenen jüngeren Generation. Ich glaube vielmehr, daß eine mißverständene — ich unterstreiche das Wort mißverständene — Prinzipientreue häufig die Rolle eines Trojanischen Pferdes des Konservatismus innerhalb der Reihen der Arbeiterbewegung spielt.

Für meinen eigenen Teil glaube ich, daß wir mit einer primitiven Geschichtsauffassung, die von der Naturnotwendigkeit des geschichtlichen Ablaufs ausgeht, einfach nichts anfangen können. Es ist auch auf diesem Parteitag noch einmal jene sehr einfache Erklärung des Faschismus als einer mehr oder weniger einseitigen Agentur des Monopolkapitalismus erwähnt worden. Das ist doch, wenn man die Dinge ernsthaft überprüft, eine unerlaubte Vereinfachung, weil es eine der Komponenten enthält, aber eben doch nur eine.

Ich habe manchmal den Eindruck, als ob, nicht auf diesem Parteitag, aber in unseren Reihen sonst manches noch anmutet, als wenn wir in der Zeit der Postkutschen und der Windmühlen lebten und nicht in der Zeit der Stratosphärenkreuzer und Atomenergie. Wenn man sich umstellt, auf die Gegebenheiten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, dann glaube ich nicht, daß sich daraus eine Schwächung oder Unterbewertung der Rolle der Partei und des dauernd in ihr notwendigen geistigen Ringens ergeben würde. Wir haben nach einem neuen Ordnungsprinzip zu suchen. Und wenn ich etwas vermißt habe an Carlo Schmid's Referat — ich will das nicht als eigentliche Kritik vorbringen, denn ein so umfassendes Thema zwang zu einer Konzentration, und es war sicher schwer, zu entscheiden, welche Punkte ausgelassen werden sollten — aber wenn ich etwas vermißt habe, dann war es die noch klarere Herausarbeitung, daß wir es in diesem 20. Jahrhundert doch ganz anders als in der zweiten Hälfte des vorigen oder auch in den ersten beiden Jahrzehnten dieses Jahrhunderts nicht mehr nur mit dem Ringen auf der Klassenebene zu tun haben, sondern mit dem Ringen, das sich aus den neuen politischen und wirtschaftlichen Machtzusammenballungen ergibt, aus den Auseinandersetzungen mit den totalitären Kräften verschiedenster Art, mit den neuen Formen staatlicher Allgewalt, die den Bestand unserer Zivilisation in Frage stellt. Und daraus ergibt sich doch weiter, daß die Bewegung — ob es einem nun lieb ist oder nicht — manchmal zurückgeworfen wird, und geradezu gezwungen wird, sich mit Fragen zu befassen, die man bei der Begründung der Arbeiterbewegung schon für gelöst hielt. Das gilt für die ganzen Grundlagen des staatlichen Lebens, wo wir Angriffe auf Werte und auf Dinge erleben, von denen man sogar in der Zeit der industriellen Revolution vielfach als Selbstverständlichkeiten ausging.

Und wir erleben es in der internationalen Politik, wo wir geradezu gezwungen werden, zu der einfachen, uns früher allzu einfach erscheinenden Fragestellung von Karl Marx und Friedrich Engels zurückzukehren, nämlich der Untersuchung: welche Kraft repräsentiert auf der internationalen Ebene jeweils den geschichtlichen Fortschritt, und welche repräsentiert den geschichtlichen Rückschritt? Wobei die Kraft, die den geschichtlichen Fortschritt vertritt, dort und auf anderen Ebenen keineswegs immer schon das ist, wofür wir als sozialistische Bewegung weiter zu arbeiten entschlossen sind. Ich würde auch wünschen, daß in unserer Programmdebatte das ganze Problem des Heranwachsens neuer herrschender Schichten, die Technik der Machtbehauptung und der Massenbeeinflussung, des Wachsens des bürokratischen Elements auf allen Ebenen, nicht nur in der Wirtschaft und im Staat stärker herausgearbeitet wird.

Ich möchte noch eins wünschen, Genossinnen und Genossen — mit zu berücksichtigen, daß der Mensch leider nicht so gut ist, wie wir ihn in einem unserer schönen Lieder darstellen. Vieles, was wir durchgemacht haben, und gerade auch die faschistische Aera hat uns gezeigt, daß die Grenze zwischen Mensch und Tier nicht außerhalb des menschlichen Bereichs verläuft, sondern innerhalb des menschlichen Bereichs. (Beifall.)

Genossen, wir haben, glaube ich, auch zu sehen, daß zu der ökonomischen Abhängigkeit und Ausbeutung, und daß zu der politischen Unterdrückung die Tatsache hinzukommt, daß die Menschen, um die wir zu ringen haben, einem geistigen Zwang unterliegen, der zum Teil durch viele Generationen hindurch verwurzelt ist, daß die Menschen auf Grund eines sich steigenden Angstgefühls in dauernder Unsicherheit leben, die nicht nur ihrer wirtschaftlichen Lage entspringt — und daß aus Zwang und Furcht mit dem Mittel der modernen Massenbeeinflussung, mit den modernen Propaganda- und anderen Mitteln künstliche Begeisterung erzeugt, eine Aufpeitschung der Gefühle erreicht werden kann, eine Mobilisierung der triebhaften Unterwelt gegen die Bastionen sowohl der Moral wie der Vernunft. Der Rückschlag kommt dann nach der Aufpeitschung zur künstlichen Begeisterung in der Form von Gleichgültigkeit, die wir heute bei großen Teilen der Bevölkerung erleben, in der Form krassen Egoismus, in der Form des Negativismus und der moralischen Zerrüttung, Zuständen, denen wir unsererseits nicht mit dem Mittel des Volksbetrugs und der billigen Vertröstung begegnen können. Wir müssen uns um ein dogmatisches Ordnungsprinzip bemühen. Wir können es teilweise durch unser in sich abgeschlossenes System einer Neugestaltung der sozialen Verhältnisse. Davon wird ja unsere Programmdebatte beherrscht sein müssen, zu versuchen, die Summe gemeinsamer Überzeugungen zu entwickeln, gemeinsamer Überzeugungen in einer bestimmten Periode, entsprechend dem Grad der Erkenntnisse dieser Periode und entsprechend dem Gesamtstrom der in ihr lebendigen geistigen Kräfte. Dieser sich entwickelnden grundsätzlichen Überzeugung unserer Bewegung liegt eine — und soll eine gemeinsame Lebensanschauung zugrunde liegen, die ich nicht mit Weltanschauung verwechselt sehen möchte. Für viele von uns aber ist der Sozialismus nicht nur Lebensanschauung, sondern auch Lebensinhalt, was keineswegs bedeutet, daß wir auf den ganzen Menschen Anspruch erheben.

Aber, Genossen, die beste Theorie — und darauf kommt es mir an, und da pflichte ich Fritz Erler ganz entschieden bei — die beste Theorie bleibt ein toter Buchstabe ohne den persönlichen Einsatz. Es gibt im geschichtlichen Ablauf niemals nur eine Möglichkeit. Hitler brauchte nicht zu kommen (Zuruf: Richtig!) — der Krieg brauchte nicht zu kommen (Zuruf: Sehr richtig!) — Adenauer brauchte nicht Bundeskanzler zu werden. (Zuruf aus dem Saal: Ich glaube doch!)

Es kommt an auf den mit Wissen gepaarten Willen, und es gibt entscheidende Situationen, in denen wir uns daran erinnern müssen, Genossinnen und Genossen, daß dann manchmal wichtiger als die vielen, die glauben, die wenn auch manchmal weniger sind, die wissen was sie wollen, und wollen, was sie wissen. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Die Debatte ist erschöpft. Das Schlußwort hat der Genosse Schmid.

Carlo Schmid: Genossinnen und Genossen! Nur noch drei Sätze zum Abschluß dieser Debatte. Letzten Endes wird in Debatten dieser Art das Verhältnis sichtbar, das zwischen denen besteht, die ihre Aufgabe in der Bewahrung von Vergangenen sehen, und jenen anderen — zu denen wir uns rechnen —, denen, die die Aufgabe in der Schaffung und der Ermöglichung dessen, was in der Zukunft anders werden soll, sehen — das Verhältnis zwischen konservativ und revolutionär, wenn man so will, oder dem alten Gegensatzpaar rechts und links, und wir sollen uns des Wortes Gottfried Kellers erinnern, daß links die Herzseite der Menschheit ist. (Beifall.) Auf der Rechten stehen die Menschen, die letzten Endes vielleicht aus einem tiefen Pessimismus ihrer Einsicht in die menschliche Natur — in der Sicherheit das erstrebenswerteste Ziel sehen, vor allem in der Schaffung von Sicherungen institutioneller Art gegen den Einbruch des Unerwarteten. Das sind jene Menschen, die der Meinung sind, daß die immanenten Gravitationskräfte des sozialen Körpers dessen Lage zu bestimmen haben. Auf der Linken aber stehen jene, die es mit der Zukunft wagen wollen — aus wagemutigen Gewissen um die Vergangenheit, dem Wissen, daß die Zukunft anders werden muß und daß diese Gegenwart dies möglich macht.

Man hat gemeint, daß ich die Partei unerträglich relativiert hätte. Genossinnen und Genossen, die ihr das meint, ihr habt mich mißverstanden! Ich hatte gesagt, die Partei könne dem Menschen keine geistige Heimat bieten, aber wir in dieser Partei wollten sie jeden Tag neu schaffen, je und je durch unsere tägliche Entscheidung.

Ich bin auch nicht der Meinung, daß unsere Partei eine beliebige Partei sei. Aber auch wenn man, wie ich es tue, bejaht, daß sie eine besondere Partei ist, eine Partei, die in besonderem Wissen eine Menschheitsaufgabe hat, so bleibt doch nicht weniger wahr, daß auf sie als Partei in ihrem Parteidasein, alles das zutrifft, was einer politischen Partei Wesensmeinung eignet.

Wir wollen nicht unsere Partei innerhalb des Bereichs relativieren, in dem ihr „Ort“ liegt. Da wollen wir sie so absolut nehmen, als unsere Kraft reicht. Aber wir wollen und müssen den Bereich, in dem die Partei liegt, in bezug setzen zu einem Koordinatensystem höheren Ranges, als es eine Partei in sich selber legen kann. Dieses Bezugssystem höheren Ranges ist aber durch den Menschen schlechthin bestimmt und durch unsere Entscheidung für ein bestimmtes Bild vom Menschen und von den Aufgaben vom Menschen. Mensch sein heißt unter vielen anderem auch — und wesentlich —, sich entscheiden müssen und sich entscheiden können, und es liegt die Würde des Menschen ganz wesentlich darin, daß er die Möglichkeit hat, ja, daß ihm aufgegeben ist, sich je und je zwischen verschiedenen Möglichkeiten für deren jede es gute Argumente gibt, zu entscheiden. Die Möglichkeit, die uns die Freiheit gibt und der Zwang, in den unser Wille zur Freiheit uns stellt, machen, daß wir uns gegen die bloße Naturhaftigkeit entscheiden können und daß wir uns gegen das bloße Geschichtlichsein entscheiden können. Freilich, auch da muß ich dem einen Genossen recht geben — es war der Genosse Erler oder Eichler —, daß man innerlich in jedem Zustande frei oder nicht frei sein könne. Epiktet hat einmal ausgesprochen, daß auch der an die Ruderbank geschmiedete Sklave bei richtiger Einsicht in die menschlichen Dinge in der Freiheit sei... Aber, Genossen, mit dieser Freiheit des Galeerenklaven wollen wir uns nicht begnügen. Wir wollen nicht nur zu dieser inneren Freiheit die Möglichkeit haben, sondern auch die Möglichkeit zu einer Freiheit, die den Menschen in Stand setzt, alle menschlichen Vermögen auch nach außen zu entfalten. (Beifall.) In diesem Zwang zur Entscheidung, in diesem Immer-zwischen-zwei-Möglichkeiten-Stehen, von denen die eine die Negation der anderen bedingt, liegt das tragische Element im Menschen, die sich so entschieden haben, wie ihr es tatet. Es ist richtig; wir müssen für all dieses die Argumente finden, die den Ohren der Menschen dieser Zeit am angepaßtesten sind. Aber vielleicht werden unsere Argumente weniger wichtig sein als die Impulse, die von uns ausgehen und weniger wichtig als unsere Glaubwürdigkeit. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die noch vorliegenden Anträge. Zunächst ein Wort zu dem Genossen Schröter, der meint, ich hätte irgendeinen Einfluß auf das Schicksal der Anträge. Ich stimme ja nicht einmal mit, Genossinnen und Genossen, ich hatte nur die Aufgabe, die überall bei Parteitag der Vorsitzende hat, vor der Abstimmung dem Parteitag zu sagen, welche Vorschläge Parteivorstand und Parteiausschuß gemeinsam beschlossen haben, nachdem sie die Anträge gründlich vorbereitet haben. Diese Pflicht habe ich zu erfüllen, weiter nichts. Nunmehr, der Aufruf, der Antrag 53 ist zurückgezogen. Wir kommen zum Antrag 54. Die Konferenz, von der ich eben sprach, schlägt dem Parteitag vor, diesen Antrag 54 dem Parteivorstand zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen. Wir kommen nunmehr zu dem umstrittenen Antrag 69. Wir, Präsidium und der Vorstand, waren schon nach den eindrucksvollen Worten des Genossen Schröter bei einiger Überlegung der Meinung, vielleicht könnte man ihn annehmen. Dann ist bei uns der Kulturpolitische Ausschuß vorstellig geworden, der eingehend noch die Frage durchgesprochen hat, und er hat eine Reihe von Gründen, die ihn veranlassen, dem Parteitag zu empfehlen, diese Anträge doch lieber dem Parteivorstand zu überweisen. Ich stelle also diese Vorschläge zur Abstimmung. Wer den Antrag 69 dem Parteivorstand überweisen will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen. (Zuruf: Gegenprobe.) Bitte die Gegenprobe. Damit sind die ersten immer noch nicht mehr geworden. Genossinnen und Genossen, es liegt Ihnen dann noch eine EntschlieÙung vor, die sich mit dem Rundfunk beschäftigt. Wollen Sie sie bitte zur Hand nehmen. Ich nehme an, sie ist allseitig gelesen. Ich schlage Ihnen vor, diese EntschlieÙung anzunehmen. Es ist nur in der vorletzten Zeile das Wort, das am Anfang steht, „mit“ in „um“ umzuändern.

Wer dieser EntschlieÙung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen. Genossinnen und Genossen, wir haben dann noch eine Drucksache verteilt, Agrarpolitisches Aktionsprogramm für die SPD, das nicht Gegenstand der Erörterung gewesen ist. Aber es wird Ihnen empfohlen, dieses Aktionsprogramm dem Parteivorstand zu überweisen. Ich lasse abstimmen.

Wer diesem Vorschlag, dieses Aktionsprogramm dem Parteivorstand zu überweisen, zustimmen will, bitte ich die Hand zu erheben. Das ist beschlossen. (Zurufe.)

Ich habe hier mit meinen schwachen Kräften nur die sachliche Entscheidung, aber nicht mehr zu treffen.

Ich glaube, damit haben alle Drucksachen und Anträge ihre sachliche Erledigung gefunden. Ich muß noch eines bekannt geben: Es ist ein Telegramm des Landesverbandes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Hamburg, eingegangen:

„Mit Interesse haben wir bisher die bekannt gewordenen Berichte verfolgt und geben der Hoffnung Ausdruck, daß auch die sozialdemokratische Bundestagsfraktion den größten Wert auf schleunigste Verabschiedung des bevorstehenden Bundesversorgungsgesetzes legt. Wir sind davon überzeugt, daß auch Sie im Interesse einer ausreichenden Versorgung für die Kriegsopfer gemäß Ihrem Parteiprogramm bemüht sein werden.“

Das ist wohl selbstverständlich. (Beifall.)

Es sind noch einige technische Bemerkungen zu machen über Reiseangelegenheiten und Fundsachen. Es wird mitgeteilt, daß die Delegierten sich bemühen sollen, sich sofort nach Schluß der Tagung alle ihre Sachen bzw. Koffer, die sich im Keller zur Aufbewahrung befinden, abzuholen, da das Personal nach 19 Uhr nach Hause geht. In einem mir überreichten Zettel wird nochmals auf die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer hingewiesen.

Damit sind die sachlichen und technischen Mitteilungen erledigt und ich glaube, daß wir nun mit den Schlußworten beginnen können. (Starker, lang anhaltender Beifall des Hauses bei Erscheinen des Genossen Dr. Kurt Schumacher.)

Kurt Schumacher: Werte Genossinnen und Genossen! Die Neuwahl der Parteinstanzen hat eine Menge von Kräften in unsere Reihen geführt. Aber wir



haben auch das Ausscheiden verschiedener Genossen, deren Arbeit in der Sache und in ihrem persönlichen Sich-Hineinknien nicht so leicht ersetzt werden kann.

Wir danken den ausscheidenden Genossen Wilhelm Kaisen, Bremen, Willy Knothe, Robert Görlinger, Herbert Kriedemann. Und wir anerkennen zugleich die Arbeit des Genossen Grimme, der aus unseren Reihen auf eigenen Wunsch ausgeschieden ist und gedenken in diesem Zusammenhang der wertvollen Leistung des Genossen Ernst Gnoß. (Starker Beifall.)

Nun Genossen, möchte ich gleich eines sagen: Ich bin wissenschaftlich, politisch und menschlich ein Gegner jeder Eliten-Theorie. Und darum ist die Zuneigung des Parteitages zu den geistigen Leistungen, die hier gezeigt worden sind, doch eine Zuneigung, die der Sozialdemokratischen Partei zu gelten hat. (Zurufe: Sehr richtig. Beifall.)

Sehen Sie, die vier Referate sind ja gar nicht zu trennen von der Diskussion und würden einen nicht unbeträchtlich geringeren Wert haben, wenn sie nicht Ergänzungen und kritische Betrachtungen erfahren hätten.

Aber was der Sinn der vier Referate ist, das ist der Versuch, den Parteigenossen zu beweisen, daß die Schicht in der Partei, die mit der politischen Führung der Organisation und der Fraktion beauftragt ist, daß diese Schicht nicht untätig gewesen ist und das Ergebnis ihrer Arbeit eine feste Linie und — soweit die Verhältnisse es zulassen — ein geschlossenes Bild darstellt, etwas, bei dem ich es der Kritik der Öffentlichkeit überlasse, festzustellen, an welchen politischen Stellen Deutschlands sie das sonst noch findet. (Beifall.)

Wenn ich von einer geschlossenen Konzeption spreche, dann spreche ich damit von der Stetigkeit der Linie und von dem Versuch, diese Linie vorausschauend festzulegen.

Der Wunsch, den wir vorzutragen haben, ist, daß diese Linie, deren Zielsetzung und Festigkeit unverrückbar ist, dauernd bereichert werden, und neue Impulse und befruchtende Ideen durch die ganze Partei bekommen soll. (Sehr richtig. Beifall.)

Nun, Genossen, war manches, was hier geschah, noch nicht mal so interessant, wie die Art, in der der Delegiertentag es aufgenommen hat.

Die Aufmerksamkeit und die Konzentration, wie wir sie in diesen vier Tagen erlebt haben, stellt ein anderes Niveau auf diesem Gebiete dar als wir es zu erleben gewohnt waren. Ich bin der Letzte, der die Bedeutung der Parteitage, im speziellen der Parteitage nach dem Mai 1945, unterschätzt. Aber, Genossen, Sie werden wohl kaum einen Parteitag finden, der so konzentriert, aufnahmewillig und diskussionsfreudig gewesen ist wie der heutige.

Dieser Parteitag ist ja nicht das Neufunktionieren der Parteidemokratie. Ohne die Parteidemokratie wären Sie ja nicht einmal über die Konferenz von Wennigsen, also der Etablierung des Fundaments, hinausgekommen.

Aber ich glaube, daß sich der Prozeß der Qualitätsveränderung, der doch die Tendenz hat, den großen Aufgaben der Zeit gerecht zu werden, in der letzten Zeit ausgesprochen beschleunigt hat. (Sehr richtig.)

Was ist der Sinn? Wir haben jetzt die Gewißheit, daß die Partei zwei große politische Linien akzeptiert hat. Das eine ist die Politik der sozialen Konzentration, das heißt, daß wir nicht nur ringen um die benachbarten Schichten, die soziologisch gesehen, wenn der Vergleich erlaubt wird, etwas rechts von uns stehen, um den Mittelstand, die Intellektuellen und um den kleinen und mittleren Bauern, sondern daß diese Politik der sozialen Konzentration die Herausbildung eines neuen fünften Standes verhindern soll, nämlich aller Menschen, die vom Leben und von den heutigen brutalen Verhältnissen, von den Gütern des Lebens abgedrängt sind oder abgedrängt zu werden drohen.

Nun, Genossen, wir haben als das Ergebnis der Aussprache in diesem Punkte doch feststellen können, daß die Solidarität der Wirtschaftsschwachen objektiv möglich und der Grad ihrer Verwirklichung eine Frage nach unserer Leistungsfähigkeit ist.

Denken Sie an die Vertriebenen, denken Sie an die Kriegsoffer, vor allem an die Kriegsbeschädigten selbst, und wissen Sie, daß die Gleichartigkeit ihrer wirtschaftlichen Interessen sie, wenn Sie sich dessen bewußt werden, mit der großen Klasse der körperlich und geistig arbeitenden Menschen bündnisfähig macht. Und diese Klasse ist bereit, die Koordinierung vorzunehmen, und die Sache der Menschen, die abzusinken und abgedrängt zu werden drohen, zu ihrer eigenen Sache zu machen.

Ich sage den Vertriebenen und den Kriegsoffern: die Industriearbeiter sind die besten Verbündeten, die sie bekommen können, nach jeder Richtung hin. (Bravourof, Beifall.)

Wir haben aus der Durchleuchtung und Beeinflussung sozialer Tatbestände den Versuch zu machen, der gelingen muß, aus dem Bewußtsein-Werden des Sozialen, das Bewußtsein-Werden und das Wollen des Sozialismus bei diesen Massen zu schaffen. Wir werden dabei, glaube ich, auch die Güter des kulturellen Liberalismus, die jedem Sozialdemokraten seit Jahrzehnten selbstverständlich sind, doch dadurch auch effektiv machen können, daß wir die Menschen des Kulturliberalismus, d. h. die geistigen Berufe, die freien Berufe, die künstlerisch Schaffenden stärker als in jeder Periode unserer Geschichte an uns heranziehen können.

Vor langen Jahrzehnten hat Franz Mehring schon in der ersten Auflage seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie geschrieben: „Das, was am Liberalismus notwendig und wertvoll ist, das lebt ja schon längst nicht mehr in seiner bürgerlichen Repräsentanz, sondern das lebt nur noch in der deutschen Sozialdemokratie.“ (Zuruf: Sehr richtig!)

Dies, Genossen, auch diesen Kreisen bewußt zu machen, ist eine große Aufgabe. Wenn wir dieses Ziel ansteuern, dann müssen wir wissen, daß wir in einer Welt der Schwierigkeiten und der unfreundlichen Tatsachen leben. Wir müssen wissen, daß von hundert Problemen neunzig oder mehr auf dem Kompromißwege gelöst werden müssen, so lange nicht die überwältigende Mehrheit des Volkes unsere Idee als die nationale und internationale Volksidee akzeptiert hat.

Aber Genossen, wir sollen eins dabei beachten: ein Kompromiß kann immer nur am Ende eines Kampfes stehen. Derjenige, der mit Kompromißvorstellungen den Kampf beginnt, muß unterliegen. (Sehr starker Beifall.)

Die drei großen Faktoren, Genossinnen und Genossen, sind doch erstens die Kraft, zu erkennen, und der Mut, das Erkannte auszusprechen; zweitens der Wille, und drittens — glauben Sie einem, der auch schon von sich sagen kann, er ist ein alter Praktiker —, die Zähigkeit. (Heiterkeit.)

Sie glauben nicht, Genossinnen und Genossen, was die Zähigkeit in der Welt schon verändert hat, (Zuruf: Sehr richtig!) — und was das Unbekümmertsein gegenüber Schicksalsschlägen in der Politik zu gestalten vermag.

Die große Gefahr in einem modernen Massenstaat ist die Beeinflussung der Massen in dem, was nun die Medizin das Manisch-Depressive nennt —, was Goethe „Himmelhoch jauchzend — zu Tode betrübt“ nennt. Ich glaube, Genossen, wir sollen nicht jauchzen, wir sollen nicht betrübt sein. Wir sollen zäh sein, und wenn es regnet und stürmt und schneit — das soll uns eben so wenig in Emotionen und Gefühlsaufwallungen bringen wie der strahlendste Sonnenschein. Beim Erfolg nicht übermütig und beim Mißerfolg nicht verzagt, gibt Summa summarum immer den Erfolg. (Sehr starker Beifall.)

Darum ist gerade, ohne daß ich jetzt durch Benennung einzelner Redner, der Referenten oder Diskussionsredner Wertungen vornehme — ist das doch gerade so wichtig, und ist für uns als politische Partei am bedeutsamsten, daß der Genosse Carlo Schmid in seinem Referat — möchte ich so sagen — einen systematischen Aufstand gegen den geschichtsphilosophischen Determinismus unternommen hat. Es gibt doch sogar in unseren Kreisen Genossen, die aus dem Marxismus bloß einen optimistisch — fatalistischen Entwicklungsglauben akzeptieren.

Darum, Genossen, sollen wir wissen: Erkennen — Wollen — Zähigkeit, das sind verschiedene Seiten, verschiedene Bestandteile, die unlöslich miteinander verbunden sind.

Was ist denn der große Unterschied zwischen uns und unseren Gegnern — seien sie klassenpolitisch, seien sie philosophisch und seien sie auch aus machtmäßigen Gegebenheiten herkommend? Doch der — und da unterscheiden sich alle Gegner in allen Fragen von uns — alle Gegner betrachten die Massen des Volkes als bloße Objekte der Propaganda, als knetbaren Stoff. Wir bekommen die Chance des aus innerer Ehrlichkeit und inneren Willens garantierten Erfolges nur dadurch, daß wir die Masse als Mitgestalter betrachten. (Zurufe: Sehr richtig! Sehr starker Beifall.)

Aus diesen verschiedenen Auffassungen ergeben sich ja auch verschiedene Praktiken, Methoden und Zielsetzungen der tatsächlichen Politik, wie sie heute vor uns stehen.

Die einen glauben — und das sind die heute Regierenden —, sie lebten in der besten der möglichen Welten und sind dieser Meinung, weil sie selbst an der Macht sind.

Genossinnen und Genossen! Daraus ergibt sich natürlich das nervöse Aufbrausen, das planlose Losschlagen auf den Gegner, der gewillt ist, diese Welt mit dieser Handhabung nicht als die vollkommenste anzuschauen.

Daraus ergibt sich, daß die Machthaber das Institutionell-Korruptive gar nicht mehr zu erkennen in der Lage sind, und daraus ergibt sich auch die Politik dieser kleinen und kleinsten Mittel, die sich auch vor ganz massiven Niederträchtigkeiten nicht scheut. (Sehr gut.) Wenn wir die entfesselte Rhetorik dieser Regierungsglieder betrachten, dann gibt es aus der deutschen politischen Geschichte eigentlich nur eine Vergleichsmöglichkeit. Sie mögen sein, wer sie wollen, alle entstammen sie der Wurzel, die mal im Kaiserreich der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie dargestellt hat, (sehr gut) und es ist vielleicht kein Zufall, daß damals die öffentliche Meinung weit über die Sozialdemokratische Partei hinaus dessen Reichsverband den Reichs-Lügenverband genannt hat. (Heiterkeit.) Das, was wir dagegen zu stellen haben, ist die Politik der Strukturveränderung unseres Volkskörpers und der Änderung des Verhältnisses der Völker zu einander. Zu diesem Kapitel habe ich noch einige informatorische Bemerkungen zu machen.

Mitte Mai hat die Saarkonferenz der COMISCO getagt. Sie hat ein Gutachten angefertigt, das in den Punkten, in dem es sich mit der Saarfrage beschäftigt, voll auf eine Bestätigung der sozialdemokratischen Politik ist. Vom 1. bis 3. Juni wird in Kopenhagen eine Sozialistenkonferenz über den gewöhnlichen Rahmen der Arbeitstagungen der COMISCO hinaus — also eine bedeutsame Sache — tagen, bei der auch grundsätzliche Dinge diskutiert werden können und sollen. Wenn es möglich wäre, bis dahin ein Stenogramm unseres Parteitages zu haben, wäre ein solcher Beitrag nicht der schlechteste internationale Beitrag. Vom 16. bis 18. Juni wird dann in London eine internationale Sozialistenbesprechung tagen, die sich mit dem Schumanplan beschäftigt.

Nun, Genossinnen und Genossen, sage ich grundsätzlich eins: wir sind bereit, alle Probleme unter gleichzeitiger Ansetzung des nationalen, sozialen und internationalen Maßstabes mitzudiskutieren und mitformen zu helfen, und wir erklären unseren Willen zur internationalen Gestaltung. Ich habe wohl nicht nötig, im einzelnen auszuführen, daß wir freilich bei der Beurteilung unserer Politik keiner Partei in der ganzen Welt das Recht geben, intensiver in sie hineinzureden, als wir selbst in die Politik anderer Parteien hineinzureden in Anspruch nehmen.

Ich möchte aber dabei sagen, trotz der intensiven Diskussionen des Schumanplanes scheinen manche Teile der Weltöffentlichkeit unseren Standpunkt noch nicht richtig verstanden zu haben. Ich habe unter Zustimmung des Parteitages eine ganz große Reihe von Vorbedingungen für unsere Zustimmung gegeben. Wenn man eine dieser zentralen Vorbedingungen nicht erfüllen will oder erfüllen werden kann, ist die Möglichkeit für uns nicht gegeben, einem Projekt zuzustimmen, das in diesem

Falle der Verweigerung eine Stärkung des internationalen Kapitalismus nicht im Sinne der Überwindung der Staatsgrenzen, sondern im Sinne der Stärkung der Klassenposition der europäischen Kapitalisten sein würde. (Sehr gut.) Darum bekommt eine Meldung, die heute morgen durch Rundfunk und Presse geht, ihren besonderen Wert. Sie wissen, Genossinnen und Genossen, daß im März dieses Jahres eine internationale Sozialistenkonferenz in Witten stattfand, und Sie wissen, daß diese Konferenz, ausgelöst durch das Ruhrproblem, die Organisierung der europäischen schweren Industrie überhaupt zum Gegenstand hatte. Wir sind da mit einer eigenen Denkschrift und einer Reihe von eigenen Thesen als Quintessenz dieser Denkschrift aufgetreten, und wir haben parallel dazu zur Beeinflussung der Willensbildung speziell in Amerika, noch eine andere Denkschrift über denselben Komplex von sachverständigen Genossen verfassen lassen.

Diese sozialdemokratischen Versuche, mit denen analog Vorgänge, Planungen und Ideen bei den Parteien anderer Länder Hand in Hand gehen, sind die Grundlage zu einer endgültigen Fixierung gewesen, die heute der Öffentlichkeit übergeben wird. Ich muß schon sagen, diese sozialistische Fixierung sieht nicht unbedeutend anders aus als das, was uns die deutsche Presse — hoffentlich nur aus Ahnungslosigkeit — beim Schuman-Projekt um die Ohren schlug. Der Komplex der Internationalisierung geht über Kohle und Stahl hinaus und umfaßt auch Transport- und Elektrizitätswirtschaft. Zum anderen gehen diese Dinge nicht vor als neue Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland, sondern als eine Konzentration und Mitgestaltung aller ERP-Länder. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die Betonung der Möglichkeit, andere internationale Institutionen als den Straßburger Rat zu Fundamenten europäischer Föderation zu entwickeln, schon vor Monaten auch in unserer Denkschrift enthalten war, die die Bedeutung der OEEC und ihrer Entwicklungsmöglichkeiten auf diesem Gebiet in den Vordergrund gestellt hat. Ich möchte die ganze Fülle der verschiedenen Linien hier nicht aufzeigen, möchte aber doch sagen, daß das eine, was heute wenigstens in der heutigen Form diskutiert wird, doch eine Meinung ist, die von der Voraussetzung ausgeht, daß die Anknüpfung an die Gegebenheiten des Tages zu einer Politik führen müßte, die die Stabilisierung des Kapitalismus zum Fundament auch der politischen Abwehraktion des östlichen Totalitarismus machen müßte. Genossen, das ist in der Sache falsch. Mit den Argumenten des Kapitalismus können sie die Illusion, die sich entwickeln kann um den östlichen Totalitarismus nicht siegreich bekämpfen. Man kann den Kommunismus nicht mit kapitalistischen Truppen schlagen. Man kann ihn nur schlagen mit den Truppen des demokratischen Sozialismus. (Beifall.) Das COMISCO-Projekt also, ich möchte sagen, das Projekt, an dessen Grundgestaltung wir wichtig mitgearbeitet haben, hält sich auch fern von den Methoden der Überrumpelung durch Hineinwerfen einer Parole und Erzeugung einer Epidemie des Geistes und sieht, sehr sorgfältig graduiert, eine Entwicklung in drei Stufen vor, bei der jeweils der Kampf um die untere Stufe darüber entscheiden wird, ob und inwieweit die obere Stufe möglich ist. Ich glaube, das ist die Politik, die wir zur Diskussionsgrundlage unserer Londoner Besprechungen zu machen haben, das ist die Politik, die nicht entgegensteht unserem großen Grundsatz: Wir öffnen das deutsche Volk nicht der Stabilität des internationalen Kapitalismus. (Stürmischer Beifall.)

Wenn wir unsere inneren Gegner dabei betrachten, dann fällt vor allem auf: die Unsicherheit, das Flattern, das Auswechseln der Standpunkte bei den Parteien, die heute mit holder Selbstverständlichkeit einen Anspruch erheben auf Allgemeingeltung der traditionellen Komplexe. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit Ihnen darüber zu diskutieren, daß die Praxis der Regierung eine autoritäre Praxis ist mit der Tendenz der Zurückdrängung des Einflusses des Parlaments. Ich habe dabei bemerkt, daß uns alle Rechte bestritten werden, einschließlich des Gesetz- und des Initiativrechts durch dieses Verhalten der Regierung und ihrer Parteien in einer Reihe von Fällen. Jetzt sehen wir einmal die innere Unsicherheit unserer Gegner. Jetzt kämpft das Kabinett mit den politischen Fraktionen dieser Regierung, vor-

allem mit der Fraktion der CDU/CSU, um das Initiativrecht dieser Partei. Es bestreitet der größten Partei das Recht zur initiativen Einbringung einer Gesetzesvorlage. Über das Formaljuristische hinaus ist es interessant, daß dieses Bestreiten erfolgt auf der Grundlage, daß es sich hier um eine Vorlage bezüglich des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer handle.

Ich bin kein großer Kenner der Technik, insbesondere weiß ich nichts von der Elektrizität. Aber seitdem ich die Praxis dieser Bundesregierung betrachte, weiß ich, was ein Wackelkontakt ist. (Stürmische Heiterkeit und anhaltender Beifall.) Bei politischen Kämpfen ist es nicht immer entscheidend, ob der andere einen Standpunkt hat, den er rücksichtslos durchzusetzen versucht. Nein, sehr oft ist es für den Angreifer sehr viel schwieriger, jemand zu bekämpfen, der standpunktlos ist. Aber, Genossinnen und Genossen, Sie wissen, daß in Perioden der Zersetzung und Vermorschung ein unklarer Gegner schwerer angreifbar ist, als die feste und klare Linie eines Gegners. Das ist deswegen so gefährlich, weil wir in Deutschland sehr viele Menschen nicht davon überzeugt haben, daß die Demokratie in ihrer politischen und menschlichen Realität zu anderen Staatsformen die weitaus beste ist, sondern wir haben sehr viele Menschen, die die Demokratie in Deutschland für eine Periode halten, die ein Vakuum ist zwischen einer vergangenen Diktatur und einer kommenden Diktatur, die sie anstreben. In dieser Situation ist die Standpunktlosigkeit und der Wankelmut genau so gefährlich, wie die offene Deklamation antidemokratischer Grundsätze. Wenn wir diese politischen Methoden richtig betrachten, dürfen wir im Zusammenhang damit diesen sozial-ökonomischen Komplex, dieses stärkste Fundament, nicht außer acht lassen. Mit dem Kapitalismus von 1949, der mit den notwendigen Mitteln einer kapitalistischen Politik von 1950 kämpfen würde, wäre die Auseinandersetzung viel leichter als der Kampf mit dem Kapitalismus von 1850, den man heute in Deutschland mit hundertjähriger Verspätung zu restaurieren versucht in diesem Sinne.

Ich bin wissenschaftlich und politisch ein Gegner des ökonomisch tendierenden Liberalismus. Aber bei aller Erkenntnis dessen, daß das ein zeitfernes und darum zerstörendes Prinzip heute ist, muß ich sagen: Ich mißachte den Kapitalismus keineswegs so, daß ich ihm die Vertretung durch die Männer der heutigen Bundesregierung gewünscht hätte. (Heiterkeit.) Worum geht es bei unseren Aufgaben gegenüber unserem Volk und gegenüber der Menschheit? Wir müssen unserem Volk und speziell den arbeitenden Massen in diesem Volk, die einer Hilfe bedürfen, ein neues Selbstbewußtsein geben, das sie lebensfähig und politisch aktionsfähig macht.

Seien wir uns darüber nicht im unklaren: Mit den Methoden der vorhandenen Herrenmenschen-Ansprüche kann kein Volk auf die Dauer existieren. Aber mit den Methoden der bloßen Depression und des Sich-Duckens können Sie die sozialen Prinzipien, ohne die Europa nicht existieren kann, auch nicht zum Leben erwecken.

Wir müssen in dieser Situation erkennen, daß am stärksten in ihrem Selbstbewußtsein die arbeitenden Massen angeschlagen sind. Das sind die Menschen, die darunter leiden, daß sie 1933 das Unheil nicht haben vermeiden und aufhalten können. Darum, Genossen, unsere Politik der harten Ansprüche gegenüber sozialer Ablenkung. Darum unsere Politik des Nicht-Anerkennens, wenn man bei einer sozialen Auseinandersetzung uns auf einmal kulturkämpferisch kommt. Darum unsere Politik, die Anerkennung der Gleichwertigkeit des deutschen Volkes in internationalen, intereuropäischen Organisationen. Und darum unsere Politik, auch gegenüber populärsten Vorschlägen dann Nein zu sagen, wenn der Aufstieg der breiten Massen dadurch bedroht ist. (Sehr richtig! Beifall.)

Diese Erkenntnis, diese Klarheit und die daraus resultierende selbstverständliche innere Gelassenheit, das ist das Positivum, das nicht nur den Angriff des Kommunismus abzuwehren, sondern die Idee des Sozialismus und der sozialen Demokratie auch offensiv gegen Osten politisch vorzutragen in der Lage ist. Das und nur das allein. (Sehr richtig! Beifall.)

Seien wir uns darüber nicht im unklaren, daß in einem solchen Tempo der forcierten, weltrevolutionierenden Entwicklung man sich hüten muß, Prinzipien der Taktik mit den Prinzipien der Strategie und den Gegebenheiten der Natur zu verwechseln.

Unerläßlich nötig ist die sachliche Tüchtigkeit und ihre taktisch geschickte Auswertung.

Aber es gibt solche Situationen, die nicht immer von außen erkennbar sind, in denen es unmöglich ist, mit taktischen Mitteln ein strategisches Problem zu bewältigen. Man kann die entscheidende große Frage nicht durch die Summierung kleinerer Mittel lösen.

Diese Fragen schieben sich jetzt in unser Erkenntnisbereich und in unsere eigene Entscheidungsgewalt. Zu ihnen müssen wir klare und deutliche Antworten sagen.

Genossen, es gibt keine vertrauliche Massenaufklärung. (Sehr gut! Heiterkeit.)

Das heißt, da muß die Partei ein ganzer Mann sein. Und solche Situationen sind jetzt an uns herangekommen.

Und bei der Überprüfung dieser Fragen werden wir das eine sagen: Bei gewissen kardinalen Fragen, die man uns oft in der kleinen Scheidemünze der Tagespolitik darbietet und nicht in ihrem ganzen Goldeswert, ist ein kleiner Irrtum, begangen in den Anfängen, im Ergebnis oft ein großer Irrtum.

Hier, Genossen, ist die stärkste Konzentration unserer Partei nötig, unserer Partei, die aus dem Wesen der repräsentativen Demokratie kommend, damit Menschen und Instanzen beauftragt.

Aber glauben Sie nicht an die Möglichkeit der Lösung nur durch Persönlichkeiten, nur durch Instanzen, wenn die Partei nicht als Ganzes mitdenkt und mit handelt.

Die Frage unserer Zeit ist die: Kann eine Massenpartei, das heißt, kann das System der Demokratie aktiv sein? Und ich sage Ja! Wir müssen Ja sagen. Verzweifeln wir daran, dann bekommen wir nicht den Kontakt zwischen uns und der großen Mehrheit der Bevölkerung, der allein imstande ist, eine Gesellschaft finanziell und wirtschaftlich besser ausgerüsteter Minderheit von der Ergreifung der Macht abzuhalten.

Sehen Sie, wir leben doch heute in einem Deutschland der Verdienere und der Spesenverzehrer. (Sehr richtig. — Lachen.)

Und da liegt der psychologische Dreh bei der Diskussion über die Diäten, wenn ich mir diesen Vergleich gestatten darf. Da möchten die großen Spesenverzehrer des privaten Nutzens die kleinen Spesenverzehrer der öffentlichen Angelegenheiten zum Spielball der Diskussion und der Leidenschaften machen. (Sehr richtig!)

Wir leben doch in einem Lande, deren Steuergesetzgebung in den zwei Jahren nach der Währungsreform der Großverdienern gestattet hat, mindestens vier und einhalb Milliarden DM an staatlichem Steueranspruch zu entziehen. (Sehr richtig!)

Wir leben also in einem Lande, in dem die gleichen Voraussetzungen der Demokratie erst im Werden und noch nicht letzte Tatsache sind. Darum, Genossen, diese Politik der sozialen Konzentration! Und zu ihr muß die Politik der Konzentration der Freiheit treten, die Freiheit wollen für sich und für die anderen.

Wer nur für sich Freiheit will, und sei es auch nur für sich, die Freiheit der Meinung, und kein Verhältnis findet für die Bildung einer gesamten Freiheit anderer freien Meinungen, der ist für die Freiheit verloren. Der ist ein Spätling des Anarchismus — oder sagen wir höflicher — des Liberalismus, aber er ist kein moderner demokratischer Sozialist.

Wir müssen wissen, daß wir die Freiheit erringen und behaupten müssen, in drei Stufen: in der inneren Freiheit der einzelnen Persönlichkeit. Und aus dieser inneren Freiheit heraus haben wir jeden Versuch abzulehnen, uns selbst als po-

litischen Faktor der Sozialdemokratischen Partei gegenüber Religion und Weltanschauungen dienstbar zu machen. Wir haben jede Verlockung, die an uns herantritt, zurückzuweisen, für uns religiöse und weltanschauliche Institutionen auszunutzen.

Was wir zu tun haben ist das: Respekt zu haben vor jeder Religion und jeder Weltanschauung schlechthin. (Beifall.)

Wir haben zu kämpfen um die staatsbürgerliche Freiheit dort, wo die Freiheit des einzelnen zusammenwächst mit der Freiheit der anderen — eine Freiheit, die wir trotz dem Wortlaut des Grundgesetzes nicht effektiv und lebendig haben in der politischen Praxis unserer Deutschen Bundesrepublik. Wir haben zu erkennen, daß ein freier Mensch nur freier Staatsbürger sein kann — aber daß die Freiheit des Staatsbürgers nur gesichert ist, wenn die Nation frei ist. (Zuruf: Sehr richtig!) Das heißt: man kann den Freiheitsbegriff nicht aufspalten.

Man soll in der Welt die unsägliche und verderbliche Torheit unterlassen, von uns einen erfolgreichen Kampf zur Stabilisierung der Demokratie zu verlangen, wenn dieselben, die es von uns verlangen, nicht mittätig sind, diesem demokratisch werdenden Volke seine Gleichwertigkeit — und das ist der Sinn der Freiheit — im internationalen Rahmen durchzusetzen.

So, Genossen, erkennen wir das eine: es gibt keinen Sozialismus ohne Freiheit, es gibt keine Internationalität ohne freie Völker, und vor uns steht die Frage: Gibt es in diesem Europa eine Freiheit ohne Sozialismus?

Das ist für uns die entscheidende Frage, und nach unserer Auffassung ist der Sozialismus demokratisch-europäischer Prägung der zentrale Gestaltungsfaktor unserer Zeit, wenn wir auf diesem Gebiet nicht zurückfallen wollen in kapitalistische Vorstellungsformen, die in ihrem Ergebnis nichts weiter wären als die Voraussetzungen des Kommunismus.

Genossen, wir müssen das eine wissen: Dieser Kontinent verlangt nach einer Neuordnung der sozialen Beziehungen. Dieser Kontinent ist viel mehr mitgenommen und zerstört worden durch die letzten sechs Jahrzehnte und zwei Weltkriege, als es irgend jemand von den Tagespolitikern in seinem Bewußtsein lebendig hielt. Aber dieser Kontinent ist noch immer eine ungeheure Quelle der Kraft, von Geist, von Ideen, von Tüchtigkeit und von menschlicher Leistung. Die Welt kann auf diesen Kontinent nicht verzichten.

Um aber der Welt diesen Kontinent unverzichtbar zu machen, kämpfen wir als deutsche Sozialdemokraten für unsere politische Freiheit nach innen und nach außen und dafür, daß die Entwicklung des Kontinents vorangetrieben wird unter der Entwicklungsrichtung, unter der Zielsetzung des demokratischen Sozialismus. (Bravoruf.)

Dazu ruft Sie die Sozialdemokratische Partei, diese Idee zu künden und lebendig zu machen. Das ist Ihre Aufgabe, Genossen!

(Bravorufe, sehr starker, sehr lange anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat nun der Genosse Paul Löbe.

Paul Löbe, Berlin (mit sehr starkem Beifall begrüßt, bevor er zum Sprechen ansetzt):

Liebe Freunde! Nur für ein paar Worte der Dankbarkeit möchte ich mich zum Sprachrohr der Delegierten des Parteitages machen.

Wir stehen unter dem glücklichen Eindruck, eine Tagung von unvergleichlich hohem Niveau hinter uns zu haben.

Die Referate, die wir hörten — wir sahen: sie sind auf solidem, tiefem Fundament gebaut. Die Aussprache hat den Ernst der Probleme in jeder Weise gerechtfertigt. Unsere Diskussion zeigt einen kameradschaftlichen Geist, und keine rednerische Entgleisung hat diesen Eindruck beeinträchtigt.

Die Präsenz der Delegierten und ihre Aufmerksamkeit war vorbildlich. Und wenn Sie es nicht weitersagen: Ich wäre glücklich, wenn der Bundestag das gleiche Bild zeigen würde. Aber wenn wir diese Befriedigung in vielem empfinden, wollen wir derer doch nicht vergessen, die die äußerlichen Vorbereitungen getroffen haben, und wollen ihnen unseren Dank sagen. (Starker Beifall.)

Ich möchte mit einem Dank an die Hamburger Organisation beginnen, die unter Führung von Jack Meitmann in wochen- und monatelangen Vorbereitungen es möglich gemacht hat, daß unsere Verhandlungen so glatt durchgeführt werden konnten. (Beifall.) Ich möchte ihn bitten, jedem seiner Helfer in diesem schönen Hause, in den Büros, und wo sie auch tätig gewesen sind, unsern Dank zu übermitteln. (Beifall.)

Genossen, mein zweiter Dank gilt der Stadt Hamburg, ihrem Bürgermeister, dem Senat und der Bürgerschaft. (Beifall.) Sie haben das Wort von Max Brauer wahrgemacht, das er bei Beginn der Verhandlungen aussprach, sie würden versuchen, uns den Aufenthalt hier so angenehm wie möglich zu machen. Von den künstlerischen Genüssen am ersten Tage in ihrem schönen Rathaus bis zu der gestrigen lehrreichen und — gottlob — auch fröhlichen „Schiffahrt“ (Heiterkeit) haben sie alles getan, um dieses Wort einzulösen, und ich muß sagen, es wird schwer sein, in den Landen der Deutschen Bundesrepublik eine zweite Stadt zu finden, die diesen Grad von Gastfreundschaft betätigen kann. (Beifall.)

Wir haben an vielen Stellen das Werk des Aufbaues gesehen, das von einer sozialistisch geleiteten Stadtverwaltung hier errichtet wird, und wünschen unseren Hamburger Genossen guten Fortgang dieser Arbeit. (Beifall.)

Zum letzten, aber nicht zu wenigsten, dient mein Dank unserm „Großglockner“ hier am Präsidententisch (Heiterkeit, Beifall) und dem ganzen Präsidium, das ihm dabei half, mit einer durchdringenden Kenntnis der geschäftsordnungsmäßigen Vorschriften (Heiterkeit), einem freundlichen Entgegenkommen auch gegenüber sonderbaren Wünschen und einem Humor, lieber Adolf Schönfelder, den man sonst golden nennt, der bei dir etwas vergoldet war, weil der eiserne Kern immer durchguckte. (Heiterkeit, Beifall.) Aber er hat auch die Jungen unter uns mit väterlicher Fürsorge auf den rechten Weg geleitet. (Beifall.)

Euch allen gilt unser Dank, und wir sagen Euch:

Auf Wiedersehen!

(Starker Beifall.)

Karl Meitmann, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Die letzten Worte des Genossen Löbe haben mich tief beschämt. Ich sollte hier nur ein paar kurze Worte des Dankes des Präsidiums an Sie richten, aber diese Bemerkung über die Hamburger Organisation, die ich zunächst auch einmal der Gerechtigkeit wegen korrigieren muß, veranlaßt mich, zu sagen, ich habe mit allen unseren Helfern und Sekretären, die mitgearbeitet haben und mit dem Genossen Adolf Keilhack wohl die Sorge geteilt, aber die Arbeit haben der Bezirkssekretär des Bezirks Hamburg-Nordwest und seine Hamburger Mitarbeiter gemacht. Ich wollte Ihnen im Namen unseres Präsidiums den Dank sagen für diese — nicht Disziplin, denn es ist ein schlechtes und preußisches Wort — freiwillige und kameradschaftliche Einordnung in die manchmal nicht bequeme, aber aus der Zeitnot und Notwendigkeit des geordneten Ablaufs sich ergebende Form der Leitung der Geschäfte. Ich habe aber auch — das darf ich doch wohl bescheidener Weise tun, den Dank der Hamburger Landesorganisation unmittelbar an Sie zu richten.

Mir scheint, daß hier in diesem Saal, von dem ich schon gesagt habe, daß er im Jahre 1906 durch August Bebel eingeweiht worden ist, der Geist der Sozialdemokratie wieder lebendig geworden ist oder, sagen wir, der beste Teil des Geistes jener Zeit in diesem Parteitag. Ich habe vor mir gesehen die Tage und die Schwierigkeiten unserer Partei, als ich als ganz junger Arbeiterjugendlicher nach Hamburg kam in einer Demonstration für das allgemeine gleiche Wahlrecht. Da, Genossinnen und Genossen, waren wir auch schon gefahrenunwittert so wie jetzt. Da



gab es auf dem Schoopenstehl — wenn Sie durchgehen auf den Steindamm, jetzt stehen die großen neuen Häuser dort, die wir gebaut haben und die im Krieg, den Hitler herbeiführte, zerbombt wurden — den Janhagel, der sich hineinmischte in die Reihen der Hamburger organisierten Arbeiter. Bebel hat damals das Wort gesprochen: „Wer mit dem Janhagel Politik machen will, geht zugrunde.“

Hier in Hamburg haben wir in den neunziger Jahren Aussperrungen wegen der Maifeiern und der Wahlrechtsdemonstrationen gehabt, und so ist unsere Organisation gewachsen und der Geist, für den sie gewirkt haben. Aussperrungen über Lohnkämpfe um Pfennige wurden geführt. Das, Genossinnen und Genossen, ist mir vor meinem geistigen Auge wiedererstanden, als Löbe uns gedankt hat. Wir haben nur durch Aufrechterhaltung des früheren Geistes der Sozialdemokratie es möglich machen können, einen Parteitag zu gestalten und die Arbeit zu leisten, für die wir als Präsidium den Dank in Empfang genommen haben. Ein Zweites ist geschehen. Den Anlaß bedauern wir alle, aber der Geist der Solidarität ist zum Ausdruck gekommen in der Sammlung für unsere im Bergwerk verunglückten Kameraden und deutsche Volksangehörigen dort unten im Rheinland, wo in den nächsten Wochen der Wahlkampf gekämpft wird. Das andere ist die Freundschaft, von der die Falken immer rufen, daß sie der Ausdruck ihres Lebens ist. Der eine Höhepunkt des Parteitages, das sei gesagt, Genossinnen und Genossen, lag nicht in diesem Saal, sondern nebenan, als alte Arbeiter-Jugendbündler zusammenkamen und Erich Ollenhauer und Koos Vorrink, der frühere Vorsitzende der Internationalen Jugend, zu ihnen sprachen. Es kam das weitere, das zu dem Menschen gehört neben Verstand, neben politischen Willen in einer Form zum Ausdruck, der ich nicht irgend einen Namen geben kann, das Menschliche, das Freundschaftliche. So und nicht anders kann weder der Mensch, noch der Staat, noch die Menschheit werden. Das Ganze, was in uns lebt, das ewig neu sich Gebende und Formende muß auch in unserer Partei lebendig bleiben, und in diesem Parteitag war es lebendig. Nur in dem Geist der Freiheit kann sich das entwickeln, neue Formen und neue große Werte zu schaffen. Das haben wir hier gesungen, als wir den 87. Geburtstag unserer ersten Parteiorganisation, des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, hier am Dienstag begingen. Ist die zweite Strophe dieses Liedes nicht so aktuell wie damals? Der Kampf mit den Mitteln und der politische Ausdruck dieser Freiheit heißt das freie Wahlrecht, das Selbstbestimmungsrecht. Die Maxime der Erkenntnis in jenen Tagen war lebendig in jedem Thema: Ruhrstatut, Europarat, Ostzone, Mitbestimmung in den Betrieben. Das, Genossinnen und Genossen, scheint mir unsere Aufgabe zu sein, das wieder lebendig zu machen! Indem wir das Lied nun auch singen und damit den Parteitag beschließen, wollen wir es bestätigen: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen.“

*Die Delegierten erheben sich von den Plätzen und singen zum Abschluß des Parteitages das alte Kampflied der Arbeiterbewegung.*

*Glocke des Vorsitzenden.*

Vorsitzender Meitmann: Ich beschließe damit den Parteitag. Freundschaft!

Schluß der Sitzung: 14.00 Uhr.

# ANHANG

## Vom Parteitag angenommene Anträge:

### **Antrag 7: Kreisverband Düsseldorf**

Der Parteitag wolle beschließen: Der im Organisationsstatut vorgesehene § 13 wird wie folgt geändert: Der erste Satz — „Die Einberufung des Parteitages soll spätestens acht Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung veröffentlicht werden“ — wird gestrichen und durch den Satz ersetzt: „Die Einberufung des Parteitages soll spätestens drei Monate vorher mit der vorläufigen Tagesordnung veröffentlicht werden.“

### **Antrag 9: Parteitag des Landesverbandes Groß-Berlin**

Der Parteitag wolle beschließen: Sitz des Vorstandes. Sitz der Gesamtpartei ist Berlin. In der Übergangszeit kann der Vorstand einen anderen Sitz bestimmen.

### **Antrag 10: Kreisverband Düsseldorf**

Der Parteitag wolle beschließen: Entwürfe für Statuten, Parteiprogramme usw. sind frühzeitig genug und in genügender Stückzahl zu drucken und den Ortsvereinen zur Stellungnahme zur Verfügung zu stellen.

### **Antrag 11: Parteitag des Landesverbandes Groß-Berlin**

Der Parteitag wolle beschließen: Betreuung der Mitglieder und Aufnahme von SED/KPD-Mitgliedern und -Funktionären. In allen Fällen, in denen Genossen mit der Bitte um Schutz und Hilfe an den Parteivorstand herantreten, müssen die einzelnen Büros der Partei vor den zu treffenden Maßnahmen die Stellungnahme des Heimatkreises der Antragsteller einholen. Wenn es sich bei den Antragstellern um ehemalige Mitglieder der SED/KPD handelt, so hat eine eingehend zu begründende Stellungnahme des betreffenden Bezirksvorstandes zur Beurteilung zu dienen. Die gleichen Auskünfte sind einzuziehen, wenn ehemalige Funktionäre der SED/KPD in einem neuen Wohnbezirk um Aufnahme in die Partei nachsuchen.

### **Antrag 18: Stadtkreis Offenbach a. M.**

Der Parteitag wolle beschließen: Alle Mitglieder und die uns nahestehenden Personen, die 1933 beim Übergang in die Illegalität treuhänderisch Akten, Büro-einrichtungsgegenstände und sonstige Vermögenswerte übernommen haben, sind aufzufordern, die Gegenstände und Werte den neugegründeten Organisationen wieder zurückzugeben.

### **Antrag 19: Bezirksparteitag Hamburg-Nordwest**

Der Parteitag wolle beschließen: In der Agitation sind die Grundforderungen der Partei in einfacher, für jedermann leicht verständlicher Form herauszustellen.

Das geschieht am besten an praktischen Beispielen, die den gegenwärtigen dringendsten Bedürfnissen des Volkes entsprechen und zunächst erreichbar sind.

Dieses gilt insbesondere auch für die Fragen der Sozialisierung. Es muß klar herausgestellt werden, daß z. B. nur durch eine geplante Wirtschaft die Arbeitslosigkeit beseitigt werden kann.

### **Antrag 20: Kreisverband Bonn-Stadt und -Land**

Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, über die grundlegenden politischen Fragen, die in Deutschland und Europa gegenwärtig zur Entscheidung oder vor der Entscheidung stehen, detaillierte Denkschriften auszu-

arbeiten und herauszugeben. Die Memoranden sollen auf umfangreiches Tatsachenmaterial aufbauen und etwa die Form von Berichten haben, wie sie von parlamentarischen Untersuchungs-Ausschüssen ausgearbeitet werden. Falls die Beschaffung des erforderlichen Materials nicht in vollem Umfange möglich ist, soll die Bundestagsfraktion die Einsetzung von interfraktionellen Ausschüssen erwirken.

#### **Antrag 21: Stadtkreis Offenbach a. M.**

Der Parteitag wolle beschließen: In allen öffentlichen und Mitgliederversammlungen sowie sonstigen Veranstaltungen der Partei sind durch beauftragte Kolporteurs oder durch die uns nahestehenden ortsansässigen Buchhandlungen Bücher, Schriften, Zeitschriften und Zeitungen auszulegen und den Besuchern zum Kauf anzubieten.

Das Ziel muß sein, daß keine Veranstaltung ohne organisierten Buch- und Schriftenverkauf stattfindet.

#### **Antrag 22: Landesorganisation Hamburg**

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, baldigst eine zusammenfassende Darstellung zu geben, die dem Willen und der Vorstellung der SPD über einen europäischen Staatenbund als Vorläufer zu einem bundesstaatlichen demokratischen Europa entspricht.

#### **Antrag 23: Kreisverband Bonn-Stadt und -Land**

Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteitag bestätigt und bekräftigt den Entschluß des Parteivorstandes, sich jeder Remilitarisierung Deutschlands mit allen Mitteln zu widersetzen. Die SPD lehnt eine Wiederaufrüstung und die Einführung einer militärischen Dienstpflicht ab.

#### **Antrag 24: Kreisverband Bonn-Stadt und -Land**

Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteitag empfiehlt dem Parteivorstand zur Beachtung:

So wertvoll auch die Anprangerung von Fehlurteilen der Justiz im Einzelfall, wie das Urteil im Falle Hedler oder das Urteil in Stuttgart zugunsten der SS- und SA-Siedlungsleute gegen politisch Verfolgte sei, ist eine Änderung nur dann möglich, wenn wir fordern, daß alle Richter, die in der Nazizeit alzu willige Urteile im Sinne der von Hitler geforderten Staatsautorität gefällt haben, aus dem Dienst entfernt werden.

Der Prozeß gegen den Gerichtspräsidenten Müller in Bonn ist klassisch dafür, daß die Richter als Zeugen — vor die Frage gestellt, ob sie sich im Sinne der Nazis in ihren Urteilen haben beeinflussen lassen — dies verneinen.

Somit muß ja eine Überprüfung ihrer von 1933 bis 1945 gefällten Urteile eindeutig ihre Geisteshaltung beweisen, und es sind diejenigen rücksichtslos aus dem Dienst zu entfernen, die solche Urteile — wie sie ja selbst behaupten, nach ihrem eigenen Gewissen — frei und ohne Zwang gefällt haben.

Die Frage, ob Nazi oder Muß-Pg., ist ja dann auch hier hinreichend geklärt.

Der Frage der Richterauswahl muß in Zukunft besondere Beachtung geschenkt werden. Sie hat sich, wie das Bremer Beispiel zeigt, durchaus bewährt.

#### **Antrag 30: Kreisverein Lübeck**

Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteitag erblickt in der bisherigen Verteilung der Ostvertriebenen, im besonderen in der einseitigen Unterbringung von sechs Millionen Flüchtlingen in den industriearmen Ländern Schleswig-Holsteins, Niedersachsens und Bayerns einen unhaltbaren Zustand. Der sogenannte Spitzenausgleich des Flüchtlingsministers ist völlig unzureichend und in keiner Weise geeignet, die Not der Vertriebenen fühlbar zu mildern.

Der Parteitag ersucht daher den Parteivorstand, bei der Bundesregierung dahingehend zu wirken, endlich von der ihr im Artikel 119 des Grundgesetzes gegebenen Ermächtigung Gebrauch zu machen und durch planmäßige Umsiedlungs-, Arbeits- und Wohnungsbeschaffung das harte Los der Heimatvertriebenen zu verbessern und ihnen in allen Beziehungen gleiches Recht und gleiche Lebensmöglichkeiten zu verschaffen.

Alle Funktionäre der SPD in allen Ländern und Bezirken der Partei Westdeutschlands fordert der Parteitag auf, jede Initiative im vorstehenden Sinne zu unterstützen und überall nachdrücklichst für Maßnahmen sich einzusetzen, durch die den Ostvertriebenen Erleichterung ihres schweren Schicksals gewährt und durch Arbeit und Verdienst neue Lebensgrundlagen gegeben werden.

#### **Antrag 33: Parteitag des Landesverbandes Groß-Berlin**

Der Parteitag wolle beschließen: Zu einem Arbeitsprogramm.

Der Parteivorstand wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion unverzüglich ein Arbeitsprogramm für die dringlichsten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen auszuarbeiten. Es muß die Grundlage des nächsten Wahlkampfes sein, den Klärungsprozeß im deutschen Parteileben förderndes und richtungweisendes sozialdemokratisches Regierungsprogramm werden.

#### **Antrag 36: Parteitag des Landesverbandes Groß-Berlin**

Der Parteitag wolle beschließen: Zum Beamtengesetz.

Der Landesverband Groß-Berlin nahm mit großem Befremden von der Abstimmung über das Beamtengesetz des Bundestages in Bonn Kenntnis, in der die Minderbewertung der Frau im öffentlichen Dienst so kraß zutage tritt. Das Gesetz mit seiner rückschrittlichen Tendenz in bezug auf die Stellung der Frau im Berufsleben ist ein Verstoß gegen das Bonner Grundgesetz und wird in verfassungsrechtlicher Hinsicht als glatter Rechtsbruch allerschärfstens verurteilt. Der Parteivorstand und die Bundestagsabgeordneten werden beauftragt, mit aller Kraft dafür zu wirken, daß diese vorläufige Regelung des Beamtenrechts und die sich daraus ergebende Diskriminierung der berufstätigen Frau wieder rückgängig gemacht werden.

#### **Antrag 38: Kreisverband Köln-Land**

Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteitag beauftragt die Bundestagsfraktion, darauf zu achten, daß die Bundesregierung größte Sparsamkeit walten läßt in bezug auf Bildung von Ministerien und sonstigen Körperschaften, bei Erstellung und Einrichtung von Verwaltungs- und Repräsentationsgebäuden. Bei allen Maßnahmen der Regierung soll die Not breiter Volksschichten in gebührender Form berücksichtigt werden.

Bei Anstellung von Beamten und Angestellten ist strengstens darüber zu wachen, daß nur zuverlässige, sozial eingestellte Demokraten in Frage kommen.

Die Gerichtsbarkeit ist derart zu gestalten, daß die Sicherheit der demokratischen Bundesrepublik gewährleistet ist.

#### **Antrag 43: Kreisverein Bremen**

Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand möge sich tatkräftig dafür einsetzen, daß die dem deutschen Handelsschiffbau und der Schifffahrt auferlegten Beschränkungen aufgehoben werden.

#### **Antrag 47: Kreisvorstand Watenstedt-Salzgitter**

Der Parteitag wolle beschließen: Die Partei möge sich mit allen Kräften und den ihr gegebenen Möglichkeiten für die Schaffung von Kindergärten, Jugendheimen, Kindererholungsstätten und Lehrwerkstätten einsetzen, um den drohenden

Gefahren für die Jugend zu begegnen. Mit einem Altersdurchschnitt von 37 Jahren ist Watenstedt-Salzgitter die jüngste Großstadt des Bundesgebietes. Ein Fünftel der 100 000 Einwohner sind Jugendliche.

Die Partei möge sich weiterhin dafür einsetzen, daß durch verstärkten Ausbau der Arbeiterwohlfahrt monatlich 120 bis 150 Kinder aus Watenstedt-Salzgitter zur Erholung verschickt werden können. Die Aufrechterhaltung der Schulspeisung, die am 30. Juni 1950 auslaufen soll, wird in Watenstedt-Salzgitter für dringend notwendig gehalten.

Den durch die große wirtschaftliche Not begünstigten Durchbruch rechtsradikaler Strömungen und der mit Nachdruck geführten Propaganda von links muß durch eine großzügige Schulung der Funktionäre und Mitglieder entgegengearbeitet werden.

Weiterhin sollte die Partei bei allen in Frage kommenden deutschen und außerdeutschen Stellen dahin wirken, daß dem durch die Demontage der Reichswerke — dem Hauptarbeitgeber von Watenstedt-Salzgitter — betroffenen Gebiet praktische Hilfe und Unterstützung zuteil wird.

#### **Antrag 48: Stadtkreis Offenbach a. M.**

Der Parteitag wolle beschließen: In allen Gemeinden, Städten, Kreisen und Ländern muß dafür gesorgt werden, daß die öffentlichen, Gemeinde- und Schulbibliotheken so ausgestattet werden, daß die für die politische Erziehung notwendige Literatur vorhanden ist.

#### **Antrag 49: Stadtkreis Offenbach a. M.**

Der Parteitag wolle beschließen: In allen Gemeindevertreter- und Bürgermeister-Schulungskursen ist das Thema „Öffentliche und gemeindliche Bibliotheken, der Aufbau und Aufgaben“ zu behandeln.

#### **Antrag 52: Ortsverein Söhlde**

Der Parteitag wolle beschließen: Die Parteiarbeit ist in den ländlichen Bezirken zu intensivieren.

#### **Antrag 56: Vorschlag des Parteivorstandes und Parteiausschusses für eine Entschließung (für die Freilassung der Kriegsgefangenen und Verschleppten)**

Fünf Jahre nach Beendigung des Krieges warten noch ehemalige deutsche Soldaten, verschleppte Jugendliche, Frauen und Zivilisten auf ihre Rückkehr in die Heimat.

In Frankreich, Holland und Belgien sitzen deutsche Kriegsgefangene seit Jahren in Untersuchungsgefängnissen, ohne daß bisher ihre Gerichtsverhandlung stattgefunden hat. Andere verbüßen langjährige Strafen, weil sie Wehrmachteinheiten angehört haben, bei denen einzelne gegen die Gebote der Menschlichkeit verstoßen haben.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands appelliert an die Völker Frankreichs, Belgiens und Hollands und ihre Regierungen, der Völkerversöhnung mit einer Rechtsprechung zu dienen, die sich von dem Gedanken der Kollektivschuld freigemacht hat. Wir bitten die Regierungen, alle Gerichtsverhandlungen sofort abzuschließen und die bisherigen Urteile zu überprüfen.

Noch um ein Vielfaches größer ist die nach Zehntausenden zählende Armee bestraffter Kriegsgefangener in Sowjetrußland, Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Wenn auch Transporte von verurteilten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion eintrafen — die Masse der seit 1946 wegen geringfügiger Vergehen zu

langen Jahren Zwangsarbeit Verurteilter hat noch nicht ihre Freiheit wiedererlangt. Außerdem werden trotz der amtlichen russischen Erklärung in Sowjetrußland, Polen, der Tschechoslowakei und Albanien noch zahlreiche Kriegsgefangenenlager aufrechterhalten.

Die Masse der aus Deutschland verschleppten Jugendlichen, Frauen und Zivilisten wird noch immer in der Sowjetunion festgehalten. Sie sind zu Zwangsarbeitsklaven degradiert worden.

Die SPD ruft alle Demokraten der Welt auf, sich zu einem gemeinsamen Protest für die schnelle Befreiung dieser unglücklichen Menschen zusammenzuschließen. Der Friede kann nur erhalten bleiben, wenn die Freiheit des einzelnen gesichert ist.

#### **Antrag 57: Vorschlag des Parteivorstandes und Parteiausschusses für eine Entschließung (zur Lage in der Sowjetzone)**

Die Entwicklung in der Sowjetzone veranlaßt den Parteitag der Sozialdemokratie, warnend auf die Zustände in diesem Teil Deutschlands hinzuweisen. Seit fünf Jahren wird in der Sowjetzone hinter der Fassade der Volksdemokratie um die einfachsten menschlichen Freiheiten gekämpft. Die Normen eines demokratischen Rechtsstaates haben dort keine Geltung. Es herrscht uneingeschränkter Terror. Im Kampfe um Freiheit, Recht und Demokratie stehen seit 1945 die Sozialdemokraten in vorderster Front. Der kommunistische Ausrottungskampf hat unter den Sozialdemokraten Mitteldeutschlands große Opfer gekostet. Tausende von Funktionären der Sozialdemokratischen Partei sowie zahllose namenlose Freiheitskämpfer, die heute in den Gefängnissen und KZ der sowjetischen Besatzungszone oder in der Sowjetunion leiden, sind Zeugen dieses Kampfes.

Der Parteitag weist besonders auf die Militarisierung der Sowjetzone hin. In den Polizeibereitschaften werden unter Führung sowjetischer Offiziere Kadertuppen ausgebildet, die nicht nur der Sicherung des kommunistischen Regimes dienen, sondern für offensive Bürgerkriegsziele aufgestellt werden. Die kommunistische Aggressionspolitik hat die Zonengrenzen zu einer Frontlinie im Kalten Krieg gemacht.

Die kommunistische Staatspartei, die SEP und ihr Anhang getarnter Organisationen werden vom deutschen Volk als russenhörige Quislinge abgelehnt. Erpreßte Geständnisse und Schauprozesse, die in GPU- und SSD-Kellern vorbereitet werden, sollen von den inneren Widersprüchen der bolschewistischen Ideologie und Praxis ablenken. Die sowjetischen Drahtzieher wissen, daß geheime und freie Wahlen die Machtstellung der Stalinisten in Mitteldeutschland zertrümmern und die SEP zu einer bedeutungslosen Splitterpartei, ähnlich der KP im Westen, machen würden. Deshalb wurden die bereits 1948 fälligen Wahlen verschoben. Die im Oktober 1950 stattfindenden Wahlen werden „volksdemokratisch“ mit einer Einheitsliste durchgeführt.

Der Parteitag der Sozialdemokratie fordert zur Wiederherstellung der deutschen Einheit freie, gesamtdeutsche Wahlen. Voraussetzung dieser Wahlen ist jedoch die Gewährleistung der freien Betätigung aller demokratischen Parteien unter Viermächtekontrolle als wirksame Garantie für die Abwehr aller bolschewistischen Terrorversuche. Um jede kommunistische Sabotage und jeden Versuch, den politischen Willen des Volkes zu verfälschen, unmöglich zu machen, muß die aus freien Wahlen hervorgehende gesamtdeutsche Nationalversammlung eine wirksame Macht ausüben können.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie grüßt mit Stolz und Zuversicht die Genossen in der Sowjetzone und erklärt seine enge Verbundenheit mit ihrem opferreichen Kampf um Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie. Dieser Kampf ist eine entscheidende Voraussetzung für den Aufbau eines einheitlichen, freien Gesamtdeutschlands. Er ist ein mahnendes Vorbild für alle freiheitlichen Kräfte.

Den kämpfenden Sozialdemokraten und allen Opfern des kommunistischen Terrors gilt unser Gelöbnis und unser Gruß: Freundschaft — Freiheit!

#### **Antrag 58: Parteivorstand und Parteiausschuß**

Die SPD setzt sich für die Verwirklichung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ein. Im Arbeitsvertragsrecht soll die Höhe des Lohnes lediglich von der Art der Arbeit und nicht vom Geschlecht oder Alter des arbeitenden Menschen bestimmt werden.

#### **Antrag 59: Parteivorstand und Parteiausschuß**

Die SPD protestiert dagegen, daß bei Betriebseinschränkungen Frauen in der Regel zuerst entlassen werden. Bei Entlassungen müssen soziale Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Die SPD fordert die Arbeiterschaft auf, sich nicht durch Kampfparolen gegen einzelne Arbeitnehmergruppen über die wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit hinwegtäuschen zu lassen. Nicht die Entlassung einzelner Gruppen arbeitender Menschen wird eine Lösung der Arbeitslosenfrage herbeiführen, sondern lediglich eine im Interesse der Allgemeinheit geplante und gelenkte Wirtschaft.

#### **Antrag 60: Parteivorstand und Parteiausschuß**

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Tätigkeit der Fraktion des Bundestags, der sozialdemokratischen Mitglieder des Bundesrates und der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen in Fragen der Gesamtpolitik der Partei stärker als bisher zu koordinieren.

#### **Antrag 61: Parteivorstand und Parteiausschuß**

Der Parteivorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, vier besoldeten Mitgliedern und 24 unbesoldeten Beisitzern.

#### **Antrag 67: Bezirke Württemberg-Hohenzollern, Südbaden, Württemberg-Baden, Hessen-Nord, Berlin, Hamburg-Nordwest**

Das Statut der Partei kann nur von einem Parteitag mit Zweidrittelmehrheit geändert werden. Nur der auf den Parteitag 1950 in Hamburg folgende ordentliche Parteitag kann das Statut auch mit einfacher Mehrheit ändern.

#### **Antrag 71: Politische Resolution**

Der Parteitag billigt die Politik des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion und spricht ihnen sein Vertrauen aus.

Er anerkennt die politische Initiative der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Er begrüßt ihren Kampf für die demokratische Gestaltung der Bundesrepublik, für eine konsequente gesamtdeutsche Politik der Bundesorgane und ihre Haltung in den Fragen einer Investitions- und Kreditplanung, der Vollbeschäftigung, des sozialen Wohnungsbaues, des sozial gerechten Lastenausgleichs, der Sozialpolitik und des Einbaues der Ausgewiesenen und Kriegsoffer in die Wirtschaft. Er stimmt der Politik der entschlossenen Inangriffnahme der Sozialisierung und des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes der Arbeitenden unter Beteiligung der Gewerkschaften zu.

Die soziale Frage ist die nationale Frage. Soziale Gerechtigkeit ist die Grundlage der deutschen Einheit und der Überwindung des Rechtsradikalismus und des Nationalkommunismus. Die Stärkung der Massenkaufkraft ist die wesentlichste Voraussetzung zur Überwindung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krisen.

Besonders begrüßt der Parteitag die Haltung des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion zum Europarat. Die Einbeziehung des Saargebietes in den Europarat ohne rechtliche Grundlage und unter Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist eine Verletzung des Statutes des Europäischen Rates

und eine einseitige, machtpolitische Maßnahme. Diese Politik ist untauglich, das Fundament eines Vereinigten Europas zu legen. Sie bedroht unmittelbar die Erfüllung der Lebensforderung des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung in einem freien Rechtsstaat.

Der Parteitag sieht im Mißbrauch des europäischen Gedankens für nationalstaatliche Machterweiterung oder kapitalistische Gruppeninteressen schwere Gefahren für Europa und große Chancen für den östlichen Totalitarismus. Die sozialdemokratische Ablehnung der uneuropäischen Lösungsversuche entspringt dem verantwortungsbewußten Willen zur Schaffung eines Vereinigten Europas, für das die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit aller Kraft kämpft.

Zur Schuman-Initiative erklärt der Parteitag, daß er jedes Bemühen willkommen heißt, das zu ernstesten, gestaltenden, Verhandlungen führen kann. Er sieht in dem Vorschlag des französischen Außenministers etwas entscheidend Politisches, das nicht von Sachverständigen, die tatsächlich nur Interessenten sind, maßgebend beeinflußt werden darf. Die Sozialdemokratische Partei ist sich bewußt, daß eine Organisation Westeuropas unter dem Gesichtswinkel der schwerindustriellen Interessen eine tödliche Bedrohung der Demokratie und der aufrichtigen, vorbehaltlosen Zusammenarbeit gleichberechtigter Völker bedeuten würde. Ihre endgültige Stellungnahme macht die Sozialdemokratische Partei von dem materiellen Inhalt der Entscheidungen einer Reihe von wichtigen Fragen abhängig. Das gilt vor allem von der tatsächlichen Gleichheit aller Partner, die unvereinbar ist mit der heutigen Gestaltung der Verhältnisse, insbesondere dem Ruhrstatut und dem Recht des deutschen Volkes, über die Eigentumsgestaltung in seiner Wirtschaft selbst zu bestimmen.

#### **Antrag 72: Parteivorstand**

Der Parteitag billigt die vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß vorgelegten Richtlinien

„Von der Massenarbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung“.

Der von der Landesorganisation Hamburg hierzu als Material unterbreitete

„Entwurf eines Aktionsprogramms zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland“

wird dem Parteivorstand überwiesen mit dem Auftrag, aus den Richtlinien und dem Material bis zum 1. August 1950 ein Aktionsprogramm zu erarbeiten und veröffentlichten zu lassen.

#### **Von der Massenarbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung**

Wir stellen eine neue wirtschaftliche Fehlentwicklung großen Ausmaßes seit der Währungsreform fest. Sie ist gekennzeichnet:

durch die Millionearbeitslosigkeit in der Bundesrepublik und in Berlin und durch die Gefahr, daß der nächste Winter ein weiteres erhebliches Anwachsen der Arbeitslosigkeit bringt;

durch die Unterlassung, sofort nach Eintritt der Währungsreform neue Arbeitsmöglichkeiten an den geeigneten Stellen für freigesetzte Arbeitslose und Flüchtlinge zu schaffen;

durch die immer ungerechter gewordene Einkommensverteilung, die den Anteil der Arbeitnehmer, der Rentner, der Unterstützungsempfänger sowie erheblicher Teile des kleinen Mittelstandes am Sozialprodukt schrumpfen und den Anteil der Unternehmerschaft erheblich wachsen ließ;

durch umfangreiche Fehlinvestitionen, in deren Folge eine übermäßige Ausdehnung insbesondere des Verkaufsapparates entstand, während die dringend notwendige Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze vernachlässigt wurde;

durch das überhohe Maß der Selbstfinanzierung der Betriebe, die auf Kosten der Konsumenten durch überhöhte Preise erfolgte und ihnen Anschaffungen und Sparen weitgehend unmöglich machte;



durch den Mangel an Zusammenarbeit der oberen wirtschaftspolitischen Instanzen in der Bundesrepublik;

durch den Verzicht auf die zur Herstellung gesunder sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse erforderlichen Veränderungen.

Um diese wirtschaftliche Fehlentwicklung zu korrigieren, drei Millionen Arbeitskräfte zusätzlich zum gegenwärtigen Beschäftigungsstand dauerhaft in den Produktionsprozeß einzugliedern und die Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft bis zur Beendigung der Auslandshilfe herzustellen, fordert die SPD:

### **Sofortige Besetzung vorhandener Arbeitsplätze**

Eine Reihe von Wirtschaftszweigen kann ohne Erweiterung ihrer Kapazität mehr produzieren, sobald eine ausreichende Nachfrage geschaffen wird.

Hierzu hat das Zentralbanksystem über seine bisherigen unzulänglichen Maßnahmen hinaus durch zusätzliches Geld die kreditmäßigen Vorbedingungen zu schaffen. Das Zentralbanksystem hat hierzu auch langfristige Schuldtitel der öffentlichen Hand, der Realkreditinstitute und der langfristig anlegenden Versicherungsunternehmen zu erwerben. Diese Kreditgewährung hat vornehmlich der Exportfinanzierung, dem Wohnungsbau, den Flüchtlingsunternehmen und der Vorfinanzierung von Leistungen des Lastenausgleichs wie Hausratshilfe, Aufbauhilfe, Gemeinschaftshilfe zu dienen.

### **Schaffung neuer Arbeitsplätze**

Gleichzeitig ist ein volkswirtschaftlicher Gesamthaushalt (Nationalbudget) aufzustellen, der als Kernpunkte Investitionsbilanz und Zahlungsbilanz enthalten muß.

Die Investitionspolitik hat vor allem die erforderlichen zusätzlichen Arbeitsplätze zu schaffen und zugleich die Ausführleistungen erheblich zu steigern.

In den Investitionsplänen sind insbesondere folgende Wirtschaftszweige zu fördern — dabei ist ihre Rangordnung in größeren Zeitabschnitten jeweils zu bestimmen:

- a) Wohnungsbau:  
die nach den Wohnungsbaugesetzen des Bundes aufzustellenden Wohnungsbaupläne sind regional (und nötigenfalls lokal) so aufzugliedern, daß sie den Standorten der industriellen Kapazitäten entsprechen;
- b) Landwirtschaft:  
Steigerung der Erträge durch Umstellung auf intensivere Veredelungswirtschaft;
- c) Seeschiffbau:  
auch im Hinblick auf die notwendige Ersparnis an Frachtdevisen;
- d) See- und Binnenhäfen:  
Wiederaufbau unter Berücksichtigung europäischer Erfordernisse;
- e) Bundesbahn:  
jedoch unter Beachtung der starken Entwicklung des Straßenverkehrs;
- f) Straßenbau:  
Neubau und Fertigstellung wichtiger Durchgangsstraßen und Autobahnstrecken;
- g) Nahverkehrsmittel:  
Schnellbahnen, Straßenbahnen, Auto- und Obusse;
- h) Versorgungsbetriebe:  
Kapazitätenerweiterungen unter Berücksichtigung europäischer Verbundwirtschaft;
- i) Beseitigung vorhandener und neu entstehender Engpässe in der gewerblichen Wirtschaft.

In allen in Betracht kommenden Wirtschaftszweigen sind die der Ausführsteigerung dienenden Investitionsvorhaben besonders zu fördern.

Allgemein ist die Wirtschaft im Rahmen des gesamteuropäischen Wirtschaftsprogramms auszubauen.

Reine Notstandsarbeiten sind, wenn nicht im Einzelfalle ein besonderer Grund vorliegt, grundsätzlich zu unterlassen.

Die Standorte neuer gewerblicher Kapazitäten und Wohngebäude sind durch die Standortplanung im Rahmen des volkswirtschaftlichen Gesamthaushaltes in Zusammenarbeit mit den Ländern zu bestimmen. Standortungünstige Investitionen sind dabei auszuschließen. Gemäß der Standortplanung ist der Flüchtlingsausgleich bundesgesetzlich zu regeln.

## **Organe der Durchführung**

Zur Durchführung dieser Investitionspolitik sind die bisher zusammenhanglos arbeitenden obersten Instanzen der Wirtschaftspolitik (Wirtschaftsministerium, Finanzministerium, ERP-Ministerium, Landwirtschaftsministerium, Arbeitsministerium, Wohnungsministerium, Verkehrsministerium, Ministerium für die Angelegenheiten der Vertriebenen und das Zentralbankensystem sowie die Kreditanstalt für Wiederaufbau) in einem Gremium mit Mitgliedern des Bundestages, Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmerorganisationen zusammenzufassen.

Aufgabe dieses Gremiums ist die Ausarbeitung des volkswirtschaftlichen Gesamthaushaltes und die laufende Beobachtung seiner Verwirklichung. Das Gremium bedient sich bei seiner Arbeit einer ausgebauten Wirtschaftsstatistik und Konjunkturforschung.

Aufgaben und Aufbau der Notenbank sind durch ein Bundesnotenbankgesetz zu regeln. Darin ist die Zentralbank in ihrer Geld-, Kredit- und Zinspolitik an die Grundlinien des volkswirtschaftlichen Gesamthaushaltes zu binden. Zur Wahrung ihrer währungspolitischen Aufgabe werden ihr geeignete Rechte zugestanden.

## **Kapitalbildung und Kapitalenkung**

Zur Vermehrung der Kapitalbildung, insbesondere durch Kleinsparen, sind steuerliche Anreize, gesetzliche und Verwaltungsmaßnahmen zur Anregung des Zwecksparens sowie Kapitalbildung der öffentlichen Hand erforderlich. Das jetzige ungesunde Maß der Investitionsfinanzierung aus Gewinnen (Selbstfinanzierung) ist zugunsten der Investitionsfinanzierung über die gemeinnützigen und privaten Kapitalammelstellen einzuschränken.

Die Anleihepolitik der öffentlichen Hand beschränkt sich auf die Schließung von Finanzierungslücken im volkswirtschaftlichen Investitionsplan.

Die Zinssätze für die im Investitionsprogramm vorgesehenen Investitionen sind niedrig anzusetzen und gegebenenfalls nach Wirtschaftszweigen zu differenzieren.

Emissionen sind den Vorschriften eines verbesserten Kapitalenkungsgesetzes zu unterwerfen, für dessen Anwendung der volkswirtschaftliche Gesamthaushalt Richtlinien gibt. Die Anlagepolitik der Kredit- und Versicherungsinstitute ist durch Aufsicht und Refinanzierungsmethoden den Erfordernissen des volkswirtschaftlichen Gesamthaushaltes anzupassen.

## **Preispolitische Folgerungen**

Gegenüber Preisauftriebendenzen, die sich aus der Konjunkturbelebungen ergeben können, sind insbesondere die Bekämpfung überhöhter Monopol- und Kartellpreise, Beschränkung unberechtigter hoher Handelsspannen, Förderung der Konkurrenz und gemeinnütziger Wettbewerbseinrichtungen erforderlich.

Nachfragerregulierungen durch öffentliche Auftraggeber und Konsumentengruppen zum Zwecke der Preissenkung sind zu fördern.

Zusätzlich entstehende Nachfrage ist zur Deviseneinsparung vorzugsweise auf vermehrbare Güter aus der Inlandserzeugung zu lenken.

## **Folgerungen für den Außenhandel**

Die Ausfuhrsteigerung ist ein wesentlicher Faktor der Vollbeschäftigungspolitik. Die Ausfuhr ist zu fördern durch steuerliche Vergünstigungen für Auslandsgeschäfte, billige Kredite für die Exportwirtschaft sowie durch Unterstützung der Marktforschung und Auslandswerbung.

Die Einordnung von drei Millionen Arbeitskräften in den Produktionsprozeß erfordert eine Neuorientierung der Einfuhrpolitik, da die Konjunkturbelebung eine zusätzliche Nachfrage nach Einfuhrgütern hervorrufen wird.

Die Liberalisierung des Außenhandels ist an die Bedingungen der Gegenseitigkeit zu knüpfen, sie ist jedoch durch Regulierung der Einfuhr zu begrenzen, soweit die neu geschaffene Nachfrage zu einer nicht auf die Dauer auszugleichenden Passivierung der Handelsbilanz führt.

Die wünschenswerte Intensivierung des internationalen Güteraustausches bedingt das Eintreten der SPD für eine europäische Zahlungsunion, in deren Raum der Austausch frei sein kann. Das Ziel ist eine europäische Wirtschaftspolitik unter einer gemeinsamen demokratischen Autorität.

## **Um die Rettung Helgolands**

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unterstützt den Kampf der Helgoländer um Erhaltung und Rückgewinnung ihrer Heimat. Es entspricht nicht den Forderungen nach Frieden, wenn noch fünf Jahre nach dem Kriege dieses einzigartige Naturdenkmal der Welt als Versuchsobjekt der englischen Luftwaffe gilt. Das Bombardement am 18. April 1945 hat gezeigt, daß dieses Felseneiland kein ernsthafter Faktor im modernen Kriege ist. Dagegen ist aber diese Insel der einzige Nothafen der gesamten Nordseefischerei. Als Träger des Leuchtfuers und einer Rettungsstation hat diese Insel eine große Bedeutung für die gesamte Schifffahrt. Der Parteitag unterstützt daher den Kampf der Helgoländer und der Küstenbevölkerung um die Rückgabe und den Wiederaufbau ihrer Heimatinsel. Er fordert die Bundesregierung auf, sich bei den Hohen Kommissaren dafür einzusetzen, daß das Zerstörungswerk sofort eingestellt wird.

## **Sozialdemokratie und Rundfunk**

Der Rundfunk verfügt neben seinen kulturellen und der Unterhaltung dienenden Möglichkeiten auch über bedeutende Mittel zur politischen Meinungsbildung. Deshalb ist die Unabhängigkeit dieses öffentlich-rechtlichen Instituts von jeder demokratischen Kontrolle eine Gefahr für das öffentliche Leben. Die ständigen Versuche politischer und weltanschaulicher Kräfte zur verstärkten Einflußnahme auf die Programme der Sender erfordern unsere erhöhte Wachsamkeit.

Der Parteitag fordert deshalb die Schaffung eines öffentlich verantwortlichen Beirats bei jeder Rundfunkanstalt, der sichern soll, daß die politischen Teile der Rundfunkprogramme unvoreingenommen der Aufklärung des Volkes dienen. Bis dahin werden die Genossen aufgefordert, alle gebotenen Möglichkeiten — darunter die des unmittelbaren Protestes — auszunutzen, um den Kräften entgegenzutreten, die den Rundfunk zu einem Machtinstrument der regierenden Kreise machen und öffentliche Mittel damit mißbräuchlich verwenden.

# **An den Parteivorstand überwiesene Anträge:**

## **Antrag 1: Bezirksvorstand Mittelrhein**

Der Parteitag wolle beschließen: Die durch die Zonenbildung zeitweilig bedingte Abtrennung aus früheren Bezirksgebieten ist aufzuheben und die Rückgliederung dieser Gebiete an die Stammbezirke nach dem Stande von 1932 vorzunehmen.

## **Antrag 2: Bezirksparteitag Niederrhein**

Der Parteitag wolle beschließen: Die Neugliederung der Organisation ist, entsprechend den veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen, beschleunigt durchzuführen. Auf ehemalige Länder- und Provinzgrenzen darf hierbei keine Rücksicht genommen werden.

## **Antrag 3: Bezirksparteitag Hamburg-Nordwest**

Der Parteitag wolle beschließen: Der beim Parteivorstand tätige kommunalpolitische Ausschuß mit dem Sitz in Hannover wird mit sofortiger Wirkung mindestens zu 50 Prozent aus parteigenössischen Mitgliedern der kommunalen Verwaltung zusammengesetzt.

## **Antrag 14: Bezirksvorstand Mittelrhein**

Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, Maßnahmen durchzuführen zur Erhebung eines Kulturbeitrages.

Zu diesem Zwecke sind Kulturmarken von 25 Pfennig und 1 DM zum Verkauf anzubieten.

Der Parteitag verpflichtet gemäß § 8 des Organisationsstatutes alle Parteimitglieder mit einem Monatseinkommen von über 300 DM, monatlich mindestens 25 Pfennig Kulturbeitrag zu zahlen.

Der Ertrag dieser Kulturmarke ist zweckgebunden und steht ausschließlich für die kulturpolitische Arbeit (Schulung usw.) zur Verfügung.

Ein Viertel des Kulturbeitrages soll für die Unterstützung der Kulturarbeiten in schwachen Parteibezirken verwandt werden.

## **Antrag 16: Bezirksvorstand und -ausschuß Niederbayern-Oberpfalz**

Der Parteitag wolle beschließen: Der jeweilige erste politische Sekretär und der Organisationssekretär eines jeden Bezirkes werden vom Parteivorstand angestellt und besoldet.

## **Antrag 17: Ortsverein Hürth**

Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, für alle Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei eine Unfallversicherung für Schadensfälle im Dienste der Partei abzuschließen.

## **Antrag 26: Bezirk Rheinland - Hessen - Nassau**

Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, umgehend eine Stellungnahme zum Artikel 29 des Grundgesetzes derart bekanntzugeben, daß die einzelnen Bezirksorganisationen der Partei in der Lage sind, bei der Diskussion zur Ländergrenzenfrage sich auf die einheitliche Auffassung der Sozialdemokratischen Partei zur Neugliederung der deutschen Bundesländer beziehen zu können.

## **Antrag 27: Kreisverein Lübeck**

Der Parteitag wolle beschließen: Angesichts der finanziellen Sorgen der Stadt Hamburg, der Lebensunfähigkeit Schleswig-Holsteins, der Schwierigkeiten Niedersachsens sowie der Isolierung der Stadt Bremen fordert der Parteitag den Parteivorstand auf, bei der Bundesregierung dahingehend zu wirken, daß sie baldigst die

Neugliederung des Bundesgebietes gemäß Artikel 29 des Grundgesetzes in Angriff nimmt, um Länder zu schaffen, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können.

#### **Antrag 29: Unterbezirk Göttingen**

Der Parteitag wolle beschließen: Hand in Hand mit der Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens hat der Aufbau der Verwaltungsorganisation vor sich zu gehen. Auch die letzte Insel autoritärer Staatsführung, bar jeder parlamentarischen Kontrolle, ist zu beseitigen. Die Mittelinstanz unseres Verwaltungsaufbaues in seiner heutigen Form als eines sogenannten „Schaltwerkes“ für den staatlichen Willen und dessen Durchsetzung nach unten ist nicht zeitgemäß. Aufgabenverlagerung in weitestgehendem Maße auf die Orts- und Kreisebene wird zu einer Vereinfachung der Verwaltung und Unmittelbarkeit zwischen Staatsbürger und Behörde führen. Parlamentarische Kontrolle in den unteren Instanzen wird in gleichem Maße wie bei den Zentralbehörden Gesetzmäßigkeit und einwandfreie Handhabung des Ermessens gewährleisten.

Die Mittelinstanz in ihrer gegenwärtigen Form entsprach der Existenz des Großstaates Preußen und seiner provinziellen Gliederung. Die Erweiterung der Zuständigkeit des kommunalen Bereiches zur Allzuständigkeit wird das Vorhandensein der Mittelinstanz überflüssig machen.

#### **Antrag 31: Landesorganisation Hamburg**

(durch Beschluß des Bezirksparteitages Hamburg-Nordwest unterstützt).

Der Parteitag wolle beschließen: Der Beschluß des Parteitages in Düsseldorf, ein grundsätzliches Programm der Sozialdemokratie aufzustellen, ist beschleunigt durchzuführen.

#### **Antrag 32: Bezirksvorstand Mittelrhein**

Der Parteitag wolle beschließen: Die Arbeiten am Parteiprogramm der SPD sollen beschleunigt weitergeführt werden. Der Parteivorstand wird beauftragt, einzelne Grundfragen dieses Programms zusammenzustellen und sie der Diskussion in den Bezirken zu unterbreiten. Die Ergebnisse dieser Diskussion sind als Material für die Ausarbeitung des neuen Programms zu verwerten.

#### **Antrag 34: Parteitag des Landesverbandes Groß-Berlin**

Der Parteitag wolle beschließen: Zur Rechtsstellung der Richter: Der Fall Hedler hat erneut die kritische Situation der deutschen Justiz deutlich werden lassen. Die Partei möge an allen in Frage kommenden Stellen dafür eintreten, daß die Rechtsstellung der deutschen Richter auch auf der Bundesebene im Sinne des im Berliner Stadtparlaments eingebrachten SPD-Entwurfes gesetzlich neu geregelt wird.

Danach soll künftig als Richter nur angestellt werden, wer nach seiner bisherigen Tätigkeit die Gewähr dafür bietet, daß er das Richteramt im Gebiete der Verfassung, nach den Grundsätzen der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit ausübt.

Die Überprüfung des Richterstandes darf sich nicht nur auf ehemalige Pg. erstrecken, sondern muß eine umfassendere sein, zumal sich in der Weimarer Republik besonders die aus deutschnationalem Lager stammenden Juristen überwiegend reaktionär betätigten und sich der Republik gegenüber ablehnend zeigten.

Die Richter sind nur auf eine begrenzte Zeit zu wählen, die nicht mit der Legislaturperiode des Bundesparlaments zusammenfällt. Eine Wiederwahl ist zulässig.

### **Antrag 35: Ortsverein Wesseling**

Der Parteitag wolle beschließen: Der Freispruch Hedlers in Neumünster wie auch die Freisprüche von Aktivisten des Dritten Reiches sind der Anfang eines Weges, der schon einmal ein schreckliches Ende fand.

Die Sozialdemokratische Partei befürwortet und unterstützt alle Schritte, die geeignet sind, einmal die junge demokratische Republik zu schützen, zum zweiten die nationalsozialistisch tendierte Justiz mit demokratischen Beamten zu besetzen, und zum dritten die Verbrecher ihrer gerechten Strafe zuzuführen.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand und die parlamentarischen Fraktionen, beim Bund und bei den Ländern, alle Schritte zu unternehmen, die hier zu einem Erfolg führen können.

### **Antrag 37: Kreisverein Lübeck**

Der Parteitag wolle beschließen: In der Erwägung, daß die richtige Verteilung der Bevölkerung eine unerläßliche Voraussetzung für eine ausgeglichene Beschäftigung im ganzen Bundesgebiet ist, ersucht der Parteitag den Parteivorstand, die Bundesregierung an ihre der Hohen Kommission gegebene Versicherung, daß sie es als ihre Aufgabe betrachte, Arbeitsstätten und Menschen zusammenzubringen, zu erinnern und gleichzeitig die Bundesregierung zu ersuchen, daß das Gros der in den grenznahen Agrarländern lebenden Heimatvertriebenen in die gewerbe-reichen Bezirke und Großstädte umgesiedelt wird und den bisherigen Hauptflüchtlingsländern ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden, um für die geringe Zahl der dort volkswirtschaftlich zweckmäßig anzusiedelnden Flüchtlinge Arbeitsplätze und Erwerbsgelegenheiten zu schaffen.

Der Parteitag bittet den Parteivorstand ferner, an den Bundesarbeitsminister das Ersuchen zu richten, die Öffentlichkeit allmonatlich durch Bekanntgabe der Arbeitslosen in den Ländern in Zahlen und in Verhältnissätzen über die wahre Arbeitslosigkeit zu unterrichten. Für die Meinungsbildung der Wählerschaft ist es wichtig, daß sie erfährt, daß neben einer Arbeitslosigkeit von 5 oder 6 v. H. in den Industriegebieten Württemberg und Nordrhein-Westfalen gleichzeitig in Niedersachsen und Schleswig-Holstein Arbeitslosenziffern von 20 und 30 v. H. nachzuweisen sind.

### **Antrag 39: Unterbezirk Göttingen**

Der Parteitag wolle beschließen: Zur Förderung einer sozialen Fortentwicklung der Gesundheitsgesetzgebung wird gefordert:

1. die Ausdehnung der Sozialversicherung auf die Gesamtbevölkerung, da nur hierdurch in wirklich sozialem Geiste die Notwendigkeit eines Teiles der Bevölkerung auf das ganze Volk verteilt werden kann; als ersten Schritt auf dem Wege der Ausweitung der Sozialversicherung die Erhöhung der Einkommensgrenze für Sozialversicherte auf 7200 DM Jahreseinkommen.
2. Die Vereinheitlichung des Kassenwesens, wodurch die Verwaltungskosten gesenkt werden können.
3. Klare Selbstverwaltung für die gesamte Sozialversicherung und Schaffung von selbständigen Sozialversicherungsbezirken, die eine persönliche Fühlungnahme zwischen Sozialversicherung und Versicherten ermöglichen.
4. Der Parteitag protestiert gegen die noch bestehenden Apothekerprivilegien, die Übergewinne in der pharmazeutischen Industrie und insbesondere die unerhört hohen Ausgaben für innerdeutsche Reklame. Der Parteitag fordert die Beseitigung des reinen Profitstrebens in der pharmazeutischen Industrie und im Medikamentenhandel.
5. Der Parteitag fordert erneut die Bildung eines Gesundheitsministeriums, an dessen Seite zur Planung der Gesundheitspolitik ein Bundesgesundheitsrat stehen muß.

#### **Antrag 40: Unterbezirk Göttingen**

Der Parteitag wolle beschließen: Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird beauftragt, bei der Neuordnung der Sozialversicherung bei den Pflichtleistungen der Krankenkassen für die Hausfrauenhilfe zu wirken. — Es sind Hilfskräfte der Krankenkassen mit der Bezeichnung „Krankenkassen-Hausschwester“ anzustellen. Ihre Aufgabe ist es, die Hausfrauenarbeit in Hausgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren im Falle der Erkrankung der Hausfrau zu übernehmen, soweit ausreichende und zumutbare Verwandtschaftshilfe nicht vorhanden oder mangels eigener Mittel keine Eigenhilfe möglich ist. Die Hausfrauenhilfe wird auf begründeten Antrag für versicherungspflichtige Arbeitnehmer kostenlos, für freiwillig versicherte Mitglieder nach Prüfung der Bedürftigkeit gewährt. Die staatlichen oder kommunalen Gesundheitsämter sind zweckmäßig einzuschalten.

#### **Antrag 42: Kreisverein Bremen**

Der Parteitag wolle beschließen: Der Beschluß des Düsseldorfer Parteitages, betreffend Schaffung eines sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramms, ist schnellstens durchzuführen.

#### **Antrag 44: Ortsverein Passau**

Der Parteitag wolle beschließen: Der nächste Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands findet in Passau statt.

#### **Antrag 45: Bezirk Rheinhessen**

Der Parteitag wolle beschließen: Der nächste Parteitag der SPD soll in Mainz stattfinden.

#### **Antrag 50: Stadtkreis Offenbach a. M.**

Der Parteitag wolle beschließen: Durch die gesetzliche Regelung der von der SPD seit Bestehen erhobenen Forderung der Schulgeld- und Lernmittelfreiheit in verschiedenen Ländern Westdeutschlands, erwächst für die Partei eine Verpflichtung, stärksten Einfluß auf die inhaltliche Gestaltung der Lehrbücher und Lernmittel zu nehmen.

Jede Nachlässigkeit auf diesem Gebiet kann sich so auswirken, daß mit Hilfe der von uns geschaffenen Voraussetzungen eine Erziehung in einem uns entgegengesetzten Sinne erfolgt.

Mit der gesetzlichen Regelung der Schulgeld- und Lernmittelfreiheit muß sich die Partei in allen Einrichtungen des Staates für eine Regelung der Begabtenauslese und einer Neuregelung der Lehrerbildung einsetzen.

Die Partei hat weiterhin die Aufgabe, Lehrbücher zu schaffen, die für die Nachwuchsschulung im politischen Unterricht von Bedeutung sind. Um nur einige Beispiele zu nennen, werden aufgeführt:

- a) Die deutsche Geschichte;
- b) Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland;
- c) Die Geschichte der Sozialdemokratie in Deutschland;
- d) Lehrbuch der materialistischen Geschichtsauffassung.

Alle in der Kulturpolitik tätigen Sozialdemokraten sind auf diese Aufgabengebiete durch die Partei hinzuweisen und durch eine von der Partei organisierte Zusammenarbeit zur Lösung dieser Aufgaben zu bringen.

#### **Antrag 51: Stadtkreis Offenbach a. M.**

Der Parteitag wolle beschließen: In allen Ortsvereinen sind Ortsvereinsbibliotheken einzurichten und ein verantwortlicher Bibliothekar zu wählen. Soweit es möglich ist, sind Bibliothekszimmer und Lesezimmer zu schaffen und für eine

regelmäßige Ausleiher zu sorgen. Dort, wo vor 1933 Ortsvereins-Bibliotheken vorhanden waren, ist auf dem Wege der Wiedergutmachung ein schneller Neuaufbau der Bibliotheken zu fördern.

#### **Antrag 54: Kreisverband Bonn-Stadt und -Land**

Der Parteivorstand wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, ein umfassendes kulturpolitisches Aktionsprogramm auszuarbeiten und dem nächsten Parteitag vorzulegen.

Insbesondere sind folgende Sachgebiete zu berücksichtigen: Schulreform und Lehrerbildung, grundlegende Hochschulreform, Berufslenkung und Berufsausbildung, Erwachsenenbildung, Förderung der Gruppenbildung durch Errichtung kommunaler Klub- und Versammlungshäuser.

#### **Antrag 69: Bezirke Hannover, Weser-Ems, Hessen-Süd**

Die sozialdemokratische Schulpolitik ist in allen deutschen Ländern und Gemeinden an folgenden grundsätzlichen Forderungen zu orientieren:

1. Alle Privilegien auf Bildungserwerb sind aufzuheben. Bildungsgang und Lernmittel müssen unentgeltlich sein.
2. Das öffentliche Schulwesen ist als differenzierte elastische Einheitsschule mit zwölf aufsteigenden Jahrgängen aufzubauen.
3. Die öffentlichen Schulen sind als Gemeinschaftsschulen einzurichten, in denen Schüler und Lehrer aller Glaubensrichtungen gleichberechtigt sind.
4. Staat und Gemeinden, die sich bemühen, das öffentliche Schulwesen auf höchste Leistungsfähigkeit zu bringen, dürfen die Steuergelder der Allgemeinheit nicht zur Unterhaltung von Privatschulen verwenden. Wenn bestimmte Kreise für ihre Kinder private Sonderschulen wünschen, obwohl öffentliche Schulen zur Verfügung stehen, müssen sie auch selbst für die Kosten aufkommen.
5. Die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter hat durch beide Geschlechter zu erfolgen.
6. Die Eltern haben das Recht, die religiöse Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen. Die Erteilung von Religions- und Weltanschauungsunterricht muß Anlegenheit der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sein. Kindern und Lehrern dürfen wegen ihrer Teilnahme oder Nichtteilnahme an diesem Unterricht und wegen ihrer Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft weder Vorteile noch Nachteile erwachsen.
7. In allen Schulen ist die Zusammenarbeit mit der Elternschaft zu pflegen. Durch Elternbeiräte, Elternversammlungen und Beteiligung an der Schulverwaltung ist der Elternschaft ein gebührender Einfluß auf das Schulwesen zu sichern.
8. Die Ausbildung aller Lehrer ist an Universitäten oder Hochschulen mit Universitätsrang durchzuführen. Auf einer gemeinsamen pädagogischen Grundausbildung für die Lehrer aller Schulzweige sind die verschiedenen Fachstudien aufzubauen. Pädagogisch begabten Menschen ist der Zugang zur Lehrerbildung auch ohne Reifezeugnis zu ermöglichen.

#### **Zur Jugendfrage**

Der Parteitag möge seine Zustimmung zur Behandlung der verspätet eingebrachten Entschließung in der Weise geben, daß das Problem „Arbeitsdienst und Jugendarbeitslosigkeit“ unverzüglich durch den Jugendausschuß beim Parteivorstand unter Hinzuziehung von je zwei Vertretern aus den Bezirken behandelt wird.



# **Agrarpolitisches Aktionsprogramm der SPD**

(5. Entwurf vom Februar 1950)

Der zweite Weltkrieg hat die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verflechtungen innerhalb Deutschlands und mit der Welt zerstört. Das politische und wirtschaftliche Weltgeschehen steht immer stärker im Zeichen von zwei völlig voneinander abweichenden Systemen: dem östlichen totalitären Kollektivismus und dem westlichen Kapitalismus. Die deutsche Sozialdemokratie lehnt beide Tendenzen ab und setzt an deren Stelle die Idee des demokratischen, freiheitlichen Sozialismus.

Die Probleme der Neuordnung der deutschen Volkswirtschaft nach dem zweiten Weltkriege können nur aus dieser Idee heraus ihre Lösungen finden. Die Größe dieser Aufgabe verlangt gebieterisch eine weitsichtige Planung und Lenkung des Neuaufbaus. In die Gesamtwirtschaftsplanung ist die Landwirtschaft als ein entscheidender Teil der deutschen Volkswirtschaft einzubeziehen. Ihr Bestand und ihr Gedeihen sind für Deutschlands Wirtschaftsleben eine Notwendigkeit. Die deutsche Landwirtschaft ist außerdem ein bedeutsamer Faktor für die Gestaltung der Stellung Deutschlands innerhalb der europäischen Großraumwirtschaft. Ihre Leistungen werden auch die Beziehungen Deutschlands zur Weltwirtschaft maßgebend bestimmen.

## **Forderungen und Ziele der sozialdemokratischen Agrarpolitik**

Die deutsche Sozialdemokratie bekennt sich zu einer Agrarpolitik, die der Landwirtschaft hilft, ihre wirtschaftlichen Leistungen ständig zu erhöhen, um damit zu einer besseren Ernährung des deutschen Volkes und zu einer besseren Ordnung der sozialen Verhältnisse aller arbeitenden Menschen auf dem Lande zu kommen. Sie will die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen dafür schaffen, daß die deutsche Landwirtschaft den Anteil am Sozialprodukt und an den kulturellen Gütern erhält, der ihr nach ihrer Bedeutung zukommt.

Die Sozialdemokratie ist bestrebt, die soziale Gleichberechtigung und damit den sozialen Frieden zwischen den arbeitenden Menschen in allen Wirtschaftszweigen herbeizuführen. Sie will damit alle Gegensätze zwischen Stadt und Land überwinden.

### **I.**

## **Reform der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse**

Die deutsche Sozialdemokratie erkennt das Privateigentum an Grund und Boden für diejenigen Menschen an, die mit ihrer und ihrer Familie Arbeitskraft den entscheidenden Anteil an der zur vollen Produktionsfähigkeit des Betriebes notwendigen Arbeit leisten.

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands zwingt auch dort zu einer intensiven Benutzung des Bodens, wo die natürlichen Verhältnisse eine solche Wirtschaftsweise erschweren. Die Veredelungswirtschaft muß sich im Wettbewerb mit anderen europäischen Erzeugungsgebieten behaupten können. Diese Aufgaben können nur von einer bäuerlichen Landwirtschaft gelöst werden, in der das Eigentum am Boden die Grundlage wirtschaftlicher und sozialer Freiheit ist, weil der Ertrag der Arbeit am Boden ungeschmälert denen zukommt, die diese Arbeit tatsächlich leisten. Die gegenwärtige Agrarverfassung und die Eigentumsverhältnisse haben sich zum Teil als ein entscheidendes Hemmnis für eine gesunde Weiterentwicklung der deutschen Landwirtschaft erwiesen. Durch den maßgeblichen Einfluß des Großgrundbesitzes auf Deutschlands Agrarpolitik ist bisher die Intensivierung und Modernisierung der Masse der bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe zum Schaden des ganzen deutschen Volkes zurückgehalten worden.

Zur Überwindung der Folgen dieses Zustandes ist eine gründliche Bodenbesitzreform erforderlich, welche die Neugestaltung des Eigentums zur sozialen und wirtschaftlichen Befreiung der Bauern und Landarbeiter zum Ziele hat.

Dazu fordert die Sozialdemokratie:

- a) Die Enteignung des Großgrundbesitzes in Privathand über 100 ha oder 130 000 DM Einheitswert zur Erhaltung und Vermehrung der frei veräußerlichen und vererbaren bäuerlichen Betriebe durch Neu- und Anliegersiedlung. Kein Betrieb darf durch Abverkäufe oder Erbteilung unter die Größe eines Familienbetriebes gebracht werden. Zur Unterbringung einer möglichst großen Zahl von selbständigen Bauernfamilien auf eigenem Grund und Boden wird die Beseitigung des Besitzes oder der Nutzung mehrerer Bauernhöfe in der Hand eines Besitzers gefordert, desgleichen die Überführung der Betriebe, die sich im Besitz von Berufsfremden befinden, in die Hand eines Bauern. Die vorstehende Forderung gilt auch, wenn der Nutzungsberechtigte neben einem oder mehreren landwirtschaftlichen Betrieben einen oder mehrere gewerbliche Betriebe nutzt oder besitzt, die unabhängig von dem landwirtschaftlichen Betrieb fortgeführt werden können und eine Grundlage für eine selbständige Existenz bieten.
- b) Grundsätzlich sind die seit mehr als einer Generation (30 Jahre) verpachteten landwirtschaftlichen Nutzflächen und Betriebe in Privathand in das Eigentum der den Boden bearbeitenden Pächter zu überführen. Bis zur Durchführung dieser Maßnahmen sind die geltenden Pächterschutzbestimmungen zu erhalten, beziehungsweise zu erweitern.
- c) Erhaltung und Vermehrung von Heimstätten für Landarbeiter in Eigenbesitz oder in Gemeindeeigentum.  
(Siehe den diesem Programm anhängenden Entwurf eines Bodenbesitzreformgesetzes.)

Alle gesetzlichen und tatsächlichen Hindernisse der Wanderung des Bodens zum besten Wirt im Sinne der besten volkswirtschaftlichen Leistung sind zu beseitigen. Insbesondere darf das Boden- und Erbrecht weder Privilegien aufrechterhalten oder schaffen und die Besitzersplitterung unter die Größe eines Familienbetriebes begünstigen, noch die höchstmögliche Produktivität der Bodennutzung verhindern. Deshalb sind die Bodenverkehrsvorschriften im Sinne dieser Forderung neu zu fassen und bundesrechtlich zu verankern. Jede Bodenspekulation und jeder Bodenpreiswucher sind zu unterbinden.

## II.

### **Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung**

Grundvoraussetzung eines neuen deutschen Wohlstandes ist die optimale Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Steigende Intensität und steigende Produktion werden aber nur mit durchgreifenden Förderungsmaßnahmen zu erreichen sein. Sie sind ohne weitsichtige Planung im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft unmöglich und können insbesondere nicht aus dem eigenen Vermögen der Landwirtschaft ausreichend und schnell genug erreicht werden.

Das Ziel aller Förderungsmaßnahmen muß die Steigerung der landwirtschaftlichen Ernährungsleistung je Flächeneinheit sein. Sie muß durch die beste Nutzung des Bodens von jedem einzelnen Betrieb gefordert werden. Die Förderung beginnt beim Einzelbetrieb durch Festlegung eines ernährungswirtschaftlichen Leistungszieles und durch Beratung zur Errichtung dieses Zieles. Zur Vermeidung jeder Form von Zwangswirtschaft und Bürokratisierung ist die volkswirtschaftliche Leistung durch ein Zusammenwirken von Leistungsziel, Preisen und Steuern so zu messen, daß dem einzelnen Wirt ein weiter Spielraum für die Betätigung seiner

Verantwortungsbereitschaft, seiner Initiative, seiner speziellen Kenntnisse und Neigungen und für die Berücksichtigung der naturgegebenen Umstände bleibt. Nur so ist der soziale Aufstieg der Bauern und die wirtschaftliche Sicherung der Betriebe zu erreichen. Betrieben und ihren Besitzern, die schuldhaft ihren Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit nicht nachkommen, billigt die Sozialdemokratie keinen Schutz zu.

Zu den allgemeinen Förderungsmaßnahmen im Interesse der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion gehören:

- a) Die durchgreifende Flurbereinigung als eine unumgängliche Voraussetzung für die Hebung der Wirtschaftlichkeit und für die Einführung moderner Produktionsmethoden in der Landwirtschaft. Die bisherigen gesetzlichen Verfahren sind zeitlich abzukürzen und formell zu vereinfachen. Die Übernahme eines wesentlichen Teiles der Kosten für die Flurbereinigung gehört zu den Leistungen, die aus allgemeinen Mitteln bestritten werden müssen.
- b) Die Verbesserung der landwirtschaftlichen Nutzflächen durch Inanspruchnahme größerer, über die Grenzen von Gemeinden und Kreisen hinausgehender Landkulturaufgaben, Flußregulierungen und Eindeichungen sowie durch örtliche Ent- und Bewässerungsmaßnahmen, Gewinnung neuer landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Abholzung dafür geeigneter Waldböden.
- c) Die Aufforstung aller landwirtschaftlich nicht mehr nutzbaren geringwertigen Böden, der Ödländereien sowie der Kahlschläge zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit.
- d) Weitgehende Mechanisierung und Technisierung der bäuerlichen Betriebe in Haus, Hof und auf dem Acker.
- e) Weitgehende Unterstützung bei der Errichtung von Anlagen und Einrichtungen, die im Zuge der Einführung rationeller und billiger Wirtschaftsmethoden einem gemeinsamen Interesse dienen.
- f) Förderung der Forschung auf allen Gebieten der Landwirtschaft als Voraussetzung für die stetige Fortentwicklung der Erzeugung sowie der sozialen Hebung des Berufsstandes. Auswertung der Forschungsergebnisse für die tägliche Praxis auch der kleinen und kleinsten bäuerlichen Betriebe.

Der Erfolg aller Förderungsmaßnahmen ist abhängig von einer umfassenden Änderung des landwirtschaftlichen Bildungs-, Schulungs- und Beratungswesens. Dazu sind folgende einzelne Forderungen aufzustellen:

- a) gründliche Verbesserung des ländlichen Schulwesens.
- b) ordentliche Landwirtschaftslehre mit Abschlußprüfung.
- c) Ausbau landwirtschaftlicher Berufsschulen und Einführung von Volkshochschulen auf dem Lande,
- d) Ausbau des landwirtschaftlichen Fachschulwesens unter staatlicher Aufsicht,
- e) Schaffung allgemeiner Bildungsmöglichkeiten auf dem Lande durch Errichtung von Büchereien usw.,
- f) Betriebsberatung für alle bäuerlichen Betriebe; sie ist eine volkswirtschaftliche Aufgabe und soll dem Einzelbetrieb dabei helfen, die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen,
- g) Erhaltung und Förderung des Genossenschaftswesens als Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte der Landwirtschaft. Die Genossenschaften sind zugleich als eine dem Lande angepaßte Organisationsform hervorragend geeignet, zur Hebung des geistigen und kulturellen Niveaus der Landbevölkerung beizutragen und damit die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte auf dem Lande zu entwickeln.

### III.

#### **Sicherung der Preise und des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse**

Die Forderung einer landwirtschaftlichen Anbauplanung und die Verpflichtung der Landwirtschaft zur Produktionssteigerung schließt als unentbehrliche Ergänzung die Gewährung angemessener Preise und eine Regelung des Absatzes ein. Daraus ergeben sich folgende Einzelforderungen:

- a) Die Sozialdemokratie tritt im Interesse einer stetig steigenden Produktion und eines möglichst krisenfreien Ablaufes der Landwirtschaft für Agrarpreise ein, die in einem angemessenen Verhältnis zu allen anderen Preisen stehen und insbesondere eine sozial gerechte Entlohnung der landwirtschaftlichen Arbeiter ermöglichen.
- b) Zur Sicherung des Arbeitsertrages der Erzeuger und zum Schutz der Kaufkraft der Verbraucher sind energische Maßnahmen zur Beseitigung von volkswirtschaftlich ungerechtfertigter Verarbeitungs- und Handelsspannen erforderlich. Die Sozialdemokratie sieht in der Sicherung des kürzesten und daher billigsten Weges vom Erzeuger zum Letztverbraucher eine vordringliche Aufgabe, um den Handelsapparat auf den volkswirtschaftlich vertretbaren Umfang zu beschränken. Sie tritt deshalb auch für eine Zusammenarbeit zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften und den Verbrauchergenossenschaften ein.
- c) Die Planung der landwirtschaftlichen Erzeugung und das ernährungswirtschaftliche Leistungsziel sind durch eine überbürokratische Marktregelung zu ergänzen, die den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage sichert. Zur Ergänzung der Maßnahmen für stabile Preise und geregelten Absatz ist die Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und die Verbesserung ihrer Qualitäten erforderlich.
- d) Der Marktausgleich im gesamten Ernährungsbereich verlangt eine staatliche Vorratswirtschaft für die wichtigsten Lebensmittel.
- e) Einfuhren von Lebensmitteln dürfen die Entwicklungsmöglichkeiten der einheimischen Landwirtschaft nicht beeinträchtigen und sind deshalb bis zur Herstellung einer europäischen Wirtschaftseinheit durch Einführung des staatlichen Außenhandelsmonopols für Getreide, Futtermittel, Öle und Fette zu regeln.

### IV.

#### **Ordnung des landwirtschaftlichen Kredits**

Der Neuaufbau der Landwirtschaft, die Technisierung und Modernisierung der Betriebe machen eine Neuaufnahme von Krediten notwendig. Die Bereitstellung dieser Kredite ist der Landwirtschaft aus eigenen Kräften in dem erforderlichen Ausmaß nicht möglich und muß deshalb als eine Aufgabe der Volkswirtschaft anerkannt werden. Im Rahmen der allgemeinen Kreditlenkung sind darum der Landwirtschaft die erforderlichen Kredite zur Verfügung zu stellen.

Dem kurz- und mittelfristigen Personalkredit ist gegenüber dem langfristigen Realkredit im Interesse der Begünstigung des tüchtigen Landwirts der Vorzug zu geben. Die Prüfung der persönlichen Kreditwürdigkeit muß ergänzt werden durch eine mit der Betriebsberatung verbundene Überprüfung der Dringlichkeit und der Verwendung der Kredite.

Der langfristige Agrarkredit ist vorwiegend zur Finanzierung von Siedlungen, Flurbereinigung, Meliorationen und genossenschaftlichen Einrichtungen bereitzustellen.

Die Investitionen in der Landwirtschaft dürfen nicht hinter die Investitionen in anderen Bereichen der Volkswirtschaft zurückgestellt werden.

## V.

### **Grundsätze für die Besteuerung der Landwirtschaft**

In Anbetracht der allgemeinen Verarmung Deutschlands und der großen sozialen Aufgaben sind alle Wirtschaftszweige entsprechend ihrem volkswirtschaftlichen Leistungsvermögen an der Steueraufbringung zu beteiligen.

Das steuerpolitische Ziel für die Landwirtschaft muß eine Vereinfachung des Steuersystems sein, das sozial gerecht und produktionsfördernd ist. Das Schwerkraft der landwirtschaftlichen Besteuerung ist auf die Grundertragssteuer (Besteuerung des Grund und Bodens nach der Leistungsfähigkeit) zu legen. Damit wird verhindert, daß überdurchschnittliche persönliche Leistungen durch ein ungerechtes Steuersystem beeinträchtigt werden. Andererseits muß dieses Steuersystem dazu helfen, die ernährungswirtschaftliche Leistung des Betriebes und die Einordnung in die preislich gesicherte Erzeugungsplanung zu kontrollieren und den Boden in die Hand des besseren Wirtes zu bringen.

## VI.

### **Gestaltung des landwirtschaftlichen Organisationswesens**

Bestimmte politische Gruppen haben es immer wieder verstanden, landwirtschaftliche Organisationen zu gefügigen Werkzeugen ihrer Interessen zu machen. Der daraus insbesondere den mittleren und kleinen Betrieben erwachsene Schaden hat sich verhängnisvoll für die deutsche Volkswirtschaft ausgewirkt. Die Sozialdemokratie tritt daher für grundlegende Reform aller landwirtschaftlichen Verwaltungs- und Selbstverwaltungsorgane unter Herausstellung folgender Grundsätze ein:

- a) Die Durchführung hoheitlicher Aufgaben auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft und der Landwirtschaft ist ausschließlich Angelegenheit des Staates. Die SPD bejaht im Interesse einer gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung und des Ausgleichs unterschiedlicher Verhältnisse in der landwirtschaftlichen Produktion in grundsätzlichen Fragen das Weisungsrecht einer die Ernährung und Landwirtschaft zusammenfassenden Bundes-Zentralinstanz an die gesamte Ernährungs- und Landwirtschaftsverwaltung auf allen Ebenen der Verwaltung und Selbstverwaltung.

Solche Hoheitsaufgaben sind insbesondere:

1. Planung der landwirtschaftlichen Erzeugung,
2. Markt- und Preisregelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse,
3. Sicherstellung der Versorgung der Verbraucher mit allen lebenswichtigen Erzeugnissen der Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft.

- b) Die Organisationen der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung (Landwirtschaftskammern) müssen demokratisch unter gleichmäßiger Beteiligung aller zur Landwirtschaft gehörenden Bevölkerungsteile gebildet werden. Die Sozialdemokratie fördert den Zusammenschluß der Bauern und Landwirte zu echten demokratischen Berufsverbänden. Sie sieht in dem Zusammenschluß der Landarbeiter in der Gewerkschaft das geeignete Mittel, um sie zu gleichberechtigten Sozialpartnern in der Landwirtschaft zu machen.

## VII.

### **Soziale und sozialpolitische Ziele**

Die Landwirtschaft bildet die Lebensgrundlage für große Teile des deutschen Volkes. Diese Grundlage wirtschaftlich gesund zu halten, und die aus ihr stammenden Lebenskräfte dem deutschen Volke in seiner gegenwärtigen Not zu er-

halten, bedeutet nach Auffassung der Sozialdemokratie eine wirksame Sicherung der neuen Sozial- und Wirtschaftsordnung der Deutschen in einer geistig und materiell neu geordneten Völkergemeinschaft.

Zur Erreichung dieses Zieles wird sich die SPD vor allem für die Schaffung sozial gerechter und fortschrittlicher Lebensbedingungen auf dem Lande einsetzen. Die landwirtschaftliche Arbeit muß wie jede andere Facharbeit gewürdigt und bewertet werden.

Ein umfassendes Arbeits- und Sozialgesetz, das den besonderen Bedingungen der Landwirtschaft gerecht wird, ist zu schaffen.

Für alle das Land bearbeitenden Menschen sind die Bestimmungen der Sozialversicherung, des Arbeitsschutzes, besonders für Kinder, Jugendliche und Frauen im gleichen Umfange, wie sie für andere Berufe gelten, durchzuführen.

Auch für die selbständigen Bauern und ihre Familien ist eine ausreichende Kranken-, Invaliden- und Altersversorgung mit staatlicher Hilfe zu schaffen.

Im Bewußtsein ihrer hohen Mitverantwortung für die Neugestaltung der landwirtschaftlichen Verhältnisse wendet sich die Sozialdemokratie mit diesem Aktionsprogramm an die deutsche Landwirtschaft. Das Programm umfaßt alle unmittelbaren Gegenwartsaufgaben. Ihre Inangriffnahme und Lösung hängen davon ab, ob es gelingt, die Sache der Landwirtschaft zu einer Angelegenheit des ganzen Volkes zu machen. Die Sozialdemokratie wird als die große Partei aller Schaffenden sich mit ihrer ganzen Kraft für die Verwirklichung dieser Ziele und dieser Politik einsetzen.

# Gesetzentwurf über die Bodenreform

Die äußere Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung gehört zu den Grundvoraussetzungen eines neuen deutschen Wohlstandes.

Im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung hat sich die Agrarverfassung und die Eigentumsordnung als ein Hemmnis für eine gesunde Weiterentwicklung der deutschen Landwirtschaft erwiesen. Während die falsche Bewertung landwirtschaftlicher Arbeit insbesondere den kleinen Eigentümern schwere wirtschaftliche Opfer zumutete und ihre Initiative hemmte, hat der Großbesitz die Landflucht hervorgerufen. Durch seinen überwiegenden Einfluß auf die Agrarpolitik hat er die Intensivierung und Modernisierung der bäuerlichen Betriebe zurückgehalten und den von ihm abhängigen Teil der landarbeitenden Bevölkerung auf ein unerträglich niedriges Niveau herabgedrückt.

Zur Überwindung der Folgen dieser Entwicklung ist eine gründliche Bodenreform nötig. Sie hat nach folgenden Gesichtspunkten zu geschehen:

1. Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung nach Gehalt und Menge.
2. Vermehrung und wirtschaftliche Stärkung der bäuerlichen Eigentümer, wobei vor allem auf wirtschaftlich leistungsfähige und sozial wertvolle Familienbetriebe Wert gelegt wird.
3. Eingliederung aller in der Landwirtschaft tätigen Menschen in eine gerechte, soziale Ordnung, um ihre Arbeitsfreude und damit ihre Leistungsfähigkeit zur vollen Entfaltung zu bringen.

Zur Durchführung einer Bodenreform, der Produktionssteigerung und des sozialen Ausgleichs wird folgendes Gesetz beschlossen:

## § 1

Alle land- und forstwirtschaftlich nutzbaren Flächen, die sich in Privathand befinden, unterliegen der Bodenreform nach diesem Gesetz.

Land- und forstwirtschaftlicher Grundbesitz der öffentlichen Hand, gemeinnütziger Körperschaften und Kirchen fällt ebenfalls unter dieses Gesetz, wenn seine gegenwärtige Verwendung den Grundsätzen der Bodenreform widerspricht.

## § 2

Für die Bodenreform werden die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach § 1 entsprechend ihrer Größe in fünf Gruppen eingeteilt.

### Gruppe I

#### Hauswirtschaftliches Eigentum

umfaßt die Betriebe, die nebenberuflich genutzt werden, deren landwirtschaftlich nutzbare Fläche 0,5 Hektar und deren Einheitswert 650 DM nicht übersteigt.

### Gruppe II

#### Familienwirtschaftliches Eigentum

umfaßt Betriebe, die nicht in die Gruppe I fallen, deren landwirtschaftlich nutzbare Fläche nicht größer als 30 Hektar ist und deren Einheitswert nicht höher als 39 000 DM ist.

## **Gruppe III**

### **Großbäuerliches Eigentum**

umfaßt Betriebe, die nicht in die Gruppe I oder II fallen, deren landwirtschaftlich nutzbare Fläche nicht größer als 100 Hektar ist und deren Einheitswert nicht höher als 130 000 DM ist.

## **Gruppe IV**

### **Gutswirtschaftliches Eigentum**

umfaßt Betriebe, die nicht in die Gruppe I bis III fallen.

## **Gruppe V**

### **Forstwirtschaftliches Eigentum**

umfaßt alle forstwirtschaftlich nutzbaren Flächen außer solchen,

- a) die zu Betrieben der Gruppen I bis III gehören und nicht größer sind als 15 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche dieser Betriebe;
- b) forstwirtschaftlich nutzbare Flächen von Forstbetrieben oder von überwiegend forstwirtschaftlichen Betrieben bis zur Größe von 100 Hektar.

## **§ 3**

Das hauswirtschaftliche Eigentum (Gruppe I) bleibt frei veräußerlich und vererbbar. Es ist planmäßig zur Schaffung von Eigenheimen mit Gartenland zu vermehren. Es darf einer ordnungsmäßigen landwirtschaftlich oder gartenbaulichen Nutzung nicht entzogen werden und unterliegt den Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

## **§ 4**

Das familienwirtschaftliche Eigentum (Gruppe II) bleibt ebenfalls frei veräußerlich und vererbbar. Zu ihm gehören alle Betriebe, in denen der Besitzer mit seiner und seiner Familie Arbeitskraft den entscheidenden Anteil an der zur vollen Produktionsfähigkeit des Betriebes notwendigen Arbeit leistet. Diese Betriebe sind planmäßig in ihrem Besitz abzurunden, soweit sie bisher nicht voll lebensfähig sind. Zu diesem Zweck soll Land aus dem Eigentum der Gruppen III und IV und notfalls im Wege der Erbpacht aus dem Eigentum der Gemeinden beschafft werden.

Die Flurbereinigung ist soweit wie möglich im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen durchzuführen.

Betriebe der Gruppe II dürfen durch Erbteilung oder Abverkäufe nicht unter die Größe eines Familienbetriebes gebracht werden.

## **§ 5**

Das großbäuerliche Eigentum (Gruppe III) bleibt ebenfalls frei veräußerlich und vererbbar. Es kann jedoch zur Erfüllung der Aufgaben aus §§ 3 und 4 zu einer Landabgabe herangezogen werden. Durch diese Landabgabe darf die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Betriebes nicht in Frage gestellt werden. Kein Betrieb darf durch die Landabgabe unter die Größe eines Familienbetriebes gebracht werden.

Betriebe der Gruppe III, die ohne Verschulden des Eigentümers aus strukturellen Gründen in ihrer sozialen, finanziellen oder produktiven Leistung hinter dem vergleichbaren Durchschnitt merklich und ständig zurückbleiben, sind in zwei oder mehrere Betriebe aufzuteilen oder durch Landabgaben bis zur Größe eines Betriebes der Gruppe II zu verkleinern.



## § 6

Einen landwirtschaftlichen Betrieb kann nur besitzen, wer nach ordentlicher Berufsausbildung zu seiner sorgfältigen Bewirtschaftung in der Lage ist.

In der Hand eines Besitzers darf sich jeweils nur ein Betrieb befinden. Dabei ist es unerheblich, ob mehrere Betriebe getrennt bewirtschaftet werden oder nicht. Der Eigentümer hat die Wahl zwischen mehreren Betrieben. Übt er sie nicht innerhalb von sechs Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes aus, geht die Entscheidung auf die Siedlungsgesellschaft über.

Die vorstehende Regelung findet sinngemäße Anwendung, wenn der Nutzungsberechtigte neben einem oder mehreren landwirtschaftlichen Betrieben einen oder mehrere gewerbliche Betriebe nutzt oder besitzt, die unabhängig von dem landwirtschaftlichen Betrieb fortgeführt werden können und eine Grundlage für eine selbständige Existenz bieten.

Betriebe, die dem Ehegatten oder minderjährigen Kindern des Nutzungsberechtigten gehören, gelten als Betriebe eines Nutzungsberechtigten.

## § 7

Das gutswirtschaftliche Eigentum (Gruppe IV) wird den bisherigen privaten Eigentümern entzogen. Es wird von einer staatlichen Land- oder Siedlungsgesellschaft (siehe § 9) übernommen. Die Siedlungsgesellschaft soll das Land resp. die Betriebe verwenden:

1. zur Schaffung neuer Betriebe der Gruppen I und III im Wege eines Siedlungsverfahrens;
2. zur Weitergabe an Zusammenschlüsse von Siedlern (Siedlungsvereinen, -verbänden, -genossenschaften usw.), sofern diese die Gewähr für eine ordnungsgemäße Durchführung eines späteren Siedlungsverfahrens bieten;
3. zur Übertragung auf Gutsgesellschaften, wobei ihr das Recht einer finanziellen Beteiligung zusteht;
4. zur Übertragung an gemeinwirtschaftliche Unternehmungen, wie Genossenschaften und dergleichen;
5. zur Übertragung an den Staat zwecks Einrichtung selbstbewirtschafteter Betriebe;
6. zur Übergabe an Gemeinden als Verfügungsland.

Bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Eigentumsübertragung ohne Gefährdung der Erzeugung und unter Berücksichtigung der Grundsätze der Bodenreform möglich ist, kann die Siedlungsgesellschaft das ihr zugefallene Land oder die Betriebe selbst bewirtschaften.

Der Eigentumsübergang auf die Siedlungsgesellschaft erfolgt in jedem Fall sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes.

## § 8

Das forstwirtschaftliche Eigentum (Gruppe V) wird ebenfalls dem bisherigen privaten Eigentümer entzogen und geht in die Verfügungsgewalt der Siedlungsgesellschaft über.

Je nach Größe und Lage wird es zugeteilt:

- a) der staatlichen Forstverwaltung;
- b) den Gemeinden;
- c) den Betrieben der Gruppen II und III bis zu 15 Prozent der Fläche der Betriebe.

## § 9

Als Träger der Durchführung für alle Vorhaben der Bodenreform, die mit einem Wechsel von Eigentum an Grund und Boden verbunden sind, wird in jedem Land eine Siedlungsgesellschaft gebildet. Die Siedlungsgesellschaften führen durch:

- a) die Übernahme und Weitergabe der Betriebe bzw. Teile von Betrieben der Gruppe IV gemäß § 6 des Gesetzes;
- b) die prozentuale Landabgabe von Betrieben der Gruppe III nach Maßgabe des Bedarfes;
- c) die Neubegründung oder Abrundung von Betrieben der Gruppen I und II;
- d) die Übergabe von forstwirtschaftlich nutzbaren Flächen gemäß § 7;
- e) die Überführung von verpachteten Flächen oder Betrieben in Eigentum oder Erbpacht.

Zur Sicherung der Durchführung der Bodenreform sind Siedlungsausschüsse auf demokratischer Grundlage bei den Kreistagen zu bilden. Ihre Zuständigkeit und Zusammensetzung regelt das Statut der Siedlungsgesellschaft.

## § 10

Den Landgesellschaften obliegt auch die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den bisherigen Eigentümern und deren Gläubigern. Dabei gelten folgende Grundsätze:

- a) Die Eigentümer von Betrieben der Gruppe III werden für alle von ihnen geleisteten Landabgaben nach dem Einheitswert in bar oder durch Schuldverschreibungen entschädigt.
- b) Die Eigentümer von Betrieben der Gruppe IV und V werden:
  1. für die ersten 100 Hektar ihres Besitzes nach dem Einheitswert in bar oder durch Schuldverschreibungen entschädigt;
  2. für den darüber hinausgehenden Teil werden sie den Vertriebenen, Ausgebombten und anderen Vermögensgeschädigten gleichgestellt.

Vermögensverluste aus Maßnahmen der Bodenreform sind als Vorleistungen auf die zu erwartende allgemeine Vermögensabgabe anzusehen.

## § 11

Landwirtschaftlich nutzbare Flächen und landwirtschaftliche Betriebe in Privat-hand, die verpachtet sind, werden in das Eigentum dessen übergeführt, der den Boden bearbeitet. Dabei darf der bisherige Pächter wegen Mangel an eigenem Kapital nicht ausgeschaltet werden. Die Finanzierung der Übereignung oder die Überlassung der Erbpacht erfolgt in solchen Fällen durch die Siedlungsgesellschaft.

Verpachtung von Privatbesitz ist nur zulässig, wenn es sich darum handelt, einen Betrieb nach dem Tode des Besitzers für den Erben zu erhalten.

Landwirtschaftlich nutzbarer Grundbesitz der öffentlichen Hand, gemeinnütziger Körperschaft, Genossenschaften und Kirchen darf nur im Wege der Erbpacht oder zu einem so billigen Preis vergeben werden, daß die Pachtsumme nur eine unwesentliche Schmälerung des Arbeitsertrages bedeutet.

## Begrüßungsschreiben und Telegramme:

Ukrainische Sozialistische Partei im Exil, Augsburg

Partito Socialista Unitario, Roma

Partito Socialista dei Lavoratori Italiano, Milano

Heinrich Steinfeldt, Vorsitzender der SPD-Bürgerschafts-  
fraktion, Hamburg

Dina und Friedl Vogel, Nürnberg

Willy Fischer, Irma Keilhack, Erw. Lange, Willy Lausen,  
Bruno Leddin, z. Z. New York

Social Democratic Federation of USA, Kurt Lichtenstein,  
Gerhard Gerechter

Fritz Segall für die Vereinigung Deutscher Sozialdemokraten  
in Groß-Britannien

Lisa Albrecht

Julius Braunthal, Sekretär der Internationalen Sozialistischen  
Konferenz in London

Sozialdemokratische Partei Luxemburgs

Co-operative Commonwealth Federation of Canada, Ottawa

Sozialistische Partei Uruguay, Montevideo

Sozialistische Union Mittel- und Osteuropas, London

Sozialistische Partei Belgiens, Brüssel

Hans Böckler

Die Isländische Sozialdemokratische Partei

Großbetrieb aus der Sowjetzone

Die Naturfreunde



# ANWESENHEITSLISTE DES PARTEITAGES

## Delegierte

### Bezirk Schleswig-Holstein

Otto Auhagen	Walter Lurgenstein
Frieda Bendfeldt	Otto Passarge
Joachim Steffen	Karl Ratz
Paul Bromme	Rolf Renger
Maria Dettmann	Hermann Schinkel
Paul Dölz	Alfred Schneider
Karl Feldmann	Hermann Schwieger
Georg Godzick	Max Sommerfeld
Arthur Henschel	Wilhelm Steinhörster
Alfred Hufeld	Hans Vorbrook
Otto Engel	Heinrich Warstatis
Eugen Lechner	Kurt Prätsch
Hermann Lüdemann	Berta Wirthel
Friedrich Lüthje	Ewald Wittkowski

### Bezirk Hamburg-Nordwest

Hans Altmann	Dr. Hans-Joachim Heydorn
Thea Asmus	Nikolaus Jürgensen
Louis Biester	Hellmut Kalbitzer
Peter Blachstein	Irma Keilhack
Karl Bloege	Wilhelm Kleemann
Olga Brandt-Knaack	Fritz Krieger
Max Brauer	Dr. Wilhelm Kröger
Ernst Buchholz	Gertrud Lockmann
Arthur Busch	Dr. Müller
Martha Damkowski	Dr. Paul Nevermann
Willi Elsner	Otto Oehlschläger
Johann Fockel	Dr. Karl Schiller
Heinrich Harz	Walter Schmedemann
Hugo Stendel	Johannes Schult

Herbert Wehner

### Bezirk Weser-Ems

Friedrich Hetling	Max Schieritz
Johann Janssen	Eduard Schoemer
Georg Peters	Friedrich Switzer
Karl Pietzka	Werner Zutz

### Bezirk Hannover

Elsa Barche	Wilhelmine Ludwig
Friedrich Blume	Heinrich Löffler
Karl Bruns	August Ohlendorf
Otto Horn	Hertha Peters
August Deilecke	Günter Leddin
Erich Gerlach	Heinrich-Wilhelm Ruhnke
Frieda Hauke	Karl Schönemann
Arno Hennig	Helmut Stellmach
Herta Hippe	Hans Striefler
Robert Hoffmeister	Henriette Suffrian
August Holweg	Alfred Thomas
Albert Klaus	Bertha Turnier
Felix Kraft	Heinz Werner
Karl Kunkel	Fritz Wulfert
Bruno Leddin	Toni Zimmer

Harm Zwede

### Bezirk Braunschweig

Karl Armbrecht	Ernst Kunkel
Otto Brunke	Herbert Rogoll
Heini Edler	Otto Röscheisen
Albert Hoefft	Dr. Arthur Spelsberg

### Bezirk Westliches Westfalen

Alfred Bussmann	Lore Klein
August Biehl	Ernst Knäpper
Walter Behrend	Hans Laumann
Gertrud Bittner	Heinz Lichtenfeld
Elisabeth Brune	Paul Marziniak
Wilhelm Brantenberg	Konrad Nickel
Friedrich Crist	Josef Pissarek
Karl Exius	Erich Schönewolf
Alfred Gleisner	Maria Stockhaus
Emil Groll	August Schlingmann
Erna Herchenröder	Alfred Tinz
Alfred Heider	Wilhelm Tenhagen
Josef Hufnagel	Mimi Temme
Heinrich Hemsath	Heinrich Treichel
Willi Harder	August Vollmar
Simon Jungen	Grete Windau
Werner Jacobi	Otto Rother

Fritz Steinhoff

### Bezirk Östliches Westfalen

Rudolf Brinkmann	Wilhelm Kölling
W. Eichberg	Josef Lautenschläger
Heinrich Froböse	Wilhelm Mellies
Oskar Ittig	Eugen Schmiedel
Herta Kobusch	Heinrich Sundermann

Ewald Tiemann

### Bezirk Niederrhein

Willi Becker	Josef Kuschka
Heinrich Bruch	Wilh. Lempken
Math. Dieck	Kurt Matthes
Emil Döllken	Wilh. Mues
H. Dortans	Wilh. Nieswandt
Dr. Walter Eiardt	Hermann Nippen
Emmi Ernst	Wilhelm Pawlik
Karl Huschke	Luise Schurath
Aloys Kieven	Inge Wernicke
Karl Koch	Berta Wichers

### Bezirk Mittelrhein

Ullrich Lohmar	Hubert Peter
Heinz Meisen	Hede Runowski
Johannes Müller	Barthel Schilbert

Albert Schneider

### Bezirk Hessen-Kassel

Carl Deerberg	Josef Köcher
Georg Gassmann	Ernst Muche
Marianne Gründer	Heinrich Scherp
Eitel Höhne	Ernst Spars

Sepp Weis

### Bezirk Hessen-Süd

Georg Ackermann	Gustav Krämer
Karl Appelmann	Richard Müller
Ludwig Berner	Ludwig Pfeiffer
Artur Bratu	Hugo Ramm
Georg Buch	Wilhelm Reitz
Heinz Daniels	Jean Ruth
Heinz Dürnholz	Hermann Schaub
Heinrich Fischer	Hans Schröder
Ursula Gärtner	Hans Stang
Wilhelm Grafeneder	Karl Wöll

### Bezirk Württemberg-Baden

Fritz Corterier	Helmut Pracht
Fritz Esser	Adolf Rausch
Heini Grosshans	Hugo Rimmelspacher
Dr. Norbert Günther	Franziska Schmidt
Fritz Helmstädter	Jakob Trumpfheller
Emil Martin	Karl Wilhelm

### Bezirk Niederbayern-Oberpfalz

Dr. Margot Bergmann	Johann Maag
Josef Fallier	Christian Marr
Ernst Herder	Carl Prennel

### Bezirk Franken

Hans Meier	Lorenz Sichler
Hans Auweiler	Hans Weber
Christoph Schardt	Georg Rusz
Kurt Böhmer	Heinz Schmude
Ludwig Eichhorn	Hans Segitz
Fritz Fischer	Willy Sprenger
Frieda Görres	Heinrich Stöhr
Karl Herold	Gerda Vey
Heinrich Löffle	Hans Wagner
Bernhard Junker	Georg Wichter mann

Dr. Franz Zdralek

### Bezirk Südbayern

Johann Dierl	Josef Schäfer
Leni Eisgruber	Franz Marx
Josef Gareis	Otto Strobl
Guido Gruber	Josef Thiele
Maria Günzl	Paul de Witt
Josef Jansen	Heinrich Wundrak
Franz Staffa	Josef Ungermann

### Bezirk Rheinland-Hessen-Nassau

Hermann Doerr	Heinrich Ruettel
Peter Jacobs	Josef Strauss

Alois Wingender



### **Bezirk Pfalz**

Richard Hanß	Philipp Kranz
Emil Unger	Wilhelm Mundt
Richard Hügenell	Luise Herklotz
Theo Leyendecker	Ludwig Dietrich

Liesel Winkelsträter

### **Bezirk Südbaden**

Ludwig Dielenschneider	Erna Schneider
Fritz Maier	Alfred Weisser

### **Bezirk Südwürttemberg**

Fritz Erler	Ernst Höse
-------------	------------

### **Bezirk Rheinhessen**

Rudolf Heimlich	Dora Hennig
-----------------	-------------

### **Bezirk Groß-Berlin**

Otto Bach	Erich Lück
Erwin Beck	Kurt Mattick
Willy Brandt	Kurt Neubauer
Richard Meinert	Christoph Pfänder
Dr. Josef Grunner	Gertrud Prusseit
Gretel Heise	Susanne Räder-Grossmann
Walter Jaroschowitz	Richard Schröter
Gustav Klingelhöfer	Theo Thiele
Paul Löbe	Alexander Voelker

Jeanette Wolff

### **Parteivorstand**

Dr. Kurt Schumacher	Fritz Henssler
Erich Ollenhauer	Wilhelm Kaisen
Egon Franke	Waldemar von Knoeringen
Herta Gotthelf	Willy Knothe
Fritz Heine	Anni Krahnstöver
Herbert Kriedemann	Karl Meitmann
Alfred Nau	Dr. Walter Menzel
Valentin Baur	Franz Neumann
Franz Bögler	Ernst Reuter
Willy Eichler	Dr. Carlo Schmid
Andreas Gayk	Erwin Schöttle
Robert Görlinger	Louise Schroeder
Emil Groß	Dr. Elisabeth Selbert

## **Parteiausschuß**

Max Kukielczynski	Rudi Menzer
Dr. Elly Linden	Lucie Beyer
Adolf Keilhack	Max Denker
Paula Karpinski	Franz Höhne
Emil Kraft	Max Seidel
Richard Borowski	Käthe Strobel
Marie Prejawa	Alfred Frenzel
Martha Fuchs	Luise Kinzel
Willy Michel	Willibald Gänger
Heinrich Wenke	Walter Faller
Käthe Schaub	Oskar Kalbfell
Hermann Runge	Günther Markscheffel
Trude Wolff	Dr. Otto Suhr
Willi Schirrmacher	Ida Wolff

Rudolf Freidhof

## **Kontrollkommission**

Adolph Schönfelder	Georg Richter
Gustav Bratke	Jacob Stefan
Walter Damm	Fritz Ulrich
Heinrich Höcker	Christian Wittrock

## **Delegierte der Bundestagsfraktion**

Louise Albertz	Dr. Gerhard Luetkens
Dr. Adolf Arndt	Dr. Erik Nölting
Dr. Fritz Baade	Richard Reitzner
Helmut Bazille	Willi Richter
Hans Jahn	Martha Schanzenbach
Erich Klabunde	Max Wönner
Dr. Harald Koch	Georg-August Zinn

## **Referenten**

Dr. Hermann Veit

## **Parteiinstitutionen**

August Albrecht	I. H. W. Dietz-Verlag Nachfolger
Lotte Lemke	Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt
Erich Lindstaedt	„Die Falken“
Peter Raunau	Sozialdemokratischer Pressedienst
Ernst Schumacher	Neuer Vorwärts Verlag
Karl Storbeck	Konzentration G. m. b. H.

## Internationale Gäste

### Dänemark:

Ib Kolbjorn

Ernst Christiansen Sozialdemokratisch Fc.....

### Großbritannien:

Percy Knight The Labour Party

### Finnland:

Unto Varjonen Sozialdemokratische Partei Finnland

### Frankreich:

S. Grumbach S. F. I. O.

### Holland:

Koos Vorrink

Frits Albrecht Partij van de Arbeid

### Norwegen:

Oddvar Aas Norwegische Arbeiter-Partei

### Österreich:

Otto Probst Sozialistische Partei Österreich

### Schweden:

Olof Landqvist Sozialdemokratische Partei Schweden

### Schweiz:

Erwin Schneider Sozialdemokratische Partei Schweiz

### Spanien:

Rodolfo Llopis Sozialistische Partei Spanien

### Tschechoslowakei:

Franz Plasil Tschechoslowakische  
Sozialdemokratische Partei im Exil

## SPD-Gäste aus dem Ausland

Otto Braun	Schweiz	Kurt Heinig	Schweden
Max Cohen-Reuss	Frankreich	Hans Martens	Schweden
W. Dittmann	Schweiz	W. F. Sollmann	USA.

## Betriebsräte als Gastdelegierte

1. Otto Benkert, Betriebsratsvorsitzender bei Kugelfischer, Schweinfurt.
2. Jacob Kriegseis, Betriebsratsvorsitzender bei „Voigt & Häffner“, Frankfurt.
3. Fritz Meybohm, Betriebsratsvorsitzender des Eisenwerkes Wülfel.
4. Walter Dörband, Betriebsratsvorsitzender der AEG-Turbine.
5. Hermann Ließ, Betriebsratsvorsitzender des Betriebes Franke und Heydecke, Braunschweig.
6. Walter Walkenhorst, Betrieb „Maschinenbau- und Bahnbedarf“, vormals Ohrenstein und Koppel, Dortmund.
7. Kurt Volkmann, Betriebsratsvorsitzender bei der BMW, Allach, München.
8. Hubert Smeets, Betriebsratsvorsitzender bei „Fenestra“, Düsseldorf.
9. Arnold Overzier, Betriebsrat der Städtischen Betriebe, Köln.

# INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
<b>Organisationsstatut</b> . . . . .	3
<b>Tagesordnung</b> . . . . .	10
<b>Eröffnung</b>	
Erich Ollenhauer . . . . .	10
Wahl des Präsidiums . . . . .	16
Wahl der Mandatsprüfungskommission . . . . .	16
Annahme der Tagesordnung . . . . .	17
Resolution zur Kriegsgefangenenfrage . . . . .	17
Resolution zur Lage in der Sowjetzone . . . . .	18
<b>Begrüßungsreden</b>	
Karl Meitmann, Hamburg . . . . .	19
Oberbürgermeister Brauer, Hamburg . . . . .	21
Hans vom Hoff, DGB, Düsseldorf . . . . .	22
Gustav Dahrendorf, GEG, Hamburg . . . . .	24
Unto Varjonen, Finnland . . . . .	25
Erwin Schneider, Schweiz . . . . .	25
Olaf Landquist, Schweden (spricht auch für Norwegen) . . . . .	26
Salomon Grumbach, Frankreich . . . . .	26
Verlesung von Telegrammen . . . . .	29
<b>Bericht des Parteivorstandes</b>	
Organisation: Referent Egon Franke . . . . .	30
Finanzen und Verwaltung: Referent Alfred Nau . . . . .	35
Presse und Propaganda: Referent Fritz Heine . . . . .	39
Frauenarbeit: Referentin Hertha Gotthelf . . . . .	44
<b>Bericht der Kontrollkommission</b>	
Referent Adolf Schönfelder . . . . .	47
<b>Diskussion zu den Berichten</b>	
Jeanette Wolf, Berlin . . . . .	47
Erich Gerlach, Göttingen . . . . .	49
Felix Kraft, Göttingen . . . . .	51
Ergebnis der Sammlung für die Opfer des Bergwerksunglücks auf der Zeche Dahlbusch in Gelsenkirchen . . . . .	52
<b>Fortsetzung der Diskussion</b>	
Johannes Müller, Köln . . . . .	52
Albert Schneider, Hürth . . . . .	54
Willi Becker, Düsseldorf . . . . .	54
Matthias Dieck, Neuß . . . . .	55
Fritz Erlen, Tuttingen . . . . .	55
Franz Höhne, Regensburg . . . . .	57
Günther Markscheffel, Mainz . . . . .	57
Kurt Mattick, Berlin . . . . .	59
Erich Ollenhauer, PV . . . . .	59
<b>2. Verhandlungstag:</b>	
„Die Sozialdemokratie im Kampf um Deutschland und Europa“ Referent Dr. Kurt Schumacher . . . . .	62
Bericht der Bundestagsfraktion Referent Erich Ollenhauer . . . . .	85
<b>Diskussionsredner:</b>	
Werner Jacobi, Iserlohn . . . . .	98
Max Brauer, Hamburg . . . . .	100

<b>Diskussionsredner:</b>	
Paul Löbe, Berlin	102
Willy Brandt, Berlin	103
Heinz-Joachim Heydorn	105
Simon Jungen, Castrop	107
Willi Eichler, Köln	108
Hermann Lüdemann, Preetz	110
Carlo Schmid, Tübingen	112
Anni Krahnstöver, Eckernförde	114
Otto Bach, Berlin	115
Erwin Schöttle, Stuttgart	117
Kurt Mattick, Berlin	119
Herbert Wehner, Hamburg	121
Text des von Wehner verlesenen Briefes aus Bautzen	125
Günther Markscheffel, Mainz	129
Josef Grunner, Berlin	131
Peter Blachstein, Hamburg	132
Bericht der Mandatsprüfungskommission	
Referent Alex Voelker	134
<b>3. Verhandlungstag:</b>	
Begrüßungsrede von Percy Knight, Groß-Britannien	136
<b>Fortsetzung der Diskussion</b>	
Peter Jacobs, Trier	139
Wilhelm Kröger, Hamburg	141
Andreas Gayk, Kiel	142
Fritz Hensler, Dortmund	144
Max Kukielczynski, Kiel	146
Heinrich Edler, Goslar	148
Karl Koch, Düsseldorf	149
Alfred Heider, Lipstadt	150
Norbert Günther, Aalen	151
Rolf Renger, Kiel	152
Felix Kraft, Göttingen	154
Bruno Leddin, Hannover	155
Schlußwort: Kurt Schumacher	156
Abstimmung über die Anträge 70, 22—29, 31—36, 38—41, 60	166
Wahl des Parteivorstandes	169
Wahl der Kontrollkommission	170
Schlußwort zu: Bericht des Parteivorstandes	171
Abstimmung über die Anträge 1—21, 62, 63, 67	171
Diskussion über die Anträge zu Punkt 8 der Tagesordnung	
Carl Prennel, Passau	174
Abstimmung über die Anträge 44, 45, 46, 47, 48—51, 52	175
Entschließung über Helgoland	175
Hermann Schinkel, Elmshorn	176
<b>4. Verhandlungstag:</b>	
Bericht der Mandatsprüfungskommission über die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission	
Referent Alex Voelker	177
„Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik — der Weg zur Vollbeschäftigung“	
Referent Hermann Veit	178
<b>Diskussionsredner:</b>	
Ludwig Preller, Kiel	195
Richard Reitzner, München	198
Karl Schiller, Hamburg	200
Fritz Baade, Kiel	202

	Seite
Rudolf Wissel, Berlin	205
Erich Klabunde, Hamburg	207
Wilhelm Kleemann, Bremen	210
Johann Maag, Würzburg	211
Elisabeth Selbert, Kassel	212
Walter Damm, Pinneberg	214
Gustav Klügelhöfer, Berlin	216
Erik Nöiting, Düsseldorf	218
Schlußwort: Hermann Veit	220
Abstimmung über Anträge 72, 30, 47, 42, 43, 58, 59.	223
Behandlung einer EntschlieÙung der Falken über die Neueinführung eines Arbeitsdienstes	223
<b>5. Verhandlungstag:</b>	
„Die SPD vor der geistigen Situation dieser Zeit“	
Referent: Carlo Schmid	225
<b>Diskussionsredner:</b>	
Arno Hennig, Hannover	242
Eitel Höhne, Eschwege	243
Willi Eichler, Köln	245
Fritz Erler, Tuttlingen	246
Hertha Gotthelf, Parteivorstand	248
Johannes Möller, Köln	249
Heinz-Joachim Heydorn, Hamburg	250
Wilhelmine Ludwig, Hannover	252
Richard Schröter, Berlin	253
Willy Brandt, Berlin	255
Schlußwort: Carlo Schmid	257
Erledigung der Anträge 53, 54, 69	258
EntschlieÙung über Rundfunkfragen — Agrarpolitisches Aktionsprogramm	258
Schlußworte: Kurt Schumacher	258
Schlußworte: Paul Löbe	265
Schlußworte: Karl Meitmann	266
Anhang	268
Inhaltsverzeichnis	302